Roland Gehrke

Der polnische Westgedanke bis zur Wiedererrichtung des polnischen Staates nach Ende des Ersten Weltkrieges. Genese und Begründung polnischer Gebietsansprüche gegenüber Deutschland im Zeitalter des Nationalismus

MATERIALIEN UND STUDIEN
ZUR OSTMITTELEUROPA-FORSCHUNG

Herausgegeben vom Herder-Institut e.V.

8

Roland Gehrke

Der polnische Westgedanke bis zur Wiedererrichtung des polnischen Staates nach Ende des Ersten Weltkrieges.

Genese und Begründung polnischer Gebietsansprüche gegenüber Deutschland im Zeitalter des Nationalismus


VERLAG HERDER-INSTITUT · MARBURG · 2001

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der Deutschen Bibliothek erhältlich.
CIP-Cataloguing-in-Publication-Data
A catalogue record for this publication is available from Die Deutsche Bibliothek

Printed in Germany

Redaktion: Csaba János Kenéz
Satz: Herder-Institut, 35037 Marburg
Druck und Bindung: Fa. Stahringer, 35085 Ebsdorfergrund
Umschlagbild aus: Gerard Labuda, Polska Granica Zachodnia.
Tysiąc lat dziejów politycznych. Poznań 1971, Abb. 31
ISBN 3-87969-288-2

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Bei dem vorliegenden Buch handelt es sich um die leicht überarbeitete Fassung meiner gleichnamigen Dissertation, die im November 1999 vom Fachbereich Geschichte der Universität Hamburg angenommen wurde.

Die kontinuierliche Beschäftigung mit einem selbstgewählten Gegenstand, das eigenständige Arbeiten und Forschen auch im Ausland bedeuten für einen jungen Wissenschaftler sicher manche Last, sind vor allem jedoch ein unschätzbarer Erkenntnis- und Erfahrungsgewinn. In diesem Sinne möchte ich all jenen Dank sagen, die zum Entstehen der Arbeit beigetragen haben.

Zuvörderst gilt dieser Dank meinen akademischen Lehrern: Dem schon 1994 verstorbenen Professor Klaus-Detlev Grothusen, der mein historisches Interesse an Osteuropa maßgeblich geweckt hat, und natürlich Herrn Professor Norbert Angermann, der meine Magisterarbeit nach dem Tode von Professor Grothusen weiter betreute und dann auch mein Doktorvater wurde. Er hat mir stets mit wohlwollendem Interesse und wissenschaftlichem Rat zur Seite gestanden und mir zugleich die nötige Freiheit gelassen, der ein Forscher bedarf. Danken möchte ich auch Herrn Professor Nikolaus Katzer von der Universität der Bundeswehr Hamburg, der sich kurzentschlossen als Korreferent zur Verfügung stellte.

Zu Dank verpflichtet bin ich weiterhin dem Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat, der meine entstehende Dissertation in den Jahren 1997 und 1998 mit dem Imanuel-Kant-Promotionsstipendium gefördert hat, was in finanzieller Hinsicht eine große Erleichterung bedeutete. Eine wichtige Stütze war mir bei meinen Forschungen in den vergangenen Jahren das Herder-Institut in Marburg mit seiner reich bestückten Bibliothek. Um so mehr freut es mich, daß die Arbeit in der dort betreuten Reihe „Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung“ erscheinen kann. Besonders danke ich Herrn Dr. Csaba János Kenéz für die sorgfältige und sensible Redaktion des Textes.

Der Niederschrift der vorliegenden Arbeit gingen mehrere Forschungsaufenthalte in Polen voraus, vor allem zwecks Auswertung großer Pressebestände. Mein Dank gilt den Bibliothekarinnen und Bibliothekaren der Universitätsbibliotheken in Posen und Warschau, die mir dort stets hilfreich zur Seite standen und noch manche Broschüre für mich zutage förderten, die ich längst unauffindbar wähnte. Danken möchte ich auch meinem Polnischlehrer, Herrn Dr. Waldemar Klemm vom Slavischen Seminar der Universität Hamburg, der mir mit großer Geduld über so manche Tücke der

polnischen Sprache hinweggeholfen hat und mir zudem in seiner Vaterstadt Warschau kurzfristig ein Dach über dem Kopf besorgte.

Widmen möchte ich dieses Buch in Dankbarkeit meinen Eltern, Herrn Dr. Ulrich Gehrke, der, selbst vom historischen Fach kommend, mein Rohmanuskript aufmerksam und kritisch durchlas, und Frau Karen Gehrke, die mir als gelernte Graphikerin bei der Erstellung des Kartenanhangs sehr behilflich war. Ohne ihre vielfältige Unterstützung hätte diese Arbeit nicht entstehen können.

Stuttgart, im April 2001 Roland Gehrke

1. Einleitung

1.1. Gegenstand und Eingrenzung des Themas

Mit der auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam 1945 international abgesegneten „Westverschiebung“ Polens bis an die Oder und die Lausitzer Neiße auf Kosten des besiegten Deutschland wurde dem polnischen Staat im Westen eine Grenzlinie zugesprochen, wie sie ungefähr so im 11. und 12. Jahrhundert schon einmal existiert hatte. Diese territoriale Neuordnung Ostmitteleuropas, die den polnischen Staat zugleich seine historischen Ostgebiete kostete, war zwar ein von den Polen nicht direkt beeinflußbares Ergebnis der Kriegs- und Nachkriegsdiplomatie, kam gleichwohl einer schon lange vor 1939 existenten politischen Strömung entgegen, in der sich eine feindselige Grundhaltung gegenüber dem deutschen Nachbarn mit Gebietsansprüchen im Westen verband und deren ideologisches Fundament bereits unter den Bedingungen der Teilung gelegt worden war. In der polnischen Nachkriegsforschung ist diese Tendenz als „Polnischer Westgedanke“ *(polska myśl zachodnia)* zum festen Begriff geworden.[1] Mit der Untersuchung der Genese dieser Strömung im 19. Jahrhundert und ihrer Wirkungsgeschichte bis zur Wiedergründung des polnischen Staates nach Ende des Ersten Weltkrieges setzt die vorliegende Arbeit einen ideengeschichtlichen Schwerpunkt.

Den zeitlichen Ausgangspunkt der Untersuchung bildet die dritte Teilung Polens im Jahre 1795, die den vollständigen Verlust der Staatlichkeit zur Folge hatte. Das polnische Volk war damit unter gleich dreifache Fremdherrschaft geraten. Unter diesen Bedingungen entwickelte sich innerhalb der polnischen Eliten eine vielfältige und kontroverse Diskussion über Wege zur Wiedererlangung der Unabhängigkeit und über die anzustrebende territoriale Gestalt eines künftigen polnischen Staates. Dabei gerieten mit Oberschlesien und dem südlichen Ostpreußen schon früh auch Gebiete ins Blickfeld, die zum Zeitpunkt der Teilungen gar nicht Bestandteil des polnischen Staates gewesen, sondern diesem bereits im Mittelalter verlorengegangen waren oder nie unmittelbar angehört hatten, in denen sich zugleich aber eine polnischsprachige Bevölkerungsmehrheit erhalten hatte. Entsprechende Stellungnahmen blieben in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts allerdings sporadisch und vage und stellen so nur

[1] Eine nähere Definition des Begriffs „Polnischer Westgedanke“ unter Berücksichtigung der in der polnischen Forschung dazu gemachten Aussagen siehe in Kap. 2.1.

geistige Vorläufer des Westgedankens dar; es genügt daher, ihnen einen kompakten Überblick zu widmen. Die entscheidenden Zäsuren stellen erst das Scheitern des polnischen Januaraufstandes von 1863 dar, der eine grundlegende konzeptionelle Neuorientierung unter den Polen zur Folge hatte, dann die deutsche Reichseinigung von 1870/71 sowie schließlich die erstmalige Formulierung direkter Gebietsansprüche auf der Grundlage einer neuen nationalen Ideologie in den Jahren 1886/87. Eigentlicher Kern der Untersuchung sind damit die letzten drei Jahrzehnte vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges sowie der Krieg selbst. Den Schlußpunkt der Betrachtung bildet die Kriegsniederlage der Mittelmächte sowie der dadurch ermöglichte Wiederaufbau eines völlig souveränen polnischen Staates 1918/19. Die bisher nur theoretisch formulierten polnischen Gebietsansprüche gegen Deutschland gerieten damit auf die politische Tagesordnung.

Mit der weitgehenden Beschränkung auf die Zeit der Staatslosigkeit wird deutlich, daß hier die geistigen Grundlagen des Westgedankens, seine ideologische Begründung und die verschiedenen in diesem Zusammenhang entwickelten Argumentationsmuster Gegenstände der Untersuchung sind, nicht hingegen Wege zur Verwirklichung der polnischen Ansprüche nach Kriegsende oder die organisatorische Basis des Westgedankens in der Zwischenkriegszeit (Stichwort „Westmarkenverein").

Von den polnischen territorialen Ansprüchen nicht zu trennen ist die sie tragende nationale Ideologie. Erst ein sowohl auf ethnische als auch auf ökonomische und geopolitische Kriterien abstellender integraler Nationalismus[2], wie er sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts in ähnlicher Form in vielen Ländern Europas herausbildete, lieferte das ideologische Fundament, auf dem sich das schon vorher verschiedentlich geäußerte Interesse an den „Westgebieten"[3] in ein Territorialprogramm verwandelte, dessen Verwirklichung für die polnische Nation zur Existenzfrage schlechthin hochstilisiert wurde. Dieser neue polnische Nationalismus wurde parteipolitisch im wesentlichen von der Nationaldemokratie verkörpert, strahlte teilweise aber auch in andere politische Lager aus. Der Nationalismus als Ideologie, dem in der westlichen Forschung – insbesondere im englischen Sprachraum – eine mittlerweile kaum noch überschaubare Fülle an Literatur gewidmet worden ist, kann hier natürlich nicht in all seinen Facetten Untersuchungsgegenstand sein; vielmehr bildet er den Hintergrund für die Analyse aller wesentlichen Stellungnahmen polnischer Theoretiker, Publizisten und Parteipolitiker zur Frage der „Westgebiete" und ihre ideengeschichtliche Einordnung.

---

2 Zum Begriff des „integralen Nationalismus", der – in den vierziger Jahren erstmals von Carlton J.H. Hayes geprägt – sich in der Nationalismusforschung zur Kennzeichnung einer nach innen integrativen, nach außen hingegen aggressiven und expansiven nationalen Ideologie schon seit längerem durchgesetzt hat, siehe Näheres in Kap. 5.2.

3 Eine nähere Definition des Begriffs „Westgebiete" *(ziemie zachodnie / kresy zachodnie)* siehe in Kap. 2.1. – Vorab sei hier bereits festgehalten, daß dieser Terminus im Rahmen der Untersuchung eng aufgefaßt werden, also in erster Linie nur die beanspruchten Gebiete außerhalb der zum Zeitpunkt der ersten Teilung gültigen Grenzen Polens umfassen soll. Zu den hiermit verbundenen besonderen Problemstellungen siehe Kap. 2.4.

Die polnischen Ansprüche auf Oberschlesien und Masuren korrespondierten mit seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts intensivierten Bemühungen, das dortige Polentum national „wiederzuerwecken" und so in die Bestrebungen der Gesamtnation einzubeziehen. Die diesbezüglichen Aktivitäten, die sich in der Gründung polnischer Organisationen, Vereine und Presseorgane und schließlich in der Kandidatur nationalpolnisch orientierter Kandidaten bei Reichstags- und Abgeordnetenhauswahlen äußerten, fanden in der polnischen Publizistik ein reges Interesse und dienten besonders im Falle Oberschlesiens als argumentative Grundlage der formulierten Ansprüche. Insofern ist die Formulierung ideologischer Leitlinien bezüglich der „Westgebiete" von taktischen politischen Erwägungen nicht immer klar zu trennen. Die politische Entwicklung in den „Westgebieten" bis 1914 und die damit zusammenhängende Organisationsgeschichte sind also als Ereignishintergrund von Interesse und werden in der gebotenen Knappheit in die Darstellung einbezogen, sind andererseits aber nicht selbständiger Untersuchungsgegenstand.

Das gleiche gilt für die Behandlung der polnischen Frage während des Ersten Weltkrieges. Auf eine detaillierte Darstellung der auf der Pariser Friedenskonferenz geführten Verhandlungen über den künftigen deutsch-polnischen Grenzverlauf wird gleichfalls verzichtet, da dies den Umfang der Untersuchung sprengen würde und die entsprechende Problematik zudem in der deutschen und angelsächsischen Literatur bereits erschöpfend behandelt worden ist. Um der vorliegenden Arbeit gleichwohl nicht ihren thematischen Abschluß vorzuenthalten, werden die Ergebnisse der Friedenskonferenz und ihre Bewertung in Polen und in Deutschland in einem knappen Ausblick zusammengefaßt.

Abschließend sei noch angemerkt, daß für die folgende Analyse nicht nur die inhaltlichen Aussagen der ausgewerteten Quellen von Belang sind, sondern auch die besondere Sprache und Metaphorik, in der die polnischen Ansprüche artikuliert wurden, und die sich so oder ähnlich auch in der nationalistischen Publizistik aus anderen europäischen Ländern wiederfindet. Über die inhaltliche Paraphrase hinaus kommen die Protagonisten des Westgedankens daher verschiedentlich direkt zu Wort, wobei die vom übrigen Text abgesetzten Zitate zumeist vom Verfasser selbst ins Deutsche übersetzt wurden.

1.2. Fragestellung

Grundlage und Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit ist die Frage, vor welchem ideengeschichtlichen Hintergrund mit Ostpreußen und Teilen Schlesiens Gebiete in das Blickfeld polnischer Interessen gerieten und schließlich zum Gegenstand direkter Gebietsansprüche wurden, die nicht zum Programm einer Restitution des durch die Teilungen gewaltsam ausgelöschten polnischen Staates gehören konnten. Diesem Prozeß liegt ein grundlegender Wandel der polnischen Nationsidee zugrunde, in dessen Verlauf ein ursprünglich romantisch inspirierter und intellektuell abgehobener Befreiungsnationalismus schließlich in eine ethnisch motivierte und dem Prinzip des

„nationalen Egoismus" verpflichtete Integrationsideologie einmündete. Damit einher ging ein grundlegender Wandel des Gesellschaftsverständnisses, das nunmehr weg von der überkommenen Tradition der „Adelsnation" und hin zu einer nationalen Integration auch des bisher abseits stehenden ländlichen Proletariats führte.[4] In dieser Entwicklung mischten sich spezifisch polnische Faktoren mit allgemeineuropäischen Zeitströmungen und Denkmustern. Die von polnischer Seite gegen Deutschland erhobenen Gebietsansprüche allein aus der polnischen historischen Entwicklung heraus als Reaktion auf die deutsche Polenpolitik zu deuten, wie dies in der polnischen Forschung mitunter getan wird, wäre also verfehlt.

Die vorliegende Arbeit betrachtet es als ihre Aufgabe, die verschiedenen Kriterien aufzuzeigen, die auf polnischer Seite zur Begründung der territorialen Ansprüche im Westen herangezogen wurden – sei es historischer, ethnisch-kultureller, sprachlicher, geographischer oder ökonomischer Natur –, und dabei aus der vielfältigen polnischen Publizistik argumentative Grundmuster herauszufiltern und ideengeschichtlich einzuordnen. Gerade die oft recht willkürliche Vermischung dieser verschiedenen Kriterien weist auf ein weiteres Problem hin, das in der polnischen Forschung bislang sehr einseitig erörtert wurde, nämlich die Frage nach einem mehr defensiven oder mehr offensiven Charakter des Westgedankens. War das im 19. Jahrhundert erwachende polnische Interesse an den „Westgebieten" zunächst noch auf die dort vom einfachen Volk gesprochenen polnischen Dialekte und deren Verteidigung gegen deutsche Assimilierungsbestrebungen konzentriert – also im klassischen Sinne defensiv –, so erlaubte die Addition weiterer Kriterien den Übergang zu einer mehr und mehr offensiven und aggressiven Stoßrichtung, die über die von einer polnischsprachigen Bevölkerungsmehrheit bewohnten Gebiete noch hinausgriff. Es gilt daher, diesen Übergang zeitlich zu bestimmen und die Bedingungen aufzuzeigen, unter denen er sich vollzog. Hiervon nicht zu trennen ist zum einen der Einfluß gesamteuropäischer nationaler Ideen, zum anderen der sich verschärfende Nationalitätenkonflikt im preußischen Osten. Aus welchen geistigen Quellen und historischen Erfahrungen sich die dem Westgedanken zugrundeliegende These speiste, daß die dauerhafte Existenz eines unabhängigen polnischen Staates nur bei einer gleichzeitigen territorialen Schwächung des als notorisch aggressiv angesehenen deutschen Nachbarn vorstellbar sei, wird gleichfalls zu zeigen sein.

Die zunächst auf evolutionärem Wege angestrebte nationale Integration von polnischsprachigen Volksgruppen außerhalb der Vor-Teilungsgrenzen als Grundlage einer späteren (gegebenenfalls auch gewaltsamen) territorialen Expansion im Westen wurde der polnischen Gesellschaft von den Verfechtern des Westgedankens als gemeinschaftsstiftende nationale Aufgabe vorgegeben. Der zugrundeliegende Nationalismus definierte sich zunächst also wesentlich über sein Fernziel, wohingegen konkrete Konzepte zur Durchsetzung der polnischen Ansprüche erst später, kurz vor

[4] Da dieser Prozeß und die damit verbundenen Probleme ohne Kenntnis des spezifischen Nationsverständnisses der alten, noch den politischen Traditionen der polnischen Adelsrepublik verhafteten Eliten kaum verstanden werden können, wird in Kap. 2.3. ein kurzer Überblick gegeben.

Ausbruch bzw. während des Ersten Weltkrieges, erarbeitet wurden. Die diesen Konzepten zugrundeliegenden außenpolitischen Optionen sollen im einzelnen vorgestellt und analysiert werden, wobei auch die entschiedenen Gegner des Westgedankens innerhalb der polnischen Öffentlichkeit berücksichtigt werden.

Die vorliegende Arbeit beschränkt sich bei ihrer Untersuchung nationalistisch motivierter Gebietsforderungen auf das polnische Beispiel; gleichwohl ist darauf hinzuweisen, daß sich evidente Parallelen zu anderen europäischen Vereinigungsnationalismen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts ergeben. In der Schlußbetrachtung werden daher methodische Ansatzpunkte für einen diesbezüglichen Vergleich aufgezeigt. Eine auf der vergleichenden Analyse gängiger Argumentationsmuster und ihrer ideengeschichtlichen Grundlagen fußende „Typologie des Gebietsanspruchs“ ist eine im Rahmen der komparativen Nationalismusforschung noch zu leistende Aufgabe.

1.3. Quellenlage

Die Formulierung politischer Ideen konnte in Polen unter den Bedingungen der Staatslosigkeit zwangsläufig nicht über offizielle Verlautbarungen erfolgen; sie vollzog sich jenseits der – fremden – staatlichen Institutionen. Das für die in Rede stehende Thematik relevante Quellenmaterial läßt sich im wesentlichen in vier Gruppen unterteilen.

Zum ersten ist hier die polnische Presse zu nennen, die in Galizien, Preußen und ab 1905 dann auch in Kongreßpolen von staatlicher Zensur weitgehend unbehelligt arbeiten konnte. Ungeachtet der finanziellen Schwierigkeiten vieler Blätter, die sich oft nicht lange halten konnten, und der für heutige Verhältnisse geringen Auflagen kam der Presse angesichts des Fehlens eigener staatlicher Institutionen und eines nationalen Bildungswesens eine überragende Bedeutung als unabhängiges und grenzübergreifendes Diskussionsforum zu. Angesichts der großen Vielfalt der in Polen bis 1914 erscheinenden Zeitungen verschiedenster Natur – Tages-, Wochen- und Monatszeitungen, primär politisch oder wissenschaftlich-literarisch ausgerichtete Blätter etc. – galt es hier, eine sinnvolle und repräsentative Auswahl unter denjenigen Presseorganen zu treffen, die sich in herausragender Weise mit den „Westgebieten“ beschäftigten, sei es in geschichtlicher, landeskundlicher oder aktueller Hinsicht.

Seit den 90er Jahren ließ sich ein Großteil der polnischen Zeitungen den neu entstandenen politischen Parteien zuordnen. Das bezüglich der Ausformulierung des polnischen Westgedankens mit Abstand wichtigste Blatt war das zwischen 1895 und 1905 zunächst in Lemberg, später in Krakau erschienene theoretisch-ideologische Leitorgan der Nationaldemokratie, der *Przegląd Wszechpolski* [Allpolnische Umschau] (s.u. Kap. 4.4.1.). Er knüpfte seinerseits an die seit 1886 in Warschau unter der Leitung von Jan Ludwik Popławski erschienene Wochenzeitung *Głos* [Die Stimme] an, in der bereits wesentliche ideologische Grundlagen gelegt worden waren. Als Nachfolgeblatt des *Przegląd Wszechpolski* konzipiert war der 1908 in Warschau als Monatszeitung gegründete *Przegląd Narodowy* [Nationale Umschau], der die Be-

deutung seines Vorgängers allerdings nicht erreichte. Verbreitet und popularisiert wurde das politische Programm der Nationaldemokratie über eine Reihe populärer, ein breites Publikum erreichender Blätter wie etwa die bis 1915 in Warschau erschienene Tageszeitung *Gazeta Warszawska* [Warschauer Zeitung].

Das Problem der „Westgebiete" wurde auch in anderen national orientierten, parteipolitisch der Nationaldemokratie allerdings nicht direkt zuzuordnenden Presseorganen vielfach aufgegriffen, so z.B. im Warschauer *Tygodnik Ilustrowany* [Illustriertes Wochenblatt] oder – hier im wesentlichen in den Kolumnen Stanisław Bełzas – in dem gleichfalls in Warschau erscheinenden Wochenblatt *Ziarno* [Das Korn]. Das Interesse an den „Westgebieten" und die diesbezügliche konzeptionelle Diskussion schlugen sich aber auch in der theoretisch-ideologisch ausgerichteten (und meist im westeuropäischen Exil gedruckten) Presse der polnischen Linken nieder. Zu nennen sind hier v.a. das Zentralorgan der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), *Przedświt* [Morgendämmerung] sowie das sozialistische Theorieorgan *Krytyka* [Kritik]. Gleichfalls in Opposition zur Nationaldemokratie standen die Krakauer Monatszeitung *Świat Słowiański* [Die slavische Welt], in der das Problem der „Westgebiete" im Zusammenhang mit allgemeinslavischen Fragen diskutiert wurde, sowie die in St. Petersburg erscheinende, liberalkonservativ ausgerichtete Wochenzeitung *Kraj* [Das Land], die mit der nationaldemokratischen Presse allerdings eine strikt antideutsche Ausrichtung teilte.

Insgesamt wurde bei der Auswahl der untersuchten Presseorgane ein Schwerpunkt auf Warschau gelegt, da das vornehmlich aus einer antideutschen Grundhaltung heraus motivierte Interesse an den „Westgebieten" hier am meisten verbreitet war. Wochen- und Monatsblätter wurden zudem in stärkerem Maße berücksichtigt als die – naturgemäß stärker auf aktuelle Ereignisse fixierte – Tagespresse.

Zweite wesentliche Quelle ist die politische Literatur. Hier sind zum einen theoretische Schriften zu nennen – vor allem Roman Dmowskis „Gedanken eines modernen Polen" (*Myśli nowoczesnego Polaka*, erstmals erschienen 1902) und Zygmunt Balickis „Der nationale Egoismus angesichts der Ethik" (*Egoizm narodowy wobec etyki*, ebenfalls erstmals 1902) –, in denen die „allpolnische" Ideologie der Nationaldemokratie als geistige Grundlage der gegen Deutschland erhobenen Gebietsansprüche maßgeblich formuliert wurde, zum anderen konzeptionelle Schriften – etwa Dmowskis auf einer Analyse der internationalen Mächtekonstellation basierendes Buch „Deutschland, Rußland und die polnische Frage" (*Niemcy, Rosya i kwestya polska*, 1908). Schließlich wurde über die politische Entwicklung in den „Westgebieten" in zumeist populärer und propagandistischer Form auch in einer Vielzahl kleiner Broschüren und Flugschriften informiert.

Dritte relevante Quellengruppe ist die wissenschaftliche Literatur, wobei der Übergang zwischen populärwissenschaftlichen und seriösen Inhalten oft fließend ist. Als wichtigster Bestandteil ist hier die Geschichtsschreibung zu nennen. Mehrere polnische Historiker wie etwa der selbst aus Masuren stammende Wojciech Kętrzyński entwickelten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein ausgeprägtes Interesse an den „Westgebieten" und wirkten maßgeblich an der Ausprägung eines

verklärten, von nationalen Motiven und Klischees der Gegenwart durchdrungenen Geschichtsbildes mit, das auf der politischen Ebene dann zur Untermauerung polnischer Ansprüche im Westen herangezogen wurde. Gleichfalls breite Berücksichtigung fanden die „Westgebiete“ unter volkskundlichem und sprachwissenschaftlichem Vorzeichen. Unter Berufung auf die vermeintlich „natürlichen“ Grenzen Polens wurden zudem auch in der geographischen Fachliteratur Territorialmodelle entworfen, die über den Bereich der seinerzeit von einer polnischsprachigen Bevölkerungsmehrheit besiedelten Gebiete noch weit hinausgriffen.

Als vierte wichtige Quelle schließlich sind die während des Krieges zur Grenzfrage ausgearbeiteten Denkschriften zu nennen, vor allem diejenigen Dmowskis[5] und Ignacy Paderewskis[6]. Ihr Adressat war nicht länger die polnische Öffentlichkeit, ihr Ziel war vielmehr die Beeinflussung der Regierungen Rußlands und später vor allem der Westmächte, auf deren militärischen Sieg als Ausgangspunkt für eine Durchsetzung der Gebietsansprüche im Westen die Protagonisten des Westgedankens spekulierten. Entsprechend nahmen diese Memoranden in Inhalt und Wortwahl bewußt Rücksicht auf die Gefühls- und Interessenlage ihrer Adressaten.

1.4. Literaturlage und Forschungsstand

1.4.1. Die polnische Forschung

Die nur teilweise Verwirklichung des „allpolnischen“ Territorialprogramms nach Ende des Ersten Weltkrieges und die außenpolitische Frontstellung des neuen polnischen Staates gegen Deutschland sorgten dafür, daß viele der historischen und politischen „Westgebiets“-Motive, wie sie schon vor 1914 verbreitet und popularisiert worden waren, nach 1918 in der polnischen Publizistik in breitem Umfang wieder aufgegriffen wurden. Für eine distanzierte historische Reflexion und ideengeschichtliche Einordnung dieser Strömung war es in der Zwischenkriegszeit aber noch zu früh, da der alte konzeptionelle Streit zwischen den Anhängern eines in seinen territorialen Prioritäten am „piastischen“ oder am „jagiellonischen“ Vorbild orientierten Staates noch nachwirkte und zudem die bis 1922 vorgenommene Grenzziehung auch von polnischer Seite nicht als endgültig betrachtet wurde.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Machtergreifung der Kommunisten in Polen geriet die Geschichtswissenschaft ebenso wie in den übrigen Ländern jenseits des „eisernen Vorhangs“ unter marxistischen Einfluß. Zugleich begründete die in Jalta und Potsdam verfügte „Westverschiebung“ Polens einschließlich der Vertreibung der deutschen Bevölkerung einen Rechtfertigungszwang. Ergebnis war vor allem in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten, zum Teil aber auch noch später, eine extrem tendenziöse, teilweise propagandistisch anmutende Geschichtsschreibung, die unter nunmehr marxistischem Vorzeichen nahtlos an altbekannte anti-

5 Abgedruckt bei DMOWSKI, Polityka polska, S. 433ff., 445ff., 450ff., 506ff.
6 Abgedruckt in: Archiwum polityczne, S. 100ff., 109ff.

deutsche Klischees anknüpfte. Die als Folge einer einmaligen weltpolitischen Konstellation zustandegekommene Oder-Neiße-Grenze erschien vielen Historikern und Publizisten nun als die konsequente Vollendung einer im 19. Jahrhundert von aufgeklärten und staatsbewußten Eliten angestoßenen Entwicklung.[7]

Was die Beurteilung der geistigen Ursprünge des Westgedankens angeht, stand die polnische Wissenschaft allerdings vor einem Dilemma, da die Vordenker der Nationaldemokratie, also die eigentlichen Schöpfer des Westgedankens, politisch eindeutig im rechtsnationalistischen Lager verortet waren, als Vertreter einer aus streng marxistischer Sicht „bourgeoisen“ Strömung also zwangsläufig auf Ablehnung stoßen mußten. Letztlich blieb die Beurteilung der Nationaldemokratie daher ambivalent, wobei die politischen Vorstellungen Popławskis und Dmowskis um so freundlicher beurteilt wurden, je mehr seit den 60er Jahren eine auf nationale Traditionen gegründete Legitimationsstrategie des Regimes die kommunistisch-internationalistische Rhetorik der frühen Nachkriegszeit überlagerte.[8] Im übrigen behalf man sich damit, daß das auch von Teilen der polnischen extremen Linken vor 1914 geäußerte Interesse an den „Westgebieten“ (z.B. die Schriften des späteren Sowjetkommissars Julian Marchlewski) über Gebühr in den Vordergrund gestellt wurde.

Dem Umstand entsprechend, daß die dauerhafte Sicherung der Oder-Neiße-Grenze nach 1945 in Polen gleichsam zum Staatsziel Nummer eins avancierte, ist die polnische Forschungsliteratur zur Problematik der „Westgebiete“ sehr vielfältig. Eine besondere Rolle spielte und spielt hierbei das nach Kriegsende in Posen eigens gegründete und auf die Erforschung der „Westgebiete“ sowie der deutsch-polnischen Beziehungen spezialisierte „Westinstitut“ (*Instytut Zachodni*). Als weitere wichtige Institutionen der polnischen „Westforschung“, wenngleich mit stärker regionalgeschichtlichem Schwerpunkt, sind zu nennen das „Schlesische Institut“ in Oppeln (*Instytut Śląski*, gegründet 1957), das „Ostseeinstitut“ in Danzig (*Instytut Bałtycki*, gegründet 1959) sowie das „Allensteiner Wojciech-Kętrzyński-Zentrum für wissenschaftliche Forschung“ (*Ośrodek badań naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie*), in dessen wissenschaftlicher Reihe (*Rozprawy i materiały*) bereits mehr als 150 Titel erschienen sind.[9] Ein wichtiger Forschungsbeitrag zu den genannten Themenkreisen wird überdies an der Universität Breslau (*Acta Universitatis Wratislaviensis*) geleistet.

Von den polnischen Historikern, die in ihrer Forschungstätigkeit auf die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen und der Grenzproblematik eingegangen sind und dabei auch die Problematik des Westgedankens gestreift haben, seien hier nur die wichtigsten genannt: Mit den deutsch-polnischen Beziehungen in Vergangenheit und Gegenwart hat sich verschiedentlich Gerard Labuda befaßt, wobei insbesondere sein

7 Hierzu jüngst BORODZIEJ, S. 138.
8 Ebenda.
9 Vgl. TOMCZAK, S. 179f. – Als wichtige wissenschaftliche Periodika sind der Posener *Przegląd Zachodni* [Westrundschau], der *Śląski Kwartalnik Historyczny „Sobótka“* [Schlesische Historische Quartalsschrift „Zobten“] sowie die *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* [Masurisch-ermländische Kommuniqués] zu erwähnen.

Werk über „Die polnische Westgrenze“ hervorzuheben ist.[10] Einen Schwerpunkt auf Ostpreußen einerseits und auf die historische Evolution des polnischen Deutschenbildes anderseits hat Wojciech Wrzesiński in seinen Arbeiten gelegt, der zudem als Herausgeber zahlreicher Sammelwerke zu ideengeschichtlichen Themen hervorgetreten ist. Als maßgeblicher Parteihistoriker der Nationaldemokratie und Biograph Roman Dmowskis hat sich Roman Wapiński einen Namen gemacht. Einen Schwerpunkt auf die Person und das Gedankengut Jan Ludwik Popławskis hat Teresa Kulak in ihren Arbeiten gelegt und ihre diesbezüglich gewonnenen Erkenntnisse 1989 in einer zweibändigen politischen Biographie zusammengefaßt. Mit dem polnischen Westgedanken der Zwischenkriegszeit und dessen Trägern, insbesondere dem „Westmarkenverband“, hat sich Marian Mroczko befaßt (s.u. Kap. 2.1.).

Eine antimarxistische polnische Historiographie war vor 1990 nur im westlichen Exil möglich. Besonders in Großbritannien fanden sich nach Ende des Zweiten Weltkrieges ehemalige Anhänger der Nationaldemokratie und Mitstreiter Dmowskis zusammen und steuerten von hier aus eigene historische Arbeiten bei.[11] Eine Zeit lang existierte in London sogar ein eigenständiges „Roman-Dmowski-Institut“. Daß diesen Studien sämtlich die innere Distanz zu ihrem Gegenstand abgeht, braucht wohl nicht eigens hervorgehoben zu werden.

Der fundamentale politische Umbruch von 1989/90 hat in die Diskussion um die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen einige Entkrampfung gebracht, auch wenn viele Fragen in diesem Zusammenhang immer noch als heikel zu betrachten sind. Die seit 1990 auf diesem Gebiet erschienenen Arbeiten stammen jedenfalls aus dem Kreis jener erwähnten Historiker, die auch schon zuvor mit der Materie befaßt waren. Hervorzuheben ist hier ein umfangreiches Werk von Roman Wapiński („Polen und die kleinen Vaterländer der Polen“), das auf der Grundlage einer Synthese von Regional- und Nationalbewußtsein die verschiedenen zwischen 1795 und 1939 in der polnischen Öffentlichkeit diskutierten Territorial- und Staatsmodelle behandelt.[12] Neuere Regionalstudien liegen vor von Maria Wanda Wanatowicz („Die polnische Gesellschaft gegenüber Oberschlesien 1795-1914“) und Wojciech Wrzesiński („Ostpreußen im polnischen politischen Gedankengut 1864-1945“).[13] Als Herausgeber fungierte Wrzesiński außerdem für den ersten Band einer Sammlung von Quellenauszügen zum Westgedanken („Um das Land der Piasten und das polnische Volk 1795-

---

10 LABUDA, Polska granica zachodnia. – Zur Auflösung der Kurztitel ist das Literaturverzeichnis heranzuziehen.

11 Siehe in diesem Zusammenhang u.a. die Arbeiten von BIELECKI; GIERTYCH, Rola dziejowa; DERS., Polski obóz narodowy; KOZICKI, Historia Ligi Narodowej; STAHL; WASIUTYŃSKI; des weiteren die von MARIUSZ KUŁAKOWSKI herausgegebene Edition Roman Dmowski w świetle listów i wspomnień.

12 WAPIŃSKI, Polska i małe ojczyzny Polaków.

13 WRZESIŃSKI, Prusy Wschodnie.

1918")[14] sowie für den erst 1996 erschienenen Sammelband „Schöpfer des polnischen Westgedankens".[15]

Betrachtet man die polnische Literatur zu diesem Thema in ihrer Gesamtheit, so läßt sich ein noch immer ungebrochener Trend zur ausschließlichen Nationalgeschichtsschreibung feststellen; komparative Ansätze der Nationalismusforschung, wie sie sich in der westlichen Geschichtswissenschaft mittlerweile etabliert haben, kommen demgegenüber zu kurz. Nicht zuletzt deshalb scheint die Tendenz, die polnischen Expansionsbestrebungen als primär defensiv und eine bloße Reaktion auf die deutsche Assimilierungs- und Verdrängungspolitik im preußischen Osten zu deuten, in den genannten Studien immer noch stark durch. Eine eigenständige polnische Nationalismusforschung existiert bislang nur in Ansätzen. Zu nennen sind hier die Arbeiten von Józef Chlebowczyk, der sich – insbesondere am Beispiel Österreichisch Schlesiens – mit Nationsbildungsprozessen in ethnisch-sprachlichen Grenz- und Mischgebieten beschäftigt hat, sowie die um die nationale Integration der Polen unter den Bedingungen der Teilungen kreisenden Studien von Tadeusz Łepkowski. Eine eigene Typologie der verschiedenen Formen des Nationalismus in Polen nach 1795, die auch die Ideologie der Nationaldemokratie als der polnischen Variante eines integralen Nationalismus mit einbezieht, hat darüber hinaus Andrzej Walicki vorgenommen und sich damit in englischer Sprache auch an ein westliches Publikum gewandt.[16] Wieweit solche vielversprechenden Ansätze innerhalb der polnischen Forschung künftig breitere Berücksichtigung finden, bleibt einstweilen abzuwarten.

1.4.2. Die deutsche und die internationale Forschung

Die nationalpolnischen Bestrebungen, wie sie in der polnischen Presse des preußischen Teilgebiets, insbesondere Posens, zum Ausdruck kamen, wurden von den preußischen Behörden und vereinzelt auch von deutschen Publizisten vor 1914 mit Argusaugen beobachtet. Diese Beobachtung beschränkte sich jedoch weitgehend auf den organisatorischen Bereich bzw. auf die alltäglichen Aktivitäten, während die geistig-ideologischen Grundlagen des Westgedankens, wie sie außerhalb Preußens vor allen im *Przegląd Wszechpolski* (Lemberg bzw. Krakau) gelegt wurden, auf deutscher Seite zunächst nicht registriert wurden. Überhaupt wurde die Gefahr, die dem preußischen Staat in territorialer Hinsicht von Polen drohte, noch bis in das letzte Kriegsjahr 1918 hinein erheblich unterschätzt.

Die deutsche Forschung der Zwischenkriegszeit war maßgeblich geprägt von der tiefsitzenden Enttäuschung, die sich in der deutschen Öffentlichkeit über die Bedingungen des Versailler Vetrages und die daraus resultierenden Gebietsverluste im Osten ausgebreitet hatte. Die Disziplin der deutschen „Ostforschung" geriet so schon vor 1933 in den Sog völkisch-nationaler Ideen und machte sich zum wissenschaftli-

---

14 W stronę Odry i Bałtyku, Bd. 1, O ziemię Piastów i polski lud (1795-1918).

15 Twórcy polskiej myśli zachodniej (RiM, Nr. 153). – Die in diesem Sammelband abgedruckten Beiträge sind z.T. Neufassungen einer bereits 1985 im *Śląsk Kwartalnik Historyczny „Sobótka"* veröffentlichten Artikelserie.

16 WALICKI, Philosophy.

chen Fürsprecher einer Grenzrevision im Osten, ja sprach dem neuen polnischen Staat vereinzelt sogar die Existenzberechtigung ab. Von einer scharf ablehnenden Tendenz gegen die in Paris vorgebrachten territorialen Ansprüche der Polen geprägt sind daher schon die in den 20er Jahren erschienenen historisch-politischen Studien zum deutsch-polnischen Verhältnis.[17] Daneben erschienen einige Quellensammlungen, in denen mittels Zitaten aus polnischen Denkschriften und Presseorganen auf weitergehende polnische Ansprüche und damit auf die fortwährende Existenz einer „polnischen Gefahr“ aufmerksam gemacht werden sollte. Daß gleichwohl auch nach 1933 eine zwar nicht tendenzfreie, aber immerhin fachlich seriöse Geschichtsschreibung zu den genannten Problemkreisen möglich war, beweisen die Arbeit von Ilse Schwidetzky über die nationalpolnische Bewegung in Oberschlesien sowie die noch 1944 erschienene Geschichte der polnischen Nationaldemokratie von Ellinor v. Puttkamer, die bis heute die einzige deutschsprachige Gesamtdarstellung zu diesem Thema geblieben ist.

Die deutsche Polenforschung der Nachkriegszeit war zunächst maßgeblich geprägt von dem Schock des Verlustes der historischen deutschen Ostgebiete und entsprechend bemüht, die von der polnischen Wissenschaft und Politik nach 1945 ins Feld geführte Argumentation zu entkräften; die nationalpolitischen Motive der klassischen „Ostforschung“ haben dabei noch lange nachgewirkt, sind mittlerweile aber zugunsten einer stärker regionalgeschichtlichen oder auch vergleichenden Betrachtungsweise in den Hintergrund getreten.[18] Wurde die politische Situation in Oberschlesien und dem südlichen Ostpreußen vor 1914 vielfach beleuchtet[19], so sind die Genese und die geistigen Grundlagen des polnischen Westgedankens dennoch ein weißer Fleck geblieben. Die vorliegende Arbeit ist bestrebt, diese Lücke zumindest für den Zeitraum bis 1918/19 zu schließen. Was die maßgeblich von Roman Dmowski formulierte „allpolnische“ Ideologie der Nationaldemokratie betrifft, kann immerhin auf die (allerdings unveröffentlicht gebliebene) detaillierte Habilitation von Kurt Georg Hausmann zurückgegriffen werden.[20] Hausmann wollte mit seiner Studie einen „Beitrag zur Geschichte des Nationalismus in Ostmitteleuropa vor dem Ersten Weltkrieg“ leisten, bleibt eine ideengeschichtliche Einordnung der Vorstellungen Dmowskis in einen gesamteuropäischen Kontext allerdings schuldig.

Wie in der deutschen fehlt eine eigene Darstellung des polnischen Westgedankens bislang auch in der übrigen westlichen, insbesondere angelsächsischen Forschung.

---

17 Hier sind zu nennen die Arbeiten von LAUBERT, Nation und Volkswille; ROTH; RECKE, Die polnische Frage.

18 Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang nur auf die Dissertation von BÖHNING, die wertvolle Erkenntnisse über den Integrationsprozeß der polnischen Nation im 19. Jahrhundert liefert, sowie die unlängst erschienene Arbeit von SABINE GRABOWSKI, Deutscher und polnischer Nationalismus, die Ideologie und Taktik des „Deutschen Ostmarkenvereins“ und der polnischen Organisation *Straż* miteinander vergleicht (s.u. Kap. 4.3. u. 4.4.1.).

19 Was Schlesien betrifft siehe v.a. die Monographien und zahlreichen Aufsätze von HELMUT NEUBACH sowie die relativ neue Korfanty-Biographie von SIGMUND KARSKI, die allerdings eindeutig Partei für die deutsche Seite im Oberschlesien-Konflikt ergreift.

20 HAUSMANN, Die politischen Ideen.

Starke Berücksichtigung hat die polnische Frage hier allerdings in Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg und der Friedenskonferenz gefunden, als die Westmächte selbst als Akteure und schließlich als Schiedsrichter auftraten.[21] Zur Ideologiegeschichte der verschiedenen polnischen politischen Lager, besonders der Nationaldemokratie, oder zur nationalpolnischen Bewegung im preußischen Teilgebiet sind hingegen nur vereinzelt Studien erschienen.[22]

1.5. Aufbau der Arbeit

Die Analyse des polnischen Westgedankens, die sich im wesentlichen auf den Zeitraum zwischen den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts und 1918 bezieht, zerfällt in der vorliegenden Untersuchung in fünf Einzelabschnitte, denen ein Überblick über die gedanklichen Vorläufer des Westgedankens vorangestellt wird (Kapitel 3). Schon um die Einleitung nicht über Gebühr aufzublähen, werden voraussetzende, das Verständnis der Thematik erleichternde Informationen in den Kapiteln 2 und 4 gegeben, die damit aus dem übrigen Aufbauschema in gewisser Hinsicht herausfallen. Hierbei geht es zum einen um die Klärung von Begriffen und allgemeinen Voraussetzungen (Kapitel 2), zum anderen um die Benennung grundlegender historisch-politischer Zäsuren, die der Formulierung neuer nationaler Ideen in Polen vorausgingen (Kapitel 4); Kapitel 3 wurde aus Gründen der Chronologie zwischengeschoben.

Von einem ideologisch fundierten polnischen Westgedanken läßt sich, wie bereits ausgeführt, im engeren Sinne erst seit Ende der 1880er Jahre sprechen, als auf der Grundlage einer spezifischen, auf das bodenständige polnischsprachige Kleinbauerntum abstellenden Volkstumsideologie erstmals konkrete Gebietsansprüche gegen Deutschland formuliert wurden. Diese Volkstumsideologie stand zugleich am Beginn der Ausformulierung eines integralen, „allpolnischen“ Nationalismus, der das nach innen gerichtete Postulat der gesellschaftlichen Integration der breiten Landbevölkerung mit einem unverhüllten Expansionsanspruch nach außen verband. Es scheint daher geboten, der in großen Teilen der polnischen Öffentlichkeit vollzogenen geistig-ideologischen Neuorientierung einen eigenen Abschnitt zu widmen (Kapitel 5). Von diesem ideologischen Fundament sind die polnischen Gebietsansprüche gegen Deutschland, wie sie seit 1895 vor allem im *Przegląd Wszechpolski* formuliert wurden, ebensowenig zu trennen wie von einer in der polnischen Wissenschaft – Historiographie, Sprachwissenschaft, Volkskunde und Statistik – geführten Diskussion zum Thema „Westgebiete“ bzw. – in der Geographie – zu Territorialfragen allgemein.

[21] An dieser Stelle seien nur die Arbeiten von PAUL LATAWSKI und die englischsprachige Gesamtdarstellung der Pariser Friedenskonferenz aus der Feder des dänischen Historikers KAY LUNDGREEN-NIELSEN genannt.

[22] Zur Ideologie und organisatorischen Struktur der Nationaldemokratie im Zeitraum 1895-1907 siehe die kleine Monographie von A. M. FOUNTAIN, die auf die Territorialfrage aber nur am Rande eingeht; zum deutsch-polnischen Nationalitätenkonflikt im preußischen Osten vor 1914 siehe die detaillierte Studie von RICHARD BLANKE.

Viele der dort herausgearbeiteten Grundmotive wurden auf der politischen Ebene vor und während des Krieges aufgegriffen und zur argumentativen Untermauerung territorialer Ansprüche herangezogen. Es scheint daher sinnvoll, ihnen vorab einen eigenen Abschnitt zu widmen (Kapitel 6). Kapitel 7 knüpft dann, was die geistig-ideologischen Voraussetzungen anbetrifft, an Kapitel 5 an und arbeitet Grundzüge der politischen Diskussion zum Thema „Westgebiete" heraus, wobei sowohl grundsätzliche weltanschauliche Positionen der verschiedenen politischen Lager als auch die Reflexion der aktuellen politischen Entwicklung in den „Westgebieten" durch die polnische Publizistik berücksichtigt werden. Daran schließen sich thematisch die Entwicklung konkreter politischer Konzepte an, die den Polen Wege zur Durchsetzung der territorialen Ziele aufzeigen sollten (Kapitel 8), sowie der Versuch, diese Konzepte unter den Bedingungen des Krieges bzw. der unmittelbaren Nachkriegszeit zu realisieren, als die polnische Frage auf die Tagesordnung der internationalen Politik geraten war (Kapitel 9 und 10).

1.6. Formalia

Im Quellenverzeichnis und im Anmerkungsapparat werden die polnischen Titel grundsätzlich in der Originallautung wiedergegeben. Da sich die polnische Orthographie nach dem Ersten Weltkrieg in einigen Details geändert hat, können in der vorliegenden Untersuchung daher mitunter verschiedene Schreibweisen ein und desselben Wortes auftauchen, besonders bei Fremdwörtern. Dabei handelt es sich zumeist um ein veraltetes *y*, an dessen Stelle im modernen Polnisch ein *i* oder *j* geschrieben wird, oder um ein veraltetes *j*, an dessen Stelle heute ein *i* geschrieben wird.

Beispiele: *Socyalizm* (veraltet) statt *Socjalizm* (modern);
Materyał oder *Materjał* (veraltet) statt *Materiał* (modern);
Djalekt (veraltet) statt *Dialekt* (modern).

Daneben tauchen neben der heute allein üblichen Schreibweise *Śląsk* (Schlesien) verschiedentlich auch die veralteten Schreibweisen *Ślązk* oder *Szląsk* auf.

Bei der Wiedergabe polnischer Abkürzungen oder Namen von Organisationen und Presseorganen im deutschen Text richtet sich der Artikel nach dem polnischen Kasus.

Beispiel: *Die* „Polnische Demokratische Gesellschaft";
aber *das* TDP (für: *Towarzystwo Demokratyczne Polskie*).

Eine deutsche Übersetzung der in der Arbeit zitierten polnischen Titel findet sich im Quellen- und Literaturverzeichnis. Direkt im Anmerkungsteil mit einer Übersetzung versehen sind lediglich die zitierten Zeitungsartikel (und zwar jeweils bei der Erstnennung), da sie – schon aus Gründen des Umfangs – im Quellenverzeichnis nicht einzeln aufgeführt werden können.

2. Voraussetzungen: „Westgedanke“ und „Westgebiete“ als Probleme der polnischen politischen Ideengeschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts

2.1. Begriffsklärungen

Der Begriff „Polnischer Westgedanke“ *(Polska myśl zachodnia)* zur Kennzeichnung einer vor und nach 1918 auf eine bestimmte territoriale Ausrichtung Polens zielenden Strömung innerhalb des polnischen politischen Spektrums hat sich in der polnischen Forschung erst in der Nachkriegszeit durchgesetzt.[23] Eine Vorreiterrolle in der diesbezüglichen Forschung spielten dabei die schon 1919 als wissenschaftliches Zentrum des vormaligen preußischen Teilgebiets gegründete Adam-Mickiewicz-Universität in Posen sowie das eingangs schon erwähnte, 1945 gleichfalls in Posen angesiedelte „Westinstitut“ *(Instytut Zachodni)*.

In der deutschen Forschung ist, wie schon gesagt, die gesamte Thematik in der Vergangenheit eher stiefmütterlich behandelt worden, entsprechend fehlt auch eine intensive Auseinandersetzung mit dem Begriff als solchem und der adäquaten Übersetzung des polnischen Terminus ins Deutsche. Joachim Rogall hat in seiner Rezension einer polnischen Monographie von Marian Mroczko unlängst den Ausdruck „Westgebiets-Programm“ als sinngemäß beste Übersetzung für *myśl zachodnia* vorgeschlagen[24] und sich dabei an Mroczkos Definition dieses Begriffs als „Konzeption zur Verteidigung des Polentums der polnischen Westgebiete, der umfassenden Begründung polnischer Rechte auf dieses Gebiet und der Hebung ihres zivilisatorischen Niveaus“ angelehnt.[25] Für die von Mroczko schwerpunktmäßig beleuchtete Zwischenkriegszeit, in der die Zukunft der polnischen „Westgebiete“ – sowohl der bis 1922 an Polen gefallenen als auch der darüber hinaus von großen Teilen der polnischen Öffentlichkeit beanspruchten – einen wichtigen Rang in der Programmatik vieler politischer Parteien und Organisationen einnahm, mag diese Übersetzung sinnvoll erscheinen. Freilich weist Mroczko selbst ausdrücklich darauf hin, daß der Westgedanke auch in der Zwischenkriegszeit niemals in ein *expressis verbis* formuliertes

[23] Insbesondere seit den 70er Jahren sind eine ganze Reihe von Aufsätzen, Monographien und Sammelwerken erschienen, die den Terminus *polska myśl zachodnia* bereits plakativ im Titel führen und in die vorliegende Darstellung eingeflossen sind (siehe Kap. 1.4.1. u. Literaturverzeichnis).

[24] ROGALL, S. 168.

[25] MROCZKO, Polska myśl zachodnia, S. 11.

und allgemein verbindliches Programm gegossen wurde.[26] Zwar sind die „Westgebiete“ schon vor 1918 vereinzelt zum Gegenstand konkreter politischer Programme und Konzepte gemacht worden, wobei in erster Linie Roman Dmowskis 1908 erschienenes Buch „Deutschland, Rußland und die polnische Frage“ *(Niemcy, Rosja i kwestja polska)* zu nennen ist. Darüber hinaus hat es jedoch in der Zeit nach 1863 – und vereinzelt auch schon davor – ein sehr allgemeines und vielfältiges, sich zunehmend verdichtendes Interesse an den „Westgebieten“ gegeben, das sich in einer Vielzahl von Presseorganen und Broschüren ganz unterschiedlicher politischer Provenienz sowie in historischen, geographischen, sprachwissenschaftlichen und landeskundlichen Werken niedergeschlagen hat und in seiner gesamten Bandbreite Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit sein soll.[27] In diesem Zusammenhang von „Westgebiets-Programm“ zu sprechen, erscheint überzogen, auch wenn in diesem Zeitraum natürlich bereits die Grundlage für eine Einbeziehung der „Westgebiete“ in politische Programme gelegt wurde. In Anlehnung an den im Polnischen gebräuchlichen Obergriff *myśl polityczna* – im Deutschen am besten mit „politischer Gedanke“ oder „politische Idee“, keinesfalls aber mit „politisches Programm“ zu übersetzen – hat der Verfasser sich daher an dieser Stelle für die möglichst wörtliche und allgemein gehaltene Übersetzung „Polnischer Westgedanke“ entschieden. Damit soll verdeutlicht werden, daß hier ein Beitrag zur Erforschung der äußerst vielschichtigen polnischen politischen Ideengeschichte der Teilungszeit geleistet werden soll[28] und keinesfalls eine Verengung auf die Programmatik der sich nach 1863 schrittweise herausbildenden politischen Parteien Polens beabsichtigt ist, auch wenn diese Programmatik zweifellos eine zentrale Rolle spielt.

Vor diesem Hintergrund ist eine von Teresa Kulak vorgeschlagene Definition, die eine den Westgedanken tragende spezifische Sichtweise der polnischen Geschichte mit berücksichtigt, ergiebiger als die oben bereits zitierte und sehr stark auf die Sphäre des politischen Handelns abstellende Definition von Mroczko. Kulak versteht den Polnischen Westgedanken als „die Berufung auf eine staatlich-territoriale Tradition aus der Epoche der ersten Piasten, insbesondere auf den Staat Mieszkos und der Boleslawiden mit an Oder und Ostsee ausgerichteten Grenzen, die eng mit dem Gesamtkomplex der nationalen und politischen Geschichte der Teilungszeit verbunden“ gewesen sei. „Seine öffentliche Emanation“, so Kulak weiter, sei „prinzipiell eine Synthese der sich in Deutschland vollziehenden Entwicklungen sowie allgemeinpolni-

---

26 Ebenda.

27 Insofern ist PISKORSKI, 1000 Jahre, S. 134, unbedingt zu widersprechen, wenn er schreibt, der polnische Westgedanke habe sich erst in der Zwischenkriegszeit herausgebildet. Die vorliegende Arbeit will zeigen, daß alle wesentlichen historisch-ideologischen Motive, die die Grundlage weitreichender polnischer Gebietsansprüche waren und nach 1918 in die vornehmlich in Posen geleistete wissenschaftliche Beschäftigung mit den „Westgebieten“ einflossen, bereits vor 1914 entwickelt wurden.

28 Zum Begriff *polska myśl polityczna* und zu den diesbezüglichen Forschungsproblemen siehe u.a. H. ZIELIŃSKI, O potrzebie, S. 7-26; ŻYBERTOWICZ, S. 5-27.

scher und allgemeinnationaler Phänomene“ gewesen.[29] Mroczko setzt etwas andere Akzente, wenn er den Westgedanken als Synthese dreier grundlegender Elemente beschreibt:

> „1. Die Erkenntnis des Problems der Wichtigkeit der Westgebiete für die Zukunft der polnischen Nation sowohl in wirtschaftlicher als auch in ethnischer Hinsicht. 2. Die Analyse ihrer Bedeutung im Zusammenhang mit der Beziehung Deutschlands zu Polen, insbesondere mit dem Phänomen, das mit dem Begriff „Drang nach Osten“ bezeichnet wird. 3. Die sich in der Einstellung der polnischen Bevölkerung vollziehende territoriale Reorientierung.“[30]

Aus all diesen polnischen Definitionsversuchen spricht das Bemühen, den Westgedanken als im wesentlichen defensiv und bloße Reaktion auf deutsche Expansions- und Germanisierungsbestrebungen im Osten darzustellen. Joachim Rogall macht Mroczko in diesem Zusammenhang zu Recht den Vorwurf, die Thematik einseitig nur vom polnischen Standpunkt aus zu beschreiben und die auch schon vor 1918 erhobenen Forderungen nach einer Liquidierung Ostpreußens als Teil des Deutschen Reiches, nach Anschluß Danzigs und ganz Oberschlesiens nur als Ausdruck nationalistischer Kompensation angesichts der deutschen Ostpolitik zu schildern.[31] Dieser Vorwurf trifft letztlich auf die gesamte polnische Forschung auf diesem Gebiet vor 1990 zu. Seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft – das konzediert auch Rogall – ist demgegenüber eine etwas kritischere und objektivere Behandlung der Thematik feststellbar[32], wenngleich die Hervorhebung des defensiven Aspekts und die oft recht einseitige Konstruktion einer polnischen Opferrolle teilweise bis heute nachwirken.

Tatsächlich ist hier eine genauere Differenzierung vonnöten. Am Beginn der ideologischen Ausformung des Westgedankens stand zweifellos die Reaktion der polnischen Öffentlichkeit aller drei Teilgebiete auf die besonders seit der deutschen Reichseinigung mit zunehmender Intensität in den preußischen Ostgebieten betriebenen Germanisierungspolitik, die zunächst auf eine mit den Mitteln der Sprachpolitik vorangetriebene Assimilierung, ab 1885 dann auch immer mehr auf die gewaltsame Verdrängung des polnischen Elements abzielte (s.u. Kap. 4.3.). Solange die polnische Seite dieser Politik lediglich Konzepte und Aktivitäten zur Verteidigung des von Entnationalisierung bedrohten Polentums in den „Westgebieten“ und seiner zivilisatori-

---

29 KULAK, Polska myśl zachodnia, S. 26. – Mit den „Boleslawiden“ sind die der Piastendynastie entstammenden Könige Bolesław I. Chrobry („der Tapfere“; Regierungszeit: 992-1025) und Bolesław III. Krzywousty („Schiefmund“; 1102-1138) gemeint, die neben dem Dynastie- und eigentlichen Staatsgründer Mieszko I. (ca. 960-992) als die wichtigsten Herrschergestalten der frühen Piastenzeit angesehen werden können.

30 MROCZKO, Polska myśl zachodnia, S. 9.

31 ROGALL, S. 172.

32 So hat sich PISKORSKI, Przeciw nacjonalizmowi (Rezension zu PIOTROWSKI, O Polskę nad Odrą i Bałtykiem), S. 322, bereits 1990 nachdrücklich dafür ausgesprochen, nicht nur die nationalistischen und expansionistischen Tendenzen der deutschen „Ostforschung“ der Zwischenkriegszeit immer wieder beim Namen zu nennen, sondern ebenso die entsprechende „eigene Praxis“.

schen Stärkung entgegensetzte, wäre es in jeder Beziehung gerechtfertigt, von einer rein defensiven Funktion des Westgedankens zu sprechen. Eine solche, gerade unter den vom Siegeszug des Nationalgedankens geprägten geistigen Bedingungen des 19. Jahrhunderts „natürliche“ Abwehrreaktion bereits als Ausdruck eines spezifischen polnischen Westgedankens zu werten hieße allerdings, den Umfang dieses Begriffs sehr weit zu fassen.

An dieser Stelle ist es sinnvoll, auf die oben bereits zitierte Definition von Teresa Kulak zurückzugreifen, die den historischen Rekurs auf das Herrschaftsgebiet der mittelalterlichen polnischen Piastendynastie in den Mittelpunkt stellt. In der Tat fand das Interesse der polnischen Öffentlichkeit an den „Westgebieten“ erst mit diesem Rekurs ihr ideologisches Fundament. Zugleich wurde mit dieser verschiedentlich so genannten „piastischen Idee“ *(idea piastowska)* die Grundlage für das Hinausgreifen über die Teilungsgrenze von 1772 und damit für den Übergang von der Defensive zur (geistigen) Offensive gelegt. Die entscheidende Zäsur bildet in diesem Zusammenhang Jan Ludwik Popławskis 1887 verfaßter und noch ausführlich zu behandelnder Grundsatzartikel „Mittel der Verteidigung“ *(Środki obrony)*, in dem unter anderem der Anschluß ganz Ostpreußens an einen künftigen polnischen Staat gefordert wurde und damit unter Rückgriff auf geostrategische Argumentationsmuster auch Gebiete beansprucht wurden, die von keinerlei alteingesessener polnischsprachiger Bevölkerung bewohnt waren. Auch in der Sprachenfrage kamen zunehmend offensive Elemente ins Spiel, indem von einigen Publizisten über die bloße Abwehr deutscher Germanisierungsbestrebungen hinaus in gewissem Umfang auch eine „Repolonisierung“, also eine Rückgängigmachung bereits abgeschlossener Assimilierungsprozesse vor allem in Schlesien und Pommern diskutiert wurde (s.u. Kap. 8.3.).

In der polnischen Literatur ist mitunter auch die Frage diskutiert worden, wieweit der Westgedanke selbst als Ideologie zu verstehen und damit die Verwendung des Begriffs „Westideologie“ *(ideologia zachodnia)* gerechtfertigt ist. Hier ist Vorsicht geboten, da in der polnischen Geistesgeschichte unter „Westideologie“ eher die allgemeine geistige Hinwendung zur westlichen, sprich abendländisch-katholischen Kultur und Zivilisation verstanden wird, der sich Polen als selbsternannte „Vormauer der Christenheit“ *(antemurale christianitatis)* stets zugehörig fühlte und die mit einem bestimmten Territorialkonzept zunächst einmal nichts zu tun hat. Diese spezifisch polnische Zivilisationsidee schlug sich vor allem in einer strikten Abgrenzung gegenüber dem dem östlichen Kulturkreis zugerechneten Rußland nieder, diente also gerade nicht zur Begründung einer historischen Erbfeindschaft gegenüber Deutschland.

Marian Mroczko hat diesem Umstand Rechnung getragen, indem er den Westgedanken als ein hauptsächlich auf das Territorium beschränktes Konzept, die „Westideologie“ hingegen als ein von einem bestimmten Territorium losgelöstes Gedankengebäude definiert, das die Hoffnungen der Polen auf Fortschritt und Entwicklung auf den „Westen“ projizierte.[33] Das heißt nicht, daß die auf eine Westexpansion zielenden Programme von dieser Fortschrittsidee nicht erheblich beeinflußt worden wären. Der Vordenker der polnischen Nationaldemokratie, Roman Dmowski, hielt die

---

33 MROCZKO, Polska myśl zachodnia, S. 10; vgl. KWILECKI, Geneza, S. 6.

Einverleibung der „Westgebiete“ nicht zuletzt deshalb für unverzichtbar, weil er in ihnen als den wirtschaftlich am weitesten entwickelten und von der westlichen Kultur und Zivilisation am meisten beeinflußten Gebieten die Garantie für eine möglichst große wirtschaftliche und kulturelle Dynamik eines künftigen polnischen Staatswesens sah.[34] Als bloßes Territorialkonzept war der Westgedanke daher selbst nicht Ideologie, wurde aber ideologisch begründet. So ist der Rückgriff auf Herrschaftsbereich und Expansionsrichtung der Piastendynastie, also die Projektion einer gegenwärtigen Konfliktlage auf eine ferne Vergangenheit, zweifelsohne als ideologisches Konstrukt zu werten, das Eingang in die Vorstellungen ganz verschiedener politischer Lager fand. Die Hauptrolle spielte entsprechendes Gedankengut aber ganz eindeutig in der nationalistischen „allpolnischen“ Ideologie der Ende des 19. Jahrhunderts entstandenen Nationaldemokratie, wie noch ausführlich zu zeigen sein wird.

Eine verbindliche Definition des Westgedankens bleibt freilich solange wertlos, solange nicht auch der sehr allgemein gehaltene Begriff „Westgebiete“ einer näheren Beleuchtung unterzogen wird. Dieser während der Teilungszeit eingebürgerte und in Presse und Publizistik zunehmend popularisierte Terminus wurde in der Zwischenkriegszeit zum Kampfbegriff für die auf der Pariser Friedenskonferenz nicht befriedigten polnischen Expansionsbedürfnisse im Westen. Nach 1945, als Polen infolge des Zweiten Weltkrieges weiter nach Westen vorgerückt war, als es die meisten Vordenker des Westgedankens vor 1918 eigentlich gewollt hatten, dies aber mit erheblichen Gebietsverlusten im Osten zu bezahlen hatte, wurde der Begriff der „West- und Nordgebiete“ *(ziemie zachodnie i północne)* bzw. – in Anspielung auf die frühe Piastenzeit – der „wiedergewonnenen Gebiete“ *(ziemie odzyskane)* zu einem überaus populären Schlagwort.[35] Der erweiterte Begriff „West- und Nordgebiete“ ist eigentlich auch der geographisch korrektere, da Ostpreußen, auf das sich schon vor 1918 das Augenmerk der Protagonisten des Westgedankens richtete, im Norden, nicht im Westen der polnischen Kernlande liegt. In Anlehnung an den vor 1918 üblichen Sprachgebrauch soll hier aber weiterhin nur von „Westgebieten“ die Rede sein, wobei, sofern nicht ausdrücklich anders erwähnt, das Ermland und Masuren bzw. Ostpreußen als ganzes stets mitgemeint sind.

Schon im 19. Jahrhundert taucht indessen mit *kresy zachodnie* ein Alternativbegriff auf. Der polnische Terminus *kres* [wörtlich: Rand, Ende] meint nicht „Gebiet“ allgemein, sondern „Grenzgebiet“, „Grenzland“, und bezeichnet damit Gebiete an der Peripherie eines Landes bzw. eines nationalen Siedlungsgebietes, die – zumindest im ethnisch stark fragmentierten Ostmitteleuropa – meist auch Zonen gegenseitiger nationaler Durchmischung sind. In der neueren polnischen Literatur werden sie allerdings meist mit dem Begriff *pogranicze* bezeichnet. Auf den deutsch-polnischen

34 Vgl. MROCZKO, Polska myśl zachodnia, S. 10f.

35 PISKORSKI, 1000 Jahre, S. 137, weist zu Recht darauf hin, daß solche ideologisch motivierten Begriffe auch auf deutscher Seite gebräuchlich waren. So wurden in der deutschen Historiographie verschiedentlich die deutschen Kolonisationsgebiete im Osten und sogar die Teilungsgebiete von 1772-1795 unter Hinweis auf deren vorgeschichtliche germanische Besiedlung ebenfalls als „wiedergewonnene Gebiete“ bezeichnet.

Grenzraum bezogen definiert Wojciech Wrzesiński diese Territorien als ethnisch infolge der deutschen Ostkolonisation heterogene, aber historisch polnische Gebiete, in denen eine lineare Grenzziehung zwischen den einzelnen Volksgruppen nicht möglich war und in denen die deutsche und die polnische Zivilisation miteinander konkurrierten.[36] Als geeignetste Übersetzung für *kres* erweist sich mit Blick in die deutsche Geschichte der – heute allerdings kaum noch gebräuchliche – Begriff „Mark" oder „Grenzmark"[37], mit dem jahrhundertelang vor allem die im Zuge der Ostkolonisation neugewonnenen und zu besiedelnden Gebiete bezeichnet wurden, z.B. die „Mark Meißen", die „Ostmark" oder die „Mark Brandenburg". Bei der Verwendung dieses Begriffs klang unterschwellig stets auch die Vorstellung eines territorialen Vorpostens des Christentums bzw. der westlichen Zivilisation mit – eine Vorstellung, die ursprünglich auch bezüglich der historischen polnischen Ostgebiete eine Rolle spielte. Daran anknüpfend wurden die preußischen Ostprovinzen in der deutschen nationalen Publizistik der Jahrhundertwende verbreitet auch als Deutschlands „Ostmarken" bezeichnet und als Schauplatz einer spezifischen „Ostmarkenpolitik" geschildert.

Die Anwendung des Begriffs *kresy* auf die beanspruchten Gebiete im Westen durch die polnische Publizistik ist zugleich eine augenfällige Konsequenz des Umbruchs, der sich innerhalb der polnischen Nationsidee im 19. Jahrhundert vollzog. In den ersten Jahrzehnten nach den Teilungen dominierte in Polen die Forderung nach einer vollständigen territorialen Restitution der polnisch-litauischen Adelsrepublik. Entsprechend richteten sich die polnischen territorialen Bestrebungen vor allem nach Osten und damit gegen das Zarenreich, das sich im Zuge der Teilungen mit rund 458.000 qkm den Löwenanteil des polnischen Staatsgebietes (entspricht ca. 63%) angeeignet hatte. Als *kresy* wurden daher zunächst jene Gebiete östlich von Bug und Memel bezeichnet, die dem 1815 in Personalunion mit dem Zarenreich installierten und nur 127.000 qkm großen „Königreich Polen" nicht wieder angegliedert worden

---

36 WRZESIŃSKI, Kresy czy pogranicze?, S. 119ff. – Auf S. 122 nennt Wrzesiński acht Faktoren, die die zwischen Deutschland und Polen strittigen Gebiete von anderen Gebieten gegenseitiger Berührung unterscheiden. Er betont, daß sich 1. das deutsch-polnische Grenzgebiet bereits im Mittelalter ausgebildet und sich später trotz der fortgesetzten deutschen Ostexpansion stabilisiert habe, daß sich 2. die Änderung der staatlichen Zugehörigkeit dieser Gebiete stets auf ethnisch polnischer Grundlage vollzogen habe, daß 3. die deutsche staatliche Expansion eine kolonisatorische Siedlungsbewegung nach sich gezogen habe, daß 4. die gegenseitige kulturelle Durchdringung solange konfliktfrei verlaufen sei, solange die zivilisatorische Konkurrenz keinen politischen Charakter annahm, daß 5. das deutsch-polnische Grenzgebiet im 19. Jahrhundert nicht nur Terrain natürlicher, sondern auch von außen hineingetragener Konflikte gewesen sei, daß 6. die polnische Organisationstätigkeit dort stets defensiven Charakter gehabt habe, daß 7. der Nationalisierungsprozeß dort durch die Ausbildung des Klassenkonflikts zusätzlich kompliziert worden sei und daß schließlich 8. die Verschärfung und die Permanenz des nationalen Konflikts den Ereignissen dort einen national integrativen Charakter verliehen habe. – Ausführlich zu dieser Problematik STASZCZAK, Pogranicze polsko-niemieckie; DIES., Zur Methodik, S. 7-18.

37 WAPIŃSKI, Kresy, S. 9; vgl. hierzu auch PRESCOTT, S. 48f.

waren.[38] Die tiefe historische, nicht selten mythologisch überhöhte Verbundenheit mit diesen „geraubten Gebieten" *(ziemie zabrane)* fand ihren Niederschlag in der romantisch inspirierten polnischen Literatur und prägte die politische Mentalität der Polen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entscheidend.[39] Den sich von dieser überkommenen Wortbedeutung bewußt absetzenden Terminus *kresy zachodnie* näher definiert hat erstmals der entscheidende Vordenker und Stichwortgeber des Westgedankens, der Publizist Jan Ludwik Popławski:

> „Als Grenzmarken bezeichnen wir diejenigen Provinzen, in denen sich das polnische Element, ob autochthon oder gewöhnlich zugewandert, in der Position einer bedeutenden Minderheit befindet, aber auch jene ethnographisch polnischen Gebiete, wo die Bevölkerung nicht im politischen Sinne national bewußt ist. Es sind dies jene Provinzen, die entweder nie zum polnischen Staat gehörten oder sich schon vor langer Zeit von ihm abspalteten, oder aber in denen die politische und kulturelle Herrschaft des polnischen Elements ernsthaft erschüttert und geschwächt wurde."[40]

Popławskis Definition macht unzweifelhaft klar, daß damit im Westen weder Posen noch Westpreußen gemeint waren, sondern vor allem Ostpreußen und Schlesien. Zugleich wirft sie ein grelles Licht auf die offensive Stoßrichtung des Westgedankens, indem sie weder das Vorhandensein einer polnischen Bevölkerungsmehrheit noch eines polnischen Nationalbewußtseins, ja noch nicht einmal unbedingt eine historische Zugehörigkeit des in Rede stehenden Gebietes zu Polen – wann auch immer – als verbindliche Kriterien für Gebietsansprüche gelten läßt. Der Begriff *kresy zachodnie* fand im Sinne Popławskis auch sonst Verwendung vor allem für die Gebiete außerhalb der Vor-Teilungsgrenzen von 1772 und ist insofern spezieller als der Begriff *ziemie zachodnie*, mit dem für gewöhnlich vor 1918 alle Gebiete mit nennenswerten polnischen Bevölkerungsanteilen innerhalb der preußischen bzw. deutschen Grenzen bezeichnet wurden, gleich ob sie bis 1772/93 zu Polen gehört hatten oder nicht. Im einzelnen sind dies die Provinzen Posen und Westpreußen mit Danzig sowie das Ermland (innerhalb der Teilungsgrenzen von 1772), des weiteren das übrige Ostpreußen und Teile Pommerns sowie Oberschlesien und Teile Mittelschlesiens (außerhalb der Teilungsgrenzen von 1772). Zur zweiten Kategorie kann im weitesten Sinne auch das im Frieden von Hubertusburg 1763 bei Österreich verbliebene und südlich bzw. südöstlich an Oberschlesien angrenzende „Österreichisch Schlesien" (in der polnischen Publizistik verbreitet auch als „Teschener Schlesien", *Śląsk Cieszyński* bezeichnet) gerechnet werden. Im Zuge dieser Verallgemeinerung ist auch der Terminus „Preußi-

---

[38] In Anspielung auf die auf dem Wiener Kongreß 1815 festgeschriebene Teilung Polens bürgerte sich für dieses „Königreich" schnell auch der Begriff „Kongreßpolen" ein (*Polska kongresowa*; auch mit dem spöttisch gebrauchten Diminutiv *kongresówka* bezeichnet).

[39] WAPIŃSKI, Kresy, S. 9; vgl. DERS., Mit dawnej Rzeczypospolitej, S. 82ff.; KALEMBKA, Ziemie wschodnie, S. 69-79; J. KOLBUSZEWSKI, Legenda kresów, S. 47-95.

[40] J.L. POPŁAWSKI: *Zadania polityki narodowej na kresach* [Aufgaben einer nationalen Politik in den Grenzmarken], in: „Przegląd Wszechpolski" 1903, Nr. 9, S. 672.

sches Teilgebiet“ *(zabór pruski)*[41] verschiedentlich auf Oberschlesien und Masuren ausgeweitet und damit seiner ursprünglichen, konkret auf das Teilungsunrecht abzielenden Bedeutung beraubt worden, da beide Gebiete mit den polnischen Teilungen nichts zu tun hatten.

Die im Zuge der Teilungen bzw. der europäischen Neuordnung durch den Wiener Kongreß 1815 an Preußen gefallenen polnischen Territorien waren im Sinne der Forderung nach voller Restitution von Anfang an Gegenstand polnischer Ansprüche und Schauplatz des Widerstandes gegen preußische Assimilierungsbestrebungen. Das naheliegende Verlangen nach Revision eines auch schon von Zeitzeugen als solches empfundenen Unrechts bereits als Ausdruck eines spezifischen Westgedankens zu werten, wäre verfehlt. Erst das geistige Ausgreifen über die Grenzen von 1772 hinaus und die in diesem Zusammenhang vorgenommene politische Instrumentalisierung der piastischen Vergangenheit stellen das eigentlich „Neue“ innerhalb der polnischen Ideengeschichte des 19. Jahrhunderts und damit die Grundlage des Westgedankens als Ausdruck einer territorialen Neuorientierung innerhalb der polnischen Gesellschaft dar. Der im folgenden gebrauchte Begriff „Westgebiete“ soll hier also eng aufgefaßt werden, Gegenstand der Analyse sollen damit im Kern nur die außerhalb der Teilungsgrenzen von 1772 liegenden Territorien sein, nicht hingegen die Provinzen Posen und Westpreußen. Eine Ausnahme bezüglich Westpreußens bilden die Kaschubei und die Stadt Danzig. Die polnischen Bestrebungen gegenüber den sprachlich mit den Polen zwar eng verwandten, aber nicht deckungsgleichen Kaschuben stehen für den Versuch einer Vereinnahmung aller im Zuge der deutschen Ostkolonisation übriggebliebenen westslavischen „Volkssplitter“ und damit einer so empfundenen Anknüpfung an die Politik der Piasten. Diese Bestrebungen wie auch die Bekämpfung eines sich gegen Polen abgrenzenden kaschubischen Eigenbewußtseins waren Ausdruck eines von den Protagonisten des Westgedankens vertretenen unifizierenden Nationalismus und sind als solche von den polnischen Aktivitäten gegenüber den Oberschlesiern oder den Masuren nicht zu trennen. Das Engagement gegenüber den Kaschuben wie auch die Ansprüche auf das vor 1772 nur recht lose in den polnischen Gesamtstaat eingebundene und überdies fast rein deutsch besiedelte Danzig sind über den bloßen Restitutionsgedanken hinaus auch Ausdruck des polnischen Strebens zur Ostsee und hängen insofern eng mit den polnischen Ansprüchen gegenüber Ostpreußen zusammen. Dieser in der Literatur verschiedentlich so bezeichnete polnische „Meeresgedanke“ *(myśl morska)*[42] ist mit dem Westgedanken keinesfalls deckungsgleich, beide Territorialkonzepte flossen während der Teilungszeit jedoch vielfach ineinander, worauf noch einzugehen sein wird. Schließlich wird auch das im Gegensatz zum übrigen Ostpreußen bis 1772 zu Polen gehörende Ermland zwangsläufig

---

[41] Der Begriff *zabór* bedeutet im Polnischen wörtlich eigentlich „Raub“, ist also bereits stark negativ konnotiert.

[42] Hierzu PISKOZUB, Polska morska, S. 10f.; vgl. auch DOPIERAŁA, S. 14ff. – Mit der seit 1920 alljährlich mit großem Pathos praktizierten Zeremonie der „Vermählung Polens mit dem Meer“, die im Rahmen der nationalen Mythologie der Polen eine wichtige Rolle spielt, beschäftigt sich KROCZYŃSKI, insb. S. 40ff.

Gegenstand der Untersuchung sein, da Ostpreußen in den zu analysierenden Territorialkonzepten vielfach als Einheit behandelt wird. Den Rahmen der vorliegenden Arbeit bildet der sich im Verlauf des 19. Jahrhundert zunehmend verschärfende Konflikt zwischen Preußen bzw. Deutschland und der polnischen Gesellschaft sowie das daraus resultierende Deutschenbild der Polen. Verzichtet wird daher auf eine nähere Beleuchtung der polnischen Ansprüche auf Österreichisch Schlesien. Zum einen unterschied sich das polnische Bild der Habsburger-Monarchie sehr deutlich von demjenigen der Hohenzollern-Monarchie und Preußens generell, zum anderen ist der Sachverhalt im österreichischen Teil Schlesiens ohnehin ein anderer, da hier nicht allein polnische und deutsche, sondern vor allem auch polnische und tschechische Ansprüche aufeinander prallten.

2.2. Kurzer Abriß der historischen Entwicklung der polnischen Westgrenze seit dem 10. Jahrhundert

Ein Blick in den historischen Atlas zeigt, daß Polens Westgrenze im Jahre 1945 ungefähr wieder dort angelangt war, wo sie zeitweise bereits in der Frühzeit des polnischen Staates verlaufen war. Dieser Umstand fand seinen Niederschlag in dem propagandistisch gebrauchten Terminus von den „wiedergewonnenen Gebieten“, deren „Heimkehr“ in das Mutterland von den kommunistischen Machthabern propagandistisch intensiv ausgeschlachtet wurde. Da die Berufung auf die territoriale Ausrichtung des frühen Piastenstaates und die Klage über die spätere Abkehr von dieser Tradition bei der Formulierung und Ausgestaltung des polnischen Westgedankens eine zentrale Rolle spielten, wird an dieser Stelle ein Überblick über die historische Entwicklung der polnischen Westgrenze bis zu den Teilungen gegeben, auch wenn dies in aller gebotenen Kürze erfolgen soll.[43]

Jan M. Piskorski hat hierzu unlängst ein sechsgliedriges Periodisierungsmodell präsentiert[44], dem an dieser Stelle weitgehend gefolgt werden kann. Als erste Phase ist demnach der Zeitraum vom Ende des 10. Jahrhunderts bis zum Ende des 12. bzw. bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts zu bezeichnen, in dem die Westgrenze des polnischen Piastenreiches tatsächlich ungefähr entlang der Flußläufe von Oder und Neiße – bzw. kurzfristig auch noch weiter westlich[45] – verlief. Was die einzelnen zwischen

---

[43] Einen allgemeinen Überblick geben RHODE und HOENSCH; des weiteren ZERNACK, Deutschlands Ostgrenze, S. 135-159; speziell mit diesem Thema befaßt hat sich auf polnischer Seite u.a. LABUDA, Polska granica zachodnia; DERS., Dzieje granicy polsko-niemieckiej, S. 11-47; einen Überblick über die historische Entwicklung des polnischen Territoriums unter Berücksichtigung verschiedener geographischer und politischer Konzeptionen gibt WAPIŃSKI, Polska i małe ojczyzny Polaków, S. 15ff.

[44] PISKORSKI, 1000 Jahre, S. 141ff.

[45] Im Frieden von Bautzen 1018 erhielt Bolesław I. Chrobry nach langwierigen militärischen Auseinandersetzungen mit dem Reich vom deutschen Kaiser Heinrich II. die Lausitz und das Milzener Land als Reichslehen zugesprochen. Nach seinem Tode im Jahre 1025 gingen diese Gebiete westlich der Neiße allerdings schon wieder verloren. Einige Kilometer über

Deutschland und Polen später umstrittenen Territorien angeht, muß allerdings differenziert werden. Während Schlesien im Hochmittelalter einen integralen Bestandteil des polnischen Staates bildete, erwies sich Pommern als sehr problematisches Terrain, dessen feste staatsrechtliche Inkorporation auch den frühen Piastenherrschern nie dauerhaft gelang.[46]

Die zweite Phase des Piskorski-Modells umfaßt die zweite Hälfte des 13. und die erste Hälfte des 14. Jahrhunderts, als die Grenzen plötzlich massiv in Bewegung gerieten. Als maßgebliche Gründe hierfür können der zunehmende Zerfall Polens in miteinander rivalisierende Teilfürstentümer und zugleich der einsetzende Prozeß der deutschen Ostsiedlung gelten. Pommern war für Polen freilich schon vor dem von Piskorski genannten Zeitraum endgültig verlorengegangen.[47] Sehr viel länger währte der Prozeß der schrittweisen Herauslösung Schlesiens aus dem polnischen Staatsverband, der seinen Abschluß erst mit der endgültigen Inkorporation der schlesischen Fürstentümer in die böhmische Krone 1348/55 fand.[48] Der dritte folgenreiche territo-

---

die Oder hinaus reichte die polnische Westgrenze im 11. und 12. Jahrhundert außerdem im Gebiet der alten Bischofsstadt Lebus (das Bistum Lebus wurde 1598 aufgehoben).

46 Schon Mieszko I. hatte nach 980 große Teile Pommerns bis zur Odermündung unter seine Kontrolle bringen können. Der festen Anbindung an die polnischen Kernlande sollte auch die Einrichtung eines dem neugebildeten Erzbistum Gnesen unterstellten Suffraganbistums in Kolberg im Jahre 1000 dienen. Es verfiel allerdings schon nach kurzer Zeit wieder, da die den Polen stammesverwandten, aber am Heidentum festhaltenden Pomoranen 1003 die polnische Herrschaft abschütteln und ihre Unabhängigkeit anschließend für mehr als ein Jahrhundert behaupten konnten. Erst 1121 gewann Polenherzog Bolesław III. Krzywousty nach längeren Kämpfen wieder die Kontrolle über den Oderraum, ließ die autochthone pomoranische Herrschaft allerdings in Abhängigkeit von Polen bestehen.

47 Hierzu im einzelnen PETERSOHN, S. 98-115. – Bereits als Konsequenz aus der 1135 erfolgten Anerkennung der Lehnshoheit des Kaisers über ganz Pommern war der polnische Einfluß in Pommern zusehends geschwunden. So konnte sich Herzog Bogislaw I. 1181 von Kaiser Friedrich I. Barbarossa feierlich mit dem Herzogtum Pommern belehnen lassen, ohne auf polnischen Widerstand gegen diese Maßnahme zu treffen. 1236 wurde Pommern dann zu einem Fürstentum des Heiligen Römischen Reiches in Lehnsabhängigkeit der Markgrafen von Brandenburg.

48 Hierzu im einzelnen v. GRAWERT-MAY, S. 35-43; ZIENTARA, S. 44-56. – Den Anfang dieses Prozesses bildete eine Intervention Friedrich Barbarossas zur Schlichtung eines Streites unter den schlesischen Piasten 1163. Im Ergebnis wurden die von Barbarossa unterstützten neuen Herren in Schlesien ihrem Helfer gegenüber tributpflichtig. Schlesien blieb damit zwar Teil des polnischen Staatsverbandes, nahm angesichts seiner besonderen Stellung zum Reich aber von nun an eine gewisse Sonderstellung ein. Mit dem auch formalen Ende der staatlichen Einheit Polens 1202 wirkten nur mehr die gemeinsame Zugehörigkeit zum Erzbistum Gnesen, die gemeinsame Sprache und das polnische Erbrecht der Piastenlinien als einigende Klammer. Die entschlossene Hinwendung der schlesischen Piasten zum deutschen Kulturkreis und die zunehmende territoriale Zersplitterung Schlesiens in einzelne Teilfürstentümer, die teilweise kurzfristig in Lehnsabhängigkeit zum Reich gerieten, taten ein übriges. Ab 1327 vollzog sich der Übergang der schlesischen Fürstentümer unter böhmische Lehnshoheit, später Oberhoheit. Der polnische König Kazimierz III. erkannte diese Entwicklung 1335 im Vertrag von Trenčin offiziell an und verzichtete damit für immer auf

riale Verlust, den Polen in diesem Zeitraum zu verkraften hatte, war 1309 die gewaltsame Annexion des östlich an Pommern angrenzenden Pommerellen[49] durch den Deutschen Orden, der sich im Zuge der Missionierung der heidnischen Prußen zuvor bereits auf dem Gebiet des späteren Ostpreußen festgesetzt hatte und für Polen schnell zu einer ernsthaften Bedrohung herangewachsen war.[50] Im Ergebnis der geschilderten Entwicklung war der polnische Staat im 14. Jahrhundert um bis zu 350 km weit nach Osten abgedrängt und vollständig vom Meer abgeschnitten worden.

Damit kam die erste Welle der deutschen Ostexpansion zum Stehen; zugleich endete mit der Überwindung der dynastischen Zersplitterung die Zeit der polnischen Schwäche. Mit der Eroberung „Rotrußlands" (heutige Westukraine) hatte der letzte Piastenkönig Kazimierz III. Wielki („der Große"; 1333-1370) bereits Mitte des 14. Jahrhunderts den Grundstein für das polnische Ausgreifen nach Osten gelegt. Die nach einem kurzen Interregnum des Hauses Anjou 1386 erfolgte Wahl des litauischen Großfürsten Jogaila zum polnischen König Władysław II. Jagiełło führte zur Bildung einer in der Folgezeit immer wieder erneuerten polnisch-litauischen Union mit völlig neuen territorialen Perspektiven. Dem Deutschen Orden war damit ein gefährlicher Gegner erwachsen. Als Konsequenz langwieriger militärischer Auseinandersetzungen, für die insbesondere der polnisch-litauische Sieg über das Ordensheer 1410 bei Tannenberg/Grunwald als Symbol steht, mußte der Orden 1466 im Zweiten Thorner Frieden Pommerellen mit Danzig und Marienburg sowie das Ermland (zuvor bischöfliches Territorium innerhalb des Ordensstaates) an Polen abtreten, das über die Weichselmündung nunmehr wieder über einen Zugang zur Ostsee verfügte („Königlich Preußen"). Dem Orden verblieb nur das östliche Preußen mit Königsberg (später „Herzoglich Preußen") als eine Art polnischen Lehens.[51] Die so ausgebildete polnische Grenze gegenüber dem Heiligen Römischen Reich bzw. Preußen blieb – von

---

seine Ansprüche in Schlesien (was von seinem Nachfolger Ludwig 1372 nochmals bekräftigt wurde).

49 Zur Vermeidung von Mißverständnissen ist an dieser Stelle eine Begriffsklärung vonnöten. Für das in der deutschen Geographie so bezeichnete eigentliche (bis 1945 deutsche) Pommern auf der einen Seite und das bis 1772 zu Polen, anschließend zur preußischen Provinz Westpreußen gehörende und 1919 zum Großteil wieder Polen zugeschlagene Pommerellen auf der anderen Seite kennt das Polnische nur den gemeinsamen geographischen Oberbegriff *Pomorze*. In vielen der im folgenden zu behandelnden Publikationen ist aber nur Pommerellen gemeint, wenn von *Pomorze* die Rede ist. Nach 1945 hat sich im Polnischen zur besseren Differenzierung das Begriffspaar *Pomorze Zachodnie* [Westpommern] bzw. *Pomorze Szczecińskie* [Stettiner Pommern] für die ehemalige preußische Provinz Pommern auf der einen Seite und *Pomorze Wschodnie* [Ostpommern] bzw. *Pomorze Gdańskie* [Danziger Pommern] für Pommerellen auf der anderen Seite durchgesetzt.

50 Ausgangspunkt dieses Konflikts war die rechtlich nie ganz geklärte Übertragung des Kulmer Landes an den Deutschen Orden durch Herzog Konrad von Masowien 1230 (s.u. Kap. 6.1.3.).

51 Im Zuge der Säkularisierung des Ordensstaates wurde die Lehnsuntertänigkeit „Herzoglich Preußens" 1525 unter die polnische Krone offiziell bekräftigt; sie hatte noch bis 1657 Bestand.

kleineren Veränderungen abgesehen[52] – für die folgenden drei Jahrhunderte stabil, was Piskorski als Phase drei kennzeichnet.

Die von den Großmächten Preußen, Rußland und Österreich gemeinschaftlich ins Werk gesetzten Teilungen Polens in den Jahren 1772, 1793 und 1795 leiten über zu Phase vier, also zu jener über 120jährigen Epoche, in der sich die polnische Nation ganz ohne einen eigenen Staat behaupten mußte. Preußen rückte bis 1795 zu einer Linie Kaunas-Grodno-Warschau vor, annektierte also über die später zwischen Deutschland und Polen umstrittenen Gebiete hinaus auch ethnisch rein polnische Territorien, denen bezeichnenderweise völlig ahistorische deutsche Namen gegeben wurden.[53] Nach den napoleonischen Kriegen wurde die Grenze zwischen Preußen und dem russischen Herrschaftsbereich aufgrund der Beschlüsse des Wiener Kongresses von 1815 wieder deutlich nach Westen zurückverlegt; die Provinz Westpreußen und das „Großherzogtum Posen" (also das historische Großpolen) blieben jedoch Bestandteile der Hohenzollern-Monarchie. Damit war zwischen den drei Teilungsmächten ein Status Quo gefunden, wie er im wesentlichen bis 1918 aufrechterhalten wurde. Erst im 20. Jahrhundert geriet die deutsch-polnische Grenze dann wieder nachhaltig in Bewegung.[54]

2.3. Grundlinien der polnischen Nationsidee nach den Teilungen

Die verbreitete und in der nationalismustheoretischen Literatur viel diskutierte Unterscheidung zwischen Staatsnation und Kulturnation geht schon auf den Anfang des Jahrhunderts zurück und ist von Friedrich Meinecke geprägt worden. Als Paradebeispiele für eine Staatsnation, oder, wie er es auch nannte, einen „Nationalstaat älteren Gepräges" galten Meinecke England und Frankreich, wo der Selbstbestimmungsdrang, also ein genuin politisches Moment, als nationsbildende Kraft gewirkt habe. In Gegensatz dazu setzte er die „Kulturnationen der älteren Zeit" Deutschland und Italien, die lange Zeit nicht von sich aus den Drang verspürt hätten, Staatsnation zu werden und einen sie umfassenden Nationalstaat zu schaffen, und in denen sich das Be-

52 Aufgrund des Bromberger Vertrages von 1657 mußte Polen die ostpommerschen Ämter Lauenburg und Bütow sowie die Starostei Draheim (Südpommern) an Brandenburg-Preußen abtreten.

53 1772 hatte Preußen Westpreußen einschließlich des Ermlandes, aber zunächst noch ohne die Städte Thorn und Danzig annektiert, 1793 dann Großpolen einschließlich der östlich und südöstlich daran angrenzenden Gebiete mit Posen, Gnesen und Kalisch („Südpreußen") sowie Danzig und Thorn, 1795 schließlich die polnische Hauptstadt Warschau, das Gebiet zwischen Weichsel, Bug und Memel („Neuostpreußen") und einen Teil der Region Krakau („Neuschlesien").

54 In diesem Zusammenhang bezeichnet PISKORSKI, 1000 Jahre, S. 148f., den Zeitraum von 1918-1945 (Wiedergründung Polens mit einer Westgrenze, die im wesentlichen derjenigen aus Phase drei entsprach) als Phase fünf und den Zeitraum seit 1945 (Rückkehr zum Grenzverlauf aus Phase eins, d.h. Revision aller seitdem vollzogenen Veränderungen) als Phase sechs seines Modells.

wußtsein der nationalen Zusammengehörigkeit vor der Herbeiführung der staatlich-politischen Einheit vor allem in Sprache und Kultur manifestiert habe. Entsprechend werden sie von Meinecke als „Nationalstaaten im nationalkulturellen Sinn" bezeichnet.[55] Erst später wurde zur Kennzeichnung dieses Dualismus auch die Unterscheidung in einen subjektiven (z.B. Frankreich) und einen objektiven Nationsbegriff (z.B. Deutschland)[56] oder in einen westeuropäischen und einen mittel- bzw. osteuropäischen Nationsbegriff[57] herangezogen.

Wieweit der strenge Dualismus dieser Systematisierung mittlerweile kritisiert und durch neue Klassifizierungen ersetzt wurde, braucht an dieser Stelle nicht in aller Breite dargestellt zu werden, notwendig bleibt aber der Hinweis, daß die Unterscheidung in – wie oft noch weiter vereinfachend gesagt wird – einen „westlichen" und einen „östlichen" Nationsbegriff[58] schon deshalb fragwürdig ist, weil sie auf Polen als eine der nach ihrer Bevölkerungszahl größten Nationen Osteuropas gerade *nicht* zutrifft. Andrzej Walicki betont in diesem Zusammenhang mit Nachdruck, daß der polnische Nationalismus entgegen einer im Westen weit verbreiteten Meinung nicht als ethnisch-linguistischer, sondern als politischer Nationalismus des „westlichen Typus" entstanden ist und erst sehr spät auch auf linguale und ethnisch-kulturelle Kriterien abgestellt hat.[59] Entsprechend waren National- und Staatsbewußtsein in den ersten Jahrzehnten nach den Teilungen noch weitgehend identisch, Ziel der nationalen Bewegung war es mithin, die institutionell-rechtlichen Bedingungen für eine politische Gemeinschaft wiederherzustellen.[60] Wenn also, wie Eugen Lemberg zutreffend festgestellt hat, im Laufe des 19. Jahrhunderts auch im Bewußtsein der Polen die außerstaatlichen nationsbildenden Kräfte, die im übrigen Ostmitteleuropa die Nationsbildungsprozesse weitgehend bestimmten, an Bedeutung gewannen[61], so liegt dem ein fundamentaler, unter dem Einfluß gesamteuropäischer nationaler Ideen vollzogener Umbruch innerhalb der polnischen Gesellschaft zugrunde[62], der nicht zuletzt auch

---

55 MEINECKE, S. 13ff., 20.

56 Geprägt von ROTHFELS, Die Nationsidee; vgl. DERS., Grundsätzliches, S. 89-111.

57 E. LEMBERG, S. 21f., 207.

58 Die geographische Differenzierung in „West" und „Ost" geht maßgeblich auf Hans Kohn zurück; vgl. etwa DERS., Von Machiavelli zu Nehru, insb. S. 35f. – Die Hauptschwäche der erstmals in den 40er Jahren formulierten „Kohnschen Dichotomie" liegt daran, daß sie primär auf moralische, weniger auf analytische Kriterien abstellt. Vereinfacht gesagt, unterscheidet Kohn zwischen einem „guten" (liberalen, demokratischen und rationalen) Nationalismus in Westeuropa und einem „bösen" (irrationalen, antiindividualistischen und im Extremfall faschistischen) Nationalismus in Mittel- und Osteuropa. Mit der Realität hat diese rigide Typisierung aber nur wenig gemein. Daß sich um die Jahrhundertwende auch in Frankreich – nach Kohn eigentlich das Paradebeispiel des „westlichen" Modells – ein aggressiv expansionistischer, auf unbedingte ethnische Exklusivität fixierter Nationalismus ausbildete, wird in Kapitel 5.2. noch zu zeigen sein.

59 WALICKI, Philosophy, S. 4; vgl. hierzu auch WINKLER, S. 8.

60 KIZWALTER, S. 164.

61 E. LEMBERG, S. 181.

62 ZERNACK, Das Jahrtausend, S. 28ff., unterscheidet in diesem Zusammenhang sechs Epochen, die die „Geschichte des nationalen Prinzips als europäisches Prinzip" in den zurück-

Grundlage für die Ausbildung des polnischen Westgedankens war. Dieser Umbruch vollzog sich jedoch weder auf einen Schlag noch wurde die Verdrängung des überkommenen, politischen Nationsbegriffs durch eine neue, ethnisch-kulturelle Nationsidee in den geistigen Eliten Polens widerspruchslos akzeptiert. Daß die Idee der Wiederherstellung eines multilingualen Vielvölkerstaates auf föderaler Grundlage innerhalb der Grenzen von 1772 die gesamte Teilungszeit hindurch und auch noch nach Ende des Ersten Weltkrieges eine Rolle spielte, liegt an ihrer tiefen Verwurzelung in der polnischen Geschichte. Ein kurzer Überblick über die Ausbildung des traditionellen, prämodernen polnischen Nationsbegriffs scheint daher an dieser Stelle geboten.

Hatten die Herzöge und Könige der Piastendynastie noch über ein ethnisch weitgehend homogenes (d.h. westslavisch besiedeltes) Territorium geherrscht, so veränderte die 1386 vollzogene Union mit dem Großfürstentum Litauen die Verhältnisse von Grund auf. Während im Osten riesige, ethnisch nichtpolnische Gebiete gewonnen wurden[63], unterlagen Pommern und große Teile Schlesiens nach der Herauslösung aus dem polnischen Staatsverband einer raschen Germanisierung. Das komplizierte und staatsrechtlich zunächst keineswegs geklärte Verhältnis zwischen polnischer und litauischer Reichshälfte wurde im Verlauf der folgenden zwei Jahrhunderte durch weitere Unionen politisch immer enger gestaltet und mündete 1569 schließlich in eine feste Realunion („Union von Lublin"). Zugleich wuchs auch der Adel beider Reichshälften immer enger zusammen und konnte sich im Zuge eines in Polen besonders tiefgreifenden Feudalisierungsprozesses umfangreiche Privilegien auf Kosten der Bauern (Ausweitung der Leibeigenschaft) und der Städte sichern.[64] Seit dem Erlö-

---

liegenden tausend Jahren durchlaufen habe. Hier von Belang sind die letzten drei Epochen, die Zernack wie folgt charakterisiert: „4. Die vierte Epoche ist dagegen gekennzeichnet durch den Anfang von Vorgängen der Rückkonzentration der Nationsvorstellungen auf die ethnographischen Identitäten. Unter der Einwirkung von Naturrechtsdenken und Aufklärung bereitet sich der moderne Nationalismus allmählich vor. 5. In der fünften Phase bricht er voll hervor in der Demokratisierung und volkstumsgemäßen Konzentration auf die nationale Identität. Das nationale Bewußtsein wird in der Ausweitung über die ständischen Schranken, in denen es zunächst oberschichtlich gebunden war, nun in der Demokratisierung zugleich das alleinige, allmählich alle Stände und Schichten erfassende einigende Bewußtseinsband, es wird zum höchsten ideologischen Wert. 6. Auf dieser Grundlage beruht die sechste Epoche, in der nun die nationalen Bewußtseinsgruppierungen nach ihrer vollen staatlichen Verwirklichung drängen. (...)"

63 Zum Zeitpunkt seiner größten territorialen Ausdehnung im 15. und 16. Jahrhundert kontrollierte das polnisch-litauische Großreich die Schwarzmeerküste von der Donau- bis zur Dnjeprmündung und reichte im Osten bis ca. 200 km vor Moskau. Den Zugang zum Schwarzen Meer und einige Gebiete im Osten verlor es im 17. Jahrhundert wieder, umfaßte bis 1772 aber immer noch die Regionen Wolhynien und Podolien, fast ganz Weißruthenien mit den Städten Mogilev und Vitebsk und einen Teil der Ukraine bis unmittelbar vor die Tore von Kiew, im Norden ganz Samogitien (d.h. den westlichen, zur Ostsee hin gelegenen Teil des heutigen Staates Litauen) und mit dem Herzogtum Kurland den südlichen Teil des heutigen Lettland.

64 HAUSMANN, Adelsgesellschaft, S. 23 u. 44, Anm. 1, veranschlagt den Anteil des Adels an der Gesamtbevölkerung in Übereinstimmung mit polnischen Autoren auf ca. 10%, was zugleich bedeutet, daß ca. 25% der polnischsprachigen Einwohner des polnisch-litauischen

schen der Jagiellonendynastie 1572 duldeten Magnaten und Kleinadel *(Szlachta)* nur noch ein institutionell schwaches Wahlkönigtum über sich und stellten im Rahmen der von nun an so genannten polnischen „Republik" *(Rzeczpospolita)* und ihres vergleichsweise modernen Parlamentarismus die eigentlichen freien „Staatsbürger", bildeten also im eigentlichen Sinne die „Nation".[65] Als Stimulus der sich auf dieser Grundlage herausbildenden Nationsidee fungierte also der Staat, nicht das „Volk" als Sprachgemeinschaft. Die Nobilität homogenisierte sich sprachlich und kulturell zwar mit der Zeit, blieb sich ihrer unterschiedlichen ethnischen Herkunft aber stets bewußt, was seinen Niederschlag in der Theorie fand, nach der Litauer und Ruthenen nur Stämme *(gentes)* einer einzigen, übergeordneten polnischen Nation seien.[66] Erkauft war dieser spezifisch polnische und für damalige Verhältnisse außerordentlich freiheitliche Republikanismus freilich mit dem vollständigen Ausschluß sowohl der ethnisch polnischen als auch der nichtpolnischen Volksmassen von jeglicher politischen Partizipation.[67]

Die Verteidigung ihrer „Goldenen Freiheit" um jeden Preis bildete seit 1572 das Hauptanliegen der polnischen „Adelsnation". Ihr ausgeprägter Interessenpartikularismus, der auswärtige Mächte, allen voran Rußland, zur Einmischung in polnische Angelegenheiten geradezu einlud, führte, verbunden mit außenpolitischen Momenten, im 18. Jahrhundert schließlich zum raschen Niedergang des polnischen Staates. Erst der Schock der Ersten Teilung führte zur Besinnung und zog eine breite, aus Kreisen des Kleinadels und des aufstrebenden Bürgertums gespeiste Reformbewegung nach sich. Die im Zuge des „Vierjährigen Reichstages" (1788-1792) am 3. Mai 1791 verkündete „Maiverfassung", die als erste geschriebene Verfassung Europas die Gewaltenteilung festschrieb, war der letzte Versuch, die polnische Staatlichkeit gegen die Expansionsbestrebungen der Nachbarmächte zu behaupten. Ein Arrangement Preußens und Rußlands in der polnischen Frage erzwang allerdings die Rücknahme der Verfassung und leitete zur zweiten und schließlich zur dritten, endgültigen Teilung Polens über.

Gesamtstaates adlig waren. Dieser gemessen am übrigen Europa ungewöhnlich hohe Prozentsatz begründete zugleich erhebliche soziale Unterschiede und die Pauperisierung eines nicht unerheblichen Teils des Kleinadels *[Szlachta]*, ohne daß dessen politische Vorrechte davon beeinflußt gewesen wären.

65 Die Übersetzung des polnischen Wortes *Rzeczpospolita* mit „Republik" zur Bezeichnung des polnisch-litauischen Staatswesens in der Zeit zwischen 1572 und 1795 darf natürlich nicht im modernen Sinne verstanden werden. Die in der deutschen Literatur häufig gebrauchte Wortkombination „Adelsrepublik" oder auch „Königliche Republik" (Hoensch) trifft den Sachverhalt besser. Die Unauflöslichkeit der Union mit Litauen fand in diesem Zusammenhang ihren Niederschlag in dem Begriff von der „Republik beider Nationen" *(Rzeczpospolita Obojga Narodów)*.

66 Vgl. WAPIŃSKI, Mit dawnej Rzeczypospolitej, S. 80f. – Mit den „Ruthenen" (poln. *Rusini*) ist hier die gesamte ostslavische Bevölkerung der alten Republik gemeint, also Weißrussen und Ukrainer zusammengenommen. Eine Differenzierung zwischen beiden Völkern hat sich im polnischen Sprachgebrauch erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eingebürgert, als sich auch unter ihnen ein eigenständiges Nationalbewußtsein auszubilden begann.

67 BROCK, Polish Nationalism, S. 310f.

Der Schock des Verlustes der Staatlichkeit warf die Frage auf, ob es der polnischen Nation auf Dauer gelingen werde, ohne Inkarnation in einem eigenen Staat zu überleben, oder ob ein Aufgehen der Polen in den Teilungsnationen nicht vielmehr die notwendige und auch unausweichliche Konsequenz aus dem eigenen historischen Versagen sei. Nicht zuletzt der Tatsache, daß der polnische Staat in den letzten zwei Jahrzehnten seiner Existenz aber sehr wohl seine Reformfähigkeit und seinen Überlebenswillen bewiesen hatte, ist es zuzuschreiben, daß vor allem der polnische Kleinadel auch nach 1795 zäh an seinem Polentum und dem Gedanken an eine Wiedererlangung der Unabhängigkeit festhielt. Die Forderung nach Wiedergutmachung des erlittenen Unrechts und damit nach einer vollen Restitution des alten polnischen Vielvölkerstaates „von den Karpaten bis zur Düna und von der Ostsee bis zum Dnjepr" *(od Karpatu do Dżwiny i od Bałtyku do Dniepru)* oder gar, historisch noch weiter zurückgreifend, „von Meer zu Meer" *(od morza do morza*, gemeint Ostsee und Schwarzes Meer) stand dabei im Mittelpunkt und dominierte die polnische politische Ideenwelt noch die gesamte erste Hälfte des 19. Jahrhunderts hindurch.[68] Entsprechend richteten sich die Aufstände von 1830/31 („Novemberaufstand") und auch noch von 1863 („Januaraufstand") militärisch ausschließlich gegen Rußland und blieben ungeachtet der großen Sympathien der Polen in den anderen Teilgebieten räumlich weitgehend auf Kongreßpolen beschränkt.

Nach dem Scheitern des Novemberaufstandes flüchteten sich große Teile der exilierten polnischen Eliten in einen abgehobenen, romantisch inspirierten Nationalismus, der weder politisch-rechtliche noch ethnisch-sprachliche Faktoren, sondern vielmehr eine übergeordnete, geistig-moralische Idee als Grundlage der nationalen Gemeinschaft postulierte. Literarisch schlug sich dieser „Messianismus" vor allem in den Werken der polnischen Dichter Adam Mickiewicz, Zygmunt Krasiński und Juliusz Słowacki nieder. Ausgehend von der Vorstellung, die Existenz Polens sei zur Gewährleistung einer göttlichen Harmonie unter den Nationen unabdingbar, wiesen sie dem polnischen Volk eine wichtige Mission für die Befreiung ganz Europas von Unfreiheit und Despotie und die Herstellung einer allgemeinen, universalen Brüderlichkeit unter den Völkern zu – eine Vorstellungswelt, die das Leiden der Polen unter der Fremdherrschaft als Ausdruck eines göttlichen Willens interpretierte und daher folgerichtig in dem Bild von Polen als dem „gekreuzigten Heiland der Völker" kulminierte.[69] Trotz der Niederlage von 1831 glaubten die meisten Vertreter dieser Strömung auch weiterhin, die Befreiung Polens und damit die Wiedererlangung der staatlichen Einheit und Unabhängigkeit nur aus eigener Kraft, also auf dem Wege der Geheimbündelei und des bewaffneten Aufstandes erreichen zu können.

In der Forderung nach Wiederangliederung der ethnisch mehrheitlich nichtpolnischen Ostgebiete an ein künftiges polnisches Staatswesen kommt eine auch weiterhin an politischen, nicht an ethnisch-sprachlichen Kriterien orientierte Nationsidee zum Ausdruck. Mit der im Schlagwort vom „Bund dreier Nationen" *(związek trzech na-*

---

[68] Vgl. hierzu ŁEPKOWSKI, Naród polski, S. 49f.

[69] Siehe u.a. WALICKI, Mesjanistyczne koncepcje narodu, S. 84-107; BROCK, Polish Nationalism, S. 319f.; KIZWALTER, S. 166.

rodów) ausgedrückten Betonung einer engen Interessengemeinschaft von Polen, Litauern und Ruthenen im Kampf gegen die zaristische Despotie sollte die Restitutionsidee auch der nichtpolnischen Bevölkerung der alten Republik schmackhaft gemacht werden, und noch das Manifest der Aufständischen von 1863 rief explizit Polen, Litauer und Ruthenen gemeinsam zu den Waffen. Erste Regungen eines eigenständigen Nationalbewußtseins unter Litauern, Ukrainern und Weißrussen, wie sie sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts zu äußern begannen, wurden entsprechend mißtrauisch, ja feindselig betrachtet.[70]

Demgegenüber wurde das Polentum in den für Polen schon lange vor 1772 verlorengegangenen Gebieten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts meist bestenfalls als museales Relikt betrachtet und der Tatsache, daß vor allem in Schlesien und Ostpreußen in vielen Landstrichen noch immer vorwiegend polnisch gesprochen wurde, keine Bedeutung für die territoriale Gestaltung eines künftigen polnischen Staates beigemessen. Die plebejische Sozialstruktur der dortigen polnischsprachigen Bevölkerung sorgte unter den nach wie vor überwiegend dem Adel entstammenden polnischen Eliten für ein gewissermaßen „natürliches" Desinteresse an diesen Gebieten. Die populäre Vorstellung, daß Polen seine „historische Mission" nur im Osten erfüllen könne, tat in diesem Zusammenhang ein übriges.[71]

Gleichwohl gewann die Sprache als wichtigster außerstaatlicher Integrationsfaktor im nationalen Überlebenskampf der Polen nach 1795 zwangsläufig an Bedeutung.[72] Hierbei vermischten sich spezifisch polnische Faktoren mit dem auch in Polen wachsenden Einfluß des deutschen romantischen Nationalismus, insbesondere der Ideen des aus Ostpreußen stammenden Philosophen Johann Gottfried Herder (1744-1803). Für Herder stellte die Sprache das stärkste innere Bindemittel eines gesellschaftlichen Organismus dar, sie war – um es in seinen eigenen Worten zu sagen – für die Nation „ein Spiegel ihrer Geschichte, ihrer Thaten, Freuden und Leiden".[73] Entsprechend hielt er das Fortbestehen einer Nation auch nach dem Verlust ihrer Staatlichkeit für

[70] Hierzu W. FELDMAN, Geschichte der politischen Ideen, S. 200ff.; KALEMBKA, Ziemie wschodnie, S. 76f.; BROCK, Polish Nationalism, S. 322f., 325f.

[71] Vgl. hierzu WAPIŃSKI, Polska i małe ojczyzny Polaków, S. 69f.

[72] ŁEPKOWSKI, Naród polski, S. 57.

[73] HERDER, Sämtliche Werke, Bd. 18, S. 337. – An anderer Stelle, in seiner kleinen Schrift „Haben wir noch das Publicum und Vaterland der Alten?", formuliert Herder: „Ohne eine gemeinschaftliche Landes- und Muttersprache, in der alle Stände und Sprossen Eines Raumes erzogen werden, giebt es kein wahres Verständnis der Gemüther, keine gemeinsame patriotische Bildung, keine innige Mit- und Zusammenempfindung, kein vaterländisches Publicum mehr. (...) Wenn die Stimme des Vaterlandes die Stimme Gottes ist, so kann diese zu gemeinschaftlichen, allumfassenden, und aufs tieffste greifenden Zwecken nur in der Sprache des Vaterlandes tönen; sie muß von Jugend auf, durch alle Classen der Nation, an Herz und Geist erklungen seyn; so nur wird durch sie ein Publicum, verständig und verstanden, hörend und hörbar." (Sämtliche Werke, Bd. 17, S. 288f.).

gegeben, sofern sie in ihren Traditionen – vor allem eben den sprachlichen – nur tief genug „verwurzelt" bleibe.[74]

Die Aufwertung der Sprache als Integrationsfaktor ging in Polen anfangs einher mit slavophilem Ideengut, wie es auch bei anderen slavischen Völkern in dieser Zeit virulent wurde. Die zu Beginn des 19. Jahrhunderts zunehmende Bedeutung der Sprachwissenschaften und die Tatsache, daß die slavischen Sprachen untereinander enger verwandt sind als etwa die romanischen oder die germanischen, begünstigten das Aufkommen solcher Tendenzen. Hierbei kristallisierten sich im polnischen Geistesleben zwei Hauptströmungen heraus, die das gesamte 19. Jahrhundert hindurch miteinander wetteiferten und auf deren Vertreter im einzelnen noch einzugehen sein wird. Während die einen das Schicksal der Polen eng mit dem aller anderen slavischen Völker unter Führung des mächtigen Zarenreiches verknüpfen wollten, um in dieser Konstellation ein Gegengewicht gegen einen als dekadent und materialistisch empfundenen Westen zu bilden, so betonten die anderen auch weiterhin die Tradition der politischen Freiheit und die engen Verbindungen zur westlichen Zivilisation und erstrebten in diesem Zusammenhang eine eigene Führungsrolle Polens unter den ihrer Freiheit beraubten und unterdrückten slavischen Völkern gegen ein als Zentrum von Despotie und Unfreiheit empfundenes Rußland.[75] Unter dem Einfluß Herders verbreitete sich auch in Polen das Bild eines von jeher friedliebenden, von der germanischen Welt jedoch fortgesetzt bedrohten Slaventums, dessen geschichtliche Mission darin bestehe, die europäische Kultur in seinem Sinne zu erneuern.[76]

In diesem Zusammenhang geriet auch die Frage nach einer Einbeziehung der vom politischen Leben bislang kategorisch ausgeschlossenen Bauernschaft wieder auf die Tagesordnung, wobei sich diese Frage in den ethnographisch polnischen Gebieten anders stellte als in den historischen Ostgebieten, wo zum sozialen Gegensatz der ethnische hinzutrat. Hatte die Auslöschung der polnischen Staatlichkeit die politischen Verhältnisse von Grund auf verändert, so blieben die sozialen Verhältnisse doch im wesentlichen die alten. Seine klassischen politischen Privilegien hatte der

---

74 HERDER, Sämtliche Werke, Bd. 14, S. 87: „Ganz anders ists mit Staaten, die, aus ihrer Wurzel erwachsen, auf sich selbst ruhen; sie können überwältigt werden, aber die Nation dauret." – Vgl. hierzu SUNDHAUSSEN, S. 26ff.; ebenso REITER, S. 386ff.

75 Ebenda, S. 314; vgl. KOHN, Pan-Slavism, S. XIV, 27ff.; W. FELDMAN, Geschichte der politischen Ideen, S. 69ff.

76 Siehe hierzu DREWS, S. 43ff., 108ff.; SUNDHAUSSEN, S. 50ff.; KOHN, Pan-Slavism, S. IXff.; WAPIŃSKI, Polska i małe ojczyzny Polaków, S. 49f. – An der Entstehung dieses klischeehaften Bildes hat Herder selbst nicht unwesentlich mitgewirkt. So hat er in seinen „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit" ausgeführt: „Sie [die Slaven] waren mildthätig, bis zur Verschwendung gastfrei, Liebhaber der ländlichen Freiheit, aber unterwürfig und gehorsam, des Raubens und Plünderns Feinde. Alles das half ihnen nicht gegen die Unterdrückung; ja es trug zu derselben bei. Denn da sie sich nie um die Oberherrschaft der Welt bewarben, keine kriegstüchtige erbliche Fürsten unter sich hatten, und lieber steuerpflichtig wurden, wenn sie ihr Land nur mit Ruhe bewohnen konnten: So haben sich mehrere Nationen, am meisten aber die vom Deutschen Stamme, an ihnen hart versündigt." – Daß dieses schlichte Täter-Opfer-Schema in der polnischen Historiographie später dankbar aufgegriffen wurde, wird im einzelnen noch zu zeigen sein.

polnische Adel 1795 zwar eingebüßt, blieb sozial und kulturell aber in jeder Beziehung bestimmend und war zumeist nicht daran interessiert, die krassen sozialen Mißstände zu überwinden. Entsprechend war der Novemberaufstand von 1830/31 noch ganz vom Adel dominiert, wohingegen die Bauernschaft abseits stand.[77] Nicht zuletzt diese Erfahrung vor Augen, stellte der linke Flügel der „Großen Emigration“ nach 1831 die Forderung nach einer politischen und sozialen Emanzipation der Bauernschaft in das Zentrum seiner Bestrebungen. Eine zentrale Bedeutung gewann in diesem Zusammenhang die Verwendung des Begriffs *lud*, der die Masse der nichtadligen Landbevölkerung meinte und in bewußtem Gegensatz zum traditionellen Terminus *naród* gebraucht wurde, der sich bisher meist nur auf den Adel als die „politische“ Nation bezogen hatte (daher häufig auch als *naród szlachecki*, „Nation der Szlachta“ bezeichnet).[78]

Daß die außerhalb der Teilungsgrenze von 1772 liegenden, aber zu bedeutenden Teilen von einer polnischsprachigen Bevölkerung bewohnten Gebiete im Westen im Laufe des 19. Jahrhunderts schrittweise wieder ins Blickfeld des öffentlichen Interesses gerieten, ist im Ergebnis auf eine Synthese dreier Faktoren zurückzuführen. Zum ersten schuf die auf die bodenständige, nichtadlige Bauernschaft setzende Neuformulierung einer polnischen Nationsidee die geistige Grundlage auch für ein Interesse an den Gebieten, in denen es weder einen polnischen Adel noch sonstwie eine polnische Eliteschicht gab, in denen die Landbevölkerung ihren polnischen Dialekt aber auch über die Jahrhunderte währende staatliche Trennung vom übrigen Polen bewahrt hatte. So konnte die Krakauer Zeitung *Jutrzenka* [Die Morgenröte] im Juni 1848 in Anspielung auf das in Deutschland populäre, auf Ernst Moritz Arndt zurückgehende Lied, wonach „des Deutschen Vaterland“ überall dort liege, „wo nur die deutsche Zunge klingt“,[79] schließlich die Forderung erheben, nach demselben, allein auf die Sprache abstellenden Kriterium müsse dann auch den Polen eine „wahrhaftige und

77 Vgl. BREUILLY, Nationalism, S. 116f. – Die auch später noch nahezu unüberbrückbare Kluft zwischen Nobilität und Bauernschaft äußerte sich besonders kraß im Verlauf des gescheiterten Aufstandes auf dem Territorium der Freien Stadt Krakau im Jahre 1846, dem sich die Bauern trotz Zusage einer Aufhebung ihrer Fronpflichten nicht anschlossen und stattdessen mit dem österreichischen Militär gemeinsame Sache machten. Die aufgestaute soziale Frustration entlud sich in der Plünderung von etwa 500 Gutshöfen und der Ermordung von rund 1000 Gutsbesitzern und Pächtern bzw. deren Familienangehörigen durch polnische Bauern.

78 Die im Deutschen gebräuchlichen Übersetzungen „Volk“ (für *lud*) und „Nation“ (für *naród*) sind insofern unscharf. Freilich werden die beiden Begriffe im Polnischen selbst oft widersprüchlich gebraucht, so daß eine randscharfe semantische Abgrenzung nicht vorgenommen werden kann. Infolgedessen werden, um Mißverständnisse zu vermeiden, beide Begriffe im weiteren Verlauf der Darstellung gelegentlich unübersetzt aus dem Polnischen übernommen.

79 „Was ist des Deutschen Vaterland? So nenne endlich mir das Land! So weit die deutsche Zunge klingt und Gott im Himmel Lieder singt: Das soll es sein! Das, wackrer Deutscher, nenne dein!“ (Ursprungsfassung von 1813; später in mehreren variierenden Fassungen in das „Allgemeine Deutsche Commersbuch“ aufgenommen).

natürliche Festlegung der Grenzen unseres Landes“ erlaubt sein.[80] Zum zweiten bewirkte der wachsende Widerstand gegen die Germanisierungspolitik im preußischen Teilgebiet einen Solidarisierungseffekt auch mit dem Schicksal der polnischsprachigen Bevölkerung in Schlesien und Ostpreußen, die von solchen Maßnahmen gleichermaßen betroffen war. Zum dritten schließlich sorgte die wachsende Rückbesinnung auf das mittelalterliche polnische Reich der Piastendynastie für die historische Umrahmung des Interesses an den „Westgebieten“. Bereits am Ende des 18. Jahrhunderts hatte mit den Werken des Geistlichen und Historikers Adam Naruszewicz (1733-1796) eine verklärende und oft stark romantisch eingefärbte Aufarbeitung der Piastenzeit eingesetzt, eine Tendenz, die sich im 19. Jahrhundert noch gewaltig verstärkte.[81] Als Antithese zu einem vermeintlich starken und gesunden Piastenstaat mit seiner Expansion nach Westen wurde vom nachpiastischen Polen mitunter das Bild eines Staates der Schwäche und des Niedergangs gezeichnet, der dem deutschen „Drang nach Osten“ spätestens seit dem 16. Jahrhundert keinerlei Widerstand mehr entgegengesetzt und sich statt dessen auf den historischen Irrweg der Ostexpansion begeben habe.

Zusammenfassend läßt sich das im 19. Jahrhundert in der polnischen Ideenwelt präsente Gegensatzpaar zweier polnischer Staatskonzepte wie folgt darstellen: Dem „historischen“, in der Tradition der Jagiellonen- und später der Wahlkönige stehenden Polen als einem föderativ verfaßten Vielvölkerstaat mit dem territorialen Schwerpunkt im Osten und einer damit zwangsläufig antirussischen Orientierung wurde das Bild eines sich weitgehend auf die ethnographisch polnischen Gebiete beschränkenden und in der Tradition der Piastenherrscher stehenden integrativen Nationalstaates gegenübergestellt, der seine territoriale Hauptaufgabe in der Westverschiebung seiner Grenzen bis an Oder und Ostsee und damit in der Blockierung einer als notorisch empfundenen deutschen Ostexpansion finden sollte.[82] Schon Ende des 19. Jahrhunderts wurden in der politischen Diskussion zur vereinfachenden Kennzeichnung dieses Gegensatzes die Begriffe „historisches“ bzw. „jagiellonisches“ Polen auf der einen und „ethnographisches“ bzw. „piastisches“ Polen auf der anderen Seite verwendet.[83] Beide Staatskonzepte sind dabei aber nicht immer randscharf voneinander zu trennen und flossen, insbesondere im Territorialprogramm der späteren Nationaldemokratie, vielfach ineinander. Die große historische Unschärfe dieses Begriffsgegensatzes zeigt zudem, daß beide Staatskonzepte letztlich ideologische Konstrukte mit Schlagwortcharakter waren, die auf die historischen Tatsachen nicht allzuviel Rücksicht zu nehmen brauchten.[84] Gerade die mit dem ethnographischen Konzept eng

---

80 „Jutrzenka“, 26. 6. 1848, Nr. 72.
81 GRABSKI, Myśl historyczna, S. 168ff., 322ff.; GALOS, Piastowie, S. 250ff.
82 Vgl. auch WASIUTYŃSKI, S. 87f.
83 Siehe hierzu PISKOZUB, Dziedzictwo, S. 37.
84 Tatsächlich kann sich diese „piastische“ Staatsidee historisch korrekt allenfalls auf die frühe Piastenzeit beziehen, da sich der Verlust Pommerns und Schlesiens ja gleichfalls noch unter den Piasten vollzog. Schließlich war es mit Kazimierz Wielki der letzte Piastenkönig, der endgültig auf die polnischen Ansprüche in Schlesien verzichtete und mit der Eroberung Rotrußlands (heutige Westukraine) zugleich im Osten erstmals über das polnische bzw.

verbundene Ablehnung des Herrschaftsanspruchs der Szlachta und der Entwurf eines sich statt dessen auf die breiten bäuerlichen Schichten stützenden „Volksstaates" sorgte dafür, daß dieses Modell gegen Ende des 19. Jahrhunderts seine Anhänger über das national orientierte Bürgertum hinaus bis weit in das linke Lager hinein fand.

2.4. Oberschlesien und Masuren als besondere Problemfelder

Die Tatsache, daß die Polen über 120 Jahre lang ohne einen eigenen Staat blieben, mußte auf Dauer zwangsläufig zu einer kontroversen Diskussion über die geeignete Nationsidee und die territoriale Orientierung in Hinblick auf die mögliche Wiedererrichtung eines polnischen Staatswesens führen. Je mehr das konkrete Bild der alten Republik in der historischen Erinnerung verblaßte und einem mythischen Bild Platz machte, um so dringlicher stellte sich auch die Frage, was denn eigentlich das „Vaterland" der Polen sei. Der bekannte polnische Soziologe Stanisław Ossowski hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß „Vaterland" (poln. *ojczyzna*) nicht als geographischer Begriff zu verstehen sei; zum „Vaterland" werde ein Gebiet vielmehr erst dann, wenn in ihm zugleich eine Gruppe von Menschen existiere, die sich ihm verbunden fühle und auf gewisse Weise sein Bild gestalte.[85] Auf dieser Grundlage entwickelte Ossowski den Begriff des „ideologischen Vaterlandes" *(ojczyzna ideologiczna)*. Die Beziehung des Einzelnen zu diesem „ideologischen Vaterland" stützt sich demnach nicht auf die alltägliche Wahrnehmung der vertrauten Umgebung und die aufgrund dieser Wahrnehmung herausgebildeten Gewohnheiten, sondern auf die Überzeugung von der Teilhabe an einer bestimmten (ethnisch-sprachlichen oder politischen) Gemeinschaft und der festen Verbundenheit dieser Gemeinschaft mit eben jenem Gebiet, das als das „ideologische Vaterland" empfunden wird.[86] Der Historiker Roman Wapiński hat diesen Ansatz aufgegriffen und dem Begriff des „ideologischen Vaterlandes" denjenigen des „privaten" oder auch schlicht des „kleinen Vaterlandes" *(ojczyzna prywatna / mała ojczyzna)* entgegengesetzt[87] – ein Gegensatz, der im Deutschen traditionell mit den Begriffen „Vaterland" auf der einen und „Heimat" bzw. – moderner und weniger emotionsbeladen – „Region" auf der anderen Seite bezeichnet wird.[88] Dieser Begriffsgegensatz wird gerade vor dem Hintergrund der polnischen

---

westslavische Siedlungsgebiet hinausgriff. Auf der anderen Seite waren der Sieg von Grunwald über den Deutschen Orden und die Wiedergewinnung des polnischen Zugangs zur Ostsee das Werk von Jagiellonenkönigen. – KOSMAN, Myśl zachodnia, S. 1-24, geht in diesem Zusammenhang sogar soweit, von einem eigenständigen „Westgedanken" der Jagiellonenherrscher zu sprechen. – Vgl. auch PISKOZUB, Dziedzictwo, S. 38.

85 OSSOWSKI, S. 203; vgl. hierzu auch die verschiedenen Definitionsvorschläge für die Begriffe „Nation" *(naród)* und „Vaterland" *(ojczyzna)* bei WIATR, S. 193ff., insb. S. 225.

86 OSSOWSKI, S. 210.

87 WAPIŃSKI, Polska i małe ojczyzny Polaków, S. 10; vgl. DERS., Między ojczyznami prywatnymi a ideologicznymi, insb. S. 105.

88 Vgl. hierzu die in der europäischen Gegenwart viel diskutierte Alternative zwischen einem „Europa der Vaterländer" und einem „Europa der Regionen".

Geschichte des 19. Jahrhunderts interessant, da das „ideologische Vaterland“ der Polen in diesem Fall kein existierender, sondern ein bloß postulierter Nationalstaat mit nach Osten wie nach Westen ungeklärten Grenzen war. Unter den „privaten Vaterländern“ versteht Wapiński in der Gesamtheit den Bezugsbereich der von den Polen erhobenen territorialen Ansprüche, auch wenn diese „Vaterländer“ im einzelnen eine höchst unterschiedliche Rolle im gesellschaftlichen Bewußtsein der Polen spielten. Begriffliche Überschneidungen mit dem bereits geklärten Begriff der „Grenzmarken“ *(kresy)* bzw. der national durchmischten Grenzgebiete *(pogranicze narodowościowe)* sind damit natürlich unausweichlich.[89]

Bezüglich der „privaten Vaterländer“ Oberschlesien und Masuren, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunehmend in den Gesamtbereich der polnischen Ansprüche mit einbezogen wurden, ergab sich vor diesem Hintergrund das grundlegende Problem, daß unter der dortigen polnischsprachigen Bevölkerung das Bewußtsein, dem „ideologischen Vaterland“ Polen anzugehören, anfangs nur sehr schwach ausgeprägt oder überhaupt nicht vorhanden war. Dieses Bewußtsein zu vermitteln verstanden die Protagonisten des Westgedankens folgerichtig als eine ihrer Hauptaufgaben. Daß dies in Oberschlesien zum Teil gelang, während es in Masuren letztlich scheiterte[90], liegt nicht zuletzt an den unterschiedlichen historischen und religiösen Voraussetzungen in beiden Regionen, die daher an dieser Stelle kurz skizziert werden sollen.

Schlesien, 1348/55 in die böhmische Krone inkorporiert, seit 1526 Bestandteil der Habsburger Monarchie und 1742 schließlich als Folge des ersten schlesischen Krieges mit Ausnahme eines kleinen südöstlichen Streifens („Österreichisch Schlesien“) an Preußen gefallen, hatte sich unter ethnographischen Gesichtspunkten bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts höchst uneinheitlich entwickelt. Während der nordwestliche Teil Schlesiens (späterer Regierungsbezirk Liegnitz) seit dem Spätmittelalter nahezu vollständig und der mittlere Teil (späterer Regierungsbezirk Breslau) sehr weitgehend einer sprachlichen und kulturellen Assimilierung an das Deutschtum unterlegen waren, hatte sich im südöstlichen Oberschlesien (späterer Regierungsbezirk Oppeln) auch über die Jahrhunderte der staatlichen Trennung hinweg eine polnischsprachige Bevölkerungsmehrheit erhalten. Die polnischsprachigen Schlesier stellten dabei das Gros der sozial zumeist unterprivilegierten Landbevölkerung, während in den Städten das deutsche Element überwog.

Die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts im Städtedreieck Kattowitz-Gleiwitz-Beuthen einsetzende Industrialisierung führte im Laufe des 19. Jahrhunderts zu einem explosionsartigen Anwachsen der Bevölkerung, ohne daß sich an deren eth-

---

89 WAPIŃSKI, Polska i małe ojczyzny Polaków, S. 10.

90 Abschließend deutlich wird dies nicht zuletzt an den Ergebnissen der im Versailler Vertrag verfügten Volksabstimmungen. Während im Bezirk Oppeln (Oberschlesien) im März 1921 immerhin 40,4% der Stimmberechtigten für den Anschluß an Polen votierten, hatten dies im Abstimmungsbezirk Allenstein (Masuren einschließlich des südlichen Teils des Ermlandes) ein knappes Jahr zuvor gerade 2,2% getan und den polnischen Expansionsbestrebungen damit eine vernichtende Abfuhr erteilt (s.u. Kap. 11.).

nischer Zusammensetzung grundlegend etwas änderte.[91] Daß die polnischsprachigen Schlesier im Zuge dieser Entwicklung auch unter dem rasch anwachsenden Industrieproletariat der Gruben- und Metallarbeiter eine dominierende Stellung gewannen, noch verstärkt durch die Zuwanderung von Arbeitskräften aus Kongreßpolen, schuf die Grundlage dafür, daß sich in Oberschlesien der ethnische Gegensatz mit der in ganz Europa akut werdenden sozialen Frage verband. Durch seinen großen Reichtum an Steinkohle und Erzen wurde Oberschlesien neben dem Ruhrgebiet zum zweiten großen Schwerindustriegebiet Preußens (bzw. später des Deutschen Reiches), ein Umstand, der diesem Gebiet im späteren Grenzkonflikt zwischen Deutschland und Polen eine besonders wichtige, ja symbolträchtige Bedeutung zukommen ließ.

Die in Oberschlesien gesprochene Mundart ist von deutscher Seite in der Vergangenheit verschiedentlich in verächtlicher Weise als „Wasserpolnisch“ oder gar als strukturell primitive „deutsch-polnische Mischsprache“[92] bezeichnet und beschrieben worden, die mit dem Hochpolnischen nicht mehr viel gemeinsam habe. Tatsächlich wiesen die zahlreichen sprachlichen Besonderheiten des Oberschlesischen – neben den verbreiteten Archaismen vor allem eine hohe Zahl von deutschen Lehnwörtern im wissenschaftlichen, technischen und administrativen Bereich[93] – auf die lange räumliche und politische Trennung Schlesiens vom übrigen polnischen Sprachgebiet hin. Dessen ungeachtet handelt es sich beim Oberschlesischen in phonetischer, morphologischer und syntaktischer Hinsicht jedoch zweifelsfrei um einen polnischen Dialekt, was auch in der deutschen Slavistik schon seit langem nicht mehr bestritten wird.

Bei der Volkszählung des Jahres 1890 hatten 58,2% der Einwohner des Regierungsbezirks Oppeln Polnisch und 35,9% Deutsch als Muttersprache angegeben. Bei der Volkszählung des Jahres 1900 sank der Anteil der Polnischsprachigen auf 56,1%, 1910 gar auf 53,0%, während der deutsche Anteil bis 1910 auf 40,0% stieg.[94] Diese Tendenz wurde auf polnischer Seite zumeist auf eine zunehmend aggressiv betriebene Germanisierungspolitik wie auch auf die Realität verzerrende Erhebungsmethoden zurückgeführt (s.u. Kap. 6.4.). Von den 19 oberschlesischen Landkreisen stellten die Polen 1890 in 14 Landkreisen die Mehrheit, hingegen in keiner einzigen der sechs kreisfreien Städten, woran sich bis 1910 auch nichts änderte. Die größten polnischen Mehrheiten ergaben sich in den Kreisen Pleß (1890: 87,2%; 1910: 86,0%), Rosenberg

91 Zur Entwicklung der ethnischen Struktur Oberschlesiens bis 1910 siehe TEBARTH, S. 150f.

92 So noch 1919 in den Gegenvorschlägen der Deutschen Regierung zu den Friedensverhandlungen. Vollständiger amtlicher Text. Berlin 1919, S. 37.

93 Diese bisweilen skurril anmutenden Lehnwörter fanden sich besonders häufig im Bereich der Verben, waren der Form nach allerdings polonisiert und wurden auch entsprechend konjugiert, z.B. *raubować* [rauben], *entführować* [entführen], *übersetzować* [übersetzen] etc. Entlehnte Substantive wie z.B. *frisztyk* [Frühstück] wurden entsprechend nach dem polnischen Kasussystem gebeugt.

94 Die Zahlen nach WEBER, S. 27. – Der Verfasser setzt sich durchaus kritisch mit den preußischen Erhebungsmethoden auseinander, weshalb die polnische Seite seine Arbeit später verschiedentlich zur Untermauerung des eigenen Standpunktes herangezogen hat. Sehr kritisch hat sich neuerdings auch BELZYT, Sprachliche Minderheiten, mit den preußischen Erhebungsmethoden auseinandergesetzt (s.u. Kap. 6.4.).

(1890: 85,6%; 1910: 80,7%), Rybnik (1890: 83,9%; 1910: 77,8%), Lublinitz (1890: 82,8%; 1910: 79,3%) und Groß-Strehlitz (1890: 81,5%; 1910: 79,2%).[95] Im übrigen Schlesien gab es starke polnische Minderheiten nur in den zum Regierungsbezirk Breslau gehörenden Kreisen Groß Wartenberg (1900: 41,8%) und Namslau (1900: 28,4%).[96] Außer in ethnographischer Hinsicht unterschied sich der Regierungsbezirk Oppeln auch in konfessioneller Hinsicht deutlich von den beiden übrigen schlesischen Regierungsbezirken. Bei der Volkszählung des Jahres 1900 hatten sich nicht weniger als 90% der Oberschlesier zum Katholizismus und lediglich 8,9% zum Luthertum bekannt.[97] Eine protestantische Bevölkerungsmehrheit gab es lediglich in dem nordwestlichen Landkreis Kreuzburg.[98]

Grundsätzlich anders stellten sich die historischen Voraussetzungen in Ostpreußen dar. Zum ersten war diese Provinz – mit Ausnahme des Ermlandes – nie unmittelbarer Bestandteil des polnischen Staates. Zum zweiten wurde der Deutschordensstaat im Zuge der Reformation und der Umwandlung in ein weltliches Herzogtum unter polnischer Lehnshoheit 1525 zum ersten geschlossenen evangelischen Territorium überhaupt. Die so zustande gekommene konfessionelle Spaltung zwischen dem Ermland, das schon 1466 an Polen gefallen war und die Reformation daher nicht mitvollzogen hatte, und dem übrigen Ostpreußen hatte bis in das 20. Jahrhundert Bestand. So bekannten sich gemäß der Volkszählung von 1900 88,6% der Ermländer zum Katholizismus, während in den übrigen Landkreisen und Städten der Provinz Ostpreußen die protestantische Bevölkerung zumeist Anteile von 90% und mehr erreichte.[99] Zum dritten war die polnischsprachige Bevölkerung im Süden Ostpreußens kein Relikt des Früh- und Hochmittelalters, sondern Ergebnis einer umfangreichen Siedlungsbewegung, die im 14. und 15. Jahrhundert ihren Ausgang in dem südlich an das Ordensland angrenzenden polnischen Fürstentum Masowien nahm und in deren Verlauf die dünn besiedelten und waldreichen Landstriche rund um die masurischen Seen urbar gemacht wurden.[100] An die Herkunft der polnischen Siedler erinnert nicht zuletzt der – sowohl für die Region als solche als auch für deren Bewohner gebrauchte – Name „Masuren“. In der polnischen Publizistik wurde das Gebiet daher häufig auch als „Preußisch Masowien“ *(Mazowsze Pruskie)* bezeichnet.[101]

Wie die Mehrheit der Oberschlesier sprachen auch die Masuren einen altertümlichen, durch zahlreiche deutsche Lehnwörter angereicherten polnischen Dialekt.[102]

---

95 Die Zahlen nach WEBER, S. 60ff. – Der Erwähnung bedarf ferner der Kreis Ratibor-Land, in dem es einen starken, gleich nach den Polen auf Platz zwei rangierenden tschechischen Bevölkerungsanteil von rund 40% gab, während das deutsche Element hier extrem schwach blieb (1890: 8,4%; 1910: 11,2%).

96 SDR, Bd. 151, S. 452f. – Die Umrechnung der absoluten Zahlen in Prozentzahlen hat der Verfasser selbst vorgenommen.

97 SDR, Bd. 150, S. 110.

98 Ebenda.

99 Ebenda, S. 109.

100 SCHUMACHER, S. 139; WEINREICH, S. 95f.

101 Vgl. HARTMANN, S. 40, 50.

102 STÜTTGEN, S. 291.

Anders als Oberschlesien blieb Masuren im 19. Jahrhundert allerdings eine ganz von der Landwirtschaft geprägte Region. Obwohl viele Angehörige der sozial unterprivilegierten polnischsprachigen Landbevölkerung die nach wie vor in feudalen Strukturen verharrende Region verließen und als Arbeitskräfte vor allem in die Industriereviere an Rhein und Ruhr abwanderten, hielt sich in mehreren masurischen Landkreisen eine polnische Mehrheit. Nimmt man die acht gemeinhin zu Masuren gerechneten südostpreußischen Landkreise zusammen[103], ergibt sich gemäß der Volkszählung von 1900 eine polnische Mehrheit von 55,5% (gegenüber 39,9% Deutschen).[104] Auf die ganze Provinz Ostpreußen bezogen, stellten die Polnischsprachigen mit 14,4% noch deutlich vor den in den nördlichen Kreisen siedelnden Litauern die größte ethnische Minderheit.[105] Im einzelnen stellten die Polnischsprachigen 1900 die Mehrheit in den Kreisen Ortelsburg (74,5%), Johannisburg (70,3%), Neidenburg (69,3%), Lyck (53,2%) und Sensburg (50,5%).[106]

Sowohl konfessionell als auch ethnisch hob sich Masuren damit gegen das Ermland ab, das ungeachtet seiner 300jährigen unmittelbaren staatlichen Zugehörigkeit zu Polen 1900 insgesamt nur noch einen polnischsprachigen Bevölkerungsanteil von 19,3% (gegenüber 79,0% Deutschen) aufwies.[107] Ziel einer polnischen Siedlungsbewegung war im 15. und 16. Jahrhundert lediglich der südliche Landesteil um die Stadt

---

103 Als Landschaft verfügt Masuren nicht über administrativ festgelegte Grenzen. Im allgemeinen werden dazu die ostpreußischen Landkreise Ortelsburg, Neidenburg, Osterode i. Ostpr., Lyck, Lötzen, Sensburg und Johannisburg (ab 1905 zum Regierungsbezirk Allenstein gehörig) sowie Oletzko (Regierungsbezirk Gumbinnen) gerechnet; kleinere masurische Minderheiten gab es außerdem in den südlichen Teilen der Kreise Rastenburg, Angerburg und Goldap. Da die drei letztgenannten Kreise jedoch bereits vor 1914 deutschsprachige Bevölkerungsanteile von weit über 90% aufwiesen und entsprechend bei der Volksabstimmung von 1920 auch nicht Bestandteil des Abstimmungsbezirks Allenstein waren, sollen sie hier außerhalb der Betrachtung verbleiben. Bei den Volkszählungen vor 1914 nahmen die Zähler bei der Frage nach der Muttersprache „Masurisch“ und „Polnisch“ als zwei getrennte Sprachen auf, was nicht nur von polnischer Seite verständlicherweise kritisiert wurde (s.u. Kap. 6.4.). Um statistische Verzerrungen zu vermeiden, werden im Haupttext im folgenden die Zahlen der Polnisch- und der Masurischsprachigen addiert.

104 SDR, Bd. 151, S. 392ff. – Die Zusammenrechnung der Einzelergebnisse aus den masurischen Landkreisen (Ortelsburg, Neidenburg, Osterode, Lyck, Lötzen, Sensburg, Johannisburg, Oletzko) hat der Verfasser selbst vorgenommen. Die Zahlen im einzelnen: Deutsch 39,9%; Polnisch 25,0%; Masurisch 30,5%; Deutsch und Polnisch 2,6%; Deutsch und Masurisch 1,8%.

105 Das Ergebnis der Volkszählung von 1900 für Ostpreußen im einzelnen: Deutsch 78,7%; Polnisch 7,8%; Masurisch 6,6%; Litauisch 5,1%; Deutsch und Polnisch 0,9%; Deutsch und Masurisch 0,4%; Deutsch und Litauisch 0,4%. – Die Litauer stellten 1900 nur im Kreis Heydekrug mit 57,0% die Mehrheit, starke Minderheiten des weiteren in den Kreisen Tilsit-Land (46,5%) und Memel (43,0%), waren im Gegensatz zu den unter russischer Herrschaft lebenden Litauern allerdings fast ausschließlich protestantisch. Diese nördlichen Kreise Ostpreußens wurden auch als „Preußisch Litauen“ oder „Kleinlitauen“ bezeichnet.

106 SDR, Bd. 151, S. 397ff.

107 Ebenda, Bd. 151, S. 395f. – Die Zusammenrechnung der Einzelergebnisse hat der Verfasser selbst vorgenommen.

Allenstein, wo sich die polnische Minderheit denn auch noch im 19. und frühen 20. Jahrhundert konzentrierte.[108] Innerhalb der preußischen Provinz Ostpreußen bildete das historische Ermland allerdings keinen eigenständigen Verwaltungsbezirk, vielmehr wurden die beiden südlichen Ermlandkreise Rößel und Allenstein im Zuge der Verwaltungsreform von 1905 dem aus Teilen der schon zuvor existierenden Regierungsbezirke Königsberg und Gumbinnen neugebildeten Regierungsbezirk Allenstein zugeschlagen, der außerdem die masurischen Kreise (ausgenommen Oletzko) umfaßte und damit auf der Grundlage der Volkszählung von 1900 eine polnischsprachige Bevölkerungsmehrheit von 51,9% aufwies.[109]

Vergleicht man die Resultate der einzelnen Volkszählungen im Zeitraum von 1860 bis 1910 miteinander, so ergibt sich, was die Entwicklung des polnischsprachigen Bevölkerungsanteils in den verschiedenen Landesteilen des preußischen Ostens angeht, kein einheitliches Bild – ein Umstand, der Rückschlüsse auf den Stand des nationalen Bewußtseins in den einzelnen Gebieten zuläßt bzw. auf die Intensität des Widerstandes, der der preußischen Assimilierungspolitik jeweils entgegengesetzt wurde. Während der polnische Bevölkerungsanteil in der Provinz Posen, dem Hauptschauplatz eines zunehmend erbittert geführten deutsch-polnischen Nationalitätenkampfes, im genannten Zeitraum ungeachtet aller staatlichen Maßnahmen deutlich auf über 60% anstieg und in Westpreußen zumindest konstant blieb[110], ergibt sich für die eigentlichen „Westgebiete“ ein etwas anderes Bild. Am wenigsten läßt sich eine solche Entwicklung noch im Regierungsbezirk Oppeln beobachten, für den erst die letzte und von der polnischen Seite massiv angezweifelte Vorkriegsvolkszählung von 1910 einen deutlichen Rückgang der polnischsprachigen Bevölkerung anzeigt. Für das Ermland und ganz besonders für Masuren sowie die von polnischsprachigen Minderheiten bewohnten Kreise Mittelschlesiens ist demgegenüber über den gesamten Zeitraum ein kontinuierlicher Rückgang festzustellen, ein Indiz, daß zumindest hier

---

108 SCHUMACHER, S. 187; zu Nationalbewußtsein und nationalen Aktivitäten der polnischen Ermländer im 19. Jahrhundert siehe ausführlich JASIŃSKI, Świadomość narodowa. – Während die beiden nördlichen, im Zuge der Verwaltungsreform von 1905 beim Regierungsbezirk Königsberg verbliebenen ermländischen Kreise Braunsberg und Heilsberg 1900 praktisch rein deutsch besiedelt waren (jeweils 99,6%) und der Kreis Rößel lediglich eine kleine polnische Minderheit aufwies (14,0% Polen gegenüber 84,5% Deutschen), waren im Kreis Allenstein die beiden Volksgruppen faktisch gleich stark (49,2% Deutsche, 47,1% Polen, 3,5% Zweisprachige).

109 Die Berechnung hat der Verfasser auf der Grundlage des genannten statistischen Materials selbst vorgenommen. Die Zahlen im einzelnen: Deutsch 44,1%; Polnisch 28,3%; Masurisch 23,6%; Deutsch und Polnisch 2,6%; Deutsch und Masurisch 1,3%.

110 Besonders bezüglich der Provinz Posen kommt in diesem Zusammenhang auch das seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu beobachtende Phänomen einer deutschen „Ostflucht“ ins Spiel, d.h. der Abwanderung aus den preußischen Ostgebieten in den Westen des Reiches, was auch in einigen städtischen Zentren Großpolens die Mehrheit zugunsten der Polen „kippen“ ließ – eine Tendenz, der die Regierung, unterstützt von nationalistischen Agitationsverbänden wie v.a. dem „Ostmarkenverein“ (s.u. Kap. 4.3.), um die Jahrhundertwende durch eine gezielte Ansiedlungspolitik verzweifelt und letztlich vergeblich gegenzusteuern suchte. – Vgl. hierzu TRZECIAKOWSKI, Wpływ zaboru pruskiego, S. 118.

der von der polnischen Seite so sehr befürchtete Assimilierungsprozeß in vollem Gange war.

Vor dem Hintergrund der genannten Zahlen erweisen sich Oberschlesien und Masuren als klassische Beispiele eines „sprachlich-nationalen Grenzraums" *(pogranicze)*, ein Begriff, den der polnische Historiker Józef Chlebowczyk geprägt hat zur Kennzeichnung solcher Gebiete, „in denen es zur gegenseitigen Begegnung und Koexistenz zwischen verschiedenen sprachlich-ethnischen Gruppen, Nationalitäten sowie nationalen Bevölkerungsgruppen kommt".[111] Als wichtigstes Merkmal solcher Grenzräume nennt Chlebowczyk die Zweisprachigkeit, wenn nicht sogar Mehrsprachigkeit, wobei er die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen nach ihrer gesellschaftlichen Funktion in herrschende (*dominant ethnic groups*, in Oberschlesien und Masuren die Deutschen) und beherrschte Gruppen (*non dominant ethnic* groups) unterscheidet.[112] In Gebieten, in denen sich wie in Oberschlesien und Masuren Sprachgrenzen mit sozialen Grenzen dec??ken, fallen somit vertikale (nationale) und horizontale (soziale) Integration zusammen.[113] Des weiteren unterscheidet Chlebowczyk in Anlehnung an die Terminologie des Austromarxisten Otto Bauer zwischen „historischen" und „nichthistorischen" Nationen, wobei er die letzteren als „plebejische", linguistisch-ethnische Gruppen und Nationalitäten definiert, die von Nationsbildungsprozessen zumeist erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts ergriffen wurden.[114] Im Gegensatz zu den polnischen Eliten innerhalb der Grenzen von 1772, bei denen über die Teilungen hinaus das Bewußtsein der nationalen Zusammengehörigkeit erhalten blieb, kann von den polnischsprachigen Bevölkerungsgruppen Oberschlesiens und Masurens in diesem Sinne als „nichthistorischen" Gruppen gesprochen werden, da ihnen das Gefühl einer Zugehörigkeit zur polnischen Nation während der langen Zeit der staatlichen Trennung weitgehend abhanden gekommen war. Die Frage, wieweit die polnischsprachigen Schlesier und Masuren dieses Gefühl im Laufe des 19. Jahrhunderts wiedergewannen, welche Rolle dabei kulturelle und politische Einflüsse aus dem eigentlichen Polen spielten und wieweit sich schließlich neben einem polnischen Nationalbewußtsein auch ein spezifisch schlesisches bzw. masurisches Regionalbewußtsein (von Chlebowczyk auch als spezifisches „Grenzlandbewußtsein", *świadomość kresowa* bezeichnet) ausbildete, ist in diesem Zusammenhang von erheblicher Bedeutung.

Im Blick auf die kleinen Völker und Volksgruppen vornehmlich im östlichen Europa hat der tschechische Nationalismustheoretiker Miroslav Hroch drei Phasen der

[111] Zit. in: W. KESSLER, S. 108. – Chlebowczyk hat seine Theorien vor allem anhand der geschichtlichen Erforschung Österreichisch Schlesiens entwickelt, aus dem er auch selber stammt. Sie lassen sich jedoch sehr weitgehend auf Oberschlesien und teilweise auch auf Masuren und die Kaschubei übertragen.
[112] CHLEBOWCZYK, On Small and Young Nations, S. 28; W. KESSLER, S. 109.
[113] W. KESSLER, S. 108, 110; vgl. CHLEBOWCZYK, On Small and Young Nations, S. 15f.
[114] CHLEBOWCZYK, On Small and Young Nations, S. 19f.

Nationsbildung unterschieden.[115] In der ersten Phase („A“) wird die nationale Bewegung laut Hroch durch gelehrte Bestrebungen – möglicherweise auch von „außerhalb“, d.h. von Angehörigen anderer Nationalitäten – und die Vorliebe einer zahlenmäßig kleinen Elite für das Nationale eigentlich erst vorbereitet, indem Sprache und Sitten der *non dominant ethnic group*, ihre Geschichte, Volkslieder etc. studiert werden. In „Phase B“ erfolgt dann von Seiten einer national bewußten Minderheit eine systematische nationale Agitation mit dem Ziel, das Nationalbewußtsein breiteren Volksschichten einzuimpfen – es vollzieht sich also im eigentlichen Sinne das „nationale Erwachen“. Das Aufkommen einer wirklichen politischen Massenbewegung leitet in die finale „Phase C“ über. Sprachlich-kulturelle und soziale Forderungen werden in „Phase C“ abgelöst durch ein auf der Grundlage eines ideologischen Nationalismus formuliertes politisches Programm.[116]

In Anlehnung an dieses Schema hat Chlebowczyk ein eigenes Zwei-Phasen-Modell entwickelt. In der ersten Phase, die im wesentlichen den Phasen A und B des Hroch-Modells entspricht, spielt die Sprache die Hauptrolle, auf deren Grundlage sich die Emanzipation, Integration und Unifikation der jeweiligen linguistisch-ethnischen Gruppe und zugleich die Ausbildung eines eigenständigen Geschichtsbewußtseins als zusätzliches Identifikationsmoment vollzieht. Als Resultat dieses Prozesses wird besagte Gruppe zur eigenständigen Nationalität.[117] In der zweiten, der „politischen“ Phase entwickeln sich diese Nationalitäten zu kompakten und exklusiven nationalen Gruppen weiter, die unter Berufung auf das Recht auf nationale Selbstbestimmung zunächst die „innere“ Souveränität, später auch die „äußere“, territoriale Souveränität anstreben. In dieser Phase bekommen Begriffe wie „nationale Substanz“, „nationale Solidarität“ etc. einen verbindenden und integrativen Charakter, die nationale Selbstbestimmung wird schließlich zum kategorischen Imperativ erhoben.[118]

Die oben geschilderten nationalen und sozialen Verhältnisse in Oberschlesien und Masuren erlauben es, diese Modelle auf beide Regionen zu übertragen. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erhoben nur vereinzelt kleine Beamte, Geistliche und Pädagogen ihre Stimme und warfen sich zu Verteidigern der vor allem durch die preußische Schulpolitik immer mehr zurückgedrängten polnischen Volkssprache auf. Im katholisch geprägten Oberschlesien taten dies paradoxerweise zunächst über-

---

[115] HROCH, Das Erwachen, S. 155-172. – Nach eigener Aussage (S. 157) hat Hroch seine Erkenntnisse vor allem anhand der Erforschung der nationalen Entwicklung bei den Tschechen (beschränkt auf Böhmen), Slowaken, Litauern, Esten, Finnen und Flamen gewonnen.

[116] Ebenda, S. 158; DERS., Nationales Bewußtsein, S. 43f. – Der Begriff des „nationalen Erwachens“ wird von Hroch selbst verwendet. Gleichwohl sei schon hier darauf verwiesen, daß es sich bei dieser auch in der untersuchten polnischen Publizistik häufig gebrauchten Metapher (analog zur „nationalen Wiedergeburt“) um eine hochproblematische handelt, da sie selbst genuin nationalistisches Denken transportiert. Es scheint daher geboten, die entsprechenden Termini im folgenden grundsätzlich in Anführungszeichen zu setzen.

[117] CHLEBOWCZYK, On Small and Young Nations, S. 31, 33.

[118] Ebenda, S. 35, 37; vgl. W. KESSLER, S. 109f.

wiegend deutschsprachige Protestanten[119], in Masuren wirkten in diesem Sinne der aus Johannisburg gebürtige protestantische Geistliche Gustav Gisevius (poln. Gizewiusz; 1810-1848)[120] sowie der aus Hohenstein im Kreis Osterode stammende Pastor, Lehrer und Grammatiker der polnischen Sprache Christoph C. Mrongovius (poln. Mrongowiusz; 1764-1855)[121]. Mit ihrer Fixierung allein auf die Sprachfrage und ihrer weitgehenden gesellschaftlichen Isolierung wie auch von ihrem Berufsbild her passen diese Aktivisten sehr gut in die „Phase A" des Hroch-Modells bzw. in den Beginn der ersten Phase nach Chlebowczyk.

Gestaltete sich die Entwicklung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Masuren und Oberschlesien also noch recht ähnlich, so setzte sie sich in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts dann ganz unterschiedlich fort. In Oberschlesien kam es im Zusammenhang mit der Etablierung eines einflußreichen polnischen Pressewesens zur Ausbildung einer breiten polnischen Emanzipationsbewegung, die zunächst überwiegend sprachliche, später dann auch dezidiert nationalpolitische Forderungen artikulierte und nach 1900 bei Wahlen große Teile der polnischsprachigen Bevölkerung für sich mobilisieren konnte (s.u. Kap. 7.4.1.). In Masuren konnten sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts zwar ebenfalls einige polnische Presseorgane etablieren, eine breite politische Massenbewegung entwickelte sich jedoch nicht. Deutlich wird dies nicht zuletzt daran, daß nationalpolnisch orientierte Kandidaten bei Wahlen vor 1914 chancenlos blieben. Mit einer einzigen Ausnahme (1893) gilt dies auch für das Ermland (s.u. Kap. 7.4.2.). Um im Schema von Hroch zu bleiben, verharrte Masuren bis 1914 also auch weiterhin in „Phase A", während in Oberschlesien der Übergang zu „Phase B", unmittelbar nach 1900 sogar der Übergang zu „Phase C" vollzogen wurde, manifestiert in einer breiten, polnisch-national ausgerichteten politischen Massenbewegung.

---

119 Bereits Ende des 18. Jahrhunderts hatten beispielsweise die evangelischen Pastoren Pohla (Tarnowitz) und Richter (Pleß) kleine Schriften verfaßt, in denen sie sich vehement gegen das verbreitete Vorurteil vom faulen, tumben und trunksüchtigen „Wasserpolacken" und die Abqualifizierung des oberschlesischen Dialekts als „entartet" zur Wehr setzten. Mit dem Gutsbesitzer Karl v. Koschützki war es wiederum ein deutscher Protestant, der 1841 in einer Petition erstmals den Druck der Amtsblätter in Oberschlesien auch auf polnisch forderte, was vom Provinziallandtag allerdings abgelehnt wurde. Im Umfeld der Revolution von 1848/49 setzten sich für die Interessen der polnischsprachigen Schlesier neben Koschützki v.a. der Lehrer und Publizist Józef Lompa, der evangelische Pastor Robert Fiedler, der Lehrer Smolka, der Schulrat und katholische Geistliche Bernard Bogedain und schließlich der 1848 in die preußische Nationalversammlung entsandte Pfarrer Józef Szafranek ein. – Vgl. hierzu u.a. SCHWIDETZKY, S. 6ff.; SZMAŃDA, S. 128ff.

120 PSB, Bd. 8, S. 4ff. – Nach Gisevius wurde 1945 das masurische Lötzen in *Giżycko* umbenannt. – Vgl. hierzu KAZIMIERZ SZULC: *Życie Gizewiusza* [Das Leben des Gisevius], in: „Biblioteka Warszawska" 1854, Bd. 1, S. 566-572; ausführlich JASIŃSKI, Problematyka, S. 43ff.

121 PSB, Bd. 12, S. 190ff. – Nach Mrongovius wurde 1945 das masurische Sensburg in *Mrągowo* umbenannt.

3. Vorläufer: Das schrittweise Wiedererwachen des polnischen Interesses an den „Westgebieten“ nach den Teilungen (bis 1863)

3.1. Erste Stellungnahmen zum Problem der „Westgebiete“ bis 1815

Die Maiverfassung von 1791 nannte in ihrer Präambel König Stanisław II. August mit vollem Titel „von Gottes Gnaden und kraft des Willens der Nation König von Polen und Großfürst von Litauen, Reußen, Masowien, Samogetien, Kiew, Wolhynien, Podolien, Polesien, Livland, Smolensk, Sewerien und Czernigow“[122], bezog im Osten also auch Gebiete mit ein, die dem polnisch-litauischen Großreich schon vor der Ersten Teilung verlorengegangen waren (Kiew, Smolensk, Sewerien, Czernigow), was Rußland als Provokation empfinden mußte. Auf die Nennung Königlich Preußens verzichtete diese Huldigungsformel hingegen und erkannte die Ergebnisse der Ersten Teilung im Westen damit de facto an. Die Tatsache, daß die Reformen des Vierjährigen Reichstages und damit die Maiverfassung durch einen 1790 mit Preußen abgeschlossenen Beistandspakt überhaupt erst möglich geworden waren, spielte hierbei natürlich die Hauptrolle.

Erste Stimmen, die auch an die für Polen schon lange vor 1772 im Westen verlorengegangenen Territorien erinnerten und darüber hinaus teilweise deren Einbeziehung in ein wiedererstandenes polnisches Staatswesen in Erwägung zogen, kamen gleichwohl aus dem Kreis jener Reformpolitiker und -publizisten, die schon im Vierjährigen Reichstag mitgearbeitet und am Zustandekommen der Maiverfassung maßgeblichen Anteil gehabt hatten. Ihre scharfe Kritik am „Partikularismus“ vor allem der Magnaten, denen sie die Hauptschuld am Niedergang der polnischen Republik anlasteten, bildete die Grundlage ihrer Forderung nach einer grundlegenden politischen wie sozialen Neuorientierung der polnischen Gesellschaft und machte damit auch den Blick frei für die „vergessenen“ Gebiete mit größeren polnischsprachigen Bevölkerungsanteilen unter preußischer Herrschaft.

So hatte der Bürgersohn Stanisław Staszic (1755-1826)[123] schon 1790 daran erinnert, daß Schlesien und Preußen (gemeint: Ostpreußen) einst zum polnischen Staat gehört hätten und später von ihm abgetrennt worden seien.[124] Wie bei vielen späteren Denkern und Publizisten verband sich diese Erinnerung bereits bei Staszic mit schar-

122 Konstytucja 3 maja 1791, S. 81.
123 HDP, S. 570f.
124 STANISŁAW STASZIC: *Przestrogi dla Polski* [Mahnungen an Polen], in: DERS., Bd. 1, S. 175-346, hier S. 269.

fer Kritik an der historischen Rolle der Szlachta. Eine wirkliche „Geschichte des Volkes“, so schrieb er später, habe es nur unter der Herrschaft der Piasten gegeben, während spätestens seit dem Tode des letzten Jagiellonenkönigs bis zur Verkündung der Maiverfassung nur von der „Geschichte eines Standes, der Geschichte der irrsinnigen, in sich zerstrittenen Szlachta“ die Rede sein könne.[125] Wie viele andere setzte Staszic, der zuvor slavophilen Ideen angehangen hatte, seine Hoffnung seit der Niederlage der Teilungsmächte Preußen und Österreich ganz auf Napoleon als dem Geburtshelfer einer wiedergewonnenen Staatlichkeit[126] – eine Hoffnung, die sich mit der Gründung des Herzogtums Warschau unter der Herrschaft des schon 1791 für die Thronfolge vorgesehenen Friedrich August I. von Sachsen und der Oktroyierung einer autoritären Verfassung freilich nur in sehr bescheidenem Umfang erfüllte.[127] Gleichwohl sahen große Teile der geistigen Eliten in diesem Gebilde nur ein Übergangsstadium auf dem Weg hin zur Gründung eines neuen polnischen Großstaates, dessen territoriale Ausdehnung daher in die Diskussion geriet. In seiner 1807 erschienenen „Statistik Polens“ führte Staszic zunächst alle bis 1772 zu Polen-Litauen gehörenden Regionen auf, nannte als „natürliche Grenzen“ dieses Landes aber zugleich im Westen den „Berggürtel, der von den Karpaten herführt und sich durch Schlesien zieht, im Süden den Karpatenrücken bis hin zum Schwarzen Meer, im Norden die Ostsee und zwischen ihr und dem Schwarzen Meer den Dnjepr und die polesischen Sümpfe (...)“[128], griff also im Westen und Südosten noch über 1772 hinaus. Diese Linie zwischen Schwarzem Meer und Ostsee, so Staszic in Anknüpfung an die traditionelle These von der historischen Rolle Polens als einer Vormauer der westlichen Zivilisation, sei es, die Europa von Asien abgrenze. Zwischen Dnjepr und Bug, Weichsel und Oder befänden sich die „Gräber, die alle aus Asien heranbrandenden Horden verschlungen haben“.[129]

Wesentlich deutlicher wurde ein Jahr später der dem verarmten Kleinadel entstammende Geistliche, Philosoph und Reformpolitiker Hugo Kołłątaj (1750-1812)[130], der in seinen „Bemerkungen über die Gründung des Herzogtums Warschau“ die Vereinigung aller polnischen Gebiete unter einer Krone und die „Rückkehr“ eines sol-

---

125 STANISŁAW STASZIC: *Uwagi do rodu ludzkiego* [Anmerkungen zum Menschengeschlecht], in: DERS., Bd. 2, S. 181-241, hier S. 210.

126 W. FELDMAN, Die Geschichte der politischen Ideen, S. 51f.

127 Dieses kurzlebige Herzogtum wurde gebildet aus den preußischen Teilungsgebieten von 1772 und 1793 (abzüglich des zu Rußland geschlagenen Bezirks von Białystok) sowie dem österreichischen Anteil von 1795.

128 STANISŁAW STASZIC: *O statystyce Polski krótki rzut wiadomości w roku 1807* [Kurzer wissenschaftlicher Überblick über die Statistik Polens im Jahre 1807], in: DERS., Bd. 2, S. 285-300, hier S. 285f.

129 Ebenda, S. 298f.

130 PSB, Bd. 13, S. 335ff. – Kołłątaj gehörte schon vor Einberufung des Vierjährigen Reichstages als Bildungsreformer und zeitweiliger Rektor der Krakauer Jagiellonenuniversität zu den Wortführern einer nach ihm benannten Gruppe von Intellektuellen *(kuźnica kołłątajowska)*, die sich einer grundlegenden Reform des maroden politischen Systems verschrieben hatten. Auf den Text der Maiverfassung gewann er maßgeblichen Einfluß.

chen neuen polnischen Staates auch nach Schlesien forderte, das seinen Vorstellungen zufolge eine Brücke zwischen dem Herzogtum und dem in Personalunion verbundenen Königreich Sachsen und damit die Grundlage für ein künftiges festes Bündnis Polens mit Sachsen bilden sollte.[131] Zur Begründung dieser Forderung zog er bereits das später vieldiskutierte ethnographische Prinzip heran, wenn er es auch nicht als solches bezeichnete. So sei bei der Bemessung des staatlichen Territoriums eines Volkes darauf zu achten, daß „der Regierende und der Regierte sich verstehen und ein und derselben Sprache bedienen müssen". Schon daher müsse das neue Polen an die Oder grenzen, da dieser Fluß Deutsche und Slaven voneinander trenne und alle schlesischen Gebiete auf dem rechten Oderufer, „beginnend von den Quellen der Oder bis hin zur brandenburgischen Grenze", von einer slavischen, sich der polnischen Sprache bedienenden Bevölkerung bewohnt würden. In diesem Sinne forderte Kołłątaj darüber hinaus auch den Anschluß der Neumark als Teil des alten Großpolen sowie Pommerellens, dessen slavische Bevölkerung gleichfalls polnisch spreche, nämlich den „kaschubischen Dialekt". Selbst die „Preußen" (gemeint hier: die Bewohner Ostpreußens), so konstatierte Kołłątaj unter grober Mißachtung der Tatsachen, sprächen entweder litauisch oder polnisch, nicht aber deutsch. Deutsche, so sein abschließendes Fazit, könne man schließlich nicht dort suchen, „wo es keine gibt und auch niemals welche gab".[132] Wie Staszic setzte auch Kołłątaj all seine Hoffnungen folgerichtig auf Napoleon, durch dessen Hand Polen über kurz oder lang in all jenen Landesteilen wiedererstehen werde, in denen „alle Menschen sich in ihrer Muttersprache verstehen und dieselben Bräuche pflegen".[133]

Insgesamt betrachtet, blieben solche Stimmen aber vereinzelt und isoliert und können noch nicht als Zeichen für eine grundlegende territoriale Neuorientierung unter den polnischen Eliten gewertet werden. Das Fehlen konkreter politischer Konzepte in seiner Schrift zeigt, daß Kołłątaj an eine baldige Realisierung seiner territorialen Ziele wohl selbst nicht glaubte. Schließlich hatten die Polen zuvor mit einiger Enttäuschung registrieren müssen, daß das besiegte Preußen von Napoleon nicht aufgelöst worden, sondern im Frieden von Tilsit vergleichsweise glimpflich davongekommen war und Westpreußen einschließlich der Städte Danzig und Thorn, also die geostrategisch wichtige Landverbindung zwischen Pommern und Ostpreußen, behalten durfte. Diese Enttäuschung war um so größer, als die aus polnischen Überläufern gebildete „Nordische Legion" während der Kämpfe 1806/07 dem französischen Sieg erheblichen Vorschub geleistet hatte und im Frühjahr 1807 über 40.000 Polen an der Seite Napoleons unter Waffen standen, teils als Angehörige einer eigenen polnischen Ar-

[131] KOŁŁĄTAJ, S. LXXVII, Anm. 1 (Vorwort v. Leśnodorski); vgl. W. FELDMAN, Die Geschichte der politischen Ideen, S. 52, Anm. 3.

[132] KOŁŁĄTAJ, S. 305-315, hier S. 310f. – Der Text war 1808 in Leipzig anonym erschienen unter dem vollen Titel: Uwagi nad teraźniejszym położeniem tej części ziemi polskiej, którą od pokoju tyłżyckiego zaczęto zwać Księstwem Warszawskim [Bemerkungen über die derzeitige Lage jenes Teils des polnischen Landes, der seit dem Tilsiter Frieden das „Herzogtum Warschau" genannt wird).

[133] Ebenda, S. 311f.

mee, teils unmittelbar unter französischem Kommando.[134] Der Tatsache, daß polnische Truppen dabei unter anderem auch in Schlesien operierten und in diesem Zusammenhang vereinzelt Erinnerungen an die polnische Vergangenheit dieses Landes wach wurden, ist in der polnischen Literatur begreiflicherweise einige Aufmerksamkeit gewidmet worden.[135] Die Ergebnisse der Friedensverhandlungen von 1807 zeigen aber, daß die Wiedererrichtung eines starken und unabhängigen polnischen Staates mit im Westen über den Stand von 1772 eventuell noch hinausgreifenden Grenzen zu keinem Zeitpunkt ernsthaft zur Debatte stand und auch nicht im französischen Interesse lag.

Mit der endgültigen Niederlage Napoleons 1815 und der auf dem Wiener Kongreß im restaurativen Sinne vorgenommenen Neuordnung Europas zerschlugen sich die diesbezüglichen Hoffnungen ohnehin. Große Teile der polnischen Eliten, unter ihnen auch Staszic, projizierten ihre Hoffnungen nunmehr auf das in Personalunion mit Rußland errichtete Königreich Polen als dem verbliebenen Substrat einer polnischen Staatlichkeit und flüchteten sich unter dem Zwang der Verhältnisse abermals in panslavistisches Gedankengut, demzufolge die Zukunft Polens nur an der Seite des russischen „Brudervolks" zu suchen sei.[136]

Den zitierten Stellungnahmen zum Problem der „Westgebiete" kommt ungeachtet ihrer Wirkungslosigkeit gleichwohl eine Vorreiterrolle auf dem Weg zur Ausbildung des polnischen Westgedankens zu. Mit der Heranziehung geographischer Kriterien bei Staszic (Begriff der „natürlichen Grenzen") und ethnographischer Kriterien bei Kołłątaj (Sprache als Kriterium für die staatliche Zugehörigkeit eines Territoriums) waren zwei der wichtigsten Argumentationsmuster bezüglich der „Westgebiete" vorweggenommen, die in der Folgezeit immer wieder aufgegriffen und weiter präzisiert wurden.

3.2. Die „Wiederentdeckung" Schlesiens und Ostpreußens durch die polnische Wissenschaft und Publizistik nach 1815

Für die gebildeten Schichten des polnischen Adels und städtischen Bürgertums waren Schlesien und Masuren im 18. Jahrhundert eine *terra incognita*. Dies lag nicht nur an

---

134 HOENSCH, S. 186f.

135 WANATOWICZ, S. 17; CZARTORYSKA, S. 10 (Einleitung v. Bujańska); vgl. in diesem Zusammenhang auch JASIŃSKI, Z dziejów, S. 5. – Die Hauptkräfte der napoleonischen Armee konzentrierten sich im Verlauf dieses Feldzuges in der Gegend von Glogau, Breslau, Brieg, Glatz und Kosel. – Vgl. hierzu auch den Bericht eines polnischen Kriegsteilnehmers von 1807, in dem dieser es u.a. als seine Aufgabe bezeichnet, die Schlesier vor preußischen Gewaltmaßnahmen zu schützen, denn schließlich sei dieses Land „bis zur Oder nicht preußisch, sondern ausschließlich polnisch" (in Auszügen abgedruckt in: Górny Śląsk i Zagłębie, S. 32f.).

136 W. FELDMAN, Die Geschichte der politischen Ideen, S. 72ff.

der plebejischen Sozialstruktur der dortigen polnischsprachigen Bevölkerung, sondern auch an der fehlenden Mobilität, was häufigere Kontakte mit diesen dem polnischen Staatsgebiet benachbarten Territorien verhinderte. Der polnische Adlige befand sich zu dieser Zeit noch äußerst selten auf Reisen, von Besuchen in der polnischen Hauptstadt Warschau zwecks Teilnahme an den Reichstagen einmal abgesehen, und der an seine Scholle gebundene polnische Bauer war ohnehin nicht mobil. Dies änderte sich erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts unter dem Einfluß der Romantik. Wie in anderen Ländern Europas verbreitete sich auch unter den polnischen Eliten die Mode der Bildungsreisen. Unter dem Einfluß der romantischen Volkstumstheorie stand auf solchen Reisen vielfach die Suche nach der Originalität, der Unverwechselbarkeit und Einzigartigkeit eines jeden Landes und nach dem Charakter und der historischen Mission des dort siedelnden Volkes im Mittelpunkt.

Diese romantische *grand tour* wurde so häufig zur nationalen Erlebnisreise durch das eigene Vaterland.[137] Wie in Deutschland, dessen staatsrechtliche Fragmentierung auf dem Wiener Kongreß 1815 festgeschrieben worden war, hatten solche Reisen auch im geteilten Polen eine eminent politische Funktion, da sie halfen, das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der fortbestehenden ethnischen und kulturellen Einheit der einzelnen polnischen Landesteile zumindest unter den gebildeten Schichten wachzuhalten.[138] Entsprechend waren Westpreußen und das Großherzogtum Posen häufig das Ziel von Reisen polnischer Literaten und Publizisten aus den anderen Teilgebieten und Gegenstand der von ihnen verfaßten Reiseberichte und -tagebücher. Gerade das in diesem Zusammenhang kultivierte Interesse an dem einfachen Volk, seiner Sprache, seinen Sitten und Gebräuchen, lenkte ihren Blick auch auf Gebiete, die dem polnischen Staat schon lange vor 1772 verlorengegangen waren, wobei Schlesien im Mittelpunkt stand. So konnte Tomasz Ujazdowski 1830 mit Blick auf die vermeintlichen Gemeinsamkeiten mit den „polnischen Brüdern“ in Schlesien in Tracht, Sprache, Gewohnheiten, Brauchtum, Vaterlands- und Freiheitsliebe in einem in der *Gazeta Polska* [Polnische Zeitung] veröffentlichten Reisebericht die Losung verkünden: „Ihre Frage [die der Schlesier, Anm. d. Verf.] ist mit der unseren untrennbar verbunden!“[139]

Damit verband sich zugleich eine historische Spurensuche und auch eine tiefe Wehmut über den Verlust Schlesiens schon im Mittelalter und die Germanisierung seiner westlichen und nördlichen Teile. Schon 1804 hatte Stanisław Staszic auf die Vergangenheit Breslaus als Sitz polnischer Fürsten hingewiesen und den „gewaltigen Verlust“ betrauert, der dem polnischen Volk durch den Abfall Schlesiens entstanden sei.[140] Ungeachtet seiner im 18. und 19. Jahrhundert fast rein deutschen Bevölkerung

[137] KAMIONKA-STRASZAKOWA, S. 12, 22.
[138] Ebenda, S. 15f., 32; vgl. Polskie podróże po Śląsku, S. 5.
[139] Abgedruckt in: Polskie podróże po Śląsku, S. 159-161, hier S. 159; vgl. Górny Śląsk i Zagłębie, S. 8 (Einleitung v. Henryk Zieliński).
[140] Abgedruckt in: Polskie podróże po Śląsku, S. 74.

spielt Breslau als politisches und kulturelles Zentrum Schlesiens auch in anderen Berichten dieser Zeit eine wichtige Rolle.[141]

Der wohl bekannteste Schlesienbericht stammt aus der Feder des Historikers, Dichters und Publizisten Julian Ursyn Niemcewicz (1758-1841).[142] Die Reportage über seine „Reise nach Schlesien und Großpolen im Jahre 1821“ beginnt mit der Bemerkung, daß man die polnisch-schlesische Grenze als solche gar nicht wahrnehmen würde, müßte man an ihr nicht seinen Paß vorzeigen. Hier wie dort zeigten nämlich die gemeinsame Sprache und die Spuren der gemeinsamen piastischen Vergangenheit, daß „Polen und Schlesien von einem einzigen Volk bewohnt werden und ein gemeinsames Land waren“.[143] Nicht die Szlachta, so Niemcewicz weiter, sondern das einfache Volk habe die polnische Sprache über Jahrhunderte an seine Nachkommen weitergegeben und die alten polnischen Lieder bewahrt.[144] In dieser tiefen Bewunderung für die kulturelle Bodenständigkeit der bäuerlichen Landbevölkerung bei gleichzeitiger Verachtung für den widerstandslos germanisierten schlesischen Adel deutete sich ein Denkmuster an, das auch in anderen Berichten dieser Zeit bereits anklang[145] und später von den Propagandisten des Westgedankens in verschiedenen Variationen immer wieder aufgegriffen wurde. Entsprechend wies auch Niemcewicz den schlesi-

---

141 So beschwört beispielsweise die Fürstin Izabela Czartoryska in ihrem während einer Schlesienreise 1816 entstandenen Reisetagebuch die piastische Vergangenheit der Stadt und erinnert sich unter anderem, in der Breslauer Heiligkreuzkirche ihr von zu Hause bekannte, auf polnisch gesungene Volkslieder vernommen zu haben: „Es schien mir, als wäre ich daheim in Puławy“ (CZARTORYSKA, S. 48f.). Auch andere schlesische Städte werden unter Verweis auf ihre polnische Vergangenheit geschildert. – Vgl. hierzu die Berichte von Tadeusz Wasilewski 1820 (über Oppeln) oder von Roman Zmorski 1844/45 (über Brieg). Jan Wincenty Mazurkiewicz schließlich weist in seinem 1831 verfaßten Reisebericht darauf hin, daß viele schlesische Städte über die Jahrhunderte ihre polnischen Namen behalten hätten, die heute oft einfach nur deutsch ausgesprochen würden (die erwähnten Berichte finden sich abgedruckt in: Polskie podróże po Śląsku, S. 112, 169, 209).

142 PSB, Bd. 12, S. 771ff. – Niemcewicz' wohl bekanntestes Werk sind die in den 1820er Jahren entstandenen „Geschichtlichen Gesänge“ der Polen *(Śpiewy Historyczne)*. Zu Niemcewicz' Wirken als Historiker siehe GRABSKI, Myśl historyczna, S. 388ff.

143 NIEMCEWICZ, Podróż, S. 46.

144 Ebenda, S. 47.

145 So hält es Tadeusz Wasilewski für bewundernswert, wie die Schlesier trotz der Jahrhunderte der staatlichen Trennung von Polen, trotz der „Überschwemmung“ mit Tausenden von deutschen Siedlern und der „Fremdherrschaft“ ihr polnisches Gesicht und die polnische Sprache bewahrt hätten. Bei Franciszek Anielewski verbindet sich diese Haltung mit der optimistischen Prognose, die Schlesier würden niemals Deutsche werden, sondern Teil des ganzen polnischen Volkes bleiben (abgedruckt in: Polskie podróże po Śląsku, S. 113, 190f.). – Jakub Gordon (eigentlich Maksymilian Jatowt) sieht Schlesien in seinem anläßlich einer Breslau-Reise verfaßten Bericht hingegen zu einer „deutschen Kolonie“ herabgewürdigt und beklagt, daß die „treuherzigen Schlesier aufgrund der Intrigen ihrer Fürsten und der deutschen Schöntuerei beinahe genauso verschwunden sind wie die Liutizen, die Obotriten oder die Elbslaven“ (abgedruckt bei KAMIONKA-STRASZAKOWA, S. 239f.).

schen Fürsten die Schuld am Verlust Schlesiens zu, da sie leichtgläubig und Schritt für Schritt den Deutschen „in die Falle getappt" seien.[146]

Neben ethnographischen und historischen Aspekten waren – wie im geistigen Umfeld der europäischen Romantik nicht anders zu erwarten – die Landschaft Schlesiens, ihre topographischen Besonderheiten und auch ihre spezifische Schönheit Gegenstand von entsprechenden Reisebeschreibungen. Eine ausführliche Landeskunde Schlesiens präsentierte der polnische Dichter, Sprachwissenschaftler und Geograph Wincenty Pol (1807-1872)[147] 1848 in seinen „Ausflugsbriefen", ging darin aber auch auf sprachliche Probleme ein. So überwiege im Gegensatz zu den ländlichen Gebieten in den größeren Städten die deutsche Sprache, wobei die Bevölkerung aber größtenteils auch des Polnischen mächtig sei. Im Detail verhalte sich die polnische Sprache dort zur deutschen „wie das Haus zur Straße": Während die häuslichen Angelegenheiten ganz selbstverständlich auf polnisch abgewickelt würden, werde außerhalb der Privatsphäre deutsch gesprochen.[148] Insgesamt konstatiert Pol ein Überleben des Polnischen als Haus- und Kirchensprache, beklagt aber zugleich die fehlende Kenntnis der polnischen Literatur in Schlesien.[149]

Die Außenwirkung der geschilderten Reiseberichte blieb freilich gering, da sie oft erst später, teilweise gar nicht mehr zu Lebzeiten ihrer Autoren veröffentlicht und damit einer breiten zeitgenössischen Öffentlichkeit nicht zugänglich wurden. Eine wichtigere Rolle spielten in diesem Zusammenhang wissenschaftliche Texte, die das Ziel verfolgten, den ethnographisch polnischen Charakter der „vergessenen" Gebiete zu unterstreichen und die gewonnenen Erkenntnisse unter den gebildeten Schichten zu verbreiten. Eine Pionierfunktion bei der Hebung des Wissensstandes über die „polnische Diaspora" in Schlesien und damit langfristig auch ein großer Einfluß auf den Prozeß der „nationalen Wiedergeburt" der polnischen Schlesier wird in der polnischen Forschung den 1821 von dem Sprachwissenschaftler und Historiker Jerzy Samuel Bandtkie (1768-1835) veröffentlichten „Erkenntnissen über die polnische Sprache in Schlesien und über die polnischen Schlesier" zugebilligt.[150] Bandtkie stammte

---

146 NIEMCEWICZ, Podróż, S. 58.

147 PSB, Bd. 27, S. 255ff.

148 Listy z wycieczki, in Auszügen abgedruckt bei KAMIONKA-STRASZAKOWA, S. 324-330, hier S. 328f. – Die Schlesienreise, während der Pol seine Eindrücke gewann, fand 1847 statt. Bereits 1831/32 hatte sich Pol auch im Ermland, dem die Familie seines Vaters entstammte, aufgehalten und bei dieser Gelegenheit zudem den nordöstlichen Teil Masurens gestreift. In den wenigen über diesen Aufenthalt vorliegenden Aufzeichnungen Pols weist dieser u.a. auf die masowische Herkunft der dortigen Polen und ihres Dialekts hin. – Siehe hierzu JASIŃSKI, Z pobytu, S. 45f.

149 Ebenda, S. 329f. – Auch in anderen Texten wird dieser Mangel und damit die fehlende Möglichkeit beklagt, die polnischen Schlesier zumindest geistig an ihr „Mutterland" anzubinden. – Vgl. hierzu die Ausführungen von Władysław Wężyk (1847), in Auszügen abgedruckt in: Górny Śląsk i Zagłębie, S. 81-84, insb. S. 82.

150 BANDTKIE, Wiadomości, S. 6f., 14 (Vorwort v. Bolesław Olszewicz u. Witold Taszycki); vgl. BARYCZ, J.S. Bandtkie, S. 43; GONDECKA, S. 106ff.; vgl. auch BANDTKIE, Krótkie wyobrażenie, S. 96. – Bereits hier bezieht der Verfasser bei einer Aufzählung der einzelnen

aus Lublin, hatte zwischen 1778 und 1811 aber insgesamt 20 Jahre in Schlesien, vor allem in Breslau, verbracht und verfügte als Rektor der ehrwürdigen Krakauer Jagiellonenuniversität über beträchtlichen wissenschaftlichen Einfluß.[151] Hauptanliegen seiner Schrift, die sich tatsächlich als erste eingehend mit der Geschichte, Sprache und gesellschaftlich-sozialen Situation der polnischsprachigen Schlesier beschäftigte, war die Beweisführung, daß der oberschlesische Dialekt die von deutscher Seite meist abwertend gemeinte Bezeichnung als „wasserpolnisch“ oder „plattpolnisch“ nicht verdiene. Tatsächlich sei das Oberschlesische vom Hochpolnischen nicht weiter entfernt als etwa die in Großpolen, Litauen oder Weißrußland gesprochenen polnischen Dialekte und gehöre damit eindeutig zur polnischen Sprachfamilie.[152] Als deutsch-polnische Sprachgrenze in Schlesien beschrieb Bandtkie die Grenze zwischen den alten Fürstentümern Oppeln (polnischsprachig) und Neiße (deutschsprachig) und nordwestlich davon die Flüsse Oder und Weide, rechnete also auch einen beträchtlichen Teil Niederschlesiens dem polnischen Sprachgebiet zu.[153] Darüber hinaus galt sein Interesse den schlesischen Volksbräuchen und Trachten, die eindeutig auf die kulturelle Verbundenheit Schlesiens mit dem übrigen Polen hinwiesen, sowie den elenden sozialen Lebensbedingungen der polnischen Kleinbauern und Bergarbeiter, die seiner Auffassung nach von einer landfremden deutschen Beamtenschaft systematisch ihrer kulturellen Eigenarten beraubt wurden.[154]

Auch Ostpreußen und insbesondere seine polnisch besiedelten südlichen Landesteile fanden in der polnischen landeskundlichen und Reiseliteratur der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Beachtung – wenn auch nicht so vielfältig wie Schlesien –, wobei sich wiederum landeskundliche, ethnographische und historische Motive mischten. Eine erste detaillierte Landeskunde der einzelnen preußischen Landesteile, die auch geschichtliche Entwicklungen, insbesondere die planmäßige Germanisierung des Preußenlandes, mit berücksichtigte, legte der Historiker und Philosoph Dominik Szulc (1797-1860) im Jahre 1846 mit seinem Werk „Über die Bedeutung des alten Preußen“ vor. Im Vorwort beschrieb der Autor das „Bernsteinland“ (*Ziemia Bursztynowa*, gemeint Ostpreußen) als Teil eines großen „unbekannten Gemäldes“, obwohl es doch viele Jahrhunderte hindurch mit den benachbarten lechitischen Volksstämmen „durch Sprache, Geist, Gesellschaftsform, Gerichtswesen und Sittenkodex“ eng verbunden gewesen sei.[155] Darüber hinaus galt Szulc’ Interesse auch der slavi-

---

polnischen Stämme *(ludy)* die Schlesier, die Masuren und die „Pommern“ (gemeint wohl: die Kaschuben) mit ein.

151 PSB, Bd. 1, S. 260ff. – Bandtkie war selbst deutscher Abstammung („Bandtke“), verwendete für seinen Nachnamen aber bewußt die polnische Schreibweise.

152 BANDTKIE, Wiadomości, S. 33; vgl. BARYCZ, J.S. Bandtkie S. 45f.

153 BANDTKIE, Wiadomości, S. 21f.

154 Ebenda, S. 49.

155 SZULC, O znaczeniu (Vorwort ohne Seitenzählung); vgl. hierzu WRZESIŃSKI, Prusy Wschodnie, S. 16. – Als „Lechitisch“ bezeichnet man in der Slavistik die Sprachen des nördlichen Zweiges der westslavischen Sprachfamilie, in denen sich der urslavische Nasallaut erhalten hat. Heute zählen zu den lechitischen Sprachen nur noch das Polnische und das Kaschubische mit seinen Unterdialekten (z.B. Slovinzisch).

schen Vergangenheit Pommerns, Mecklenburgs, des hannoverschen Wendlandes und Holsteins. Seine in diesem Zusammenhang vorgetragene und heute als widerlegt zu betrachtende These von der Autochthonie der polnischen, pomoranischen und polabischen Stämme[156] und ihrer späteren „Ausrottung" durch die Deutschen hat in der polnischen Geschichtsschreibung lange nachgewirkt und ist auf politischer Ebene wiederholt zur Rechtfertigung von Gebietsansprüchen herangezogen worden, die über die polnischen Siedlungsgebiete des 19. Jahrhunderts noch hinausgingen (s.u. Kap. 6.1.1.).

Was die Reiseliteratur anbelangt, hatte Niemcewicz bereits 1817, also vier Jahre vor seiner großen Schlesientour, West- und Ostpreußen bereist und seine Beobachtungen gleichfalls schriftlich niedergelegt. Bezüglich Masurens beschränkte er sich hierbei weitgehend auf die Feststellung, daß südlich von Rastenburg bis hin zur preußisch-polnischen Grenze von der Bevölkerung der Dörfer und Kleinstädte nahezu ausschließlich polnisch gesprochen werde, und beschäftigte sich ansonsten mit dem Wirken polnischer protestantischer Geistlicher dort.[157] In Gegensatz dazu stellte er das katholische Ermland, das trotz seiner wichtigen Rolle in der polnischen Vergangenheit – Niemcewicz erwähnte in diesem Zusammenhang den 1551 in das exemte Bistum Ermland berufenen und 1561 zum Kardinal erhobenen Stanisław Hosius (poln. Hozjusz)[158] – seines polnischen Charakters mehr und mehr verlustig gehe. So sprächen in Frauenburg, der Wirkungsstätte des Astronomen und Beraters des ermländischen Bischofs, Nicolaus Copernicus (poln. Mikołaj Kopernik), heute nicht einmal mehr die katholischen Geistlichen polnisch.[159] Den eigentlichen Schwerpunkt seines Reiseberichts aber bildete die Stadt Danzig. In der von Niemcewicz vorgenommenen Gegenüberstellung der leuchtenden Vergangenheit der Ostseemetropole bzw. des Wohlergehens ihrer überwiegend deutschsprachigen Bewohner unter polnischer Herrschaft und einer vermeintlich tristen und kulturlosen Gegenwart deutet sich ein Motiv an, das später wiederholt zur Begründung polnischer Ansprüche auf das ethnisch eindeutig nichtpolnische Danzig herangezogen wurde.[160] Eingebettet finden

---

[156] SZULC, O Pomorzu, S. 51. – In seiner Schrift beschreibt Szulc das mittelalterliche Siedlungsgebiet der slavischen Stämme im Nordwesten als bis an Elbe und Eider heranreichend (S. 21f.) und versucht, gestützt auf mittelalterliche Quellen, den Nachweis zu führen, daß die Pomoranen und die Polen praktisch dieselbe Sprache gesprochen, denselben Rechtsvorstellungen angehangen und somit ursprünglich ein gemeinsames „polnisch-pomoranisches" Volk in der Mitte Europas gebildet hätten (S. 5, 8f.).

[157] NIEMCEWICZ, Podróże historyczne, S. 271ff.

[158] Kardinal Hosius (1504-1579) gilt als die Seele der katholischen Gegenreformation in Polen. In seinen vielfältigen Schriften setzte er sich mit den Ursachen für den Erfolg der Reformation auseinander, festigte die Beziehungen Polens zur Kurie und nötigte den unentschlossenen König Zygmunt August zu härterem Durchgreifen gegen die polnischen Protestanten.

[159] NIEMCEWICZ, Podróże historyczne, S. 262ff.

[160] Ebenda, S. 247ff. – Niemcewicz beruft sich hierbei unter anderem auf die freiwillige Unterwerfung der Danziger Bürgerschaft unter die polnische Krone im Jahre 1454 und die anschließend durch den polnischen König gewährte großzügige Privilegierung, die den Danzigern später auch die freie Konfessionswahl ermöglicht habe. Noch vor 20 Jahren hätten

sich Niemcewicz' ost- und westpreußische Reflexionen bereits in ein stark negativ mythologisiertes Bild des Deutschen Ordens[161], das sich in seinen Ursprüngen bis auf die kriegerischen Auseinandersetzungen des 14. und 15. Jahrhunderts zurückführen läßt und im Laufe des 19. Jahrhunderts immer stärker mit der gegenwärtigen Konfliktlage zwischen Deutschen und Polen vermengt wurde, worauf noch ausführlich einzugehen sein wird.

Einen weiteren umfangreichen Bericht verfaßte August Maksymilian Grabowski über seine „Reise nach Preußen" im Jahre 1844, die ihn unter anderem von den masurischen Städtchen Neidenburg, Hohenstein und Osterode über die ostpreußische Hauptstadt Königsberg bis nach Elbing, Danzig und Neustadt in der Kaschubei führte.[162] Seine Ausführungen begannen mit der Frage, warum das Schicksal des Preußenlandes in der polnischen Öffentlichkeit so sträflich vernachlässigt würde, wo es doch so nahe an der Hauptstadt Warschau liege. Die Schuld daran, daß die Bewohner Ost- und Westpreußens überwiegend polnisch sprächen, zugleich aber für die Deutschen arbeiten und das Vordringen des „Germanismus" im eigenen Land erdulden müßten, wies Grabowski den polnischen Königen des 16., 17. und 18. Jahrhunderts zu, die es im Gegensatz zu ihren Vorgängern versäumt hätten, ihre „Waffen im Westen scharf" zu halten.[163] Anhand der Alltagssprache sowie der in Masuren verbreiteten Familien- und Ortsnamen in ihrer ursprünglichen, d.h. nicht eingedeutschten oder auch latinisierten Form versuchte er, den polnischen Charakter dieses Landes in Vergangenheit und Gegenwart nachzuweisen[164], und setzte sich gegen die von deutscher Seite mitunter geäußerte Ansicht zur Wehr, der Masure müsse sich vollständig germanisieren, um ein vollwertiger Mensch zu werden. Diese Torheiten seien lediglich das „Echo" jener polnischen Könige und Fürsten, die den Deutschen diese „masowischen Lande" und damit die Ostsee, „unser ureigenes Meer", freiwillig überlassen hätten.[165] Dem von ihm so empfundenen seelen- und gottlosen Materialismus der Deutschen stellte Grabowski die tiefe Frömmigkeit des einfachen polnischen Volkes entgegen, lobte an der dortigen Bevölkerung aber zugleich ihren Fleiß und den allgemeinen Reichtum

alle Danziger in Erinnerung an diese glückliche Vergangenheit polnisch verstanden. Heute hingegen sei Danzig von der alten Pracht weit entfernt, da die neuen Herren aus der einstigen Kunst- und Wissenschaftsmetropole eine einzige preußische Kaserne gemacht hätten. Zur Illustrierung dieser Aussage erwähnt Niemcewicz ein altehrwürdiges Danziger Gymnasium, das heute in ein Militärspital umgewandelt sei.

161 Zu Niemcewicz' Auslassungen in diesem Zusammenhang gehört der Vorwurf, die Ordensritter seien mit den heidnischen Prußen bereits genauso umgesprungen wie später Cortez und Pizarro mit den Ureinwohnern Mexikos (Podróże historyczne, S. 246).

162 A.M. GRABOWSKI. – Grabowskis Bericht erschien erstmals 1859 in Paris. – Vgl. hierzu auch WRZESIŃSKI, Prusy Wschodnie, S. 15.

163 A.M. GRABOWSKI, S. 11f.

164 Ebenda, S. 13, 15, 21f. – In diesem Zusammenhang verweist Grabowski auf den polnischen Ursprung des Namens Mrongovius. So wie die Vorfahren dieses bekannten protestantischen Geistlichen (s.o. Kap. 2.4.) hätten viele Polen in der Vergangenheit lateinische Namensformen angenommen, um so wenigstens eine zwangsweise Germanisierung ihrer Nachnamen zu verhindern.

165 Ebenda, S. 14f.

des Landes, weshalb es „zweifellos der beste Teil unseres Vaterlandes“ sei.[166] Im letzten Abschnitt seines Berichts widmete er sich Danzig und der Situation in der Kaschubei, wobei ebenfalls bereits viele Motive und Argumentationsmuster auftauchen, die in der späteren Diskussion noch eine wichtige Rolle spielen sollten.[167]

Insgesamt betrachtet, blieb der Kreis von romantischen Intellektuellen, Publizisten und Wissenschaftlern, die sich auf diese Weise mit den „Westgebieten“ beschäftigten, in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aber noch recht überschaubar, eine Breitenwirkung entfalteten ihre Stellungnahmen in der polnischen Öffentlichkeit nicht. Mochte die Erforschung der Dialekte der Schlesier, Masuren und Kaschuben der polnischen Sprachwissenschaft und Volkskunde auch wichtige Anstöße liefern, so dominierte in der praktischen Politik – von einigen noch zu behandelnden Ausnahmen abgesehen – bis 1863 gleichwohl die Vision einer Wiedererrichtung Polens in den Grenzen von 1772.[168] Zugleich sind viele der genannten Texte von einem resignativen Grundton bestimmt. In der sicheren Erwartung, daß die Schlesier und Masuren bei einem weiteren Fortschreiten des Germanisierungsprozesses dem polnischen Volkstum wohl sowieso endgültig verlorengehen würden, hören sie sich eher wie Abgesänge auf die verlorenen Gebiete an, nicht wie politische Forderungskataloge.

Die damaligen territorialen Prioritäten werden auch in dem in der zweiten Hälfte der 30er Jahre von Wincenty Pol verfaßten und 1843 veröffentlichten „Lied über unser Land“ *(Pieśń o ziemi naszej)* deutlich, das in Polen rasch große Popularität erlangte. Das monumentale, aus 142 Strophen und insgesamt nahezu 1200 Zeilen bestehende Poem, in dem sämtliche Regionen des historischen Polen und die Eigenschaften und Leistungen ihrer Bewohner besungen werden, war das Ergebnis zahlreicher Reisen, die Pol außer nach Schlesien und Ostpreußen vor allem auch in die historischen Ostgebiete, nach Podolien, Wolhynien und Litauen geführt hatten.[169] Ungeachtet seines geschilderten Interesses an den „Westgebieten“ und den dort gesprochenen polnischen Dialekten widmete er dem „piastischen“ Territorium nur eine einzige Strophe, in der er das „alte Land des Piast“ an den Marschen der Oder lokalisierte, wo das Volk noch den „alten Ruhm“ in sich trage.[170] Daß dieses „Lied über unser Land“ spä-

---

166 Ebenda, S. 24f., 26, 35.

167 Ebenda, S. 29ff. – Dieser Abschnitt wird eingeleitet mit der bitteren Bemerkung, mit dem Verlust der Ostseeküste habe Polen erst seine politische Bedeutung und schließlich auch seine Existenz verloren. So sei die ehemalige polnische Fernhandelsmetropole Danzig schon lange fast ausschließlich von Deutschen bewohnt, die dort aber „zu unseren Lasten sitzen und unser Brot essen“ (S. 33). Seine Ausführungen über die Kaschuben, „unsere Brüder, die eine gute polnische Sprache sprechen“, gipfeln in dem pathetischen Aufruf: „O Kaschuben! O geliebte Bewohner Pommerns, Zeugen unseres Wehklagens, die ihr selber stöhnet und unglücklich seid! (...) Wenn heute ein pomoranischer Fürst aus seinem Grab auferstünde, so würde er die Sprache eines großen Teils der Bewohner seiner alten Gebiete nicht verstehen. Das ist die Schuld aller Polen (...). Aber verzweifelt nicht, bewahrt kühles Blut! Wir sind auf Euch aufmerksam geworden, wir haben mit Euch polnisch, slavisch gesprochen, also verzweifelt nicht!“ (S. 33f.).

168 KULAK, Polska myśl zachodnia, S. 29.

169 POL, S. 3ff. (Vorwort v. Roman Zawiliński).

170 Ebenda, Zeile 738-744:

ter von anderen Autoren verschiedentlich umgeschrieben und in diesen Neufassungen die „Westgebiete" sehr viel stärker berücksichtigt wurden (s.u. Kap. 6.5.), ist eine augenfällige Begleiterscheinung der territorialen Neuorientierung, die sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in großen Teilen der polnischen Öffentlichkeit vollzog.

3.3. Die „Westgebiete" im Kontext früher geopolitischer Erwägungen

Der Aufstand von 1830/31 und sein endgültiges militärisches Scheitern im September 1831 hatten der kurzen Phase einer prorussischen Orientierung im Königreich und den damit verbundenen Hoffnungen ein jähes Ende gesetzt. Diese Hoffnungen hatten sich auf den anfangs relativ liberalen Kurs des Zaren Alexander I. gestützt. Ähnlich wie schon zuvor im Herzogtum Warschau hatten viele Intellektuelle in dem 1815 aus der Taufe gehobenen Königreich Polen nur den Nucleus eines künftigen polnischen Großstaates gesehen, der als gleichberechtigter Partner im brüderlichen „slavischen" Verbund mit Rußland zur Abrechnung mit den Teilungsmächten Preußen oder Österreich schreiten könnte.

Ein Vertreter dieser Denkrichtung und zugleich ein eigenwilliger Vorläufer späterer Propagandisten weitgehender Gebietsforderungen im Westen war der polnische Militär Ignacy Prądziński (1792-1850).[171] Den Ausgangspunkt seiner Überlegungen bildete die Erwartung, daß die 1814/15 in Wien ausgehandelte europäische Friedensordnung nicht lange Bestand haben und es daher in absehbarer Zeit zu einer kriegerischen Auseinandersetzung Rußlands mit Preußen oder Österreich oder gar mit beiden Mächten auf einmal kommen werde. Ergebnis eines solchen Krieges müsse die Vereinigung aller Polen unter der Krone Zar Alexanders und damit die Bildung eines „slavischen Kaiserreiches in natürlichen Grenzen" sein.[172] Bereits in zwei an die Adresse des russischen Zaren gerichteten Denkschriften von 1816 und 1821 hatte er die preußischen Befestigungslinien entlang der Oder in Schlesien und im Bereich des Weichselunterlaufs Richtung Ostseeküste gründlich analysiert und gefordert, einer möglichen preußischen Doppeloffensive von der Festung Thorn und von Schlesien aus durch eine schnelle Eroberung Ostpreußens zuvorzukommen und den Krieg so

„A od ruskich rzek wybrzeży
Aż po Tatrów pierś jałową,
Po dziedzinę Krakusową,
Tam po Odrę, po Zuławy,
Stara ziemia Piasta leży –
I lud gnieździ starej sławy,
A w pośrodku Wisła bieży!"

Der erwähnte, historisch jedoch nicht faßbare polnische Stammesfürst „Piast" ist der mythische Stammvater und Namensgeber der Piastendynastie.

171 PSB, Bd. 28, S. 399ff. – Seine militärische Karriere hatte Prądziński bereits während der napoleonischen Kriege begonnen.

172 Bloch, S. 118f.

auf preußisches Territorium zu tragen, während im Fall eines Krieges mit Österreich die Einnahme Galiziens das strategische Hauptziel sein müsse.[173]

In einer weiteren und sehr viel umfangreicheren Denkschrift von 1828[174] griff Prądziński diese Vorstellungen wieder auf und präzisierte sie weiter. Wiederum ausgehend von einer raschen Einnahme Ostpreußens mit Hilfe von der Memel aus vorrückender russischer Verbände, plante Prądziński ein weiteres Vorrücken sowohl entlang der Ostseeküste als auch in Richtung Schlesien, um so die preußische Hauptstadt Berlin letztlich von zwei Seiten aus einzukesseln und damit den endgültigen militärischen Sieg davonzutragen. Langfristig, so seine Schlußfolgerung, müßten sämtliche Teile Preußens an Ostsee und Oder „der Hauptgegenstand unserer strategischen Kombinationen und unserer Anstrengungen" sein[175], die „Besetzung des gesamten Landes zwischen Königreich Polen und Ostsee" sei mithin unabdingbar[176]. Über den Bereich ethnographisch begründbarer Ansprüche gingen diese ganz Ostpreußen und Hinterpommern einschließenden Eroberungspläne noch deutlich hinaus. Mit der Anlehnung an Rußland, der Hoffnung auf den Ausbruch eines internationalen Konflikts als Möglichkeit zur Schwächung oder gar Zerschlagung Preußens und der primär geostrategischen Begründung weitgehender Gebietsansprüche im Westen lag Prądziński schon verblüffend nah an den rund 80 Jahre später entwickelten Vorstellungen des Chefideologen der polnischen Nationaldemokratie Roman Dmowski.[177] Wie sehr Prądziński andererseits als Soldat und nicht als Politiker dachte, wird daran deutlich, daß er sich in seinen Denkschriften über den künftigen Status der eroberten preußischen Gebiete nach einem militärischen Sieg Rußlands und seines polnischen Bundesgenossen keinerlei Gedanken machte.

Der repressive Kurs des seit 1825 als Nachfolger Alexanders regierenden Zaren Nikolaus I. und der als Reaktion hierauf ausgebrochene „Novemberaufstand", an dem Prądziński als Generalquartiermeister der polnischen Streitkräfte selbst an militärisch führender Stelle teilnahm, führten entsprechende Pläne ohnehin ad absurdum. Unter

---

173 Ebenda, S. 123ff.; vgl. KASPAREK, Problematyka, S. 8f.

174 Dieses im Original auf französisch verfaßte Memorandum gliedert sich in vier Abschnitte, in denen Prądziński erstens einen möglichen Krieg gegen Österreich, zweitens einen solchen gegen Preußen, drittens einen möglichen Krieg gegen Österreich *und* Preußen gleichzeitig und viertens die in Vorbereitung auf diese möglichen Konfliktfälle vorzunehmenden Befestigungsmaßnahmen abhandelt. Auszüge aus dem zweiten Abschnitt finden sich im Anhang zu ASKENAZY, Rosya – Polska, S. 191-199; eine detaillierte Inhaltswiedergabe darüber hinaus bei BLOCH, S. 139ff.; vgl. Pamiętniki Generała Prądzińskiego, S. 126f.

175 Zit. in: BLOCH, S. 146.

176 ASKENAZY, Rosya – Polska, S. 198: „Il faut enfin, par une forte occupation de tout le pays entre le Royaume de Pologne et la mer Baltique, être sans inquiétude pour les derrières de notre grande armée (...)."

177 Man beachte in diesem Zusammenhang, daß Prądzińskis vierbändige Erinnerungen im Jahre 1909 erschienen, gerade ein Jahr nachdem Dmowski sein politisches Konzept in dem Werk „Niemcy, Rosja i kwestia polska" publiziert hatte. In verschiedenen von seiten der russischen Regierung kurz nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges veröffentlichten Denkschriften tauchen strategische und territoriale Erwägungen wieder auf, wie Prądziński sie schon zwischen 1815 und 1830 entwickelt hatte. – Vgl. hierzu BLOCH, S. 157.

dem Eindruck der polnischen Niederlage gegen die russische Teilungsmacht entwikkelte Prądziński seit den späten 30er Jahren ein völlig neues, inhaltlich dem alten genau entgegengesetztes Konzept, das er 1846 in der Schrift „Die Zukunft Polens“ *(Przyszłość Polski)* niederlegte. Diesem Konzept zufolge sollte die Zukunft Polens in Gestalt einer polnisch-preußischen Union einschließlich Schlesiens, Ostpreußens und Pommerns und auf der Grundlage eines polnisch-preußischen Kompromisses in der Religionsfrage sichergestellt werden. Zum einen, so Prądzińskis Kalkül, würde Polen durch eine solche Union all das wiedergewinnen, was ihm seit der Zeit der Piasten im Westen verlorengegangen sei und damit an die „Politik der Boleslawiden“ wiederanknüpfen können. Zugleich würde den Polen so die Pflege des polnischen Volkstums in Ostpreußen und Schlesien ermöglicht. Zum anderen läge eine solche Lösung aber auch im Interesse Preußens, das durch eine Union mit Polen langfristig vor einem völligen Aufgehen in Deutschland und einem Verlust seiner östlichen Provinzen an Rußland bewahrt würde.[178] Schon diese unrealistische Einschätzung der Interessenlage Preußens sorgte dafür, daß Prądzińskis Unionsmodell wie auch seine im Verlaufe der Revolution von 1848/49 an die neugegründete und vom Großherzogtum Posen aus agierende „Polnische Liga“ (s.u. Kap. 3.5.) übersandten Denkschriften[179] in der zeitgenössischen politischen Diskussion nur wenig Beachtung fanden.

3.4. Die „Westgebiete“ in der Publizistik der „Großen Emigration“

Im Gegensatz zu General Prądziński, der nach kurzem Zwangsaufenthalt in Rußland schon 1833 ins Königreich Polen zurückkehren konnte und sich 1843 dann in Krakau niederließ, flohen nach der Niederschlagung des Aufstands große Teile der beteiligten polnischen Eliten – insgesamt rund 9.000 Personen – ins westliche Ausland, allen voran nach Frankreich. Trotz der schon bald einsetzenden Restriktionen seitens der um die politische Stabilität besorgten französischen Behörden entwickelte sich Paris zum politischen Mittelpunkt dieser „großen Emigration“ und ihrer zahlreichen Debattierzirkel, in denen die Emigranten Konzepte zur Befreiung ihrer Heimat entwarfen. Die während des Novemberaufstandes nur mühsam überbrückten Gegensätze traten dabei rasch wieder zutage und lösten zum Teil an Selbstzerfleischung grenzende Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Lagern aus.

Das locker gefügte und nicht mit einer politischen Partei im modernen Sinne vergleichbare konservativ-monarchistische Lager sammelte sich um den Fürsten und

[178] BLOCH, S. 590ff.; vgl. KASPAREK, Problematyka, S. 16ff.

[179] Siehe hierzu BLOCH, S. 600f.; KASPAREK, Problematyka, S. 20ff. – In seiner Denkschrift vom 24. November 1848 forderte Prądziński die Liga auf, ihre Aktivitäten auch auf Schlesien, Pommern und Ostpreußen auszudehnen, um dort die „nationale Wiedergeburt“ des Polentums voranzutreiben und so dazu beizutragen, die polnischen Grenzen (im sprachlich-kulturellen Sinne) auch ohne Aussicht auf Hilfe von außen und mit friedlichen Mitteln auszudehnen. Aus dem Militär und Strategen Prądziński war damit gegen Ende seines Lebens ein Propagandist des Konzepts der „organischen Arbeit“ geworden.

ehemaligen Zarenberater Adam Jerzy Czartoryski (1770-1861) und den Grafen Władysław Zamoyski im Pariser „Hôtel Lambert“[180] und propagierte von dort aus nach außen hin zunächst nur die Wiederherstellung des in Personalunion mit Rußland verbundenen Königreichs Polen auf konstitutioneller Grundlage (die Verfassung von 1815 war nach der Niederschlagung des Aufstandes vom Zaren kassiert worden; seither galt auf dem Territorium des Königreichs das Kriegsrecht). Zugleich wurde sozialrevolutionären Bestrebungen eine entschiedene Absage erteilt.[181] An der Vision einer langfristigen Wiedererlangung der vollen Unabhängigkeit Polens wurde gleichwohl auch in konservativen Kreisen festgehalten. Dies um so mehr, als im politischen Denken der Pariser Konservativen das „Vaterland“ ohne die staatliche Unabhängigkeit auf Dauer nicht vorstellbar war.[182] Mit dieser Einschätzung und der Betonung, daß in der Vergangenheit der Aufschwung der Macht Polens immer Hand in Hand mit dem Aufschwung der königlichen Macht gegangen sei – man berief sich dabei ausdrücklich auf die Verfassung des 3. Mai als Instrument zur Stärkung des Monarchen zu Lasten des partikularistisch gesonnenen Adels –, unterschieden sich die Vertreter des „Hôtel Lambert“ noch deutlich von der pessimistischen Geschichtssicht der späteren Krakauer Konservativen, die den Erhalt der Nation auch ohne Eigenstaatlichkeit sicherzustellen trachteten (s.u. Kap. 4.2.). Anders als seine Rivalen auf der Linken sah Czartoryski seine Hauptaufgabe ohnehin nicht auf dem Gebiet der politisch-theoretischen Grundlagenarbeit, sondern der Diplomatie und nutzte hierbei seine hervorragenden Kontakte insbesondere zu englischen Regierungskreisen und zur Hohen Pforte. Ausgangspunkt seiner diplomatischen Aktivitäten war die Erwartung, daß es in naher Zukunft zu einer Aggression Rußlands gegen die Türkei und infolgedessen zu einem Krieg der europäischen Mächte gegen Rußland kommen werde. Als sich diese Hoffnung zerschlug und das Interesse der europäischen Regierungen an der polnischen Frage wieder abebbte, radikalisierten sich auch die Exilkonservativen und stellten seit Ende der 1830er Jahre die Forderung nach staatlicher Unabhängigkeit – wenn nötig auch auf dem Wege des bewaffneten Aufstandes – in das Zentrum ihrer Publizistik, gerieten dabei aber immer mehr in die politische Isolation. Höhepunkt dieser Entwicklung und des damit einhergehenden Realitätsverlusts war 1843 die Gründung einer „Monarchistischen Gesellschaft des 3. Mai“, die Czartoryski zum „König de facto“ proklamierte.[183]

---

180 Gemäß der im 19. Jahrhundert auch in Deutschland verbreiteten Gewohnheit, politische Zirkel nach den von ihnen genutzten Tagungslokalen zu benennen – man denke an die Benennung der verschiedenen im Frankfurter Paulskirchenparlament 1848/49 vertretenen Fraktionen, aus denen später fester gefügte politische Parteien hervorgingen – wurde „Hôtel Lambert“ zum inoffiziellen Namen der gesamten Czartoryski-Partei in der Emigration.

181 Allgemein hierzu Dzieje polskiej myśli politycznej, S. 125ff.; HAHN, Die Organisationen, S. 217ff.

182 KRÓL, S. 138, 144ff.

183 W. FELDMAN, Geschichte der politischen Ideen, S. 116; HOENSCH, S. 203; vgl. auch ŻALIŃSKI, Myśl polityczna, S. 97-114.

Was die territoriale Gestalt eines als Fernziel anvisierten künftigen unabhängigen Staates betrifft, dominierte in den Reihen des konservativen Emigrationslagers erwartungsgemäß der Restitutionsgedanke, also die Erwartung einer vollen Wiederherstellung der Vor-Teilungsgrenzen. Zugleich tauchten in verschiedenen diesem Lager zuzuordnenden Publikationsorganen darüber hinausgehende Territorialvorstellungen auf, die aber stets verschwommen blieben und auch zu keinem Zeitpunkt in die Form konkreter Gebietsforderungen an die Adresse der Teilungsmächte gegossen wurden. In diesem Zusammenhang wurde gelegentlich an die polnische Vergangenheit der Stadt Kiew erinnert[184] und damit die Ostgrenze ins Visier genommen, wie sie bis zu den militärischen Niederlagen gegen das Großfürstentum Moskau im 17. Jahrhundert Bestand hatte. Mit dem im Umfeld Czartoryskis gebrauchten Terminus *Polska starożytna* [Altertümliches Polen] wurde zugleich auf die schon lange vor den Teilungen verlorengegangenen Gebiete im Westen angespielt. So beschrieb Czartoryskis Sekretär Karol Sienkiewicz 1836 das gesamte Land „zwischen Schwarzem Meer und Ostsee, zwischen Düna und Dnjepr im Osten und zwischen Karpaten und Oder im Westen“ als das Territorium, „über das das polnische Volk einst seine Herrschaft erstreckte und auf dem es bis heute lebt“.[185] Ähnliche Vorstellungen entwickelte wenig später Ludwik Bystrzonowski (1797-1878) in einer der ersten Nummern des seit Dezember 1839 in Paris erscheinenden und als inoffizielles Organ des „Hôtel Lambert“ fungierenden Emigrantenblattes *Trzeci Maj* [Der Dritte Mai]. Dabei wies er auf die wichtige strategische Funktion „natürlicher Grenzen“ entlang von Flüssen oder Gebirgszügen hin. Im Falle Polens seien dies im Norden die Ostsee und weiter der Lauf der Düna bis zu ihren Quellen, im Osten der Lauf des Dnjepr bis zu seiner Mündung, im Süden das Schwarze Meer, der Lauf des Dnjestr und der Karpatenkamm bis hin zur Oderquelle, im Westen dann schließlich der Oderlauf – Grenzen, die die Polen im Falle eines erneuten, von Czartoryski geführten Aufstandes anstreben müßten.[186] In derselben Zeitung tauchte in den 40er Jahren noch verschiedene Male die Losung eines „Polen von der Oder bis zur Düna und von den Karpaten bis zur Ostsee und zum Schwarzen Meer“ auf – eine freilich während des gesamten 19. Jahrhunderts weit verbreitete Formel, die konkret wenig aussagt.[187] Neben historischen Reminiszenzen

---

184 KASPAREK, Prusy Wschodnie w orbicie zainteresowań, S. 108.

185 Zit. in: Ebenda, S. 106.

186 L. B[YSTRZONOWSKI]: *O naturalnych granicach Polski* [Über die natürlichen Grenzen Polens], in: „Trzeci Maj“ 1 (1839/40), 17.12.1839, S. 9. – Zu Bystrzonowski siehe PSB, Bd. 3, S. 174-176.

187 KASPAREK, Prusy Wschodnie w orbicie zainteresowań, S. 107. – Obwohl ein „Polen an Oder und Ostsee“ später auch zu den zentralen Parolen der Protagonisten des Westgedankens gehörte, kann man territorial darunter sehr Verschiedenes verstehen. Nach 1945 wurde damit der infolge der Westverschiebung Polens zustandegekommene neue Grenzverlauf entlang des Unterlaufs der Oder bis zu ihrer Mündung und entlang der Ostseeküste zwischen Oderhaff und Frischer Nehrung bezeichnet, ein Grenzverlauf also, wie ihn weder vor noch nach 1863 eines der wichtigen politischen Lager Polens ernsthaft intendiert hatte. Andererseits grenzte der polnische Staat entlang der Danziger Bucht schließlich noch bis 1772 an die Ostseeküste; zur Oder hatte Polen zwar schon seit dem 14. Jahrhundert keinen

und geostrategischen Erwägungen gab es auch aktuelle Gründe, die ein gewisses Interesse der konservativen Exilpublizistik an den „Westgebieten" begründeten. Eine besondere Rolle spielte in diesem Zusammenhang die Provinz Ostpreußen. Zum einen fand Pastor Gisevius' 1845 veröffentlichte Arbeit über „Die polnische Sprachfrage in Preußen" im „Hôtel Lambert" einige Beachtung, zum anderen galt das Interesse neben den Masuren und den katholischen Ermländern auch den im Norden Ostpreußens beheimateten Litauern, die entsprechend dem an historisch-etatistischen Kriterien orientierten Nationsbegriff der Konservativen natürlich auch in gewisser Hinsicht als „Polen" galten.[188] Insgesamt spielte die Frage der künftigen Westgrenze, ja die Grenzfrage überhaupt in den Strategien des konservativen Emigrationslagers eine eindeutig untergeordnete Rolle. Eine einheitliche Linie läßt sich aus den verschwommenen und teilweise widersprüchlichen Äußerungen zu dieser Thematik keinesfalls herauslesen, auch wenn die polnische Forschung mitunter geneigt ist, genau dies zu tun.[189]

Anders verhielt sich das in den Reihen des „demokratisch" – sprich: antimonarchistisch – gesonnenen linken Flügels der Emigration, der sich bereits im November 1831 mit dem Polnischen Nationalkomitee eine eigenständige Organisation geschaffen hatte[190], sich in der Folgezeit aber rasch in unterschiedlich radikale Fraktionen aufsplitterte. Geistiger Ziehvater der Linken war der Historiker und politische Denker Joachim Lelewel (1786-1861)[191], der nach seiner Ausweisung aus Frankreich 1833 von Brüssel aus zu wirken gezwungen war und mit seinen vergleichsweise gemäßigten Vorstellungen innerhalb des demokratischen Emigrationslagers zunehmend in die Isolation geriet.

Als Professor für Geschichte an der Universität Wilna hatte Lelewel neben vielfältigen anderen Forschungen eine eigenwillige Synthese der polnischen Geschichte entwickelt, die in ihrer Einteilung in verschiedene Perioden unterschiedlicher gesellschaftlicher Herrschaftsformen und der Betonung eines omnipräsenten gesellschaftlichen Antagonismus – in diesem Falle zwischen dem privilegierten Adel auf der einen und einer politisch und sozial unterdrückten Bauernschaft auf der anderen Seite – bereits entfernt an das materialistische Geschichtsbild von Marx und Engels erinnert. Am Anfang der polnischen Geschichte stand laut Lelewel die als demokratisch und klassenlos idealisierte, vermeintlich urslavische „Landgemeinde" *(gminowładztwo)*.

---

direkten Zugang mehr, reichte in seinen Vor-Teilungsgrenzen jedoch bis auf ca. 70 km an ihren Unterlauf heran.

188 Ebenda, S. 110ff., 117ff. – Auffällig hierbei ist, daß die Masuren, den Vorgaben Gisevius' entsprechend, häufig nicht der polnischen, sondern „nur" der „slavischen" Bevölkerung zugerechnet werden.

189 Ebenda, S. 108, 121. – Kasparek widerspricht sich in diesem Zusammenhang selbst, wenn er zum einen ausführt, das Czartoryski-Lager habe in den 40er Jahren im Sinne einer Fusion von historischer und ethnographischer Staatsidee den Anschluß Ostpreußens und die Westverlegung der polnischen Grenzen bis zur Oder verlangt, in seinem Schlußwort die diesbezüglich belegten Äußerungen aber selbst als „unklar" *(niejasno)* bezeichnet.

190 Siehe hierzu u.a. Postępowa publicystyka emigracyjna, S. XVI (Einleitung).

191 PSB, Bd. 17, S. 21ff.

Pate stand hierbei ein in der Tradition Herders stehendes und in der slavophil orientierten Richtung der polnischen Geschichtsschreibung gepflegtes Bild eines selbstgenügsamen, fried- und freiheitsliebenden Slaventums, das mit Vorliebe einem als aggressiv und gewalttätig geschilderten Germanen- bzw. Deutschtum gegenübergestellt wurde.[192] Die slavische Selbstverwaltung sah Lelewel abgelöst durch die unumschränkte Alleinherrschaft der ersten Piasten, schilderte diese gleichwohl noch durchweg positiv und sah sie im Einklang mit slavischen Traditionen. So habe der von ihm besonders hervorgehobene König Bolesław Chrobry den überkommenen Brauch einer demokratischen Beratung der öffentlichen Angelegenheiten in Vollversammlungen unangetastet gelassen, als Gesetzgeber und letzte Instanz aber zugleich stets weise und gerechte Urteile gefällt.[193] Zur Rechtfertigung dieses piastischen Absolutismus bemühte Lelewel das in der populären polnischen Geschichtsschreibung beliebte Motiv vom „Bauerngeschlecht“ *(ród kmiecy)*, das sich standesmäßig nicht vom einfachen Volk abgekoppelt, sondern vielmehr dessen politische Energien gebündelt habe.[194] Nach außen würdigte er Bolesławs territoriale Erwerbungen im Norden (Pommern), Westen (Lausitz, Mark Meißen) und Süden (Böhmen und Mähren) und bezeichnete das Polen dieser Epoche entsprechend auch als „das erobernde“.[195] Eine grundlegende und verhängnisvolle soziale Fehlentwicklung erkannte Lelewel erst in der Regierungszeit Bolesławs II. Śmiały („der Kühne“; 1058-1081), unter dessen Herrschaft und derjenigen seiner Nachfolger der Adel sich wachsende Privilegien wie beispielsweise die Befreiung von Steuern und Kriegsdienst verschafft und damit den königlichen Absolutismus mehr und mehr unterminiert habe, während zeitgleich der schrittweise Prozeß der politischen und sozialen Entrechtung der Bauernschaft seinen Anfang genommen habe.[196] Im Ergebnis sei aus der „Klasse“ des Adels eine

---

192 BRONOWSKI, S. 72, 82.

193 LELEWEL, Geschichte Polens, S. 32f.

194 So schildert es Lelewel noch 1860, also kurz vor seinem Tod, in einem Brief an Stanisław Rożański; abgedruckt bei LELEWEL, Listy emigracyjne, Nr. 1495, S. 246-249, hier S. 248. – Der Brief kreist um die Vorbereitungen einer Tausendjahrfeier des polnischen Staates (wobei der Beginn der Piastenherrschaft und damit der Staatlichkeit auf das Jahr 860, also in die historisch nicht konkret faßbare, mythische Vorgeschichte vorverlegt wird) in Kruschwitz oder Gnesen. Zur Teilnahme an dieser Feier sollten laut Lelewel auch die Schlesier „aus Teschen, Ratibor, Oppeln, aus Schweidnitz, Liegnitz, Breslau“ sowie die „ihr Blut liebenden“ Sorben (von Lelewel als *łużacy*, „Lausitzer“ bezeichnet), die Kaschuben und die Masuren aufgerufen werden (S. 246).

195 LELEWEL, Geschichte Polens, S. 22, 26, 40f.; ausführlich DERS., Polska wieków średnich, Bd. 2, S. 128ff.

196 LELEWEL, Geschichte Polens, S. 41, 46f.; vgl. DERS.: *Bolesława Szczodrego czyli Śmiałego upadek* [Der Sturz von Bolesław dem Freigebigen bzw. dem Kühnen], in: DERS., Wybór pism historycznych, S. 88-122, insb. S. 103ff., 108ff.; vgl. hierzu auch BRONOWSKI, S. 122f.; LABUDA, Początki państwa polskiego, S. 160. – Das polnische Wort *szlachcic* leitet Lelewel von der nördlichen westslavischen Stammesgruppe der „Lechiten“ (zurückgeführt auf einen sagenhaften Stammvater „Lech“) ab. Für die Bauern verwendet er anstelle des heute meist gebräuchlichen Wortes *chłop* zumeist das veraltete *kmieć*. – Vgl. JOACHIM LE-

abgeschottete und mächtige „Kaste“ geworden und der piastische Absolutismus damit von einer Oligarchie abgelöst worden. Die über deutsche Einflüsse erfolgte Übernahme „westlicher Ideen“, womit vor allem die der vermeintlich urdemokratischen slavisch-polnischen Tradition grundlegend zuwiderlaufende feudalistische Gesellschaftsordnung gemeint war, wurde von Lelewel genauso heftig kritisiert wie die Rolle des Klerus bzw. der Kirche überhaupt, die das Landvolk im Verlauf der Christianisierung noch frei vorgefunden, später bei seiner schrittweisen Versklavung jedoch mitgewirkt habe.[197]

Gleichwohl erkannte er auch in der Adelsherrschaft noch das Fortleben alter „demokratischer“ slavischer Selbstverwaltungstraditionen in der Form der „Landgemeinde der Szlachta“ *(gminowładztwo szlacheckie)*, wobei er diese Periode wiederum in eine Phase erneuter Blüte (*Polska kwitnąca*, bis 1607) und eine Phase des Niedergangs (*Polska upadająca*, 1607-1795) unterteilte.[198] Für die von Eigensucht und sozialem Egoismus geprägte Rolle der Szlachta in der Spätphase der Republik hatte Lelewel jedenfalls nur noch Verachtung übrig. Vor diesem Hintergrund verteidigte er trotz seiner republikanischen Ideale die Verfassung des 3. Mai genauso wie sein monarchistischer Konkurrent Czartoryski als Instrument zur Zurückdrängung des Interessenpartikularismus des Adels und Ausdruck eines energischen polnischen Souveränitätsanspruchs. Die dringend angemahnte Lösung der Bauernfrage sah Lelewel in der Konstitution zwar nicht verwirklicht, in Artikel IV aber immerhin präjudiziert.[199] Im Ergebnis läßt sich Lelewels Synthese der Geschichte Polens in folgender Periodisierung zusammenfassen: Auf die auf Demokratie und Selbstverwaltung des Volkes gegründete slavische Vorgeschichte *(gminowładztwo)* folgt zu Beginn der eigentlichen polnischen Geschichte der piastische Absolutismus *(samowładztwo)*, dann die Oligar-

---

LEWEL: *Uwagi nad dziejami Polski i ludu jej* [Bemerkungen zur Geschichte Polens und seiner Bevölkerung], in: DERS., Wybór pism historycznych, S. 123-222, hier S. 126ff.

197 LELEWEL, Geschichte Polens, S. 489.

198 BRONOWSKI, S. 126; vgl. LELEWEL, *Uwagi* (wie Anm. 196), S. 139ff. – Im Jahre 1607 kündigten große Teile des polnischen Adels König Zygmunt III. Wasa aus Protest gegen Pläne für eine Reichstagsreform, für ständige Steuern und ein Stehendes Heer, die als Bedrohung der eigenen Privilegien empfunden wurden, den Gehorsam auf. Die Aufständischen unterlagen zwar und mußten Abbitte leisten, wurden gleichwohl nicht bestraft. Die Durchsetzung eigener politischer Ziele durch die Bildung von „Konföderationen“, d.h. zur Not auch durch die Anwendung bürgerkriegsähnlicher Methoden, galt im polnischen Adel fortan als legitim.

199 Entsprechend lehnte Lelewel die Verfassungen von 1807 (Herzogtum Warschau) und 1815 (Königreich Polen) als „fremd“, d.h. von außen oktroyiert und der polnischen politischen Tradition widersprechend, ab. Seine Verteidigung der Maiverfassung brachte ihn zugleich in Gegensatz zu den radikaleren Gruppen auf der Linken, die sich ausdrücklich nicht auf spezifisch polnische Traditionen, sondern auf die radikalen Ideen der französischen Revolution beriefen und die Konstitution vor diesem Hintergrund als halbherzig und inkonsequent ablehnten – Vgl. hierzu JOACHIM LELEWEL: *Trzy konstytucje polskie* [Drei polnische Verfassungen], in: DERS., Dzieła, Bd. 8, S. 467-544.

chie *(możnowładztwo)* und schließlich die spezifisch polnische Form der Selbstverwaltung des Adels *(gminowładztwo szlacheckie)*.[200]

Aus seiner Sicht der Fehlentwicklungen der polnischen Geschichte leitete Lelewel die Forderung nach einer tiefgreifenden sozialen und politischen Emanzipation der Bauernschaft und ihrer Einbeziehung in den nationalen Befreiungskampf der Polen ab. Sein Interesse am Schicksal der einfachen polnischsprachigen Landbevölkerung wie auch seine eingehende Beschäftigung mit dem polnischen Staat des Mittelalters lenkte seinen Blick zwangsläufig auf die „Westgebiete", vor allem auf die Ursachen ihres Verlusts und die Möglichkeiten ihrer Wiedergewinnung.[201] Pläne mit Angaben darüber, wo genau eine künftige polnische Westgrenze verlaufen solle, hat Lelewel dabei zwar nie präsentiert, in seinen historischen Arbeiten jedoch stets den gesamten Herrschaftsbereich der frühen Piasten als das Ergebnis einer dynamischen und kraftvollen Politik gewürdigt. Zwar sei das Polen dieser Zeit kein monolithischer Staat gewesen, doch hätten sich „die Schlesier, die Krakauer Stämme und die Masuren nicht dagegen gesträubt, als Teile eines Polen genannten Staates zu gelten".[202] Der Unterlauf der Oder sei damals zugleich „die Mauer, die Polen von Deutschland trennt", gewesen.[203] Bei der Schilderung der anschließenden schrittweisen Zurückdrängung der Polen durch die Deutschen im Westen und Norden tauchten bereits zahlreiche Motive auf, wie sie sich auch später insbesondere in der populären und politisch entsprechend instrumentalisierbaren polnischen Geschichtsschreibung der Jahrhundertwende finden.[204] Die Dämonisierung des Deutschen Ordens gehörte hierzu ebenso wie die Kritik an der Territorialpolitik des Königs Kazimierz Wielki und seinem Verzicht auf Schlesien. Die Hauptschuld am Verlust der „Westgebiete" aber wies Lelewel dem Adel zu und befand sich dabei im Einklang mit seiner grundsätzlichen Kritik an der geschichtlichen Rolle der polnischen Aristokratie. So habe die Germanophilie vor allem der schlesischen Fürsten bei gleichzeitiger Verachtung des eigenen Volkes und seiner Gebräuche letztlich dem deutschen Einfluß und damit der Germanisierung Tür und Tor geöffnet.[205] Diese Kritik verband er mit der Hoffnung auf eine grundlegende Erneuerung Polens durch die Bauernschaft. „Die Nation verlor Schlesien und Preußen durch die Aristokratie. Wie kann sie diese Gebiete zurückge-

---

200 Entsprechend gliedert Lelewel auch seine „Polnische Geschichte bis zum Ende der Regierungszeit Stefan Bathorys", d.h. bis zum Jahre 1586 (LELEWEL, Dzieła, Bd. 6).

201 Allgemein hierzu CYGLER, Działalność, S. 98; vgl. detailliert ROSIN, S. 103-110; CYGLER, Joachim Lelewel, S. 81-94.

202 LELEWEL, Dzieła, Bd. 7, S. 314. – Mit den „Masuren" sind hier wohl die Masowier gemeint. Von einer slavischen Besiedlung des später „Masuren" genannten Gebietes kann zur Zeit der frühen Piasten jedenfalls noch keine Rede sein.

203 DERS., Polska wieków średnich, Bd. 2, S. 143.

204 Vgl. CYGLER, Joachim Lelewel, S. 83ff.; ROSIN, S. 105f.

205 LELEWEL, Geschichte Polens, S. 59, wirft den Großen der Aristokratie u.a. vor, sich widerstandslos germanisiert zu haben, „indem sie glaubten auf solche Weise sich von dem polnischen Volke zu unterscheiden und sich von denjenigen zu trennen, die sich als ihresgleichen betrachteten und ihrer Nationalität treu blieben".

winnen?“ fragt Lelewel in einem seiner Werke und antwortet: „Durch das einfache Volk *(lud)*, durch Landgemeinde *(gminowładztwo)* und Demokratie.“[206]

Was die politischen Zukunftsperspektiven der „Westgebiete“ angeht, gab Lelewel sich der etwas naiv anmutenden Hoffnung hin, die dortige Bevölkerung werde sich an einem künftigen polnischen Aufstand beteiligen und so ihren Wunsch nach Zugehörigkeit zur polnischen Nation bekunden. Diese Hoffnung stützte er auf die früheren engen wirtschaftlichen und politischen Verbindungen dieser Gebiete zu Polen. Noch aus der Zeit des Novemberaufstandes, so Lelewel in einem seiner Briefe, seien ihm viele preußische Bürger polnischen und deutschen Namens in Erinnerung, die den „Gedanken einer Vereinigung Preußens, Danzigs und Königsbergs mit Polen“ lebendig hielten.[207] Um diesen Gedanken zu stärken, plante er die Entsendung politischer Emissäre der polnischen Exilbewegung u.a. nach Westpreußen, Danzig und Königsberg, die dort die Haltung der einheimischen Bevölkerung sondieren und die Bildung konspirativer Geheimorganisationen initiieren sollten.[208] Und nach Ausbruch des großpolnischen Aufstandes 1848 setzte er seine Hoffnungen auf eine zumindest diplomatische Intervention Frankreichs, das in einem solchen Fall daran erinnert werden müsse, daß auch „Danzig und die Kaschubei (Westpreußen) polnisch sind“.[209]

Wie in den meisten politischen Zirkeln der Emigration war auch für Lelewel der oberste Feind Polens nicht Deutschland, sondern das als Inbegriff einer finsteren Despotie dämonisierte Rußland. Für die liberale Bewegung in Deutschland hegte er sogar ausgesprochene Sympathien und setzte noch zu Beginn der deutschen Revolution von 1848/49 große Hoffnungen auf ein gemeinsames Vorgehen von deutscher und polnischer Freiheitsbewegung, die sich beide die Einheit und Freiheit ihrer Vaterländer auf die Fahnen geschrieben hatten.[210] Sehr viel kritischer fiel Lelewels Beurteilung Preußens aus; zugleich schilderte er die wirtschaftlichen und kulturellen Lebensbedingungen der Polen unter preußischer Herrschaft jedoch als einigermaßen erträglich im Vergleich etwa zu Galizien.[211] In seiner Hoffnung auf den deutschen Liberalismus zeigt sich zugleich auch die Realitätsferne und Naivität seiner politischen Vorstellungen. Die Polenbegeisterung der deutschen Liberalen im Gefolge des Aufstandes von 1830/31 hatte für eine Weile überdeckt, daß die deutsche und die polnische Freiheitsbewegung mit ihrem jeweiligen Postulat eines geeinten Vaterlandes in möglichst weit gefaßten Grenzen in territorialen Fragen über kurz oder lang zwangsläufig aneinander geraten mußten. Noch ganz dem romantischen Befreiungsnationalismus seiner Generation verhaftet und insofern kein Vertreter eines allein an ethnischen Kriterien orientierten Nationsbildes, hing Lelewel der naiven Vorstellung an, daß auch deutsche

---

206 LELEWEL, Polska, Bd. 3, S. 5.
207 DERS., Listy emigracyjne, Bd. 1, Nr. 172 (an Józef Zaleski in Sèvres), S. 239-244, hier S. 241.
208 CYGLER, Joachim Lelewel, S. 88ff.
209 LELEWEL, Listy emigracyjne, Bd. 3, Nr. 938 (an Stanisław Worcell in Paris), S. 434-435, hier S. 435.
210 CYGLER, Joachim Lelewel, S. 87.
211 JOACHIM LELEWEL: *Polska odradzająca się* [Das sich erneuernde Polen], in: DERS., Dzieła, Bd. 8, S. 27-213, hier S. 41f.

Bewohner der preußischen Ostgebiete, insbesondere Ostpreußens, sich in Erinnerung an die vielfältigen Verbindungen, die es mit Polen zu gegenseitigem Nutzen in der Vergangenheit gegeben habe, einem polnischen Aufstand und damit in letzter Konsequenz auch einer neu erstandenen polnischen Republik begeistert anschließen könnten.[212] Die Niederschlagung des großpolnischen Aufstandes und der Sieg der Losung vom „nationalen Egoismus" im Verlauf der Polendebatten der deutschen Nationalversammlung 1848 (s.u. Kap. 3.5.) führte Lelewel die Aussichtslosigkeit solcher Pläne wohl plastisch vor Augen.

Die rasch einsetzende Zersplitterung des linken Emigrationslagers in moderate Republikaner, radikale Demokraten und schließlich auch extreme Sozialisten konnte Lelewel, selbst eher Denker als mitreißender Volkstribun, von seinem Brüsseler Exil aus nicht verhindern. Seine idealisierte Vorstellung einer urslavischen Volksherrschaft übte erheblichen Einfluß jedoch auch auf die übrigen Gruppen der Linken aus, die daraus oft noch weit radikalere, sozialrevolutionär motivierte Forderungen ableiteten als er selbst. Als größtes und wichtigstes Spaltprodukt des Polnischen Nationalkomitees entstand bereits 1832 die „Polnische Demokratische Gesellschaft" (*Towarzystwo Demokratyczne Polskie*, TDP), die sich in der sog. „Zentralisation" eine besonders straffe Organisationsstruktur zulegte. Sie existierte bis 1862, entfaltete ihre hauptsächliche Wirkungsmacht jedoch in den 30er und 40er Jahren.[213] Um die kämpferische Position gegen die Vorherrschaft des Adels zu unterstreichen, war bewußt der Titel „demokratisch" gewählt worden, das TDP damit die erste politische Organisation Europas, die diesen aus der politischen Begriffswelt der griechischen Antike entlehnten Ausdruck im Namen führte. Auch das TDP war schon bald nach seiner Gründung Schauplatz interner Flügelkämpfe, in deren Verlauf sich der Kurs des vergleichsweise moderaten Wiktor Heltman gegen seine radikaleren Widersacher Tadeusz Krępowiecki und Adam Gurowski durchsetzen konnte. Folge war 1835 ihrerseits die Abspaltung der linksradikalen, auf die völlige Abschaffung des Privateigentums am Boden zielenden „Gemeinden des polnischen Volkes" *(Gromady Ludu Polskiego)*.[214] Der unter anderem von Lelewel initiierte Versuch, mit der Schaffung einer „Vereinigung der polnischen Emigration" 1837 zu einer Wiedervereinigung des linken Emigrationslagers zu gelangen, blieb letztlich erfolglos.[215]

Wichtigste Programmschrift des TDP war das am 4. Dezember 1836 in Poitiers verkündete und um die Schlüsselbegriffe „Freiheit" *(wolność)*, „Gleichheit" *(równość)* und „Unabhängigkeit" *(niepodległość)* kreisende „Große Manifest" *(Wielki*

---

212 Vgl. hierzu LELEWEL, Listy emigracyjne, Bd. 1, Nr. 172, S. 241f. – Der Autor schiebt es nur dem „Unfug" *(swawoła)* des preußischen Adels zu, daß sich Ostpreußen nicht schon im 15. Jahrhundert fest an Polen angeschlossen habe, und stellt den Bewohnern Ostpreußens für die Zukunft einen Status unter polnischer Herrschaft in Aussicht, wie ihn einst schon Königlich Preußen in der Form eigener Rechte und Institutionen innegehabt habe.

213 Siehe hierzu u.a. W. FELDMAN, Geschichte der politischen Ideen, S. 103ff.; Dzieje polskiej myśli politycznej, S. 144ff.; BACZKO; KALEMBKA, Towarzystwo; BROCK, The Political Programme, S. 59-101; HAHN, Die Organisationen, S. 185f., 213ff.

214 Hierzu Dzieje polskiej myśli politycznej, S. 154ff.

215 Siehe CYGLER, Zjednoczenie; HAHN, Die Organisationen, S. 188f., 215ff.

Manifest).[216] Es war getragen von einem zu dieser Zeit unter den polnischen Eliten populären, stark messianisch ausgerichteten Nationalismus, demzufolge Polen eine wichtige Rolle bei der Befreiung ganz Europas von Unterdrückung und Despotie zu spielen hatte. Unter dem Leitsatz „Alles für das Volk, alles durch das Volk“ *(Wszystko dla ludu, wszystko przez lud)* propagierte es die Theorie des *lud-naród* – eine vor dem Hintergrund der überkommenen polnischen Nationsidee scheinbar paradoxe Begriffskombination, die für eine Neubewertung der Landbevölkerung als der eigentlichen Substanz der Nation stand und die polnische Nationsidee sozusagen vom Kopf auf die Füße stellen sollte.[217] Bei aller Feindseligkeit gegenüber dem Adel und Betonung der Notwendigkeit grundlegender sozialer Veränderungen hatte das Manifest aber rein proklamatorischen Charakter. Konkrete soziale Forderungen, etwa nach einer umfassenden Landreform, fanden keinen Eingang, was dem TDP scharfe Attacken von Seiten der sozialistischen Linken eintrug.

Was das anzustrebende Territorium eines künftigen unabhängigen polnischen Staates anbelangt, orientierte sich das TDP – und mit ihm das gesamte demokratische Lager von den „Lelewelisten“ bis hin zur extremen Linken – im Osten zumindest an den Grenzen von 1772, meist noch darüber hinausgehend an der Vision eines föderativ verfaßten „Polen von Meer zu Meer“.[218] Das Manifest wiederholte in diesem Zusammenhang die beliebte, freilich auch recht unkonkrete und interpretationsbedürftige Floskel eines Polen „von Oder und Karpaten bis zu Düna und Dnjepr, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer“, das seine souveräne Existenz „zum allgemeinen Glück“ sichern werde. Den Demokraten gemeinsam war die Überzeugung, die Unterschiede zwischen den einzelnen Volksgruppen dieses weit gefaßten Raumes seien lediglich folkloristischer Natur und damit auch Litauer, Weißrussen und Ukrainer Angehörige der einen, unteilbaren polnischen Nation.[219] Dieser Theorie zufolge

216 In Auszügen abgedruckt in: Wybór tekstów żródłowych, S. 544ff.

217 Vgl. grundlegend KALEMBKA, Pojęcie narodu, S. 153-173.

218 Siehe grundlegend hierzu GRÜNBERG, S. 14ff. – Das erste Kapitel des Buches behandelt die Föderationsmodelle des demokratischen Emigrationslagers vor 1864.

219 BROCK, Polish Nationalism, S. 322. – Besonders drastisch faßte der Publizist Józefat Bolesław Ostrowski diese Theorie 1835 in der Exilzeitung *Nowa Polska* [Neues Polen] in Worte: „Es gibt kein Litauen! Es gibt kein Ruthenien! Es gibt kein Masowien, Kleinpolen und Großpolen! (...) Es gibt nur ein Polen – es gibt nur seine universelle, nationale, historische, geistige, religiöse Einheit, die allmächtig über alle Kräfte herrscht“ (zit. in: KALEMBKA, Pojęcie narodu, S. 167). – Vgl. WOJCIECH DARASZ: *O głównych przyczynach bezskuteczności dotychczasowych powstań w Polsce* [Über die wichtigsten Gründe für die Wirkungslosigkeit der bisherigen Aufstände in Polen], in: „Pismo Towarzystwo Demokratycznego Polskiego“, T. 1, 1837-1839, H. 1-7, S. 48: „Unsere Nationalität erhält sich in jeder Hinsicht. Sowohl in den Bewohnern an der Oder als auch in denen an Weichsel und Düna ist der Gedanke der Verbindung in einem gesellschaftlichen Organismus lebendig; siebzig Jahre der Gewalt haben es nicht vermocht, unsere Nationalität zu zerstören.“ – Vgl. weiterhin den Artikel *Narodowość* [Nationalität], in: „Demokrata Polski“, Bd. 4, Nr. 5, 12.7.1841 (ohne Verfasserangabe): „Unsere Herzen schlugen stets gemeinsam mit den Herzen unsere Brüder am Dnjepr, an der Düna und am Fuße der Karpaten; mit unserem gemeinsamen Verständnis des einen und unteilbaren Vaterlandes sind wir die Kinder derer, die an Dnjepr

waren die ostslavischen Völker ebenso wie die Letten und die Litauer der alten Union freiwillig beigetreten und hatten von ihrer „ehemaligen“ Nationalität lediglich die nichtpolnische Sprache bewahrt.[220] Lelewel hatte dies in seinem 1836 verkündeten „Brüsseler Manifest“ (offiziell: „Manifest der sich in Belgien aufhaltenden Polen“, *Manifest Polaków znajdujących się w Belgii*) so formuliert:

> „Die Polen unterscheiden sich heute voneinander lediglich durch die beleidigenden Namen der Gouvernements, in denen sie leben – Galizien, das Königreich, Westpreußen, die abgetrennten Gebiete, die freie Stadt Krakau, das Herzogtum Posen. Nieder mit diesen den Raub rechtfertigenden Namen! Die nationale Ganzheit hängt von der Einheit und völligen Zusammengehörigkeit ab. Der Ukrainer, Kaschube, Ruthene, Groß- oder Kleinpole, Litauer, Podolier, Samogetier, Masure, Wolhynier und jeder andere Sohn des Landes der alten Republik ist Pole, und dieser eine Name symbolisiert unsere Ganzheit. Das polnische Volk erkennt als seine Grenzen und seine Ganzheit nichts anderes an als nur das, was jahrhundertelang die Existenz seiner Republik bedingte (...).“[221]

Dieser romantische Einheitsgedanke trieb mitunter skurrile Blüten, etwa wenn in der demokratischen Exilpresse unter willkürlicher Vermischung verschiedener historischer Epochen eine geschichtliche Verbundenheit aller Völker zwischen Elbe und Schwarzem Meer konstruiert wurde.[222] Solche weitgehenden Territorialvisionen wurden nicht nur historisch-moralisch, sondern mitunter auch politisch-strategisch begründet. So argumentierte der Militärexperte des TDP, Ludwik Mierosławski, in den 40er Jahren, nur ein Polen in den Vor-Teilungsgrenzen könne seine eigene Sicherheit gewährleisten und überdies seine internationalen Verpflichtungen in einem neuen, demokratisch verfaßten Europa erfüllen.[223] Daß auch in den Verlautbarungen des TDP und anderer linker Exilgruppen gelegentlich Masuren oder Teile Schlesiens als potentielle Bestandteile der angestrebten polnischen Föderation genannt werden[224], läßt eine gewisse Vermischung historischer und ethnographischer Argumentationsmuster erkennen; auch offenbart sich ein argumentativer Widerspruch, wie er in ähn-

---

und Saale eiserne Grenzpfosten einschlugen. Unsere Liebe zu Polen beschränkt sich weder auf eine bestimmte Kaste noch auf einzelne Personen; wir lieben auch das einfache Volk (...).“

220 BROCK, The Political Programme, S. 63.

221 *Manifest Polaków znajdujących w Belgii* [1836], abgedruckt in: Filizofia i myśl społeczna, S. 787-791, hier S. 788.

222 So meint NAPOLEON MEDYŃSKI: *Rewolucye w narodach zjednoczonych z Polską* [Revolutionen bei den mit Polen vereinten Völkern], in: „Pismo Towarzystwa Demokratycznego Polskiego“, T. 1, 1837-1839, H. 1-7, S. 76, die Klein- und Großpolen, die Schlesier, die übrigen lechitischen Völker und die alten Preußen, des weiteren die Liven, die Litauer und die Ruthenen hätten ursprünglich einem gemeinsamen Herrschaftsgebiet angehört: „Der gesamte Raum zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee, von der Elbe bis zum Dnjestr war zu einer Einheit verbunden und bildete einen mächtigen und freiheitlichen Staat.“

223 BROCK, The Political programme, S. 62.

224 Siehe hierzu KALEMBKA, Prasa demokratyczna, S. 174f.; vgl. „Pismo Towarzystwa Demokratycznego Polskiego“, T. 1, 1837-1839, H. 1-7, S. 82f. (Artikel ohne Überschrift u. Verfasserangabe).

licher Form im Territorialprogramm der späteren Nationaldemokratie und anderer politischer Gruppen ins Auge sticht. Während einerseits die Ukrainer und Weißrussen trotz ihrer nichtpolnischen Sprachen aufgrund des gemeinsamen historischen Schicksals zu Polen „erklärt“ wurden, wurde andererseits auch das Polentum von Volksgruppen betont, die zwar ihren polnischen Dialekt bewahrt, ansonsten aber schon seit Jahrhunderten außerhalb des polnischen Staates und des Einflusses der polnischen Kultur gelebt hatten. Das in diesem Zusammenhang zum Ausdruck kommende messianische Sendungsbewußtsein, wie es aus Lelewels Brüsseler Manifest ebenso spricht wie aus dem Manifest von Poitiers, postulierte ein moralisches Anrecht Polens auf all jene Gebiete, die es im Lauf seiner Geschichte aufgrund fremden Eroberungsdranges verloren hatte, während die jahrhundertelange polnische Herrschaft über ethnisch nichtpolnisches Land trotz Adelsprivilegien und Unterdrückung der Bauern als Epoche friedlicher zivilisatorischer Durchdringung und relativ großer Freiheit verklärt wurde. So betonte der Londoner Exilaktivist Zygmunt Miłkowski noch 1859, auf einem so großen Territorium wie dem polnischen sei es gar nicht möglich, daß das Volk eine einzige Sprache spreche. Mithin sei es auch kein Problem, „daß der Bauer an der Warthe den Bauern am Dnjepr nicht versteht“. Weder den Ruthenen noch den Litauern oder den Masuren müsse man die polnische Nationalität über den Katholizismus oder „mit Grammatik und Wörterbuch“ vermitteln. Es reiche, ihnen die „polnische Freiheit“ anzubieten, die es gemeinsam zu erkämpfen und zu verteidigen gelte.[225] Gleichwohl blieben die im TDP und den ihm nahestehenden Presseorganen diskutierten Gebietsvorstellungen im Westen undeutlich und widersprüchlich und spielten auch nicht die zentrale Rolle, die den Ostgebieten der alten Republik beigemessen wurde. Während beispielsweise Tadeusz Krępowiecki die anzustrebende künftige Westgrenze relativ moderat an Warthe und Ostsee verortete, wurde in einem Artikel des offiziellen Mitteilungsorgans des TDP eine Westausdehnung sogar bis zur Elbe (!) vorgeschlagen.[226]

Wie bei Lelewel waren solche Vorstellungen auch innerhalb des TDP eher von einer schwärmerischen Freiheitsromantik getragen denn von einer prinzipiellen Feindseligkeit gegenüber den Deutschen, auf die man als Bundesgenossen im erwarteten gesamteuropäischen Befreiungskampf hoffte.[227] Diesen Kampf versuchte das TDP bereits im Winter 1845/46 auch in das preußische Teilgebiet hineinzutragen. Die Aufstandsvorbereitungen konzentrierten sich zwar auf das Großherzogtum Posen, doch wurde mit Seweryn Elżanowski (1821-1874) auch ein oberster Agent für die Provinz Preußen ernannt. Das für den Aufstand vorgesehene Gebiet wurde von ihm in 10 Distrikte eingeteilt, wobei mit den Distrikten Ermland, Johannisburg und Lyck auch das südliche Ostpreußen einbezogen wurde. Mit der Verhaftung Elżanowskis Anfang Januar 1846 war das abenteuerliche Unternehmen allerdings bereits gescheitert, bevor es eigentlich begonnen hatte.[228]

---

225 Zit. in: KALEMBKA, Pojęcie narodu, S. 168.
226 ŻALIŃSKI, Kształt polityczny, S. 82.
227 Zum Deutschlandbild des TDP siehe BACZKO, S. 249f.
228 BÖHNING, S. 64ff.; vgl. SZOSTAKOWSKI, S. 95ff.

Nach dem Ende des „Völkerfrühlings“ 1848/49 ging die politische Bedeutung der „Großen Emigration“ und ihrer Organisationen deutlich zurück. Der fast gleichzeitige Tod der beiden Gegenspieler Joachim Lelewel und Adam Czartoryski im Jahre 1861 steht für das Ende dieser Ära. Aber auch weiterhin wurden in Exilkreisen gelegentlich die Grenzen eines künftigen polnischen Staatswesens diskutiert. So forderte der soeben erwähnte Seweryn Elżanowski 1866 in der in Paris erscheinenden polnischsprachigen Zeitung *Niepodległość* [Unabhängigkeit], daß nicht nur „die Polen des Großherzogtums (Posen) und Westpreußens, sondern auch Masurens und unsere in Oberschlesien lebenden Blutsverwandten aus dem deutschen Vaterland ausscheiden und als Polen anerkannt werden müssen, die ein Recht auf ein eigenständiges Volkstum haben“.[229]

3.5. Die Frage der „Westgebiete“ im Umfeld des „Völkerfrühlings“ 1848/49

Der Niederschlagung des Novemberaufstandes folgte im Königreich Polen ab 1831 unter der Ägide des neuen Statthalters Ivan F. Paskevič eine Periode der verschärften Repression, von den Polen bitter als die „Paskevič-Nacht“ bezeichnet. Während mit der Kassation der Verfassung von 1815 und der Verhängung des Kriegsrechts (bis 1856), später mit der Ersetzung des Wojewodschaftssystems durch das russische Gouvernementssystem (1837), der Einführung des russischen Münzwesens (1841) und der Übernahme des russischen Strafrechts (1847) der administrative Sonderstatus Kongreßpolens Schritt für Schritt beseitigt wurde, zielte die Schließung der Universitäten von Warschau und Wilna sowie der wichtigsten Gymnasien auf die Austrocknung auch des geistigen Lebens.[230]

Ideologisch eingerahmt wurden diese Maßnahmen von einem unter den geistigen Eliten Rußlands äußerst populären, großrussisch und antiwestlich gefärbten Panslavismus, der die „Befreiung“ und anschließende Vereinigung der slavischen Völker unter der Führung Rußlands und der Dominanz des orthodoxen Glaubens proklamierte – eine Perspektive, der in der Publizistik der „Großen Emigration“ scharf widersprochen wurde.[231] Eine Rückgabe auch nur von Teilen der ehemals polnischen Ostprovinzen wurde von den russischen Panslavisten natürlich kategorisch abgelehnt, stattdessen versuchten sie, die territorialen Begehrlichkeiten der Polen nach Westen, also gegen Preußen bzw. Deutschland umzulenken. So sprach sich der Historiker und Publizist Michail P. Pogodin (1800-1875) in seinen „Politischen Briefen“ im Blick auf die Gründung eines künftigen slavischen Staatenbundes langfristig für eine Aufgabe Kongreßpolens aus, da dieses „doch nur eine wunde Stelle am Leibe Rußlands“ sei. Eine Wiederherstellung Polens könne jedoch „nur innerhalb seiner Sprache“ geschehen. In diesem Sinne könnten die Polen Posen, Westgalizien und den Teil Schlesiens, „in dem die polnische Sprache noch unversehrt ist“, zurücknehmen, russische

229 Zit. in: BOREJSZA, S. 254.
230 HOENSCH, S. 200f.
231 KALEMBKA, Prasa demokratyczna, S. 175.

Lande jedoch nicht. Auch in strategischer Hinsicht würden Memel und Bug dann die vorteilhafteste Westgrenze Rußlands bilden.[232] Damit war eine russische Territorialpolitik formuliert, wie sie den Polen noch zu Beginn des Ersten Weltkrieges schmackhaft gemacht werden sollte.

Trotz der nach 1831 gemachten niederschmetternden Erfahrungen mit der russischen Herrschaft – Hinrichtungen, Enteignungen, Verbannungen – waren vereinzelte Angehörige der polnischen Oberschicht für solches Gedankengut durchaus empfänglich. Als prominentester Anwalt eines polnisch-russischen Ausgleichs exponierte sich in den 40er Jahren der Marquis Aleksander Wielopolski (1803-1877), der es später nach einer vorübergehenden Lockerung der russischen Repression sogar zum Chef einer polnischen Zivilverwaltung brachte. Von jeher ein Gegner des politischen Radikalismus der Revolutionsjahre 1830/31 und zusätzlich angewidert vom Krakauer Adelspogrom (s.o. Kap. 2.3.), veröffentlichte er 1846 seinen „Brief eines polnischen Edelmannes an den Fürsten Metternich“ *(List szlachcica polskiego do księcia Metternicha)*, eine bittere Anklage gegen die Politik Österreichs und Preußens, ja gegen den Westen überhaupt.[233] Ausgehend von der Überzeugung, daß Polen allein zu schwach sei, sein politisches Schicksal eigenständig zu gestalten, empfahl er darin seinen Landsleuten, „gemeinsam mit den Russen an der Spitze der slavischen, jungen, starken, zukunftsfrohen Zivilisation zu schreiten“, anstatt weiterhin der „abgelebten, lärmenden und eingebildeten Zivilisation“ des Westens hinterherzulaufen.[234] Zugleich führte Wielopolski aus, der Gedanke einer Verbindung Polens mit Rußland auf gemeinslavischer Grundlage setze eine Rückbesinnung der Polen auf die Epoche der erfolgreichen Grenzsicherung im Westen voraus, wofür die Schlacht bei Grunwald 1410 und der Friede von Thorn 1466 als herausragende Beispiele stünden.[235] Wenngleich Wielopolski mit dieser Auffassung 1846 noch ziemlich isoliert dastand und in der Emigration sowie allen drei Teilgebieten umgehend wütende Proteste auf sich zog, hatte er eine politische Kehrtwendung vorweggenommen, wie sie Teile des polnischen politischen Spektrums später tatsächlich vollzogen und zur Grundlage weitgehender Gebietsansprüche gegen Deutschland machten.

Auch im Großherzogtum Posen, das militärisch in den Novemberaufstand gar nicht involviert gewesen war, verschlechterten sich die Lebensbedingungen der Polen nach 1831 erheblich. Hatte die preußische Obrigkeit hier noch bis 1830 – im Gegensatz zum bereits 1772 der preußischen Herrschaft unterworfenen Westpreußen – eine relativ liberale Sprachenpolitik betrieben und dem polnischen Adel seinen beherrschenden Einfluß auf die Kreis- und Lokalverwaltung belassen, so führte die starke Anteilnahme und auch direkte Unterstützung, die der Novemberaufstand im Großherzogtum erfuhr, zu einer jähen Kursänderung. Unter dem neu eingesetzten Oberpräsi-

232 Zit. in: FISCHEL, S. 366.
233 In Auszügen abgedruckt in: Rewolucja polska 1846 roku, S. 215ff.; eine detaillierte Inhaltswiedergabe des „Briefes“ außerdem bei WROTNOWSKI, S. 256ff.; vgl. auch W. FELDMAN, Geschichte der politischen Ideen, S. 147ff.
234 Rewolucja polska, S. 215.
235 WROTNOWSKI, S. 260; vgl. RECKE, Die polnische Frage, S. 152.

denten der Provinzialverwaltung, Eduard von Flottwell, kam die zuvor bereits in Westpreußen erprobte Eindeutschungspolitik, die auf eine Einschränkung ständischer (sprich: polnischer) Privilegien zugunsten einer Stärkung des bürgerlichen (sprich: deutschen) Elements abzielte, auch in Posen zur Anwendung. Ein mit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. und der Entlassung Flottwells 1840 zunächst eingeschlagener versöhnlicherer Kurs führte zu einer gewissen Entspannung, bot gleichzeitig aber auch verschiedenen, von den demokratischen Ideen der Emigration beeinflußten Geheimgesellschaften die Möglichkeit zur Agitation. Die Aufdeckung des bereits erwähnten Aufstandsversuchs von 1846 zog eine abermalige Verschärfung der preußischen Polenpolitik nach sich.[236]

Im vorübergehend etwas freizügigeren Klima der 40er Jahre gediehen auch im Großherzogtum Ideen, die mit der Tradition der polnischen Adelsherrschaft brachen und die Zukunft der polnischen Nation in der Bauernschaft erblickten.[237] Die Vordenker dieses nicht zuletzt von der deutschen Romantik inspirierten polnischen Befreiungsnationalismus wie die Posener Philosophen Karol Libelt (1807-1875)[238] und August Cieszkowski (1814-1894)[239] setzten ihre Hoffnungen langfristig zwar auch weiterhin auf einen polnischen Aufstand im Rahmen eines gesamteuropäischen Freiheitskampfes, waren zugleich aber auch frühe Propagandisten des später verschiedentlich wieder aufgegriffenen Konzepts der „organischen Arbeit“ *(praca organiczna)*, also einer umfassenden gesellschaftlichen Emanzipation des Polentums unter den Bedingungen der Staatenlosigkeit, womit in Posen vor allem der Aufbau einer breiten gesellschaftlichen Mittelschicht gemeint war.[240] Im Sinne eines vereinten Kampfes aller Polen unter preußischer Herrschaft sollte dieser Emanzipationsprozeß mit Hilfe von außen auch in jenen Gebieten mit polnischsprachiger Bevölkerung außerhalb der Teilungsgrenzen, in denen es noch keine polnischen gesellschaftlichen Eliten gab, angeschoben werden. Großen Anteil bei der Herstellung von Beziehungen zwischen Großpolen und den übrigen Gebieten, insbesondere Schlesien, spielte die Universität Breslau. Obwohl die Einwohnerschaft der Stadt Breslau selbst fast rein deutschsprachig war, entwickelte sich die Universität in Ermangelung einer eigenen Hochschule

---

236 Hierzu von deutscher Seite das Standartwerk von BROSZAT, S. 75ff.; ebenso LAUBERT, Die preußische Polenpolitik, S. 66ff. – Laubert rechtfertigt in seiner ganz dem Geist der nationalsozialistischen Ostpolitik verhafteten Arbeit die repressive preußische Polenpolitik in jeder Beziehung, ja erhebt verschiedentlich sogar den Vorwurf, die Regierung sei in ihrem Vorgehen gegen polnische Bestrebungen noch viel zu „weich“ gewesen. – Siehe auch TRZECIAKOWSKI, Preußische Polenpolitik, S. 96-110, insb. S. 101 (Maßnahmen Flottwells).

237 Siehe hierzu A. ZIELIŃSKI, S. 108-135.

238 PSB, Bd. 17, S. 274ff.

239 PSB, Bd. 4, S. 62ff.

240 Zu den Posener Protagonisten der „organischen Arbeit“ siehe Droga do niepodległości, S. 20ff. (Einleitung). – Der Terminus *praca organiczna* wurde BÖHNING, S. 102, zufolge *expressis verbis* jedoch erst 1848 von Jan Kożmian, einem Redakteur der konservativen Posener Zeitschrift *Przegląd Poznański*, verwendet. Auch weist Böhning zutreffend darauf hin, daß sich hinter diesem Begriff in den drei Teilgebieten Polens durchaus unterschiedliche Programme verbargen, auf die im folgenden noch einzugehen sein wird.

in Posen zum geistigen Zentrum der Polen unter preußischer Herrschaft. Zum einen wirkten hier zahlreiche prominente polnische Gelehrte, unter ihnen vorübergehend auch Jerzy Samuel Bandtkie, zum anderen studierten hier viele Polen aus dem Großherzogtum und den übrigen Gebieten und organisierten sich häufig in geheimen studentischen Verbindungen.[241]

Eine zentrale Rolle bei der Integration der polnischen Gesellschaft spielte die vielfältig gestaltete großpolnische Presse. Das Konzept einer ethnischen, kulturellen, historischen und politischen Einheit der alten piastischen Gebiete vertrat in besonderer Weise der zwischen 1834 und 1849 in Lissa (poln. *Leśno*) nahe der Grenze zu Niederschlesien erscheinende *Przyjaciel Ludu* [Volksfreund]. Ähnliche Schwerpunkte setzten auch die Posener Blätter *Tygodnik Literacki* [Literarisches Wochenblatt], *Orędownik Naukowy* [Wissenschaftlicher Fürsprecher] und *Gazeta Wielkiego Księstwa Poznańskiego* [Zeitung des Großherzogtums Posen], die ansonsten durchaus unterschiedliche Linien vertraten.[242] Insbesondere historische und folkloristische Motive sollten beim polnischen Leser das Gefühl der Verbundenheit mit den „Westgebieten" wecken. Der *Przyjaciel Ludu*, eine Art frühe Illustrierte, spielte auf diesem Gebiet eine Vorreiterrolle und brachte unter anderem verschiedene Materialien zur Geschichte der schlesischen Piasten und polnischer Baudenkmäler in Schlesien[243] sowie zur polnischen Vergangenheit Breslaus.[244] In ähnlicher Weise wurde auch der Vergangenheit

---

241 KWILECKI, Poznań i Wielkopolska, S. 41; grundlegend hierzu BARYCZ, Rola Polaków; speziell zu den Aktivitäten polnischer akademischer Organisationen in Breslau mit oberschlesischem Hintergrund zwischen 1836 und 1900 siehe ANTONI KARBOWIAK: *U źródeł odrodzenia narodowego na Śląsku Górnym* [An den Quellen der nationalen Wiedergeburt in Oberschlesien], in: „Świat Słowiański" 1908, Nr. 43, S. 648-672.

242 Siehe hierzu GOSPODAREK, S. 369-382; ZAKRZEWSKI, S. 243-294; KASPAREK, Prusy Wschodnie w wielkopolskim czasopiśmiennictwie, S. 103-122; TARG, S. 11; KWILECKI, Poznań i Wielkopolska, S. 42ff.; DERS., Poznań jako ośrodek polskości, S. 25ff. – Ungeachtet seines volkstümlichen Titels vertrat der *Przyjaciel Ludu* eine eher konservative Linie und wandte sich an Mittelstand und Grundbesitzertum, wohingegen der *Tygodnik Literacki* eher den Demokraten nahestand.

243 Siehe hierzu u.a. *Henryk II., Xiążę szląskie* [Heinrich II., ein schlesischer Fürst], in: „Przyjaciel Ludu" 1834, Nr. 18, S. 138ff., Nr. 19, S. 150; *Piotr Dunin i zamek na górze Zobten* [Peter Dunin und die Burg auf dem Berg Zobten], in: „Przyjaciel Ludu" 1835, Nr. 12, S. 89ff.; *Numizmat srebrny, ostatniego z dynastyi Piastów* [Eine Silbermünze des letzten Vertreters der Piastendynastie], in: „Przyjaciel Ludu" 1837, Nr. 7, S. 35f.; *O pierwszem wypadnieniu Tatarów do Polski* [Über den ersten Einfall der Tataren in Polen], in: „Przyjaciel Ludu" 1839, Nr. 38, S. 299f., Nr. 39, S. 309. – Der Artikel kreist v.a. um die Schlacht bei Liegnitz 1241; *Pamiętniki Hansa, Szlązaka, z XVII wieku* [Die Erinnerungen von Hans, einem Schlesier, aus dem 17. Jahrhundert], in: „Przyjaciel Ludu" 1847, Nr. 35, S. 276ff., Nr. 36, S. 284ff., Nr. 37, S. 292ff., Nr. 38, S. 301ff., Nr. 39, S. 308f.

244 *Ratusz w Wrocławiu* [Das Rathaus in Breslau], in: „Przyjaciel Ludu" 1836, Nr. 35, S. 273f. – Der Artikel weist auf den slavisch-polnischen Ursprung des Namens der schlesischen Metropole hin, wohingegen „Breslau" nichts als eine eingedeutschte Verballhornung sei. Namen des gleichen Ursprungs fänden sich auch in anderen Teilen Polens, z.B. Bracław (Kleinpolen), Inowrocław etc.; *Kościół Ś-tej Elżbiety w Wrocławiu* [Die Kirche der Heiligen Elisabeth in Breslau], in: „Przyjaciel Ludu" 1836, Nr. 38, S. 301f.; K.S.: *Grobowiec*

Ostpreußens und insbesondere der polnisch-preußischen Beziehungen gedacht, wobei häufig der aus Thorn stammende und später vor allem im Ermland tätige große Astronom Nicolaus Copernicus im Mittelpunkt stand[245], ebenso die verherrlichte polnische Vergangenheit der Stadt Danzig.[246] Zeitlich griff das Blatt aber auch noch weiter zurück und präsentierte beispielsweise archäologische Zeugnisse als Belege für die siedlungsgeschichtliche Autochthonie der slavischen Bevölkerung Schlesiens.[247] Über die slavische Vergangenheit Schlesiens hinaus gerieten dabei auch die übrigen einst von westslavischen Stämmen bewohnten Gebiete, die dort ausgeübten heidnischen Kulte und die Vorstöße der frühen Piasten in diesen Raum ins Blickfeld.[248] Die Trau-

---

Henryka Łagodnego (Probus) w Wrocławiu [Das Grabmal Heinrichs des Sanftmütigen (Probus) in Breslau], in: „Przyjaciel Ludu“ 1841, Nr. 19, S. 147ff., Nr. 20, S. 154f., Nr. 21, S. 162ff., Nr. 22, S. 171f., Nr. 23, S. 181ff., Nr. 24, S. 187f.

245 *Mikołaj Kopernik* [Nicolaus Copernicus], in: „Przyjaciel Ludu“ 1834, Nr. 2, S. 15f.; *Zamek w Królewcu* [Das Schloß in Königsberg], in: „Przyjaciel Ludu“ 1836, Nr. 27, S. 211f.; *Tum w Frauenburgu* [Der Dom in Frauenburg], in: „Przyjaciel Ludu“ 1836, Nr. 40, S. 317ff.; *Zamek w Heilsbergu* [Die Burg in Heilsberg], in: „Przyjaciel Ludu“ 1839, Nr. 32, S. 268f.; *Stosunki Polski z Prusami za czasów Zygmunta III* [Die Beziehungen Polens zu Preußen zur Zeit Sigismunds III.], in: „Przyjaciel Ludu“ 1841, Nr. 3, S. 22f., Nr. 4, S. 31f., Nr. 5, S. 37ff., Nr. 6, S. 47f., Nr. 7, S. 55f., Nr. 8, S. 63f., Nr. 11, S. 86f., Nr. 12, S. 94f., Nr. 13, S. 102f., Nr. 14, S. 110ff., Nr. 15, S. 114f.; *Pomnik Kopernika w Toruniu* [Das Copernicus-Denkmal in Thorn], in: „Przyjaciel Ludu“ 1843, Nr. 44, S. 346f.; ADRYAN KRZYŻANOWSKI: *Mikołaj Kopernik* [Nicolaus Copernicus], in: „Przyjaciel Ludu“ 1844, Nr. 4, S. 26ff., Nr. 5, S. 36ff., Nr. 6, S. 46f., Nr. 7, S. 53ff., Nr. 8, S. 63f.; *O usadowieniu się Krzyżaków w Prusiech* [Über die Festsetzung der Kreuzritter in Preußen], in: „Przyjaciel Ludu“ 1848, Nr. 7, S. 54ff., Nr. 8, S. 63f., Nr. 9, S. 70f., Nr. 10, S. 77ff., Nr. 11, S. 86ff., Nr. 12, S. 90ff., Nr. 13, S. 99ff. – Der aus heutiger Sicht absurd anmutende Streit um die nationale Zuordnung Copernicus’, der selbst deutscher Abstammung, zugleich jedoch ein loyaler Untertan der polnischen Krone und Gegenspieler des Deutschen Ordens war, ist zwischen der deutschen und der polnischen Geschichtsschreibung noch bis weit ins 20. Jahrhundert geführt worden. Im historischen Bewußtsein der Polen spielt Copernikus bis heute eine große Rolle.

246 J.SŁ.: *Gdańsk* [Danzig], in: „Przyjaciel Ludu“ 1841, Nr. 33, S. 257ff. – Der Autor stellt u.a. den wirtschaftlichen Niedergang der Stadt nach 1772 ihrer Blütezeit unter polnischer Herrschaft gegenüber.

247 *Urny znalezione pod Sulau* [Bei Sulau entdeckte Urnen], in: „Przyjaciel Ludu“ 1839, Nr. 46, S. 363ff. – Der Artikel weist darauf hin, daß sich die entsprechenden archäologischen Funde kaum von denjenigen in Großpolen unterschieden.

248 Siehe hierzu L...: *Słowianie* [Die Slaven], in: „Przyjaciel Ludu“ 1840, Nr. 51, S. 401ff. – Der anonyme Autor beruft sich u.a. auf die in der polnischen nationalen Publizistik beliebte Legende, Bolesław Chrobry habe zwecks symbolischer Festsetzung der Grenzen seines Staaten „eiserne Pfosten“ dort eingeschlagen, wo Elbe und Saale zusammenfließen. – Vgl. weiterhin *Uwagi o Słowianach* [Anmerkungen über die Slaven], in: „Przyjaciel Ludu“ 1836, Nr. 12, S. 93ff.; *Arkona*, in: „Przyjaciel Ludu“ 1837, Nr. 25, S. 196f.; W.M.: *Krótka wiadomość o kilku słowiańskich mogilnikach w Meklenburgu* [Kurze Nachricht über einige slavische Gräber in Mecklenburg], in: „Przyjaciel Ludu“ 1843, Nr. 36, S. 283ff., Nr. 37, S. 291ff., Nr. 38, S. 299ff., Nr. 39, S. 306f.; Dr. N.: *Katedra w Kamieniu na Pomorzu* [Die Kathedrale in Kammin in Pommern], in: „Przyjaciel Ludu“ 1847, Nr. 33, S. 258ff.

er über die Germanisierung eines Großteils dieser Gebiete[249] verband sich mit einem großen Interesse am aktuellen Schicksal nicht nur der Schlesier und Masuren, sondern darüber hinaus auch der Lausitzer Sorben als Überbleibsel der einstigen slavischen Bevölkerung zwischen Elbe und Oder.[250] Was die aktuelle ethnische Zusammensetzung der preußischen Provinz Schlesien angeht, definierte ein anonymer Autor 1840 im *Przyjaciel Ludu* nicht nur ganz Oberschlesien als polnischsprachig, sondern bezog auch den Kreis Namslau, die Standesherrschaft Groß Wartenberg, die Fürstentümer Brieg und Oels, den Kreis Ohlau und das Hinterland „zwei Meilen von Breslau" in den Bereich „slavisch gebliebenen Landes" mit ein.[251]

Ihren Höhepunkt erreichte diese vielfältige Berichterstattung über die „Westgebiete" in den Spalten des *Przyjaciel Ludu* in den Jahren 1843 bis 1847 mit den unter verschiedenen Pseudonymen *(Górnoślązak, Krajowiec, Fizylier N.N.)* veröffentlichten Reportagen des oberschlesischen Sprachaktivisten und Geistlichen Józef Lompa, in denen sich dieser vor allem mit dem Alltagsleben und der prekären sozialen Lage der polnischsprachigen Oberschlesier beschäftigte und ihren Dialekt gegen verbreitete Vorurteile in Schutz nahm, sowie den „Briefen über Schlesien und Pommern" eines unbekannten Autors.[252] In ähnlicher Weise präsentierte der *Tygodnik Literacki* in den 40er Jahren eine Artikelserie des protestantischen oberschlesischen Pastors Fiedler.[253]

---

249 W.M., *Krótka wiadomość* (wie Anm. 248), S. 283: „Jedoch können wir die Gefühle desjenigen nachempfinden, der Pommern, Mecklenburg, Preußen und die Lausitz besucht. Wer von uns empfindet auf einer Reise nach Breslau nicht eine Last auf seinem Herzen, wenn er in nahezu jedem Dorf dessen slavischen Namen liest und zugleich überall die Züge des so sehr davon abweichenden germanischen Volkes erblickt. Wer würde in Preußen nicht lieber nach den Prußen – Stammesbrüdern der Litauer – suchen, als nach den Nachfahren der Kreuzritter, die in dieser Gegend heute stolz darauf sind, daß die germanische Flut die alten Spuren slavischen Lebens verwischt hat: Wir haben vor kurzem gesehen, daß dies auch dieselben sind, die sich an den Namen stören, die unsere Vorväter den Städten gegeben haben – auch die Schlesier wissen, daß Breslau mit seinem Namen seine Herkunft bezeugt."

250 *Matka Łużycko-Serbska w Budyszynie* [Die lausitzisch-sorbische Gesellschaft „Mutterland" in Bautzen], in: „Przyjaciel Ludu" 1847, Nr. 31, S. 243ff. – Der Artikel berichtet über die Gründung der nationalkulturellen sorbischen Gesellschaft *Macica Serbska*.

251 L..., *Słowianie* (wie Anm. 248), S. 404.

252 FIZYLIER N.N.: *Niektóre stosunki ewangelicko-polskiej ludności w Szląsku* [Einige Verhältnisse der evangelisch-polnischen Bevölkerung in Schlesien], in: „Przyjaciel Ludu" 1843, Nr. 6, S. 42ff.; WOŁCZYNIANIN: *Do mowy polskiej w Górnym Śląsku* [Zur polnischen Sprache in Oberschlesien], in: „Przyjaciel Ludu" 1844, Nr. 8, S. 64; *Dwa listy o Szląsku i Pomorzu* [Zwei Briefe über Schlesien und Pommern], *List 1. o Szląsku*, in: „Przyjaciel Ludu" 1845, Nr. 50, S. 394f.; *List 2gi o Pomorzu*, in: „Przyjaciel Ludu" 1845, Nr. 51, S. 405ff. – Der Autor beklagt in seinem Brief u.a., Pommerellen sei den Polen trotz seines ungebrochen polnischen Charakters heute so unbekannt, als läge es „bei Witebsk". Des weiteren finden sich in diesen Jahrgängen häufig Texte polnisch-schlesischer Volkslieder aus den diesbezüglichen Sammlungen Lompas sowie schlesischer Sagen. – Vgl. hierzu GOSPODAREK, S. 377f.; KWILECKI, Poznań i Wielkopolska, S. 45; einige der schlesischen Reportagen Lompas sind abgedruckt in: Górny Śląsk i Zagłębie, S. 51f., 52ff., 55ff., 65ff., 74ff.

253 ZAKRZEWSKI, S. 271ff.

Die Berichterstattung der genannten Blätter über Vergangenheit und Gegenwart der „Westgebiete" bereitete den Boden für ein nach 1850 breites Engagement Posener Polen vor allem in Schlesien.

Die Frage nach dem künftigen staatsrechtlichen Verbleib des Großherzogtums Posen geriet mit den Ereignissen von 1848/49 unversehens auf die politische Tagesordnung. Schon wenige Tage nach Ausbruch der Berliner Märzunruhen bildete sich in Posen ein polnisches Nationalkomitee, das den Kurs des unter dem Druck der Ereignisse am 29. März 1848 berufenen liberalen preußischen Ministeriums Camphausen anfangs vorbehaltlos unterstützte und die Erfüllung des von Friedrich Wilhelm IV. bereits am 24. März gegebenen Versprechens einer „nationalen Reorganisation des Großherzogtums" einforderte. Der im April bekanntgewordene Plan, das Großherzogtum in eine östliche, mehrheitlich polnische und eine westliche, mehrheitlich deutsche Hälfte zu teilen und diese westliche Hälfte einschließlich der Hauptstadt Posen dem Deutschen Bund anzuschließen, führte dann unter den Polen aber doch zum offenen Aufruhr. Die Freischärler unter Führung Ludwik Mierosławskis mußten nach Anfangserfolgen aber schon am 9. Mai bei Wreschen vor der preußischen Übermacht kapitulieren.[254]

Da die polnische Bevölkerungsmehrheit die Wahlen zur Nationalversammlung überwiegend boykottierte, stand in der Frankfurter Paulskirche, wo die Versammlung am 18. Mai 1848 erstmals zusammentrat, am Ende ein einziger Posener Pole elf deutschen Abgeordneten aus dem Großherzogtum gegenüber. Der erhebliche Sympathieverlust, den die Polen infolge ihres bewaffneten Aufruhrs in der deutschen liberalen Öffentlichkeit erlitten hatten, machte sich in der großen dreitägigen Polendebatte der Nationalversammlung vom 24. bis 26. Juli bemerkbar, in deren Verlauf den polnischen Abgeordneten von deutscher Seite unmißverständlich klargemacht wurde, daß ein wiedererstandenes Polen all jene Grenzgebiete an Deutschland abzutreten habe, in denen eine Mehrheit der Bevölkerung dies verlange, auf eine vollständige Wiederherstellung der Grenzen von 1772 also verzichten müsse. Von den „Westgebieten" und der Situation der dort lebenden polnischsprachigen Bevölkerung war während der Debatte ohnehin nicht die Rede. Der einzige in die Nationalversammlung entsandte polnische Abgeordnete aus Oberschlesien trat in Frankfurt gar nicht in Erscheinung.[255] Mit 341 gegen gerade mal 31 Stimmen wurde schließlich die vorläufige Aufnahme des Großherzogtums in den Deutschen Bund beschlossen, womit die Gefahr einer Teilung der Provinz noch längst nicht gebannt war. Am Ende konnte eine Teilung zwar vermieden werden und Posen schied 1851 als ganzes wieder aus dem Deutschen Bund aus, doch hatte es seine Sonderstellung innerhalb des preußischen Staates verloren und firmierte fortan offiziell nur noch als „Provinz Posen".

Im Ergebnis hatte sich 1848 im deutschen Liberalismus gegenüber den Polen eine Haltung durchgesetzt, die der Paulskirchenabgeordnete Wilhelm Jordan bereits am ersten Tag der großen Polendebatte als einen gerechtfertigten „nationalen Egoismus"

---

[254] BROSZAT, S. 82ff.
[255] SCHWIDETZKY, S. 10f.

gepriesen hatte[256] – ein Wort, das ein halbes Jahrhundert später von den Wortführern auch des polnischen Nationalismus aufgegriffen und nunmehr umgekehrt gegen Deutschland gerichtet wurde (s.u. Kap. 5.2.). Alle Überlegungen, die von preußischer bzw. deutscher Seite nach 1850 bezüglich der polnischen Frage angestellt wurden, waren eng mit der Territorialfrage verknüpft und von der – durchaus gerechtfertigten – Sorge geprägt, ein wiedererstandenes Polen müsse zwangsläufig zu einer Bedrohung der eigenen territorialen Integrität werden. Folgerichtig mündeten diese Überlegungen – um einen von Klaus Zernack geprägten Begriff zu gebrauchen – in der Festschreibung einer „negativen“ Polenpolitik aller drei Teilungsmächte ein, deren oberstes Gebot mehr denn je die strikte Wahrung des Status Quo war.[257] So hatte der junge Abgeordnete Otto von Bismarck schon 1848 in einem Leserbrief an die „Magdeburgische Zeitung“ seine feindselige Haltung gegenüber jeglichen Unabhängigkeitsbestrebungen der Polen mit der Befürchtung begründet, ein wiedererstandener polnischer Staat müßte zwangsläufig nach den Grenzen von 1772 und darüber hinaus auch nach Ostpreußen sowie nach Teilen Schlesiens und Pommerns streben, womit „Preußens beste Sehnen durchschnitten“ würden. Ein großes Polen werde also stets ein unruhiger und rastloser Feind Preußens sein, ein territorial gesättigtes Rußland hingegen ein vergleichsweise ruhiger Nachbar.[258] Dieses Mißtrauen blieb Bismarcks ganzes Leben hindurch eine feste Konstante in seinem Verhältnis zu den Polen und ist ursächlich für seine spätere, dezidiert antipolnische Innenpolitik, wobei er sich stets von seinem Verständnis der Staatsräson, weniger von ethnischen Stereotypen leiten ließ. In seinen „Gedanken und Erinnerungen“ hat er seine diesbezügliche Haltung noch einmal kurz und bündig begründet:

> „Österreich hat der polnischen Frage gegenüber nicht die Schwierigkeiten, die für uns in der gegenseitigen Durchsetzung polnischer und deutscher Ansprüche in Posen und Westpreußen und in der Lage Ostpreußens mit der Frage der Wiederherstellung polnischer Unabhängigkeit unlösbar verbunden sind. Unsere geographische Lage und die Mischung beider Nationalitäten in den Ostprovinzen einschließlich Schlesiens nötigen uns, die Eröffnung der polnischen Frage nach Möglichkeit hintanzuhalten (...).[259]

---

[256] Im einzelnen führte Jordan aus: „Die Politik, die uns zuruft: ‚Gebt Polen frei, es koste, was es wolle‘, ist eine kurzsichtige, eine selbstvergessene Politik der Schwäche, eine Politik der Furcht, eine Politik der Feigheit. Es ist wohl Zeit für uns, endlich einmal zu erwachen, aus jener träumerischen Selbstvergessenheit, in der wir schwärmen für alle möglichen Nationalitäten, während wir selbst in schmachvoller Unfreiheit darniederlagen, zu erwachen zu einem gesunden Volksegoismus.“ (Zit. in: BROSZAT, S. 85.) – Detailliert hierzu BLECK, insb. S. 25ff.

[257] Den Ursprung dieser „negativen“ – sprich: auf die unbedingte Abwehr aller polnischen Freiheitsbestrebungen gerichteten – Polenpolitik erkennt Zernack bereits in der Beilegung des russisch-preußischen Konflikts im Jahre 1763 (Ende des Siebenjährigen Krieges). Der außenpolitische Koexistenzzwang, dem sich die Teilungsmächte endgültig 1772 bzw. 1793/95 unterworfen hatten, prägte ihre Politik das gesamte 19. Jahrhundert hindurch. – ZERNACK, Negative Polenpolitik, S. 225-242, insb. S. 241.

[258] FRAUENDIENST, S. 327.

[259] BISMARCK, S. 158. – Noch wesentlich schärfer, ja mit erbarmungsloser Offenheit, hat Bismarck seine Gefühle gegenüber den Freiheitsbestrebungen der Polen in einem auf den 26.

Im Gegensatz zur Paulskirchenversammlung besaßen die polnischsprachigen Schlesier in der am 22. Mai 1848 in Berlin zusammengetretenen preußischen Nationalversammlung in dem Pfarrer Józef Szafranek einen engagierten Vertreter, der sich vehement für die Gleichberechtigung der polnischen Sprache in Schlesien aussprach und leidenschaftlich die soziale Not der oberschlesischen Bauern anprangerte. Szafranek äußerte auch Sympathien für den Kampf der Posener Polen, betonte aber zugleich, daß Oberschlesien selbst keinesfalls zu der „verheißenen Reorganisation des Großherzogtums" gehören solle; das Interesse der Oberschlesier sei „hierbei nur das sprachliche".[260] Im Posener Provinziallandtag, dem Szafranek wiederum angehörte, waren 1849/50 gleichwohl intensive Versuche der polnischen Fraktion *(Koło Polskie)* zu beobachten, die schlesischen Abgeordneten für ihre Ziele zu vereinnahmen. Die Paragraphen I bis III des Fraktionsstatuts vom 16. August 1849 legten fest, „daß die polnischen Abgeordneten des Großherzogtums Posen, der preußischen Länder (gemeint: West- und Ostpreußen) und Schlesiens sich als besonderen Körper im Parlament des preußischen Staates empfinden" und ihre Hauptaufgabe in der „Verteidigung des polnischen Volkstums" – auch in Schlesien – liege.[261] Tatsächlich traten Szafranek und ein weiterer schlesischer Abgeordneter, Marcin Gorzółka, schließlich der polnischen Fraktion bei, freilich ohne daß dies besondere politische Folgen gehabt hätte. Das Scheitern dieses Vereinnahmungsversuchs wurde offenkundig, als die Posener Polen aus Protest gegen den Verlust des Sonderstatus ihrer Provinz ihre Mandate 1850 niederlegten, während Szafranek und Gorzółka ihren Eid auf die neue („oktroyierte") Verfassung leisteten.[262]

Deutlichere Worte als im preußischen Parlament waren zuvor auf dem vom 2. bis 12. Juni 1848, also auf dem Höhepunkt der revolutionären Bewegungen in Mitteleuropa, in Prag zusammengetretenen ersten großen Slavenkongreß gefallen. Unter sei-

März 1861 datierten Brief an seine Schwester Malvine dargelegt: „Haut doch die Polen, daß sie am Leben verzagen; ich habe alles Mitgefühl für ihre Lage, aber wir können, wenn wir bestehen wollen, nichts andres thun, als sie ausrotten; der Wolf kann auch nicht dafür, daß er von Gott geschaffen ist, und man schießt ihn doch dafür todt, wenn man kann." (Bismarckbriefe, S. 210-212, hier S. 212). – Daß der Gründer des Deutschen Reiches vor diesem Hintergrund im kollektiven Gedächtnis der Polen immer mehr zur negativen Symbolfigur emporstieg, kann nicht verwundern, auch wenn die böse, in der polnischen Publizistik später wiederholt aufgegriffene Vokabel „ausrotten" den Realitäten der preußischen Polenpolitik vor und auch nach 1871 nicht gerecht wird.

260 Die Rede Szafraneks ist abgedruckt in: Rok 1848 w Polsce, S. 181ff.; vgl. SCHWIDETZKY, S. 15; GROT, S. 129ff.

261 Protokoły posiedzeń koła polskiego, Bd. 1, S. 117f.

262 SCHWIDETZKY, S. 17; vgl. GROT, S. 212f., der den Posener Abgeordneten vorwirft, diese Entwicklung selbst verschuldet zu haben, da sie zu sehr auf ihre Partikularinteressen und zu wenig auf die notwendige Solidarität mit dem gesamten polnischen Volk gesetzt hätten. Die Abgeordneten hätten es damals noch nicht „gelernt, sich statt als Schlesier, Posener oder Preußen als Polen zu fühlen".

nen 340 Delegierten[263] befanden sich auch drei Delegierte aus Schlesien, von denen zwei – Paweł Stalmach und Andrzej Kotula – allerdings aus Österreichisch Schlesien stammten. Der dritte, der Breslauer Universitätsprofessor Jan Purkyně, war von Geburt eigentlich Tscheche, wechselte während des Kongresses jedoch von der tschechischen zur polnischen Delegation über, um das preußische Schlesien zu repräsentieren.[264] Kotula und Stalmach traten am 8. Juni mit Erklärungen vor den Kongreß, in denen sie ihre Forderungen bezüglich der politischen Zukunft Schlesiens zusammenfaßten. Kotula gelangte in seiner Erklärung unter dem Titel „Warum Schlesien, soweit es polnisch ist, sich Polen anschließen will" zu dem Schluß, daß in einer Vereinigung Schlesiens mit Polen „das ganze Glück unseres Landes" läge. Zur Verwirklichung dieses Ziels müsse man notfalls „unsere polnischen Brüder zu Hilfe rufen und mit ihnen oder mit allen slavischen Völkern eine gemeinsame Föderation bilden".[265] Stalmach forderte ebenfalls unter Berufung auf das nationalstaatliche Prinzip die Rückkehr der Schlesier „zur polnischen Mutter", da sie vom gleichen Volkstum wie die übrigen Polen seien. Als Minimallösung müsse wenigstens ein Anschluß Österreichisch Schlesiens an Galizien erreicht und in gleicher Weise dann auch das preußische Schlesien mit dem Großherzogtum Posen vereinigt werden.[266] Der Lissaer *Przyjaciel Ludu* sekundierte in seiner Berichterstattung über den Kongreß, die Slaven hätten die Absicht und auch das volle Recht, die größere Hälfte des preußischen Schlesiens von Deutschland loszureißen, da in ihm ausschließlich polnische Bevölkerung beheimatet sei.[267] In seinen Erinnerungen hat Stalmach seine Tätigkeit auf dem Slavenkongreß später als „die erste lautstarke Manifestation der Zugehörigkeit Schlesiens zum polnischen Volke" bewertet.[268] Zugleich war mit den polnischen Forderungen gegenüber Österreichisch Schlesien der Grundstein gelegt für einen Konflikt mit den gleichfalls Ansprüche anmeldenden Tschechen, der das Verhältnis beider Nationen noch in der Zwischenkriegszeit nachhaltig belastete. Dieser Konflikt sorgte dafür, daß die Beschlüsse und Proklamationen des Slavenkongresses folgenlos blieben und sich eine nennenswerte nationale Solidarität zwischen den Polen und den Tschechen als den beiden größten slavischen Völkern Mitteleuropas nicht entwic??kelte.

Eine Episode blieb auch das Wirken der am 25. Juni 1848 in Berlin auf der Grundlage der im März erkämpften Grundrechte der Versammlungs-, Vereins- und Pressefreiheit gegründeten *Liga Polska* [Polnische Liga][269], deren Hauptorganisator und gei-

---

263 Davon allein 237 Tschechen, was der Versammlung mehr ein austroslavisches denn ein panslavisches Gepräge verlieh. Das Schicksal und die Zukunft der slavischen Völker unter der Herrschaft der Habsburger Monarchie waren folgerichtig Hauptgegenstand der zehntägigen Beratungen.

264 WISŁOCKI, S. 560.

265 Der Text der Erklärung ebenda, S. 706ff.

266 Der Text der Erklärung ebenda, S. 708f.

267 *Zjazd Słowiański w Pradze 1848 roku* [Der Slavenkongreß in Prag 1848], in: „Przyjaciel Ludu" 1848, Nr. 47, S. 371f.

268 Zit. in: GRIM – SKRYBA, S. 25.

269 Siehe hierzu die ausführlichen Darlegungen bei BÖHNING, S. 85ff., der seinem Untersuchungsgegenstand entsprechend das Hauptaugenmerk allerdings auf die Tätigkeit der Liga

stiger Führer der bereits erwähnte August Cieszkowski war. Unter dem Eindruck der Ereignisse vom Mai setzte es sich die Liga in bewußter Abkehr von „allen geheimen Umtrieben und Verschwörungen“ zum Ziel, „das nationale Interesse auf dem Wege der Öffentlichkeit und Legalität zu bewahren, zu vertreten, zu unterstützen und zu entfalten“. Unter diesem „polnischen Nationalinteresse“ sollten laut Satzungsentwurf „die Zivilrechte, die politischen und nationalen Rechte der Polen, die polnische Sprache, Aufklärung und Sitten des polnischen Volkes, die natürliche Vereinigung der Polen untereinander, ihre absolute Verbindung mit der Vergangenheit und mit der Geschichte der Nation, die normale Entfaltung aller Nationalelemente und schließlich ihr materielles Dasein“ verstanden werden.[270] In diesem Sinne bemühte sich die Liga vor allem darum, das polnische Nationalbewußtsein und die nationale Solidarität der Polen untereinander durch Förderung eines von der Obrigkeit unabhängigen Schul- und Bildungswesens zu stärken und hierbei auch die entlegensten von Polen bewohnten Landesteile Preußens zu erreichen. So war neben der Zentraldirektion mit Sitz in Posen und Regionalligen für Posen und die Provinz (West-) Preußen auch für Schlesien die Bildung einer Regionalliga vorgesehen, ein Vorhaben, das auf der ersten großen Generalversammlung aller Delegierten der Liga vom 10. bis 12. Januar 1849 in Kurnik bei Posen nochmals bekräftigt wurde.[271] Während die Mitgliedszahlen sich in Posen und Westpreußen zunächst tatsächlich außerordentlich positiv entwickelten[272], kam die schlesische Liga hingegen nie zustande. Den selbstgesetzten und weit überspannten Aufgaben zeigte sich die Liga jedoch auch dort nicht lange gewachsen, wo sie über feste Organisationsstrukturen verfügte. Schon im Zerfall begriffen und zudem wachsenden Schikanen von seiten der preußischen Behörden ausgesetzt, fiel sie schließlich dem am 11. März 1850 in Kraft getretenen und auf die Unterbindung jedweder organisierter politischer Tätigkeit gerichteten preußischen Vereinsgesetz zum Opfer.[273]

Ungeachtet ihres frühen Scheiterns stehen die *Liga Polska* und ihr Konzept einer „organischen Arbeit“ beispielhaft für den Versuch, im Umfeld der Ereignisse von 1848/49 die Beschränkung politischer Aktion auf den Adel und die relativ kleine Gruppe des städtischen Bürgertums zu überwinden. Gleichwohl drängte sich der Adel trotz aller formalen Gleichheitsproklamationen – so hatten sich alle Mitglieder einheitlich mit *obywatel* (Bürger) anzureden – unter Verweis auf seine historischen Verdienste um die polnische Nation auch in der Liga rasch in eine Führungsrolle und lähmte mit seiner oft starren und unflexiblen Haltung vor allem in Westpreußen eine über die Einrichtung von Lesehallen und die Gründung von Vereinen hinausgehende

---

in Westpreußen richtet. – Vgl. weiterhin PERDELWITZ, S. 51f.; SZMAŃDA, S. 175ff.; TARG, S. 12ff.; eine zeitgenössische polnische Einschätzung bei X.T.: *Liga Polska* [Die polnische Liga], in: „Przyjaciel Ludu“ 1848, Nr. 37, S. 294ff., Nr. 38, S. 298ff. Der *Przyjaciel Ludu* druckte auch sonst verschiedentlich Aufrufe der Liga ab und warb für deren Ziele.

270 Zit. in: BÖHNING, S. 86.

271 Ebenda, S. 86, 92; vgl. SZMAŃDA, S. 176f.

272 BÖHNING, S. 87ff.

273 Ebenda, S. 97ff.

Tätigkeit.[274] Die Metamorphose von der Adelsnation zur modernen, alle Bevölkerungsschichten umfassenden Nation war zu diesem Zeitpunkt weder in Posen oder Westpreußen noch in den übrigen Teilgebieten Polens vollzogen, wenngleich wichtige ideologisch-philosophische Grundlagen hierfür bereits gelegt waren. Um auf diesem Gebiet eine wirkliche Zäsur einzuleiten, bedurfte es erst des Desasters von 1863 (s.u. Kap. 4.1.).

Das gründliche Scheitern aller Versuche, die polnischsprachigen Schlesier von Posen aus in den politischen Aufbruch des Völkerfrühlings mit einzubeziehen, offenbarte eine weiterhin bestehende Barriere zwischen Adel und städtischen Eliten auf der einen sowie Bauernschaft und ländlichem Proletariat auf der anderen Seite. Bezüglich Masurens waren entsprechende Versuche 1848/49 gar nicht erst unternommen worden, hier wirkte der konfessionelle Gegensatz noch als zusätzliche Barriere. Gleichwohl hatte die Bedeutung der Sprache als einigende Klammer im politischen Bewußtsein im Umfeld des Völkerfrühlings zugenommen, was sich längst nicht nur in der Posener Presse niederschlug. Als herausragendes Beispiel mag hier der eingangs bereits zitierte und auf Ernst Moritz Arndt anspielende Artikel der Krakauer *Jutrzenka* vom 26. April 1848 dienen, in dem unter Berufung auf eben dieses Sprachprinzip das polnischsprachige Schlesien für Polen reklamiert wurde, wobei als Sprachgrenze die Oder festgelegt wurde. Man müsse den Schlesiern nur für einige Jahre die Freiheit schenken, so der namentlich nicht genannte Autor optimistisch, und werde sich dann wundern, „daß diese Provinz nach jahrhundertelanger Trennung (...) die Wertschätzung und Heiligkeit ihrer Nationalität offenbaren wird“.[275] Eine breite publizistische Schlesienkampagne entfachte im Umfeld der Revolution von 1848/49 auch der aus Krakau stammende Autor und spätere Lehrstuhlinhaber für Archäologie an der Jagiellonenuniversität Józef Łepkowski (1826-1894).[276]

Teil eines nationalpolnisch ausgerichteten Bildungswesens, auf das bereits die gescheiterte *Liga Polska* ihr Hauptaugenmerk gerichtet hatte und dessen Ausweitung auf die „Westgebiete“ Aktivisten wie Łepkowski in ihren Veröffentlichungen einforderten, mußte zwangsläufig auch die Vermittlung der eigenen historischen Tradition sein. Die anspruchsvolle und philosophisch durchwirkte Geschichtsschreibung der großen polnischen Historiker des 18. und frühen 19. Jahrhunderts wie etwa Narusze-

---

274 Ebenda, S. 96f.

275 „Jutrzenka“, 1848, Nr. 72.

276 PSB, Bd. 18, S. 338ff. Siehe hierzu v.a. JÓZEF ŁEPKOWSKI: *Wiadomości o Szląsku* [Nachrichten über Schlesien], in: „Biblioteka Warszawska“ 1849, Bd. 3, S. 319-366. – Łepkowskis Artikel beschäftigt sich detailliert mit Landeskunde, Sprache, Literatur, Schul- und Gerichtswesen sowie Religion im polnischen Teil Schlesiens und schließt mit einem Überblick über das jüngste polnische Engagement mit dem Ziel einer nationalen „Wiedergeburt“ Schlesiens. – Siehe auch DERS.: *Ruchy narodowe w pruskim Szląsku w ostatnich czasach* [Nationale Bewegungen im preußischen Schlesien in der letzten Zeit], in: „Przegląd Poznański“, Bd. 8, 1849, S. 607ff. – Łepkowski fordert hier eine stärkere Beschäftigung mit der ältesten – sprich: polnischen – Geschichte Schlesiens ein, ebenso die Einrichtung von Lesehallen und die Gründung einer regelmäßig erscheinenden polnischen Tageszeitung in Oberschlesien.

wicz oder Lelewel konnte dies angesichts gerade erst ansteigender Alphabetisierungsraten unter den einfachen Bevölkerungsschichten nicht leisten. Der Popularisierung – und damit verbunden häufig auch der Idealisierung und mythischen Überhöhung – der polnischen Vergangenheit kam daher eine wichtige Rolle im nationalen Integrationsprozeß zu.[277] Besonders den polnischsprachigen Bevölkerungsgruppen in den „Westgebieten" galt es, das Gefühl einer historischen Verbundenheit mit Polen überhaupt erst zu vermitteln. Angesichts des Fehlens polnischer Schulen konnte diese Aufgabe nur durch die Einrichtung von Volksbibliotheken und die gezielte Verbreitung eines populären historischen Schrifttums bewältigt werden, was in den ersten Jahren nach 1848 allerdings nur unzureichend gelang. Einen ersten Versuch stellte in diesem Zusammenhang das von Łepkowski verfaßte und 1849 im sächsischen Bautzen erschienene „Bild der schlesischen Geschichte für das schlesische Volk" *(Obraz dziejów Szląska dla ludu szląskiego)* dar.[278] In Anknüpfung an die bereits erwähnte Berichterstattung des Lissaer *Przyjaciel Ludu* und anderer Blätter aus der Zeit vor 1848 wurde in der Posener Presse auch nach dem Scheitern der bürgerlichen Revolution in Deutschland die Berichterstattung über die „Westgebiete", insbesondere Schlesien, gern mit Rückgriff auf historische (und das heißt zumeist: „piastische") Motive kombiniert. Als Beispiel mag hier ein wiederum aus der Feder Łepkowskis stammender und 1850 im Posener *Wiarus* [Der Alte Haudegen] erschienener Artikel genügen, in dem es in Anspielung auf ein deutsch-polnisches Scharmützel unweit Breslaus zu Beginn des 12. Jahrhunderts unter anderem hieß:

> „Aber daß sie [die Schlesier, Anm. d. Verf.] wahre Polen sind, das können wir nicht nur daran erkennen, daß sie polnisch sprechen so wie wir auch, sondern auch daran, daß sie genauso von den Polen abstammen wie auch die Großpolen, die Masuren, die Polesier oder

---

277 BÖHNING, S. 163f., erwähnt in diesem Zusammenhang die 1849 von Ignacy Łyskowski herausgegebene Broschüre *Książeczka dla ludu polskiego* (Büchlein für das polnische Volk), die unter anderem die Lebensläufe berühmter Polen und Erzählungen aus der nationalen Vergangenheit enthielt. Da sich die Zeit des Niedergangs der Adelsrepublik im 18. Jahrhundert nicht zur Vermittlung eines heroischen Geschichtsbildes eignete – auch die Maiverfassung schied in diesem Zusammenhang als nationale Sinnstifterin aus, da sie die Frage der Bauernbefreiung weitgehend ausgeklammert hatte –, griff man in den entsprechenden Veröffentlichungen zeitlich weiter zurück. Zur Illustration beispielsweise des Mythos von der historischen Rolle Polens als einer „Vormauer der Christenheit" und eines Beschützers Europas vor der Barbarei eignete sich die Abwehr der Türken unter Führung des polnischen Königs Jan III. Sobieski 1683 vor Wien ebenso wie der Opfergang des schlesisch-polnischen Adels gegen die Mongolen auf der Wahlstatt zu Liegnitz 1241. Als für die Vermittlung eines auch unter der einfachen und wenig gebildeten Landbevölkerung populären Geschichtsbildes besonders geeignet erwies sich die schon von Lelewel und anderen wichtigen polnischen Historikern vorgenommene Idealisierung der frühen Piasten als „Volkskönige" und der Rückgriff auf die Legende vom Stammvater Piast, der angeblich im Jahre 863 als einfacher Bauer zum König gewählt worden war. Dieses mythische, historisch nicht belegte Datum diente 1862/63 als Grundlage verschiedener polnischer „Tausendjahrfeiern". – Vgl. hierzu einen entsprechenden Artikel im Kulmer „Nadwiślanin" 1862, Nr. 126 (ohne Überschrift und Verfasserangabe).

278 PRYSZCZEWSKA-KOZOŁUB, S. 45.

> die Krakauer und sich von uns nur darin unterscheiden, daß sie eben in Schlesien wohnen. Und auch sie lebten dereinst viele Jahrhunderte hindurch unter polnischen Königen und Fürsten, sie sind getauft wie wir und auf polnisch im heiligen katholischen Glauben erzogen. Über sie herrschte einst genauso wie über uns Großpolen und über ganz Polen Bolesław Chrobry (...). Und ebenso herrschte über sie unser polnischer König Bolesław Krzywousty aus dem Hause der Piasten (...), der in schlesischen Landen auf dem Hundsfeld bei Breslau mit den Deutschen aufräumte und ihnen derart das Fell über die Ohren zog, daß die Hunde von nah und fern herbeiströmten, um das Blut aufzulec??ken. Von da an wird es das Hundsfeld genannt."[279]

Im Ergebnis wurde die schlesische Bevölkerung mit dieser Publizistik freilich kaum erreicht. Einen breiten, nachweisbaren Einfluß auf die politische Stimmung unter den polnischsprachigen Schlesiern konnten die besagten Aktivitäten vor 1863 jedenfalls nicht entfalten. Auch der unter tatkräftiger Mithilfe Łepkowskis 1848 in Beuthen gegründete polnischsprachige *Dziennik Górno-Śląski* [Oberschlesische Tageszeitung] blieb Episode; das Blatt ging 1849 schon wieder ein.[280]

4. Der tiefgreifende Umbruch innerhalb der politischen Landschaft Polens nach dem Scheitern

279 JÓZEF ŁEPKOWSKI: *O braciach naszych na Śląsku* [Über unsere Brüder in Schlesien], in: „Wiarus" 1850, Nr. 17, S. 66. – Die zitierte Passage bezieht sich auf eine kurze kriegerische Auseinandersetzung zwischen Polen und dem vom böhmischen Herzog Svatopluk unterstützten deutschen Kaiser Heinrich V. im Jahre 1109. Nach vergeblicher Belagerung der Festungen Beuthen, Glogau und Breslau und durch ständige polnische Entlastungsangriffe geschwächt – in diesem Kontext kam es zum Scharmützel auf dem genannten „Hundsfeld" – mußte das kaiserliche Heer schließlich unverrichteter Dinge den Rückzug antreten.

280 Siehe hierzu SCHWIDETZKY, S. 17f., 22f.; ŁEPKOWSKI, *Wiadomości o Szląsku* (wie Anm. 276), S. 363. – Łepkowski hatte das Blatt zwischen November 1848 und Februar 1849 selbst geleitet, mußte Schlesien auf Druck der preußischen Behörden dann aber verlassen.

des Januaraufstandes von 1863

4.1. Voraussetzender Exkurs: Gesellschaftlich-soziale Umbrüche in Polen nach 1863

Der militärisch wiederum auf Kongreßpolen und Teile Litauens beschränkte Aufstand vom Januar 1863, der paradoxerweise in die Phase einer relativ moderaten russischen Polenpolitik und einer immerhin nur aus Polen bestehenden Zivilregierung unter Marquis Wielopolski fiel, kann als die letzte und vergebliche große Kraftanstrengung der alten polnischen Adelsnation mit dem Ziel einer Wiedererlangung der Unabhängigkeit im nationalen Alleingang betrachtet werden. Anders als 1830/31 gelang es den Aufständischen 1863 nicht, geschlossene Gebiete oder auch nur eine einzige größere Stadt in die Hand zu bekommen, ihr erbitterter Kleinkrieg gegen die russische Übermacht zog sich gleichwohl 15 Monate, bis zum April 1864, hin. Die grausame Rache der Sieger versetzte dem polnischen Adel in Kongreßpolen und besonders auch in den ehemals polnischen Ostgebieten einen Schlag, von dem er sich nie mehr erholen sollte.[281] Auch auf internationaler Ebene waren die Folgen fatal. Hatte der Novemberaufstand trotz seines militärischen Scheiterns die polnische Frage immerhin für geraume Zeit auf die europäische Tagesordnung gesetzt und den Polen große internationale Sympathien eingebracht – auch und gerade in Deutschland –, so erwies sich der Januaraufstand als Desaster auf ganzer Linie. Während die drei Teilungsmächte in ihrer Entschlossenheit zur Aufrechterhaltung des Status quo zu Lasten Polens noch weiter bestärkt wurden, gingen auch in Westeuropa die Sympathien für die polnischen „Störenfriede“ merklich zurück.

Der politische Umbruch, den das Scheitern von 1863 mit sich brachte, verband sich in Kongreßpolen mit einem sozialen Umbruch, der sich anderswo in Europa in ähnlicher Weise schon früher vollzogen hatte. Das öffentliche Leben wurde immer stärker von einem aufstrebenden bürgerlichen Mittelstand bestimmt, der Teile des jäh pauperisierten Adels in sich aufsog. Politischer Schrittmacher unter den Bedingungen der Staatenlosigkeit nach 1863 wurde eine aus dem Bürgertum bzw. dem verbürgerlichten Kleinadel hervorgegangene Intelligenzschicht mit Schwerpunkt in Warschau,

[281] Neben der Hinrichtung der Rädelsführer des Aufstandes und über 10.000 Verbannungen nach Sibirien oder Innerrußland, die erst 1883 aufgehoben wurden, kam es zur Konfiskation zahlloser Güter, was den Adel in seiner ökonomischen Basis traf. – Grundlegend zum 1863er Aufstand KIENIEWICZ, insb. S. 733ff. (unmittelbare Folgen des Aufstandes); zu den Konsequenzen seines Scheiterns für das wirtschaftliche und soziale Leben in Kongreßpolen knapp auch ZGÓRNIAK, S. 75.

die sich sozial zunehmend auch nach unten öffnete.[282] Zugleich sorgte die zunächst v.a. in Kongreßpolen einsetzende Industrialisierung auch in Polen für das langsame Entstehen eines Industrieproletariats.[283] Ganz im Gegensatz zu Westeuropa vollzog sich in Polen die Transformierung der traditionellen Adels- in eine moderne Klassengesellschaft jedoch nicht im gesamtnationalen Rahmen, sondern unter den Bedingungen der Teilung, also in Ermangelung sowohl einer einheitlichen Wirtschafts- oder Regulierungspolitik als auch einer nationalen Kommunikations- und Bildungspolitik.[284] Damit verbunden war ein zunehmender Integrationsdruck der Teilungsmächte mit ihren sehr verschiedenen Systemen, was eine ökonomisch-soziale Auseinanderentwicklung der drei polnischen Teilgebiete und zugleich auch eine Ausbildung unterschiedlicher politischer Mentalitäten nahezu unvermeidlich machte. Sie traten neben den schon bestehenden Antagonismus zwischen Adel und Bauerntum innerhalb der polnischen Gesellschaft.[285]

Mit dem von Kongreßpolen ausgehenden gesellschaftlichen Modernisierungsprozeß war jedoch auch eine Reihe von Faktoren verbunden, die es den Polen ermöglichten, sich als nationale Gemeinschaft über die staatlichen Grenzen hinweg zu behaupten bzw. sich überhaupt erst zu einer solchen zu entwickeln. Hierzu zählen nicht zuletzt die wachsende Migration zwischen den einzelnen Teilgebieten und die im Zeichen des Eisenbahnbaus zunehmende Mobilität, die eine Kontaktaufnahme der verschiedenen sich formierenden politischen Gruppierungen erleichterte.[286] Damit einher gingen ein grundlegender Wandel der politischen Kultur und eine breite gesellschaftliche Demokratisierung. Beide Strömungen mündeten ab der zweiten Hälfte der 80er Jahre schließlich in der Herausbildung politischer Massenbewegungen und -parteien mit gesamtpolnischem Anspruch, in deren Programmen die Integrationsfrage einen großen Stellenwert einnahm.[287] Die entscheidende Rolle auf dem Weg hierhin spielte allerdings die polnische Presse, deren Bedeutung gegenüber der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts jetzt noch deutlich anwuchs. Im Zeichen einer rasch zunehmenden Alphabetisierung erreichten die innerhalb der polnischen Intelligenz um die weltanschauliche Ausrichtung der polnischen Gesellschaft und die staatlich-territoriale Zu-

---

282 H. LEMBERG, S. 87, greift zur Kennzeichnung dieser Schicht auf den ins Deutsche mit „Gesellschaft“ korrekt, gleichwohl nur unzureichend übersetzten polnischen Terminus *społeczeństwo* zurück, der in diesem konkreten Zusammenhang mit „Intelligencja“ besser bezeichnet ist.

283 Besonders Warschau und Lodz entwickelten sich im Laufe des 19. Jahrhunderts zu wichtigen Industriezentren, was sich insbesondere in einer Vervielfachung ihrer Bevölkerung niederschlug. So wuchs die Bevölkerung Warschaus von 65.000 (1800) auf fast 300.000 (1870) und schließlich auf fast 800.000 Menschen (1910) an. – Die Zahlen nach HAUSMANN, Adelsgesellschaft, S. 41f.

284 HAHN, Przymus modernizacyjny, S. 290.

285 GALOS, Tendencje integracyjne, S. 13.

286 Ebenda, S. 9; vgl. WAPIŃSKI, W kręgu wyobrażeń, S. 313. – ŁEPKOWSKI, Naród polski, S. 60, weist in diesem Zusammenhang auf die integrationsfördernde Wirkung religiöser Pilgerfahrten über die Teilgebietsgrenzen hinweg hin.

287 GALOS, Tendencje integracyjne, S. 11f.; HAHN, Przymus modernizacyjny, S. 294; vgl. auch WAPIŃSKI, Podstawowe przemiany, S. 23f., 27f.

kunft Polens geführten Debatten über volkstümliche Blätter erstmals auch die Landbevölkerung. Die Presse übernahm so die Funktion eines Transmissionsriemens für gesamtpolnische Ideen.[288] In diesem Zusammenhang nahm auch die Berichterstattung über die Lage der polnischsprachigen Bevölkerung in den „Westgebieten“ zu und wurde breiteren Schichten zugänglich.

Die über die Presse maßgeblich mitbeförderte Binnenintegration der polnischen Gesellschaft vollzog sich zwangsläufig gegen die ihrerseits auf Integration bzw. sogar Assimilation ihrer polnischen Bevölkerungsanteile abzielenden Teilungsmächte. Im Ergebnis dieser spezifischen Konfliktlage wurde der „Staat“ im Bewußtsein der Polen zu etwas Fremdem, zu etwas Nichtpolnischem im Sinne von Tradition, Sprache, Kultur und Glauben – ein Umstand, der die politische Mentalität der Polen bis weit ins 20. Jahrhundert hinein maßgeblich beeinflußt hat.[289] Ein neuartiger polnischer Nationalismus, wie er sich nach dem moralischen Kollaps der politischen Romantik mit ihren rückwärtsgewandten Restitutionsphantasien herauszubilden begann, mußte sich in dieser Situation zwangsläufig an ethnischen Kriterien orientieren und die Integration der bislang abseits stehenden Bauernschaft zu seinem Hauptanliegen erklären.

Wie anderswo in Europa ist dieser Nationalismus auch in Polen als Produkt des Zerfalls einer traditionellen Gesellschaft entstanden; zwischen dem Aufstieg der polnischen Nationalbewegung und dem tiefgreifenden sozioökonomischen Wandel ergibt sich eine augenfällige Koinzidenz.[290] Die Zäsur von 1863 war hierfür nicht ursächlich, sondern verstärkte und beschleunigte lediglich eine Entwicklung, die – wenn auch nicht überall gleichzeitig und in unterschiedlicher Ausprägung – letztlich alle europäischen Gesellschaften ergriff. Daß die neuen nationalen Ideen vor allem aus Kreisen der Warschauer Intelligenz kamen und von dort ins preußische Teilgebiet ausstrahlten, während sie im weiterhin rein agrarisch geprägten Galizien zunächst auf weniger fruchtbaren Boden fielen, spricht für die vieldiskutierte These, wonach letztlich die Industrialisierung als Achse des Modernisierungsprozesses die Bedingungen erst schuf, unter denen der Nationalismus zum Grundprinzip der modernen Politik werden konnte. Eine solche, der sozioökonomischen Entwicklung den Vorrang vor geistesgeschichtlichen Faktoren einräumende Sichtweise ist in der modernen Nationalismustheorie u.a. von Ernest Gellner[291] und Karl W. Deutsch[292] vertreten worden.

288 Bezogen auf das preußische Teilgebiet hierzu R. JAWORSKI, S. 50ff., insb. S. 56.
289 HAHN, Przymus modernizacyjny, S. 289, 292f.
290 SMITH, S. 41; J. J. KULCZYCKI, S. 131f.
291 Für den aus marxistischer Sicht argumentierenden GELLNER ist der Nationalismus eine direkte und zugleich notwendige Konsequenz aus der Industrialisierung, da diese zu einer Auflösung traditioneller sozialer Bindungen führt. Seiner Theorie zufolge verselbständigt sich die Kultur in der modernen Gesellschaft zu einer eigenständigen losgelösten Sphäre und wird unter den Bedingungen des permanenten Wirtschaftswachstums und der entwikkelten Arbeitsteilung zur Grundlage einer nationalen Identität. – KIZWALTER, S. 172, bejaht diese These am polnischen Beispiel im Grundsatz, weist zugleich jedoch darauf hin, daß der Begriff der Kulturgemeinschaft in Polen bereits gegen Ende der Agrarepoche existierte, auch wenn er noch bis weit ins 19. Jahrhundert hinein nur einen Teil der Gesellschaft umfaßte.

Der Theorie von Deutsch zufolge haben die neuzeitlichen wirtschaftlich-sozialen Modernisierungsprozesse überhaupt erst die Grundlage für eine verstärkte soziale Mobilisierung und für eine Intensivierung der Massenkommunikation innerhalb einer durch Sprache und Kultur verbundenen Gemeinschaft geschaffen. Das Nationalbewußtsein der zu integrierenden Gesellschaftsschichten entwickelt sich demnach analog zu den Kommunikationsformen und -mitteln – ein Prozeß, der sich im geteilten Polen nach 1863 mit der Etablierung und zunehmend differenzierten Ausgestaltung eines eigenen Pressewesens sowie dem Auftreten von Massenparteien und der damit verbundenen politischen Agitation unübersehbar vollzog.[293] Spezifisch polnische Faktoren dürfen hierbei freilich nicht außer acht bleiben, so der wachsende Assimilierungsdruck vor allem im preußischen und im russischen Teilgebiet, der auf polnischer Seite entsprechende Reaktionen hervorrief. Offenkundig ist jedenfalls der tiefgreifende Umbruch, der sich in der polnischen politischen Ideengeschichte nunmehr vollzog.

4.2. Um die Erhaltung der „nationalen Substanz“: Neue politische Konzeptionen in Polen nach 1863

Bevor die Forderung nach einer Wiederherstellung der Unabhängigkeit Polens um die Jahrhundertwende eine Renaissance erlebte, wenn auch unter anderen Vorzeichen als vor 1863, wurde in der polnischen Gesellschaft zunächst eine breite Diskussion darüber geführt, wie die polnische nationale Substanz auch unter den Bedingungen fortwährender Teilung, deren Überwindung nach dem Scheitern des Januaraufstands in weite Ferne gerückt schien, erhalten werden könne. Im Zentrum solcher Überlegungen stand der Versuch, den Nutzen des sich unaufhaltsam vollziehenden gesellschaftlich-ökonomischen Modernisierungsprozesses nicht allein den Regierungen und Institutionen der Teilungsmächte zu überlassen, sondern selber daran zu partizipieren.[294]

---

292 Grundlegend formuliert bei DEUTSCH, Nationalism; darauf aufbauend DERS., Nationenbildung, S. 202-237. – Den Nationalismus definiert Deutsch hier als „eine Geistesverfassung, die ‚nationalen‘ Nachrichten *(messages)*, Erinnerungen und Vorstellungen einen bevorzugten Platz in der gesellschaftlichen Kommunikation und ein stärkeres Gewicht im Entscheidungsprozeß einräumt“ (S. 204). – Die Anfälligkeit für den so definierten Nationalismus sieht er im Zusammenspiel mit einer zunehmenden sozialen Mobilisierung scharf ansteigen: „Soziale Mobilisierung bedeutet daher potentielle Politisierung, und sie beinhaltet sehr wahrscheinlich eine Politisierung entlang den Linien von Sprache und ethnischer Kultur (...)“ (S. 207).

293 Unter sozialer Mobilisierung versteht DEUTSCH, Nationenbildung, S. 206, „die nachweisbaren Auswirkungen der modernen Technologie und Wirtschaftsmethoden“ und subsumiert hierunter u.a. den Einfluß von Massenkommunikationsmedien, die Verbreitung von Lesen und Schreiben sowie die zunehmenden Möglichkeiten politischer Partizipation (z.B. durch die Mitgliedschaft in Interessengruppen oder die Teilnahme an Wahlen). – Der methodische Ansatz von Deutsch wird u.a., bezogen auf die schrittweise Entwicklung einer nationalpolnischen Bewegung in der preußischen Provinz Westpreußen, von BÖHNING, S. 2, berücksichtigt.

294 HAHN, Przymus modernizacyjny, S. 291.

Träger dieser neuen Strömung waren die sogenannten „Warschauer Positivisten". Ihren maßgeblichen Vordenker fanden sie in dem Publizisten Aleksander Świętochowski (1849-1938)[295], der seit 1881 in Warschau die Zeitung *Prawda* [Die Wahrheit] herausgab. Świętochowski verkörperte eine Generation, die an den Aufständen selbst nicht mehr aktiv teilgenommen hatte und die der überkommenen romantischen Schwärmerei eine rationale, nüchterne und illusionslose Weltsicht entgegensetzte. Auf dieser Grundlage entwickelten die Positivisten ein weltanschauliches Programm, das über die Sphäre des unmittelbar Politischen hinausging und in dessen Mittelpunkt ein neuartiges Verständnis des Begriffs der „organischen Arbeit" stand.[296] Das Ziel einer Unabhängigkeit Polens wurde hierin zwar nicht endgültig aufgegeben, mit Blick auf die politischen Realitäten in Europa aber fürs erste von der politischen Tagesordnung abgesetzt; zugleich wurde dem Gedanken eines neuerlichen Aufstandes eine entschiedene Absage erteilt.[297] Für Świętochowski war der Verlust der Unabhängigkeit nicht einmal unbedingt ein Unglück, vielmehr eine Prüfung, die es zu bestehen galt und die für die Zukunft auch Chancen beinhaltete.[298] Diese Chancen sollten die Polen durch eine tagtägliche „Arbeit an den Grundlagen" *(Praca u podstaw)* nutzen, d.h. sie sollten, anstatt politischen Träumereien nachzuhängen, das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in die eigenen Hände nehmen, ihre unmittelbare Umwelt selbst gestalten und sich so dem Integrationsdruck der Teilungsmächte entziehen. Damit war ein Programm formuliert, das den Fortbestand der polnischen Nation auch ohne die Aussicht, in absehbarer Zeit wieder zu einem eigenen Staat zu kommen, garantieren sollte. Mit seiner Betonung des wirtschaftlichen Erfolges war der Warschauer Positivismus seinem Wesen nach eine zutiefst bürgerlich-liberale, die Spielregeln des Kapitalismus bejahende Bewegung. Entsprechend wandte er sich zunächst vor allem gegen den überkommenen Standesegoismus des Adels, später auch scharf gegen sozialistische Bestrebungen.[299]

Über das zahlenmäßig noch schwache Bürgertum hinaus predigten die Positivisten aber auch das Ideal einer klassenübergreifenden nationalen Solidarität, die selbstverständlich auch die Bauernschaft mit einschloß. Im Sinne einer umfassenden Demokratisierung sollte die einfache Landbevölkerung in den angestrebten gesellschaftlichen Emanzipationsprozeß integriert werden, was für Świętochowski vor allem über die Hebung ihres Bildungsstandes zu erfolgen hatte.[300] Das positivistische Leitmotto „Arbeit und Bildung" *(praca i oświata)* strahlte vom Königreich Polen nicht nur nach

---

[295] HDP, S. 590f.

[296] Siehe grundlegend hierzu Dzieje polskiej myśli politycznej, S. 229ff.; GRONIOWSKI, S. 367-382; Droga do niepodległości, S. 35ff. (Einleitung v. Tomasz Kizwalter u. Jerzy Skowronek).

[297] MODZELEWSKI, S. 59.

[298] BROCK, Polish Nationalism, S. 332; W. FELDMAN, Geschichte der politischen Ideen, S. 273f.

[299] Dzieje polskiej myśli politycznej, S. 239; GRONIOWSKI, S. 375f.; MODZELEWSKI, S. 53ff.

[300] Dzieje polskiej myśli politycznej, S. 238f.; MODZELEWSKI, S. 167ff. – Świętochowski predigte in diesem Zusammenhang besonders nachdrücklich die Überwindung des Analphabetismus.

Posen und Galizien aus, sondern über Posen[301] auch in die „Westgebiete", wo außer einer polnischen Nobilität bislang auch ein polnischer Mittelstand weitgehend fehlte. Oberschlesien und Masuren erschienen in diesem Zusammenhang als geradezu ideales „Testgelände" dafür, mittels gezielter Bildungsarbeit eine eigenständige sozioökonomische Entwicklung und damit im Ergebnis die Entwicklung eines polnischen Nationalbewußtseins auch unter extrem schwierigen Voraussetzungen zu schaffen. Anders ausgedrückt: Sollte in diesen Gebieten eine nationale Integration der polnischsprachigen Landbevölkerung gelingen, brauchte man sich um den Erhalt der nationalen Substanz in den polnischen Kernlanden erst recht keine Sorgen zu machen, auch nicht unter den Bedingungen fortdauernder staatlicher Teilung.[302]

Im deutlich konservativer geprägten Galizien wurden nach 1863 gleichfalls Konzeptionen entwickelt, wie das polnische nationale Leben unter den Bedingungen der Fremdherrschaft fortgeführt werden könnte, ohne dabei völlig in den drei Teilungsnationen aufzugehen. Das Ziel der Wiedererlangung der Unabhängigkeit rückte dabei allerdings in noch weitere Ferne als bei den Warschauer Positivisten. Bereits kurz nach Zusammenbruch des Januaraufstandes hatte einer der Führer des galizischen Konservatismus, Paweł Popiel (1807-1892), scharfe Kritik an der polnischen Aufstandstradition geübt.[303] Das Abrüc??ken vom polnischen Unabhängigkeitsideal verband sich mit einem Bekenntnis zur Aufrechterhaltung des territorialen Status quo, also der Zugehörigkeit Galiziens zum österreichischen Staat, der den galizischen Konservativen mit seiner katholischen Ausrichtung und seinen Vorbehalten gegen den Liberalismus gar nicht so unsympathisch war.[304] Dieses Bekenntnis fiel vergleichsweise leicht angesichts des 1867 gewährten und in der Folgezeit noch erweiterten Autonomiestatuts[305], das Galizien in den Augen vieler politischer Denker für die Zukunft die Rolle eines „polnischen Piemont" zuwies, wie es in Anspielung auf den italienischen Einigungsprozeß hieß. Das (nach außen gerichtete) Ideal der Unabhängigkeit *(niepodległość)* wurde damit abgelöst durch das wesentlich bescheidenere, aber auch realistischere Ideal einer (nach innen gerichteten) Selbständigkeit (*samodzielność*, im Sinne von Selbstverwaltung).[306] Zwar traten auch in den anderen polnischen Gebieten Verfechter eines Ausgleichs (poln. *ugoda*) und einer „dreifachen Loyalität" *(trójlojalizm)* gegenüber den Teilungsmächten in Erscheinung, doch fan-

301 Siehe hierzu SZYMAŃSKI, insb. S. 3ff., 43ff. – Der spätere Herausgeber der Posener Zeitung *Orędownik* [Der Fürsprecher] propagiert hier u.a. Arbeit und Bildung als lebenserhaltende gesellschaftliche Faktoren und appelliert an die Posener Polen, den ökonomischen Konkurrenzkampf mit den Deutschen um Land- und Kapitalbesitz aufzunehmen.

302 Vgl. hierzu WANATOWICZ, S. 27ff.; WRZESIŃSKI, Prusy Wschodnie, S. 18f.; vgl. auch SCHWIDETZKY, S. 23f.

303 Stańczycy, S. 5 (Einleitung v. Marcin Król); vgl. KUDŁASZYK, Myśl społeczno-polityczna, S. 12. – Zu Popiel siehe PSB, Bd. 27, S. 568-572.

304 H. LEMBERG, S. 90.

305 Das Statut beinhaltete u.a. die Einführung des Polnischen als Unterrichts-, Gerichts- und Amtssprache; außerdem erhielten die galizischen Polen zur Vertretung ihrer Belange einen eigenen Minister in der Zentralregierung.

306 M. JASKÓLSKI, Problem niepodległości, S. 130.

den diese angesichts der repressiveren Polenpolitik der deutschen bzw. russischen Regierung in der eigenen Bevölkerung deutlich weniger Widerhall.

Vertreten wurde das Konzept einer vorbehaltlosen österreichisch-polnischen Allianz mit antirussischer Ausrichtung von einer Gruppe junger Historiker und Literaten unter Führung Józef Szujskis (1835-1883), die sich mit dem *Przegląd Polski* [Polnische Umschau] ein eigenes wissenschaftlich-literarisches Mitteilungsorgan schuf und nach einer dort 1869/70 veröffentlichten Serie satirischer Briefe „Stanczyken" nannte.[307] Revolutionäre Bestrebungen wurden von den Vertretern dieser Denkrichtung genauso entschieden abgelehnt wie ein starrer, auf die bloße politische und soziale Besitzstandswahrung des Adels fixierter Altkonservatismus ostgalizischer Prägung. In der Erkenntnis, daß der Erhalt der polnischen nationalen Substanz auf Dauer auch die Integration breiterer, bislang abseits stehender Bevölkerungsschichten unumgänglich machte, waren die Krakauer „Stanczyken" zur Erörterung von Konzessionen hinsichtlich der Lage der Bauern bereit, hielten zugleich jedoch am Ideal einer „nationalen Elite" fest.[308] In ihrer Überzeugung, daß nicht ein schwärmerischer politischer Irredentismus, sondern nur eine langfristige nationale Erziehungsarbeit den Polen einen Weg in die Zukunft weisen könne, standen die „Stanczyken" durchaus den Warschauer Positivisten nahe, hatten im Gegensatz zu diesen aber ein stärker politisches, nicht so sehr auf die Sphäre des Ökonomischen fixiertes Verständnis der „organischen Arbeit". Scharf abgelehnt wurde zudem der ausgeprägte Antiklerikalismus der Positivisten.[309]

Beide Strömungen blieben jedoch intellektuelle Denkschulen und entwickelten sich nie zu festgefügten politischen Parteien weiter. Geistig verankert waren die Krakauer Konservativen vor allem in der Geschichtswissenschaft. Szujski, der seit 1869 einen Lehrstuhl für polnische Geschichte an der Krakauer Jagiellonenuniversität innehatte, Walerian Kalinka und später Michał Bobrzyński (1849-1935) prägten mit ihren Arbeiten die so bezeichnete „Krakauer Schule" der polnischen Geschichtsschreibung.[310] Ausgehend von der Grundthese, daß der ewige Widerstreit der beiden Prinzipien Anarchie und Ordnung die Geschichte bestimme, entwickelten die Krakauer

---

[307] Die Briefe wurden unter der Bezeichnung „Mappe des Stanczyk" *(Teka Stańczyka)* bekannt, womit auf die Gestalt eines Hofnarren aus dem 16. Jahrhundert angespielt wurde, dessen Rolle darin bestanden hatte, dem König Zygmunt Stary („Der Alte") in humoristischer Form bittere Wahrheiten zu sagen (in Auszügen abgedruckt bei KRÓL, S. 73ff.). – Zum politischen Weltbild der „Stanczyken" grundlegend M. JASKÓLSKI, Kaduceus Polski.

[308] M. JASKÓLSKI, Konserwatyzm – Nacjonalizm, S. 100; H. LEMBERG, S. 90. – Szujski entwickelte in diesem Zusammenhang eine eigene Definition des Begriffspaares *lud-naród*. Während der *lud* für ihn einfach die ein bestimmtes Territorium bewohnende Bevölkerung darstellte, definierte er den *naród* als eine ihrer eigenen Vergangenheit und ihrer eigenen Interessen bewußte Gruppe. Eine grundlegende nationale Aufgabe mußte es mithin sein, den *lud* mittels Erziehung in den *naród* zu integrieren. – Siehe hierzu KARPIŃSKI, S. 210.

[309] WALICKI, Philosophy, S. 341f.; grundlegend hierzu JASZCZUK.

[310] Siehe hierzu u.a. W. SMOLEŃSKI, Szkoły historyczne; W. FELDMAN, Geschichte der politischen Ideen, S. 1ff.; SEREJSKI, Krakowska szkoła historyczna, S. 11-45; DERS., Naród a państwo, S. 173ff., 192ff., 200ff.; GRABSKI, Orientacje, S. 301ff.

Historiker ein bezüglich der polnischen Vergangenheit zutiefst pessimistisches Geschichtsbild, das die Gründe für den Niedergang und die schließliche Auslöschung des polnischen Staates primär den Polen selbst zuwies und darüber hinaus als ideologische Grundlage für den politischen Kurs der Krakauer Konservativen in der Gegenwart diente.[311] Die in den Augen der „Stanczyken" kurzsichtige Eigensucht des polnischen Adels der späten Republik und seine vermeintliche Neigung zur Anarchie wurden hierbei in scharfen Worten gegeißelt und der Verlust der Eigenstaatlichkeit sozusagen als „gerechte" Strafe für diese grundlegende Fehlentwicklung dargestellt. Aus dieser Logik heraus resultierte bei den Krakauer Konservativen ein tiefes Mißtrauen gegen die Demokratie und zugleich das Postulat eines starken Staates, den sie am ehesten in der Habsburger Monarchie verwirklicht sahen. Im von ihm so bezeichneten *liberum conspiro*, also der fatalen Neigung des polnischen Adels zu eigenbrötlerischem Verschwörertum, sah Szujski die konsequente Fortsetzung jenes verhängnisvollen *liberum veto*, das den polnischen Parlamentarismus im 18. Jahrhundert weitgehend lahmgelegt hatte.[312] Daß die Piastenzeit mit ihrem zumindest zeitweise starken Königtum in den Werken der „Krakauer Schule" deutlich besser wegkam, nimmt vor diesem Hintergrund nicht wunder (s.u. Kap. 6.1.1.).

Ein deutlich optimistischeres Bild der polnischen Vergangenheit zeichnete demgegenüber die ab den 80er Jahren in Erscheinung tretende, liberal orientierte „Warschauer Schule" der Geschichtsschreibung, die ihrerseits dem Warschauer Positivismus nahestand.[313] Maßgeblich geprägt wurde diese Richtung von den Historikern Tadeusz Korzon (1839-1918) und Władysław Smoleński (1851-1926). In ihren Arbeiten räumten zwar auch sie selbstverschuldete Gründe für den Niedergang der polnischen Republik ein, akzentuierten die äußeren Ursachen aber sehr viel stärker als die Krakauer. Für Korzon und Smoleński hatte die innere Wiedergeburt der polnischen Nation bereits unter König Stanisław August mit den Reformen des Vierjährigen Reichstages und der Maiverfassung eingesetzt, an deren Vollzug Polen dann durch die Nachbarmächte gehindert wurde – der polnische Freiheitskampf vor und nach den Teilungen erfuhr so seine historische Rehabilitierung.[314] Ihre Kritik galt hingegen allen Spielarten des Feudalismus, des monarchischen Absolutismus und des Klerikalismus, was die Historiker der „Warschauer Schule" in einen scharfen politischen Gegensatz zu ihren Krakauer Kollegen brachte.[315]

Die „Warschauer Schule" stand am Beginn einer machtvollen Renaissance des Unabhängigkeitsgedankens, der sich in den Programmen der kurz vor der Jahrhundertwende entstehenden politischen Massenparteien niederschlug und auch das Schaf-

---

311 Detailliert hierzu M. JASKÓLSKI, Kaduceus Polski, S. 58ff.
312 W. FELDMAN, Geschichte der politischen Ideen, S. 252.
313 Siehe hierzu GRABSKI, Orientacje, S. 272ff.; MATERNICKI, S. 93-125; SEREJSKI, Naród a państwo, S. 207ff.; W. SMOLEŃSKI, Szkoły historyczne, S. IIIff. (Einleitung).
314 MATERNICKI, S. 98f., 109; WÓJCIK-ŁAGAN, S. 83.
315 WÓJCIK-ŁAGAN, S. 80.

fen weiterer, jüngerer Historiker wie etwa Szymon Askenazy (1866-1935) nachhaltig beeinflußte.[316]

Mit dieser Entwicklung schwand der Einfluß der sich weiterhin vorwiegend aus den Kreisen des gebildeten Adels rekrutierenden „Stanczyken“, die mit dem Aufstieg der polnischen Bauernbewegung auch in ihrer eigenen galizischen Hochburg zunehmend unter politischen Druck gerieten.[317] Zugleich wurde, je mehr ab 1890 die europäischen Mächtekonstellationen in Bewegung gerieten, auch der Warschauer Positivismus mit seiner Fixierung auf die ökonomische Sphäre fragwürdig. Im Ergebnis vollzog sich in den 90er Jahren der schrittweise Zerfall des positivistischen Lagers, wobei seine Losungen gleichwohl die Programmatik der neuen politischen Bewegungen, nicht zuletzt der Nationaldemokratie, maßgeblich beeinflußt haben.

4.3. Wandlungen des polnischen Deutschenbildes nach 1870

Das Scheitern des Aufstandes von 1863 bedeutete nicht die einzige wichtige Zäsur in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts; auch die kleindeutsche Reichseinigung von 1870/71, die die unter preußischer Herrschaft lebenden Polen zugleich zu Bürgern des Deutschen Reiches machte, und der sich daran anschließende Kulturkampf beeinflußten die polnische Geisteswelt nachhaltig. Im Rahmen einer ideengeschichtlichen Periodisierung der Teilungszeit ist daher verschiedentlich auch dieses Datum herangezogen worden.[318] Eine zufriedenstellende Lösung ergibt sich in diesem Zusammenhang nur, wenn nach den einzelnen Teilgebieten differenziert wird. Während das Jahr 1863 natürlich für Kongreßpolen und, was seine geistigen Auswirkungen betrifft, auch für Galizien als das wichtigere Datum anzusehen ist, so bedeutet für das preußische Teilgebiet die deutsche Einigung die entscheidende Zäsur. Zugleich waren die Ideologie der späteren Nationaldemokratie und insbesondere das von ihr verfochtene Territorialprogramm maßgeblich geprägt von einem spezifischen Preußen- bzw. Deutschlandbild, wie es sich im Zusammenhang mit aktuellen Ereignissen nach 1870 herausbildete.

Obwohl die Teilungsmacht Preußen bei den Polen von jeher in schlechtem Ansehen stand, darf nicht übersehen werden, daß gerade dieses Preußen ein ursprünglich supranationales Staatswesen war, das seinen nichtdeutschen Untertanen zwar bedingungslose staatspolitische Loyalität, nicht aber das völlige Aufgehen in der deutschen Sprache und Kultur abverlangte. Entsprechend wurde in den ersten Jahren nach den Teilungen noch der Versuch unternommen, die Polen als „Preußen polnischer Zunge“ gleichberechtigt zu integrieren. Wie bereits geschildert, war dieser spezifisch preußische Staatsgedanke freilich schon lange vor 1870 zunehmend ausgehöhlt worden. Im Ergebnis der deutschen Einigung fanden sich die Polen dann auf einmal als ethnische Minderheit in einem unifizierenden Nationalstaat wieder – ein Umstand, der sich in

316 MATERNICKI, S. 102ff.
317 Vgl. hierzu Stańczycy, S. 34ff. (Einleitung v. Marcin Król).
318 So z.B. bei CZARNOTA, S. 48; ebenso bei ŁEPKOWSKI, Naród polski, S. 47f.

dem viel geäußerten Satz wiederspiegelt, daß die Polen zu Preußen vielleicht hätten werden können, zu Deutschen hingegen nie.[319]

Bereits die Debatten der Paulskirche hatten die Polen unter preußischer Herrschaft gelehrt, daß die kurzzeitige Polenbegeisterung der deutschen Liberalen nach 1830 rasch verflogen war und daß sie von einer deutschen Vereinigung im Zweifel nichts Gutes zu erwarten hatten.[320] Die Proteste der polnischen Abgeordneten gegen eine Einbeziehung der Provinz Posen in das neue Deutsche Reiche verhallten 1871 wirkungslos. Der von Reichskanzler Bismarck schon bald darauf ausgerufene und auf die Zurückdrängung des Einflusses der katholischen Kirche abzielende Kulturkampf ging im preußischen Osten mit der Einführung des Deutschen als alleinige Unterrichtssprache an den Volksschulen zuerst in Schlesien (1872), dann auch in den Provinzen Posen und Westpreußen (1873) einher. Es folgte die schrittweise Abschaffung des Polnischen als Unterrichtssprache auch an den höheren Schulen bis 1890.[321] Während sich das Verhältnis zwischen der Reichsleitung und dem deutschen Katholizismus, der seinen politischen Arm in der Zentrumspartei besaß, nach 1880 wieder normalisierte, verschärfte sich der deutsch-polnische Nationalitätenkonflikt im preußischen Osten weiter, vor allem infolge der 1885 verfügten Abschiebung von rund 30.000 Polen und Juden aus den deutschen Grenzprovinzen sowie der Ansiedlungsgesetzgebung von 1886 mit dem Ziel des Aufkaufs, der Parzellierung und der Verpachtung von möglichst viel polnischem Grundbesitz an deutsche Bauern. Teile der polnischen Eliten blieben gleichwohl loyal und suchten auch nach 1871 noch den deutsch-polnischen Ausgleich. Verkörpert wurde diese Politik in erster Linie von dem Mitglied des Preußischen Herrenhauses und zeitweiligen Reichstagsabgeordneten Józef Kościelski (1845-1911)[322] sowie von dem Erzbischof von Gnesen und Posen, Florian von Stablewski (seit 1892), der das polnische Engagement in Oberschlesien nicht nur nicht unterstützte, sondern sogar ausdrücklich zurückwies, wie mehrere seiner öffentlichen Äußerungen belegen.[323]

---

319 Vgl. FRAUENDIENST, S. 358f.

320 Vgl. hierzu CHLEBOWCZYK, Rola stosunków, S. 121f.

321 BROSZAT, S. 101ff.; LAUBERT, Die preußische Polenpolitik, S. 135ff.; siehe auch BLANKE, S. 17ff.

322 Hierzu KAMIŃSKI, S. 139-150. – FRAUENDIENST, S. 305f., verwechselt in seinem noch ganz der restaurativen deutschen Ostforschung der frühen Nachkriegszeit verhafteten und auf eine einseitige Exkulpierung der Polenpolitik Bismarcks abzielenden Aufsatz insofern Ursache und Wirkung, als er großpolnischen Agitatoren vorwirft, „die feste Mauer des Polnischen gegen die deutschsprechende Bevölkerung“ errichtet zu haben, was wiederum die Grundlage der Feindseligkeit Bismarcks gegen polnische Bestrebungen gewesen sei.

323 Siehe hierzu NEUBACH, Der Gnesen-Posener Erzbischof, S. 113-123, der auf S. 119 aus einem von Stablewski im September 1894 der „Neuen Freien Presse“ gegebenen Interview wie folgt zitiert: „Ich verwerfe die polnische Propaganda in Oberschlesien, denn in diesem Gebiet, das staatsrechtlich seit fünf oder sechs Jahrhunderten von Polen getrennt ist – zu einer Zeit also, da es ein Nationalgefühl in unserem Sinne überhaupt nicht gab –, ist für das Erwecken eines polnischen Nationalgefühls in unseren Tagen keine Berechtigung vorhanden.“

Nachdem die kurze Regierungszeit von Bismarcks Nachfolger Leo von Caprivi (1890-1894) tatsächlich zu einer gewissen Entspannung geführt hatte, brachte die anschließende abermalige Konfliktverschärfung das Konzept einer deutsch-polnischen Ausgleichspolitik endgültig zum Scheitern.[324] Das in Reaktion auf die Wirkungslosigkeit früherer Bestimmungen und auf den Druck deutscher nationalistischer Verbände hin im Jahre 1908 erlassene neue Ansiedlungsgesetz, das die Regierung zur Enteignung großer Güter aus polnischem Besitz gegen Entschädigung ermächtigte, wurde, obwohl in der Praxis bis 1914 in lediglich vier Fällen angewandt, für die Polen endgültig zum Symbol einer feindseligen Politik, die in Oberschlesien und Masuren auf die Assimilierung, in Posen und Westpreußen hingegen mehr und mehr auf die gewaltsame Verdrängung des polnischen Elements abzielte.[325] Über die preußischen Ostprovinzen hinaus, deren polnischsprachige Bewohner von solchen Maßnahmen betroffen waren, fand der deutsch-polnische Nationalitätenkonflikt im Sinne der allseits gepredigten nationalen Solidarität auch in den anderen polnischen Gebieten große Beachtung und prägte die Ausbildung polnischer Stereotypen gegenüber Deutschland und den Deutschen entscheidend.

Solche ethnischen Stereotypen, wie sie sich zwischen jahrhundertelang in gegenseitigem Kontakt stehenden Völkern zwangsläufig herausbilden, spielten zwischen Deutschen und Polen auch schon lange vor 1870 eine Rolle.[326] Das polnische Deutschenbild war dabei ambivalent; die unterschwellige Bewunderung der deutschen Kultur- und Zivilisationsleistungen war auf polnischer Seite gepaart mit einem tiefsitzenden Unbehagen gegenüber einer als stumpfsinnig und seelenlos empfundenen Fixierung „des" Deutschen auf Tugenden wie Ordnung, Disziplin und Gehorsam. Stereotypen, die eine einseitige Feindschaft oder gar Haß begründen würden, waren in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hingegen noch wenig verbreitet.[327] Das demgegenüber einseitig pejorative Deutschenbild, wie es sich nach 1870 vor allem mit Hilfe der Publizistik unter der polnischen Bevölkerung verbreitete[328], war in den einzelnen Publikationsorganen je nach deren politischer Richtung und Option natürlich unterschiedlich stark ausgeprägt[329], die deutsche Polenpolitik sorgte aber auch in Deutschland gegenüber potentiell loyalen Kreisen für eine zunehmend negative Beurteilung.

Das Bild von Deutschland im allgemeinen und von Preußen im besonderen flossen dabei vielfach ineinander, insbesondere in der Vorstellung, mit der deutschen Reichs-

324 Als Zäsur kann in diesem Zusammenhang angesehen werden, daß Kościelski im März 1894 aus Protest gegen die unflexible Regierungspolitik sein Reichstagsmandat niederlegte.

325 Zum Ansiedlungsgesetz und den Motiven für seinen Erlaß BROSZAT, S. 126f.

326 Grundlegend und detailliert zum polnischen Deutschenbild seit den Teilungen und allgemein zu Genese und Funktion ethnischer Stereotypen WRZESIŃSKI, Sąsiad. Czy wróg?; des weiteren DERS., Trwałość i zmienność, S. 21-54; T. JAWORSKI, S. 111-128.

327 T. JAWORSKI, S. 127.

328 Zum polnischen Deutschenbild speziell nach 1870 siehe WRZESIŃSKI, Niemcy w polskiej myśli politycznej, S. 67-118; PASIERB, S. 111-131; STANISZEWSKI, Z badań, S. 95-117; WAJDA, Obraz Niemców, S. 133-153; DERS., Das Bild der Deutschen.

329 WAJDA, Das Bild der Deutschen, S. 41.

einigung habe Preußen dem übrigen Deutschland nicht nur seine politische, sondern auch seine geistige Hegemonie aufgezwungen, symbolisiert in Militarismus, Bürokratismus und nicht zuletzt natürlich Protestantismus.[330] Nicht Preußen sei also in Deutschland „aufgegangen", so ein verbreitetes Motiv, vielmehr verhalte es sich genau umgekehrt. Ungeachtet der Tatsache, daß die Bevölkerung des kleindeutschen Kaiserreiches zu über einem Drittel aus Katholiken bestand, erleichterte der Kulturkampf die Herausbildung des Heterostereotyps einer Symbiose von Deutschtum und Protestantismus, dem das Autostereotyp des polnischen Katholiken *(Polak-katolik)* entgegengesetzt wurde – ein Konstrukt, das selbst im preußischen Osten nur wenig mit den Realitäten gemein hatte[331] und sich im Hinblick auf eine nationale Integration der protestantischen Masuren sogar als ausgesprochenes Hindernis erwies (s.u. Kap. 7.4.2.). Als gleichsam weltliche Emanation dieses preußisch-deutschen Protestantismus wurde dem großen Nachbarn im Westen ein geist- und seelenloser, auf ein bloßes Funktionieren seiner Staats- und Wirtschaftsmaschinerie ausgerichteter Materialismus angekreidet.[332] Als ideales Feindbild dienten der polnischen Publizistik die seit den 90er Jahren im preußischen Osten aktiven deutschen nationalistischen Verbände wie der „Alldeutsche Verband"[333] oder vor allem der 1894 infolge einer Huldigungsfahrt zu Altreichskanzler Bismarck nach Friedrichsruh gegründete „Deutsche Ostmarkenverein", der sich die „Förderung des Deutschtums in den Ostmarken", insbesondere in der Provinz Posen, zum Ziel gesetzt hatte. Ungeachtet seiner relativ geringen Mitgliederzahl gelangte er dank seiner guten Verbindungen und durch lautstarke Propaganda schon bald zu einer mächtigen Position und beeinflußte die antipolnische Gesetzgebung vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges erheblich.[334] Nach den

330 So z.B. bereits unter dem Eindruck des Krieges SZELĄGOWSKI, Niemcy, S. 16.

331 Eine weitgehende Deckung von Nationalität und Bekenntnis ergibt sich gemäß der Volkszählung des Jahres 1900 lediglich für die Provinz Posen (61,3% Polen; 67,8% Katholiken). Schon in Westpreußen ist das Bild sehr viel differenzierter (34,4% Polen [einschl. d. Kaschuben]; 51,2% Katholiken). Ganz anders hingegen die Situation in Oberschlesien (56,9% Polen; 90,0% Katholiken) und im Ermland (19,3% Polen; 88,6% Katholiken), wo die Zahlen das Bekenntnis auch der großen Mehrheit der deutschsprachigen Bevölkerung zum Katholizismus belegen.

332 Vgl. hierzu KOSKOWSKI, insb. S. 76.

333 Der 1891 gegründete und seit 1894 so genannte „Alldeutsche Verband" (ADV) verstand sich als völkischer Schutz- und Werbeverein. Ideologisch stand er auf dem Boden eines auf deutsche Hegemonie zielenden „Mitteleuropa"-Gedankens, trat für eine aktive deutsche Flotten- und Kolonialpolitik sowie den Schutz und die Unterstützung des Deutschtums im Ausland ein und beeinflußte in diesem Sinne große Teile des deutschen Parteienspektrums bis weit in die Reihen der Nationalliberalen hinein. Im Ersten Weltkrieg propagierte der ADV ein radikales Annexionsprogramm zur Sicherung und Erweiterung des deutschen „Lebensraums".

334 Grundlegend hierzu PAJEWSKI, Dzieje Hakaty; von deutscher Seite neuerdings S. GRABOWSKI, insb. S. 65ff. – Gleichwohl wird der reale Einfluß des „Ostmarkenvereins" in der polnischen Forschung vielfach überschätzt. Die nur viermalige Anwendung des Enteignungsgesetzes von 1908 und die Tatsache, daß die preußische Nationalitätenstatistik bis

polnischen Anfangsbuchstaben seiner drei Gründer, der Posener Großgrundbesitzer Ferdinand von Hansemann-Pempowo, Hermann Kennemann-Klenka und Heinrich von Tiedemann, wurde der Verein von den Polen abwertend als „HaKaTa", seine Mitglieder als „Hakatisten" *(Hakatyści)* und deren Tätigkeit als „Hakatismus" *(Hakatyzm)* bezeichnet – Begriffe, die schon bald zum beliebig einsetzbaren Schimpfwort für alles Deutsche schlechthin mutierten.

Auf die Skizzierung vermeintlich „typisch deutscher" Charaktereigenschaften wie Ungerechtigkeit, Arroganz, Treulosigkeit oder Intoleranz[335] in der polnischen Publizistik muß hier im Detail nicht eingegangen werden, wichtiger ist die Verbindung von historischen mit aktuellen Motiven, aus der über die bloße Stereotypisierung hinaus ein Gesamtbild entstand, das die vor und nach 1914 entwickelten politischen Konzepte gegenüber Deutschland maßgeblich beeinflußte. Die Projektion der zur Jahrhundertwende im preußischen Osten existenten Konfliktlage auf die Vergangenheit[336] ermöglichte die Konstruktion eines von Beginn an bestehenden, gleichsam geschichtsnotwendigen deutsch-polnischen Antagonismus und damit einer seit Jahrhunderten ungebrochenen Kontinuität deutscher territorialer Expansion zu Lasten der polnischen Nation bzw. des Slaventums überhaupt, die ihren Ausdruck in dem beliebten Schlagwort vom ewigen deutschen „Drang nach Osten" fand.[337] Als wichtigste Stationen dieses Prozesses wurden die deutsch-polnischen Grenzstreitigkeiten des 11. und 12. Jahrhunderts, die deutsche Ostsiedlung, die Kriege gegen den Deutschen Orden und schließlich die polnischen Teilungen mit der sich daran anschließenden Germanisierungspolitik im preußischen Teilgebiet geschildert, zusammengefaßt unter dem im Deutschen nicht präzise übersetzbaren Schlagwort der *Zaborczość*, also dem aus einer genuin räuberischen Natur heraus geborenen Streben, territorial zu expan-

---

1910 einen langsamen, aber stetigen prozentualen Anstieg des polnischen Bevölkerungselements in der Provinz Posen auswies, belegen letztlich das Scheitern der Organisation.

335 Vgl. hierzu GOLCZEWSKI. – Ein Blick in die polnische Publizistik der Zeit ab 1870 zeigt, daß die meisten der von Golczewski hier analysierten Charakterstereotypen schon vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges voll ausgebildet und verbreitet waren.

336 Besonders deutlich wird dieser Mechanismus an der fast beliebigen Strapazierung des Kreuzritter-Themas zur Illustration des gegenwärtigen Nationalitätenkampfes im preußischen Osten durch die polnische Publizistik. „Germanisatoren" (sprich: die preußische Beamtenschaft) und „Hakatisten" (sprich: Aktivisten des Ostmarkenvereins und anderer deutscher Verbände) erschienen hierbei häufig als die „Kreuzritter der Gegenwart". – Siehe hierzu beispielsweise KRZYSZTOFOWICZ, insb. S. 4, 8.

337 In seiner polnischen Übersetzung *(parcie na wschód)* taucht dieser Begriff *expressis verbis* erstmals auf bei SZAJNOCHA, Jadwiga i Jagiełło, Bd. 2, S. 354, wohingegen er später in der polnischen wie auch in der russischen Historiographie und Publizistik meist unübersetzt gelassen wird. – Grundlegend hierzu WIPPERMANN, der der schon von anderen deutschen und polnischen Historikern vertretenen These folgt, daß besagter Begriff ursprünglich wohl auf die deutsche Geschichtsschreibung des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts zurückzuführen ist, die unter dem Stichwort des „Drängens" und „Vordringens" in ein zivilisatorisch unterentwickeltes Gebiet ein positives Bild der deutschen Ostsiedlung zeichnete, und erst später von slavischen Autoren in pejorativem Sinne gebraucht wurde. – Vgl. auch LABUDA, Historiograficzna analiza, S. 31f.; MATERNICKI, S. 94f.

dieren und dabei anderen die eigene Herrschaft mit Gewalt aufzuzwingen.[338] Preußen selbst wurde als ein ausschließlich durch Gewaltanwendung und Vertragsbruch auf nichtdeutschem Territorium installiertes künstliches Staatswesen dargestellt, was seinen Niederschlag auch in der polnischen Literatur der Jahrhundertwende fand; vor allem gilt dies für den aus der Feder von Henryk Sienkiewicz (1846-1916) stammenden und als Buch erstmals 1901 in Paris erschienenen großen historischen Roman „Die Kreuzritter" (poln. *Krzyżacy*, franz. *Les Chevaliers de la Croix*).[339] Das in Literatur und Publizistik gezeichnete Bild der Vergangenheit und Gegenwart Preußens sollte bei der Formulierung gegen Deutschland gerichteter Territorialprogramme um die Jahrhundertwende eine wichtige Rolle spielen.

Im Ergebnis dieser Entwicklung stand ein klar definiertes Feindbild, das immer mehr gleichberechtigt neben das traditionell negative polnische Rußlandbild trat bzw. dieses in einigen politischen Lagern sogar ersetzte. Das böse polnische Sprichwort „So lange die Welt sich dreht, wird der Deutsche dem Polen kein Bruder sein" *(Póki świat światem, nie będzie Niemiec Polakowi bratem)*[340] oder die häufig bemühte Formulierung vom „Kampf auf Leben und Tod" *(Walka na śmierć i życie)*, den die Polen im preußischen Osten mit den Deutschen zu bestehen hätten, impften dieses Feindbild breiten Volksschichten ein. Das in der polnischen Publizistik gezeichnete Bild des gleichfalls deutschsprachigen, aber katholisch dominierten Österreich fiel schon angesichts der relativ großzügigen Autonomiepolitik in Galizien deutlich freundlicher aus.

Aber auch zwischen den Teilungsmächten Preußen und Rußland blieben deutliche Unterschiede bezüglich ihrer Polenpolitik bestehen. Preußen trat seinen polnischen Untertanen nach 1870 zwar mit großer administrativer Härte und einer vielfach schikanösen Ausnahmegesetzgebung, gleichwohl im Gewand eines Rechtsstaates entgegen, der zu keinem Zeitpunkt zum Mittel des offenen Terrors griff, wie er beispielsweise in Kongreßpolen nach der Niederschlagung des Januaraufstandes monatelang wütete. Während sich in Rußland erst nach der Revolution von 1905 ein zaghafter Parlamentarismus auszubilden begann, war die polnische Bevölkerung im Deutschen Reich dank eines freien und gleichen Wahlrechts von Anfang an parlamentarisch ver-

---

338 Zum Gebrauch dieses Schlagworts ausführlich GOLCZEWSKI, S. 64ff.

339 Vgl. hierzu u.a. MARIA KONOPNICKA: *O „Krzyżakach"* [Über „Die Kreuzritter"], in: „Biblioteka Warszawska" 1900, Bd. 4, S. 393-442; KOSMAN, Problematyka pruska, S. 88ff.; LABUDA, Historiograficzna analiza, S. 32; MROCZKO, Polska myśl zachodnia, S. 41. – Als Fortsetzungsroman waren „Die Kreuzritter" bereits zuvor in mehreren polnischen Zeitungen im preußischen Osten erschienen, so in der *Gazeta Gdańska* [Danziger Zeitung] und der *Gazeta Opolska* [Oppelner Zeitung], später auch in der *Gazeta Grudziądzka* [Graudenzer Zeitung]. Das frühe Erscheinen des Werks im westlichen Ausland (neben Paris auch London und Boston) beeinflußte die Haltung der dortigen Öffentlichkeit gegenüber Deutschland und der polnischen Frage nicht unwesentlich.

340 Siehe hierzu LABUDA, Geneza, insb. S. 31f. – Labuda verfolgt den Ursprung dieses Sprichworts bis ins 17. Jahrhundert zurück, wobei das Wort *Niemiec* [Deutscher] ursprünglich auch durch andere Nationalitäten (z.B. *Rusin*, Ruthene) ersetzt wurde.

treten und verfügte zudem über ein vielfältig ausgestaltetes und von Zensur nur selten behindertes Pressewesen.

Hier schließt sich die Frage an, wieso Deutschland in großen Teilen des polnischen politischen Spektrums trotzdem die Rolle des Erbfeindes Nummer eins zugewiesen wurde, während Rußland ungeachtet seiner damals mindestens ebenso repressiven Polenpolitik als möglicher zukünftiger Bundesgenosse gehandelt wurde. In diesem Zusammenhang sind die spezifisch polnischen Vorstellungen von „Zivilisation" zu berücksichtigen. Im Gegensatz zu Rußland wurde Deutschland von jeher dem Kreis der westlichen Zivilisation zugerechnet, als dessen östliche Vormauer Polen sich verstand. Daraus speiste sich angesichts der engstirnigen deutschen Polenpolitik eine tiefe Enttäuschung gegenüber einem Land, dessen kulturellen und zivilisatorischen Leistungen, dessen Dichtung und Philosophie man stets Bewunderung entgegengebracht hatte. Die besonders scharfe, schließlich in offenen Haß umschlagende Kritik an Deutschland ist nicht zuletzt auch Ausfluß dieser Enttäuschung.[341]

Hinzu kam auf polnischer Seite der Blick auf die in der Vergangenheit erfolgreiche Assimilierung der westslavischen Völkerschaften an Elbe, Oder und Ostsee durch die Deutschen, der konkrete Befürchtungen hinsichtlich des möglichen eigenen Schicksals hervorrief. Den Russen fühlten sich die Polen hingegen kulturell und zivilisatorisch überlegen, gerade auch im Bewußtsein des eigenen jahrhundertelangen Wirkens in den Ostgebieten des polnisch-litauischen Großreiches. Mochte Rußland also in der politischen Gegenwart auch noch so brutal gegen polnische Freiheitsbestrebungen vorgehen, so galt Preußen-Deutschland doch als der für die Existenz der polnischen Nation letztlich gefährlichere Gegner. Der Mythos vom ewigen deutschen „Drang nach Osten" schließlich rief, besonders in den Jahren vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges, in Teilen des polnischen politischen Spektrums ein gemeinslavisches Solidaritätsgefühl hervor. In der Vorstellungswelt dieser „Neoslavisten" erweiterte sich der deutsch-polnische Gegensatz zum geschichtlichen Kampf zwischen Germanen- und Slaventum generell, den Polen nur an der Seite Rußlands erfolgreich bestehen könne (s.u. Kap. 8.1.).

Die teilweise Annäherung an die Teilungsmacht Rußland wurde erleichtert durch die verbreitete Enttäuschung über die Haltung der Westmächte, die der Niederschlagung des Aufstandes von 1863/64 tatenlos zugesehen hatten. Die Niederlage Frankreichs im Krieg von 1870/71 verstärkte das Gefühl, daß von dieser Seite keine Hilfe für die polnische Sache mehr zu erwarten sei, den Polen also gar keine andere Wahl bleibe, als sich im eigenen Interesse mit wenigstens einer der Teilungsmächte zu arrangieren.[342] Das hundertjährige Jubiläum der ersten Teilung Polens 1872, das zeitlich mit dem Beginn des Kulturkampfes zusammenfiel, stand bereits ganz unter dem Eindruck der neuen politischen Realitäten in Mitteleuropa und regte die polnische Öffentlichkeit aller drei Teilgebiete zu einer intensiven Debatte hinsichtlich der Zukunft Polens an.[343]

---

341 Vgl. WAPIŃSKI, Polska i małe ojczyzny Polaków, S. 83.
342 JUŻWENKO, Rosja, S. 40.
343 Hierzu GALOS, W stulecie, S. 3-26.

Einen wesentlichen Beitrag zur Verfestigung eines negativen Deutschenbildes leistete der Schriftsteller und Publizist Józef Ignacy Kraszewski (1812-1887)[344] mit seinem dem Konzept der „organischen Arbeit" verpflichteten „Polnischen Programm von 1872" und zahlreichen weiteren Veröffentlichungen. Kraszewski propagierte darin eine klassenübergreifende nationale Solidarität der Polen im Abwehrkampf gegen die Germanisierungspolitik im preußischen Osten einschließlich Schlesiens. In diesem Sinne rief er dazu auf, mit Rußland einen *modus vivendi* anzustreben. Zu Rußland sei das Verhältnis zwar derzeit noch provisorisch und abwartend, mit Deutschland hingegen werde ein „Kampf auf Leben und Tod" geführt, der jedes Nachdenken über ein Bündnis, und sei es auch ein nur zeitweiliges, verbiete.[345] Die „slavischen Gräber auf Rügen, in Pommern und in der Lausitz", so ein später vielfach variiertes Motiv des Westgedankens, lehrten, was die Polen erwarte, wenn sie diesen Kampf abbrächen und nach Frieden strebten.[346] Das Deutschenbild Kraszewskis war gleichwohl ambivalent und differenzierte nach „alten" und „neuen", d.h. von preußischem Geist infizierten und ausschließlich materiellen Werten verhafteten Deutschen. Den polenfeindlichen Chauvinismus dieses „neuen" Deutschtums sah er vor allem in der bürgerlichen Mittelschicht und der neuen Intelligenz verankert.[347]

Ein besonders radikales Konzept zur Lösung der polnischen Frage unterbreitete im gleichen Jahr eine in Genf erschienene kleine Broschüre, deren anonymer Autor („Ein Slave") den deutsch-slavischen „Rassenkrieg" ausrief. Im Vertrauen darauf, daß die gegenwärtige Allianz zwischen St. Petersburg und Berlin nur von kurzer Dauer sein werde, müsse sich Deutschland langfristig auf eine „panslavische" Invasion bis zu den Karpaten, zur Oder und darüber hinaus vielleicht sogar bis zur Elbe gefaßt machen. Als König von Polen werde der Zar, so das in der Schrift dargelegte Kalkül, im Zuge dieser Invasion die Wiederherstellung der alten Grenzen des polnischen Staates am Oderlauf proklamieren, im eigenen Interesse aber auf eine direkte Annexion der eroberten Gebiete verzichten und dem Wiederaufbau eines mit Rußland verbündeten Polen zustimmen. Nach drei gewonnenen Kriegen (gemeint der preußisch-dänische, der preußisch-österreichische und der deutsch-französische Krieg, Anm. d. Verf.) müsse Preußen den vierten auf ganzer Linie verlieren. Dies werde die totale Dekomposition des Deutschen Reiches nach sich ziehen, zumal sich auch die skandinavischen Völker von Norden und die romanischen Völker von Westen her an der Liquidation des Hauses Brandenburg beteiligen würden. Der Autor erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß die traditionelle Mission Polens im Schutz Europas vor einer Invasion der Barbaren liege – und das, so die unausgesprochene, aber zwingende Schlußfolgerung, seien heute nicht mehr die Völker des Ostens, sondern die Deutschen.[348] Ohne Rücksicht auf die mächtepolitischen Realitäten war damit ein seiner Zeit weit vorausgreifendes, freilich auch phantastisch anmutendes Offensivkonzept

344 PSB, Bd. 15, S. 221ff.
345 KRASZEWSKI, S. 25.
346 Ebenda, S. 30.
347 STANISZEWSKI, Obraz Niemiec, insb. S. 166, 170f.; vgl. hierzu LAWATY, S. 62.
348 [UN SLAVE], S. 17ff., 25f., 28.

formuliert, das, anstatt die Verteidigung des von Entnationalisierung bedrohten polnischen Volkstums unter preußischer Herrschaft in den Mittelpunkt zu stellen, auf eine grundlegende Revision des europäischen Mächtegleichgewichts und in diesem Zuge nicht nur auf eine Schwächung, sondern auf die totale Vernichtung Preußens und des unter seiner Führung wiedererstandenen Deutschen Reiches abzielte.

Einen handfesten Skandal schließlich löste die gleichfalls 1872 erschienene Schrift „Polen und Rußland im Jahre 1872“ aus. Der Publizist und ehemalige Mitarbeiter der polnischen Zivilregierung unter Marquis Wielopolski, Kazimierz Krzywicki (1820-1883), propagierte darin nicht nur ein politisches Zusammengehen, sondern darüber hinaus auch ein völliges sprachliches und kulturelles Aufgehen der Polen in Rußland.[349] Den Ausgangspunkt dieses ungewöhnlichen, mit allen polnischen Traditionen radikal brechenden Konzepts bildete die tief pessimistische Vorstellung, mit dem Untergang der Republik und dem anschließenden Scheitern aller Befreiungsversuche habe Polen als Nation aufgehört zu existieren[350], ferner die These, der Zug der Zeit weise ohnehin in Richtung einer „großen Agglomeration“ der europäischen Völker zu deren eigenem Vorteil. Die polnische Frage sei damit Teil der gesamtslavischen Frage geworden, deren Lösung nur unter Führung Rußlands als der stärksten slavischen Nation möglich sei.[351] Krzywicki betonte in seiner Broschüre, nicht von einem prinzipiellen Haß auf Deutschland geleitet zu sein, gleichwohl sei die slavische Frage eine Lebensfrage, da auf Dauer die ganze slavische Welt von deutschen Expansionsgelüsten bedroht sei.[352]

Krzywickis provokante Thesen riefen geharnischte Proteste auch im übrigen konservativen Lager des Königreichs hervor, das einen polnisch-russischen Ausgleich zwar befürwortete, an der eigenen Nation als dem höchsten geistig-politischen Wert aber festhielt. Sie stehen gleichwohl beispielhaft für die unter der Wucht der Einschnitte von 1863 und 1870/71 ausgelöste Irritation und die tiefgreifende geistige Umorientierung innerhalb der polnischen Intelligenz.

4.4. Kurze Übersicht über die Formierung des polnischen Parteiensystems seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts

[349] Krzywickis ungewöhnliches Konzept hat in der polnischen Forschung breite Berücksichtigung gefunden. Siehe u.a. GALOS, W stulecie, S. 5f.; JUŻWENKO, Rosja, S. 42f.; KARPIŃSKI, S. 203, 213ff.; WALICKI, Philosophy, S. 338f.

[350] KRZYWICKI, S. 3ff.

[351] Ebenda, S. 18ff., 49, 70. – Krzywicki begreift die einzelnen slavischen Völker dabei letztlich nur als Stämme einer einzigen slavischen Mutternation, wenn er argumentiert, auch zwischen Nord- und Süddeutschen gebe es gewisse Unterschiede. So seien die Bayern, Württemberger etc. trotz ihrer unterschiedlichen Dialekte alles Deutsche, so wie die Polen, Tschechen, Sorben etc. alles Slaven seien (S. 21, 44).

[352] Ebenda, S. 25, 32f.

4.4.1. Die polnische Nationaldemokratie als die maßgebliche Verfechterin des Westgedankens

Die polnische Nationaldemokratie als Trägerin eines neuartigen polnischen Nationalismus entstand nicht auf einen Schlag, vielmehr speiste sie sich im wesentlichen aus zwei Quellen, die zunächst völlig unabhängig voneinander entstanden. Zum einen ist hier die Gruppe um die seit 1886 in Warschau erscheinende Wochenzeitung *Głos* [Die Stimme] zu nennen, zum anderen die im August 1887 im Schweizer Exil gegründete *Liga Polska* [Polnische Liga, nicht zu verwechseln mit der gleichnamigen Organisation von 1848].

Als offizieller Herausgeber des *Głos* fungierte Józef Karol Potocki, eigentlicher Kopf und Vordenker aber war der 1854 in Bystrzejowice bei Lublin als Sproß einer kleinen Gutsbesitzerfamilie geborene Publizist Jan Ludwik Popławski.[353] Als Student der Rechtswissenschaften an der Universität Warschau geriet Popławski in Kontakt zu verschiedenen nationalen Zirkeln, wobei der Herausgeber der seit 1873 in Posen erscheinenden und ideologisch zunächst am Warschauer Positivismus orientierten Zeitung *Orędownik* [Der Fürsprecher], Adam Szymański, offenbar besonderen Einfluß auf ihn ausgeübt hat.[354] Nach seiner Verhaftung wegen konspirativer Aktivitäten wurde Popławski im Januar 1879 zu acht Jahren Verbannung in den nordöstlichen Gouvernements des europäischen Rußland verurteilt, konnte aufgrund einer Begnadigung allerdings schon 1882 nach Warschau zurückkehren. Anschließend arbeitete er in der Redaktion von Świętochowskis *Prawda* mit, dem Leitorgan des Warschauer Positivismus.[355] Aufgrund wachsender ideologischer Differenzen mit Świętochowski verließ Popławski 1886 die *Prawda* und gründete als Haupt einer Gruppe junger Intellektueller, Publizisten und Literaten den *Głos*, in dem in den Folgejahren die Grundlagen der Ideologie der späteren Nationaldemokratie und auch des Westgedankens gelegt wurden (s.u. Kap. 5.1. u. 7.1.).

Leistete der *Głos* also die ideologische Vorarbeit, so steht die *Liga Polska* am Beginn der organisatorischen Ausgestaltung der späteren Nationaldemokratie. Ihre Gründung erfolgte auf Initiative eines kleinen Kreises polnischer Patrioten unter Führung des Schriftstellers, unermüdlichen Aktivisten für die polnische Unabhängigkeit

353 PSB, Bd. 27, S. 608ff. – Die aktuellste Biographie liegt vor mit KULAK, Jan Ludwik Popławski 1854-1908; vgl. auch aus der Zwischenkriegszeit das Werk von ŁASZCZ – ZAŁUSKA, die sich allerdings deutlich als Anhänger der Nationaldemokratie zu erkennen geben; entsprechend voreingenommen ist ihr Buch.

354 Nach KULAK, Jan Ludwik Popławski 1854-1908, S. 41ff., 54ff., war Popławski 1877 Mitglied in dem von Szymański gegründeten geheimen „Bund der Söhne des Vaterlandes" *(Związek Synów Ojczyzny)* geworden, über den freilich nicht viel bekannt ist. – Zu Szymańskis *Orędownik*, der sich im wesentlichen auf das Großbauerntum und den bürgerlichen Mittelstand stützte und das Konzept eines deutsch-polnischen Ausgleichs in scharfer Form bekämpfte, siehe des weiteren BLANKE, S. 102f.; KULAK, Rola i miejsce polskiej prasy, S. 220f.; GARLICKI, S. 416; TEREJ, Idee, mity, realia, S. 11f.; DERS., Jan Ludwik Popławski, S. 65ff.; WAPIŃSKI, Podstawowe przemiany, S. 24f.; WRZESIŃSKI, Niemcy w polskiej myśli politycznej, S. 86.

355 Ebenda, S. 50, 65, 70, 77, 100f.

in Westeuropa und Veteranen des Aufstandes von 1863, Zygmunt Miłkowski (1824-1915).[356] Selbstgesteckte Aufgabe dieser sich als ein Sammelbecken aller nationalen Kräfte verstehenden und streng konspirativ agierenden Geheimorganisation sollte es sein, den aktiven Widerstand gegen die Teilungsmächte neu zu beleben.[357] In diesem Sinne arbeitete Miłkowski für die Liga ein umfangreiches Statut aus; in dessen Paragraph eins wurde als oberstes Ziel die „Wiedergewinnung der Unabhängigkeit Polens in den Grenzen, wie sie vor den Teilungen bestanden, auf föderativer Grundlage und unter Berücksichtigung der Unterschiede hinsichtlich der Nationalität" genannt, „wobei die Teile der Republik, die schon früher von ihr abgefallen sind, nicht aus den Augen gelassen werden sollen".[358]

Einen wichtigen Verbündeten fand die Liga in dem bereits Januar 1887 gegründeten „Polnischen Jugendverband" *(Związek Młodzieży Polskiej)*.[359] Eines der ersten und bald führenden Mitglieder dieser sich vor allem aus der polnischen Studentenschaft rekrutierenden und nach ihrem Anfangsbuchstaben meist mit dem populären Kürzel *Zet* bezeichneten Organisation war der Soziologe und Publizist Zygmunt Balicki (1858-1916). Balicki, der wie viele seiner Mitstreiter aus dem zu dieser Zeit organisatorisch noch fließenden sozialistischen Lager kam und vor 1883 bereits in der sich selbst als „national-sozialistisch" definierenden Geheimgesellschaft *Lud Polski* [Das Polnische Volk] aktiv gewesen war[360], redigierte das erste Statut des *Zet* und setzte 1888 dessen formellen Anschluß an die *Liga Polska* durch. In diesem Statut wurde ausdrücklich auch Schlesien in das Wirkungsfeld des *Zet* mit einbezogen.[361]

Aus der gemeinsamen Tätigkeit im *Zet* und in der Liga rührte auch die Bekanntschaft Balickis mit dem späteren Führer und Vordenker der Nationaldemokratie her, dem Warschauer Biologiestudenten Roman Dmowski.[362] Dmowski, 1864 als Sohn eines kleinen Straßenbauunternehmers in Kamionek bei Warschau geboren, gehörte bald zu den aktivsten Mitgliedern der Warschauer Sektion der Liga. Diese Gruppe, in der auch der erweiterte Mitarbeiterkreis des *Głos* seine politische Heimat gefunden hatte, war die einzige, die mit Flugblattaktionen und gelegentlichen Demonstrationen eine rege politische Tätigkeit entfaltete. Dabei kam es zwischen den selbstbewußten

---

356 PSB, Bd. 21, S. 263ff.

357 HAUSMANN, Die politischen Ideen, S. 12f.

358 Das gesamte Statut vom Dezember 1887 bei KOZICKI, Historia Ligi Narodowej, S. 487ff. – Der vage Begriff der „schon vorher abgefallenen Teile" wird in dem Statut nicht weiter spezifiziert; daß damit in erster Linie Schlesien gemeint war, ist jedoch evident. – Vgl. HAUSMANN, Die politischen Ideen, S. 206.

359 KOZICKI, Historia Ligi Narodowej, S. 38ff.; GROTT, S. 11ff.; HAUSTEIN, S. 63f.

360 PSB, Bd. 1, S. 233; vgl. hierzu GROTT, S. 9.

361 POBÓG-MALINOWSKI, S. 166.

362 PSB, Bd. 5, S. 213ff. – Die neueste Biographie liegt vor mit WAPIŃSKI, Roman Dmowski; einen ausführlichen Überblick über den Lebensweg Dmowskis geben außerdem seine politischen Weggefährten Ignacy Chrzanowski und Stanisław Kozicki in: Roman Dmowski w świetle listów i wspomnień, Bd. 1, S. 19-90; die Anfänge seiner politischen Tätigkeit aus eigener Sicht schildert SENIOR [d.i. Roman Dmowski]: *Początki nowoczesnego obozu narodowego* [Die Anfänge des modernen nationalen Lagers], in: „Myśl Narodowa" 1936, Nr. 47, S. 734.

Warschauer Realisten und den Idealisten draußen in der Emigration fast zwangsläufig zu Spannungen, die vor allem um die weitere organisatorische Ausgestaltung der Liga und die Taktik eines künftigen Aufstandes kreisten. Im Frühjahr 1893 machten sich die Warschauer unter Führung von Dmowski, Popławski und Balicki schließlich selbständig und gründeten als neue, sich als legitime Nachfolgerin der *Liga Polska* begreifende Organisation die *Liga Narodowa* [Nationale Liga, LN]. Die Schweizer Führungsgruppe um Miłkowski war damit entmachtet, die *Liga Polska* bestand als eigenständige Organisation nur noch bis 1894 fort und löste sich dann auf. Ihre Reste gingen in der LN auf.[363] Die *Liga Narodowa*, an deren Spitze fortan ein in Warschau ansässiges Zentralkomitee aus drei, später fünf Mitgliedern stand, entfaltete eine rege organisatorische Tätigkeit, um möglichst breite Kreise der polnischen Bevölkerung in ihre Aktivitäten einzubeziehen.[364]

Vor dem Hintergrund, daß sich die LN weiterhin als konspirative und vor allem elitäre Geheimorganisation verstand, der Glaube an die Erfolgschancen eines erneuten bewaffneten Aufstandes aber längst schon wieder geschwunden war, beschloß eine Geheimkonferenz 1897 in Budapest die Gründung einer gesamtpolnisch ausgerichteten Partei, die der Liga zwar politisch eng verbunden sein, formal aber selbständig auftreten sollte.[365] Dieses Vorhaben wurde im Königreich Polen kurz darauf mit der Gründung der „Demokratisch-Nationalen Partei“ (*Stronnictwo Demokratyczno-Narodowe*, SD-N) in die Tat umgesetzt, die dort allerdings erst im Gefolge der russischen Revolution von 1905 in der Legalität arbeiten konnte. Besser bekannt wurde die neue Partei rasch unter der Kurzbezeichnung „Nationaldemokratie“ *(Narodowa Demokracja)*, nach deren Kürzeln ND sich auch der „Spitzname“ *Endecja* einbürgerte.

Obwohl die Partei im österreichischen Teilgebiet erst 1902 unter gleichem Namen offiziell gegründet wurde, war die ideologische Grundlagenarbeit bereits 1895 hierher verlegt worden. Grund war eine von den russischen Behörden 1894 ausgelöste neuerliche Repressionswelle, in deren Verlauf fast die gesamte Redaktionsmannschaft des *Głos* einschließlich Popławskis verhaftet wurde; das Erscheinen des Blattes mußte vorübergehend eingestellt werden.[366] Da unter diesen Umständen an öffentliche Aktionen vorerst nicht mehr zu denken war, nahm Dmowski, der bereits 1893 zu drei Jahren Verbannung verurteilt worden war, als neue Aufgabe die Erziehung der Gesellschaft mittels eines ideologisch-theoretisch ausgerichteten Presseorgans in Angriff. In einer in seinem Verbannungsort Mitau (Lettland) Ende 1894 verfaßten Denkschrift schlug er die Gründung einer Zeitschrift vor, deren Hauptziele in der „morali-

---

363 HAUSMANN, Die politischen Ideen, S. 14f.; vgl. KOZICKI, Historia Ligi Narodowej, S. 78f.; WAPIŃSKI, Narodowa Demokracja, S. 62; SENIOR, *Początki* (wie Anm. 362), Nr. 48, S. 753.

364 Hierzu v. PUTTKAMER, S. 16.

365 WAPIŃSKI, Narodowa Demokracja, S. 65; vgl. WANDYCZ, The Lands, S. 294, der die Mitgliederzahl der *Liga Narodowa* noch 1903 auf nicht einmal 400 Personen beziffert (250 in Kongreßpolen, 77 in Galizien, 26 in Litauen, 20 in Preußen und 6 in der Ukraine).

366 HAUSMANN, Die politischen Ideen, S. 32; KULAK, Jan Ludwik Popławski 1854-1908, S. 247ff.

schen Erziehung aller polnischen Gebiete“ sowie der „Weckung des politischen Gedankens und der Organisierung der politischen Meinung im russischen Teilgebiet (...)“ liegen sollten.[367] Als Basis hierfür wurde angesichts der vergleichsweise liberalen Pressepolitik der österreichischen Regierung Galizien in Aussicht genommen.

Da sich bei der Gründung einer neuen Zeitung politische und finanzielle Schwierigkeiten ergeben hätten, traf es sich gut, daß der seit 1892 in Lemberg *(Lwów)* unter der Leitung von Stanisław Kłobukowski und Wiktor Unger erscheinende *Przegląd Emigracyjny* [Emigrationsrundschau] – ein sich hauptsächlich den polnischen Auswanderern in Europa und Übersee widmendes und nicht sonderlich erfolgreiches Blatt – ohnehin gerade nach einem neuen Namen und einem erweiterten Themenfeld suchte. So erschien er ab dem 1. Januar 1895 als Zweiwochenschrift unter dem neuen Namen *Przegląd Wszechpolski* [Allpolnische Rundschau].[368] Schon einen Monat später erschien Dmowski, der eine Sondergenehmigung für einen dreitägigen Aufenthalt in Warschau zur Flucht über die österreichische Grenze genutzt hatte, in Lemberg und diente dem *Przegląd Wszechpolski* seit dem 15. Juli 1895 als Chefredakteur.[369] Seit Anfang 1896 leitete er das Blatt gemeinsam mit Popławski, der nach seiner Haftentlassung auf Kaution ebenfalls nach Lemberg geflohen war.[370] In den Jahren 1898 bis 1901 – Dmowski unternahm während dieser Zeit mehrere Reisen nach Westeuropa und Südamerika – war Popławski dann alleiniger Chefredakteur des *Przegląd Wszechpolski*, der mit Beginn des Jahres 1899 auf monatliches Erscheinen umstellte. Nach der Übersiedlung des Blattes nach Krakau zur Jahreswende 1901/02 blieb Popławski in Lemberg, womit die letzten Jahre des *Przegląd* wiederum ganz von Dmowski als dem alleinigen Chefredakteur geprägt wurden.[371] Die Zeitung vermied es bis zuletzt, als offizielles Parteiblatt der Nationaldemokratie aufzutreten, machte auf der anderen Seite aber nie einen Hehl daraus, daß sie sich als deren ideologisches Sprachrohr begriff.[372] Der komplette Abdruck des ersten Parteiprogramms des SD-N im russischen Teilgebiet 1897 beweist dies.[373]

[367] Dziesięciolecie Przeglądu Wszechpolskiego, S. 247.
[368] Grundlegend hierzu HRABYK; WAPIŃSKI, „Przegląd Wszechpolski“, S. 79-93. – Wichtige ideologische und philosophische Grundsatzartikel des *Przegląd Wszechpolski* aus der Feder von Dmowski, Popławski und anderen finden sich ganz oder auszugsweise abgedruckt in: Dziesięciolecie Przeglądu Wszechpolskiego; POPŁAWSKI, Pisma polityczne; Antologia myśli politycznej „Przeglądu Wszechpolskiego“; MAJCHROWSKI, T. 1.
[369] HAUSMANN, Die politischen Ideen, S. 33; vgl. KOZICKI, Historia Ligi Narodowej, S. 102; MYŚLIŃSKI, S. 132ff. – Über seine Pläne als Chefredakteur des *Przegląd Wszechpolski* gibt Dmowski Auskunft in einem auf den 2. Dezember 1895 datierten Schreiben an (seinen späteren politischen Gegner) Bolesław Limanowski und betont hierbei nochmals den „allpolnischen“ Ansatz des Blattes (abgedruckt in: Roman Dmowski w świetle listów i wspomnień, Bd. 1, S. 192ff.).
[370] HRABYK, S. 8.
[371] HAUSMANN, Die politischen Ideen, S. 34.
[372] *Od redakcyi* [Aus der Redaktion], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1897, Nr. 23, S. 525; ebenso *Od redakcyi*, in: „Przegląd Wszechpolski“ 1901, Nr. 12, S. 705.
[373] *Program Stronnictwa Demokratyczno-Narodowego w zaborze rosyjskim* [Programm der Demokratisch-Nationalen Partei im russischen Teilgebiet], in: „Przegląd Wszechpolski“

Der Name der Zeitschrift – wohl ganz bewußt als polnische Antwort auf den extrem polenfeindlich eingestellten „Alldeutschen Verband" und dessen politisches Mitteilungsorgan, die „Alldeutschen Blätter", gewählt[374] – war Programm; das Ziel lautete, „die enge Verbindung zwischen den Polen auf der ganzen Erdkugel" aufrechtzuerhalten.[375] Der Begriff „allpolnisch" wurde schnell zum politischen Markenzeichen: In Verbindung mit dem *Przegląd Wszechpolski* wurden die Anhänger der Nationaldemokratie als „Allpolen" *(Wszechpolacy)* bezeichnet – ein Begriff, der sowohl trotzig zur Selbstbezeichnung herangezogen als auch in polemischer Absicht vom politischen Gegner gebraucht wurde. Dmowski selbst formulierte:

> „Die über die Teilungsgrenzen hinausreichende Verbundenheit muß auf der politischen Zusammenarbeit aller drei Teilgebiete beruhen, auf der Teilnahme der Leute aus einem Teilgebiet an der politischen Arbeit in den anderen Teilgebieten, schließlich darauf, daß in einem bestimmten Teilgebiet kein politischer Schritt größerer Bedeutung ohne Einvernehmen mit den übrigen Teilgebieten unternommen wird. Das ist die faktische Verbundenheit, so wie wir sie verstehen, und würden wir aufhören, sie so zu verstehen, so würden wir auch aufhören, die ‚allpolnische' Partei zu sein."[376]

In Verbindung mit diesem gesamtpolnischen Selbstverständnis galt den preußisch beherrschten „westlichen Grenzmarken" *(Kresy zachodnie)* ein besonderes Interesse. Zwischen 1896 und 1903 erfuhr der polnische Westgedanke in mehreren, zumeist aus der Feder Popławskis stammenden Grundsatzartikeln seine maßgebliche ideologische Ausformung.[377]

1897, Nr. 11, S. 241ff. – Ein konkretes Territorialprogramm ergibt sich aus diesem Programm genausowenig wie aus dem gleichfalls im *Przegląd Wszechpolski* abgedruckten Folgeprogramm von 1903.

374 So jedenfalls HAUSMANN, Die politischen Ideen, S. 33; vgl. auch HRABYK, S. 8.

375 *Słowo wstępne* [Zur Einführung], in: „Przegląd Wszechpolski" 1895, Nr. 1, S. 2.

376 ROMAN DMOWSKI: *Program „Wszechpolski"* [Das „allpolnische" Programm], in: „Przegląd Wszechpolski" 1902, Nr. 9, S. 644. – An der fast zwangsläufigen Assoziation des Begriffs „Allpolnisch" mit den „Alldeutschen" gab es freilich im eigenen Lager auch später noch Kritik. So bezeichnet A. SADZEWICZ: *Przegląd spraw polskich* [Übersicht über die polnischen Fragen], in: „Przegląd Narodowy" 1911, Nr. 10, S. 486, den Begriff „Allpolen" als dem Geist der polnischen Sprache fremd und als eine mechanische Nachahmung des deutschen Begriffs „Alldeutsch". Der geeignetere Begriff sei „Panpolonismus", um damit eine Richtung zu umschreiben, „die die Gesamtheit der polnischen nationalen Fragen ohne Rücksicht auf Grenzen und Teilgebiete umfaßt (...) und der jeder Pole zu huldigen hat."

377 Was die ideologisch-programmatische Komponente betrifft, unterteilt KULAK, Rola i miejsce polskiej prasy, S. 218, die Erscheinungszeit des *Przegląd Wszechpolski* in drei Phasen: Erst die Popularisierung der ideologischen Leitsätze der „allpolnischen" Bewegung, dann die Konkretisierung der politischen Forderungen und die Formulierung des Programms des späteren SD-N und schließlich die publizistische Begleitung des Aufbaus eines alle drei Westgebiete umfassenden nationalen Lagers. Mit den „Westgebieten" befaßten sich dabei neben einigen wichtigen Leitartikeln vor allem die aktuelle Ereignisse berücksichtigende Rubrik „Aus den Grenzmarken" *(Z kresów)* sowie die von Popławski unter dem Pseudonym *J.L. Jastrzębiec* auch nach dem Umzug der Zeitung nach Krakau weiter von Lemberg aus beigesteuerte und Aktuelles mit Grundsätzlichem mischende Rubrik

Nachdem die russische Revolution von 1905 eine gewisse Liberalisierung des innenpolitischen Klimas im Königreich Polen einschließlich der Duldung nationaldemokratischer Aktivitäten bewirkt hatte, konnte Dmowski nach Warschau zurückkehren, von wo seitdem die politischen und ideologischen Leitlinien der Bewegung vorgegeben wurden. Der *Przegląd Wszechpolski* wurde zum Jahresende eingestellt, ohne daß andere nationaldemokratische Theorieblätter in der Folgezeit je wieder seine Bedeutung erlangt hätten. Dem Stellenwert des *Przegląd Wszechpolski* innerhalb der polnischen politischen Ideengeschichte wird in der polnischen Forschung ein durchweg hohes Gewicht beigemessen[378]; zu einer strikt antideutschen Ausrichtung großer Teile der polnischen Gesellschaft vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges trug das Blatt ungeachtet seiner aus heutiger Sicht nur geringen Auflage[379] zweifellos entscheidend bei. Zugleich war der *Przegląd Wszechpolski* das intellektuelle Leitorgan eines sich ab 1895 in allen drei Teilgebieten vielfältig ausgestaltenden nationaldemokratischen Pressewesens, dessen ideologische Kernsätze von den anderen, sich an verschiedene Zielgruppen wendenden ND-Blättern in vereinfachter Form übernommen wurden mit dem Ziel, die politischen Vorstellungen der *Endecja* in möglichst allen gesellschaftlichen Schichten zu verbreiten.[380]

„Aus ganz Polen“ *(Z całej Polski)*. Mit der Übernahme des *Przegląd Wszechpolski* durch Dmowski 1902 verlagerte sich der Schwerpunkt des Blattes mehr auf Fragen der internationalen Politik und die Entwicklungen in Rußland; die Frage der „Westgebiete“, denen Dmowski anders als Popławski zu diesem Zeitpunkt noch keine so große Beachtung schenkte, trat demgegenüber etwas in den Hintergrund.

378 Vgl. hierzu HRABYK, S. 17, der sogar soweit geht, den *Przegląd Wszechpolski* als das „Symbol einer Epoche“ zu bezeichnen.

379 JAKUBOWSKA, S. 28f., zufolge betrug die Auflage des *Przegląd Wszechpolski* zu Beginn nur 800 Exemplare, konnte sich bis 1905 aber auf immerhin 1.800 Exemplare steigern. Es ist freilich davon auszugehen, daß ein Exemplar des *Przegląd Wszechpolski* durch mehrere Hände ging, die tatsächliche Leserschaft des Blattes also sehr viel größer war, als die Auflagenzahl suggeriert.

380 Zur ND-Presse bis 1918 siehe u.a. JAKUBOWSKA; KOZICKI, Historia Ligi Narodowej, S. 94ff.; MYŚLIŃSKI, S. 171ff.; KMIECIK, Prasa warszawska; DERS., Program polityczny; PIĄTKOWSKI, S. 45-65. – Als wichtigste Presseorgane sind für Galizien neben dem *Przegląd Wszechpolski* noch das gleichfalls von Popławski v.a. für die einfache Landbevölkerung herausgegebene und immerhin eine Auflagenzahl von bis zu 6.000 Exemplaren erreichende Lemberger Monatsblatt *Polak* [Der Pole, ab 1896] sowie die ebenfalls in Lemberg erscheinende Tageszeitung *Słowo Polskie* [Das polnische Wort, ab 1900] zu nennen. Der stark theoretisch ausgerichtete *Kwartalnik Naukowo-Polityczny i Społeczny* [Wissenschaftlich-politische und Gesellschaftliche Quartalsschrift] wurde hingegen 1898 nach nur zwei Ausgaben schon wieder eingestellt. Im Königreich Polen konnte sich eine dauerhafte ND-Presse erst nach 1905 etablieren. Als führendes nationaldemokratisches Theorieorgan und damit Nachfolger des *Przegląd Wszechpolski* war der von Balicki geleitete *Przegląd Narodowy* [Nationale Umschau, monatlich, ab 1908] konzipiert. An eine breitere Bevölkerungsschicht wandten sich hingegen die *Gazeta Poranna 2 Grosze* [Morgenzeitung für zwei Groschen, ab 1906] sowie der *Głos Warszawski* [Warschauer Stimme, 1908-1909] bzw. dessen Nachfolgerin, die *Gazeta Warszawska* [Warschauer Zeitung, täglich, ab 1909]. In Posen schließlich übernahm im wesentlichen der von Marian Seyda redigierte *Kurier*

Im preußischen Teilgebiet konzentrierte sich die Tätigkeit der Nationaldemokratie neben der Pressearbeit und der Koordinierung von Wahlkämpfen lange auf die Beeinflussung bzw. Unterwanderung anderer gesellschaftlich-politischer Institutionen. So geriet auch die Organisation *Straż* („Die Wacht"), die 1905 in Posen unter der Ägide des früheren Ausgleichspolitikers Kościelski gegründet worden und dem Ziel einer Koordinierung der gesellschaftlichen und ökonomischen Aktivitäten des preußischen Polentums im Widerstand gegen die Germanisierungspolitik verpflichtet war,[381] schon bald unter wachsenden Einfluß der ND. Ihrem selbstgesteckten Anspruch, das gesamte Polentum unter preußischer Herrschaft zu repräsentieren, konnte die *Straż* aber nie gerecht werden.[382]

Als politische Partei konstituierte sich die Nationaldemokratie in Preußen erst im Mai 1909 und auch das zunächst nicht unter ihrem eigentlichen Namen, sondern unter dem eher kryptischen Titel „Polnische Demokratische Gesellschaft" (*Polskie Towarzystwo Demokratyczne*, PTD). Erst ein Jahr später ließ sie sich dann als „Demokratisch-Nationale Gesellschaft" (*Towarzystwo Demokratyczno-Narodowe*, TD-N) registrieren.[383] Überhaupt bewirkten die aus der Teilung resultierenden unterschiedlichen politischen Bedingungen in den einzelnen Gebieten, daß die neuen polnischen Parteien relativ heterogene Gebilde blieben, deren einzelne Teilgebietsorganisationen sich sowohl in organisatorischer als auch in programmatischer Hinsicht relativ eigenständig entwickelten.

4.4.2. Die übrigen Parteien

Bereits die sozialistische Herkunft Zygmunt Balickis und vieler anderer seiner Mitstreiter aus *Zet*, *Liga Polska* (bzw. *Liga Narodowa*) und dem Umfeld des Warschauer

Poznański [Posener Kurier, ab 1906] die Verbreitung des „allpolnischen" Ideenguts; gleichzeitig geriet auch der von Szymański begründete *Orędownik* immer stärker in nationaldemokratisches Fahrwasser.

381 Grundlegend hierzu S. GRABOWSKI, S. 239ff., die in der *Straż* in erster Linie die polnische Antwort auf die Aktivitäten des „Deutschen Ostmarkenvereins" sieht; des weiteren HAGEN, S. 234; MARCZEWSKI, S. 158f.; vgl. auch PRZYGODNY (Pseud.): *„Straż" wielkopolska* [Die großpolnische „Wacht"], in: „Kraj" 1905, Nr. 18, S. 10.

382 Insofern kann die von J. MZURA: *Pod zaborem pruskim* [Unter preußischer Herrschaft], in: „Kraj" 1907, Nr. 7, S. 1f., angegebene Mitgliederzahl von knapp 23.000 wohl als stark übertrieben angesehen werden. S. GRABOWSKI, S. 271, zufolge pendelte sich die Mitgliederzahl des *Straż* bis 1909 bei nur ca. 2.000 ein.

383 MARCZEWSKI, S. 265ff.; HAGEN, S. 236. – In den Vorstand der neuen Partei mit Hauptsitz in Posen wurde aus Oberschlesien unter anderem der Reichstagsabgeordnete Korfanty entsandt, obwohl dieser mit dem von der Parteiführung im russischen Teilgebiet vorgegebenen politischen Kurs inzwischen teilweise auf Kriegsfuß stand (s.u. Kap. 7.4.1.).

Głos zeigt, daß die sich später diametral auseinanderentwickelnden politischen Strömungen sich zum Teil aus denselben ideologischen Quellen speisten. Die Übergänge zwischen den einzelnen politischen Lagern waren in den 70er und 80er Jahren noch stark fließend, besonders auf der politischen Linken. Die bereits zu dieser Zeit in verschiedenen, zum Teil im Ausland aktiven sozialistischen Zirkeln und Geheimgesellschaften kontrovers diskutierte Frage nach der zukünftigen Rolle der Nation determinierte die Herausbildung der beiden großen, gegensätzlichen Richtungen des polnischen Sozialismus nach 1890.[384]

Mit der unter der Führung von Bolesław Limanowski[385] im November 1892 in Paris erfolgten Gründung der „Polnischen Sozialistischen Partei" (*Polska Partia Socjalistyczna*, PPS) sammelte sich das polnisch-national orientierte sozialistische Lager, flankiert von dem vor allem in Frankreich und England sehr aktiven „Auslandsbund polnischer Sozialisten" (*Związek Zagraniczny Socjalistów Polskich*, ZZSP). Unter der Losung „Durch Unabhängigkeit zum Sozialismus" wurde die Auffassung vertreten, allein in einem unabhängigen, demokratisch verfaßten Polen könne die überfällige soziale Umwälzung bewerkstelligt werden.[386] Konspiratives Tätigkeitsfeld der PPS war ab 1893 Kongreßpolen, die organisatorische und programmatische Grundlagenarbeit erfolgte aber weiterhin überwiegend in London und Paris. Ihr austropolnisches Pendant fand die PPS in der gleichfalls 1892 gegründeten „Galizischen Sozialdemokratischen Partei" (*Galicyjska Partia Socjalno-Demokratyczna*, ab 1897 *Polska Partia Socjalno-Demokratyczna*, PPSD) unter der Führung von Ignacy Daszyński.[387]

Die demgegenüber strikt internationalistisch und klassenkämpferisch ausgerichtete extreme Linke fand ihre Basis in der 1893 unter der Führung von Rosa Luxemburg (poln. Róża Luksemburg) und Julian Marchlewski gegründeten „Sozialdemokratie des Königreichs Polen" (SDKP; 1900 auch auf Litauen ausgeweitet, daher *Socjaldemokracja Królestwa Polskiego i Litwy*, SDKPiL).[388] Die Spaltung der PPS infolge ihres IX. Parteitages 1906 in Wien brachte weitere Bewegung in das sozialistische Spektrum. Während die Parteitagsmehrheit ebenso wie die SDKPiL die Einbeziehung des russischen Proletariats in den revolutionären Klassenkampf anstrebte und sich als PPS-*Lewica* („Linke") selbständig machte, konstituierte sich der Rest unter Führung von Józef Piłsudski als PPS-*Frakcja Rewolucyjna* [PPS-Revolutionäre Fraktion], die einen notfalls auch mit terroristischen Mitteln geführten nationalen Widerstandskampf gegen die russische Besatzungsmacht befürwortete.[389]

Die polnische Bauernbewegung als ein weiterer wichtiger Bestandteil der politischen Landschaft hatte ihren Schwerpunkt von Anfang an in Galizien, wo noch Ende des 19. Jahrhunderts rund 80% der Bevölkerung von der Landwirtschaft lebten.

384 Siehe hierzu detailliert KUDŁASZYK, Myśl społeczno-polityczna, S. 50ff.
385 Limanowski war bereits die prägende Kraft in der 1881 gegründeten sozialistischen Gesellschaft *Lud Polski* gewesen, der auch Balicki angehörte (s.o. Kap. 4.4.1.).
386 HOENSCH, S. 222f.; WANDYCZ, The Lands, S. 297; ausführlich HAUSTEIN, S. 137ff.
387 HOENSCH, S. 229; ausführlich HAUSTEIN, S. 258ff.
388 HAUSTEIN, S. 149ff.; WANDYCZ, The Lands, S. 300; detailliert DZIEWANOWSKI, S. 23ff.
389 DZIEWANOWSKI, S. 48f.

Landhunger, Unterbeschäftigung und nicht selten offene materielle Not der galizischen Kleinbauern, die schon 1846 zur sozialen Explosion geführt hatte, lieferten den Anlaß für eine unter den dortigen Eliten nach 1850 mit zunehmender Intensität geführte Debatte, wie eine soziale Besserstellung und damit langfristig auch eine nationale Integration der Bauernschaft zu bewerkstelligen sei. Die erste längerfristig erfolgreiche organisatorische Sammlung erfolgte aber erst 1895 mit der Gründung der „Bauernpartei" (*Stronnictwo Ludowe*, ab 1903 *Polskie Stronnictwo Ludowe*, PSL)[390], die schon bald darauf auch parlamentarisch verankert war. 1912 spaltete sich die galizische PSL in einen linken, agrarrevolutionäre Ideen vertretenden Flügel (PSL-*Lewica*) und einen rechten, eher nationalkonservativ orientierten Flügel (PSL-*Piast*) auf.[391] In Kongreßpolen entstanden vor 1914 gleich mehrere, miteinander konkurrierende Organisationen der Bauernbewegung – darunter mit dem „Nationalen Bauernbund" (*Narodowy Związek Chłopski*, NZCh) auch eine Abspaltung der Nationaldemokratie –, aus denen erst nach Kriegsausbruch eine einheitliche, gleichfalls den Namen PSL führende Partei hervorging.[392] Das preußische Teilgebiet hinkte, wie bereits festgestellt, im Entwicklungsprozeß des polnischen Parteiensystems generell hinterher; eine organisatorisch gefestigte Bauernformation entstand hier vor 1914 nicht.[393]

Der weiterhin vorwiegend im Adel verwurzelte polnische Konservatismus schließlich, dessen Hochburg gleichfalls Galizien war, blieb in der Tradition der Krakauer „Stanczyken" mehr eine geistig-literarische Richtung und verpaßte so den Sprung zur Bildung einer organisatorisch gefestigten, schlagkräftigen Massenpartei. Der von den Konservativen den Teilungsmächten gegenüber vertretene Loyalitäts- und Ausgleichskurs ließ den Gedanken an eine teilgebietsübergreifende, gesamtpolnisch konzipierte konservative Partei gar nicht erst aufkommen. Vor diesem Hintergrund blieb das wichtigste konservative Diskussionsforum die Presse, wobei vor allem der Krakauer *Czas* [Die Zeit] sowie das Warschauer *Słowo* [Das Wort] zu nennen sind. Im weiteren Sinne dem konservativen Lager zuzurechnen ist auch die seit 1882 in St. Petersburg erscheinende einflußreiche Wochenzeitung *Kraj* [Das Land], die nachhaltig für einen Ausgleich mit Rußland bei gleichzeitiger Bewahrung der polnischen Identität und Kultur eintrat. Seinen politischen Vordenker fand das Blatt in Włodzimierz

---

390 Hier macht sich einmal mehr die bereits diskutierte Übersetzungsproblematik hinsichtlich des Substantivs *lud* bzw. des davon abgeleiteten Adjektivs *ludowy* bemerkbar. Angesichts der spezifischen Programmatik der PSL und ihrer klar eingrenzbaren Zielgruppe ist hier die Übersetzung „Bauernpartei" präziser als die im Deutschen zu allgemein klingende Übersetzung „Volkspartei". Von dem Parteinamen abgeleitet bürgerte sich für die Anhänger der verschiedenen Flügel der Bauernbewegung bald auch die Sammelbezeichnung *Ludowcy* ein.

391 KUDŁASZYK, Myśl społeczno-polityczna, S. 7.

392 DOLIESEN, S. 8.

393 WAPIŃSKI, Podstawowe przemiany, S. 24f., 33. – Im preußischen Teilgebiet noch am ehesten der Bauernbewegung zuzurechnen war bis 1906 Szymańskis *Orędownik*, der im Gegensatz zur SL/PSL in Galizien allerdings stärker großbäuerliche Interessen vertrat. – Vgl. hierzu Materiały żródłowe, Bd. 1, S. 276ff.

Spasowicz, die redaktionelle Leitung lag in den Händen von Erazm Piltz (1851-1929).[394] Der *Kraj* war das einzige konservative Blatt, aus dessen Umfeld mit der 1905 gegründeten und auf Kongreßpolen beschränkten „Partei für Realpolitik“ (*Stronnictwo Polityki Realnej*, SPR) eine festgefügte politische Formation hervorging. An der dominierenden Position, die die Nationaldemokratie nach 1905 in Kongreßpolen errang, konnte dies freilich nichts ändern.

5. Das ideologische Fundament des Westgedankens

394 PSB, Bd. 26, S. 293ff. – Grundlegend KMIECIK, „Kraj“, insb. S. 113ff., 181ff.

5.1. „Zwei Zivilisationen“: Die Umwertung des polnischen Nationsbegriffs gegen Ende des 19. Jahrhunderts

Die „Entdeckung“ des einfachen Volkes und seine Erhebung zur eigentlichen „Substanz“ der polnischen Nation bei gleichzeitiger scharfer Kritik der historischen und gesellschaftlichen Rolle des Adels war in der polnischen Ideengeschichte des 19. Jahrhunderts eigentlich nichts Neues. Wie bereits aufgezeigt, hatten schon Lelewel und die politischen Vordenker des TDP in der Hochzeit der polnischen Romantik mit Nachdruck entsprechendes Gedankengut propagiert; sie selbst wiederum bauten damit auf den schon von den prominentesten Reformern des Vierjährigen Reichstages, Kołłątaj und Staszic, entwic??kelten Ideen auf. Und bereits bei Kołłątaj und Lelewel war im Rahmen dieses neuen Interesses am einfachen Bauerntum die Einbeziehung der „Westgebiete“, vor allem Schlesiens, in den Bereich künftiger polnischer Aspirationen angedeutet worden (s.o. Kap. 3.1.). Nicht zufällig fiel die Wiederaufnahme dieser Diskussion in den 80er Jahren in eine Zeit, in der mit der einsetzenden Krise des Warschauer Positivismus auch der polnische Aufstandsgedanke eine gewisse Rehabilitierung erfuhr und sich in der polnischen Philosophie zudem eine „neoromantische“ Strömung auszubreiten begann. Bezogen auf die in diesem geistigen Klima formulierten politischen Programme und Konzepte hat Peter Brock durchaus zutreffend von einer „zweiten Phase des romantischen Nationalismus“ gesprochen, der in populistischem oder auch in sozialistischem Gewand daherkam.[395]

Das weitgehende Abseitsstehen der Bauernschaft während des Januaraufstandes hatte das Scheitern der populistischen Bestrebungen der ersten Jahrhunderthälfte noch einmal evident werden lassen; die Bauernfrage blieb sowohl in sozialer als auch in politischer Hinsicht ungelöst. Das „Große Manifest“ des TDP und andere entsprechende Verlautbarungen waren das Werk exilierter, von der polnischen Wirklichkeit isolierter Intellektueller und blieben in ihren Formulierungen zudem wolkig und allgemein; die bäuerliche Zielgruppe war so nicht zu erreichen. Die neue Debatte über die Bauernfrage in den 80er Jahren stand am Beginn der Formierung neuer polnischer Massenbewegungen und -parteien. Über die bisherige Politkultur der Intellektuellenzirkel und Debattierclubs mit ihren abgehobenen Programmentwürfen hinaus wurde damit erstmals der Versuch unternommen, die ländlichen Massen auch organisatorisch in die polnische Nationalbewegung einzubinden.

[395] BROCK, Polish Nationalism, S. 335.

Erheblichen Einfluß auf die diesbezügliche Diskussion in Polen entfaltete die seit Ende der 60er Jahre maßgeblich durch Aleksander I. Herzen (1812-1870) und Nikolaj G. Černyševskij (1828-1889) geprägte Idee eines eigenständigen „russischen Sozialismus“, der sich – ganz im Gegensatz zur Marx’schen Lehrmeinung – nicht auf das (in Rußland wie auch in Polen zahlenmäßig noch relativ schwache) Industrieproletariat, sondern auf die sozial unterprivilegierte Bauernschaft und deren ländliche Selbstverwaltungsorgane stützen sollte.[396] Die im Russischen *Narodniki* [Volksfreunde] genannten Anhänger dieser Richtung sprachen dem Kapitalismus seinen im marxistischen Sinne „fortschrittlichen“ Charakter ab und hielten damit einen direkten Übergang vom prämodernen Feudalismus zum Sozialismus für möglich. Mit der Hervorhebung spezifisch russischer bäuerlicher Traditionen schoben die *Narodniki* den von ihnen angestrebten Agrarsozialismus zugleich von der internationalen auf die nationale Ebene und verabschiedeten sich damit von der Idee einer Weltrevolution, die nach Marx und Engels ihren Ausgangspunkt zwangsläufig in den hochindustrialisierten Ländern Westeuropas nehmen mußte. Gerade diese Idee einer Symbiose sozialistischer und nationaler Elemente fiel in Polen auf fruchtbaren Boden, legitimierte sie doch einen von der gesellschaftlichen Entwicklung im übrigen Europa unabhängigen nationalen Befreiungskampf als Voraussetzung der angestrebten sozialen Umgestaltung.[397] Dieser programmatisch verschwommene polnische „National-Sozialismus“ (im wörtlichen Sinne!) steht am Ursprung sowohl des nationalen Flügels der polnischen Arbeiterbewegung als auch der Bauernbewegung und der Nationaldemokratie, die dessenungeachtet bald völlig unterschiedliche Wege gingen.

Unter entsprechenden Einfluß geriet bald auch der junge Warschauer Publizist Jan Ludwik Popławski. In Redaktion und freiem Mitarbeiterstab seines Warschauer *Głos* fand sich eine recht bunte Mischung von Vertretern sozialradikaler, populistischer und nationaler Losungen zusammen.[398] Die Abkehr Popławskis vom Warschauer Po-

---

[396] Zum Einfluß dieses russischen *Narodničestvo* (poln. *Narodnictwo*) auf die Ausgestaltung polnischer agrarsozialistischer und zugleich nationalistischer Ideen in den 80er Jahren siehe u.a. BROCK, Polish Nationalism, S. 339; J. FELDMAN, Dzieje, S. 178; JABŁOŃSKI, Ze studiów, S. 499f.; KUDŁASZYK, Myśl społeczno-polityczna, S. 42ff.; KULAK, Jan Ludwik Popławski 1854-1908, S. 443f.; POBÓG-MALINOWSKI, S. 33; TEREJ, Jan Ludwik Popławski, S. 68

[397] Vgl. hierzu KUDŁASZYK, Myśl społeczno-polityczna, S. 54; PERL, S. 291.

[398] Über die *Głos*-Mitarbeiter im einzelnen KOZICKI, Historia Ligi Narodowej, S. 24ff.; KULAK, Jan Ludwik Popławski 1854-1908, S. 169ff.; WAPIŃSKI, Narodowa Demokracja, S. 22. – Vgl. auch WERESZYCKI, S. 95. – Anfangs zählte auch der spätere PPS-Mitbegründer Limanowski noch zum weiteren Umfeld des *Głos*, wenngleich er später zur Nationaldemokratie auf scharfe Distanz ging. Das gesamte Spektrum kommt in der noch streng marxistisch orientierten polnischen Historiographie der 50er Jahre erwartungsgemäß schlecht weg. So bezichtigt JABŁOŃSKI, Ze studiów, S. 500ff., 516, den *Głos* „nebliger, pseudovolkstümlicher und pseudosozialistischer Formulierungen“ und bewertet Popławskis Gedankengut im Ergebnis als „kleinbürgerlichen Opportunismus“. Schon seit den 60er Jahren ist auf diesem Gebiet aber ein Trend zu größerer Objektivität und einer weniger einseitigen Glorifizierung der polnischen Sozialdemokratie von Rosa Luxemburg und Julian Marchlewski festzustellen.

sitivismus war vor allem geprägt durch die Erfahrungen der wirtschaftlichen Krise in Industrie und Landwirtschaft Kongreßpolens zur Mitte der 80er Jahre. Die hieraus resultierende grundsätzliche Kritik an der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die von den Positivisten ja ausdrücklich bejaht wurde, verband er mit dem Vorwurf des „Kosmopolitismus“ an die Adresse nicht nur des Adels, sondern auch des wirtschaftlich aufstrebenden Bürgertums. Da Popławski zugleich die Arbeiterschaft der latenten Sympathie für eine internationalistische Spielart des Sozialismus verdächtigte[399], rückte zwangsläufig die Bauernschaft ins Zentrum seiner Erwägungen. Hauptgegenstand seiner Kritik blieb demgegenüber der polnische Adel und mit ihm die gesamte jüngere Vergangenheit Polens. Bereits in seinem letzten Artikel für Świętochowskis *Prawda* konstatierte Popławski im Herbst 1886 einen spezifisch polnischen Antagonismus zwischen Szlachta und Bauernschaft und formulierte dabei seine These von den „zwei Stämmen“, die sich in Polen herausgebildet hätten – einer „Nation der hohen Herren“ *(Naród pański)* und einer „Nation der Bauern“ *(Naród chłopski)*.[400] Schon wenige Wochen später faßte er in einer der ersten Nummern des *Głos* diesen Antagonismus in den modifizierten Begriff von den „Zwei Zivilisationen“ *(Dwie cywilizacye)*, die sich voneinander nicht nur nach Kultur und Lebensart, sondern auch nach anthropologischen Wesenszügen voneinander unterschieden und daher sogar zwei „separate Rassen“ repräsentierten. Es sei zu fragen, so Popławski weiter, wieso bei unterworfenen Völkern die Oberschichten so leicht die Kultur der Sieger annähmen, wogegen das einfache Volk viel hartnäckiger an seiner Eigenart festhielte.[401] Hier deutet sich bereits ein zentrales Motiv in Popławskis Denken an, das sein besonderes Interesse an den „Westgebieten“ miterklärt. Das Festhalten der oberschlesischen und masurischen Kleinbauern an Sprache, Kultur und Boden trotz jahrhundertelanger deutscher Herrschaft bei gleichzeitiger Germanisierung des einheimischen Adels schien Popławskis These, wonach nur die bodenverhaftete, von einem „natürlichen“ Patriotismus beseelte Bauernschaft die Erhaltung der nationalen Substanz auf Dauer gewährleiste, eindrucksvoll zu belegen. Dem Adel hingegen sprach er jedes Recht auf eine zukünftige gesellschaftliche Führungsposition ab:

> „Aber man kann und muß mit vollem Recht feststellen, daß die Klasse des Adels sowohl im russischen Teilgebiet als auch allgemein in ganz Polen weder über die moralische Kraft noch über das lebendige Nationalgefühl, weder über die gesellschaftliche und ökonomische Autorität noch schließlich über den politischen Führungsgedanken verfügt, der ihr eine führende Rolle sicherte oder eine solche auch nur zu beanspruchen erlaubte (...).“[402]

Die Konsequenz aus dieser Feststellung konnte für Popławski nur in einem radikalen Bruch mit der Vergangenheit liegen:

---

399 KULAK, Jan Ludwik Popławski 1854-1908, S. 436f.
400 J.L. POPŁAWSKI: *Demokratyzacya zasad* [Demokratisierung der Prinzipien], in: „Prawda“ 1886, Nr. 42, S. 495; vgl. auch Redakcya: *Pańskie i chłopskie* [Herren und Bauern], in: „Głos“ 1886, Nr. 5, S. 65f.; Nr. 7, S. 97f.; Nr. 9, S. 129f.; Nr. 10, S. 145f.
401 J.L. POPŁAWSKI: *Dwie cywilizacye* [Zwei Zivilisationen], in: „Głos“ 1886, Nr. 7, S. 98ff.
402 DERS.: *Szlachta i polityka narodowa* [Der Adel und die nationale Politik], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1896, Nr. 19, S. 435.

„Die politische Katastrophe, die unser Vaterland aus dem Kreis der unabhängigen Staaten ausradierte, traf Polen zu einem Zeitpunkt, da sich seine gesellschaftlichen Verhältnisse tiefgreifend zu wandeln begannen. Eben deshalb beschränkte sich unsere nationale Politik nicht – und kann das heute noch viel weniger – auf eine Forderung nach Rückkehr zum *status quo*, zur Restauration des alten Polen. Mit der Zeit müssen wir ein neues Polen aufbauen (...), müssen wir in unseren Forderungen und unserer nationalen Politik auf das zählen, was voranschreitet und sich fortentwickelt, was an Kraft zunimmt.“[403]

Dieser „an Kraft zunehmende“ Faktor konnte für ihn allein die Bauernschaft sein. Wie schon in den sozialromantischen Programmen der „Großen Emigration“ spielt auch in der Publizistik Popławskis der allgemeingehaltene Begriff *lud* eine zentrale Rolle. Er definierte ihn als die „Gesamtheit der arbeitenden Klassen“ – im Gegensatz zum *naród* als der „Gesamtheit aller gesellschaftlichen Schichten, verbunden durch gemeinsame Herkunft, gemeinsame historische Traditionen und politische Bindungen“.[404] Daß die Interessen von *lud* und *naród* bisher nicht kongruent gewesen seien, war für ihn das maßgebliche, aus einer mißglückten nationalen Vergangenheit vererbte Problem – diese Kongruenz herzustellen mußte folgerichtig die zentrale Aufgabe der Zukunft sein.[405] Damit sah Popławski die einfache und bisher vernachlässigte Landbevölkerung nicht länger nur als einen Teil der Nation, sondern schlechthin als *die* polnische Nation der Zukunft an. Dieser Prozeß mußte über die schrittweise nationale Bewußtwerdung der Bauernschaft verlaufen, sie war für ihn das „nationale Reservoir“, gleichsam die Nation *in statu nascendi*.[406] Der populäre Begriff der „nationalen Wiedergeburt“ *(odrodzenie narodowe)*, der bald mit Vorliebe auf die „Westgebiete“ angewendet wurde, hat hier seinen Ursprung.

Die vermeintliche Fehlentwicklung von Staat und Gesellschaft vor 1795 lenkte den Blick Popławskis auf ethnische statt auf etatistische Faktoren. In diesem Zusammenhang konstruierte er neben dem klassischen Begriffsgegensatz *lud – naród* auch einen Gegensatz zwischen dem „ethnographischen Begriff“ des „Stammes“ *(plemię)* und dem „historisch-politischen Begriff“ der Nation *(naród)*.[407] Die von Popławski auf diesen polnischen „Volksstamm“ projizierten positiven Eigenschaften wie „Kraft“, „Reinheit“, „Gesundheit“ und „nationaler Instinkt“[408] werfen die in der polnischen Forschung bereits verschiedentlich diskutierte Frage auf, wie stark sein Denken noch in dem romantischen Volkstumsbegriff der ersten Hälfte des 19. Jahrhun-

403 DERS.: *Interesy ludu i polityka narodowa* [Die Interessen des Volkes und die nationale Politik], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1897, Nr. 14, S. 309.

404 DERS.: *Lud i naród* [Volk und Nation], in: „Głos“ 1888, Nr. 19, S. 217. – Mit dieser Definition hatte Popławski auch die Industriearbeiterschaft dem *lud* zugerechnet, die in seinen Erwägungen sonst aber eine absolut untergeordnete Rolle spielte. Insofern kann unter dem *lud*-Begriff Popławskis auch weiterhin in erster Linie die polnischsprachige kleinbäuerliche Landbevölkerung subsumiert werden.

405 POPŁAWSKI, *Demokratyzacya zasad* (wie Anm. 400), S. 496; vgl. hierzu grundlegend MAJ, S. 223ff.

406 KULAK, Jan Ludwik Popławski 1854-1908, S. 481; DIES., Mit narodowej siły, S. 156.

407 POPŁAWSKI, *Lud i naród* (wie Anm. 404), S. 217.

408 KULAK, Jan Ludwik Popławski 1854-1908, S. 452.

derts wurzelte. Tatsächlich erinnern seine diesbezüglichen Formulierungen auffallend an Lelewel oder die radikaldemokratischen Programmschriften des TDP aus den 30er Jahren. Ewa Maj etwa konstatiert in Popławskis Volkstumsideologie eine Fusion aus polnischer Romantik und russischem *Narodničestvo*.[409] Tatsächlich stand Popławski der Romantik emotional zwar noch sehr nahe, repräsentierte intellektuell aber längst eine völlig andere Denkschule.[410] Das demokratisch-universalistische Ethos der „Großen Emigration“ mit ihrer Vision eines Vielvölkerstaates gleichberechtigter Nationalitäten stand ihm völlig fern. Popławskis Volkstumsbegriff hatte längst den Weg zu einer ethnisch-linguistischen – sprich: polnischen – Exklusivität beschritten. Die litauische, weißrussische oder ukrainische Bauernschaft wurde in diesem Denken nicht mehr als gleichberechtigtes nationales Subjekt anerkannt, sondern bestenfalls noch als „folkloristisches“, unter gegebenen Umständen zu assimilierendes Völkermaterial (s.u. Kap. 7.2.). Hatte Popławski noch in der *Prawda* mit Nachdruck die engen Verbindungen der einzelnen slavischen „Brudervölker“ untereinander beschworen[411], so wandelte er sich später zu einem strikten Gegner jeglicher panslavischen Bestrebungen:

> „Die Diskussion über die ‚slavische Idee‘, über eine auf die stammesmäßige Verwandtschaft gegründete Gegenseitigkeit, über eine geschichtliche Sendung der slavischen Völker ist in Wahrheit eine Verwirrung der öffentlichen Meinung. (...) Ein solch mythischer Panslavismus nutzt ausschließlich Rußland, in dessen Politik er sich vorzüglich mit einem groben, rücksichtslosen Utilitarismus verbindet. Eine slavische Idee gibt es nicht und kann es nicht geben. (...) Die geschichtliche Entwicklung der slavischen Nationen hat sich sowohl auf politischem als auch auf gesellschaftlichem Gebiet nicht miteinander verbunden, sondern im Gegenteil immer weiter auseinanderentwickelt; eine kulturelle Gemeinschaft zwischen ihnen gab und gibt es nicht (...). Die slavische Idee ist somit ein künstliches Gebilde, geschaffen im Dienste literarischer und volkskundlicher Forschungen (...), aber ohne Grundlage in der Realität.“[412]

Einen viel direkteren Einfluß als Romantiker oder *Narodniki* hatte auf Popławskis Volkstumsideologie zweifellos der bereits erwähnte Schriftsteller Józef Ignacy Kra-

---

[409] MAJ, S. 225.

[410] WALICKI, Philosophy, S. 346; vgl. hierzu auch KULAK, Jan Ludwik Popławski 1854-1908, S. 537f.

[411] J.L.P.: *Wzajemność słowiańska* [Slavische Gegenseitigkeit], in: „Prawda“ 1884, Nr. 2, S. 13ff. – Popławski konstatiert an dieser Stelle ein sich seit Beginn des Jahrhunderts ausbildendes Solidaritätsbewußtsein unter den slavischen Völkern in Zusammenhang mit der Erweckung ihres nationalen Selbstbewußtseins sowie der „Wiedergeburt“ ihrer historischen Traditionen und nationalen Literaturen. Der polnischen Vergangenheit wird bei dieser Gelegenheit abermals der Spiegel vorgehalten: „Unsere Brudervölker waren strenggenommen gar keine Nationen *(narody)*, nur Völker *(ludy)* zu einer Zeit, als wir noch lediglich aus einer einzigen Kaste bestanden. Ihre Literaturen sind durch und durch demokratisch; bei uns bleibt in dieser Richtung noch eine Menge zu tun (...).“

[412] J.L. POPŁAWSKI: *Polityka słowiańska* [Slavische Politik], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1897, Nr. 24, S. 550; eine vergleichbare Einschätzung gibt er ab in *Szkodliwe mrzonki* [Schädliche Hirngespinste], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1898, Nr. 13, S. 195ff.

szewski.[413] Schon in seinen „Rechnungen“ und seinem „polnischen Programm“ von 1872 hatte Kraszewski ein klischeehaftes Bild von Adel und Bauernschaft gezeichnet, wie es sich später bei Popławski fast wörtlich wiederfindet. So habe sich die Szlachta stets leicht und widerstandslos „kosmopolitisiert“, wohingegen das einfache Volk „trotz jahrhundertelangen Drucks einer höheren Zivilisation“ seine Eigenart beibehalten habe.[414] Bezogen auf die polnischsprachigen Schlesier schrieb Kraszewski an gleicher Stelle:

> „In den Gebräuchen des einfachen Volkes *(lud)*, seinen Liedern und Sagen lebt die geheimnisvolle Kraft der Nation, auf die die deutsche Zivilisation mit Verachtung blickt und die dieser Zivilisation gegenüber kraftlos erscheinen mag – aber gleichwohl ist sie lebendig und wird es bleiben.“[415]

Überhaupt wurden die einfache Landbevölkerung und ihre Bodenständigkeit gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu einem immer beliebteren Motiv sowohl in der Geschichtsschreibung als auch in der polnischen Literatur. In seinem 1885 erstmals erschienenen Roman *Placówka* [Der Wachposten] hatte der politisch dem Warschauer Positivismus nahestehende polnische Schriftsteller Bolesław Prus (1847-1912; mit bürgerlichem Namen eigentlich Aleksander Głowacki) das Festhalten des polnischen Bauern an seinem Grund und Boden im Widerstand gegen die deutsche Kolonisierung heroisiert und zugleich Leichtlebigkeit und Egoismus des Adels kritisiert.[416] Im Warschauer *Tygodnik Illustrowany* [Illustriertes Wochenblatt] legte Prus 1886 seine gesellschaftlichen Ansichten in klaren Worten dar:

> „Die Nation besteht heute nicht aus einer einzigen Klasse, auch wenn diese gebildet und vermögend ist, sondern aus allen Mitgliedern der Gesellschaft, aus den gesamten Volksmassen *(masy ludu)*. Sie sind das Reservoir, aus dem immerfort die Rekruten hervorgehen, aus dem die Steuern, das Vieh und das Getreide kommen, aus dem aber ebenso gebildete, geniale Menschen hervorgehen, große Herzen und unbeugsame Charaktere.“[417]

In der populären Literatur wurde das Bauern- und Bodenmotiv vielfach und in oft pathetischer Weise variiert, so in Artur Gruszeckis Roman *W starym dworze* [Auf dem alten Hof]:

> „Das Land! Das ist keine Straße, über die man hinwegschreitet, kein Grab, das die Toten birgt. Für sie (die Bauern) ist es ein Teil ihrer Seele, ihrer Sinne, ihrer Leidenschaften und

---

413 Siehe hierzu KULAK, O wpływie, insb. S. 39f., 45ff.
414 BOLESŁAWITA [d.i. Kraszewski], S. 470.
415 Ebenda, S. 596.
416 MROCZKO, Polska myśl zachodnia, S. 43; vgl. auch PSB VIII, S. 119. – Der Roman *Placówka* erschien als Fortsetzungsroman 1885 erstmals in der Warschauer Zeitschrift *Wędrowiec* („Der Wandersmann“), ab 1886 dann bezeichnenderweise auch in Popławskis *Głos*.
417 BOLESŁAW PRUS: *Drobne uwagi o wielkich kwestyach* [Kleine Anmerkungen zu großen Fragen], in: „Tygodnik Illustrowany“ 1886, Nr. 183, S. 2.

> Freuden (...). Hiermit verknüpft sich die Frage des Seins, der Liebe und des Todes; alles aus dem Land, alles durch das Land, alles für das Land."[418]

Was die Mittel zur „nationalen Erweckung" der Bauernschaft betrifft, blieb Popławski geistig ein Kind des Warschauer Positivismus. Aus einer äußerst skeptischen Beurteilung der Chancen eines künftigen Aufstandes heraus bekannte auch er sich ausdrücklich zum Konzept der „organischen Arbeit", reicherte es jedoch zugleich um seine spezifische Auffassung von „Patriotismus" und von der besonderen Rolle der einfachen Landbevölkerung an. Zwar hatte sich stets auch Popławskis früherer Mentor Świętochowski für die Nutzung des nationalen Potentials der Bauernschaft ausgesprochen, ihr aber im wesentlichen nur eine passive Rolle zugemessen. Popławski hingegen sah aus einem tiefen Vertrauen in den „nationalen Instinkt" heraus die Bauern als künftig wichtigsten aktiven Faktor des nationalen Widerstands an.[419] Auch hielt er im Gegensatz zu Świętochowski die Erhaltung der nationalen Substanz mittels „organischer Arbeit" nur als Übergangslösung für akzeptabel; auf lange Sicht konnte die polnische Nation in den Augen der Vordenker der Nationaldemokratie ohne die Verkörperung in einem eigenen Staat ihr Überleben nicht sichern.[420] Die Unabhängigkeit geriet damit wieder auf die politische Tagesordnung, auch wenn Popławski der Frage, wie sie erkämpft werden sollte, zunächst auswich.

Es liegt auf der Hand, daß Popławski dem Landbesitz im Rahmen der „organischen Arbeit" eine besonders große Rolle beimaß. So wurde im *Głos* quasi der Erwerb jeden zusätzlichen Quadratmeters Boden durch polnische Bauern, vor allem in Posen, wie ein kleiner Sieg bejubelt; Popławski selbst setzte sich in diesem Zusammenhang besonders für die Gründung eigener polnischer Kreditbanken für den Agrarsektor ein.[421] Insgesamt aber fällt ins Auge, daß spezielle Vorschläge zur Verbesserung der sozialen Lage der polnischen Bauernschaft, etwa durch eine Bodenreform oder vergleichbare Maßnahmen, in Popławskis Publizistik stets eine untergeordnete Rolle spielten.[422] Für ihn war die einfache Landbevölkerung mehr Grundlage einer nationalen Weltanschauung als Gegenstand konkreter Sozialprogramme.

5.2. „Nationale Egoisten" – „Moderne Polen": Allgemeine Grundzüge der „allpolnischen" Ideologie der Nationaldemokratie als der polnischen Variante eines integralen Nationalismus

Die „allpolnische" Ideologie ist nicht als homogenes, in wenigen Stichworten darstellbares Gedankengebäude zu verstehen, vielmehr bildet sie ein Konglomerat verschiedener Denkansätze, die sich über einen Zeitraum von immerhin fast zwei Jahr-

418 Zit. in: TCHÓRZEWSKA-KABATA, S. 112.
419 Vgl. hierzu KULAK, Jan Ludwik Popławski 1854-1908, S. 460.
420 BROCK, Polish Nationalism, S. 342.
421 J.L. POPŁAWSKI: *Targowisko Poznańskie* [Posener Messe], in: „Głos" 1887, Nr. 29, S. 449f.
422 Hierzu KULAK, Jan Ludwik Popławski 1854-1908, S. 463ff.

zehnten erst allmählich zu einer eigenständigen politischen Ideologie verfestigten. Am Anfang standen dabei die hauptsächlich aus der Feder Popławskis stammenden Grundsatzartikel im *Głos*. Zu ihnen gesellte sich 1893 Dmowskis Jugendbroschüre „Unser Patriotismus – Grundlagen eines Programms für eine zeitgenössische nationale Politik" *(Nasz patriotyzm. Podstawy programu współczesnej polityki narodowej)*. Der „allpolnische" Ansatz seiner Ideen wurde darin bereits deutlich, wenn Dmowski diesen Begriff auch noch nicht direkt verwendete:

> „Die nationale Politik kann sich in ihren wichtigsten Grundsätzen weder auf Posen noch auf Galizien oder Warschau beschränken – sie muß gesamtpolnisch *(ogólnopolski)* sein. Zwar müssen wir, je nach der politischen Lage in jedem einzelnen Teilgebiet, eine unterschiedliche Haltung zu den Regierungen der Teilungsmächte einnehmen, zwar müssen wir unterschiedliche, den örtlichen Bedingungen entsprechende Handlungsweisen zulassen, aber wir dürfen um nichts von dem allgemeinen Grundsatz abweichen, wonach jede politische Aktion eines Polen, gleich wo sie stattfindet und gegen wen sie sich richtet, die Interessen der ganzen Nation im Blick haben muß."[423]

Ungeachtet dieses großen Anspruchs beschäftigte sich seine Schrift aber noch weitgehend mit den Bedingungen einer nationalen Entwicklung des Polentums im russischen Teilgebiet und propagierte in diesem Zusammenhang eine konspirative Strategie, von der sich Dmowski später im Zeichen der „Realpolitik" konsequent abwandte. Ihre endgültige Ausformung und Kodifizierung fand die „allpolnische" Ideologie erst mit den beiden jeweils 1902 in Lemberg erstmals erschienenen theoretischen Hauptwerken der Bewegung – Balickis Schrift „Der nationale Egoismus angesichts der Ethik" *(Egoizm narodowy wobec etyki)* und Dmowskis „Gedanken eines modernen Polen" *(Myśli nowoczesnego Polaka)*.

Ausgehend von der These, daß die Völker sich in ihren Beziehungen zueinander auch derzeit noch in einem von roher Gewalt statt von dem Prinzip der Gerechtigkeit geprägten Verhältnis befänden, gelangte Balicki in seiner philosophisch gehaltenen Schrift zu dem Schluß, die Nationen seien allein auf ihre eigenen Kräfte angewiesen und bedürften dauerhafter internationaler Bindungen ebensowenig wie einer übergeordneten Moral. Vielmehr gehe der Kampf um das Wohl der eigenen Nation allgemeinen Menschheitsinteressen in jedem Fall vor. Das gelte besonders für das staatenlose und dadurch zum Kampf um sein nationales Überleben gezwungene polnische Volk. Ein solcher vernunftgemäßer „nationaler Egoismus" – als Gegenpol zu einem irrationalen und gefährlichen Altruismus – rechtfertigte sich in den Augen Balickis aus einer speziellen „gesellschaftlichen Ethik" *(Etyka społeczna)* heraus, „die verlangt, den Freund nicht als Feind zu behandeln, den Feind aber auch nicht als Freund".[424] Zugleich begründete dieser „nationale Egoismus" auch eine jeden Einzel-

---

[423] In Auszügen abgedruckt bei MAJCHROWSKI, T.1, S. 59-63, hier S. 59; vgl. hierzu W. FELDMAN, Geschichte der politischen Ideen, S. 346; FOUNTAIN, S. 86f.; v. PUTTKAMER, S. 19f.; WAPIŃSKI, Narodowa Demokracja, S. 28f.

[424] BALICKI, S. 46; vgl. auch S. 15, 65; vgl. hierzu W. FELDMAN, Geschichte der politischen Ideen, S. 349; FOUNTAIN, S. 108; GROTT, S. 52ff.; HAUSMANN, Die politischen Ideen, S. 163; KURCZEWSKA, S. 274ff.; WAPIŃSKI, Narodowa Demokracja, S. 39.

nen bindende Verpflichtung. Balicki skizzierte in diesem Zusammenhang das Erziehungsideal eines polnischen „Bürgersoldaten“ *(Żołnierz-obywatel)*, der sein Leben und seine ganze Kraft dem alltäglichen Kampf für die nationalen Interessen des eigenen Volkes weiht.[425] In diesem Ideal spiegelten sich ein in nationalen Ideologien generell verbreiteter Opfergedanke wider und ein tiefsitzender Antiindividualismus, der den Einzelnen stets nur als Teil eines Ganzen begriff.

Der „nationale Egoismus“ im Sinne Balickis symbolisierte einen drastischen Bruch mit der idealistischen Tradition der polnischen Freiheitsbewegung aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die die staatliche Unabhängigkeit noch unter dem Motto „Für Eure und unsere Freiheit“ angestrebt hatte. Dieser – wie er es nannte – „Patriotismus“ alter Schule war für ihn nichts anderes als das Relikt einer sentimentalen romantischen Bildungstradition, mit der es aufzuräumen gelte.[426] Seine Kampfansage an jegliche Wiederbelebung dieser Tradition verwickelte Balicki in einen heftigen Streit mit dem Vordenker des nationalen Flügels der polnischen Sozialisten, Bolesław Limanowski, mit den ihn zwei Jahrzehnte zuvor noch gemeinsame Überzeugungen verbunden hatten. Limanowski sah in Balickis Nationalismus nichts weiter als eine künstliche Imitation ausländischer Vorbilder, deren Rezeption im staatenlosen Polen gar keinen Sinn mache und die letztlich nur zu einer Degeneration der polnischen politischen Kultur führten.[427]

Dem „nationalen Egoisten“ war der von Dmowski skizzierte „moderne Pole“ im wesentlichen vergleichbar. Im einleitenden Teil seines Buches formulierte er in der ersten Person:

> „Ich bin ein Pole (...). Neben meinen persönlichen Angelegenheiten und Interessen kenne ich die nationalen Fragen, die Interessen Polens als Ganzes, die höchsten Interessen überhaupt, für die man auch dasjenige opfern muß, was man für persönliche Angelegenheiten nicht opfern darf.“[428]

Weit mehr noch als Balickis Schrift wurden Dmowskis „Gedanken eines modernen Polen“ zum „Evangelium der rasch emporwachsenden Nationaldemokratie“[429], zur „Bibel der nationalistischen Bewegung“[430], die das politische Denken großer Teile der polnischen Gesellschaft nachhaltig beeinflußte. Kurt Georg Hausmann hat das Buch treffend „die Kampfansage des ‚Realpolitikers‘ an den Traditionalismus“ genannt.[431] In der Tat verstand Dmowski sich als polnischer Politiker ganz neuen Stils, der zu seiner Nation und ihrer Geschichte ein gänzlich unsentimentales Verhältnis hatte und der davon überzeugt war, daß das alte, historisch gescheiterte Polen nicht zu restituieren war. „Man muß nicht unbedingt Unternehmen nachahmen, die Bankrott

---

425 Hierzu PARUZEL, S. 40f.; GROTT, S. 49ff.; BROCK, Polish Nationalism, S. 343.
426 WALICKI, Philosophy, S. 349f.
427 KURCZEWSKA, S. 273.
428 DMOWSKI, Myśli, S. 2.
429 W. FELDMAN, Geschichte der politischen Ideen, S. 348f.
430 WAPIŃSKI, Idea narodu, S. 222.
431 HAUSMANN, Die politischen Ideen, S. 110.

gemacht haben“, heißt es dazu in den „Gedanken“ kurz und bündig.[432] In dieser zutiefst pessimistischen Analyse der polnischen Vergangenheit lag Dmowski durchaus nahe an den Vertretern der konservativen „Krakauer Schule“, auch wenn er daraus für die Gegenwart gänzlich gegensätzliche Schlußfolgerungen zog.[433]

Dmowskis politisches Engagement galt der Frage, wie ein moderner polnischer Staat, „das Polen des zwanzigsten Jahrhunderts“, auszusehen habe und wie man die immer noch zu sehr in romantischen Vorstellungen befangene polnische Gesellschaft zu modernem politischen Denken erziehen könne.[434] Folgerichtig sprach er der Szlachta als einer der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Erneuerung entgegenstehenden und langfristig zum Untergang verurteilten Schicht jeden Anspruch auf eine künftige Führungsposition ab.[435] Den Adel als soziale Schicht identifizierte er weitgehend mit dem politischen Konservatismus und der von dort propagierten Politik eines Ausgleichs *(Ugoda)* gegenüber den Teilungsmächten. Deren vor allem in Galizien einflußreiche Vertreter wurden von Dmowski und seinen Mitstreitern im *Przegląd Wszechpolski* regelmäßig mit giftigen Polemiken überzogen.[436] Ihnen stellte Dmowski einen „neuen Typ des Polen“ gegenüber, der – analog zu Balickis „Bürgersoldat“ – sein Polentum im täglichen Kampf um seine Sprache, seinen Glauben und seinen Boden beweisen mußte. Diesen vorbildhaften und die Erneuerung der polnischen Nation verkörpernden Typus sah er vor allem in Posen heranreifen, wo sich angesichts eines derzeit noch überlegenen Gegners „ein Teil unseres Volkes im preußischen Teilgebiet im Feuer des Kampfes härtet“.[437]

Generell nimmt der Begriff des „Kampfes“ in Dmowskis Weltbild einen zentralen Rang ein, er war – um im Bild zu bleiben – gleichsam die Feuerprobe, durch die eine ethnische Gruppe überhaupt erst zur Nation wurde. Wie für Balicki war auch für Dmowski der Konflikt das höchste Ordnungsprinzip im Zusammenleben der Völker. Dabei verstand er diesen „Kampf“ nicht in erster Hinsicht als militärische Auseinandersetzung, vielmehr als permanente kulturelle und wirtschaftliche Rivalität.[438] Da

---

432 DMOWSKI, Myśli, S. 97.

433 WALICKI, Philosophy, S. 352.

434 HAUSMANN, Die politischen Ideen, S. 17f.

435 DMOWSKI, Myśli, S. 52ff.

436 Siehe z.B. POPŁAWSKI, *Interesy ludu* (wie Anm. 403), S. 310: „Die Politik des Ausgleichs, die den Grundsatz der bedingungslosen Loyalität vertritt, ist heute in allen drei Teilgebieten eine Klassenpolitik der Adels- und Großgrundbesitzerschicht (...).“ – Vgl. auch *Nad grobem polityki ugodowej w zaborze pruskim* [Am Grab der Ausgleichspolitik im preußischen Teilgebiet], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1897, Nr. 5, S. 97ff.; *Niebezpieczeństwo ugodowe* [Die Gefahr des Ausgleichs], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1898, Nr. 8, S. 109ff.; *Bankructwo ugodowców* [Der Bankrott der Ausgleichspolitiker], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1898, Nr. 24, S. 371ff.; J.L. POPŁAWSKI: *Realizm polityczny i przyszła Polska* [Politischer Realismus und das künftige Polen], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1899, Nr. 3, S. 133.

437 DMOWSKI, Myśli, S. 86; vgl. R. JAWORSKI, S. 108.

438 PARUZEL, S. 36; vgl. auch ZYGMUNT BALICKI: *Wobec nowego położenia* [In Anbetracht einer neuen Lage], in: „Przegląd Narodowy“ 1908, Nr. 6, S. 669ff., der dafür plädiert, jede Nation müsse selbst Typ und Methoden des Kampfes wählen, die ihr am ehesten Kraft verleihen.

tüchtige Nationen nach dieser Logik also grundsätzlich nur aus Kampf hervorgingen, war Dmowski dem Erbfeind Preußen für dessen kompromißlose Härte und die daraus resultierende unfreiwillige Stärkung des Polentums sogar noch dankbar und sah in der preußischen Machtpolitik ein Vorbild, dem die Polen nacheifern sollten. Damit entzog er die preußische Politik zugleich einer moralischen Verurteilung, da sie ganz selbstverständlich an den eigenen Interessen orientiert sei und gar nicht anders könne, als in den Polen einen Gegner zu sehen, den es zu bekämpfen gelte.[439] Das Defizit sah Dmowski vielmehr bei der eigenen Nation, die die Lektion des nationalistischen Zeitalters offenbar noch nicht ausreichend gelernt habe – und diese Lektion hieß, daß in einer von Gewalt und nationalen Egoismen geprägten Welt für „Schwache und Wehrlose“ kein Platz sei.[440]

In diesem aktivistischen Weltbild erhielt der Begriff der nationalen „Expansion“ einen ähnlichen Wertecharakter wie der des „Kampfes“. Eine Nation, die ihre innere Gesundheit bewahren wolle, müsse in einem ihren Kräften entsprechenden Maße die Sphäre ihres Handelns und ihrer Interessen ständig erweitern, sie müsse in allen Bereichen expansiv sein. Wille und Fähigkeit zur Expansion wurden so quasi zum Maßstab für den „Wert“ einer Nation gemacht.[441] Für Polen, das als staatenlose Nation schließlich keine Armeen aufmarschieren lassen konnte, konnte dies vorerst nur heißen, das Polentum überall dort zu stärken, wo es anzutreffen war – in den „Westgebieten“, in der europäischen Emigration, in den polnischen Auswandererkolonien in Westdeutschland und sogar in Übersee.[442] Jenseits aller Vorstellungen von Moral und Humanität und in konsequenter Weiterentwicklung des Begriffs vom „nationalen Egoismus“ gab Dmowski sich hier, wie Kurt Georg Hausmann es ausgedrückt hat, als „ein Sohn des imperialistischen Zeitalters“ zu erkennen – „er hat dessen Geist bejaht und für die staatslose Nation zu rezipieren gesucht“.[443] In einer Welt von Raubtieren, so ließe sich das Kalkül der „Allpolen“ auf den Punkt bringen, mußte sich selbst wie ein Raubtier verhalten, wer auf Dauer überleben wollte. Das gegen Deutschland gerichtete Territorialprogramm, wie Dmowski es während des Krieges und anschließend auf der Pariser Friedenskonferenz vertrat, war die logische und unausweichliche Konsequenz dieses Denkens.

---

439 Vgl. hierzu HAUSMANN, Dmowskis Stellung, S. 63, 89f., der in diesem Zusammenhang von einem „dialektischen“ Nationalismus Dmowskis spricht.

440 HAUSMANN, Die politischen Ideen, S. 158, 166; vgl. W. FELDMAN, Geschichte der politischen Ideen, S. 348; FOUNTAIN, S. 94.

441 Hierzu DMOWSKI, Myśli, S. 130ff.

442 Vgl. hierzu [J.L. POPŁAWSKI]: *Kilka uwag w sprawie kolonizacyi Polski* [Einige Bemerkungen zur Frage der Kolonisierung Polens], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1899, Nr. 10, S. 588, 591f. – Popławski weist hier darauf hin, daß „die Politik einer gesunden Nation, die an Stärke zunimmt und sich ihrer Stärke auch bewußt ist, eine Politik der Eroberung sein muß“, und geht in diesem Zusammenhang auch auf die polnischen Auswanderer-„Kolonien“ in den USA und Südamerika ein.

443 HAUSMANN, Die politischen Ideen, S. 175.

Die Nation wurde von Dmowski und Balicki organisch verstanden, sie war in ihren Augen der höchste, schlechthin nicht hinterfragbare Wert überhaupt.[444] Das Staatsmodell, das Dmowski vorschwebte, war folgerichtig das des klassischen Nationalstaats; ein Unterschied zwischen Nations- und Staatsidee existierte in seinem Weltbild nicht. Für ihn verwirklichte sich die Menschheit ausschließlich in Nationen, die ihrerseits dann Staaten bildeten. Der Staat war nach dieser Logik nicht mehr als ein bloßer organisatorischer Rahmen, innerhalb dessen sich die Nation entfaltete.[445] Ein anderes Staatsmodell war für Dmowski gar nicht vorstellbar; ihm zufolge mußten auch ursprüngliche Vielvölkerstaaten auf die Dauer entweder nationsbildend wirken wie die USA oder absterben wie die k.u.k.-Monarchie, deren baldigen Zerfall Dmowski voraussah.[446] Dmowskis Staatsidee setzte eine größtmögliche ethnische Homogenität voraus, die dort, wo sie nicht von vornherein gegeben war, durch Assimilierung aller fremden Elemente erreicht werden mußte. Um der Gefahr zu entgehen, selbst durch die Teilungsmächte assimiliert zu werden, sollten die Polen sich in allen drei Teilgebieten strikt von allen anderen Volksgruppen abschotten und eine exklusive, nur den eigenen Belangen dienende Politik betreiben. Zum Symbol dieser Bestrebungen wurde eine im preußischen Teilgebiet unter dem einschlägigen Motto „Ein Jeder zu den Seinen“ *(Swój do swego)* geführte antideutsche Boykottkampagne, deren Funktion weniger eine wirtschaftliche als vielmehr eine nationalpolitische war.[447] Vor diesem Hintergrund sind die wütenden Attacken der ND-Presse gegen jegliche Zusammenarbeit der oberschlesischen Polen mit deutschen Institutionen, Parteien oder Vereinen – auch solchen, die den polnischen Belangen durchaus offen gegenüberstanden – zu verstehen.

Dmowskis nationalistische Doktrin richtete sich freilich nicht nur gegen den äußeren Feind, sondern auch gegen den vermeintlich inneren, die polnischen Juden. Ihnen warf er vor, ihre bevorzugte Stellung in der Wirtschaft gegen die Interessen des polnischen Volkes zu mißbrauchen und sich damit – durchaus ähnlich der Szlachta – als „antinationale“ Kraft, ja sogar als russifizierendes bzw. im Dienst der russischen Politik stehendes Element zu profilieren.[448] „Dank der Juden ist Polen zu einer Nation der Szlachta verkommen“, heißt es in den „Gedanken“ barsch.[449] Daß sich das auch in der Provinz Posen zahlenmäßig relativ starke Judentum kulturell ganz überwiegend dem Deutschtum zugehörig fühlte, war für Dmowski wie ein zusätzlicher Beweis seiner These; daß in späteren Artikeln und Broschüren aus dem Umfeld der Nationaldemokratie Deutsche und Juden oft in einem Atemzug als Todfeinde des Polentums in den

444 PARUZEL, S. 35.
445 DMOWSKI, Myśli, S. 232; vgl. WAPIŃSKI, Narodowa Demokracja, S. 37; ŚLIWA, Polska myśl polityczna, S. 40.
446 HAUSMANN, Die politischen Ideen, S. 188.
447 HAGEN, S. 247; R. JAWORSKI, S. 41, vgl. auch S. 77ff.
448 HAUSMANN, Die politischen Ideen, S. 216; vgl. grundlegend hierzu WAPIŃSKI, Polska i małe ojczyzny Polaków, S. 180ff.; vgl. auch Dmowskis 1909 veröffentlichten Aufsatz *Separatyzm żydów i jego żródła* [Der Separatismus der Juden und seine Ursachen], abgedruckt bei MAJCHROWSKI, T. 1, S. 207-211.
449 DMOWSKI, Myśli, S. 45.

„Westgebieten“ genannt werden, findet hier seine Erklärung (s.u. Kap. 6.4.). Als Konsequenz seiner Analyse forderte Dmowski, auch gegenüber dem Judentum in geistig-kultureller Hinsicht eine strikte Abgrenzung vorzunehmen und das polnische Bürgertum als Gegengewicht zu stärken. Schließlich müsse die ökonomische Vormachtstellung der Juden durch den Aufbau eines eigenen polnischen Wirtschaftslebens gebrochen und ihre Zahl durch Förderung der Emigration bzw. die Verhinderung weiterer Immigration planmäßig verringert werden.[450] Anders als beispielsweise später im nationalsozialistischen Deutschland war der „allpolnische“ Antisemitismus aber nicht biologisch motiviert und richtete sich „nur“ gegen den vermeintlich schädlichen Einfluß des Judentums als gesellschaftliche, nicht als rassische Gruppe. Gegen eine begrenzte Anzahl sich vollständig an das Polentum assimilierender und dem polnischen nationalen Interesse damit unterwerfender Juden hatte Dmowski nichts einzuwenden.[451]

Nicht zuletzt dieser ausgeprägte Antisemitismus der Nationaldemokratie führte dazu, daß die „allpolnische“ Ideologie in der politischen Diskussion von Anfang an auch Gegenstand leidenschaftlicher Kritik war.[452] Diese Kritik speiste sich sowohl aus dem konservativen als auch aus dem sozialistischen Spektrum.[453] Neben dem Antisemitismus wurde, wie in der bereits erwähnten Stellungnahme Limanowskis, den Nationaldemokraten vor allem der radikale Bruch mit der polnischen Vergangenheit und die Abkehr von allen idealistischen und humanistischen Traditionen des polnischen Freiheitskampfes angekreidet. So verurteilte der Literaturhistoriker und Publizist Wilhelm Feldman (1868-1919)[454] diesen Bruch als ahistorisch und erkannte als Quelle der „allpolnischen“ Bewegung vor allem einen tiefsitzenden „nationalen Pessimismus“, aus dem langfristig nichts Positives erwachsen könne.[455] Der *Kraj*-Herausgeber Erazm Piltz ging sogar soweit, die Vorstellung vom „nationalen Egoismus“ als die „Ethik eines polnischen Hakatismus“ zu bezeichnen, womit er darauf anspielte, daß die „Allpolen“ sich die rücksichtslosen Methoden des „Deutschen Ostmarkenvereins“ im Volkstumskampf offensichtlich zu eigen machen wollten.[456] Die

---

450 HAUSMANN, Die politischen Ideen, S. 227.

451 FOUNTAIN, S. 109; PARUZEL, S. 36f.

452 So bezeichnet MAZOWIECKI [d.i. Ludwik Kulczycki], S. 23, den Antisemitismus der Nationaldemokratie als kleinbürgerlich und feige, da er letztlich nur aus der Furcht vor der wirtschaftlichen Konkurrenz der Juden heraus motiviert sei.

453 Eine kleine Auswahl kritischer Stimmen findet sich in Auszügen abgedruckt in: Antologia myśli politycznej „Przeglądu Wszechpolskiego“, S. 165ff.

454 PSB, Bd. 6, S. 399ff. – Selbst aus einer jüdischen Familie stammend, setzte sich der unabhängige Sozialist Feldman stets für eine vollständige Assimiliation der Juden an die polnische Nation ein.

455 W. FELDMAN, Rzecz, S. 1f.

456 PILTZ, S. 268f.; vgl. SCRIPTOR [d.i. Piltz]: *O stronnictwach skrajnych* [Über die radikalen Parteien], in: „Kraj“ 1903, Nr. 46, S. 3ff., der den Nationalismus als eine „gesamteuropäische Epidemie“ bezeichnet. – Auch sonst wurden die „Allpolen“ im *Kraj* regelmäßig angegriffen, so z.B. bei STANISŁAW HŁASKO: *Wszechpolskość* [Allpolentum], in: „Kraj“ 1903, Nr. 3, S. 5, der dort das „Allpolentum“ generell als fortschrittsfeindliches Phänomen abtut „wie alle anderen Nationalismen auch“.

nachhaltigsten Proteste rief aber die verbreitete Angewohnheit der Führer der Nationaldemokratie hervor, von sich selbst als den „wahren Polen“ *(Prawdziwy Polacy)* zu sprechen, ihre politischen Widersacher, die sich ihrem nationalistischen Menschenbild nicht unterwerfen wollten, hingegen als „Halbpolen“ *(Półpolacy)* zu verleumden.[457] Diesen „wahren Polen“, so spottete der im Gegensatz zu Piltz zum linken Lager gehörende Publizist Ludwik Kulczycki (1866-1941)[458], falle jenseits aller pseudosozialistischen Phrasen aber nichts zu der Frage ein, wie denn konkret die sozialen Interessen etwa der Dorfbevölkerung wirksam zu verteidigen seien. In Wahrheit seien die Nationaldemokraten nämlich Konservative, auf deren großmäuligen Anspruch, „höhere nationale Interessen“ zu vertreten, derzeit leider viele Leute hereinfielen. In der Bekämpfung dieser Strömung müsse das gesamte fortschrittliche Lager Polens daher eng zusammenstehen.[459]

Der an die „Allpolen“ gerichtete Vorwurf, ihr Weltbild sei der polnischen Tradition wesensfremd und letztlich nichts als eine Nachbeterei auch anderswo in Europa virulenter nationalistischer Ideologien, kam nicht von ungefähr. Tatsächlich bildeten sich um die Jahrhundertwende in mehreren europäischen Ländern politische Strömungen heraus, die der „allpolnischen“ Ideologie vom Denkansatz her zumindest teilweise wesensverwandt waren und deren Vordenker derselben Generation angehörten wie Dmowski – so in Frankreich mit Maurice Barrès (1862-1923) und Charles Maurras (1868-1952) oder in Italien mit Enrico Corradini (1865-1931).[460] Maurras, der Führer der 1898 gegründeten nationalistischen, royalistischen und antisemitischen Sammlungsbewegung *Action Française* (benannt nach einer gleichnamigen Tageszeitung), prägte als Erster den Begriff des „integralen Nationalismus“ *(nationalisme intégral)*[461], der seit der zu Beginn der 30er Jahre von Carlton J. H. Hayes entworfenen sechsgliedrigen Typologie[462] zu einem festen, wenn auch gelegentlich variierten Be-

---

457 ROMAN DMOWSKI: *Półpolacy* [Halbe Polen], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1902, Nr. 11, S. 801ff.

458 PSB, Bd. 16, S. 129ff. – Kulczyckis politischer Lebensweg steht stellvertretend für die Auseinanderentwicklung der verschiedenen neuen politischen Bewegungen ab 1890. Als Student pflegte er in den 80er Jahren in Warschau Kontakt zu verschiedenen sozialistischen Gruppen, veröffentlichte zwischen 1887 und 1893 verschiedentlich in Popławskis *Głos* und war vorübergehend auch Mitglied im *Zet*. 1894 wandte er sich von den Vordenkern der Nationaldemokratie konsequent ab und bekleidete nach seiner Rückkehr aus der sibirischen Verbannung 1899 verschiedene Funktionärsposten in der PPS. Nach 1910 brach er dann auch mit dem doktrinären Sozialismus.

459 MAZOWIECKI [d.i. Kulczycki], S. 14, 22, 25, 27f.

460 Vgl. hierzu KOZICKI, Historia Ligi Narodowej, S. 480; STAHL, S. 13f. – ND-Aktivist Stanisław Kozicki beruft sich z.B. in seinem Artikel *Od indywidualizmu do nacyonalizmu* [Vom Individualismus zum Nationalismus], in: „Przegląd Narodowy“ 1908, Nr. 11, S. 559ff., ausdrücklich auf Barrès, womit deutlich wird, daß die Ideen der französischen integralen Nationalisten in Polen durchaus zur Kenntnis genommen und rezipiert wurden.

461 Ausführlich hierzu HAYES, S. 184ff. (über Barrès), S. 202ff. (über Maurras); GURIAN; v. UNGERN-STERNBERG, S. 87ff.; WEISSMANN, S. 96f., 112ff.

462 Hayes unterscheidet folgende sechs Nationalismustypen: Den „Humanitären Nationalismus“ (z.B. Rousseau, Herder), den „Jakobinischen Nationalismus“, den „Traditionellen

griff der westlichen Nationalismusforschung geworden ist.[463] Ungeachtet der in neuerer Zeit am Sinn solcher Typologien geäußerten Kritik[464] lassen sich dem integralen Nationalismus über Ländergrenzen hinweg eine Reihe gemeinsamer Charakteristika zuordnen. Im wesentlichen wird darunter ganz allgemein eine Ideologie verstanden, die die jeweils eigene Nation zum Gegenstand höchster, quasireligiöser Verehrung, zum absoluten Wert erhebt, dem das Individuum unbedingte Loyalität schuldet. Damit verbindet sich die Ablehnung liberaler und allgemein-humanitärer Ideen und zugleich die Huldigung an ein darwinistisch motiviertes Prinzip vom Recht des Stärkeren. Im Adjektiv „integral“ wird bereits ein nach innen unifizierender Ansatz deutlich, der mit einer strikten Abgrenzung nach außen, also gegen alle als „fremd“ empfundenen Elemente korrespondiert.

Zumindest auf dieser recht allgemein gehaltenen Grundlage lassen sich evidente Parallelen herausarbeiten. Charles Maurras selbst definierte seinen „integralen Nationalismus“ als „(...) das exklusive Streben nach einer nationalen Politik, die absolute Aufrechterhaltung der nationalen Integrität und den beständigen Zuwachs an nationa-

---

Nationalismus“ (z.B. Burke, Schlegel), den „Liberalen Nationalismus“ (z.B. Welcker, Mazzini), dann eben den „Integralen Nationalismus“ (Barrès, Maurras; S. 164ff.) und schließlich – als Begleiterscheinung des „nationalistischen Imperialismus“ – den „Ökonomischen Nationalismus“. – Vgl. hierzu SNYDER, S. 115f.; vgl. auch die Zusammenfassung bei BEHSCHNITT, S. 255, Anm. 24.

463 Der Begriff wurde schon 1950 in die deutschsprachige Literatur übernommen durch E. LEMBERG, S. 267ff., der ihn dort dem älteren, an Romantik, Humanismus und Liberalismus orientierten „*Risorgimento*-Nationalismus“ gegenüberstellt. Gleichwohl bezichtigt Lemberg den Liberalismus, dem darwinistischen Weltbild des integralen Nationalismus mit seiner Lehre von der freien Entfaltung und Selbstregulierung der Kräfte ungewollt Vorschub geleistet zu haben; wo später das überwölbende Prinzip der Humanität geschwunden sei, sei das „Recht des Stärkeren“ am Ende übriggeblieben (S. 270). – Koppelmann entwirft eine eigene Typologie, gegliedert in einen „Kulturellen Nationalismus“, einen „Politischen Nationalismus“, einen „Autochthonen Nationalismus“, einen „Nationalismus als Religionsersatz“, der im wesentlichen dem Hayes’schen „Integralen Nationalismus“ entspricht (Koppelmann selbst setzt den Begriff in Klammern dahinter), und schließlich einen „Perversen Nationalismus“ als der Extremform des „Integralen Nationalismus“. Eine Schwäche der Koppelmannschen Typologie liegt allerdings darin, daß die vorgestellten Erscheinungsformen des Nationalismus kaum randscharf voneinander zu trennen sind. So sind zentrale Elemente des „Kulturellen Nationalismus“ (Kult um die eigene Sprache) und des „Autochthonen Nationalismus“ (Glaube an das ausschließliche Recht nur des eigenen Volkes an einem bestimmten Territorium) charakteristisch gerade auch für den „Integralen Nationalismus“. – Mit der „allpolnischen Ideologie“ als einer polnischen Spielart dieses „Integralen Nationalismus“ beschäftigt sich in der polnischen Forschung eingehend erstmals WALICKI, Philosophy, S. 349ff.

464 So bezeichnet etwa BREUILLY, Nationalismus, S. 28f., unter Bezugnahme auf Hayes und Kohn die Anwendung ideologischer Kriterien zur Klassifizierung des Nationalismus als in der Praxis äußerst schwierig, da ein solches Raster ungeeignet sei, die zwangsläufig auftretenden „Schnittmengen“ und „Mischformen“ nationalistischer Ideologien vernünftig zu erfassen. Breuilly verlegt sich statt dessen darauf, den Nationalismus losgelöst von ideologischen Kriterien als Legitimationsstruktur nationaler Bewegungen – gleich ob sich diese in Opposition zum Staat oder im Besitz der staatlichen Macht befinden – zu analysieren.

ler Macht".[465] Mit Dmowski teilte er dabei nicht nur das prinzipielle Bekenntnis zur Expansion, sondern auch das konkrete Feindbild Deutschland. Barrès und Maurras waren zutiefst beseelt von dem Gedanken eines Revanchekrieges gegen den östlichen Nachbarn, insbesondere natürlich im Blick auf eine „Heimholung" Elsaß-Lothringens.[466] Nicht nur eine Inkaufnahme, sondern sogar eine explizite Verherrlichung von Krieg und Gewalt als legitimes Mittel der Politik sprach auch aus der von Enrico Corradini zwischen 1903 und 1906 in Florenz herausgegebenen Zeitschrift *Il Regno* (Das Königreich), dem ideologischen Leitorgan eines qualitativ neuen italienischen Nationalismus. Corradini propagierte darin die rigorose Zurückdrängung aller Partikularinteressen zugunsten eines einheitlichen nationalen Machtwillens und warf der politischen Klasse seines Landes vor, ein koloniales Ausgreifen auf Nordafrika ebenso wenig aktiv zu betreiben wie den Anschluß aller noch „unerlöst" gebliebenen italienischen Gebiete unter österreichischer Herrschaft.[467]

Ins Auge sticht auch das von integralen Nationalisten gepflegte eklektizistische Geschichtsbild. So wie Dmowski die gesamte jüngere Vergangenheit Polens und damit auch das reiche geistige Erbe der polnischen Adelsrepublik als entartet verwarf und sich statt dessen auf die ferne Piastenzeit berief, so sahen Barrès und Maurras in der Tradition des vorrevolutionären Frankreich die Grundlage einer nationalen Erneuerung. Barrès formulierte in diesem Sinne vier Leitideen, durch die sich die Nation definieren sollte – im einzelnen die französische Sprache, den römischen Katholizismus, einen heimatbezogenen Regionalismus (worin Barrès keinen Widerspruch zum Prinzip der Einheit der Nation sah, da er separatistische Bestrebungen in Frankreich generell für ausgeschlossen hielt) und die Verehrung militärischer Heldengestalten aus der französischen Vergangenheit (z.B. Hugo Capet, Jeanne d'Arc etc.).[468]

---

[465] Zit. in: HAYES, S. 165.

[466] Ebenda, S. 200; vgl. V. UNGERN-STERNBERG, S. 92f. – E. LEMBERG, S. 275, 290, präsentiert in Anspielung auf die französische Kriegsniederlage gegen Deutschland 1870 die generelle These, daß militärische Niederlagen, wirtschaftliche Zusammenbrüche und geistige Krisen geradezu die Vorbedingung für das Auftreten eines qualitativ neuen Nationalismus seien. Auch hier ergibt sich eine Parallele zu dem bereits angesprochenen Umbruch, der sich in Polen nach der Katastrophe von 1863 nicht nur in gesellschaftlich-sozialer, sondern auch in geistig-politischer Hinsicht vollzog. Relativierend muß allerdings hinzugefügt werden, daß sich auch im 1870/71 siegreichen und geeinten Deutschland in Opposition zu Bismarcks Politik der „Saturiertheit" ein aggressiv-expansionistischer Nationalismus formierte, insbesondere in Gestalt des „Alldeutschen Verbandes" (vgl. Anm. 343).

[467] Siehe hierzu CUNSOLO, S. 95ff.; LÖNNE, insb. S. 296f.

[468] HAYES, S. 195ff.; vgl. E. LEMBERG, S. 273f.; V. UNGERN-STERNBERG, S. 88ff. – Bei Barrès, der seine politischen Vorstellungen überwiegend in der Form populärer Romane verbreitete, finden sich diese Vorstellungen noch eingebettet in einen morbid anmutenden, auf „die Erde und die Toten" gerichteten Ahnenkult, durch den sich die innige Verbundenheit zwischen der Heimat und dem von den Vorfahren überlieferten geistigen und kulturellen Erbe ausdrücken sollte. Dem um sechs Jahre jüngeren und stark von der rationalen Philosophie des Postitivismus beeinflußten Maurras war diese „magische" Komponente hingegen fremd. Insofern ist die französische Konstellation Barrès-Maurras dem ideologischen Verhältnis nicht unähnlich, wie es sich zwischen dem ND-Vordenker Popławski mit

Maurras, wiewohl selbst ein überzeugter Atheist[469], griff diese vier Prinzipien auf und reicherte sie um zwei weitere an – zum einen die Monarchie, in der er die gleichsam „natürliche" und historisch bewährte Staatsform eines sich auf seine vorrevolutionären Traditionen zurückbesinnenden Frankreich erblickte, zum anderen den klassischen Geist der griechisch-römischen Antike, den er im französischen Wesen fortwirken sah.[470]

Ein allen integralen Nationalismen gemeinsames scheinbares Paradoxon, wie es sich besonders auch im Denken Dmowskis manifestiert, liegt in einem unterschwelligen Mißtrauen gerade gegenüber den Angehörigen der eigenen Nationalität. Dahinter stand die beständige Sorge, diese könnten den eigenen nationalen Ansprüchen und Zielen nicht genügen[471] – man denke in diesem Zusammenhang nur an Dmowskis böses Schmähwort von den „Halbpolen". Wie alle integralen Nationalisten orientierten sich Dmowski und Balicki nicht an der Nation, so wie sie sie vorfanden und wie sie sich aufgrund einer langen Geschichte entwickelt hatte, sondern wie sie aus einem nationalen „Erziehungsprozeß" erst hervorgehen sollte.

Hiermit enden die Gemeinsamkeiten allerdings auch. Was die konkret angestrebte Staatsform betrifft, gingen die einzelnen dem integralen Nationalismus zuzuordnenden Strömungen eigene Wege. Diese Tatsache spielt eine wichtige Rolle bei der Beantwortung der in der polnischen Forschung meist vermiedenen Frage, wieweit der von der polnischen Nationaldemokratie propagierte aggressive Nationalismus als „protofaschistisch", d.h. als den späteren faschistischen Ideologien in Europa oder auch dem deutschen Nationalsozialismus geistesverwandt angesehen werden kann. Immerhin erinnern Dmowskis Thesen vom „Kampf" als dem notwendigen Erziehungsmittel und von der „Expansion" als innerem Zwang aufwärtsstrebender Völker ebenso wie seine tiefe Verachtung für alles „Schwache" durchaus an spätere Vorstellungen Adolf Hitlers. Die Suche nach solchen Parallelen stößt aber schnell an ihre Grenzen, wenn nach Dmowskis Staats- und Politikverständnis gefragt wird.[472] Das in späteren faschistischen Ideologien formulierte Ziel eines autoritären oder gar totalitären Führerstaates war seinem Denken völlig fremd; auch seine eigene nationaldemokratische Partei hat er zu keinem Zeitpunkt diktatorisch oder gar im Sinne eines um

---

seiner oft schwülstigen Verherrlichung des bodenverhafteten Kleinbauerntums und dem nüchternen Analytiker Dmowski darstellt.

469 Dessen ungeachtet brachte Maurras der streng hierarchisch gegliederten katholischen Kirche als einem „natürlichen Ordnungsfaktor" große Bewunderung entgegen und bejahte insofern entschieden die Pflege katholischer Traditionen. GURIAN, S. 52, spricht in diesem Zusammenhang treffend von einem „agnostischen Katholizismus" bei Maurras. – Eine ähnliche Sichtweise des Katholizismus findet sich auch bei dem persönlich nichtgläubigen Popławski, der der Kirche gleichwohl eine wichtige Rolle als nationale Integrationsinstanz zuerkannte (vgl. KULAK, Jan Ludwik Popławski 1854-1908, S. 329).

470 GURIAN, S. 38, 60, 64; HAYES, S. 207f.

471 So unterstrich die *Action Française* in ihren Verlautbarungen immer wieder den Anspruch, mit der Nation schlechthin identisch zu sein, womit unterschwellig allen Nichtnationalisten der Charakter „wahrer Franzosen" abgesprochen wurde (GURIAN, S. 82f.).

472 Zu dieser Einschätzung gelangt auch FOUNTAIN, S. 159.

seine Person herum aufgebauten Führerkults geleitet. Anders als Corradini, der später die Politik Mussolinis unterstützte, oder als der autoritäre Monarchist Maurras, der den Parlamentarismus als der französischen Tradition „wesensfremd“ verwarf und schließlich gar zum Kollaborateur des Vichy-Regimes wurde, blieb Dmowski vor und auch nach 1918 ein Anhänger des parlamentarischen Regierungssystems[473] – was ihm in der deutschen Forschung der 30er Jahre prompt angekreidet wurde.[474] Auch fehlt in Dmowskis Weltbild jeglicher rassenbiologische Ansatz. Wie schon in seinem spezifischen Antisemitismus deutlich wird, verstand er die Nation nicht als eine über „Blut“ oder „Rasse“ zu definierende Abstammungsgemeinschaft. Gerade die polnische Nation war ihm zufolge das Produkt einer durch ihre Geschichte bedingten, sehr vielfältigen Rassenmischung.[475]

Im Ergebnis verband sich in der „allpolnischen“ Ideologie ein aggressiver und expansiver Nationalismus nach außen mit dem Postulat einer gesellschaftlichen Demokratisierung nach innen – der Parteiname *Narodowa Demokracja* war damit in den Augen ihrer Führer nur folgerichtig. Zugleich kappte dieser neue Nationalismus sämtliche geistigen Verbindungen zum romantistischen, an humanistischen Idealen orientierten Nationalismus der älteren Zeit und versuchte auf seine Weise, den Anschluß an die europäische Wirklichkeit der Jahrhundertwende zu finden. Andrzej Walicki hat dies zusammenfassend so formuliert:

> „The ‚new nationalism‘ of Popławski, Balicki, and Dmowski can be credited with making Polish nationalism more realistic, more modern, and even more modest in its aims (...); it had a down-to-earth, plebeian quality, sharply contrasting with romantic nationalism (...). Despite Popławski’s initial intentions, all these changes brought about a considerable ‚lo-

---

473 BIELECKI, S. 26f.

474 So beurteilt MASCHKE, Roman Dmowski, S. 409f., die ideologischen Prämissen Dmowskis trotz dessen strikt antideutscher Grundhaltung durchaus freundlich, sieht ihn innenpolitisch aber längst als einen Mann von gestern. Maschke wörtlich: „Steht Dmowski selbst als Persönlichkeit vielleicht schon außerhalb der Welt des heutigen Polen, so sind seine Ideen doch elementare Bestandteile des polnischen Daseins. Denn in der Tiefe vollzieht sich dort zugleich mit der politischen Niederlage ein geistiger Sieg der Welt, die Roman Dmowski Zeit seines Lebens vertritt. Die machtpolitischen Ideen des neuen Polen, das unter der Hut des Marschalls Piłsudski emporwächst, sind, nur ihrer rein völkischen Bindung entkleidet, der geistigen Rüstkammer der Nationaldemokratie und Roman Dmowskis entnommen: die so lebhaft in Polen propagierte Meeresideologie, das Weltpolentum und die allpolnische Volkstumsarbeit, der Gedanke des starken Staates und der Großmacht und andere mehr, sind ursprünglich *nicht* in der Welt des Sozialisten und Legionärs Piłsudski geprägt. Jetzt aber werden sie lebendiger Inhalt des Staates, den der Soldat regiert, und dem Dmowski, der ehemalige Vertreter der Demokratie, doch noch immer im tiefsten fremd gegenübersteht.“ – Erst Dmowskis Epigonen als Führer des polnischen Nationalismus ließen in den 30er Jahren eine gewisse Faszination für faschistische Mobilisierungsstrategien erkennen (s.u. Kap. 11.).

475 DMOWSKI, Myśli, S. 47f.; vgl. HAUSMANN, Die politischen Ideen Roman Dmowskis, S. 190. – Hier liegt ein entscheidender Unterschied etwa zu Barrès, der pauschal allen Juden und Fremdstämmigen, ja sogar schon seit langer Zeit „naturalisierten“ Inländern die Möglichkeit absprach, jemals zu „guten“ Franzosen zu werden.

wering of ideals‘. One could argue, that this was the price to be paid for making nationalism the ideology of a modern mass movement. The noble-minded nationalism of speculative philosophers and messianic poets could hardly become the ideological foundation of a powerful political party.“[476]

Es wird deutlich, daß sich der integrale Nationalismus der polnischen Nationaldemokratie bei weitem nicht nur über eine bestimmte territoriale Vision und die hieraus resultierenden Gebietsansprüche gegen Preußen bzw. Deutschland definierte. Die in dem politischen Denken Popławskis und Dmowskis zu Fetischen erhobenen Begriffskategorien des „Kampfes“ und der „Expansion“ machten aus der verschiedentlich schon zuvor diskutierten Frage der Zugehörigkeit der „Westgebiete“ nunmehr aber eine Frage von schlechthin existentieller Bedeutung. Hier mußte sich die Fähigkeit der polnischen Nation zur Expansion erweisen, hier mußte sie sich überhaupt erst das Recht erstreiten, in Zukunft wieder gleichberechtigt am Tisch der europäischen Nationen Platz zu nehmen.

[476] WALICKI, Philosophy, S. 355.

6. Die wissenschaftliche und literarische Ebene des Westgedankens

6.1. Grundmotive der Geschichtsschreibung und der historischen Publizistik bezüglich der „Westgebiete“

6.1.1. „Slavische Friedhöfe“ an Elbe, Oder und Ostsee: Das polnische Bild der piastischen Westpolitik sowie der deutschen Ostkolonisation

Wie bereits erwähnt, spielte die polnische Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts vor dem Hintergrund des Verlustes der Eigenstaatlichkeit eine besonders wichtige Rolle bei der Vermittlung historischer Traditionen und Mythen und damit bei der Schaffung eines kollektiven historischen Gedächtnisses unter den Polen. Das Gedenken an ausgewählte historische Ereignisse wurde in Polen mehr als anderswo zu einem zentralen Integrationsfaktor und untermauerte zugleich den fortbestehenden Anspruch auf eine eigenständige politische Existenz.[477] Die besonders in der populären historischen Publizistik vorgenommene nationale Mystifizierung und Heroisierung des Geschichtsbildes gab den Vorkämpfern der neuen nationalen Bewegungen ein nahezu beliebig einsetzbares politisches Waffenarsenal an die Hand; die Suche nach Kontinuitäten, die vermeintlich die gesamte polnische Geschichte durchzogen, ließ Gegenwart und Vergangenheit immer stärker miteinander verschwimmen. Dem Geist der national geprägten Historiographie des 19. Jahrhunderts entsprechend, zeichnen sich die im folgenden untersuchten Abhandlungen polnischer Historiker und Publizisten durch die Projektion nationalstaatlicher Denkschablonen auf die primär christlich-universalistisch denkende Welt des Mittelalters und der frühen Neuzeit aus, der ethnische Antagonismen – sieht man von der tschechischen Hussitenbewegung des frühen 15. Jahrhunderts vielleicht einmal ab – fremd waren.

Die Klage über die vom Standesegoismus und Interessenpartikularismus des Adels verschuldete vermeintliche Fehlentwicklung der polnischen Geschichte spätestens seit dem 16. Jahrhundert und die damit verknüpfte „Wiederentdeckung“ der Bauernschaft als der eigentlichen Substanz der Nation, wie es sich schon bei Lelewel und einigen seiner Zeitgenossen angedeutet hatte, bewirkte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine verbreitete Hinwendung zur Piastenzeit als der präfeudalen Epoche der polnischenVergangenheit. So griff Karol Szajnocha das Motiv der vermeintlichen engen Volksverbundenheit der Piastenherrscher wieder auf und zog in diesem Sinne ei-

[477] MATERNICKI, S. 93f.

ne Kontinuität vom mythischen Stammvater Piast bis hin zu Kazimierz III. Wielki, dem letzten gesamtpolnischen Vertreter seiner Dynastie. Wie sein legendärer Ahnherr sei auch der „Bauernkönig" *(Król kmiotków)* Kazimierz in erster Linie ein ganz normaler Landbesitzer und -bewirtschafter gewesen.[478] Die gesamte Epoche wird von Szajnocha in überschwenglichen Worten bilanziert:

> „Will man diese großartige Komposition verstehen, muß man sich das ganze Piastengeschlecht als eine einzige moralische Person veranschaulichen. Gegenwärtig erscheint uns das gesamte Piastengeschlecht als ein gewaltiger, mehrere Jahrhunderte lang lebender Held, der mit der Macht seines Geistes und mit eiserner Hand seinem noch im Säuglingsalter verharrenden Volke zum Leben verhilft und es durch lange Jahre hindurch zu Ruhm und Größe führt, er ist ihm Gründer und Vater."[479]

Diese Glorifizierung der Vergangenheit verband sich um die Jahrhundertwende mit der Vision einer polnischen Zukunft, die gewissermaßen nahtlos an die schon vor Jahrhunderten abgebrochene piastische Tradition wiederanknüpfen sollte. In seiner „Geschichte Polens unter den Piasten" verband der Historiker und Publizist Feliks Koneczny (1862-1949)[480] seine These, die Polen hätten das Festhalten an ihrem Glauben und ihrem Volkstum im Widerstand gegen das Vordringen der deutschen Nachbarn allein den Piastenherrschern zu verdanken, mit der Feststellung, im zweiten Jahrhundert der Teilung brauche man „neue Piasten", um die Macht des polnischen Königreiches wiederherzustellen.[481] Und ND-Vordenker Balicki beklagte, daß Polen im Verlaufe seiner gesamten nachpiastischen Geschichte keine herausragenden, vom „nationalen Gedanken" durchdrungenen Politiker und Staatsmänner mehr hervorgebracht habe, die dem Land ihren Stempel aufgeprägt hätten.[482]

Das piastische Motiv schlug sich nicht nur in der Geschichtsschreibung der eher liberalen „Warschauer Schule" nieder.[483] Gerade aus ihrer tief pessimistischen Sicht der jüngeren polnischen Vergangenheit heraus schlossen sich auch die Historiker der konservativen „Krakauer Schule" diesem Trend an. Ganz im Gegensatz etwa zu Lelewel stellten sie hierbei aber nicht auf die positiven Traditionen einer demokratisch verfaßten und noch dem Heidentum verhafteten slavischen Urgesellschaft ab – in ihr

---

478 SZAJNOCHA, Bolesław Chrobry, S. 471f.
479 Ebenda, S. 475.
480 PSB, Bd. 13, S. 398f. – Koneczny wirkte ab 1890 als Mitarbeiter der Krakauer „Akademie der Wissenschaften" *(Akademia Umiejętności)* sowie der Jagiellonenuniversität und gab zwischen 1905 und 1914 zudem in Krakau die Monatszeitschrift *Świat Słowiański* [Die Slavische Welt] heraus, die sich für ein enges Zusammenwirken der slavischen Völker und Kulturen aussprach, Rußland im allgemeinen und dem Zarentum im besonderen aber eher reserviert gegenüberstand. Gleichwohl wurde in dem Blatt verschiedentlich die Hoffnung auf eine konstitutionelle Reform Rußlands und auf eine Annäherung zwischen Rußland und Österreich geäußert. Bei Koneczny verband sich dies zugleich mit einer dezidiert deutschfeindlichen Grundhaltung. – Vgl. hierzu JUŻWENKO, Rosja, S. 47f.
481 KONECZNY, Dzieje Polski, S. 408.
482 ZYGMUNT BALICKI: *Dylemat dziejowy* [Geschichtliches Dilemma], in: „Przegląd Narodowy" 1908, Nr. 10, S. 369.
483 Hierzu WÓJCIK-ŁAGAN, S. 87ff.

erkannten sie vielmehr den Ursprung des vermeintlichen polnischen Hangs zur Anarchie[484] –, sondern auf den autoritären und durchsetzungsfähigen Herrschaftsstil der (christlichen!) Piasten. Józef Szujski, in dessen Forschungstätigkeit als Professor der Jagiellonenuniversität das Mittelalter eine wichtige Rolle einnahm[485], bewertete die „historische Mission" des piastischen Polen im Kontext der gesamteuropäischen Geschichte so:

> „Polen hatte eine doppelte, offenkundig von Gott auferlegte Mission. Es mußte die Christenheit vor den Stürmen des Ostens verteidigen und diesem Osten zugleich das Evangelium bringen; es mußte die slavischen Volksstämme, deren Muttervolk es war, zum Dienst an der christlichen Zivilisation erziehen und ihr nationales Eigentum gegen die räuberische *(zaborczy)* Idee des Pangermanismus verteidigen. So wie allen göttlichen und Menschenrechten gemäß die Deutschen nicht das Recht haben, die Slaven ihrer Nationalität zu berauben, so hatte und hat Polen als christlich-katholische Macht des Ostens das heilige Recht einer zivilisatorischen und moralischen Vorherrschaft unter den slavischen Völkern. Dieser doppelten Mission wurde das piastische Polen durch fünf Jahrhunderte hindurch gerecht."[486]

Die nach dem Aussterben der Piastendynastie vollzogene Union mit dem kurz zuvor noch heidnischen Litauen, so Szujski weiter, habe zwar noch einmal einen Triumph dieser christlichen Politik bedeutet, nach innen durch die Übernahme des litauischen Feudalsystems jedoch zugleich verhängnisvolle Folgen gehabt. Die Früchte der unter König Ludwig (1370-1382) und den Jagiellonen (ab 1386) geleisteten Arbeit seien nunmehr nur noch der privilegierten und auf die Mehrung ihrer Freiheiten bedachten „Nation der Szlachta" zugute gekommen. Infolgedessen habe sich die (Adels-)Nation fortan zum Nachteil des Staates entwickelt und so schließlich dessen Untergang herbeigeführt.[487]

Mit der Rückbesinnung auf das piastische Erbe gerieten auch die territoriale Ausrichtung des Piastenstaates und darüber hinaus die mittelalterliche Westausdehnung des Slaventums überhaupt ins Blickfeld von Historikern und Publizisten. So bezeichnete es Wilhelm Bogusławski im Vorwort zu seiner monumentalen vierbändigen „Geschichte des nordwestlichen Slaventums bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts" als sein Ziel, dem Leser die enge Verbindung zwischen den westslavischen Stämmen und den Bewohnern des piastischen Polen sowie die ursprüngliche ethnographische Grenze zwischen Germanen und Slaven in Erinnerung zu rufen.[488] Diese Grenze wurde in einzelnen Darstellungen unter Rückgriff auf eine teilweise recht abenteuerliche Interpretation von Ortsnamen sowie mittelalterlichen und antiken Quellen über ihren ungefähren Verlauf entlang der Flußläufe von Elbe und Saale hinaus noch sehr viel weiter

---

484 SEREJSKI, Naród a państwo, S. 24.

485 Hierzu MITKOWSKI, S. 71-81. – Szujski teilte die mittelalterliche polnische Geschichte in drei Phasen ein: das vorchristliche Polen, das christliche (piastische) Polen und schließlich das mit Litauen verbundene Polen.

486 SZUJSKI, Dzieje Polski, Bd. 1, S. 338.

487 Ebenda, S. 340; vgl. DERS., Historya polska, S. 83f.

488 BOGUSŁAWSKI, Bd. 1, S. IIIf.

nach Westen verlegt. Bogusławski selbst zog als vermeintlich ursprüngliche germanisch-slavische Volkstumsgrenze eine Linie von Flensburg über Hamburg, die Leine, das heutige Hessen und den Oberrhein bis hin zur heutigen Westschweiz und verzeichnete dabei auch so eindeutig germanische Stämme wie etwa die Langobarden als slavisch.[489] Noch weiter ging der Publizist Antoni Marylski, indem er das slavische Siedlungsgebiet im Westen kurzerhand bis zur Rheinmündung verlegte.[490] Der aus dem masurischen Lötzen stammende Historiker Wojciech Kętrzyński (1838-1918)[491] griff in seiner diesbezüglichen Beweisführung sogar bis auf Caesars berühmtes Werk „Über den gallischen Krieg“ *(De bello gallico)* zurück und definierte den dort erstmals erwähnten und später von Tacitus populär gemachten lateinischen Begriff *Germania* rein geographisch, da er zum großen Teil auch slavisches Siedlungsgebiet umfasse – die geläufige Gleichsetzung von „Germanen“ und „Deutschen“ sei mithin unhaltbar. Aufgrund seiner Analyse von Ortsnamen und Quellenmaterial verlegte Kętrzyński das slavische Siedlungsgebiet im Norden bis etwa Bremervörde, im Süden bis hinein nach Württemberg und Baden.[492]

---

489 Ebenda, Kartenanhang.

490 ANTONI MARYLSKI: *Ziemia i ludność Polski pierwotnej* [Land und Bevölkerung des ursprünglichen Polen], in: „Przegląd Narodowy“ 1908, Nr. 6, S. 686. – Der Autor „identifiziert“ in diesem Zusammenhang auch die Namen aller wesentlichen Zuflüsse des Rheins wie Lippe, Wupper und Ruhr (ihm zufolge ursprünglich „Lipa“, „Wieprz“ und „Rura“) als slavisch, ebenso den Namen der Stadt Konstanz („Kostnica“).

491 PSB, Bd. 12, S. 376ff. – Kętrzyński, dessen Geburtsname eigentlich Adalbert von Winkler lautete, stammte aus einer sich ursprünglich dem Deutschtum verbunden fühlenden Kleinadelsfamilie und „entdeckte“ sein Polentum erst als Heranwachsender, was er durch die Übersetzung seines Namens ins Polnische auch nach außen demonstrierte. Während seines Studiums der Geschichte in Königsberg beteiligte sich Kętrzyński um die Jahreswende 1862/63 an der Organisierung eines großangelegten Waffenschmuggels für den bevorstehenden polnischen Aufstand (BÖHNING, S. 168). Als Historiker widmete er sich fortan einer betont polnisch-national eingefärbten Historiographie des Mittelalters. Seine wissenschaftliche Laufbahn in Polen führte ihn 1876 an die Spitze der renommierten Lemberger „Ossoliński-Bibliothek“ *(Biblioteka Zakładu Narodowego im. Ossolińskich)*, deren Direktor er bis zu seinem Tode blieb. Der Werdegang Kętrzyńskis galt den Protagonisten des Westgedankens als erfolgreiches Paradebeispiel für die von ihnen propagierte nationale „Wiedergeburt“ der „Westgebiete“; er selbst hat wie kaum ein anderer ein nationales Geschichtsbild geprägt, das bei der Formulierung weitgehender Gebietsansprüche gegen Deutschland, insbesondere bezüglich Ostpreußens (s.u. Kap. 6.1.3.), Pate stand. – Grundlegend hierzu u.a. KĘTRZYŃSKI, Aus dem Liederbuch, S. 9ff. (Einführung v. Tadeusz Czapelski), 17ff. (Jugenderinnerungen Kętrzyńskis an die „Wiederentdeckung“ seiner polnischen Wurzeln); Sprawy Mazur i Warmii, S. XVIIIff. (Vorw. v. Władysław Chojnacki); SERWAŃSKI, S. 347-380; SUKERTOWA-BIEDRAWINA – GRYGIER, S. 35ff.; auf deutscher Seite BOOCKMANN, S. 48.

492 KĘTRZYŃSKI, O Słowianach, S. 10, 12f., 69, 113. – In diesem Zusammenhang macht der Autor beispielsweise aus den Suewen einen slavischen Stamm und konstruiert so fortgesetzte germanisch-slavische Auseinandersetzungen auf späterem deutschen Boden bereits zur Zeit um Christi Geburt (S. 53ff., 117). Unter Berufung auf Tacitus’ *Germania* wird auch der dort beschriebene Kult der Göttin Nerthus kurzerhand den Slaven zugerechnet (S. 137). Kętrzyńskis Text offenbart eine sehr willkürliche Auswahl und Deutung von aus an-

Eingerahmt waren diese Behauptungen von der in der polnischen Historiographie noch weit bis in das 20. Jahrhundert hinein virulenten, mittlerweile aber aufgegebenen These einer Autochthonie der Slaven in Mitteleuropa.[493] Mit Hilfe dieser These wurde die heute unumstrittene Tatsache negiert, daß die slavische Besiedlung des Weichsel-, Oder- und Elberaums selbst das Ergebnis einer umfangreichen, sich seit dem 6. Jahrhundert vollziehenden slavischen Westexpansion gewesen war; so konnte das Bild eines friedliebenden, seinen angestammten Boden von jeher bebauenden Slaventums gezeichnet werden, dem ein von Natur aus aggressives und expansives Germanentum gegenübergestellt wurde.[494]

Daß es den polnischen Königen nie dauerhaft gelang, dieses als Puffer zwischen Polen und Deutschland siedelnde und im 10. und 11. Jahrhundert noch am Heidentum festhaltende West- und Nordslaventum ihrer Herrschaft zu unterwerfen, wurde von vielen Historikern und Publizisten als die erste große Tragödie, gleichsam die Ur-Katastrophe der polnischen Geschichte angesehen, da der deutschen Ostkolonisation damit Tür und Tor geöffnet worden sei. Unter Berufung auf die nahe sprachliche Verwandtschaft der lechitischen Völker konstatierte der prominente Rechtshistoriker Oswald Balzer (1858-1933)[495], dieser ganze Teil des Slaventums sei „ganz einfach, jedenfalls zum größten Teil, polnisch" gewesen. Das „natürliche" Ausdehnungsgebiet Polens im Westen sei damit das Territorium dieser slavischen Stämme gewesen – „die Beherrschung dieser Länder war die wesentliche, war die wichtigste politische Aufgabe im Morgenrot seiner Geschichte". Die erfolgreiche Bewältigung dieser Aufgabe, so Balzer weiter, hätte Polen zu „einem der mächtigsten Reiche Mitteleuropas" werden lassen.[496] Der in der Tradition der „Krakauer Schule" stehende Historiker Bobrzyński urteilte fast gleichlautend:

---

tiken und mittelalterlichen Quellen stammenden Zitaten. Eine notwendige Quellenkritik unterbleibt immer dann, wenn der jeweilige Text die Auffassung des Autors vordergründig zu stützen scheint.

493 MARYLSKI (unter Berufung auf Bogusławski), *Ziemia i ludność* (wie Anm. 490); KĘTRZYŃSKI, O Słowianach, S. 94, bezieht die Autochthonie-These zumindest auf das slavische Siedlungsgebiet zwischen Oder und Weichsel; vgl. POWIERSKI, S. 350. – Vor dem Hintergrund dieser These wurde in der polnischen Archäologie noch bis weit in die Nachkriegszeit hinein die prähistorische sog. „Lausitzer Kultur" fälschlicherweise als urslavisch gedeutet.

494 KĘTRZYŃSKI, O Słowianach, S. 111, läßt als ursprüngliches Heimatgebiet der Germanen lediglich den Norden Skandinaviens gelten, alles andere sei Kolonialboden. Selbst die Dänen kämen ursprünglich von noch weiter nördlich und besiedelten ihr Land damit nicht autochthon.

495 PSB, Bd. 1, S. 245ff.

496 BALZER, Stolice Polski, S. 70; vgl. hierzu SZELĄGOWSKI, Wzrost państwa polskiego, S. 87, der unter dem Stichwort „Piastische Kolonisierung" ausführt: „Jede Nation strebt nach Expansion, strebt danach, sich nach außen auszudehnen. Dieses Streben äußert sich bei Kulturvölkern nicht allein in der Eroberung von Land mit dem Schwert, sondern auch mit einem höheren und edleren Gerät – dem Pflug. Und diese Erwerbungen außerhalb der Grenzen sind die beständigsten. Sie stärken den nationalen Organismus, sie geben Hunderttau-

„Pommern zu halten und den großen und tapferen Stamm der Liutizen vor der deutschen Eroberung zu verteidigen, die nationalen und gesellschaftlichen Bindungen mit diesen westlichen Stämmen noch enger zu gestalten – das war für Polen die erstrangige und entscheidende Aufgabe. Man kann sie nicht gleichsetzen mit irgendeiner im Osten vollendeten Union oder Eroberung, die dem polnischen Staat fremde, schwer zu assimilierende Völkerschaften einverleibte. In Pommern und im Land der Liutizen galt es, dieselben Polen anzuschließen wie in Masowien, wie in Groß- oder Kleinpolen (...). Es galt, die große Grenzlinie an der Oder, wenn nicht an der Elbe zu halten, es galt, auf breiter Front den Zugang zur Ostsee zu sichern."[497]

Daß die ersten historisch faßbaren polnischen Herrscher tatsächlich im Sinne dieser vermeintlichen „Mission" handelten und die Unterwerfung der westslavischen Völkerschaften an der Ostsee und zwischen Oder und Elbe ins Auge faßten – wenn auch letztlich erfolglos –, vergrößerte die mythisch überhöhte Vorbildfunktion der „piastischen Helden" *(Piastowie-Bohatery)* noch.[498] Im Mittelpunkt standen hierbei die von Bolesław Chrobry zu Beginn des 11. Jahrhunderts gegen das Reich geführten Eroberungskriege, die den polnischen Herrschaftsbereich im Südwesten kurzfristig noch weit bis ins heutige Sachsen und Brandenburg hinein ausdehnten[499], sowie Bolesław Krzywoustys vorübergehend erfolgreiche Rückeroberung Pommerns bis zur Odermündung zu Beginn des 12. Jahrhunderts.[500]

Die Ursache des als verhängnisvoll empfundenen Scheiterns polnischer Expansionsbestrebungen westlich von Oder und Neiße und darüber hinaus auch des endgültigen Verlustes Schlesiens und Pommerns wurde überwiegend im Testament Bolesław Krzywoustys und der darin verfügten sog. „Senioratsverfassung" gesehen, die der territorialen Zersplitterung Polens in Teilherzogtümer Vorschub leistete. Auf das ansonsten sehr hell gezeichnete Bild dieses Piastenkönigs, dem ein Wiederanknüpfen an die expansive Außenpolitik Chrobrys bescheinigt wurde[501], fiel damit ein Schatten; seine

---

senden, denen es im Lande zu eng geworden ist, Raum zum Leben, sie bringen Energie, Unternehmungsgeist und Befähigung hervor."

497 BOBRZYŃSKI, Bd. 1, S. 115.

498 J[AN] K[AROL] KOCHANOWSKI: *Początki państwa polskiego* [Die Anfänge des polnischen Staates], in: „Przegląd Narodowy" 1913, Nr. 5, S. 469; vgl. auch STANISŁAW ZAKRZEWSKI: *Polacy nad Łabą w XII w.* [Die Polen an der Elbe im 12. Jh.], in: „Świat Słowiański" 1905, Nr. 8, S. 81ff. – Der Autor konstatiert hier seit dem 10. Jh. bestehende enge Kontakte zwischen Polen und den lechitischen Liutizen im Gebiet der späteren Mark Brandenburg, seit Anfang des 11. Jahrhunderts sogar eine wachsende Solidarität zwischen beiden Völkern im Widerstand gegen deutsche Expansionsbestrebungen. Der historischen Rekonstruktion dieser vielfältigen Aktivitäten der Piasten im Gebiet zwischen Elbe und Oder sei „höchste Aufmerksamkeit" zu widmen (S. 98).

499 W. SMOLEŃSKI, Dzieje, Bd. 1, S. 31f.; vgl. z.B. auch KOMARNICKI, S. 38ff.; KRZYSZTOF HR. MIEROSŁAWSKI: *O Szląsku* [Über Schlesien], in: „Ziarno" 1908, Nr. 4, S. 6.

500 W. SMOLEŃSKI, Dzieje Bd. 1, S. 43f.; vgl. auch [KAROL E.] SIENIAWSKI: *Pomorze Przedchrześcijańskie* [Das vorchristliche Pommern], in: „Przegląd Narodowy" 1908, Nr. 10, S. 444ff.

501 W. SMOLEŃSKI, Dzieje, Bd. 1, S. 44.

Herrschaft, so Michał Bobrzyński, habe letztlich in einer „Katastrophe“ geendet.[502] Die folgende Abwendung von weitreichenden territorialen Zielen im Westen und der mangelnde Widerstand der polnischen Teilherrscher gegen die deutsche Ostexpansion wurden wie ein „Verrat“ an der oben skizzierten „Mission“ Polens empfunden, durch den Polen großer historischer Chancen beraubt worden sei. Vielfach hieß es, die schlimmen Folgen dieses Versäumnisses zögen sich wie ein roter Faden durch die gesamte polnische Geschichte bis hin zu den Teilungen.[503] Die Schwerpunktverlagerung der polnischen Politik nach Osten, so wurde geurteilt, habe die slavischen Völker an Oder und Ostsee letztlich schutzlos der Germanisierung preisgegeben.[504] Balzer machte in diesem Zusammenhang auch die Verlegung des politischen Zentrums des Piastenstaates von Gnesen in das weiter südöstlich gelegene Krakau für die beginnende territoriale Neuorientierung mitverantwortlich:

> „Es vollzog sich eine Art Abdankung gegenüber dem einzigen lebenswichtigen geschichtlichen Programm, mit dem sich das frühe Polen konfrontiert sah und um dessen Erfüllung es eine gewisse Zeit lang gekämpft hatte: Es sagte sich los vom Gedanken einer Ausdehnung auf das westslavische Territorium, vom Gedanken einer Sicherung seiner Machtstellung durch die Absorption des dort siedelnden kraftvollen, mit der eigenen Bevölkerung ethnisch homogenen Elements. Daß sich dieser Wandel der Politik in engem Zusammenhang mit dem Datum der Verlegung der Hauptstadt des Staates vollzog, kann kein wirklicher Zufall sein. Mit dem Zentrum in Krakau sah Polen sich vor neue Aufgaben gestellt.“[505]

Die im 11. Jahrhundert in großem Stil einsetzende deutsche Ostsiedlung wurde in der polnischen Historiographie und Publizistik vielfach als der Beginn eines seitdem ungebrochenen und kontinuierlich verlaufenden Prozesses begriffen und in das Konstrukt eines „ewigen Kampfes“ zwischen Germanentum bzw. Deutschtum auf der einen und Slaventum auf der anderen Seite hineingestellt. Die im Zuge dieses Prozesses erfolgte Assimilierung der unterworfenen slavischen Völkerschaften an das Deutschtum wurde von einem Autoren des ND-Blattes *Przegląd Narodowy* als ein Gewaltakt geschildert, „der selbst die elementarsten moralischen Maßstäbe mißachtet“.[506] Unter Zuhilfenahme nahezu aller gängigen Klischees zeichnete die polnische Publizistik das Bild eines von krimineller Energie getriebenen und sich gewaltsam oder unter Ausnutzung der Naivität lokaler slavischer Herrscher nach Osten dahinwälzenden „Teutonismus“, versinnbildlicht in der grenzenlosen Habgier des deutschen Raubritters

---

502 BOBRZYŃSKI, Bd. 1, S. 107f.

503 Vgl. hierzu ZAKRZEWSKI, *Polacy nad Łabą* (wie Anm. 498), S. 95ff., der es der ungünstigen politischen Konjunktur infolge der in Krzywoustys Testament verfügten Erbteilungen zuschreibt, daß das Land der Liutizen nicht für Polen gewonnen werden konnte und anschließend weitere „Grenzmarken“ an das Reich verloren gingen.

504 *Historya a Polityka (IV.)* [Geschichte und Politik, Teil 4], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1900, Nr. 10, S. 614.

505 BALZER, Stolice Polski, S. 72.

506 A.M.: *Odwieczna walka* [Der ewige Kampf], in: „Przegląd Narodowy“ 1908, Nr. 12, S. 688.

oder auch des im Ostseeraum tätigen Hanse-Kaufmanns.[507] Den unterworfenen Slaven, so sah es beispielsweise Kętrzynski, habe die deutsche Herrschaft hingegen nichts als Elend und Unfreiheit gebracht.[508] Die entsprechenden Polemiken gipfelten in dem Vorwurf eines gigantischen Völkermordes, der seinen Niederschlag fand in dem Begriff der „Ausrottung" (*wytępienie*, in der polnischen Publizistik allerdings oft auch unübersetzt gelassen) der Westslaven[509] oder auch dem beliebten Motiv der „slavischen Friedhöfe*" (cmentarzyska słowiańskie)*, auf denen ein großer Teil des heutigen deutschen Staates und insbesondere Preußen errichtet worden seien.[510]

Die historische Erinnerung an die slavische Vergangenheit großer Teile des Deutschen Reiches auch dann wachzuhalten, wenn dort die einst gesprochenen slavischen Dialekte schon seit Jahrhunderten ausgestorben waren, war der polnischen Publizistik der Jahrhundertwende ein verbreitetes Anliegen. Kaum noch jemand, so hieß es etwa im *Przegląd Narodowy*, erhebe heutzutage seine Stimme zum Protest gegen das vergangene geschichtliche Unrecht und jeder denke bei der Erwähnung von Städten wie Hamburg, Lübeck, Schwerin oder Magdeburg wie selbstverständlich an „rein" deutsches Land. Dabei werde vergessen, daß dort einst kein Wort deutsch gesprochen worden sei, daß dort slavische Völker mit ihrer geschichtlichen Sendung, ihrer Kultur und ihrem Glauben gelebt hätten, die von einer fremden Macht gewaltsam an der Nutzung ihrer Lebenschancen gehindert worden seien.[511] Besonders die Ortsnamensforschung wurde herangezogen, um die slavischen Wurzeln großer und kleiner deutscher Städte aufzuzeigen,[512] daneben sollten auch alte Legenden, Sagen und von den

---

507 So z.B. SZAJNOCHA, Jadwiga i Jagiełło, Bd.1/2, S. 348ff., der in diesem Zusammenhang u.a. von der „Tyrannei" der Hanse spricht, der das gesamte Gebiet zwischen Bergen in Norwegen und Moskau unterworfen gewesen sei (S. 363). – Vgl. auch J. DŁUGOSZ: *Granice polityczne a linie etnograficzne na kresach zachodnich* [Politische Grenzen und ethnographische Trennlinien in den westlichen Grenzmarken], in: „Przegląd Narodowy" 1908, Nr. 7, S. 83f.

508 KĘTRZYŃSKI, O Słowianach, S. 124ff.

509 A.M., *Odwieczna walka* (wie Anm. 506), S. 696; vgl. auch KĘTRZYŃSKI, O Słowianach, S. 135.

510 Dieses Schlagwort hatte bereits POPŁAWSKI in *Środki obrony*, in: „Głos" 1887, Nr. 41, S. 633, gebraucht. In der Folgezeit wurde es vielfach wiederholt und variiert. – Siehe u.a. X.: *Na kresach* [In den Grenzmarken], „Kraj" 1890, Nr. 42, S. 1; GRZEGORZ SMÓLSKI: *O pomorskich podaniach dziejowych* [Über geschichtliche Legenden aus Pommern], in: „Biblioteka Warszawska" 1905, Bd. 4, S. 543-565, hier S. 543, 544; A.M., *Odwieczna walka* (wie Anm. 506), S. 690; AUGUST SOKOŁOWSKI: *Prusy a Polska* [Preußen und Polen], in: „Świat Słowiański" 1908, Nr. 37, S. 9f. – Vgl. auch SOBIESKI, S. 239: „Die Hälfte des deutschen Staates liegt auf den Ruinen des alten Slaventums. Die gesamte Welt der besonderen, heimatverbundenen Kultur der lechitischen Slaven, die in der Mitte des heutigen Europa erblühte, ist mit ihren Göttern, ihren ‚Delphis' und ihren mächtigen Burgen für immer verschwunden, ohne Spuren zu hinterlassen (...)."

511 A.M., *Odwieczna walka* (wie Anm. 506), S. 690f., 698.

512 Hierzu grundlegend KĘTRZYŃSKI, Nazwy miejscowe; vgl. STANISŁAW BEŁZA: *Było to pod Lipskiem* [Es war einmal bei Leipzig], in: „Ziarno" 1907, Nr. 1, S. 12, der auf die Herkunft des Namens „Leipzig" vom slavischen Wort *Lipa* (Linde) hinweist. Schon vor langer Zeit

Bewohnern der in Rede stehenden Gebiete bis heute in verschleierter Form gepflegte heidnische Bräuche auf die historische Verbundenheit mit dem übrigen Slaventum hinweisen.[513]

In der Reduzierung eines äußerst komplexen historischen Prozesses wie der deutschen Ostkolonisation auf ein schlichtes Täter-Opfer-Schema schlug sich die heftige polnische Reaktion auf die in der deutschen nationalen Geschichtsschreibung vielfach variierte „Kulturträger"-Theorie nieder, die in der mittelalterlichen Ostsiedlung vor allem die verdienstvolle, von den Eliten der einheimischen Stämme meist selbst aktiv beförderte Erschließung und Kultivierung wirtschaftlich und zivilisatorisch bis dahin unterentwic??kelter Gebiete erkennen wollte.[514] So wurde es im *Przegląd Narodowy* deutschen Historikern als absolute Perfidie angekreidet, den Slaven die Schuld an ihrer Auslöschung durch Feuer, Schwert und Hunger selbst zuzuweisen. Daß diese den deutschen Eroberern freiwillig hätten dienen wollen, sei eine absurde Vorstellung.[515] Zudem wurde die deutsche Ostkolonisation in der polnischen Publizistik nicht als abgeschlossen, vielmehr als ein bis in die Gegenwart fortdauernder Prozeß begriffen. Sein Fortschreiten wurde geographisch vor allem an den großen, der Ostsee zuströmenden Flußläufen festgemacht. So hätten die Deutschen die Slaven erst von der Elbe, dann von der Oder verdrängt und kontrollierten heute auch die Mündungen von Weichsel und Memel. Von hier aus bedrohten sie nicht nur Polen, sondern die gesamte slavische Welt, „auch Moskau, das Herz Rußlands".[516] Die Polen selbst allerdings, so formulierte es der ND-Ideologe Balicki, seien heute als einziges Kulturvolk der

---

sei allerdings eine „germanische Flutwelle" in Richtung Osten über das Land hinweggerollt, und alles außer dem Namen sei in ihr „ertrunken".

513 Z.B. GRZEGORZ SMÓLSKI: *Z podróży z Pomorza* [Von einer Reise nach Pommern], in: „Wędrowiec" 1901, Nr. 7, S. 132f., Nr. 8, S. 144f., Nr. 10, S. 196f., Nr. 12, S. 237, Nr. 14, S. 269, 272, hier Nr. 14, S. 272; DERS., *O pomorskich podaniach dziejowych* (wie Anm. 510), S. 543ff. – Der Autor beklagt, daß es bei seinen Zeitgenossen nur wenig Verständnis und Liebe für die Denkmäler des eigenen „Volksgeistes" in den Gebieten gebe, die wie Pommern einst dem polnischen Staat angeschlossen gewesen, heute aber der Germanisierung anheimgefallen seien. Das von Smólski geschilderte Fortleben alter pomoranischer Sagen von Kobolden und anderen heidnischen Geistern unter der Bevölkerung Pommerns offenbart zugleich einen gewissen Widerspruch zu der auch von ihm vertretenen Ausrottungsthese und dem Schlagwort vom „slavischen Friedhof", da ein solches Fortleben alter Volksmythen eher auf einen friedlichen Assimilationsprozeß und eine schrittweise Verschmelzung von alteingesessener Bevölkerung und Neusiedlern schließen läßt.

514 Diesen alten Forschungsstreit zwischen deutscher und polnischer Historiographie beleuchtet aus polnischer Sicht Z. KACZMAREK, S. 218-326.

515 A.M., *Odwieczna walka* (wie Anm. 506), S. 693f. – Auf welchen deutschen Historiker bzw. auf welche Arbeit sich dieser Vorwurf konkret bezieht, wird in dem Artikel freilich nicht erhellt.

516 Ebenda, S. 699f.; vgl. auch KOMARNICKI, S. 2 (Vorwort); ANTONI DONIMIRSKI: *Posłowie polskie w parlamencie niemieckiem* [Die polnischen Abgeordneten im Deutschen Reichstag], in: „Tygodnik Illustrowany" 1886, Nr. 157, S. 4; J.L. POPŁAWSKI, *Stańczykostwo poznańskie* [Das Posener Stanczykentum], in: „Głos" 1890, Nr. 16, S. 188; DERS.: *Germanizacya* [Germanisierung], in: „Przegląd Wszechpolski" 1896, Nr. 10, S. 218; ST. PYROWICZ: *Parcie na Wschód* [Drang nach Osten], in: „Ziarno" 1908, Nr. 21, S. 4.

Erde sogar in ihrer eigenen historischen „Wiege" in ihrem Volkstum existentiell bedroht.[517] In dieser Logik wurden die Repräsentanten der deutschen Polenpolitik zu direkten geistigen Nachfahren der deutschen Markgrafen und der Ordensritter hochstilisiert.[518] So beschuldigte ein unter Pseudonym schreibender Autor im Petersburger *Kraj* den Markgrafen Gero, Heinrich den Löwen und Albrecht den Bären, sich im 13. Jahrhundert bis an die Grenze Litauens „vorgemordet" zu haben, und zog dann einen Bogen zur Gegenwart. Heute seien die drei in der Gestalt deutscher „Germanisatoren" wieder auferstanden, die sich über die „großpolnische Agitation" unter der verzweifelt um ihr Überleben kämpfenden polnischen Bevölkerung empörten und die deshalb nach der Polizei und nach zusätzlichen finanziellen Mitteln für die Ansiedlung deutscher Bauern auf polnischem Boden riefen. Durch nunmehr fast ein Jahrtausend hindurch hätten sich „Gero, der Bär und der Löwe" immer wieder an die besonderen Zeitumstände angepaßt, seien ihren verbrecherischen Zielen dabei aber treu geblieben.[519]

Den Polen selbst wurde mit Blick auf Vergangenheit und Gegenwart eine gewisse Märtyrerrolle zugesprochen, da sie nicht nur sich selbst, sondern stellvertretend das gesamte Slaventum gegen die übermächtige deutsche Ostexpansion verteidigt hätten und weiter verteidigten. Wenn es Polen in der Mitte Europas nicht gegeben hätte, wenn aus seiner Mitte nicht große Staatsmänner wie Bolesław Chrobry, Władysław Łokietek, die Jagiellonenkönige oder Jan Sobieski hervorgegangen wären, merkte etwa der Rechtsanwalt und Publizist Stanisław Bełza (1849-1929)[520] an, wer wisse

---

517 BALICKI, *Wobec nowego położenia* (wie Anm. 438), S. 668; vgl. EDWARD CZYŃSKI: *Uwagi ogólne nad terytorialnym rozmieszczeniem Polaków* [Allgemeine Bemerkungen über die territoriale Verteilung der Polen], in: „Wisła" 1887, H. 7, S. 244, der unter Verweis auf die zahlenmäßig anwachsenden und wirtschaftlich mächtigen deutschen Bevölkerungsanteile in aufstrebenden Industriestädten wie Łomża, Radom, Kielce, Kalisz und Lublin feststellt, daß mittlerweile ein breiter deutscher Streifen von Włocławek über Warschau bis hin zur Memel das polnische nationale Territorium in zwei Teile spalte. Nicht einmal vor dem territorialen Kern Polens also mache der Drang des „Germanismus" nach Osten halt.

518 JAN STECKI: *W obawie jutra* [In der Sorge um Morgen], in: „Tygodnik Illustrowany" 1902, Nr. 6, S. 102, nennt als seit den Tagen der Markgrafen und Kreuzritter fortwirkende deutsche Eigenschaften: „Gewalttätigkeit, Rücksichtslosigkeit, Brutalität, Grausamkeit, Heimtücke."

519 AMER.: *O ziemię* [Um das Land], in: „Kraj" 1898, Nr. 3, S. 6. – Unter Verweis auf den von deutscher Seite erhobenen Vorwurf der „großpolnischen Agitation" merkt der Autor des weiteren an, schließlich habe genau diese „großpolnische Agitation" es vermocht, alle von Deutschland mit Vernichtung bedrohten Völker bei Grunwald gegen die Kreuzritter zu vereinen.

520 PSB, Bd. 1, S. 412f. – Der in Warschau geborene Bełza wurde nach einem Jurastudium zunächst im öffentlichen Dienst tätig, zog sich 1889 aber auf seinen Anwaltsberuf zurück. Daneben war er schon früh auch literarisch tätig und verfaßte vor allem Berichte über seine zahlreichen Reisen ins nahe und ferne Ausland. Zwischen 1909 und 1912 fungierte er zudem als Chefredakteur des illustrierten Warschauer Wochenblattes *Ziarno*, für das er auch zuvor schon verschiedentlich geschrieben hatte. Mit seinen dort regelmäßig erscheinenden Kolumnen „Ich erhebe die Stimme!" (*Zabieram głos!*, 1907), „Briefe aus meinem Arbeitszimmer" (*Listy z mojej pracowni*, 1910-1912) und „Briefe aus dem Ausland über das eige-

schon, ob die „bewaffneten Kolonnen der Nachfahren der Kreuzritter“ dann nicht auch die Flußläufe von Weichsel und Dnjepr entlang marschieren würden.[521] Zugleich wurde aber gelegentlich auch Unverständnis darüber geäußert, daß Polen, obwohl es doch als einziges westslavisches Land nicht vollständig dem deutschen Eroberungszug zum Opfer gefallen sei, nie ernsthaft darangegangen sei, sich an die Spitze aller bedrohten und unterjochten westslavischen Völker zu stellen und den Deutschen alle von ihnen eroberten polnischen Gebiete wieder abzunehmen, also auch das Gebiet um Lebus (Brandenburg), Westpommern mit Stettin und ganz Schlesien. Anstatt seine Westgrenzen zu schützen, habe Polen ein Bollwerk gegen die Barbarei des Ostens gebildet, während die Deutschen im Schutze dieses Bollwerks in aller Seelenruhe ihr Germanisierungswerk im Westen hätten vollenden können.[522]

Die um die Jahrhundertwende intensive Beschäftigung der polnischen Publizistik mit der einstigen Westausdehnung des Slaventums und seiner schrittweisen Zurückdrängung durch die deutsche Ostsiedlung bedeutete nicht, daß auf dieser Grundlage vor 1914 schon konkrete Gebietsansprüche bis Oder und Neiße oder sogar noch darüber hinaus bis Elbe und Saale formuliert worden wären. Das diesbezügliche Interesse hatte stets einen eher resignativen, von Trauer um den historischen Verlust geprägten Unterton. Vielmehr sollte die meist in dramatischen Worten gehaltene Schilderung des seit Jahrhunderten ungebrochenen deutschen „Drangs nach Osten“ den Lesern vor Augen führen, was ihnen selbst bevorstehen könnte, wenn sie die noch verbliebenen Bastionen des Polentums nicht mit Klauen und Zähnen verteidigten, und so eine integrative und zugleich anspornende Wirkung entfalten. Erst kurz vor Kriegsen-

---

ne Land“ (*Listy z poza kraju o kraju*, 1911) sowie weiteren Veröffentlichungen trug Bełza wesentlich zur Popularisierung polnischer Ansprüche vor allem auf Schlesien und die Kaschubei bei und nahm somit unter den Protagonisten des Westgedankens neben Popławski und Dmowski einen zentralen Rang ein. Politisch stand er der Nationaldemokratie nahe, deren Antisemitismus und deren militante Deutschfeindlichkeit er teilte, betätigte sich selbst aber nicht parteipolitisch. Noch nach dem Ende des Ersten Weltkriegs engagierte er sich im Rahmen einer „Gesellschaft für nationalkulturelle Arbeit für Oberschlesien“ *(Towarzystwo Narodowo-Kulturalnej Pracy dla Górnego Śląska)* massiv für einen im polnischen Sinne positiven Ausgang des für 1921 angesetzten Plebiszits ein. – Siehe hierzu GALOS, Problematyka zachodnia, S. 3-24; DERS.: Stanisław Bełza (1996 erschienene, überarbeitete und gekürzte Fassung des oben genannten Aufsatzes von 1985), S. 32-42.

521 STANISŁAW BEŁZA: *Listy z mojej pracowni*, in: „Ziarno“ 1911, Nr. 41, S. 802; vgl. auch KONECZNY, Dzieje Śląska, S. 10 (Vorwort), der darauf hinweist, daß die übrigen lechitischen Stämme dasselbe Schicksal wie die Wilzen, Liutizen und Obotriten erwartet hätte, wären die Deutschen in ihrem Drang ostwärts nicht auf einen polnischen Staat gestoßen, der den Kampf mit ihnen aufnahm. Zugleich bedauert er, daß dieser Staat nicht schon 100 Jahre früher entstanden sei, da sonst die polnische Sprache noch die ganze Oder entlang gesprochen würde, die nämlich „von der Quelle bis zur Mündung durch ursprünglich lechitische, also polnische Gebiete fließt.“

522 WIELKOPOLANIN (Pseud.): *Polska a jubileusz pruski* [Polen und das preußische Jubiläum], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1901, Nr. 4, S. 222f. – Der Artikel war als Antwort auf Jan Ludwik Popławskis Grundsatzartikel *Jubileusz pruski* [Das preußische Jubiläum; s.u. Kap. 7.2.] konzipiert.

de wurde von dem Journalisten Bolesław Jakimiak ein Konzept erstellt, das auch eine Rückgängigmachung schon vor Jahrhunderten erfolgter Germanisierungsprozesse für möglich hielt. Im Vorwort zu seiner im Juni 1917 in Moskau unter dem Pseudonym „Mściwój Łahoda“ verfaßten Broschüre zeichnete Jakimiak ein Bild der Vergangenheit, das die oben dargelegte Sicht der deutschen Ostkolonisation noch einmal auf den Punkt bringt:

> „(...) man beachte, daß das zahlenmäßig verhältnismäßig kleine, nur aus einer Handvoll Stämmen (Sachsen, Bayern, Franken) hervorgegangene und zwischen Rhein und Weser siedelnde deutsche Volk mit Hilfe von Intrigen und Winkelzügen, teilweise auch mit Hilfe einer besseren Bewaffnung und einer besseren Organisation, schrittweise ein um das vielfache größeres Territorium seiner Herrschaft unterwarf, das nicht sein eigenes war, (...) und der alteingesessenen slavischen Bevölkerung dieses Territoriums seine Sprache aufzwang. Man bedenke, daß es ein Volk, das derart räuberischen Instinkten gehorcht und bei der Entnationalisierung der Bevölkerung der einverleibten Gebiete derart rücksichtslos vorgeht, kein zweites Mal auf dem Erdball gibt.“[523]

Auf der Grundlage dieses Geschichtsbildes entwarf Jakimiak schon damals das Programm einer polnischen Westgrenze an Oder und Lausitzer Neiße, auf das im folgenden noch ausführlich einzugehen sein wird.

6.1.2. „Uraltes piastisches Land“: Die polnische Sicht der Vergangenheit Schlesiens

Im Zentrum der polnischen Sicht der Vergangenheit Schlesiens stand die jahrhundertelange piastische Tradition dieses Landes, das seit seiner unangefochtenen Eroberung durch Bolesław Chrobry zu Beginn des 11. Jahrhunderts zunächst einen integralen Bestandteil des frühen polnischen Staates gebildet hatte. Die Herrschaft der seit dem 12. Jahrhundert in zahlreiche Einzellinien aufgesplitterten schlesischen Piasten überdauerte den sich schrittweise vollziehenden staatsrechtlichen Übergang Schlesiens von Polen an die böhmische Krone und reichte in der Liegnitzer Linie sogar noch bis zum Jahr 1675, als die piastische Herrschaft über das eigentliche Polen bereits seit drei Jahrhunderten erloschen war. Die historische Erinnerung an die wichtige Rolle Schlesiens als Teil des piastischen Imperiums und zugleich fortbestehende polnische Ansprüche fanden um die Jahrhundertwende ihren Niederschlag in der verbreiteten Formulierung von dem „uralten polnischen (oder piastischen) Land“ *(Prastara ziemia polska* bzw. *piastowska)*[524] oder, noch knapper, in der Bezeichnung Schlesiens als „Altpolen“ *(Stara Polska* oder *Staropolska)*.[525]

---

523 ŁAHODA [d.i. Bolesław Jakimiak], S. 6; siehe hierin insbesondere auch das Kapitel *Z czego wyrosły Prusy* [Woraus Preußen erwuchs], S. 7ff. – Die Programmschrift Jakimiaks findet sich in Auszügen auch abgedruckt in: W stronę Odry i Bałtyku, S. 221-224.

524 Z.B. SZELĄGOWSKI, Śląsk i Polska, S. 382; DERS., Wzrost państwa polskiego, S. 25f.; RAKOWSKI, S. 50.

525 Z.B. CHOCISZEWSKI, Podręcznik, S. 43ff. (Kapitel *Ślązk czyli Staropolska*); OTUCHA (Pseud.): *Ze Staropolski* [Aus Altpolen], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1901, Nr. 5, S. 304f.; STANISŁAW BEŁZA: *Listy z poza kraju o kraju* [Briefe von außerhalb der Heimat über die Heimat], in: „Ziarno“ 1912, Nr. 13, S. 242.

Um die Vorgeschichte Schlesiens und dessen ursprüngliche Besiedlung wurde zwischen der deutschen und der polnischen Forschung ein langwieriger, bis heute nicht ganz beigelegter Streit geführt, der sich schon an der ethymologischen Herkunft der Landschaftsbezeichnung „Schlesien" entzündete – wird dieser in der deutschen Geschichtswissenschaft traditionell auf den bis ca. 350 n. Chr. entlang der Oder ansässigen vandalischen (also ostgermanischen) Teilstamm der „Silingen" zurückgeführt[526], so sah die polnische Historiographie und Publizistik den Ursprung durchweg in dem slavischen Flußnamen *Ślęza* und dem wiederum nach diesem benannten polnisch-schlesischen Stamm der „Slenzanen" *(Ślęzanie)*.[527] Die zentrale Bedeutung Schlesiens als Bestandteil des alten Piastenstaates wurde vor allem an seinem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zentrum Breslau festgemacht, das bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein bevorzugtes Ziel polnischer Bildungsreisender gewesen war. Daß „die wunderschöne Hauptstadt Schlesiens" in der polnischen Presse und Publizistik so viel Aufmerksamkeit finde, schrieb etwa der Journalist Teodor Jeske-Choiński, liege vor allem daran, daß die Spuren ihrer slavisch-polnischen Vergangenheit dem Forscher „an jeder Ecke" begegneten.[528] Entsprechend wurden die Rolle Breslaus als eines der drei Suffragane des Erzbistums Gnesen (neben Krakau und Kolberg) hervorgehoben, das im Jahre 1000 auf Initiative von Kaiser Otto III. eingerichtet worden war und die kirchenrechtliche Eigenständigkeit Polens begründete; hingewiesen wurde auch auf die Funktion Breslaus als Metropole des beginnenden polnischen Fernhandels und Kreuzungspunkt wichtiger Handelsrouten. Damit, so hieß es im Warschauer *Ziarno*, sei Breslau zur Piastenzeit die nach Krakau wichtigste Stadt Polens gewesen.[529] Zugleich wurde das Scheitern erster Interventionsversuche des Reichs in Schlesien und in diesem Zusammenhang die vergebliche Belagerung der Festungen Beuthen und Glogau sowie die bereits erwähnte Niederlage des kaiserlichen Heeres auf dem sogenannten „Hundsfeld" vor Breslau gegen die Truppen Bolesław Krzywoustys im Jahre 1109 betont.[530] Damit war auch Schlesien in die Kontinuität des „ewigen Kampfes" zwischen Deutschen und Polen hineingestellt;

---

526 Vgl. hierzu Geschichte Schlesiens, S. 65ff.

527 So u.a. KĘTRZYŃSKI, O Słowianach, S. 94ff., der die Tatsache einer früheren germanischen Besiedlung Schlesiens rundweg bestreitet; BOGUSŁAWSKI, Bd. 2, S. 114; KONECZNY, Dzieje Śląska (im folgenden nach der 1931 gleichfalls in Beuthen erschienenen Neuauflage zitiert), S. 9; STAN. GŁĄBIŃSKI: *Ludność polska na Szląsku* [Die polnische Bevölkerung in Schlesien], in: „Wędrowiec" 1882, Nr. 18, S. 276; KAZIMIERZ RAKOWSKI: *Z polskiej przeszłości Śląska* [Aus der polnischen Vergangenheit Schlesiens], in: „Ziarno" 1906, Nr. 39, S. 248.

528 [TEODOR JESKE CHOIŃSKI]: *Korespondencya czasopisma „Kłosy" (Wrocław 21 Czerwca)* [Korrespondenz der Zeitschrift „Die Ähren" – Breslau, 21. Juni], in: „Kłosy" 1883, Nr. 941, S. 29; vgl. T.CH. [d.i. ders.]: *Wrocław* [Breslau], in: „Kłosy" 1883, Nr. 925, S. 182, der daran erinnert, die Deutschen hätten den Namen „Breslau" nur deshalb eingeführt, weil sie das polnische „W" bzw. das tschechische „V" (von „Vratislav") in Verbindung mit einem „R" nicht aussprechen könnten. Der Name erinnere daran, daß an der Oder einst Piasten geherrscht hätten; die Stadt sei somit ein Denkmal der alten polnischen Grenzen.

529 RAKOWSKI, *Z polskiej przeszłości Śląska* (wie Anm. 527), S. 248

530 KONECZNY, Dzieje Śląska, S. 50ff.

die gerade hier später sehr große gegenseitige Befruchtung beider Kulturen fiel dagegen weitgehend unter den Tisch.

Der Mitte des 12. Jahrhunderts einsetzende Verselbständigungsprozeß Schlesiens, der eine breite deutschrechtliche Siedlungsbewegung nach sich zog und zwei Jahrhunderte später schließlich mit dem endgültigen Abfall von Polen endete, ist in der polnischen Geschichtsschreibung des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, unabhängig vom jeweiligen politischen Hintergrund, als folgenschwere Tragödie empfunden worden; entsprechend vielfältig gestaltete sich die Suche nach den Gründen für die infolge der Erbfolgeregelung Krzywoustys einsetzende territoriale Zersplitterung Schlesiens. Im Zentrum der (Selbst-) Kritik stand das Verhalten der schlesischen Fürsten, obwohl sie, wie gleichzeitig betont wurde, „der ältesten Linie der Piasten entstammten und von reinem polnischen Blut waren".[531] Ihre Hinwendung zum Deutschtum, symbolisiert in der verbreiteten Verehelichung mit Angehörigen deutscher Fürstenhäuser, und die gezielte Förderung der deutschrechtlichen Siedlungsbewegung in Schlesien wurde in polnischen Darstellungen als Zeichen von Hochmut, wachsender Dekadenz und schwindender Verbundenheit mit dem eigenen Volk[532], als Bruch des Treueeids gegenüber der polnischen Krone[533] oder, schlimmer noch, als „moralischer Verfall" bewertet. Koneczny beispielsweise urteilte:

> „Am schlimmsten für Schlesien aber war, daß die schlesischen Piasten infolge der Zersplitterung, die es so in keinem anderen Teil Polens gab, auch immer mehr verarmten und als Konsequenz daraus immer neidischer aufeinander wurden. So wuchs ihre Bereitschaft, sich gegenseitig Fallen zu stellen, und sie verkamen moralisch."[534]

Die schlesischen Fürsten erschienen als tragische Figuren, die zwar, wie der Lemberger Historiker Adam Szelągowski (1873-1961) ihnen zugestand, im 12. und 13. Jahrhundert „an die Möglichkeit eines Verlustes dieses Landes an Deutschland nicht einen einzigen Gedanken verschwendet" hätten, der Entwicklung durch ihre naive Bewunderung für die deutsche Kultur aber massiv Vorschub geleistet hätten. So sei die Unterrichtung und Verwendung der deutschen Sprache damals unter den höheren Schichten eine genauso alberne Mode gewesen wie im 18. Jahrhundert die Verwendung des Französischen.[535] Im Ergebnis hätten sich die schlesischen Piasten in eine prodeutsche und eine propolnische Fraktion aufgespalten.[536] Insbesondere der mit einer Deutschen verheiratete Herzog Henryk I. Brodaty („der Bärtige", 1201-1238), der

---

531 SZELĄGOWSKI, Wzrost państwa polskiego, S. 26.

532 Siehe z.B. GŁĄBIŃSKI, *Ludność polska* (wie Anm. 527), S. 277; vgl. MIEROSŁAWSKI, *O Szląsku* (wie Anm. 499), S. 7, der als Ursache der Germanisierung der schlesischen Fürsten genau die gleichen Ursachen ausmachte, die in der polnischen Oberschicht noch heute verbreitet seien: „Selbstsucht, Unordnung, Gleichgültigkeit, fehlender Wille und mangelnde Organisation."

533 KONECZNY, Dzieje Śląska, S. 127; vgl. DERS., Dzieje Polski, S. 346; BOGUSŁAWSKI, Bd. 3, S. 618.

534 KONECZNY, Dzieje Śląska, S. 127.

535 SZELĄGOWSKI, Wzrost państwa polskiego, S. 26.

536 KONECZNY, Dzieje Śląska, S. 80.

mit dem seinem Onkel Mieszko I. von Ratibor gegenüber ausgesprochenen Verzicht auf das Land Oppeln 1202 die staatsrechtlich getrennte Entwicklung zwischen Nieder- und Mittelschlesien auf der einen und Oberschlesien auf der anderen Seite eingeleitet hatte und im Laufe seiner fast 40jährigen Regierungszeit weitere polnische Gebiete unter seine Kontrolle bringen konnte, wurde in der polnischen Geschichtsschreibung und Publizistik ungeachtet seiner übrigen Leistungen vielfach als „Germanisator" Schlesiens geschmäht.[537] Als nächste Katastrophe der schlesischen Geschichte wurde die Abwehrschlacht gegen die Mongolen auf der Walstatt zu Liegnitz im Jahre 1241 angesehen, in der unter anderem Brodatys Sohn und Nachfolger Henryk II. Pobożny („der Fromme") den Tod fand. Wurde zum einen der letztlich erfolgreiche Opfergang der schlesisch-polnischen Fürsten im Dienste der Verteidigung des Abendlandes hervorgehoben, so wurde zum anderen die durch den hohen Blutzoll der Schlacht verursachte Schwächung des schlesischen Adels für die anschließende massenhafte deutsche Kolonisierungsbewegung mitverantwortlich gemacht. Im Ergebnis sei es den schlesischen Piasten nicht mehr gelungen, von Schlesien aus den polnischen Thron zu besteigen und damit die Landeseinheit wiederherzustellen, stattdessen hätten sie sich nun um so mehr einer fremden Nationalität zugewandt.[538] Gleichwohl, so betonte Koneczny im Widerspruch zu der in der deutschen Historiographie verbreiteten Sicht der Dinge, sei diese schon 1163 eingeleitete Sonderentwicklung noch nicht als Abfall Schlesiens vom polnischen Staat zu interpretieren, da auch in Deutschland mehrere regionale Fürstentümer schon früh eigene Wege gegangen seien, ohne daß deswegen „von einem Abfall Bayerns, Sachsens oder Schwabens von Deutschland" gesprochen werde.[539] Im staatsrechtlichen Sinne wirklich verlorengegangen sei Schlesien erst nach dem als nationales Unglück betrachteten Tode des Piastenkönigs Władysław I. Łokietek im Jahre 1333, der bis zuletzt verzweifelt versucht habe, unter den zerstrittenen schlesischen Piasten zu vermitteln und ihre Gebiete wieder ganz in den polnischen Staat zu inkorporieren.[540] Die Rolle des Nachfolgers Łokieteks, des letzten Piastenkönigs Kazimierz Wielki, der 1335 im Vertrag von Trentschin den definitiven Verzicht auf seine Rechte an Schlesien aussprach, wurde ambivalent bewertet. Szajnocha konzedierte ihm immerhin, nur unter dem Druck innerer und äußerer Zwänge die „vaterländischen Gebiete" wie Pommern und Schlesien „vernachlässigt" zu haben[541], Szelągowski hielt ihm zugute, trotz des formellen Ver-

---

537 JURANEK (Pseud.): *Ludność polska i polski ruch na Śląsku pruskim* [Die polnische Bevölkerung und die polnische Bewegung im preußischen Schlesien], in: „Prawda" 1901, Nr. 13, S. 161; vgl. auch SOBIESKI, S. 243ff.

538 *Stracenie przedostatniego księcia opolskiego, Mikołaja II., w Nisie 1493 r.* [Die Hinrichtung des vorletzten Oppelner Fürsten Nikolaus II. in Neiße 1493], in: „Tygodnik Illustrowany" 1880, Nr. 210, S. 4; KONECZNY, Dzieje Śląska, S. 91f.; SOŃSKI, S. 80ff.

539 KONECZNY, Dzieje Śląska, S. 76f.

540 Ebenda, S. 128ff.

541 SZAJNOCHA, Bolesław Chrobry, S. 472; vgl. SOŃSKI, S. 433, der ausführt, Łokietek habe seinen Sohn Kazimierz noch auf dem Totenbett beschworen, die abgefallenen Gebiete zurückzuerobern. Nur die tödliche Bedrohung durch die Feinde Polens habe diesen dann daran gehindert, den letzten Wunsch seines Vaters zu erfüllen.

zichts den Gedanken an eine Rückgewinnung Schlesiens zeit seines Lebens nicht verloren zu haben.[542]

Aber auch für die Zeit nach dem staatsrechtliche Verlust Schlesiens an – wie mitunter verschleiernd formuliert wurde – „unsere tschechischen Brüder“[543] wurden vielfältige kulturelle und geistige Verbindungen mit dem „Mutterland“ festgestellt, so vor allem in der fortdauernden kirchenrechtlichen Zugehörigkeit der Diözese Breslau zum Erzbistum Gnesen[544] bzw. in der noch bis 1821 bestehenden Zugehörigkeit der oberschlesischen Dekanate Beuthen und Pleß zum Erzbistum Krakau.[545] Koneczny wies in diesem Zusammenhang auch auf den Umstand hin, daß in der Gestalt des böhmischen Königs Vladislav II. (1471-1516, ab 1490 auch König von Ungarn) und seines Sohnes und Nachfolgers Ludwig II. (1516-1526) zwei dem litauisch-polnischen Königshaus der Jagiellonen entstammende Fürsten für ein halbes Jahrhundert nominell auch über Schlesien herrschten.[546] Vor diesem Hintergrund wurde der Zeitraum zwischen dem Vertrag von Trentschin und den Teilungen Polens verschiedentlich als eine Geschichte der verpaßten Gelegenheiten und ungenutzten Chancen geschildert. Szelągowski etwa sah schon ab Beginn des 15. Jahrhunderts einen starken Rückgewinnungsgedanken am Werk, verkörpert besonders in der Gestalt des dem schwedischen Haus Wasa entstammenden polnischen Königs Zygmunt III. (1587-1632), der letztlich vergeblich nach einem rechtlichen Vorwand gesucht habe, Schlesien wieder der polnischen Krone zu unterwerfen.[547] Bereits zu Beginn des 15. Jahrhunderts, so ein verbreitetes Motiv der Geschichtsschreibung, sei mit dem zeitweisen Übergreifen der Hussitenbewegung auf das katholische Schlesien ein ausgezeichneter Vorwand für ein militärisches Eingreifen ungenutzt gelassen worden[548], obwohl gerade die Erfolge der tschechisch-national ausgerichteten Hussiten gegen die deutsche Vorherrschaft in Böhmen geeignet gewesen seien, auch in Schlesien, „das doch erst vor hundert Jahren von Polen abfiel“, nationalpolnische Gefühle wiederzuerwecken.[549] Szelągowski schließlich erkannte noch im 30jährigen Krieg, als Deutschland innerlich zerrissen am Boden gelegen habe, eine solche Gelegenheit und schob es auf die

542 ADAM SZELĄGOWSKI: *Przynależność Śląska do Polski za Zygmunta III* [Die Zugehörigkeit Schlesiens zu Polen unter Sigismund III], in: „Tygodnik Illustrowany“ 1902, Nr. 19, S. 365f.; Nr. 20, S. 386f; Nr. 22, S. 424f.; Nr. 23, S. 453f.; Nr. 24, S. 469, 472, hier Nr. 19, S. 365.

543 Ebenda. – Hier ist zu berücksichtigen, daß das Polnische keine Unterscheidung zwischen den Begriffen „böhmisch“ und „tschechisch“ kennt (beides *czeski*). Insofern ist die oben zitierte Formulierung geeignet, den Umstand zu verschleiern, daß Schlesien unter böhmischer Oberhoheit genauso dem deutschen Kulturkreis angehörte wie später unter Habsburg oder Preußen.

544 SZELĄGOWSKI, Wzrost państwa polskiego, S. 27.

545 KONECZNY, Dzieje Śląska, S. 75; CHOCISZEWSKI, Podręcznik, S. 68f.

546 Ebenda, S. 187, 221, 238f. – Mit dem Tode Ludwigs in der Türkenschlacht bei Mohács 1526 ging dieses jagiellonische Zwischenspiel schon wieder zu Ende, Schlesien fiel damit an Habsburg.

547 SZELĄGOWSKI, *Przynależność Śląska* (wie Anm. 542).

548 KONECZNY, Dzieje Śląska, S. 178.

549 SOŃSKI, S. 177, 181.

„Schläfrigkeit“ des polnischen Adels, daß der Gedanke einer Wiedergewinnung Schlesiens zu dieser Zeit in Polen nicht lebendig gewesen sei.[550]

Ungeachtet dieser unterschiedlichen außenpolitischen Konjunkturen wurde dem Überleben der polnischen Volkskultur und -sprache zumindest in Oberschlesien große Beachtung geschenkt. Das weitgehend germanisierte Niederschlesien wurde in der Publizistik der Jahrhundertwende demgegenüber meist resignierend als für die polnische Sache verloren betrachtet, wenngleich betont wurde, daß diese Germanisierung zumindest bezüglich der sich östlich an die Hauptstadt Breslau anschließenden Regionen kein in ferner Vergangenheit abgeschlossener, sondern ein erst kürzlich erfolgter und teilweise sogar noch andauernder Prozeß sei.[551] Die systematische, von oben angeordnete Zurückdrängung der polnischen Sprache vor allem im Schulwesen habe, so urteilte Koneczny, ohnehin erst mit der Eroberung Schlesiens durch Friedrich den Großen 1740 begonnen[552] – ein Datum, das in den Augen der polnischen Publizistik den vorerst letzten Akt des schlesischen Dramas eingeläutet hatte.

Mit der regionalen Differenzierung zwischen Nieder- und Oberschlesien war zugleich der Bogen zur Gegenwart geschlagen, in der die Anfänge einer polnisch-nationalen Volksbewegung in Oberschlesien in großen Teilen der polnischen Öffentlichkeit die Hoffnung weckten, wenigstens einen Teil des als so tragisch empfundenen Verlustes in naher Zukunft wieder wettmachen zu können.

6.1.3. Grunwald-Mythos und „Kampf um die Ostsee“: Die polnische Sicht der Vergangenheit Ost- und Westpreußens

Die Vergangenheit Ost- und Westpreußens war aus polnischer Sicht untrennbar verbunden mit der Frage des Zugangs zum Meer. Auch hier mischten sich in der Diskussion der Jahrhundertwende also historische mit aktuellen Motiven. Nachdem das in Teilherzogtümer aufgesplitterte Polen seine Ansprüche auf den Besitz Hinterpommerns zwischen Odermündung und Leba-See in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts endgültig hatte aufgeben müssen, bildete das östlich davon gelegene Pommerellen mitsamt der Weichselmündung die letzte Verbindung Zentralpolens zur Ostsee, die zu Beginn des 14. Jahrhunderts gleichfalls verlorenging und erst 1466 zu-

---

550 SZELĄGOWSKI, Śląsk i Polska, S. 384.

551 Vgl. hierzu A[LFONS] J[ÓZEF] PARCZEWSKI: *Germanizacya powiatu oławskiego* [Die Germanisierung des Kreises Ohlau], in: „Wisła“ 1890, H. 4, S. 751ff. – Der Autor behauptet in Widerspruch zu deutschen Darstellungen, auch auf dem linken Oderufer sei noch bis in die jüngste Vergangenheit hinein verbreitet polnisch gesprochen worden. Dieses beweise der (zum größeren Teil auf dem linken Oderufer gelegene) Kreis Ohlau (die Kreisstadt Ohlau liegt ca. 20 km südöstlich von Breslau), in dem es noch zu Ende des 18. Jahrhunderts mehr polnische als deutsche Dörfer gegeben habe. Aus den Kirchen sei die polnische Sprache sogar erst nach 1830 verdrängt worden. Die heutigen versprengten Reste des Polentums in Ohlau seien nur noch eine traurige Erinnerung daran, daß es dort noch vor 100 Jahren ein kräftiges und aktives polnisches Leben gegeben habe.

552 KONECZNY, Dzieje Śląska, S. 417; vgl. TEODOR JESKE-CHOIŃSKI: *Wydawnictwa ludowe Miarki* [Die volkstümlichen Verlage Miarkas], in: „Kurjer Warszawski“ 1900, Nr. 272, der von einem rücksichtslosen „Kreuzritter-Regiment“ Friedrichs in Schlesien spricht.

rückgewonnen werden konnte. Die Union Polens mit dem Großfürstentum Litauen und später das erfolgreiche Eingreifen in die livländischen Wirren brachte dem polnisch-litauischen Großstaat zudem das Herzogtum Kurland und vorübergehend auch Livland ein, also die gesamte Ostseeküste zwischen Memelland und Rigaer Bucht. Der polnische Historiker Andrzej Piskozub hat in diesem Zusammenhang auch bezüglich der polnischen Meerespolitik von einer „piastischen" und einer „jagiellonischen" Tradition gesprochen, womit er zum einen die Küstenlinie zwischen Stettiner Haff und Danziger Bucht mit den Mündungen von Oder und Weichsel, zum anderen diejenige zwischen Danziger und Rigaer Bucht mit den Mündungen von Weichsel, Memel und Düna meinte.[553] Unter dem Einfluß eines stark an geopolitischen Kriterien orientierten nationalen Zeitgeistes gewann die Frage eines eigenen polnischen Ostseezugangs in der polnischen Publizistik über die Frage einer historischen Begründbarkeit entsprechender Ansprüche hinaus eine zentrale Bedeutung und wurde zur Lebensfrage schlechthin hochstilisiert. Konsequenz hieraus war, daß in der polnischen Historiographie neben der Kontinuität eines deutsch-polnischen Antagonismus auch die Kontinuität eines ewigen „Kampfes um die Ostsee" *(Walka o Bałtyk*) gezeichnet wurde, den Polen im Interesse seiner eigenen Lebens- und Zukunftsfähigkeit gegen das Deutsche Reich, den Deutschen Orden, später aber auch gegen andere Ostseemächte wie etwa Schweden zu führen gehabt habe. In Anspielung auf eine von dem deutschen Geographen Friedrich Ratzel unter dem bezeichnenden Titel „Das Meer als Quelle der Völkergröße"[554] verfaßte Abhandlung gab Adam Szelągowski diesem Gedankengut deutlich Ausdruck:

> „Das Maß des geschichtlichen Einflusses auf die beiden Arten der Grenzen, der Landgrenzen und der Wassergrenzen – der Flüsse also und besonders der Meere – ist bei beiden verschieden: die Landgrenzen kann man als passive oder negative bezeichnen, die Wassergrenzen als aktive oder positive. Die deutlichsten Landgrenzen, wie Berge und Wälder, bilden eigentlich lediglich Schutzwälle, zugleich aber auch Dämme, die das natürliche Wachstum und die Entwicklung des Volkes hindern. Anders die Flüsse. Durch ihren Lauf geben sie direkt die Richtung für die geographische Politik des Volkes an. Besonders ist dies aber bei den Meeren der Fall, an die sich die Völker mit ihrem Flußbett heranschieben, zu denen sie naturgemäß gravitieren und deren nächste Nähe ungemein günstig die Seele des Volkes beeinflußt, es zum Leben anspornt, zur Energie, zu kühnen Unternehmungen, Handelsexpeditionen, Eroberungsfeldzügen, Forschungsreisen."[555]

---

553 PISKOZUB, Polska morska, S. 21f. – Insofern können die polnischen Ansprüche auf den Besitz Ostpreußens historisch korrekt in der Tat nicht als Bestandteil eines „piastischen" Territorialprogramms gesehen werden, da es das piastische Polen zu keinem Zeitpunkt vermochte, die von den heidnischen Prußen besiedelten Gebiete seiner Herrschaft zu unterwerfen. Wie bereits dargestellt, brachten erst der Zweite Friede von Thorn 1466 bzw. die Säkularisierung des Ordensstaates 1525 Ostpreußen unter polnische Lehnshoheit.

554 RATZEL, Das Meer. – Der in Leipzig lehrende Geograph Ratzel verstand sein Werk als Mahnung, „Deutschland müsse auch auf dem Meere stark sein, um seinen Weltruf zu erfüllen." (Vorw. zur ersten Auflage).

555 SZELĄGOWSKI, Der Kampf, S. 12f. (Polnischer Originaltext *Walka o Bałtyk* von 1903); vgl. auch DERS., O ujście Wisły, Kapitel 1, *Morze – oś zabiegów mocarstw* [Das Meer – Achse der Bestrebungen der Mächte], S. 1ff.; ST. KOZICKI: *Morze jako czynnik polityczny* [Das

Von dem schon frühen Scheitern aller Versuche einer dauerhaften Einbeziehung Hinterpommerns in den polnischen Staat abgesehen, vollzog sich dieser „Kampf um die Ostsee" seit dem 13. Jahrhundert gegen den von polnischer Seite ursprünglich selbst ins Land geholten Deutschen Orden. Die wiederholten Mißerfolge bei der schon seit über zwei Jahrhunderten angestrebten Bekehrung der heidnischen Prußen hatten den polnischen Herzog Konrad von Masowien 1226 veranlaßt, den mehr als drei Jahrzehnte zuvor im Heiligen Land gegründeten Ritterorden mit dieser Aufgabe zu betrauen und ihm als Entlohnung die Schenkung des – erst noch zu erobernden – Kulmerlandes zu versprechen. Unter dem Druck weiterer räuberischer Einfälle der Prußen übertrug Konrad dieses Gebiet mitsamt dem übrigen Preußen im Juni 1230 im Vertrag von Kruschwitz dem Orden „zu wahrem Eigentum und vollkommener Herrschaft" mit allen Rechten und Privilegien, verzichtete aber nicht ausdrücklich auf seine Oberhoheit.[556] Der Aufbau eines unabhängigen und souveränen Ordensstaates unter Ausnutzung einer komplizierten und nicht abschließend geklärten Rechtslage konterkarierte die ursprüngliche Intention Konrads jedenfalls rasch und leitete seit Beginn des 14. Jahrhunderts eine Phase fortgesetzter militärischer Auseinandersetzungen zwischen dem teilweise wiedervereinigten Polen und dem Orden ein.

Die für Polen folgenschwere „Berufung" der Ordensritter wurde in der polnischen Geschichtsschreibung des 19. und 20. Jahrhunderts vielfach diskutiert, wobei sich besonders der bereits erwähnte Historiker Wojciech Kętrzyński hervortat. Zum ersten betonte Kętrzyński unter Berufung auf alte Handschriften und im Widerspruch zur deutschen Historiographie, das Kulmerland sei schon zum Zeitpunkt der Ankunft der Ordensritter zu großen Teilen von polnischen Siedlern in Besitz genommen und kolonisiert worden, habe also von den Rittern gar nicht mehr „erobert" zu werden brauchen.[557] Zum zweiten nahm er eine Neubewertung der Person Konrads von Masowien vor, den er als einen persönlich integren, zugleich aber naiven Politiker schilderte, der die Folgen seines Tuns nicht habe abschätzen können und sich von den Vertretern des Ordens über den Tisch habe ziehen lassen. Zum dritten schließlich klagte er den Orden an, sich mittels Dokumentenfälschung eine den ursprünglich getroffenen Vereinbarungen zuwiderlaufende Machtposition verschafft zu haben.[558] Als Ergebnis seiner

---

Meer als politischer Faktor], in: „Gazeta Warszawska" 1911, Nr. 236 (keine Seitenzählung).

556 HOENSCH, S. 40f.

557 W[OJCIECH] KĘTRZYŃSKI, Das Culmer-Land, S. 138-141; DERS., O ludności polskiej, S. 31ff.; vgl. POWIERSKI, S. 353, 358f., 377.

558 KĘTRZYŃSKI, Der deutsche Orden. – Den Fälschungsvorwurf bezieht der Autor insbesondere auf den Kruschwitzer Vertrag von 1230 und begründet ihn damit, daß Konrad die in Rede stehenden Gebiete dem Orden ursprünglich eben nicht bedingungslos überlassen habe und „daß es den Rittern gerade darum zu tun war, die ihnen lästigen und hinderlichen Bedingungen abzustoßen" (S. 2). Vor diesem Hintergrund nimmt Kętrzyński Konrad gegen den Vorwurf in Schutz, ein „unfähiger Fürst" gewesen zu sein, „der mit den seinigen zankte und sein Reich hülflos den Einfällen beutegieriger Nachbarn preis gab" (S. 1), und gelangt zu der Feststellung: „Wenn das alles nicht so gewesen ist, wie man es gewöhnlich auf Grund der Quellen darstellt, dann ist Herzog Konrad keineswegs ein so schlechter Regent

diesbezüglichen Untersuchungen sah Kętrzyński den Charakter des Ordens mit einem „schweren Makel“ behaftet und stellte der „slavischen Vertrauensseligkeit“ eine „raffinierte Selbstsucht und Treulosigkeit“ gegenüber.[559]

Ungeachtet der Tatsache, daß die Fälschung von Urkunden im Mittelalter ein auf allen Seiten verbreitetes Mittel zur Untermauerung eigener Positionen war, verwandelte sich die Urkundenkritik vor dem Hintergrund der seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts erhobenen polnischen Gebietsansprüche auch auf Ostpreußen in eine politische Waffe.[560] Die Kriminalisierung des Ordens nahm im Repertoire der polnischen Argumentation von nun an einen wichtigen Rang ein, zumal mit ihrer Hilfe die Legitimität des preußischen Staates insgesamt in Frage gestellt werden konnte. Die in der polnischen Publizistik ohnehin verbreitete Auffassung, Preußen sei ein allein auf Raub, Wortbruch und Hinterlist gegründetes Staatswesen, wurde durch die Fälschungsthese um eine zusätzliche Facette erweitert. Dies wurde schon an dem von der prußischen Urbevölkerung entlehnten Staatsnamen festgemacht. Heute, so schrieb der Publizist Tadeusz Turkowski im ND-Blatt *Gazeta Warszawska* [Warschauer Zeitung], sei weitgehend vergessen, daß mit „Preußen“ ursprünglich nur das eigentliche Ostpreußen gemeint gewesen und dieses nur durch weitere Fälschungen von Dokumenten in den Besitz des Deutschen Reiches gelangt sei.[561] Ebenso wie der andere Kern des späteren preußischen Staates, die Mark Brandenburg, auf slavischem Boden entstanden sei, so sei der Ordensstaat auf dem „Friedhof“ der ausgerotteten Prußen entstanden, die, wie verschiedentlich betont wurde, dadurch nicht nur zu Schicksalsgenossen der slavischen Völker geworden seien, sondern diesen auch ethnisch und sprachlich sehr nahe gestanden hätten.[562] Daß der Deutsche Orden 1308 unter Aus-

gewesen, wie man ihn bisher zu schildern beliebte, dann hat wohl auch er hochfliegende Pläne und Absichten gehegt, die nur deshalb fehlschlugen, weil er auf die selbstlose Hingabe eines katholischen Ordens rechnete, während die Kreuzritter unter dem Ordensmantel nur selbstsüchtige Ziele verfolgten (...) und in der Wahl der Mittel sich nicht um Moral und Sitte kümmerten.“ (S. 3). – Vgl. hierzu auch KĘTRZYŃSKI, O ludności polskiej, S. 52f.; TADEUSZ TURKOWSKI: *Prusy Wschodnie i Zachodnie* [Ost- und Westpreußen], in: „Gazeta Warszawska“ 1915, Nr. 51, 52, 53, 54 u. 55, hier Nr. 51 (keine Seitenzählung); einen knappen Überblick über die zwischen deutscher und polnischer Historiographie geführte Fälschungsdiskussion geben auf polnischer Seite POWIERSKI, S. 359ff.; BISKUP, S. 346f.; von deutscher Seite grundlegend PERLBACH, der die Echtheit zumindest des Kruschwitzer Vertrages übrigens gleichfalls anzweifelt (S. 86); vgl. auch BOOCKMANN, S. 49f. – Der Echtheitscharakter der besagten Urkunden ist z.T. bis heute umstritten.

559 KĘTRZYŃSKI, Der deutsche Orden, S. 186.

560 BOOCKMANN, S. 50.

561 TURKOWSKI, *Prusy Wschodnie i Zachodnie* (wie Anm. 558), Nr. 51.

562 Vgl. hierzu KĘTRZYŃSKI, Der deutsche Orden, S. 3: „Die Eroberung Preußens durch den deutschen Orden brachte der ursprünglichen Bevölkerung nur Knechtschaft und Vernichtung; seit Jahrhunderten ist die preußische Sprache ausgestorben, das Preußenvolk verdorben und verschollen.“ – Vgl. auch JULIAN MAKOWSKI: *Bałtyk i sprawa polska* [Die Ostsee und die polnische Frage], in: „Przegląd Narodowy“ 1908, Nr. 5, S. 619f., der ausführt, die Danziger Bucht habe als deutsches Sprungbrett zur Eroberung auch der weiter nordöstlich gelegenen Ostseeländer gedient, und in diesem Zusammenhang die Kolonisierungs-

nutzung interner Auseinandersetzungen zwischen Władysław Łokietek und einem lokalen Fürstengeschlecht auch Pommerellen an sich riß, mußte wie eine notwendige Konsequenz dieser verhängnisvollen Entwicklung erscheinen. Die erheblichen Ausschreitungen, zu denen es nach der Belagerung und anschließenden Eroberung der Stadt Danzig im November 1308 gegen die (damals freilich schon überwiegend deutschsprachige) Stadtbevölkerung und die pommerellische Ritterschaft kam, galten der polnischen Publizistik einmal mehr als schlagender Beweis für die Brutalität und Machtgier der Ordensritter.[563]

Erst die mit der Thronbesteigung des zum Christentum übergetretenen und mit der polnischen Königstochter Jadwiga vermählten litauischen Großfürsten Jogaila (als König von Polen: Władysław II. Jagiełło) 1386 verwirklichte polnisch-litauische Union brachte neue Bewegung. Während zwischen Polen und dem Orden seit 1343 ein labiler Frieden herrschte, war Litauen vor und auch noch nach 1386 immer wieder in kriegerische Auseinandersetzungen mit den Deutschordensrittern verwickelt, in die Polen nun erneut hineingezogen wurde. Ein 1404 unter Vermittlung des Papstes zustandegekommenes Friedensabkommen brach fünf Jahre später wieder zusammen, als Ordenshochmeister Ulrich von Jungingen eine von Polen beanspruchte Burg besetzen ließ. Die daraufhin dem Orden von einem zahlenmäßig überlegenen polnisch-litauischen Gemeinschaftsheer am 15. Juli 1410 bei Grunwald (Tannenberg) beigebrachte vernichtende Niederlage, die unter anderem den Hochmeister das Leben kostete, hat sich wie kaum ein anderes Ereignis in das historische Gedächtnis der Polen eingegraben. Der Triumph von 1410 galt gleichsam als Beleg dafür, daß der deutsche „Drang nach Osten“ mit vereinten Kräften sehr wohl aufgehalten werden konnte und daß – bezogen auf Pommerellen – territoriale Verluste reversibel waren. Vor dem Hintergrund der Teilungen wurde die Grunwald-Schlacht so nicht nur zum Symbol einer glorreichen Vergangenheit, sondern verkörperte zugleich auch eine politische Tradition, an die es in Zukunft wieder anzuknüpfen gelte. Eine erfolgreiche Weiterführung der eigentlich „piastischen“ Politik der Grenzsicherung gegen die deutsche Expansion wurde damit auch dem ersten Jagiellonenkönig bescheinigt – „piastische“ und „jagiellonische“ Staatsidee flossen insofern ineinander.

Entsprechend hat die Grunwald-Schlacht in der polnischen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts einen breiten Niederschlag gefunden.[564] Szajnocha etwa urteilte im Blick auf die territorialen Konsequenzen:

> „44 Jahre nach dem großen Tag von Grunwald schüttelte der schönste Teil des preußischen Staates, das altpolnische Pommerellen *(staropolskie Pomorze)*, das Joch der Kreuzritter ab

---

und Assimilierungsbestrebungen baltischer Barone gegenüber den autochthonen slavischen Ostseevölkern brandmarkt, darunter also kurzerhand auch die baltischen Völker subsumiert.

563 ASKENAZY, Dantzig, S. 8f., spricht in diesem Zusammenhang von einem regelrechten Massaker und beziffert die Zahl der Opfer auf rund 10.000; ebenso liest es sich in Gdańsk and East Prussia, S. 13. – Vgl. ausführlich hierzu KUJOT, insb. S. 70ff.

564 Z.B. SZAJNOCHA, Jadwiga i Jagiełło, Bd. 3/4, S. 419ff.; DERS., O królach, S. 221ff.; vgl. auch die kleine Monographie von GÓRSKI.

und schloß sich Polen an. (...) Der Rest der Ordensländer huldigte seinerzeit der polnischen Krone. Dank des Sieges von Grunwald entfiel für einige Jahrhunderte die Gefahr eines großen teutonischen Staates an der Ostsee. Das gesamte Ostseeslaventum atmete die Luft der Freiheit. Der Tag der ‚großen Schlacht' wurde in die Reihe der nationalen Feiertage aufgenommen."[565]

Das Begehen eben dieses „nationalen Feiertages" und anderer großer historischer Ereignisse wie etwa die Verkündung der Verfassung des Dritten Mai entfalteten gerade in der Zeit der Staatenlosigkeit eine große, die Grenzen der Teilgebiete überschreitende Wirkung. Insbesondere gilt dies für die im Juli 1910 mit großem Aufwand in der alten Königsstadt Krakau abgehaltene 500-Jahr-Feier der Grunwald-Schlacht, die in der polnischen Presse aller drei Teilgebiete ein breites Echo fand[566] und auch in anderen Teilen Polens von diversen Veranstaltungen und patriotischen Ausstellungen begleitet war.[567] Auf einer bereits am 29. Juni 1910 in Lemberg abgehaltenen Grunwald-Feier war als Hauptredner Oswald Balzer aufgetreten, dessen Worte in einem bereits stark mit antideutschen Emotionen aufgeladenen und von der Erwartung eines baldigen europäischen Krieges geprägten politischen Klima viel Beachtung fanden und es daher wert sind, hier in Auszügen zitiert zu werden. Schon einleitend machte Balzer unmißverständlich deutlich, daß es sich bei Grunwald nicht um irgendeine Schlacht handelte:

„Bei Grunwald standen sich nicht nur zwei Armeen gegenüber, maßen sich nicht nur zwei Staaten miteinander; hier blickten zwei Welten einander ins Auge, hier trafen zwei Kulturen aufeinander, zwei politische und ethische Ideen, zwei unterschiedliche kollektive Seelen (...)."[568]

---

565 SZAJNOCHA, Jadwiga i Jagiełło, Bd. 3/4, S. 472.

566 Siehe hierzu u.a. *Grunwald*, in: „Przegląd Narodowy" 1910, Nr. 7, S. 1; ANTONI SADZEWICZ: *Przegląd spraw polskich (Momenty polityczne w uroczystościach grunwaldzkich)* [Übersicht über die polnischen Fragen – Politische Momente während der Grunwaldfeierlichkeiten], in: „Przegląd Narodowy" 1910, Nr. 7, S. 105ff., der insbesondere die Sympathiekundgebungen anwesender Franzosen und Russen betont; STANISŁAW BEŁZA: *15 lipca* [Der 15. Juli], in: „Ziarno" 1910, Nr. 29. Auch die übrigen Artikel dieser Ausgabe sind ausschließlich den Ereignissen von 1410 gewidmet. Illustriert ist das Blatt bezeichnenderweise mit Fragmenten aus Jan Matejkos historischem Monumentalgemälde *Bitwa pod Grunwaldem* [„Die Schlacht bei Tannenberg"]. – Vgl. auch *Na uroczystości grunwaldzkiej* [Auf der Grunwaldfeier], in: „Świat Słowiański" 1910, Nr. 67, S. 1f. – Der Musiker Feliks Nowowiejski komponierte aus diesem Anlaß eigens eine „Grunwald-Hymne" *(Hymn grunwaldzki)*; hierzu BACULEWSKI, S. 160-172.

567 Vgl. z.B. STANISŁAW ELJASZ RADZIKOWSKI: *Wystawa starożytności imienia Władysława Jagiełły* [Die Władysław-Jagiełło-Antiquitätenausstellung], in: „Przegląd Narodowy" 1908, Nr. 8, S. 206ff. – Die von dem Autor gewürdigte Ausstellung im Gebäude der Warschauer „Gesellschaft der Schönen Künste" *(Towarzystwo Sztuk Pięknych)* zeigte u.a. die jagiellonischen Kroninsignien und Teile der (angeblichen) Rüstung des gefallenen Hochmeisters Ulrich v. Jungingen.

568 OSWALD BALZER: *W rocznicę Grunwaldzką. Przemówienie na uroczystym obchodzie pięćsetnej rocznicy zwycięstwa Grunwaldzkiego, urządzonym przez miasto Lwów dnia 29 czerwca 1910* [Am Jahrestag von Tannenberg. Rede zur Feier des 500. Jahrestages von

Auf der einen Seite die polnische Nation, die sich stets darum bemüht habe, einen großen und starken politischen Organismus aufzubauen, dies aber auf ihrem eigenen Boden; auf der anderen Seite die durch die Kreuzritter vertretene deutsche Nation, die, wie Balzer unter Verwendung der üblichen Klischees weiter ausführte, unter der ewigen Losung des Kampfes gegen das Slaventum und des Raubes slavischen Landes ihre Macht in einem triumphalen Siegeszug von Elbe und Saale bis zu den Grenzmarken Böhmens und Polens hin ausgedehnt habe.[569] Dem sei erst 1410 für lange Zeit ein Riegel vorgeschoben worden:

> „Grunwald war nicht der erste Sieg polnischer bzw. slavischer Waffen über den deutschen Feind: Einige glänzende militärische Triumphe über ihn feierten die slavischen Polaben, Chrobry und Krzywousty kämpften mit Erfolg gegen ihn, Łokietek schlug die Kreuzritter bei Płowce. Aber nach jedem dieser Erfolge nahmen die Deutschen ihren räuberischen Kampf wieder auf und setzten ihren Drang in slavisches Land fort. Erst jetzt (...) erklang zum ersten Mal und für lange Zeit die entschiedene und wirkungsvolle Losung: ‚Bis hierher und nicht weiter!'"[570]

Die militärischen Ereignisse von 1410, so Balzer weiter, hätten allerdings nur den Auftakt gebildet. Die folgende freiwillige Unterwerfung der preußischen Städte und Stände unter die polnische Krone sei erst der eigentliche „Triumph der Gerechtigkeit", „das zweite, moralische Grunwald" gewesen.[571] Die gegenwärtige Bedeutung der Schlacht umschrieb Balzer abschließend so:

> „Und so ist Grunwald für uns heute nicht nur die Erinnerung an einen Triumph; es ist noch nach dem heutigen Tage und wird für Jahrhunderte sein ein realer Wert, ein Ereignis, dank dessen ein starkes, unerschütterliches und unsterbliches Fundament des Polentums entstehen konnte. Dieses Fundament – das ist unsere Waffe, die einzige, die uns geblieben ist."[572]

Für die folgenden Jahrhunderte der direkten Zugehörigkeit Pommerellens und des Ermlandes zu Polen bzw. der Lehnsuntertänigkeit des übrigen Preußen (bis 1657) bemühte sich die polnische Geschichtsschreibung erwartungsgemäß, die engen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bindungen dieser Gebiete an das übrige Polen aufzuzeigen. Ein Schwerpunkt lag hierbei auf der von Masowien ausgehenden polnischen Kolonisierung und Besiedlung des unwegsamen südlichen Teils des Ordenslandes. Noch in seinem kleinen Frühwerk „Über die Masuren" (1872) hatte Kętrzyński eben diese Kolonisation allerdings als „Hypothese, die jeder Grundlage entbehrt" bezeichnet und die Masuren als die wahren Ureinwohner des Landes dargestellt.[573] Später rückte er von dieser pauschalen Behauptung ab, betonte im Widerspruch zur deut-

---

Tannenberg, veranstaltet durch die Stadt Lemberg am 29. Juni 1910], in: DERS., Przygodne słowa, S. 211-224, hier S. 212; vgl. auch WOJCIECHOWSKI, S. 429f.

569 BALZER, Przygodne słowa, S. 212f.

570 Ebenda, S. 220.

571 Ebenda, S. 216, 218.

572 Ebenda, S. 223.

573 KĘTRZYŃSKI, O Mazurach, S. 3f.

schen Geschichtsschreibung aber weiterhin den Beginn der polnischen Besiedlung Südostpreußens schon weit vor 1500.[574] Zugleich wurde ein deutlicher Gegensatz zwischen dieser polnischen Siedlungsbewegung und der als räuberisch verurteilten deutschen Ostkolonisation konstruiert. Während die Deutschen, wie Szelągowski in Anspielung auf einen populären Romantitel von Sienkiewicz feststellte, die Prußen „mit Feuer und Schwert“ *(ogniem i mieczem)* zum Christentum bekehrt und schließlich ihrer Identität beraubt hätten, sei die Neigung der Polen zu Eroberung und Kolonisierung von Land grundsätzlich geringer. Die Polen hätten in der Vergangenheit vielmehr allein durch die Vermittlung ihrer höheren Kultur fremde Völkerschaften um sich geschart und sie so polonisiert. Dies gelte besonders für die mit den Litauern stammverwandten Prußen. Deren Sprache und deren überlieferte Siedlungsnamen, so Szelągowski weiter, seien von den Polen in Ehren gehalten worden, Neusiedler und Urbevölkerung bis zum 14. Jahrhundert schließlich friedlich miteinander verschmolzen.[575] Szelągowski wies den Polen also selbst die Rolle von „Kulturträgern“ zu und tat damit genau das, was den Deutschen in der polnischen Publizistik als unerträgliche Anmaßung angekreidet wurde. Tatsächlich stellte die gewaltsame Eroberung Preußens im Rahmen der deutschen Ostkolonisaton eher einen Sonderfall dar. Die Darstellung einer sich schrittweise vollziehenden friedlichen kulturellen Durchdringung könnte demgegenüber genauso auf die deutsche Besiedlung Niederschlesiens oder Hinterpommerns angewendet werden.

Wurden die Fortschritte der polnischen Siedlungsbewegung in Ostpreußen also mit viel Lob bedacht, so wurde den polnischen Königen in ihrer Politik gegenüber Preußen eine weniger glückliche Hand bescheinigt. Kętrzyński, der in diesem Zusammenhang schon die kritische Frage gestellt hatte, wieso Jagiełło den Deutschen Orden nach seinem Sieg nicht gleich ganz vernichtet und ihm stattdessen einen vergleichsweise maßvollen Frieden gewährt habe, hielt König Zygmunt I. vor, die Säkularisierung Preußens im Jahre 1525 nicht zu dessen direktem Anschluß an Polen genutzt und es statt dessen den Hohenzollern überlassen zu haben. „Diese Unterlassungssünden ihrer Könige“, so schloß Kętrzyński, hätten „sich bitter an den Polen gerächt“.[576] Und Szelągowski formulierte bildhaft:

> „Der Keil, den sich Polen durch Schaffung des polnischen Lehens Preußen ins eigene Fleisch getrieben hatte, mußte sich nach Übertragung dieses Lehens an das kurfürstliche

---

574 KĘTRZYŃSKI, O ludności polskiej, S. 25ff., 31. – Wie bereits am Beispiel des Kulmerlandes angesprochen, verfocht Kętrzyński die These einer bereits vor Ankunft der Ordensritter einsetzenden polnischen bzw. pommerellischen Siedlungsbewegung in Preußen. – Vgl. auch G[RZEGORZ] SMÓLSKI: *Z wycieczki na Mazowsze pruskie* [Aus den Ferien in Preußisch Masowien], in: „Wisła“ 1900, H. 2, S. 117ff., der unter Berufung auf deutsche Quellen ausführt, die Bevölkerung Masurens sei schon um 1450 geschlossen polnisch gewesen. So wie die polnischen Kernlande im Mittelalter lateinisch als *Polonia prima* und Schlesien als *Polonia secunda* bezeichnet worden seien, so könnte Preußen demnach auch *Polonia tertia* genannt werden (S. 120).

575 SZELĄGOWSKI, Wzrost państwa polskiego, S. 90.

576 KĘTRZYŃSKI, Der deutsche Orden, S. 188.

Haus in eine Zange umwandeln, welche die Kehle des polnischen Adlers, die Mündung der Weichsel, zerbeißen sollte."[577]

Im Gegensatz zum übrigen Ostpreußen war das Ermland 1466 der polnischen Krone direkt unterstellt worden, war zu diesem Zeitpunkt allerdings zumindest in seiner nördlichen Hälfte schon überwiegend deutsch besiedelt. In der polnischen Geschichtsschreibung und Publizistik wurde besonders die politische und kulturelle Bedeutung des Ermlandes innerhalb des polnischen Gesamtstaates hervorgehoben, festgemacht an den polnisch-ermländischen Bischöfen Jan Dantyszek (Johannes Dantiscus), Stanisław Hozjusz (Stanislaus Hosius), Marcin Kromer und Ignacy Krasicki, unter denen das Bistum Ermland als Zentrum von Bildung und Wissenschaft und als Wirkungsstätte des großen Astronomen und „polnischen Patrioten" Nicolaus Copernicus weit über Polen hinaus zu Weltbedeutung gelangt sei.[578] Die gleichzeitige Blüte von Handel und Handwerk wurde von Karol Sieniawski auf die Großzügigkeit der polnischen Krone zurückgeführt, die dem Ermland Steuerfreiheit gewährten.[579] Ungeachtet der muttersprachlich überwiegend deutschen Stadtbevölkerung sei die Beherrschung der polnischen Sprache in allen höheren Familien, auch im Norden, unentbehrlich gewesen. Besonders der ermländische Adel habe sich stets stark zu Polen hingezogen gefühlt, und so sei das Polnische nicht nur die Sprache der Bischöfe, sondern auch das höfische Idiom gewesen, „in Heilsberg genauso wie in Warschau".[580]

Diese Zuneigung der Eliten zur polnischen Kultur und Sprache, so wurde betont, habe über das Ermland und sogar über den Zeitraum der Lehnsuntertänigkeit des übrigen Preußen gegenüber der polnischen Krone hinaus gereicht. Kętrzyński stellte hierzu lakonisch fest, ganz Ostpreußen sei im 17. Jahrhundert trotz deutscher Herrschaft wenn nicht rein polnisch, so doch ein überwiegend polnisch geprägtes Land gewesen, in dem auch der deutsche oder eingedeutschte Adel seine Söhne auf polnische Schulen geschickt habe. Einen zusätzlichen schlagenden Beweis für die starke Präsenz einer polnischen Intelligenz auch in Königsberg sah er in der dort zwischen 1718-1720 erschienenen *Poczta Królewiecka* („Königsberger Post"), einer der ältesten polnischen Zeitungen überhaupt. Erst mit dem 1724 von König Friedrich Wilhelm erlassenen Verbot einer weiteren polnischen Ansiedlung in Ostpreußen sei es dem deutschen Element ermöglicht worden, Schritt für Schritt eine Suprematie zu erlangen.[581] Und bezogen auf das Ermland beklagte Sieniawski, die ausgeprägte admi-

577 SZELĄGOWSKI, Der Kampf, S. 291.

578 SIENIAWSKI, S. 223; vgl. J. GIEYSZTOR: *W Warmji* [Im Ermland], in: „Kraj" 1895, Nr. 4, S. 5f.; WARMIAK [d.i. Eugeniusz Buchholz]: *Warmia polska* [Das polnische Ermland], in: „Świat Słowiański" 1912, Nr. 87, S. 165; vgl. auch STANISŁAW BEŁZA: *Rocznice wielkich zmarłych – Mikołaj Kopernik* [Geburtstage großer Toter – Nicolaus Copernicus], in: „Ziarno" 1910, Nr. 8, S. 144ff.

579 SIENIAWSKI, S. 226f.

580 Ebenda, S. 224, 226.

581 KĘTRZYŃSKI, O ludności polskiej, S. 615f.; DERS.: *Mazurzy pruscy i M. Giersz (I.)* [Die preußischen Masuren und M. Giersz, Teil 1], in: „Tygodnik Illustrowany" 1881, Nr. 298, S. 175; vgl. (u.a. unter Berufung auf Kętrzyński) SMÓLSKI, *Z wycieczki* (wie Anm. 574), H. 2, S. 119, H. 4, S. 396f.

nistrative Eigenständigkeit des Bistums habe dafür gesorgt, daß in Bürgertum und Landbevölkerung trotz der Zugehörigkeit zu Polen das polnische Nationalbewußtsein schon vor 1772 allmählich einem ermländisch-katholischen Sonderbewußtsein gewichen sei.[582]

Was das polnische Streben nach einer eigenständigen Überseepolitik betrifft, kam dem 1466 der polnischen Krone unterstellten „Königlich Preußen" (Pommerellen bzw. Westpreußen) mit der Weichselmündung und Danzig eine größere Bedeutung zu als Ostpreußen. Die neuen außenpolitischen Prämissen beschrieb Szelągowski wie folgt:

> „Polen hatte hauptsächlich den oberen und mittleren Lauf der Flüsse in Besitz, die teils ins Schwarze Meer, teils ins Baltische Meer mündeten. Seine ökonomischen und hauptsächlich seine Handelsinteressen erheischten neben politischen Interessen die Besitzergreifung der Mündungen dieser Flüsse und des freien Weges zum Meer. Dem Vorrüc??ken zur Weichselmündung mußte die Besitzergreifung der preußischen Küsten folgen. Dem Vorrücken zum Unterlauf des Njemen und der Düna mußte die Okkupation von Livland folgen. Und seither war die Behauptung dieser Provinzen eine Frage der Seepolitik, eine Frage der Beherrschung der Ostsee."[583]

Die aufstrebende Handelsmetropole Danzig, die schon seit längerem danach getrachtet hatte, die Herrschaft des als lästigen wirtschaftlichen Konkurrenten empfundenen Ordens abzuschütteln, hatte sich 1454 aus freien Stücken unter die Hoheit des polnischen Königs geflüchtet. Die von König Kazimierz Jagiellończyk als Lohn hierfür gewährten üppigen Privilegien machten aus der Stadt de facto aber einen Freistaat, der auch über seine Außenbeziehungen und seine Politik innerhalb des Hansebundes weitgehend selbst entscheiden konnte. Die konsequente Ausnutzung dieser Sonderstellung und die nur an den eigenen Interessen orientierte Handelspolitik, durch die es Danzig in den folgenden zwei Jahrhunderten gelang, nahezu den gesamten polnischen Fernhandel zu monopolisieren und zur „Königin der Ostsee" aufzusteigen, legten den Keim zu einem langwierigen Konflikt zwischen Danzig und der polnischen Krone. Die Versuche insbesondere des letzten Jagiellonenkönigs Zygmunt II. August (1548-1572), die Hoheitsrechte der polnischen Republik zur See geltend zu machen, seien, so führte Szelągowski aus, stets auf den energischen Widerstand Danzigs gestoßen, das im entscheidenden Moment seine „veralteten Privilegien" aus dem Hut gezogen und sein Veto eingelegt habe. Da der polnische König finanziell stets von Danzig abhängig gewesen sei, seien letztlich alle Versuche gescheitert, die überspannten Vorrechte und Ansprüche „der hoffärtigen Kaufmannsrepublik" einzudämmen.[584] In diesem Zusammenhang wurde das Bild einer eigensüchtigen und undankbaren Stadt gezeichnet, deren überwiegend deutschsprachige Bürger ihren märchenhaften Reichtum ausschließlich der Ausbeutung ihres polnischen Hinterlandes und der Ausnutzung der

582 SIENIAWSKI, S. 225.
583 SZELĄGOWSKI, Der Kampf, S. 45f. – Diese Expansion nach Norden und Osten in einer Zeit, da im Westen vorerst Ruhe eingekehrt war, bezeichnet Szelągowski als „jagiellonische Idee", die auch in nachjagiellonischer Zeit weiter verfolgt worden sei (S. 85).
584 Ebenda, S. 62, 67f., 129.

ihnen vom polnischen König gewährten Privilegien verdankten, diesem aber bei jeder sich bietenden Gelegenheit in den Rücken fielen.[585] Dessenungeachtet wurden der energische Widerstand, den die Danziger 1793 der zwangsweisen Eingliederung ihrer Stadt in den preußischen Staat entgegensetzten, und ihre Hoffnungen auf Napoleon, den sie 1807 als „Befreier" vom preußischen Joch gefeiert hätten, als Zeichen dafür gewertet, daß den Danzigern die enormen Vorteile einer festen Verbindung ihrer Stadt mit Polen sehr wohl bewußt geblieben seien.[586] Daß Polen im Kampf um das *Dominium maris baltici*, um die Vorherrschaft über den Ostseeraum letztlich unterlag, lag freilich nicht nur an der fortgesetzten Renitenz der Stadt an der Mottlau. Szelągowski machte das Abrücken von einer aktiven polnischen Ostseepolitik und damit den Verzicht auf das Ziel einer Aufhebung der Sonderstellung Danzigs an der Politik des Königs Zygmunt III. Wasa fest – „ein Umschwung, der nach außen den polnischen Staat zum Bankrott geführt und im Innern jeden politischen Gedanken verdorrt und depraviert hat".[587] Die Niederlagen in den Kriegen gegen Schweden (1621-1629 und 1655-1660) machten die entsprechenden polnischen Bestrebungen endgültig zunichte.[588]

Die historische Erfahrung der Niederlage im „Kampf um die Ostsee" und der enorme Wert, der dem Zugang zur Ostsee über die Weichselmündung sowohl unter wirtschaftlichen als auch unter geostrategischen Gesichtspunkten zugemessen wurde, erklären die Vehemenz, mit der die polnische Seite während des Ersten Weltkrieges und anschließend auf der Friedenskonferenz ihre Ansprüche auf Danzig und die kaschubische Küste vortrug. Die Wiedergewinnung eines eigenen Ostseezugangs als Ergebnis des Krieges führte in der polnischen Geschichtswissenschaft und Publizistik der Zwischenkriegszeit zu einer breiten Auseinandersetzung mit dem Meeresthema[589], die an die vorstehend zitierten Arbeiten anknüpfte und von dem deutschen

585 Ebenda, S. 28f., heißt es in Anspielung auf die prächtige alte Architektur der Stadt: „Der Besucher fühlt sich in jene Zeiten versetzt, als noch prunkvolle königliche Züge in den Straßen einherschritten, oder polnische Kommissare inmitten der geheuchelten Ehrerbietung des Bürgermeisters und der Stadträte und dem unwilligen Gemurmel der Volksmassen zum Rathaus fuhren, um die Befehle der Republik zu verkünden, – jene Befehle, die man manchmal mit List, meistens aber mit klingender Münze zu paralysieren verstand ... Eine Stadt, die in die Kehle der Republik Gold goß und sie dadurch lähmte und in Trägheit und Untätigkeit stürzte. Eine Stadt, die sich rühmte, frei zu sein, und doch aus eigenem Antrieb von dem deutschen Orden abfiel und sich der Hoheit der Jagiellonischen Könige unterwarf." – Vgl. auch ASKENAZY, Dantzig, S. 16, 21.

586 ASKENAZY, Dantzig, S. 81ff., 90ff.; vgl. CHRZANOWSKI, Na kaszubskim brzegu, S. 22 (1. Aufl. Poznań 1910; hier zitiert nach der Lemberger bzw. Warschauer Ausgabe von 1920); Gdańsk and East Prussia, S. 17f., wo Beispiele für den auch nach 1793 fortlebenden „polnischen Geist" der Danziger Bürgerschaft aufgezählt werden.

587 SZELĄGOWSKI, Der Kampf, S. 287.

588 Detailliert hierzu SZELĄGOWSKI, O ujście Wisły; eine Übersicht über die Ereignisse aus polnischer Sicht gibt WŁADYSŁAW KONOPCZYŃSKI: *Spór o wrota Morza Bałtyckiego* [Der Streit um das Tor zur Ostsee], in: „Przegląd Narodowy" 1911, Nr. 13, S. 284-317.

589 Vgl. hierzu u.a. NOWACZYŃSKI, S. 40-71. – Der Schriftsteller und Satiriker Adolf Nowaczyński zeichnet hier die Rolle des Zugangs zum Meer im polnischen Bewußtsein nach und

Osteuropa-Historiker Erich Maschke als Beleg dafür gewertet wurde, „daß Polen heute geistig im Ostseeraum zu Hause zu sein" versuche.[590]

6.2. Um die „natürlichen" Grenzen Polens: Die Rolle der „Westgebiete" in der polnischen Geographie

Die Politisierung der Geographie und ihre Instrumentalisierung im Sinne der Rechtfertigung von Gebietsansprüchen bzw. Gebietserwerbungen sind über Polen hinaus als allgemeineuropäisches Zeitphänomen zu verstehen. Besonders in Deutschland spielte die Diskussion um „geopolitische" Zielsetzungen vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges und mehr noch danach eine gewichtige Rolle und kulminierte schließlich in besonders krasser Form in der „Großraumtheorie" der Nationalsozialisten. „Geopolitische" Erwägungen, wie sie sich etwa in deutschen Kriegszielprogrammen während des Ersten Weltkrieges niederschlugen, resultierten nicht zuletzt aus dem im konservativen und nationalen Denken des 19. Jahrhunderts verbreiteten Verständnis des Staates bzw. der Nation als lebendem Organismus. In konsequenter Fortführung dieser Metaphorik wurden die Grenzen zur „Haut" dieses Organismus, die – gleich der Epidermis einer Pflanze oder eines Tieres – ihn vor schädlichen Einflüssen von außen zu schützen hatte.[591] Und um diese Schutzfunktion erfüllen können, konnten die Grenzen nicht irgendwo liegen, vielmehr, so die vielfach strapazierte These, verfügte jede Nation über „natürliche" (also von vornherein determinierte) Grenzen, die ihre spezifische „geographische Individualität" erst begründeten.[592] Diese „natürlichen" Grenzen sollten sich an geologisch markanten Gegebenheiten orientieren, also in erster Linie an Gebirgszügen, Flußläufen und – natürlich – an Küstenlinien. Da solche

---

gibt einen historischen, die polnische Literatur und Dichtung miteinbeziehenden Überblick. Unter Berufung auf das bekannte englische patriotische Lied *Rule Britannia, rule the waves, For Britains never shall be slaves* schreibt er: „Auch wir wollen lernen, über die Wellen zu herrschen. Auch wir wollen sein wie ehedem die Phönizier, die Portugiesen, die Spanier oder die Holländer. Und erst recht ‚wollen wir niemals Sklaven sein'. Einhundertsiebenundvierzig Kilometer Strand sind unser. Und sie sind auch unsere Hinterlassenschaft" (S. 54). Nowaczyńskis Fazit: „Das Meer und den Zugang zum Meer verdanken wir Menschen der Feder" (S. 71).

590 MASCHKE, Die Hanse, S. 22.

591 PRESCOTT, S. 8f.

592 Zum Begriff der „natürlichen" Grenzen grundlegend RATZEL, Politische Geographie, S. 471ff. – Ratzel prägte mit einer 1901 erschienenen kleinen Studie auch als Erster den Begriff vom „Lebensraum" (RATZEL, Der Lebensraum). Vielfach wieder aufgegriffen wurde diese Terminologie später bei Karl Haushofer, der als Mitbegründer und Herausgeber der „Zeitschrift für Geopolitik" (ab 1924) zunächst enger Sympathisant und Stichwortgeber der Nationalsozialisten war, später jedoch zum Nazi-Regime in Opposition geriet und nach dem 20. Juli 1944 verhaftet wurde; 1946 beging er Selbstmord. – Eine knappe Übersicht über die zur Jahrhundertwende in Deutschland geführte geopolitische Diskussion, in deren Verlauf der Terminus „Mitteleuropa" mehr und mehr zum politischen Kampfbegriff wurde, gibt SCHULTZ, S. 50ff.

„natürlichen“ Grenzen der von ihnen umschlossenen Bevölkerung Schutz gewähren sollten, kam bei ihrer Bemessung in erster Linie der Gesichtspunkt der Verteidigungsfähigkeit ins Spiel. Der prominente Leipziger Geograph Friedrich Ratzel sah die politische Balance zwischen zwei Ländern vor allem von den Charakteristika der zwischen ihnen gezogenen Grenze abhängen und unterschied in diesem Zusammenhang zwischen „guten“ und „schlechten“ Grenzen – je größer ein Staat, um so wesentlicher auch die Güte seiner Grenzen.[593] Starke Staaten waren für Ratzel solche, die über enge und möglichst gradlinige Verbindungen zwischen ihrem Zentrum und ihren Grenzen verfügten. Jede Beeinträchtigung dieser Verbindungen würde den Staat hingegen schwächen und letztlich zum Verlust der Grenzgebiete durch separatistische Bestrebungen oder Annexion durch Nachbarländer führen[594] – ein Gedanke, der in der polnischen Geographie vor dem Hintergrund der Teilungserfahrung natürlich auf einiges Interesse stieß. In der historischen Entwicklung von Grenzen erkannte Ratzel eine gesetzmäßige Dynamik, nämlich das „Streben nach Vereinfachung (...), und diese Vereinfachung schließt die Verkürzung in sich“.[595] Durch Begradigung und Arrondierung der Grenzen sollte die Geschlossenheit eines Territoriums nach außen und damit letztlich auch seine Verteidigungsfähigkeit erhöht werden. Das Postulat „natürlicher“ Grenzen konnte, wo es die rein akademische Ebene verließ und in die Sphäre der Politik geriet, leicht zum kategorischen Imperativ werden – wenn es „natürliche“ Grenzen gab, war es nur ebenso „natürlich“, diese mit allen Mitteln und ohne Rücksicht auf andere Faktoren anzustreben bzw. zu verteidigen. Gerade die polnische Geographie der Jahrhundertwende konnte, da sie unter den Bedingungen der Staatenlosigkeit auf politische Realitäten keine Rücksicht zu nehmen brauchte, munter drauflos spekulieren; unter Beimischung historischer Argumente entwarf sie teilweise Territorialvisionen, die über den Bereich polnisch besiedelter Gebiete weit hinausgriffen. Für die Verfechter des Westgedankens entwickelte sich die Geographie neben der Geschichte und der Ethnographie zum dritten wichtigen Standbein ihrer Argumentation.

Bei der Suche nach den „natürlichen“ Grenzen Polens wurde den großen ostmitteleuropäischen Flußläufen besondere Bedeutung zugemessen. Die These, daß die großen Flüsse das polnische Territorium „von Meer zu Meer“ miteinander verbinden, wurde weitgehend zum Gemeingut der polnischen Geographie. Schon 1868 hatte Lucjan Tatomir als „durch die Natur vorgegebene Grenzen Polens“ im Norden den

---

593 RATZEL, Politische Geographie, S. 492ff. – Diese „Güte“ von Grenzen machte Ratzel von einer Reihe von Faktoren abhängig, darunter auch solchen, die in der polnischen Geographie dankbar aufgegriffen wurden: „Die Grenze soll soviel als der Staat ertragen kann, Küstenstriche, Gebirge und Flußmündungen umfassen und jedenfalls soll dieselbe die Mündung der größeren Ströme mit einschließen, welche durch das betreffende Land ihren Weg nehmen“ (S. 494).

594 PRESCOTT, S. 9.

595 RATZEL, Politische Geographie, S. 466; vgl. auch S. 502f. „In allen räumlichen Veränderungen der Staaten liegt immer die Vergrößerung oder Abkürzung der Grenzen. Es ist notwendig, jede Gebietsveränderung darauf zu prüfen. Wenn Grenzverbesserung angestrebt wird, ist es oft nichts als Grenzabkürzung; und Eroberungskriege werden unternommen, um durch Gebietszuwachs die Grenze abzukürzen.“

Lauf der Düna und von da an die Ostseeküste bis zur Odermündung (!), im Westen die Oder und einige der Gewässer „zwischen den Einzugsgebieten von Ost- und Nordsee“ (konkreter wird Tatomir nicht), im Süden die Karpaten, den Unterlauf des Dniestr und die Schwarzmeerküste bis zur Mündung des Dnjepr, im Osten schließlich den Dniepr und einige der Gewässer zwischen den Einzugsgebieten von Schwarzem, Kaspischem und Asowschem Meer beschrieben.[596] Die das so bemessene Territorium durchziehenden bzw. begrenzenden Flußläufe unterteilte Tatomir in der Ostsee (Düna, Memel, Weichsel, Oder) und dem Schwarzen Meer zufließende Ströme (Dniestr, südlicher Bug, Dniepr), hob aber zugleich die Bedeutung der Weichsel als der „Hauptarterie“ der polnischen Gebiete und als dem das Einzugsgebiet der Ostsee insgesamt beherrschenden Strom hervor.[597] Unter ausdrücklicher Berufung auf Tatomir beschrieb etwas später auch Józef Chociszewski die Odermündung als die „natürliche“ nordwestliche Begrenzung des polnischen Territoriums.[598] Die – um es zusammenzufassen – vermeintlich „natürliche“ Begrenzung Polens durch Sudeten und Karpaten im Süden und die Ostseeküste zwischen Oder- und Dünamündung im Norden wurde von nun an zu einem beliebten und häufig aufgegriffenen Motiv[599], während die Bestimmung solcher Begrenzungen im Westen und im Osten erheblich größere Probleme bereitete und von den polnischen Geographen in der Folgezeit unterschiedlich gelöst wurde.[600]

Die polnische Geographie des Jahrhundertbeginns war ganz geprägt vom Widerstreit zweier großer Gelehrter und ihrer Schulen – Wacław Nałkowski (1851-1911)[601] und Eugeniusz Romer (1871-1954)[602]. Ihr Streit entzündete sich an Grundsätzlichem. Während Nałkowski in seinen Arbeiten den „Übergangscharakter“ *(przejściowość)* Polens zwischen West- und Osteuropa nicht allein in geographischer, sondern auch in

---

596 TATOMIR, S. 3f.
597 Ebenda, S. 29, 31.
598 CHOCISZEWSKI, Małowiczny opis, S. 14.
599 So z.B. bei KULWIEĆ, S. 7.
600 So beklagte etwa TYMIENIECKI, S. 5f., das Fehlen solcher „natürlichen“ Grenzen in Ost und West, was Polen z.B. von England, Spanien oder Italien mit ihren geschlossenen Territorien unterscheide, und führte es nicht zuletzt auf diesen mißlichen Umstand zurück, daß im Laufe der historischen Entwicklung die Grenzen des polnischen Staates immer weniger mit den physischen und moralischen Kräften der polnischen Nation in Einklang gestanden hätten.
601 PSB, Bd. 22, S. 500ff.; siehe auch JÓZEF BABICZ: Wacław Nałkowski, in: Dziewięć wieków geografii polskiej, S. 269-295. – Nałkowski, im Lubliner Land geboren, hatte Anfang der 70er Jahre in Krakau und St. Petersburg studiert; anschließend verdingte er sich als Privatgelehrter in Warschau, wo er zeitweilig auch zum Mitarbeiterkreis von Popławskis *Głos* gehörte.
602 PSB, Bd. 31, S. 636ff.; siehe auch die Biographie von MAZURKIEWICZ-HERZOWA; des weiteren AUGUST ZIERHOFFER: Eugeniusz Romer, in: Dziewięć wieków geografii polskiej, S. 297-359. – Romer wirkte nach seinem Studium in Krakau und Halle in seiner Heimatstadt Lemberg zunächst als Privatdozent, ab 1908 dann als ordentlicher Professor für Geographie.

klimatischer, ethnographischer und ökonomischer Hinsicht betonte[603], sprach Romer seinem Land in erster Linie eine „Brückenfunktion“ *(pomostowość)* Polens zwischen Ostsee und Schwarzem Meer zu.[604] Die Auseinandersetzung in dieser Frage wurde mit harten Bandagen geführt. Nałkowski richtete an Romer den Vorwurf, zu sehr auf die territoriale Ausrichtung des späten, „litauisch-ruthenischen“ Polen abzustellen statt auf diejenige des Piastenstaates, den er selbst als das „wahre Polen“ *(Polska właściwa)* bezeichnete.[605] Romer revanchierte sich, indem er seinem – inzwischen verstorbenen – Kontrahenten vorhielt, mit seiner Übergangsthese Polen als ein janusköpfiges Land zwischen West und Ost, „zwischen rechts und links“ dargestellt und dessen historischen Niedergang in fatalistischer Weise auf seine geographisch ungünstige Lage geschoben zu haben.[606] Dem hielt Romer entgegen, es sei kein Zufall, daß die Flüsse Polens meistens nur untereinander und mit dem Westen verbunden seien – Polen sei mithin ein westeuropäisches Land, was nicht nur am Netz seiner Wasserwege, sondern auch an seinen politisch-historischen Entwicklungslinien deutlich werde.[607] So gesehen wurde nicht nur in der polnischen Geschichtswissenschaft, sondern auch in der Geographie einem „pessimistischen“, von Nałkowski geprägten Ansatz eine „optimistische“, von Romer vertretene Richtung entgegengesetzt, die sich weigerte, den Niedergang Polens deterministisch zu begreifen.[608]

Für diesen Niedergang machte Nałkowski in erster Linie das durch den Übergangscharakter Polens begründete Fehlen strategischer Grenzen verantwortlich. So hätten im Westen die „deutschen ethnischen Wellen“ entlang der oberen Oder, der Netze und der Ostsee vordringen und das ethnisch polnische Gebiet auf diese Weise „zerfetzen“ können[609]; im Ergebnis seien mit der Eroberung Schlesiens und Pommerns durch die Deutschen „zwei Hörner“ in das polnische Territorium hineingetrieben worden.[610] Auf diese Weise nach Osten abgedrängt, sei Polen in eine verhängnisvolle Zwitterstellung zwischen dem westlich-katholischen und dem östlichen, „tatarisch-moskowitischen“ Kulturkreis hineingeraten[611] und habe so seine historische Mission als „Vorposten Roms“ gegen den Osten nicht mehr erfüllen können.[612] Das heutige ethnographisch polnische Territorium, so Nałkowski weiter, sei extrem ungünstig, da die Polen im Süden von den Karpaten, im Westen und Osten von der deutschen bzw. der ruthenischen und litauischen Nationalität eingezwängt seien und im Norden die Ostsee nur noch über die gleichfalls akut bedrohte Kaschubei erreichten.[613] Um dieser mißlichen Lage zu entgehen, spekulierte

[603] NAŁKOWSKI, Terytorjum, S. 9, 22ff. – Die „Übergangsthese“ wird ebenso vertreten bei BUKOWIECKA, S. 20.
[604] ROMER, Przyrodzone podstawy, S. 46f.; vgl. hierzu PISKOZUB, Dziedzictwo, S. 12. – Die „Brückenthese“ wird ebenso vertreten bei J. SMOLEŃSKI, S. 1.
[605] NAŁKOWSKI, Terytorjum, S. 29f.
[606] ROMER, Warunki geograficzne, S. 26f.
[607] Ebenda, S. 32f.
[608] WAPIŃSKI, Polska i małe ojczyzny Polaków, S. 194.
[609] NAŁKOWSKI, Terytorjum, S. 22.
[610] DERS., Materjały, S. 47.
[611] DERS., Terytorjum, S. 34.
[612] DERS., Materjały, S. 48.

ten.[613] Um dieser mißlichen Lage zu entgehen, spekulierte Nałkowski – ganz im Sinne Ratzels – über eine drastische Verkürzung der polnischen Westgrenze durch deren Verlegung bis an Oder und Lausitzer Neiße:

> „Die Süd- und die Nordgrenze sind, wie wir gesehen haben, eng durch die Natur vorgegeben, bestimmt durch Berge und Meere. Aber der Osten und der Westen stellen als Richtungen des Übergangs und als Richtungen der „Ausdehnung" eine Schwierigkeit für die Ausrichtung der Grenzen dar. Wir wollen versuchen, sie durch eine Annäherung an die geographischen Grenzen im Sinne einer maximalen Ausdehnung zu bestimmen. Im Westen ist es für eine solche Grenze am geeignetsten, die größte Verengung der Ebene zwischen dem nördlichsten Berggipfel Böhmens, also der nordwestlichen Ecke der Sudeten, und dem nördlichsten Winkel der Pommerschen Bucht, wo die Oder mündet, auszuwählen. Entlang der Linie dieser Verengung liegen die Flüsse Neiße und Oder, hier schließt sich das Tor."[614]

Eine solche Westgrenze sei aber nicht einfach nur kürzeste, sondern mit ihren sumpfigen Ufern auch von großer strategischer Bedeutung als Verteidigungslinie. Den Charakter der unteren Oder als „natürliche Grenze" Polens machte Nałkowski auch daran fest, daß sie alle ihre Zuflüsse von östlicher, also polnischer Seite her aufnehme.[615] Zudem seien die entlang dieser Linie gelegenen städtischen Zentren wie etwa Frankfurt für Polen von erstrangiger Bedeutung.[616]

Damit war die Idee einer polnischen Westgrenze an Oder und Neiße, wie sie einige Jahrzehnte später tatsächlich Realität wurde, erstmals *expressis verbis* formuliert worden. Eingedenk der großen ethnischen Buntscheckigkeit des so skizzierten Territoriums war Nałkowski, der den Ausbruch des Ersten Weltkrieges nicht mehr erlebte, selbst aber weit davon entfernt, es zum Gegenstand konkreter Gebietsforderungen für den Fall einer Wiedergründung des polnischen Staates zu machen. Dieser werde sich territorial vielmehr an der Rolle orientieren müssen, die Polen im künftigen Europa spielen wolle.[617] Nałkowski gab in diesem Zusammenhang unumwunden zu, daß das ethnographisch polnische Territorium die Oder derzeit nur an ihrem Oberlauf, also in Oberschlesien berühre.[618] Angesichts des Fehlens strategischer Grenzen forderte er seine Landsleute dazu auf, die ethnographischen Grenzen des Polentums mit intensiver kultureller Volkstumsarbeit zu sichern – je stärker diese betrieben würde, um so mehr würden die Polen die ethnographischen Grenzen auch vor sich her schieben können.[619] Wenn Nałkowski selbst also auch keine konkreten politischen Forderungen aus seiner Territorialvision ableitete, so nimmt es doch nicht wunder, daß seine

---

613 Ebenda, S. 134.
614 NAŁKOWSKI, Terytorjum, S. 32f.; vgl. DERS., Materjały, S. 30.
615 DERS., Materjały, S. 31. – Nałkowski beruft sich in diesem Zusammenhang auch auf Kaiser Friedrich Barbarossa, der die Oder bereits als „Verteidigungsmauer" Polens bezeichnet habe *(Poloniam sicut murus ambiit)*.
616 DERS., Terytorjum, S. 33.
617 WAPIŃSKI, Polska i małe ojczyzny Polaków, S. 197.
618 NAŁKOWSKI, Materjały, S. 134.
619 DERS., Terytorjum, S. 24.

Gedanken später vielfach wieder aufgegriffen und zur Rechtfertigung extremer Gebietsansprüche gegen Deutschland herangezogen wurden.

Ungeachtet der unterschiedlichen Charakterisierung des polnischen Territoriums legte auch Romer bei seiner Bemessung der „natürlichen“ Grenzen Polens großes Gewicht auf die Flußläufe und ihre strategische Funktion. „Ein Staat als zum Leben und zur Verteidigung des Lebens fähiger Organismus“, schrieb er, „muß nicht nur über ein Minimum an Territorium verfügen, sondern auch über ein Minimum an zur Verteidigung qualifizierten Grenzen.“[620] Innerhalb solcher Grenzen, so Romers Grundthese, habe Polen klimatisch, landschaftlich und ethnisch stets eine integrale Einheit gebildet.[621] Diese „natürliche“ Einheit erkannte er in dem Flüssedreieck von Weichsel, Memel und Oder, auf die alle die Ostsee mit dem Schwarzen Meer verbindenden natürlichen Wege zentripetal zuführten.[622] Wenn Romer auch nicht müde wurde, die geographische Zugehörigkeit Polens zu „Westeuropa“ zu betonen, so sah er in der historischen Ostexpansion gleichwohl eine den Polen von der Natur vorgegebene Tendenz. Die östlichen Zuflüsse der Weichsel belegten die vollständige und „organische“ geographische Verbindung Litauens und Rotrußlands mit Polen.[623] Das bedeutete aber nicht, daß Romer die polnische Westgrenze, wie sie zum Zeitpunkt der Ersten Teilung bestand, akzeptiert hätte – ganz im Gegenteil. Auch in Romers Territorialkonzept nahm die Oder eine wichtige Rolle ein. Seine Argumentation deckte sich in dieser Hinsicht fast wörtlich mit derjenigen Nałkowskis, wenn er schrieb, die Oder nehme ihre wichtigsten Zuflüsse alle von rechts, also von Osten auf und habe damit den Charakter einer für Polen unentbehrlichen Verteidigungslinie in Richtung Westen.[624] Besonders in dem Gebiet um den Oberlauf der Oder – also in Schlesien – sah er die „kommunikative Verbindung“ zwischen der mährischen Pforte und dem polnischen Kerngebiet. Schlesiens große Bedeutung innerhalb des polnischen Territoriums wurde von Romer damit begründet, daß es geographisch ganz auf das polnische Zentrum ausgerichtet sei und diesem zudem den Weg zu den Alpen sowie zum Unterlauf der Oder eröffne.[625] Die geographische und historische Bedeutung der Oder für Polen faßte er so zusammen:

> „Alle Flüsse von der Memel bis zum Rhein (...) bilden ein nach einem einheitlichen Plan gestaltetes Netz, denn sie nehmen ihre wichtigsten Zuflüsse alle von rechts auf. Diese Eigenschaft charakterisiert die Oder jedoch auf ungewöhnliche Weise: Von der Einmündung der Lausitzer Neiße und der Drehung der Oder an nimmt sie, von einigen unbedeutenden Gewässern abgesehen, keinen Zufluß mehr auf. Somit wies die Oder nie auf eine Expansion nach Westen, vielmehr war sie die große Verteidigungslinie eines Staates, dessen Landesnatur nach Osten drängte.“[626]

---

620 ROMER, Warunki geograficzne, S. 41.
621 Vgl. PIOTROWSKI, Eugeniusza Romera koncepcja, S. 44.
622 ROMER, Przyrodzone podstawy, S. 41.
623 DERS., Warunki geograficzne, S. 34, 41.
624 DERS., Przyrodzone podstawy, S. 42.
625 Ebenda, S. 41f.; DERS., Polska, S. 23.
626 DERS., Geograficzne położenie, S. 7f.

Damit hatten der „Optimist“ Romer und der „Pessimist“ Nałkowski bezüglich der „idealen“ polnischen Westgrenze im Ergebnis ganz ähnliche Vorstellungen entwickelt. Im Gegensatz zu Nałkowski glaubte Romer, der bereits 1912 dafür plädiert hatte, Polen müsse nunmehr auf die ihm „von der Natur vorgegebenen Wege“ zurückkehren[627], auch an die politische Durchsetzbarkeit seines Territorialkonzepts und entfaltete in diesem Sinne nach Kriegsausbruch vielfältige Aktivitäten. Schon im Sommer 1915 zeigte er im Rahmen einer Vortragsreihe in Wien und Zakopane die „natürlichen Wege der Entwicklung der polnischen Geschichte“ auf und übte dabei scharfe Kritik an der in Deutschland populären „Mitteleuropa-Idee“, die lediglich der Verschleierung des deutschen „Drangs nach Osten“ diene. Ab 1916 erstellte und kommentierte er mehrere Kartenwerke – darunter den grundlegenden „Geographisch-statistischen Atlas Polens“ –, mit deren Hilfe er unter anderem den Charakter der Oder- und Weichselgebiete als der ethnischen und staatlichen Wiege des Polentums zu beweisen suchte. Darüber hinaus erschienen aus seiner Feder 1917 das statistische Werk „Wieviele wir sind“ (*Ilu nas jest*, auch in einer deutschen Übersetzung unter dem Titel „Die Gesamtzahl der Polen“ erschienen) sowie bis Kriegsende weitere geographische Arbeiten. Im Herbst 1918 schließlich organisierte er in Warschau, Krakau und Lemberg eine neuerliche Vortragsreihe zur Grenzfrage, in deren Rahmen er sich engagiert für die Verwirklichung des Territorialprogramms des inzwischen in Paris unter der Leitung Dmowskis gebildeten Polnischen Nationalkomitees (s.u. Kap. 9.4.) einsetzte.[628] Diese Aktivitäten erweckten die Aufmerksamkeit Dmowskis, der Romer wenig später zum Mitglied der von ihm geleiteten polnischen Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz ernannte. Dort spielte Romer, der über gute Kontakte zu Mitgliedern der amerikanischen und französischen Delegation verfügte, als Gutachter und Experte für Territorialfragen eine wichtige Rolle.[629]

Die von Nałkowski und Romer entwickelten Grenzvorstellungen wurden in der zweiten Hälfte des Ersten Weltkrieges auch von anderen polnischen Geographen verstärkt wieder aufgegriffen. Wie bei Romers oben geschilderten Aktivitäten während des Krieges mag auch hierbei die Aussicht auf eine im Falle der Kriegsniederlage Deutschlands bevorstehende grundlegende Neuordnung Europas und damit eine zumindest teilweise Durchsetzung weitgespannter Gebietsansprüche im Westen von Bedeutung gewesen sein. Daß auf einer bevorstehenden Friedenskonferenz neben historischen und ethnographischen auch geographische Kriterien bei der Bemessung des künftigen polnischen Territoriums eine Rolle spielen würden, war absehbar.

Ein Lemberger Schüler Romers war der Geograph Stanisław Pawłowski (1882-1940).[630] Mit seiner These, Polen läge an der Ostgrenze Westeuropas und sei mithin

---

627 DERS., Przyrodzone podstawy, S. 47.

628 Zu Romers Aktivitäten während des Krieges siehe PIOTROWSKI, Eugeniusza Romera koncepcja, S. 47f., 50ff., 57; MAZURKIEWICZ-HERZOWA, S. 164ff.; PSB, Bd. 31, S. 638ff.

629 Siehe hierzu PIOTROWSKI, Eugeniusza Romera koncepcja, S. 59ff.; Dziewięć wieków geografii polskiej, S. 325ff.; PSB, Bd. 31, S. 640.

630 PSB, Bd. 25, S. 513ff. – Nach seinem Studium war Pawłowski zunächst als Gymnasiallehrer tätig, ab 1909 dann als Mitarbeiter der Lemberger Handelsakademie. Nach

selbst das letzte westeuropäische Land am Übergang zu Osteuropa, vereinige geographisch jedoch auch schon osteuropäische Elemente und Charakteristika in sich[631], nahm Pawłowski später eine Mittlerstelle zwischen den Kontrahenten Nałkowski und Romer ein. In seiner „Geographie Polens" (1917) zählte er auch den schlesischen Höhenrüc??ken, die schlesische Ebene und die masurische Seenplatte zu den integralen Bestandteilen des polnischen Territoriums.[632] Besonderes Gewicht fiel in seinen Betrachtungen der Ostsee zu, deren geographische und wirtschaftliche Bedeutung für Polen er wie folgt beschrieb:

> „Die Ostsee ist das einzige Meer, an dem Polen wohnen. Der polnische Staat lehnte sich, mit gewissen Änderungen der Grenzen, an die Ostsee an auf der langen Linie von der Insel Rügen bis zur Rigaer Bucht. Leider übte das Meer auf Charakter und Wirtschaftsleben unseres Volkes keinen entscheidenden Einfluß aus. (...) Dessenungeachtet waren die Handelsbewegungen an unserer Ostseeküste so groß und lebendig, daß das polnische Danzig im Ostseeraum eine erstrangige Position einnahm, es war der wichtigste Hafen dieses Meeres. Die Ostsee verband Polen überdies mit Schweden. So wie sie einerseits die Grundlage langfristiger Beziehungen zwischen beiden Ländern legte, so wurde sie andererseits zum Gegenstand und Schauplatz eines zweihundertjährigen Kampfes um die Vorherrschaft über ihre Küsten. Der Ostsee neigt sich Polen von den Karpaten her zu und führt ihr einen bedeutenden Teil seiner Wasserläufe zu. Die Ostsee beeinflußt insofern das Klima Polens sowie seine Tier- und Pflanzenwelt."[633]

Was die „natürliche Grenze" Polens im Südwesten anbetraf, betonte Pawłowski die Bedeutung der Lausitzer Neiße als des zentralen, zwischen Zittau und Reichenberg durch die Sudeten hindurchführenden Weges. Dieses sogenannte „Lausitzer Tor" *(Brama Łużycka)* bilde somit das entscheidende geographische Nadelöhr der Route Breslau-Prag.[634] Ausgehend von diesen Prämissen plädierte er für dieselbe polnische Westgrenze wie vor ihm schon Nałkowski, formulierte dies aber bereits im Tonfall einer Forderung:

> „Die Ostseeküste von der Rigaer Bucht bis nach Pommern ist ausreichend, auch wenn sie Polen nicht immer von Norden her abschirmte. Oder und Lausitzer Neiße müssen als westliche Grenzlinie zwischen Polen und dem Deutschen Reich eingenommen werden."[635]

Kriegsende erhielt er einen eigenen Lehrstuhl für Geographie an der neugegründeten Universität Posen. 1940 wurde er von der Gestapo ermordet.

631 PAWŁOWSKI, S. 4f. – Für Pawłowski verlief die Grenze zwischen West- und Osteuropa genau über die den alten polnischen Staat geographisch konstituierende Landbrücke zwischen Ostsee und Schwarzem Meer. – Vgl. hierzu auch KULWIEĆ, S. 10, 13, der einerseits den Übergangscharakter Polens zwischen West- und Osteuropa in geologischer, hydrographischer, klimatischer, ethnographischer und kultureller Hinsicht betonte, sein Territorium andererseits aber auch als die kürzeste Landbrücke zwischen Ostsee und Schwarzem Meer beschrieb.

632 PAWŁOWSKI, S. 39ff., 102ff.

633 Ebenda, S. 119f.

634 Ebenda, S. 40.

635 Ebenda, S. 5f.

Der Geograph Antoni Sujkowski (1867-1941) sekundierte dieser weitgehenden Forderung in seiner „Geographie der Länder des alten Polen“ (1918) mit dem abermaligen Hinweis auf die wichtige strategische Funktion der Flüsse Oder, Lausitzer Neiße und Bober für das frühe Piastenreich. Über 200 Jahre lang hätten die piastischen Könige diese Achse gehalten, entlang derer sich der Abwehrkampf gegen die deutschen Eindringlinge abgespielt habe. Erst die Huldigung des pommerschen Herzogs an den deutschen Kaiser Barbarossa 1183 habe für Polen den Anfang seiner verhängnisvollen Ostverschiebung bedeutet.[636] In diesem Sinne wies Sujkowski auch auf die große Bedeutung Breslaus als Handels- und Kraftzentrum im Südwesten sowie die große wirtschaftliche und strategische Bedeutung der Odermündung im Nordwesten des alten Piastenstaates hin.[637]

Etwas weniger radikal fiel die geographische Bemessung der polnischen Westgrenze in einer bei Kriegsende erschienenen Broschüre Adam Szelągowskis aus. Szelągowski berief sich dabei einmal mehr auf das System der großen mitteleuropäischen Flußläufe, die, wie er feststellte, auf ihrem Weg zur Ostsee allesamt eine scharfe Biegung nach Westen machten, womit sich der Oberlauf des einen mit dem Unterlauf des jeweils benachbarten Flusses verbinde. Das gelte sowohl für Rhein, Weser und Ems im Westen als auch für Elbe, Oder und Weichsel im Osten.[638] So gehe die durch die Oder in ihrem Ober- und Mittellauf gebildete Niederung im Osten direkt in die Weichselniederung über, da es dazwischen keinerlei natürliche Begrenzung gebe. Damit seien unter geographischen Gesichtspunkten nicht nur Masowien, Großpolen und Kleinpolen, sondern auch große Teile Schlesiens rein polnische Gebiete.[639]

Im Ergebnis hatte die polnische Geographie damit schon vor Ende des Ersten Weltkrieges Argumente für noch viel weitgehendere Gebietsansprüche geliefert, als sie von Seiten der polnischen Delegation auf der Friedenskonferenz im Blick auf die ethnographischen Realitäten tatsächlich erhoben wurden.

6.3. Die „Westgebiete“ in Sprachwissenschaft und Ethnographie

Neben der politischen Geographie erlebte auch die beschreibende Volkskunde zur Jahrhundertwende eine Blütezeit. Im Zusammenspiel mit der Sprachwissenschaft gewann diese Disziplin in Polen vor dem Hintergrund der staatlichen Teilung eine be-

---

636 SUJKOWSKI, S. 180, 192f., 196f.

637 Ebenda, S. 204f.

638 SZELĄGOWSKI, O granicach, S. 7f.

639 Ebenda, S. 8, 13 (Kartenanhang). – Die (nicht sehr präzise gezeichnete) Karte zieht die Ostgrenze Polens östlich einer Linie Rowno – Pinsk – Minsk (u.a. entlang der Flüsse Horyń und Zbrucz), die Nordostgrenze entlang der Memel bis zu deren Mündung, bezieht also auch ganz Ostpreußen in den Bestand eines künftigen polnischen Staates mit ein. Im Nordwesten findet sich der größte Teil der preußischen Provinz Pommern bei Deutschland belassen, im Südwesten hingegen bildet der Oderlauf die Grenze bis kurz vor Oppeln, womit nicht nur ganz Oberschlesien, sondern auch bedeutende Teile Mittel- und Niederschlesiens einschließlich der Hauptstadt Breslau zu Polen gehören würden (s. Kartenanhang).

sondere Bedeutung. So wie mit Hilfe der Geographie die landschaftliche Zugehörigkeit peripherer Regionen zum polnischen Kerngebiet bewiesen werden sollte, so sollte mit Hilfe von Ethnographie und Sprachwissenschaft – anknüpfend etwa an die Forschungen Bandtkies und anderer polnischer Gelehrter aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (s.o. Kap. 3.2.) – die Zugehörigkeit vor allem der Schlesier, Masuren und Kaschuben zum Polentum aufgezeigt werden.[640] Da es nicht Aufgabe der vorliegenden Arbeit sein kann, sich detailliert mit der Erforschung von Sprache, Sitten und Gebräuchen der erwähnten Volksgruppen auseinanderzusetzen, sollen an dieser Stelle nur die wichtigsten der vor Kriegsausbruch erschienenen polnischen Arbeiten auf diesem Gebiet kurz vorgestellt werden.

Als ein Pionier der polnischen Ethnographie kann Oskar Kolberg (1814-1890) gelten.[641] Seine erst posthum vollständig erschienene monumentale Volkskunde der polnischen Länder enthält auch je einen Band zu Schlesien[642] und Preußisch Masuren[643], wohingegen die Kaschuben unberücksichtigt bleiben. Die in diesem Zusammenhang verwerteten Notizen und Manuskripte Kolbergs entstanden vor allem auf bzw. nach zahlreichen Reisen, die ihn zwischen den 40er und 70er Jahren immer wieder nach Schlesien und Masuren geführt hatten.[644] Eine längere Reise in das polnischsprachige Schlesien hatte 1869 auch der Ethnograph und Slavist Lucjan Malinowski (1839-1898)[645] unternommen, der seine hierbei gewonnenen Eindrücke in mehreren volkskundlichen Studien verarbeitete, vor allem in seinen „Briefen von einer ethnographischen Reise durch Schlesien“ (1869)[646] und den „Umrissen des Volkslebens in Schlesien“ (1877)[647].

Beschränkten sich Kolbergs Forschungen noch weitgehend auf klassische ethnographische Themenfelder wie Sitten und Gebräuche, Trachten, Aberglauben, Volkssagen und -lieder, so berücksichtigten spätere Veröffentlichungen auf diesem Gebiet meist auch die politische Entwicklung in den „Westgebieten“, insbesondere den Entwicklungsgrad eines polnischen Nationalbewußtseins und die Fortschritte einer polnisch-nationalen Emanzipationsbewegung sowie die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen. In diesem Zusammenhang bedarf vor allem ein umfangreiches, 1904

640 Am Beispiel Schlesien hierzu grundlegend KULAK, Wizerunek Ślązaka, S. 99-132.
641 HDP, S. 259.
642 KOLBERG, Śląsk. – Ungeachtet des allgemeingehaltenen Titels liegt der Schwerpunkt von Kolbergs Betrachtungen auf dem polnischsprachigen Teil Preußisch Schlesiens (also Oberschlesien) sowie der Umgebung der Hauptstadt Breslau. Das gleichfalls zum großen Teil polnischsprachige Österreichisch Schlesien wird demgegenüber nur am Rande behandelt (siehe hierzu auch das Vorwort von Jan Szajbel, S. XXIV).
643 KOLBERG, Mazury pruskie.
644 Siehe hierzu KOLBERG, Śląsk, S. VIff. (Vorwort v. Mieczysław Gładysz); DERS., Mazury pruskie, S. Xff. (Vorwort v. Władysław Ogrodziński).
645 PSB, Bd. 19, S. 348ff.; detailliert POŚPIECH – SOCHACKA, insb. S. 11.
646 Listy z podróży etnograficznej po Szląsku, in Auszügen abgedruckt bei POŚPIECH – SOCHACKA, S. 83ff.
647 MALINOWSKI, Zarysy, insb. S. 35ff.

erschienenes Werk des Publizisten Aleksander Czechowski der Erwähnung[648], des weiteren Arbeiten bzw. Aufsätze von Józef Chociszewski[649], Jan Karłowicz[650] und – bezüglich der Kaschuben – Józef Łęgowski.[651]

Von der Ethnographie nicht zu trennen ist die polnische Sprachwissenschaft. Ihren Vertretern ging es vor allem darum, die Zugehörigkeit des oberschlesischen, des masurischen und des kaschubischen Dialekts zur polnischen Hochsprache aufzuzeigen und damit zugleich der deutschen Sprachwissenschaft entgegenzutreten, die in diesen Dialekten oft nichts anderes als eine primitive und literaturunfähige Volkssprache sah. Besonders das Schlesische geriet ins Zentrum des Interesses, wobei sich wiederum besonders Lucjan Malinowski hervortat.[652] Gerade seiner zahlreichen Archaismen wegen galt der oberschlesische Dialekt als besonders rein und unverfälscht, gleichsam als lebendiges Relikt des polnischen Mittelalters; alte schlesische Volkslieder wurden vor diesem Hintergrund von zahlreichen Volkskundlern und Sprachwissenschaftlern eifrig gesammelt und studiert.[653] Dieses „Reinheitsmotiv" fügte sich hervorragend zu

648 CZECHOWSKI, S. 261ff. (Ost- und Westpreußen), 417ff. (Schlesien). – Der Verfasser gliedert die drei Einzelabschnitte des Bandes nach einem einheitlichen Schema: 1. Historische Übersicht, 2. Administratives und politisches System, 3. Topographie, 4. Bevölkerung, 5. Landwirtschaft, Industrie, Handel, Kommunikationszentren, 6. Kirchliche Verhältnisse, Schulwesen, Bildung, Gesellschaftliche Institutionen, Presse.

649 CHOCISZEWSKI, Podręcznik, S. 43ff. (Schlesien), 66ff. (Westpreußen), 85ff. (Ermland und das übrige Ostpreußen).

650 Z.B. JAN KARŁOWICZ: *Lud śląski* [Das schlesische Volk], in: Obrazy ziem polskich, S. 195-204; DERS.: *Kaszubi* [Die Kaschuben], ebenda, S. 296-302.

651 NADMORSKI [d.i. Józef Łęgowski], Kaszuby i Kociewie (Neudruck der Posener Originalausgabe von 1892; mit den im Buchtitel gleichsam erwähnten „Kociewiern" wird in der polnischen Volkskunde ein weiterer kleiner polnischer Volksstamm bezeichnet, dessen Siedlungsgebiet sich östlich an die Kaschubei anschließt und bis zur Weichsel reicht). – Łęgowski (1852 bei Stuhm in Westpreußen geboren) war zwischen 1881 und 1886 als Professor für die polnische Sprache am Gymnasium von Neustadt/Westpr. (poln. *Wejherowo*) tätig und befaßte sich in der Folgezeit immer wieder mit der kaschubischen Frage.

652 Vgl. MALINOWSKI, Studyja śląskie, der dort die sprachlichen Besonderheiten des polnischen Dialekts nach einzelnen Städten und Dörfern aufgeschlüsselt analysiert. Bezüglich der Zukunft der polnischen Sprache in Schlesien gab Malinowski allerdings eine eher pessimistische Prognose ab. Gestützt auf eigene Beobachtungen während eines Schlesien-Aufenthalts 1869 sah er den in Oberschlesien gesprochenen Dialekt unter dem Druck der Germanisierungspolitik langfristig in seiner Existenz bedroht, da die Oberschlesier sich heutzutage sogar im Gespräch mit Polen aus anderen Landesteilen nur noch ungern ihrer eigenen Sprache bedienten und die stetig wachsende Anzahl an Zweisprachigen nur ein Übergangsstadium auf dem Weg zur vollständigen Germanisierung darstelle (MALINOWSKI, Zarysy, S. 16ff.).

653 MALINOWSKI, Zarysy, S. 5, 56ff.; vgl. auch A. KALICKI – B. HYTREK: *Górny Szlązk pod względem obyczajów, języka i usposobienia ludności* [Oberschlesien unter Berücksichtigung der Sitten, der Sprache und der Gemütsart der Bevölkerung], in: „Przegląd Polski" 1879, H. 3, S. 291-319, hier S. 308ff.; B[RONISŁAW] KORASZEWSKI: *O języku i poezyi Górnoślązaków* [Über Sprache und Poesie der Oberschlesier], in: „Wędrowiec" 1900, Nr. 21, S. 408; KARWOWSKI, S. 24, konstatiert in diesem Zusammenhang einen zunehmenden Übergang zu einer deutsch-polnischen Mischsprache in den Städten, zugleich aber die nach

dem in der polnischen Publizistik gepflegten Bild des bodenständigen und zäh an seiner „heiligen“ Sprache festhaltenden oberschlesischen Bauern.[654] Der Sprachwissenschaftler Kazimierz Nitsch (1874-1958)[655] wies darüber hinaus auf die Überschneidungen des Oberschlesischen vor allem mit den in Kleinpolen gesprochenen Mundarten hin und suchte damit die These von seiner Sonderstellung gegenüber den übrigen polnischen Dialekten zu erschüttern.[656] Im Ergebnis, so konstatierte etwa Stanisław Karwowski, bedienten sich die Oberschlesier ungeachtet der unter fremdem Einfluß in ihre Alltagssprache eingesickerten Lehnwörter derselben polnischen Literatursprache, wie sie auch in Warschau, Posen oder Krakau geschrieben werde.[657] In ähnlicher Weise interpretierte Nitsch das Masurische als bloße Unterform der in Masowien vom einfachen Volk gesprochenen polnischen Dialekte. Die „masurische Sprache“ sei hingegen nichts als eine preußische Erfindung. Nach derselben absurden Logik, so Nitsch weiter, könne man auch das Deutsche in zahllose Sondersprachen aufgliedern.[658]

Was die Kaschubei[659] betraf, sah sich die polnische Wissenschaft und Publizistik nicht nur mit einer rasch fortschreitenden Germanisierung konfrontiert, sondern auch mit einem von einzelnen Intellektuellen propagierten kaschubischen Regionalismus, der sich einer allzu engen Vereinnahmung durch die nationalpolnische Bewegung in Westpreußen widersetzte, was hier nur flüchtig angerissen werden kann. Als fast rein bäuerliche Gesellschaft ohne nennenswerte feudale oder bürgerliche Oberschicht waren die Kaschuben von ihrer sozialen Schichtung durchaus mit den Masuren oder auch den polnischsprachigen Schlesiern vergleichbar; Stadtbevölkerung und alteingesessener kaschubischer Kleinadel hatten schon zu Zeiten der polnischen Republik eine starke kulturelle Affinität zum Deutschtum gezeigt, eine Tendenz, die sich mit der

---

wie vor unverfälschte Reinheit des Polnischen in den ländlichen Regionen auf dem rechten Oderufer.

654 Z.B. KALICKI – HYTREK, *Górny Szlązk* (wie Anm. 653), S. 294f.

655 PSB, Bd. 23, S. 145ff.

656 NITSCH, Djalekty, S. 94f. – Nitsch weist an dieser Stelle u.a. auf die Nähe des Oberschlesischen zur Mundart der kleinpolnischen Góralen hin, mit der es seinen Hang zu Archaismen teile.

657 KARWOWSKI, S. 29f.

658 NITSCH, Die polnische Sprache, S. 1.

659 Als Kaschubei – sprich: als das Siedlungsgebiet des westslavischen Stammes der Kaschuben – werden die nordwestlich an Danzig anschließenden und zur Ostsee hin gelegenen Landkreise der preußischen Provinz Westpreußen bezeichnet. Die preußische Nationalitätenstatistik erfaßte die kaschubische Sprache dabei streng getrennt von der polnischen. Gemäß der Volkszählung von 1900 ergaben sich klare kaschubische Mehrheiten für die Kreise Karthaus (68,7% Kaschuben, 0,2% Polen, 31,1% Deutsche) und Putzig (68,6% Kaschuben, 0,2% Polen, 30,5% Deutsche), eine starke Minderheit für den Kreis Neustadt (41,0% Kaschuben, 11,2% Polen, 46,2% Deutsche). Nennenswerte kaschubischsprachige Minderheiten gab es demnach noch in den Kreisen Konitz (14,4%), Danziger Höhe (9,7%) und Berent (4,8%). In der Stadt Danzig hingegen gaben nur 0,2% das Kaschubische als Muttersprache an, immerhin 2,0% das Polnische und 96,2% das Deutsche. Die Zahlen nach: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 151, S. 404ff.

Inkorporation „Königlich Preußens“ in den preußischen Staat im Zuge der Ersten Teilung 1772 natürlich noch verstärkte.[660] Als fortbestehende Klammer zwischen Polen- und Kaschubentum erwies sich allerdings das katholische Bekenntnis. Ein kaschubisches Eigenbewußtsein hatte um die Mitte des 19. Jahrhunderts in diversen Zeitungsartikeln sowie ethnographischen und sprachwissenschaftlichen Studien erstmals Florian Ceynowa (kaschub. Cenôva) artikuliert. Politisch stand Ceynowa dem Slavophilismus und dem demokratischen Flügel der „Großen Emigration“ nahe, den Traditionen der polnischen Adelsherrschaft hingegen strikt ablehend gegenüber. Obwohl Ceynowa das Kaschubische ausdrücklich als Dialekt der polnischen Sprache definierte und die Zukunft des kaschubischen Volkes durchaus in einer Verbindung mit Polen sah, löste sein Insistieren auf einer eigenständigen kaschubischen Identität innerhalb der nationalpolnischen Bewegung Westpreußens scharfen Widerspruch aus, deren Wortführer die Hervorhebung der sprachlichen und kulturellen Besonderheiten des Kaschubentums gleichsam als „separatistische“ Herausforderung empfanden.[661]

In seinem Volksstamm sah Ceynowa die letzten Überreste des einst den gesamten Landstrich zwischen Oder- und Weichselmündung besiedelnden und von den Deutschen ansonsten völlig ausgelöschten slavischen Stammes der Pomoranen[662], eine These, die auch von seinem Nachfolger als Sprecher der – in der Bevölkerung freilich kaum verankerten – kaschubischen Regionalbewegung, Hieronym Derdowski, geteilt wurde.[663] Ein erstes vollständiges Wörterbuch der „pomoranisch-kaschubischen“ Sprache wurde zu Beginn der 90er Jahre von Stefan Ramułt zusammengestellt und herausgegeben.[664] Die Tatsache, daß das Kaschubische nicht nur einen hohen Anteil an Germanismen, sondern auch erhebliche phonetische und lexikalische Abweichungen gegenüber der polnischen Hochsprache aufwies und sich von dieser insofern sehr viel stärker unterschied als die in Masuren oder Schlesien gesprochenen Dialekte, stellte die polnische Sprachwissenschaft in ihrem Bestreben, die „Westgebiete“ als integrale Bestandteile des ethnographisch polnischen Territoriums darzustellen, vor einige Probleme. Kazimierz Nitsch beispielsweise gestand in diesem Zusammenhang zu, daß das Kaschubische *innerhalb* des polnischen Sprachsystems einen ganz eigenen Platz einnehme und sich somit gegen die in Großpolen, Kleinpolen, Masowien und Schlesien gesprochenen Dialekte abgrenze. Das Problem der sprachlichen Zuord-

---

660 Hierzu BÖHNING, S. 188f., der die Germanisierung des kaschubischen Adels vor allem auf die im Zuge des preußischen Militärdienstes ermöglichte soziale Statussicherung durch das Einschlagen der Offizierslaufbahn zurückführt. – Vgl. für die Zeit vor 1772 auch KĘTRZYŃSKI, Germanizacya, S. 121-125.

661 BÖHNING, S. 190f.; vgl. auch BROCK, Florjan Cenôva, S. 147ff.; BUKOWSKI, S. 19ff.

662 BROCK, Florjan Cenôva, S. 155.

663 Siehe hierzu HIERONIM DERDOWSKI: *O Kaszubach* [Über die Kaschuben], in: „Przegląd Polski“ 1882/83, Bd. 67, H. 201, S. 360-381, hier S. 360, 381. – Derdowski weist in diesem Zusammenhang auch auf kleine kaschubische Bevölkerungsreste in der preußischen Provinz Pommern hin, konkret im Kreis Lauenburg und rund um Leba. Auch auf dem Markt der pommerschen Kreisstadt Stolp sei das Kaschubische mitunter noch zu hören. – Zum Wirken Derdowskis im einzelnen siehe BUKOWSKI, S. 45ff.

664 Hierzu BUKOWSKI, S. 80ff.

nung löste er dadurch, daß er die polnischen Dialekte insgesamt in „rein polnische" *(czysto-polskie)* und „polnisch-kaschubische" *(polsko-kaszubskie)* Dialekte unterteilte.[665] In ganz ähnlicher Weise gestand auch Jan Ludwik Popławski den Kaschuben einen „originären und natürlichen sprachlichen Individualismus" zu. Ihr Dialekt unterschied sich seiner Ansicht nach von der polnischen Buchsprache immerhin so sehr, daß er für die Entwicklung einer eigenständigen kaschubischen Literatursprache plädierte. An der Zugehörigkeit der Kaschuben zur polnischen Nation, so Popławskis Fazit, ändere das aber nichts.[666]

Im Zuge des im Rahmen von Volkskunde und Sprachwissenschaft gepflegten Interesses an allen „versprengten" westslavischen „Volkssplittern" geriet auch die in der Ober- und Niederlausitz (poln. *Górne* bzw. *Dolne Łużyce*) als ethnische Enklave siedelnde Volksgruppe der Sorben (poln. *Łużyczanie*) ins Blickfeld, galt sie doch als einziges überlebendes Relikt des einst zwischen Oder, Elbe und Saale beheimateten Slaventums. Die soziale Schichtung der Sorben und der zunehmende Germanisierungsdruck machten ihre Situation derjenigen der Kaschuben oder Masuren vergleichbar, auch wenn ihre Zahl deutlich geringer war. Vorreiter eines diesbezüglichen Engagements war der Anwalt Alfons Józef Parczewski (1849-1933), der seine während verschiedener Aufenthalte in der Lausitz gewonnenen Eindrücke in mehreren Artikeln und Broschüren verarbeitete und auch sonst zu den wichtigsten Verfechtern und publizistischen Begleitern einer „nationalen Wiedergeburt" der „Westgebiete" gehörte.[667] Sein Interesse galt in diesem Zusammenhang besonders der kleinen

---

665 NITSCH, Mowa, S. 78; vgl. NADMORSKI [d.i. Łęgowski], S. 5ff., der auf den engen Zusammenhang aller polnischen und polabischen Dialekte innerhalb der lechitischen Sprachgruppe hinweist.

666 J.L.P.: *Kaszubi i ich mowa* [Die Kaschuben und ihre Sprache], in: „Głos" 1893, Nr. 20, S. 233. – Was die Gesamtzahl der Kaschuben angeht, kommt Popławski unter Berufung auf Ramułt und Łęgowski auf insgesamt 182.000, zählt hierbei allerdings auch die „in Sachsen und in Brandenburg lebenden Kaschuben" – sprich: die Sorben – hinzu.

667 PSB, Bd. 25, S. 201ff.; detailliert zu Leben und Werk Parczewskis siehe WOLFF-POWĘSKA, S. 24-39; des weiteren die kleine Biographie von ANDRYSIAK, S. 9ff. – Der aus dem Kreis Lask (unweit von Łódź) gebürtige Parczewski ließ sich nach Ende seines Jura-Studiums in Warschau in Kalisz als Anwalt nieder und fungierte dort auch als führendes Mitglied verschiedener wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Institutionen. Das sorbische Siedlungsgebiet besuchte Parczewski erstmals 1875 und gründete dort 1880 die „Hilfsgesellschaft für Studierende Sorben" *(Towarzystwo Pomocy dla Studiujących Łużyczań)*. 1881 erfolgte auf seine Initiative hin in Posen die Gründung des geheimen „Zentralkomitees für Masuren, Schlesien und Pommern" *(Centralny Komitet dla Mazur, Śląska i Pomorza)*, dessen Sitzungen allerdings meist bei ihm in Kalisz stattfanden. Zwischen 1884 und 1891 gab Parczewski zudem in Breslau die Zeitung *Nowiny Śląskie* [Schlesische Nachrichten] heraus. Als Verfasser zahlreicher statistischer Abhandlungen wandte sich Parczewski intensiv der Nationalitätenproblematik in den „Westgebieten" zu und kann als einer der maßgeblichen Verfechter des polnischen Westgedankens gelten. Seit 1905 Mitglied der Nationaldemokratie, zog er für diese 1906 in die erste russische Duma ein, verließ die Partei allerdings 1908 wegen des in seinen Augen zu prorussischen Kurses Dmowskis. Von 1915-1919 schließlich wirkte er als Dekan der juristischen Fakultät der Universität Warschau und erarbeitete im Vorfeld der Pariser Friedenskonferenz wichtige die Grenzfrage betref-

Schicht der sorbischen Intelligenz und ihrer Tätigkeit im Sinne eines Erhalts der sprachlich-kulturellen Substanz des Sorbentums.[668] Was die Zukunft der – von ihm unter Berufung auf andere Quellen auf 60.000 bis 70.000 Köpfe geschätzten[669] – sorbischen Volksgruppe anging, sah Parczewski erhebliche Gefahren. So sei in den Straßen von Bautzen schon heute kaum noch ein Wort sorbisch zu hören und auch Cottbus präsentiere sich heute als industrielle Provinzstadt von rein deutscher Physiognomie.[670] Eine direkte Zugehörigkeit des unter- oder des obersorbischen Dialekts zur polnischen Sprachgruppe behauptete zwar auch Parczewski nicht, wies aber auf deren nahe Verwandtschaft hin. In diesem Zusammenhang erinnerte er an verpaßte historische Chancen, urteilte gleichwohl mit gedämpftem Optimismus:

> „Vor allem für uns aber als den sprachlich und ethnographisch nächsten Verwandten [der Sorben] geziemt es sich, einem unglücklichen Brudervolk Hilfe zu leisten. Trotz des nicht sehr großen und nicht sehr beanspruchbaren Vorrats unserer gesellschaftlichen Opferbereitschaft wird diese Hilfe dennoch ein wahrer Segen sein und kann diesen verehrungswürdigen Überrest eines einstmals großen Stammes vor der Vernichtung bewahren, der zu Zeiten Bolesław Chrobrys Teil des polnischen Staates wurde und der unter anderen Bedingungen, wenn die Politik dieses Königs glücklichere Nachfolger gefunden hätte, heute vollständig zur polnischen Kultur gehören würde.“[671]

Das polnische Interesse an der slavischen Volksgruppe der Sorben ist dabei natürlich noch nicht direkt im Sinne eines Gebietsanspruchs zu interpretieren, wie überhaupt das Interesse der polnischen Ethnographie und Sprachwissenschaft an den „Westgebieten“ nicht immer einen primär politischen Hintergrund hatte, sondern auch einem zu dieser Zeit verbreiteten Bedürfnis an der Erforschung der Volkskultur entsprang. Gleichwohl schufen diese Disziplinen ein geistiges Umfeld, in dem die ethnisch-sprachlich-kulturelle Zugehörigkeit der „verlorenen“ Völker zum Polentum zunehmend zu einem selbstverständlichen Faktum erhoben wurde und das die Formulierung entsprechender Gebietsansprüche beförderte. Die politische Publizistik und die Presse simplifizierten die gewonnenen wissenschaftlichen Erkenntnisse und sorgten so für deren Verbreitung und Popularisierung.

---

fende Referate für das „Büro für Kongreßangelegenheiten“ (*Biuro prac kongresowych*, s.u. Kap. 8.3.).

668 PARCZEWSKI, Z Dolnych Łużyc, insb. S. 4, 16ff.; DERS., Jan Ernest Smoler. – In dem 1816 geborenen Dorfschullehrer Smoler sah Parczewski die Führungsfigur und den Hoffnungsträger der sorbischen Kulturbewegung, einen „Mann von heißem Patriotismus und unermüdlichen Arbeiter für die eigene Volksgruppe“, dessen Name heute „in der ganzen slavischen Welt bekannt“ sei (S. 5). – Vgl. auch TADEUSZ KUPCZYŃSKI: *Ze spraw łużyckich* [Über sorbische Fragen], in: „Świat Słowiański“ 1911, Nr. 74, S. 94ff.

669 PARCZEWSKI, Z Dolnych Łużyc, S. 9f.

670 Ebenda, S. 4f.

671 Ebenda, S. 28.

6.4. Die „Westgebiete“ im Widerstreit der Bevölkerungsstatistik

Vor dem Hintergrund der Formulierung von Gebietsansprüchen gegen Deutschland, die über die Grenzen von 1772 hinausgriffen, kam der Bevölkerungsstatistik in der polnischen Argumentation eine herausragende Bedeutung zu. Im Zentrum stand dabei die Kritik an den Ergebnissen der in regelmäßigen Abständen durchgeführten preußischen Volkszählungen[672], die bis 1910 für den prozentualen Anteil des polnischsprachigen Elements an der Gesamtbevölkerung Oberschlesiens sowie – sehr viel deutlicher noch – des Ermlandes und Masurens eine rückläufige Tendenz anzeigten[673] – ein Umstand, der in Publikationen des deutschnationalen Spektrums erwartungsgemäß lautstark gefeiert wurde.[674]

Bereits vor 1914 hatten polnische Statistiker in dieser Hinsicht ihren Widerspruch formuliert und den preußischen bzw. deutschen Behörden Manipulation vorgeworfen. Während des Krieges und insbesondere im Vorfeld der Pariser Friedenskonferenz nahm die Bedeutung der entsprechenden Argumentation mit Blick auf die bevorstehende territoriale Neuordnung Europas noch zu, galt es doch, den „unbestreitbar polnischen“ Charakter der umstrittenen Gebiete im Sinne der von US-Präsident Wilson Anfang 1918 für den Wiederaufbau Polens verkündeten Prinzipien (Punkt Dreizehn der „Vierzehn Punkte“, s.u. Kap. 9.5.) zu beweisen. So fielen die unter Berufung auf das ethnographisch-sprachliche Prinzip erhobenen Gebietsansprüche zwar deutlich bescheidener aus als etwa die unter geographischen Prämissen entwickelten und recht vagen Territorialkonzepte, schienen vor dem Hintergrund des nunmehr als völkerrechtliches Leitprinzip proklamierten „Selbstbestimmungsrechts der Völker“ aber auch sehr viel leichter die Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft finden zu können und sich so realisieren zu lassen. Bis Anfang 1919 erschien daher eine ganze Reihe von statistischen Arbeiten und Denkschriften – teilweise auch in französischer, englischer oder deutscher Sprache –, die im folgenden Gegenstand der Betrachtung sein sollen.[675]

---

672 Statistische Angaben über die von den Untertanen der preußischen Krone gesprochenen Sprachen wurden von den Behörden seit 1825 gesammelt. Eine erste „richtige“ Sprachenzählung fand 1861 statt, bei der allerdings noch nach der Familiensprache, nicht nach der Muttersprache des Einzelnen gefragt wurde. Dies geschah erst bei den Volkszählungen der Jahre 1890, 1900, 1905 und 1910 (BELZYT, Zur Frage, S. 38f.).

673 Zu den Gründen für den gerade in Masuren besonders starken Rückgang STÜTTGEN, S. 292ff.; TEBARTH, S. 141ff.

674 So lobt etwa WEINREICH, S. 101f., die deutschen Gutsherren in Masuren, da sie „als Träger deutscher Kultur und Wesens einen rühmlichen Anteil an der Ausbreitung des Deutschtums“ hätten, und beurteilt die Lage in den nach wie vor überwiegend masurischsprachigen Landstrichen mit den Worten: „Hier, wo der Masure im Kampfe mit der Ungunst des Bodens ein bescheidenes Dasein lebt, hat der anspruchsvolle Deutsche bisher keinen Fuß fassen können.“ – WITTSCHELL, S. 24, konstatiert kurz und bündig: „Jedenfalls weist alles darauf hin, daß es die Bestimmung des masurischen Völkchens ist, mit der Zeit ganz im Deutschtum aufzugehen.“

675 Als deren wichtigste seien hier vorab genannt BUZEK, Pogląd; THUGUTT; KOWALCZYK (bei dem Autor handelt es sich um den Mitstreiter Korfantys im Rahmen der nationalpolnischen

Bereits 1887 hatte der Statistiker und Volkskundler Edward Czyński den „ethnographischen Kern“ des polnischen Territoriums – sprich: die mehrheitlich von Polen besiedelten Gebiete – als ein schräges, in Nord-West-Richtung verlaufendes Trapez von rund 200.000 qkm veranschaulicht. Neben diesem „Hauptkern“ machte er – wiederum in der Form eines diesmal allerdings nach Süden verlaufenden Trapezes – noch eine „ethnographische Insel“ des Polentums an der Ostsee (sprich: die Kaschubei) von rund 10.000 qkm aus, die vom Kern der Nation durch einen Streifen germanisierter Kreise abgetrennt sei.[676] Alfons Parczewski hingegen betonte stärker den integralen, in sich geschlossenen Charakter des ethnographisch polnischen Territoriums und forderte, die aufgrund einer gezielten Ansiedlungspolitik zustande gekommenen deutschen Enklaven wie etwa in Westpreußen dürften keinesfalls dem ethnographisch deutschen Territorium zugerechnet werden.[677]

Auf die von Czyński im Rahmen seiner ethnographischen Forschungen 1887 errechneten Zahlen berief sich im gleichen Jahr auch Jan Ludwik Popławski in seinem Grundsatzartikel „Mittel der Verteidigung“ (s.u. Kap. 7.1.) und zeichnete dabei ein noch recht optimistisches Bild der Bevölkerungsentwicklung im preußischen Teilgebiet und den „Westgebieten“. So konstatierte er für die Regierungsbezirke Posen, Bromberg, Danzig, Marienwerder und auch für den Regierungsbezirk Oppeln für den Zeitraum zwischen 1867 und 1880 einen leichten prozentualen Anstieg der polnischen Bevölkerung sowie für 44 der insgesamt 77 teilweise von polnischer Bevölkerung besiedelten Kreise Preußens eine polnische Mehrheit, in 11 Kreisen sogar mit mehr als 80%. Für das gesamte Territorium (d.h. alle 77 erwähnten Landkreise) kam Popławski auf 42-45% Polen; rechne man die tschechische und die litauische Minderheit dazu, ergebe sich damit eine nichtdeutsche Mehrheit.[678] Ebenfalls im Warschauer *Głos* gab für das gleiche Territorium einige Wochen später ein anonymer Autor die Zahl von wenigstens 44% Polen an. Rechne man noch die aus diesen Gebieten als Arbeitskräfte vorübergehend in die Industriereviere an Rhein und Ruhr abgewanderten Polen dazu, lande man sogar bei 50%.[679] Im Ergebnis gelangte Popławski vor

---

Bewegung in Oberschlesien vor 1914 [s.u. Kap. 7.4.1.], vgl. Preface, S. 3ff.); ROMER, Die Gesamtzahl; DERS., Polacy; WAKAR, Rozwój terytorialny; DERS., Développement territorial (überarbeitete französischsprachige Ausgabe); GŁABISZ; LIBER [d.i. Czesław Andrzejewski]; MALISZEWSKI; PARCZEWSKI, W sprawie zachodnich granic; Gdańsk and East Prussia, insb. S. 23ff.; SEYDA, Territoires Polonais. – Auf die während des Krieges verfaßten Denkschriften Roman Dmowskis, in denen die Volkstumsstatistik gleichfalls eine Rolle spielte, wird später noch ausführlich eingegangen.

676 CZYŃSKI, *Uwagi ogólne* (wie Anm. 517), S. 243f.

677 PARCZEWSKI, O zbadaniu, S. 8.

678 J.L. POPŁAWSKI: *Środki obrony* [Mittel der Verteidigung], in: „Głos“ 1887, Nr. 40, S. 621f. – Im Einzelnen nennt Popławski für den Regierungsbezirk Posen 1880 62,4% (1867: 59,9%) Polen, für Bromberg 48,2% (46,9%), für Danzig 26,7% (24,7%), für Marienwerder 37,9% (36,5%) und für Oppeln schließlich 60,2% (59,9%).

679 W...T: *Siła liczebna narodowości polskiej* [Die zahlenmäßige Stärke der polnischen Nationalität], in: „Głos“ 1888, Nr. 3, S. 26f. – Der Autor geht hierbei im einzelnen auch auf Oberschlesien und Masuren ein. Für Oberschlesien nennt er sechs Landkreise mit über 80% Polen (Pleß, Rosenberg, Rybnik, Groß Strehlitz, Kosel, Lublinitz), für Masuren einen

diesem Hintergrund zu dem hoffnungsfrohen Schluß, eine Gruppe von drei Millionen Menschen könne der Feind nicht bezwingen, vielmehr strafe der prozentuale Zuwachs der Polen alle Pessimisten Lügen.[680]

Die folgende Entwicklung brachte diesen Optimismus allerdings erheblich ins Wanken, da die Ergebnisse der Volkszählungen von 1890, 1900, 1905 und 1910 zumindest für die schon vor 1772 nicht zu Polen gehörenden Gebiete eine rückläufige Tendenz aufwiesen.[681] Insbesondere der schon seit 1825 zu beobachtende und sich in den letzten Jahrzehnten vor Kriegsausbruch teilweise dramatisch beschleunigende Rückgang des polnischsprachigen Bevölkerungsanteils in Ostpreußen wurde in der polnischen Publizistik mit großer Besorgnis registriert.[682] In Oberschlesien fiel der Rückgang langfristig zwar weniger drastisch aus, der auffällige Einbruch bei der letzten Vorkriegszählung von 1910 korrespondierte jedoch mit den Stimmenverlusten, die die nationalpolnische Liste bei den Reichstagswahlen von 1912 gegenüber ihrem überraschend guten Abschneiden fünf Jahre zuvor hinnehmen mußte (s.u. Kap. 7.4.1.).[683]

Bei ihrem Widerspruch gegen die Ergebnisse dieser Volkszählungen kam der polnischen Seite zupaß, daß das Zählverfahren vereinzelt auch von deutschen Wissenschaftlern als voreingenommen und manipulativ kritisiert wurde. Festgemacht wurde diese Kritik vor allem an der in der Statistik ausgewiesenen Gruppe der „Zweisprachigen", d.h. derjenigen, die gemäß einer in den Erhebungsformularen seit der Volkszählung von 1890 eigens aufgeführten Kategorie Deutsch und Polnisch als gleichberechtigte Muttersprachen angegeben hatten. Gerade in Oberschlesien vollzog sich der

---

solchen Kreis (Ortelsburg: 86,9%) sowie drei weitere mit über 70% (Neidenburg, Lyck, Sensburg).

680 „Głos" 1887, Nr. 40, S. 622.

681 Vgl. hierzu BUZEK, Pogląd, S. 55. – Ganz im Gegensatz etwa zur Argumentation Popławskis, der im plebejischen Charakter der polnischen Bevölkerung in den „Westgebieten" ein besonderes Gütesiegel erblickte, führt der Autor diese unterschiedliche Entwicklung darauf zurück, daß in den bis 1772 zu Polen gehörenden Gebieten das Polnische stets auch die Sprache des Adels und der gebildeten Schichten gewesen sei und somit die polnische Nation dort auch nach den Teilungen ihre assimilierende Kraft behauptet habe.

682 So z.B. T. GIERAŁTOWSKI: *Czy się wynaradawiamy?* [Werden wir entnationalisiert?], in: „Przegląd Wszechpolski" 1904, Nr. 2, S. 115, der die Zahlen für die einzelnen preußischen Regierungsbezirke von 1861, 1890 und 1900 miteinander vergleicht und dabei den stärksten prozentualen Rückgang für den (einen Großteil der masurischen Landkreise umfassenden) Regierungsbezirk Gumbinnen feststellt (1861 21,4% Polen, 1900 15,8%); BUZEK, Pogląd, S. 53f.; TURKOWSKI, *Prusy Wschodnie i Zachodnie* (wie Anm. 558), Nr. 55, der die Volkszählungsergebnisse von 1826, 1861, 1900 und 1910 bezüglich der einzelnen ostpreußischen Kreise gegenüberstellt und dabei besonders drastische Einbrüche etwa für Lötzen (1826 86,2% Polen, 1910 33,1%), Sensburg (1826 85,6%, 1910 46,9%) oder Lyck (1826 88,8%, 1910 49,1%) konstatiert; WAKAR, Rozwój terytorialny, S. 61; DERS.: Développement territorial, S. 403; MALISZEWSKI, S. 39; konkret auf das Ermland bezogen WARMIAK, *Warmia polska* (wie Anm. 578), S. 170.

683 Diesen Zusammenhang stellt auch BUZEK, Pogląd, S. 53f., her; vgl. auch WAKAR, Rozwój terytorialny, S. 71, 74; DERS., Développement Territorial, S. 411, 414.

prozentuale Anstieg der Gruppe der „Zweisprachigen“ von 2,0% (1890) auf 3,8% (1900) und schließlich 4,0% (1910) auffällig parallel zum Rückgang des polnischsprachigen Elements.[684] Das Auftauchen dieser „Zweisprachigen“ in der Statistik wurde entweder zur Gänze auf politisch motivierte Willkür des Erhebungsverfahrens zurückgeführt[685], oder aber mit der Existenz von subalternen Staatsbediensteten erklärt, die ihre polnische Nationalität nicht aufgeben wollten, andererseits aber aus Furcht vor Entlassung bei der Ausfüllung der Zählkarte einen Kompromiß machten und daher gleichberechtigt Deutsch und Polnisch als Muttersprache angäben, in der Statistik also als „neutralisiertes“ Element auftauchten.[686] Die polnische Statistik rea-

---

684 Vgl. hierzu Ludwig Bernhard in seinem Vorwort zu der bereits erwähnten Dissertation von WEBER, S. Xff., der darauf hinweist, daß die Definition „Zweisprachig“ in den „Erläuterungen“ zur Ausfüllung der bei den Volkszählungen verwendeten Zählkarten reichlich verschwommen und für „willkürliche und unwillkürliche Verschiebungen der Nationalitätenziffern“ damit Raum blieb. Angesichts des 1910 stark angestiegenen Anteils der „Zweisprachigen“ (bei der Volkszählung von 1905 hatte ihr Anteil in Oberschlesien merkwürdigerweise wieder nur 2,7% betragen) äußert Bernhard den konkreten Verdacht, „daß hier einfach eine ganze Anzahl von Polen in die farblose Kategorie der ‚Zweisprachigen‘ hineingeschoben worden ist“. Das Problem der „Zweisprachigen“ spielte auch in den anderen zum Teil polnisch besiedelten Landesteilen Preußens eine wichtige Rolle. So zitiert Bernhard einen noch kurz vor Beginn der Volkszählung von 1910 erlassenen Aufruf des polnischen Wahlkomitees der Stadt Posen an alle „Landsleute“, bei der Frage nach der Muttersprache auf der Zählkarte nur das Wort „polnisch“ zu unterstreichen: „Wer gestatten sollte, daß die beiden Worte ‚polnisch‘ und ‚deutsch‘ unterstrichen werden, der will doch nicht für einen echten Polen gelten, sondern für einen halben Polen und einen halben Deutschen!“ – Ausdrücklich auf Bernhard und Weber beruft sich ROMER, Polacy, S. 14.

685 Vgl. HUTNIK (Pseud.): *Na Szląsku Górnym* [In Oberschlesien], in: „Kraj“ 1897, Nr. 27, S. 3. – Der Autor bezeichnet die mangelnde Präzision dieser Kategorie und die verwirrende Fragestellung als gewollt; sie ziele auf jene Oberschlesier, die die deutsche Sprache zwar beherrschten, im Alltagsleben aber nicht gebrauchten. – LIBER [d.i. Andrzejewski], S. 5, kommentiert sarkastisch: „Man braucht nur die Ergebnisse von 1910 mit denen von 1905 zu vergleichen, und man findet in einzelnen Bezirken Änderungen in dem Bestand der Nationalitäten innerhalb weniger Jahre, wie sie der Statistiker anderwärts kaum antreffen dürfte. Seit 1890 (...) schnellen die Zahlen der deutschen Bevölkerung oft sprungartig empor, die Zahl der Polen sinkt in einem sturzartigen Abstieg, und die spezifisch preußische Entdeckung von Individuen, die die gütige Vorsehung mit zwei Muttersprachen bedacht (hat), verhilft zweckmäßig dazu, die Zahl der stiefmütterlich bedachten einsprachigen Polen soweit zu reduzieren, daß der unbefangene Leser (...) staunend fragen muß, ob denn z.B. in Oberschlesien und Masuren unter der polnischen Bevölkerung etwa die Pest gewütet, während gleichzeitig die deutsche sich einer gesunden Vermehrung durch lauter Zwillinge und Drillinge erfreut habe.“

686 So etwa bei KOWALCZYK, S. 23f., der in diesem Zusammenhang die Germanisierung als einen Zwangsprozeß schildert: „These means of germanization are real tortures for most of the ill-fated poor people which are obliged to sell to the German oppressors not only their physical strength and mental abilities, but also their national feelings. In many instances in the process of time the conscience and feelings of these people grow blunt and dormant, and thus the Prussian Government achieve their aim: Polish People become germanized.“ – Vgl. auch WAKAR, Rozwój terytorialny, S. 73.

gierte auf das Anwachsen der Zahl der „Zweisprachigen" in methodisch freilich ebenso fragwürdiger Weise, indem sie diese pauschal und *in toto* der polnischen Bevölkerung zuschlug.[687]

Im Gegensatz zu Oberschlesien sah sich die polnische Seite in Masuren und der Kaschubei nicht nur mit der umstrittenen Kategorie der „Zweisprachigen" konfrontiert, sondern auch mit der getrennten Auflistung der polnischen Sprache auf der einen und der „kaschubischen" bzw. „masurischen" Sprache auf der anderen Seite. Was angesichts der großen Abweichungen der kaschubischen Regionalsprache gegenüber dem Polnischen durchaus gerechtfertigt schien, erwies sich zumindest gegenüber den Masuren als methodisch fragwürdig[688], zumal die deutlichen Verschiebungen zwischen beiden Kategorien in den letzten Volkszählungen vor Kriegsausbruch ein Interesse der preußischen Statistik erkennen ließen, die Zahl der „Masurischsprachigen" auf Kosten des polnischen Elements zu erhöhen.[689] Die polnische Statistik reagierte auf diese besondere Kategorisierung mit dem Vorwurf, ausgerechnet die Deutschen hätten es angesichts der vielfältigen regionalen Variationen ihrer Hochsprachen nötig,

---

687 So schon bei CZECHOWSKI, Bd. 1, S. 476ff.; bezogen speziell auf Masuren hat sich in der neueren Forschung auch BELZYT, Zur Frage, S. 37, diesen Standpunkt zu eigen gemacht und dies mit dem Umstand begründet, daß die Bewohner nach einer „zweiten" Muttersprache überhaupt nur dann gefragt wurden, wenn sie als „erste" Muttersprache etwas anderes als Deutsch angegeben hatten. – Andererseits ist zu berücksichtigen, daß zumindest die Kinder aus gemischtnationalen Ehen in der Regel tatsächlich zweisprachig aufwachsen. In traditionell gemischtsprachigen Regionen, wie es Oberschlesien und Masuren zur Jahrhundertwende waren, ist ein gewisser Prozentsatz an Zweisprachigen also durchaus nicht ungewöhnlich, zumal die beiden Nationalitäten hier längst nicht so randscharf voneinander zu trennen waren wie etwa in Posen. Die diesbezüglich starken Schwankungen zwischen den einzelnen Zählungen deuten gleichwohl auf einen recht willkürlichen Umgang der preußischen Statistiker mit dieser Größe hin. Ungeachtet der Frage, wie man hier methodisch verfährt, war die Kategorie der „Zweisprachigen" (die in den oberschlesischen und masurischen Landkreisen laut preußischer Statistik zumeist zwischen 2% und 8% betrug) aber nicht geeignet, die ethnischen Mehrheitsverhältnisse grundlegend auf den Kopf zu stellen.

688 Vgl. [J.L. POPŁAWSKI]: *Mazurzy pruscy* [Die preußischen Masuren], in: „Przegląd Wszechpolski" 1896, Nr. 25, S. 577, der die amtliche Unterscheidung gleich dreier slavischer Nationalitäten in Ost- und Westpreußen als völlig beliebig kritisiert. – LIBER [d.i. Andrzejewski], S. 45, kommentiert: „Im Lichte der preußischen Statistik gibt es auch in Ostpreußen ‚Polen', daneben aber noch ein anderes Volk, das mit den Polen zusammenwohnt, nämlich ‚Masuren'. Nach den Grundsätzen der in Preußen gepflegten Sprachforschung ist ‚masurisch' mit ‚polnisch' keineswegs gleichbedeutend; deutsche Volksschullehrer, Gendarmen, Junker und Beamte, die weder polnisch noch masurisch studiert haben, wissen das am besten und entscheiden bei Volkszählungen mit einer verblüffenden Sicherheit, welcher Nation, der masurischen oder der polnischen, das nichtdeutsche Volk im Süden Ostpreußens zuzurechnen sei. Da es aber alle 5 Jahre nicht dieselben amtlichen Sprachkenner sind, erlebt die amtliche Statistik alle 5 Jahre das Malheur, die wunderlichsten Zahlen für dieses – einem wissenschaftlichen Sprachkenner unbekannte – ‚masurische' Volk zu ermitteln."

689 Dies wurde teilweise auch auf deutscher Seite so gesehen. So weist Ludwig Bernhard in seinem Vorwort zu WEBER, S. VIIff., darauf hin, daß der Anstieg der Zahl der „Masurischsprachigen" bis 1910 auffällig einherging mit der gleichzeitigen Abnahme der Polnischsprachigen und führt dies auf eine starke behördliche Kontrolle zurück.

das Polnische in mehrere Einzelsprachen zu zerlegen. So fragte etwa Eugeniusz Romer, wieso die Deutschen dann nicht auch Plattdeutsch als eigenständige „Muttersprache“ führten[690], und Jan Kowalczyk gab zu bedenken, daß ein Bayer einen niederdeutsch sprechenden Norddeutschen nicht verstehen könne, jeder Kaschube aber sehr wohl die polnische Literatursprache verstünde.[691] Auch der preußische Verweis auf den Protestantismus der Masuren sage in diesem Zusammenhang nichts aus, da auch ein protestantischer Preuße wohl kaum auf die Idee komme, einem katholischen Bayern seine deutsche Nationalität abzusprechen. Tatsächlich sei es der deutschen Seite nur darum zu tun, unter Rückgriff auf künstliche Kriterien eine „neue Rasse“ zu kreieren, um das polnische Element auf diese Weise statistisch reduzieren zu können.[692] Włodzimierz Wakar schließlich bilanzierte, die kaschubische Sprache sei mit ihren unbestrittenen Besonderheiten weder eine Kirchen- noch eine Wissenschafts- oder Pressesprache, sondern lediglich das mündliche Kommunikationsmittel der einfachen Volksschichten und somit auch kein Ausweis einer eigenständigen Nationalität; die Sprache der Zivilisation für die Kaschuben sei und bleibe in jeder Hinsicht das Polnische.[693] Im übrigen, so Wakar weiter, gelte es zu bedenken, daß selbst der völlige Verlust der Muttersprache nicht in jedem Fall auch den Verlust eines eigenständigen Nationalbewußtseins bedingen müsse, wie man am Beispiel der Iren sehen könne.[694] Als Quintessenz ihrer Argumentation berechnete die polnische Statistik die Gesamtzahl der unter preußischer Herrschaft lebenden Polen, indem sie den – im engeren Sinne – Polnischsprachigen nicht nur die Zweisprachigen (Polnisch-Deutsch), sondern auch die Gesamtheit der Kaschuben und Masuren (einschließlich derjenigen, die neben Kaschubisch oder Masurisch noch Deutsch als gleichberechtigte Muttersprache angegeben hatten) hinzuaddierte.[695] Romer kam unter Berufung auf die Volkszählung von 1910 so bereits auf 3,48 Mio. Polen (anstatt knapp 3,04 Mio.).[696]

Mit dieser „Bereinigung“ der vom Kaiserlichen Statistischen Amt gelieferten offiziellen Zahlen gab sich die polnische Seite aber längst nicht zufrieden, vielmehr mühte sie sich, den manipulierten Charakter des vorliegenden Zahlenmaterials insgesamt zu beweisen, indem sie den Volkszählungen die gleichfalls in regelmäßigen Abständen durchgeführten Volksschulkinderzählungen gegenüberstellte, bei denen besonders in Oberschlesien und Masuren der Anteil der Polnischsprachigen unter den

690 ROMER, Polacy, S. 7. – Romer zieht im folgenden (S. 9f.) mehrere deutsche und polnische, unter 6.3. zum Teil schon zitierte Arbeiten heran, die seine Auffassung vom polnischen Charakter der Kaschuben und Masuren stützen.
691 KOWALCZYK, S. 24f.
692 Ebenda, S. 25.
693 WAKAR, Rozwój terytorialny, S. 45.
694 Ebenda.
695 So schon bei PARCZEWSKI, O zbadaniu, S. 23. – In der deutschen Statistik wurde später übrigens genau umgekehrt verfahren. WITTSCHELL, S. 28f., bezeichnet das Auftauchen von Polnischsprachigen in Masuren bei der Volkszählung von 1910 als „Zählungsfehler“, da „das Masurische von der Bevölkerung zuweilen auch Polnisch genannt wird“, ohne daß dies etwas über die nationale Selbstzuordnung der Betroffenen aussage.
696 ROMER, Polacy, S. 106.

Sechs- bis Sechzehnjährigen stets deutlich höher ausfiel als gemäß den Volkszählungen unter der Gesamtbevölkerung.[697] Besonders die großen Abweichungen zwischen der Volksschulkinderzählung von 1911 und der nur ein Jahr zuvor durchgeführten Volkszählung erregten das Interesse polnischer Statistiker. Obwohl die Ergebnisse nur sehr bedingt miteinander vergleichbar waren – zum einen fanden die eine höhere Lehranstalt besuchenden Kinder bei der Volksschulkinderzählung gar keine Berücksichtigung, zum anderen wurde hier nach der in der Familie vornehmlich benutzten Sprache gefragt, während bei der Volkszählung allein die Muttersprache des Individuums maßgeblich war –[698], wurden die Ergebnisse der Schulkinderzählung als Ausdruck des „wahren" nationalen Stärkeverhältnisses in den „Westgebieten" gewertet.[699] Czesław Andrzejewski etwa kommentierte die in Masuren zum Teil über 30%igen Abweichungen zwischen beiden Zählungen damit, die von der amtlichen Volkszählungsstatistik präsentierten Zahlen trügen „das Brandmal des Luges und Truges unverblümt an der Stirn". Sein Fazit:

> „Wir können aufgrund der Landschulkinderstatistik nur zu dem Ergebnis gelangen, daß man die deutsche Landbevölkerung in Gemeinden und Gutsbezirken durch viele Zehntausende Polen verstärkt, die Zahl der Polen also in demselben Grade herabgedrückt hat."[700]

---

697 So wies schon TADEUSZ SMARZEWSKI: *Trochę statystyki* [Ein wenig Statistik], in: „Kraj" 1898, Nr. 18, S. 9ff., auf auffällige Abweichungen von teilweise mehr als 10% zwischen den Ergebnissen der Volkszählung von 1890 und der Volksschulkinderzählung von 1895 hin, so in den masurischen Kreisen Ortelsburg (1890 75,7%; 1895 89,5%), Sensburg (1890 60,3%; 1895 71,8%) und Lötzen (1890 47,9%; 1895 63,1%).

698 Vgl. LAUBERT, Nationalität und Volkswille, S. 66f. – Lauberts Arbeit ist als Widerlegungsschrift gegen die von der polnischen Seite während des Ersten Weltkrieges und unmittelbar danach ins Feld geführte statistische Argumentation konzipiert.

699 Eine Gegenüberstellung der Ergebnisse von 1910 und 1911 für die Regierungsbezirke Posen, Bromberg, Danzig, Marienwerder, Allenstein und Oppeln (nach Kreisen aufgeschlüsselt) findet sich bei SEYDA, Territoires Polonais, S. 19ff., WAKAR, Développement territorial, S. 418ff., nur für den Regierungsbezirk Allenstein auch bei LIBER [d.i. Andrzejewski], S. 51. – Die auffälligste Abweichung bezüglich des prozentualen Anteils der Polnischsprachigen ergibt sich für Masuren im Kreis Lötzen und wird von Seyda und Wakar mit 35,95% (Volkszählung 1910) gegen 70,2% (Schulkinderzählung 1911) angegeben, von Andrzejewski hingegen mit 43,4% (1910) gegen 77,6% (1911). Für Oberschlesien ergeben sich die größten Abweichungen in den Kreisen Zabrze (1910 59,8%; 1911 79,7%), Kreuzburg (1910 52,95%; 1911 75,0%) und Kattowitz-Stadt (1910 14,2%; 1911 38,6%). – BELZYT, Zur Frage, S. 39f., schließt sich der Vorgehensweise der polnischen Statistiker zumindest teilweise an, berücksichtigt jedoch zugleich den Umstand eines um 3-5% höheren Kinderreichtums in den polnischsprachigen Familien Masurens. Im Ergebnis präsentiert er eine eigene Nationalitätenschätzung, bei der der Prozentsatz der Polnischsprachigen jedenfalls eher näher an der Schulkinder- als an der Volkszählung liegt (Beispiel für den Kreis Neidenburg 1910: Volkszählung: 64,9% – Schulkinderzählung: 89,5% – Schätzung Belzyt: 80%). Trotz dieser Korrekturen leugnet aber auch Belzyt die Tatsache eines prozentualen Rückganges der polnischsprachigen Bevölkerung in Masuren vor 1914 nicht; der Prozeß der Germanisierung sei dort „ohne Zweifel effektiv" gewesen (S. 40).

700 LIBER [d.i. Andrzejewski], S. 51f.

Gestützt auf die Ergebnisse der Schulkinderzählung rechnete Romer die Gesamtzahl der unter preußischer Herrschaft lebenden Polen auf knapp 3,87 Mio. hoch[701], Włodzimierz Wakar kam sogar auf 4,15 Mio. (gegenüber 2,33 Mio. Deutschen) und damit auf ein Verhältnis von annähernd 2:1.[702] Konkret für Oberschlesien kam Romer so auf 71% Polen[703], Seyda sogar auf 72,7%[704]. Daß die auf diese Weise gegenüber den Volkszählungsergebnissen errechnete Differenzspanne in Oberschlesien höher war als in den preußischen Polengebieten insgesamt, wurde freilich nicht nur mit einer vermeintlichen Fälschungsintention der Behörden erklärt, sondern auch auf den im Vergleich zu anderen preußischen Provinzen geringeren Grad an „Aufgeklärtheit“ unter der dortigen polnischen Bevölkerung zurückgeführt[705] oder, drastischer noch, auf den verbreiteten „Opportunismus“ eines Teils der älteren polnischen Generation.[706]

Damit war eine für die politische Zukunft der „Westgebiete“ entscheidende Frage angesprochen. Allem Jubel über tatsächliche oder vermeintliche Fortschritte einer polnischen Nationalbewegung zum Trotz verrieten die verbreiteten Klagen über „national indifferente Polen“ in den „Westgebieten“[707] und die „geistige Versklavung“ der dortigen Bevölkerung (insbesondere in Masuren)[708], daß sich die Verkünder einer „nationalen Wiedergeburt“ Oberschlesiens und Masurens sehr wohl bewußt waren, daß sich Muttersprache und nationales Bekenntnis dort nach den Jahrhunderten der

---

701 ROMER, Polacy, S. 106. – Für das von ihm im einzelnen untersuchte Gebiet (Masuren, südliches Ermland, Kaschubei) kommt Romer im Ergebnis auf einen polnischen Bevölkerungsanteil von 50,5% (statt 41,8%) und gibt den Anteil der Gemeinden mit polnischer Mehrheit mit 66,9% (statt 55,3%) an.

702 WAKAR, Développement territorial, S. 425. – Im einzelnen errechnet WAKAR für Posen 1.463.000 Polen und 637.000 Deutsche, für Westpreußen 754.500 Polen und 949.000 Deutsche, für Ostpreußen (nur Regierungsbezirk Allenstein) 385.000 Polen und 158.000 Deutsche, für Schlesien (nur Regierungsbezirk Oppeln) schließlich 1.548.500 Polen und nur 588.000 Deutsche.

703 ROMER, Die Gesamtzahl, S. 31.

704 SEYDA, Territoires Polonais, S. XV. – Die hierzu präsentierte Tabelle (S. 25) weist gemäß der Schulkinderzählung eine polnische Mehrheit in 18 von 26 oberschlesischen Kreisen aus (statt nur in 13 Kreisen gemäß der Volkszählung).

705 Die von ROMER, Die Gesamtzahl, S. 31, für Oberschlesien errechnete Differenzsumme von 14% gegenüber dem Volkszählungsergebnis von 1910 (Polen + „Zweisprachige“ = 57%) war deutlich höher als die für alle sechs von Polen bewohnten Regierungsbezirke errechnete Gesamtabweichung von 9% (lt. Volkszählung 52%, lt. Schulkinderzählung 61%).

706 DUDZIŃSKI, S. 17.

707 LIBER [d.i. Andrzejewski], S. 55.

708 Ebenda, S. 45: „Ostpreußen, insbesondere Masuren, ist kein Einwanderungsland, kein Eldorado für zehntausende von Ansiedlern und ein besonders einladendes Betätigungsfeld für einen ‚staatserhaltenden‘ deutschen Zustrom von außen, da die ‚Masuren‘ in ihrer geistigen Versklavung für ‚gute Preußen‘ gelten und eine von außen organisierte Hetzpropaganda bisher nicht unbedingt so notwendig erschien, wie im übrigen Westpolen.“ – Vgl. hierzu auch Gdańsk and East Prussia, S. 31: „But after so many centuries of obedience to a foreign government, they [Die Masuren, Anm. d. Verf.] cannot be expected to express freely their deepest feelings. For them the Prussian king has been for such a long time the symbol of power, that they may not dare to suddenly renounce Prussian allegiance.“

Trennung von Polen längst nicht vollständig deckten. Vor dem Hintergrund der Idee des nationalen Selbstbestimmungsrechts verlor der alte (und bis heute geführte) Streit um die „richtige“ Interpretation der preußischen Nationalitätenstatistik natürlich stark an Bedeutung. Insofern kam der Frage, wieweit das objektive, an festen Kriterien wie eben der Muttersprache orientierte Nationalitätsprinzip oder aber das subjektive Nationalitätsprinzip – also die Freiheit jedes einzelnen, selbst über seine nationale Identität zu befinden – über die künftige staatliche Zugehörigkeit der „Westgebiete“ entscheiden sollte, auf der Pariser Friedenskonferenz eine maßgebliche Rolle zu. Es verwundert nicht, daß die polnische Seite dem Selbstbestimmungsprinzip gerade bezüglich Ostpreußens äußerst reserviert gegenüberstand. In einer 1919 von der polnischen Delegation herausgegebenen Denkschrift hieß es bezeichnend:

> „The principle of national self-determination can have a legitimate application only to real nations, and not to every territory conquered anywhere by violence and treachery.“[709]

Wenn aber doch Volksabstimmungen vereinbart wurden – wie es in Paris dann ja tatsächlich geschah –, war des weiteren zu klären, wer als Träger des von US-Präsident Wilson kurz vor Ende des Ersten Weltkrieges zum neuen völkerrechtlichen Leitprinzip erhobenen Selbstbestimmungsrechts überhaupt in Frage kam.

In diesem Zusammenhang stellte sich die Frage nach den in jüngster Vergangenheit zu beobachtenden Migrationsbewegungen. Von den polnischen Statistikern nicht in Abrede gestellt, war seit 1848 ein erheblicher Auswanderungsüberschuß aus den östlichen Provinzen Preußens feststellbar, zurückzuführen v.a. auf die Abwanderung polnischsprachiger Arbeitskräfte in die Industriereviere Westdeutschlands.[710] Alfons Parczewski gelangte in diesem Zusammenhang jedoch zu der optimistischen Prognose, daß die im Vergleich zur ortsansässigen deutschen Bevölkerung höhere polnische Geburtenrate diese Migrationsverluste aufwiegen werde.[711] Mehr Aufmerksamkeit als die Abwanderung von Polen fand die Zuwanderung von Deutschen, in der die polnische Seite vielfach den Versuch einer gezielten Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung in den „Westgebieten“ sah. Mit Blick auf eventuell bevorstehende Plebiszite kommentierte etwa Andrzejewski, Erwägungen bezüglich ihrer Durchführung „kämen überhaupt erst dann in Frage, wenn das zahlenmäßige Gleichgewicht zugleich das Gleichgewicht bodenständiger, landeingesessener Elemente bedeutete. Denn diese nur wären berufen, das Schicksal ihres Landes aufgrund des Selbstbestimmungsrechts in die Hand zu nehmen.“[712] Mit der Forderung nach „Bodenständigkeit“ wurde ein Kriterium in die Diskussion eingeführt, das über eine bloße Interpretation

---

709 Gdańsk and East Prussia, S. 35.

710 Hierzu BELZYT, Zur Frage, S. 44. – Diese Form der Abwanderung machte sich besonders stark in Masuren bemerkbar.

711 PARCZEWSKI, Emigracya, S. 3f., 7. – Die Arbeit erschien ursprünglich im Lemberger *Przegląd Emigracyjny*, dem Vorläuferblatt des *Przegląd Wszechpolski*. – Vgl. auch LIBER [d.i. Andrzejewski], S. 43f., der bezüglich Ostpreußens zu der Feststellung gelangt, die polnische Auswanderung nach dem Westen gehe „allerdings dieselben Bahnen, wie die gleich starke deutsche Auswanderung aus diesem Junkerlande“.

712 LIBER [d.i. Andrzejewski], S. 11.

der Volkszählungsergebnisse hinausging. Besonders Staats- und Militärbedienstete gerieten ins Visier, denen als „gestern erst hineingeschleppte Elemente" und als „bodenfremdes, aus einer fernen Heimat nach Polen verpflanztes Schmarotzerelement"[713] das Recht auf Selbstbestimmung kurzerhand abgesprochen wurde. Andrzejewski nahm hiervon auch in den umstrittenen Gebieten bereits geborene Deutsche nicht aus:

> „Der Deutsche in den polnischen Landesteilen ist nur zum allerwenigsten alteingesessenes, im Boden seiner Väter wurzelndes Element; die in die Welt hinausgeschrieenen ‚Millionen' Deutscher und ihre Väter sind Fremdlinge und Eindringlinge, welche eine Raub- und Gewaltpolitik unter ärgstem Mißbrauch staatlicher Gewalt dem polnischen Lande aufgezwungen und aufgedrungen hatte – und dazu noch aus den Mitteln dieses Landes künstlich unterhielt und begünstigte."[714]

Konkret auf Oberschlesien bezogen hieß das laut Andrzejewski, daß wenigstens 180.000 Deutsche ihre Existenz dort ausschließlich den „herrschenden Verhältnissen" verdankten.[715] In diesem Zusammenhang wurde besonders auf den überwiegend polnischen Charakter der ländlichen Regionen Oberschlesiens verwiesen, die laut Volkszählung überwiegend deutschsprachigen Mehrheiten in den im Zuge des Industrialisierungsprozesses rasch anwachsenden Städten hingegen als das Ergebnis einer gesteuerten deutschen Einwanderung dargestellt.[716] So zählte Andrzejewski am Beispiel der Stadt Kattowitz alle Juden, Beamten, Militärs und sonstigen Staatsangestellten zusammen und präsentierte das Ergebnis als ein „verjudetes und hakatistisch verseuchtes ‚Kultur'deutschtum, das ganz Oberschlesien mit seinem Geifer infiziert".[717] Unter den gerade mal 14% Deutschen, die er auf der Grundlage der Volksschulkinderzählung für die oberschlesischen Landgemeinden und Gutsbezirke errechnete, machte er ebenfalls zahlreiche Lehrer und Beamte aus, wohingegen eine „bodenständige landwirtschaftliche Bevölkerung" dort allenfalls in Spurenelementen vorhanden sei.[718] Aus dieser Formulierung und den genannten Zahlen geht unzweideutig hervor, daß mit den „landfremden" Elementen also nicht nur hohe preußische Militärs und

---

713 Ebenda, S. 9, 20.
714 Ebenda, S. 20.
715 Ebenda, S. 79.
716 Ebenda, S. 82ff.; vgl. BEŁZA, Śląsk polski, S. 9, 25; MALISZEWSKI, S. 44; GŁABISZ, S. 28, der die oberschlesischen Städte als „Festungen des Deutschtums" inmitten eines ansonsten polnischen Landes schildert.
717 LIBER [d.i. Andrzejewski], S. 85. – An dieser Stelle gehen dem Autor regelrecht seine xenophoben Emotionen durch, wenn er die deutschsprachigen Oberschlesier voller Haß schildert: „Es ist das widerwärtigste Bürokratentum, es ist der Abschaum, der Ausbund eines irren Chauvinismus, der durch eine tollwütige Presse ständig aufgepeitscht sich ausläßt in seinem tierischen Groll gegen ein Volkstum, das, nach einem langen Schlaf wachgeworden, sich (als) Herr im Lande seiner Väter fühlt und die Stirn bietet den Eindringlingen, Söldlingen, Schmarotzern und Renegaten, welche es materiell aussaugen, welche von seiner Sklavenarbeit leben und reich werden, und dabei die Dreistigkeit haben, seine Sprache und seine nationale Eigenart mit dem Auswurf ihres Machtdünkels und Hasses zu besudeln" (S. 84f.).
718 Ebenda, S. 80f.

Regierungsfunktionäre gemeint waren, sondern die Beamtenschaft generell – vom Regierungsrat bis hin zum Dorfschullehrer oder zum Briefträger.[719] Daß für diese Gruppe in einem wiedererstandenen polnischen Staat kein Platz mehr sein würde, machte Kowalczyk mit unverblümter Offenheit deutlich:

> „It is obvious that under a just government in a polish country also Polish officials would perform the public service. Thus at least 300.000 Germans would be superfluous and would have to go back to their home country. Nevertheless, the fact cannot be denied that these superfluous officials and their families really are living in the ‚Eastern Marches', but, on the other hand, the artificial augmentation of the German population is evident and proved beyond satisfaction."[720]

Wie weit die zahlenmäßige „Bereinigung" der Volkstumsstatistik getrieben wurde, exerzierte Andrzejewski am Beispiel Oberschlesien vor, wo er den polnischen Bevölkerungsanteil nach Abzug der überwiegend deutschsprachigen Kreise im Südwesten, Addition der Zweisprachigen, Umrechnung der Schulkinderzählungsergebnisse auf die Gesamtbevölkerung und schließlich nach Abzug aller „landfremden" deutschen Elemente auf insgesamt sechs Siebentel – also rund 85% – hochrechnete. [721] Als Träger des Rechts auf Selbstbestimmung blieben damit, folgte man dieser Berechnung, faktisch nur die Industriearbeiterschaft und das schon in den Schriften Jan Ludwik Popławskis verherrlichte polnischsprachige Kleinbauerntum übrig.

Mit ihrer Vorstellung eines derart selektiven Selbstbestimmungsrechts drang die polnische Seite im Vorfeld der in Paris für Oberschlesien und das südliche Ostpreußen festgesetzten Plebiszite allerdings nicht durch. Unabhängig von der Frage, wie-

---

[719] Nach eigener Aussage (S. 59) stützt Andrzejewski seine diesbezüglichen Berechnungen auf die sogenannte „Gruppe E" der preußischen Berufsstatistik von 1912, in der neben den Beamten, Staatsangestellten und Militärs auch verschiedene „freie" Berufsgruppen wie z.B. Ärzte, Geistliche, Rechtsanwälte oder Künstler geführt wurden, verschweigt dabei aber, daß diese Statistik nur die bloße Anzahl der Berufstätigen ohne Rücksicht auf deren Nationalität enthielt. Auch wenn sicher davon ausgegangen werden kann, daß die genannten Berufe in ihrer großen Mehrheit von Deutschen ausgeübt wurden, so ist ein konkretes ethnisches Stärkeverhältnis aus der „Gruppe E"-Statistik gleichwohl nicht herauszulesen. – Vgl. LAUBERT, Nationalität und Volkswille, S. 61f.

[720] KOWALCZYK, S. 28f.; vgl. Gdańsk and East Prussia, S. 34f., wo den in Ostpreußen beschäftigten „abhängigen Deutschen" (Verwaltung und Militär) die Daseinsberechtigung mit dem Hinweis abgesprochen wird, sie lebten von keinerlei „produktiver Arbeit".

[721] LIBER [d.i. Andrzejewski], S. 85f. – Vgl. hierzu die Berechnungen von SEYDA, Territoires Polonais, S. XV, der von den 590.000 Deutschen im gesamten Regierungsbezirk Oppeln, die er nach Umrechnung der Volkschulkinderzählung auf die Gesamtbevölkerung noch „übriggelassen" hat, noch einmal 120.000 „Militärs und Funktionäre" abzieht und den verbliebenen 470.000 Deutschen die Zahl von 1.550.000 Polen gegenüberstellt. – Vgl. auch KOWALCZYK, S. 26f., der mit der Begründung, polnische Wehrpflichtige müßten ihren Dienst grundsätzlich in den westlichen Provinzen Deutschlands ableisten, während zum Dienst in den preußischen Polengebieten wiederum junge Männer deutscher Nationalität herangezogen würden, die Gesamtzahl der im preußischen Osten stationierten Soldaten dem deutschen Element abzieht und dem polnischen Element zuschlägt, um auf diese Weise die Statistik „auszugleichen".

weit die preußische Volkstumsstatistik die Zahl der Polen nach unten frisiert hatte und wie hoch der polnischsprachige Bevölkerungsanteil in den „Westgebieten“ nun tatsächlich war, zeigte der hinhaltende Widerstand, den die polnische Delegation auf der Friedenskonferenz mit Unterstützung Frankreichs und der USA der Idee einer unter internationaler Kontrolle durchgeführten Volksabstimmung in Oberschlesien entgegensetzte, daß sie den Berechnungen der eigenen Statistiker wohl nicht recht traute, da ein Votum für den Anschluß an Polen sonst wohl eine Selbstverständlichkeit hätte sein müssen.[722]

6.5. Ein Beispiel für die Thematisierung der „Westgebiete“ in der polnischen Belletristik: Artur Gruszeckis *Szarańcza*

Wie schon angesprochen, fanden historische „Westmotive“ in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts ihren Niederschlag auch in der polnischen Belletristik. So wie Sienkiewicz das „Kreuzritter“-Thema literarisch verarbeitet hatte, so finden sich die polnische Vergangenheit Schlesiens betreffende Episoden und Motive vielfach in den historischen Romanen Józef Ignacy Kraszewskis.[723] Der im preußischen Osten von den Polen geführte Kampf gegen die staatliche Nationalitätenpolitik weckte darüber hinaus bei vielen polnischen Literaten breite Sympathien. Hierbei tat sich insbesondere die Dichterin und Kinderbuchautorin Maria Konopnicka (1842-1910)[724] hervor, die unter anderem die in Oberschlesien von nationaldemokratisch orientierten Kreisen angeführte Anti-Zentrums-Kampagne publizistisch lebhaft unterstützte. Im Anschluß an eine im Oktober 1902 auch von Vertretern der nationalpolnischen Bewegung Oberschlesiens besuchte Veranstaltung zu Ehren ihres 20jährigen schriftstellerischen Jubiläums in Krakau richtete sie einen offenen „Brief an die oberschlesischen Brüder“ *(List do braci Górnoślązaków)*, in dem sie diese dazu aufforderte, ihre Kinder auch künftig in dem Wissen zu erziehen, „daß sie die Kinder eines polnischen Landes sind“.[725] Entsprechend druckte die nationalpolnische Presse, insbesondere Korfantys *Górnoślązak* (s.u. Kap. 7.4.1.), des öfteren Sympathiekund-

[722] Vgl. hierzu JASKÓLSKI, S. 30ff., 34ff. – In seiner nach Ende der Friedenskonferenz verfaßten Schrift wagt der Autor einen Ausblick auf die bevorstehenden Plebiszite und gesteht dabei zu, daß Deutschland in Schlesien jahrhundertelang eine dominierende Rolle in allen Lebensbereichen gespielt habe, was in der kurzen Zeit der internationalen Administration bis zur Abstimmung wohl auch nicht ungeschehen zu machen sei. Noch pessimistischer klingen seine Worte bezüglich Masurens, wo das zahlenmäßige Übergewicht der polnischen Bevölkerung leider noch keineswegs den Sieg garantiere.

[723] Listy śląskie, S. 9 (Vorw. v. Jerzy Pośpiech).

[724] PSB, Bd. 13, S. 576ff. – Im Jahre 1908 hatte Konopnicka das patriotische und dezidiert antideutsche Gedicht *Rota* [Der Schwur] verfaßt, das vor Kriegsausbruch fast zu einer inoffiziellen zweiten Nationalhymne der Polen wurde.

[725] Zit. in: ST. KOLBUSZEWSKI, S. 153f.

gebungen für die Dichterin; ihr Tod im „Grunwald-Jahr“ 1910 wurde in ausführlichen Nachrufen entsprechend betrauert.[726]

Die territoriale Westorientierung, wie sie sich innerhalb der polnischen Öffentlichkeit besonders im Angesicht des bevorstehenden Endes des Ersten Weltkrieges vollzog, schlug sich auch in dem Versuch nieder, ein die „Westgebiete“ einschließendes polnisches „Nationalgedicht“ zu verfassen. In diesem Sinne griff Roman Żarliński das in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstandene „Lied über unser Land“ aus der Feder Wincenty Pols (s.o. Kap. 3.2.) wieder auf und schrieb eine (1920 in mehreren Auflagen anonym in Krakau erschienene) Neufassung. In diesem „Neuen Lied über unser Land“ *(Nowa pieśń o ziemi naszej)* fand auch das Polentum der Schlesier, Masuren und Kaschuben sowie der vermeintlich urpolnische Charakter der von ihnen besiedelten Landstriche breite Berücksichtigung.[727]

Ein die aktuelle politische Entwicklung in den „Westgebieten“ reflektierender Roman wurde von einem der „großen“ – sprich: über die Grenzen Polens hinaus bekannten und gelesenen – Schriftsteller bis 1918 allerdings nicht verfaßt. Diese Aufgabe blieb dem von der Stilrichtung des Naturalismus beeinflußten und heute auch in Polen weitgehend vergessenen Warschauer Volksschriftsteller und Publizisten Artur Gruszecki (1852-1929)[728] überlassen. Wenngleich dem Werk Gruszeckis in der polnischen Literaturkritik nie ein besonderer schriftstellerischer Wert zugemessen wurde, waren seine Romane um die Jahrhundertwende durchaus populär und fanden in Kongreßpolen eine breite Leserschaft. Neben seiner schriftstellerischen Tätigkeit gab Gruszecki seit 1887 auch das sich mit geographischen und volkskundlichen Themen beschäftigende Monatsblatt *Wisła* [Die Weichsel] heraus.[729]

Die politischen Ansichten Gruszeckis waren stark von einer das bodenständige polnische Bauerntum in den Mittelpunkt stellenden Volkstumsideologie geprägt, wie sie auch Jan Ludwik Popławski vertrat, in dessen Warschauer *Głos* er 1892 seinen Roman *Tuzy* [Große Tiere] veröffentlichte.[730] Entsprechend thematisierte er in seinen Büchern auch immer wieder den Gegensatz zwischen einer idealisierten bäuerlichen Kultur und der von ihm als dekadent verachteten Adelskultur.[731] So weit seine Romane hingegen in den preußischen Polengebieten spielten, wurde dieses Motiv in einen

---

726 Ebenda, S. 150, 156.

727 J. KOLBUSZEWSKI, „Stara“ i Nowa pieśń, S. 21-30. – Herausgegeben wurde dieses „Neue Lied über unser Land“ erstmals vom Verlag des „Komitees zur Verteidigung der nördlichen Grenzmarken“ *(Komitet Obrony Kresów Północnych)* und als Propagandatext im Abstimmungskampf um das südliche Ostpreußen eingesetzt (S. 27, Anm. 19); vgl. auch DERS., Nowa pieśń, insb. S. 123ff.

728 PSB, Bd. 9, S. 59ff. – Detailliert zu Leben und Werk Gruszeckis TCHÓRZEWSKA-KABATA; speziell zur Rolle der „Westgebiete“ in Gruszeckis Werk J. KOLBUSZEWSKI, Ziemie zachodnie (1985), S. 25-39; DERS., Ziemie zachodnie (1996), S. 20-31 (Neufassung des vorstehend genannten Aufsatzes mit gleichem Titel).

729 TCHÓRZEWSKA-KABATA, S. 31ff.

730 Ebenda, S. 38.

731 Ebenda, S. 116; vgl. hierzu auch die oben in Kapitel 5.1. zitierte Passage aus Gruszeckis Roman *W starym dworze*.

Gegensatz zwischen einer alteingesessenen polnischen Dorfkultur auf der einen und einer landfremden und hochmütigen deutschen Stadtkultur auf der anderen Seite abgewandelt. In diesem groben Schwarz-Weiß-Raster stand den heroisch um ihr Volkstum und ihre Sprache kämpfenden Polen ein durchweg brutales und arrogantes Preußentum gegenüber. Wie Popławski stilisierte auch Gruszecki den deutsch-polnischen Gegensatz zum „Kampf um Leben und Tod" hoch und verneinte generell die Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz zwischen Deutschen und Polen unter preußischer Herrschaft.[732]

Die oberschlesische Problematik thematisierte Gruszecki erst relativ spät in seinen Romanen *Szarańcza* [Die Heuschrecke, erschienen 1899] und *Zwyciężeni* [Die Besiegten, erschienen 1901]. Vor allem in *Szarańcza* finden sich alle zentralen Motive seiner politisch-ideologischen Sichtweise der dortigen Verhältnisse. Die Grundzüge der Handlung seien hier nur kurz skizziert: Im Mittelpunkt steht der aus einer ursprünglich polnisch-schlesischen Familie stammende, aber von seiner Erziehung her vollständig germanisierte Redakteur des deutschsprachigen und strikt antipolnisch eingestellten Beuthener Blattes „Ostmark", Krempa. Im Verlauf der Geschichte „entdeckt" besagter Krempa, der anfangs einen regelrechten Haß auf alles Polnische empfindet[733], gemeinsam mit seiner Gattin Maria und seinem halbwüchsigen Sohn Adalbert seine polnischen Wurzeln wieder, findet schließlich ganz zum Polentum zurück und wird selbst zum engagierten Verfechter der polnischen Sache in Oberschlesien. Seinen symbolischen Niederschlag findet dieser Prozeß einer „nationalen Wiedergeburt" in dem Wunsch des Sohnes, fortan mit dem polnischen Vornamen „Wojciech" (statt Adalbert) gerufen zu werden.[734]

Als eigentliche Helden des Romans, die großen Anteil daran haben, daß Krempa auf den „rechten Weg" zurückfindet, treten in *Szarańcza* zwei Oberschlesier auf, hinter denen sich reale Personen verbergen. So stand bei der Skizzierung des Chefredakteurs der polnischsprachigen Zeitung *Pochodnia* [Die Fackel] und engagierten Vorkämpfers der Interessen der polnischen Schlesier, Jerzy Sobolski, eindeutig die Figur des 1882 verstorbenen *Katolik*-Gründers Karol Miarka Pate.[735] Diesen Sobolski läßt Gruszecki in zahlreichen Dialogen ausführlich zu Wort kommen und seine Sicht der Dinge vortragen, so z.B. mit der Auffassung, die Muttersprache sei „einer der wichtigsten und unentbehrlichsten Faktoren der zivilisatorischen Entwicklung". Vor allem um den Erhalt der Sprache müsse daher der Kampf mit den Deutschen geführt werden, „die uns fremd sind von Herkunft, Sitten, Sprache und Glauben her".[736] Daß als

---

[732] J. KOLBUSZEWSKI, Ziemie zachodnie (1985), S. 33, 38.
[733] GRUSZECKI, Bd. 2, S. 21f.
[734] In dieser Szene ergibt sich eine auffällige Parallele zum realen Lebensweg zweier wichtiger Propagandisten der Zugehörigkeit der „Westgebiete" zu Polen. Sowohl der aus Masuren stammende Historiker Wojciech Kętrzyński als auch der oberschlesische Politiker Wojciech Korfanty trugen von Geburt an eigentlich den deutschen Vornamen „Adalbert" bzw. „Albert" und nahmen die polnische Namensform „Wojciech" erst später an.
[735] J. KOLBUSZEWSKI, Ziemie zachodnie (1985), S. 38.
[736] GRUSZECKI, Bd. 2, S. 60f. – Hier und anderswo fällt auf, daß Gruszecki den deutsch-polnischen Gegensatz in Schlesien meist vereinfachend einen Gegensatz zwischen „Deutschen"

Träger diese Kampfes in Oberschlesien nur das einfache, bodenständige Volk in Frage komme, macht Sobolski ebenfalls deutlich:

> „Hier in Schlesien setzt sich nicht die Aristokratie, nicht die Szlachta, nicht das Bürgertum für die Rechte (des einfachen Volkes) ein (...). Hier marschiert das Volk selbst in einer geschlossenen und starken Schar, wie ein einziges Element, so hart und einheitlich wie der Granit aus unseren Bergen."[737]

Mit der Figur des sich gleichfalls für die Belange der polnischsprachigen Schlesier engagierenden Pfarrers und Dichters Marian Halbrot (der im Laufe der Handlung stirbt und dessen Beerdigung zu einer polnisch-nationalen Manifestation wird) setzte Gruszecki dem polnisch-schlesischen Volksdichter Konstanty Damrot (1841-1895)[738] ein literarisches Denkmal.[739] Seine tiefe Verehrung für das auf seinem Boden fest verwurzelte schlesische Bauerntum brachte Gruszecki beispielsweise dadurch zum Ausdruck, daß er einen einfachen Bauern im Gespräch mit Sobolski ein von Damrot stammendes patriotisches Lied frei vortragen ließ, in dem von Schlesien als von „unserem geliebten, von fremdländischer Ignoranz verachteten Land" gesprochen wird.[740]

Mit der Geschichte um die Familien Krempa und Sobolski in *Szarańcza* verwoben ist die unglückliche Liebesgeschichte zwischen der gleichfalls aus polnischen Verhältnissen stammenden Schlesierin Herminia Chromikówna und dem deutschen Arzt Dr. Daum. Obwohl Herminia sich völlig als Deutsche fühlt und ihre Liebe von Daum

---

auf der einen und „Schlesiern" auf der anderen Seite nennt und damit unterschwellig den Eindruck erweckt, bei den deutschsprachigen Bewohnern Oberschlesiens handle es sich im eigentlichen Sinne eben nicht um „Schlesier", sondern um Fremdlinge und Eindringlinge.

737 Ebenda, S. 63.

738 PSB, Bd. 4, S. 399f. – Damrot (dt. Damroth) leitete ab 1883 das Lehrerseminar in Oppeln und veröffentlichte seine Poesie meist unter dem Pseudonym „Czesław Lubiński". – Vgl. hierzu *Szlązacy w Poznaniu* [Schlesier in Posen], in: „Przegląd Poznański" 1895, Nr. 33 (u.a. Nachruf auf Damrot); KORASZEWSKI, *O języku* (wie Anm. 653), Nr. 21, S. 408, Nr. 24, S. 466f., Nr. 26, S. 513.

739 J. KOLBUSZEWSKI, Ziemie zachodnie (1985), S. 34f., 38.

740 GRUSZECKI, Bd. 1, S. 118f.:
„Znaszli tę ziemię, co z swych kruszców słynie,
Gdzie marny kruszec w obce ręce płynie,
Gdzie ludek w sercu klejnot swój ukrywa,
By poń nie sięgła żadna ręka chwica,
Gdzie bystra Odra toczy swoje wody,
Gdzie schludne domki, wesołe zagrody,
Gdzie się po polach pieśni rozlegają
W drugim po ojcach języku śpiewane?
Szląsku kochany kraju ulubiony
Od cudzoziemskiej głupoty wzgardzony!
Wzgardę miłością niweczą twe syny
Kochając ciebie nad inne krainy."
Dasselbe Lied zitiert übrigens auch ST. KŁOBUKOWSKI: *Kresy nasze zachodnie* [Unsere westlichen Grenzmarken], in: „Przegląd Wszechpolski" 1895, Nr. 2, S. 24f.

anfangs erwidert wird, läßt dieser sie eiskalt fallen, als er bemerkt, daß eine Eheschließung mit einer „Wasserpolackin" für ihn nicht standesgemäß wäre. Die Handlung strebt ihrem Höhepunkt zu, als Krempa endgültig mit seinen bisherigen Überzeugungen bricht und ein letztes Mal die Redaktion der „Ostmark" aufsucht, wo er einem anderen Mitarbeiter des Blattes namens Sternweg (bezeichnenderweise hat Gruszecki für diese Figur einen jüdisch klingenden Namen ausgewählt) die Abschiedsworte entgegenschleudert:

> „Ich bin ein Schlesier, und von heute an haben Sie es nicht nur mit Sobolski zu tun, sondern auch mit mir. Ich bin bei Euch in eine gute Schule gegangen, jetzt, Ihr Deutschen, werdet Ihr Eure eigenen Methoden kennenlernen."[741]

Die Geschichte endet optimistisch mit dem durch den Einsatz Krempas maßgeblich mitbeförderten Wahlsieg eines polnischen Kandidaten, der seinen deutschen Kontrahenten am Ende mit 14.600 gegen nur 4.500 Stimmen schlägt.[742]

Mit seinem Roman, der bereits viel von dem widerspiegelte, was sich in Oberschlesien nur wenige Jahre später tatsächlich vollzog, wollte Gruszecki auf die Gefahren der Germanisierung hinweisen, die er selbst als Verlust der eigenen Identität und Vergangenheit beschrieb.[743] Selbst eine freiwillige und gewollte Eindeutschung, so lautete die Quintessenz aus der unglücklichen Beziehung zwischen Herminia Chromikówna und Dr. Daum, ermögliche dem Schlesier nicht die gleichberechtigte Aufnahme in die deutsche Gesellschaft, vielmehr reiche allein der polnische Nachname aus, um auch weiterhin als Mensch zweiter Klasse behandelt zu werden. Entsprechend gab sich Gruszecki in seinen Romanen immer wieder als Verfechter der ethnischen „Reinheit" des polnischen Volkstums zu erkennen und lehnte deutsch-polnische Mischehen generell ab.[744] Zugleich sollte mit der Geschichte von der „nationalen Wiedergeburt" Krempas und seiner Familie die Umkehrbarkeit selbst einer schon weit fortgeschrittenen Germanisierung aufgezeigt und ein „Repolonisierungsprozeß" als möglich und erstrebenswert dargestellt werden.[745]

Waren Gruszeckis Romane insgesamt auch von geringer schriftstellerischer Qualität, so sind sie doch ein interessantes Zeitdokument, da sie einer um die Jahrhundertwende in der polnischen Öffentlichkeit weit verbreiteten politischen Stimmung literarischen Ausdruck verliehen. So weit sie in Oberschlesien handelten, spiegelten sich in ihnen zudem zahlreiche Motive und Stereotypen wieder, wie sie auch in der politischen Publizistik bezüglich der „Westgebiete" immer wieder präsentiert und variiert wurden. Wenig verwunderlich also, daß Gruszecki in einer 1897 für die Warschauer Tageszeitung *Kurjer Warszawski* [Warschauer Kurier] verfaßten politischen Reporta-

741 GRUSZECKI, Bd. 3, S. 147.
742 Ebenda, S. 174ff.
743 Ebenda, S. 127.
744 J. KOLBUSZEWSKI, Ziemie zachodnie (1985), S. 33; vgl. TCHÓRZEWSKA-KABATA, S. 186.
745 J. KOLBUSZEWSKI, Ziemie zachodnie (1985), S. 32.

ge über die Verhältnisse in Oberschlesien bereits ganz ähnliche Schwerpunkte gesetzt hatte, wie sie auch in *Szarańcza* zum Ausdruck kamen.[746]

[746] ARTUR GRUSZECKI: *Na Górnym Śląsku (Sosnowiec – Mysłowice – Bytom – Opole)* [In Oberschlesien (Sosnowitz – Myslowitz – Beuthen – Oppeln)], in: „Kurjer Warszawski" 1897, Nr. 168, 175, 177. – Gruszecki schildert hier u.a. die von ihm so empfundene Arroganz der preußischen Herrenschicht. Aber auch die vielen Jahrhunderte der Germanisierung, so heißt es weiter, hätten nichts daran ändern können, daß die Bevölkerung im Oppelner Land noch heute zu 80% aus „Schlesiern" bestehe und man selbst in der Stadt Oppeln kaum jemanden treffe, der einem die Frage nach dem Weg nicht auf polnisch beantworten könne.

7. Die politische Ebene des Westgedankens

7.1. „Mittel der Verteidigung“: Die erstmalige Formulierung konkreter Gebietsansprüche im Westen durch Jan Ludwik Popławski und Bolesław Wysłouch (1886/87)

Im Gegensatz zum Kulturkampf, der bereits zu Beginn der 80er Jahre abgeebbt war, verschärfte sich die deutsche Polenpolitik in den 80er Jahren stetig weiter. Vor diesem Hintergrund ergibt sich eine auffällige zeitliche Koinzidenz zwischen der erstmaligen Formulierung weitgehender, ideologisch-motivierter Gebietsforderungen im Westen und der bereits erwähnten Massenausweisung von etwa 30.000 Polen und Juden mit österreichischer oder russischer Staatsangehörigkeit aus Preußen 1885/86.[747] Obwohl es sich bei dieser in der polnischen Öffentlichkeit so genannten „preußischen Vertreibung“ *(Rugi pruskie)* vom streng rechtlichen Standpunkt aus betrachtet um nichts anderes als eine „Abschiebung unerwünschter Ausländer“ handelte, löste die auch in Deutschland verschiedentlich als „nutzlos grausam“ kritisierte Maßnahme, die den Ausgewiesenen nur eine kurze Frist zum Verlassen des Landes einräumte, in der polnischen Öffentlichkeit aller drei Teilgebiete einhellige Empörung aus und verstärkte die antideutschen Emotionen gewaltig.[748] Daß in diesem Klima die Losungen vom „Kampf auf Leben und Tod“ und von der Unmöglichkeit eines deutsch-polnischen Ausgleichs auf fruchtbaren Boden fielen, ist nicht verwunderlich.

Die Diskussion um die territoriale Gestalt eines künftigen polnischen Staatswesens, wie sie seit Ende der 80er Jahre mit zunehmender Intensität geführt wurde, war zugleich die fast zwangsläufige Folge des in den Spalten des Warschauer *Głos* verkündeten Bruchs mit der überkommenen polnischen Staats- und Nationsidee. *Głos*-Herausgeber Potocki ging in diesem Zusammenhang hart mit dem Postulat eines „historischen Polen“ ins Gericht. Die konsequente Anwendung dieses Prinzips bedeute nichts anderes, als daß ein künftiges Polen auf all jene Gebiete verzichten müsse, die nicht Bestandteil der alten Republik gewesen seien, ethnographisch hingegen zum Bereich der polnischen Nationalität gehörten. Hinter dem Schlagwort vom „historischen Polen“ stecke damit ein nicht nur unlogisches, sondern auch ein nichtpatrioti-

[747] Vgl. hierzu KULAK, Jan Ludwik Popławski 1854-1908, S. 145, 167.
[748] Zu den polnischen Reaktionen auf die Massenausweisungen siehe NEUBACH, Die Ausweisungen, S. 199ff., 208ff. – Vgl. hierzu auch BROSZAT, S. 111f.; BLANKE, S. 47ff.

sches, antinationales Programm – „eben das Programm der Stanczyken“.[749] Popławski selbst griff diesen Gedanken wenig später auf. Zwar könne von einer ethnographisch kompakten Grenzziehung auch nur in seltenen Fällen gesprochen werden, da sich die Nationalitäten meistens mischten; im Falle Polens „historische“ bzw. „politische“ Grenzen zu ziehen, hieße jedoch, die Polen in ihrem eigenen Staat zu einer Minderheit von nur 35% zu machen.[750] Das hieß aber gerade nicht, daß Popławski auf die ethnisch mehrheitlich nichtpolnischen Ostgebiete der Republik pauschal und *in toto* verzichtet hätte, wie seine späteren Auslassungen dazu belegen. Nur sollte das polnische Element innerhalb künftiger Grenzen wenigstens so stark bleiben, um die anderen Völkerschaften dominieren und schließlich assimilieren zu können (s.u. Kap. 9.4.).

Seine Aufmerksamkeit konzentrierte Popławski zunächst noch auf die Provinz Posen und den dort mit zunehmender Erbitterung geführten deutsch-polnischen Nationalitätenkampf. Den besonderen Wert Posens sowohl in historischer als auch in aktueller Hinsicht faßte Popławski im *Głos* in dramatische Worte:

> „Gleichwohl ist Posen das Nest unseres Stammes, die Wiege unserer Nationalität, unsere väterliche Scholle. Alles andere ist demgegenüber späterer Erwerb, ist eine historische Errungenschaft im Vergleich zu diesem uralten Erbe. Nein, wir dürfen und wir können dieses Verdienst unserer Ahnen nicht aufgeben, es muß unser sein um jeden Preis (...). Angesichts der Gefahr, die im Kern unserer Nationalität lauert, müssen alle anderen Rücksichten zurücktreten, alle anderen Gefühle schweigen.“[751]

Schon wenige Ausgaben später rückte er mit seinem legendären dreiteiligen Grundsatzartikel „Mittel der Verteidigung“ *(Środki obrony)* die eigentlichen „Westgebiete“ in den Mittelpunkt und griff geistig damit über die Grenzen von 1772 hinaus.[752] Popławski attac??kierte dabei mit Nachdruck eine Politik, die die Masuren und

---

749 J.K. POTOCKI: *Partyje i programy – część krytyczna II* [Parteien und Programme – kritischer Teil II], in: „Głos“ 1887, Nr. 29, S. 450f.

750 J.L. POPŁAWSKI: *W dobrej wierze* [In gutem Glauben], in: „Głos“ 1888, Nr. 17, S. 193f.

751 POPŁAWSKI, *Targowisko Poznańskie* (wie Anm. 421), S. 449f. – Die Bezeichnung der Provinz Posen als die „Wiege der polnischen Nation“ *(kolebka narodu polskiego)* oder auch als das „Nest des Weißen Adlers“ *(gniazdo orła białego)* spielt v.a. auf das historische Stammesgebiet der Polanen und die besondere Rolle der Stadt Gnesen im Prozeß der polnischen Nationswerdung an und ist ein in der polnischen nationalen Publizistik in der Folgezeit beliebtes und häufig wiederkehrendes Motiv.

752 J.L. POPŁAWSKI: *Środki obrony* [Mittel der Verteidigung], in: „Głos“ 1887, Nr. 39, S. 609f.; Nr. 40, S. 621f.; Nr. 41, S. 633f.; vollständig abgedruckt auch bei POPŁAWSKI, Pisma polityczne, Bd. 2, S. 3ff. – Das hier von Popławski dargelegte Territorialprogramm hat in der polnischen Literatur breite Beachtung gefunden. Schon NOWACZYŃSKI, S. 64, schrieb: „In zahlreichen grundlegenden und tief durchdachten, zwischen 1887 und 1903 im *Głos* und im *Przegląd Wszechpolski* abgedruckten Arbeiten verbreitete Popławski dieses Programm mit einer eisernen und unwiderstehlichen Logik der Argumentation.“ – Was die Nachkriegsliteratur angeht, siehe u.a. CZUBIŃSKI, Polska myśl zachodnia, S. 9; J. FELDMAN, Problem polsko-niemiecki, S. 95f.; KONIECZNY, S. 543; KULAK, Jan Ludwik Popławski 1854-1908, S. 594f.; DIES., Jan Ludwik Popławski – twórca myśli zachodniej, S. 41; DIES., Jan Ludwik Popławski – twórca i popularyzator polskiej myśli zachodniej (über-

die Schlesier in der Vergangenheit dafür verachtet habe und noch immer verachte, daß es bei ihnen keine eigene polnische Nobilität gebe, und wandte sich gegen die in der übrigen polnischen Publizistik verbreitete pessimistische Prognose, wonach das dortige Polentum infolge des „moralischen und ökonomischen Bankrotts der Szlachta" keine Zukunft habe. Nach dieser Logik, so Popławski weiter, wäre die vollständige Germanisierung der polnischen Gebiete unter preußischer Herrschaft nur noch eine „Frage der Zeit".[753] Ein Blick auf Schlesien hingegen beweise das Gegenteil: Dessen südöstlicher Teil habe seit den Tagen der Piastenzeit seinen nationalen Charakter nicht nur bewahrt, vielmehr nehme das polnische Element hier in letzter Zeit zahlenmäßig sogar noch zu, und das auch ohne Führung durch den Adel. Das zeige, daß das einfache Volk dort längst dabei sei, seine politischen Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Auf die katholische Geistlichkeit könne es dabei ohnehin nicht zählen, da deren Interessen sich längst von seinen eigenen nationalen Interessen entfernt hätten.[754]

Diese Entwicklung begründete den grundsätzlichen Optimismus Popławskis. Trotz eines tausendjährigen „Siegeszuges des Germanismus" von der Elbe über die Oder bis an Weichsel und Memel, so stellt er mit Genugtuung fest, fühlten sich in Posen, Westpreußen, Ostpreußen und Oberschlesien auch heute noch weniger als 50% der Bevölkerung dem Deutschtum zugehörig. In diesem Zusammenhang formulierte Popławski die entscheidenden Sätze, die wie keine anderen für den Beginn einer grundlegenden territorialen Neuorientierung der Polen im Sinne des Westgedankens stehen:

> „In einer großen Ebene, wo es keine natürlichen Gliederungen gibt, können die Grenzen der Nationalität nicht allzu sehr von einer geraden Linie abweichen. Der freie Zugang zum Meer und der vollständige Besitz der wichtigsten Wasserarterie unseres Landes, der Weichsel – das sind die nahezu unerläßlichen Voraussetzungen unserer Existenz. Das gesamte Ostseeküstengebiet von der Weichsel bis zur Mündung der Memel, das einst zusammen mit Schlesien so unbedacht durch den polnischen Staat verspielt wurde, muß von der polnischen Nationalität zurückgewonnen werden."[755]

Damit verbunden war eine bittere Abrechnung mit den bisherigen territorialen Prioritäten der polnischen Politik:

---

arbeitete Fassung des oben genannten Aufsatzes von 1985), S. 43; MISTEWICZ, S. 5f.; MROCZKO, Polska myśl zachodnia, S. 23; ORZECHOWSKI, Narodowa Demokracja, S. 47; WASIUTYŃSKI, S. 35; WRZESIŃSKI, Kresy czy pogranicze?, S. 135; DERS., Niemcy w polskiej myśli politycznej, S. 98; ŻYBAŁA, S. 251ff. – In der deutschen Forschung haben die von Popławski in *Środki obrony* erhobenen Forderungen erstaunlicherweise nur geringe Beachtung gefunden. Zumindest kurz darauf eingegangen ist RECKE, Die polnische Frage, S. 160f.; einige Kernsätze aus *Środki obrony* finden sich in einer deutschen Übersetzung abgedruckt bei FUCHS, S. 109f.

753 POPŁAWSKI, *Środki obrony* (wie Anm. 752), S. 609.
754 Ebenda, S. 609f., 633.
755 Ebenda, S. 633f.

„Unsere Politiker träumen noch immer von Wilna und Kiew, aber um Posen kümmern sie sich schon weniger, Danzig haben sie beinahe völlig vergessen und über Königsberg und Oppeln machen sie sich überhaupt keine Gedanken. Es ist an der Zeit, mit jener Tradition zu brechen, die zu Helden vom Schlage eines Jeremiah Wiśniowiecki paßte und die die Kalksteins den deutschen Henkern überantwortete, es ist nach vielen Jahrhunderten des Herumirrens auf Abwegen an der Zeit, auf den alten Pfad zurückzukehren, den die piastischen Heerführer einst mit starker Hand zum Meer bahnten."[756]

Mit der Berufung auf die piastische territoriale Tradition und der Beschwörung einer ewigen deutschen Gefahr, mit der Idealisierung der polnischen Landbevölkerung und ihres Widerstandes gegen die Germanisierungspolitik in den „Westgebieten" sowie der Erhebung der Gebietsansprüche gegen Deutschland zur *conditio sine qua non* für die Existenz eines künftigen polnischen Staates hatte Popławski in *Środki obrony* bereits alle wesentlichen ideologischen Komponenten des Westgedankens zusammengeführt, die er in seinen im *Przegląd Wszechpolski* zwischen 1896 und 1903 erschienenen Grundsatzartikeln dann weiter konkretisierte (s.u. Kap. 7.2.). Zugleich hatte er das spätere Territorialprogramm der Nationaldemokratie im wesentlichen bereits vorweggenommen. Seine Vorstellungen bildeten die Grundlage der späteren Forderungen Roman Dmowskis, wie dieser sie während des Ersten Weltkrieges und danach auf der Pariser Friedenskonferenz vertrat.[757]

Daß Popławski seine Begehrlichkeiten auf Ostpreußen generell, also auch auf dessen nördlichen Teil mit der Hauptstadt Königsberg richtete, der weder eine nennenswerte polnischsprachige Bevölkerung aufwies noch jemals unmittelbarer Bestandteil eines polnischen Staates gewesen war, zeigt, daß in seinen Vorstellungen über die künftigen Grenzen Polens neben ethnographischen längst auch andere, in erster Linie geostrategische Gesichtspunkte eine Rolle spielten. Daß eine Verwirklichung dieses Programms einen tödlichen Schlag für den Erzfeind Preußen bedeuten würde, war von Anfang an ein fester Bestandteil seines politischen Kalküls, was er in späteren Aufsätzen auch ganz offen aussprach. Ungeachtet des bewußt eine defensive Stoßrichtung suggerierenden Titels war mit *Środki obrony* endgültig der Übergang von der

[756] Ebenda, S. 634. – Fürst Jeremi (auch: Jarema) Wiśniowiecki (1612-1651) war zu seiner Zeit einer der mächtigsten Vertreter des polnischen Magnatenadels, der seinem König Władysław IV. Wasa als Befehlshaber einer eigenen Privatarmee wiederholt das Leben schwer machte. Als ruthenischer Wojewode kämpfte Wiśniowiecki in den 40er Jahren erst gegen die Tataren, später gegen die aufständischen Kosaken unter Führung von Bohdan Chmielnicki. Den Mitgliedern des Adels galt er noch lange Zeit als die Verkörperung eines polnischen Helden, während seine Rolle in späterer Zeit sehr viel kritischer beurteilt wurde und wird. – Albrecht Graf von Kalkstein (1592-1667) und sein Sohn Christian Ludwig (1630-1672) waren die Führer der seit 1660 aktiven Opposition der preußischen Stände gegen die Politik des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm. Christian Ludwig von Kalkstein agitierte in diesem Zusammenhang seit 1670 von Warschau aus für eine Vereinigung Preußens mit Polen, was polnische Stellen nicht daran hinderte, ihn an Preußen auszuliefern, wo er wegen Hochverrats zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde.

[757] Vgl. hierzu WASIUTYŃSKI, S. 36.

Defensive zur geistigen Offensive vollzogen[758] und die Frage der Zugehörigkeit der „Westgebiete“ zum wesentlichen Bestandteil des von Popławski ausgerufenen Kampfes „auf Leben und Tod“ geworden.

Was den politischen Werdegang Popławskis betrifft, ergeben sich auffällige Parallelen zum Vordenker der polnischen Bauernbewegung Bolesław Wysłouch. Nicht nur waren beide nahezu gleichaltrig (Popławski wurde 1854 geboren, Wysłouch 1855), auch entwickelten sie anfangs sehr ähnliche politische Ideen und formulierten diese gleichzeitig. Im Jahre 1886 startete nicht nur Popławskis Warschauer *Głos*, sondern auch Wysłouchs Lemberger *Przegląd Społeczny* [Gesellschaftliche Umschau], der sich wegen eines fortwährenden finanziellen Defizits allerdings nur bis Juli 1887 halten konnte.[759] In seinen dort von Januar bis Juni 1886 als Fortsetzungsreihe erschienenen „Programmatischen Skizzen“ *(Szkice programowe)* propagierte Wysłouch einen volkstümlichen nationalen Sozialismus, der sich wie bei Popławski im wesentlichen auf die Bauernschaft stützen sollte.[760] Selbst Wysłouchs Definition des zentralen Begriffs *lud* als die „arbeitenden Schichten der Nation“[761] deckt sich fast wörtlich mit derjenigen Popławskis. Hieraus leitete Wysłouch die Vision eines demokratischen Volksstaates ab, gegründet auf zwei wesentliche Elemente – ein nationales Territorium und die es besiedelnde Nationalität. Daß sich die Menschheit zwangsläufig in Nationalstaaten organisiere, war für Wysłouch Ausfluß des Naturrechts, das Recht der Nationalitäten auf Selbstbestimmung folglich ein zentrales Moment im Zusammenleben der Völker.[762] Auf dieser Grundlage propagierte er nicht nur in gesellschaftlich-sozialer, sondern auch in territorialer Hinsicht einen radikalen Bruch mit der polnischen Vergangenheit und verurteilte den in seinen Augen anachronistischen polnischen Nationsbegriff, demzufolge die Szlachta mit der Nation gleichgesetzt und folglich alle Gebiete mit einer polnischen Adelsschicht – also auch die ethnisch mehrheitlich nichtpolnischen Ostgebiete – als polnisch angesehen worden seien.[763] Wysłouch hingegen – und hier unterscheidet er sich deutlich von den territorialen Zielen der späteren Nationaldemokratie – war bereit, das ethnographische Prinzip auch bei der

---

758 Vgl. hierzu KULAK, Jan Ludwik Popławski 1854-1908, S. 595, die *Środki obrony* etwas widersprüchlich als ein „Programm der aggressiven nationalen Offensive im preußischen Teilgebiet zur Verteidigung des als Grundlage des nationalen Daseins und künftiger staatsrechtlicher territorialer Entscheidungen betrachteten Landes“ bezeichnet.

759 Grundlegend hierzu Przegląd Społeczny, S. 5ff. (Einleitung); DUNIN-WĄSOWICZ, S. 69ff.; Vgl. auch KUDŁASZYK, Myśl społeczno-polityczna, S. 74ff. – Auch Wysłouch war politisch zunächst nicht „festgelgt“. Ähnlich wie der spätere Nationaldemokrat Balicki hatte er schon in den 70er und frühen 80er Jahren Kontakte zu verschiedenen sozialistischen Zirkeln und war überdies ein Cousin des *Lud Polski*-Vordenkers und späteren PPS-Mitbegründers Bolesław Limanowski.

760 Vollständig abgedruckt in: Przegląd Społeczny 1886-1887, S. 47ff.; ebenso in: Programy stronnictw ludowych, S. 27ff.

761 Programy stronnictw ludowych, S. 39.

762 KUDŁASZYK, Myśl społeczno-polityczna, S. 98ff.; vgl. BROCK, Bolesław Wysłouch, S. 184.

763 Programy stronnictw ludowych, S. 45.

Gestaltung der künftigen polnischen Ostgrenze zum alleinigen Maßstab zu machen.[764] So habe die polnische Ostgrenze, wie sie bis 1772 bestand, den Völkern im Osten Unrecht zugefügt und beispielsweise die Ukraine in zwei Teile gerissen. Zugleich hätten im Westen Schlesien und Masuren außerhalb der polnischen Grenzen gelegen und seien widerstandslos der Germanisierung überlassen worden.[765] Anders als im Osten erkannte Wysłouch in den „Westgebieten" eine potentielle Massenbasis für die von ihm erstrebte polnische Bauernbewegung:

> „Wir müssen uns fragen, warum die Gouvernements Mogilev und Vitebsk sich so schnell der Merkmale des Polentums entledigen – und Schlesien und Masuren beinahe vor unseren Augen wiedergeboren werden. Warum hat dort die einige Jahrzehnte während Russifizierung das polnische Volkstum vernichtet, während hier mehrere Jahrhunderte der Germanisierung kein deutsches Land hervorgebracht haben? Weil dort einzig die Szlachta polnisch war und ist, während in Schlesien und Masuren das einfache Volk polnisch war und ist und seine Sprache und sein Volkstum stark und hartnäc??kig bewahrt inmitten einer viel ungünstigeren Umgebung."[766]

Vor diesem Hintergrund war die Einbeziehung der „Westgebiete" in die Grenzen eines künftigen polnischen Nationalstaats unverzichtbar. Entsprechend lautete das Fazit seiner „Programmatischen Skizzen":

> „Die Vereinigung aller Teile des ethnographischen Polen in seiner Gesamtheit als erster Punkt unseres nationalen Programms und die Erlangung einer möglichst vollständigen Einheitlichkeit als wichtigster Aufgabe unserer gegenwärtigen nationalen Arbeit – das ist die erstrangige Aufgabe der volkstumsbezogenen Seite unseres Programms."[767]

Die ethnische „Reinheit" des polnischen Territoriums war für Wysłouch oberstes Gebot. Daß im stark fragmentierten Ostmitteleuropa ethnisch „saubere" Grenzen zwischen den einzelnen Nationalitäten kaum zu ziehen waren, war ihm dabei wohl bewußt, der Absonderung fremder Volksgruppen durch die Grenzziehung gab er aber allemal den Vorzug vor der Gewährung von Minderheitenrechten an sie.[768] Das Territorialprogramm, das Wysłouch auf dieser Grundlage konkret entwickelte, sah folgendermaßen aus: Aus dem russischen Teilgebiet sollten dem künftigen polnischen Staat das Königreich einschließlich des südlichen Teiles des Gouvernements Suwałki und einigen östlichen Kreisen mit den Städten Grodno, Białystok und Biała Podlaska zugeschlagen werden; aus dem Bestand der Habsburger Monarchie Westgalizien bis zum San, das Teschener Schlesien und die Zips; aus dem Besitz Preußens schließlich

---

[764] Zu Wysłouchs ethnographisch ausgerichtetem Staatskonzept siehe u.a. KUDŁASZYK, Postulat Polski etnograficznej, S. 13-21; HEMMERLING – ŁUCZAK, S. 210f.; JACHYMEK, S. 211f.

[765] Programy stronnictw ludowych, S. 45.

[766] Ebenda, S. 39.

[767] Ebenda, S. 48.

[768] KUDŁASZYK, Myśl społeczno-polityczna, S. 87.

der südöstliche Teil Schlesiens (konkreter wird Wysłouch nicht), Posen sowie West- und Ostpreußen.[769]

Daß Wysłouch nicht nur eine Volkstumsideologie vertrat, die derjenigen Popławskis sehr ähnelte, sondern hieraus auch nahezu gleichlautende Gebietsforderungen im Westen ableitete – und das sogar noch um ein gutes Jahr früher –, zeigt zum einen, wie tiefgreifend sich zu dieser Zeit die geistig-politische Neuorientierung innerhalb der polnischen Intelligenz vollzog; zum anderen belegt es einmal mehr die in den 80er Jahren noch große ideologische Nähe der neuen nationalen Bewegungen zueinander. In der unterschiedlichen Bewertung der nationalen Rechte der weiter östlich siedelnden Volksgruppen deutet sich aber zugleich schon der Bruch an. Den Weg der Nationaldemokratie zum Postulat des „nationalen Egoismus“ ging Wysłouch nicht mit. Auch nahm die Frage der „Westgebiete“ in der Programmatik der polnischen Bauernpartei vor 1918 nie einen so zentralen, alles andere überlagernden Rang ein wie bei der Nationaldemokratie.

7.2. „Wir oder sie“: Die besondere Rolle der „Westgebiete“ im „allpolnischen“ Territorialprogramm der Nationaldemokratie (seit 1895)

Im Gegensatz zum späteren Kurs der Nationaldemokratie kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges waren die politischen Analysen und Zukunftsentwürfe, wie sie sich bis Anfang 1905 im *Przegląd Wszechpolski* finden, noch ganz dem Ziel einer staatlichen Unabhängigkeit verpflichtet. Jan Ludwik Popławski brachte dieses Streben mit wenigen Worten auf einen Nenner:

> „Das zukünftige Polen ist für uns nicht irgendein ideales Ziel, sondern die zwangsläufige Forderung, die sich aus der Tatsache unserer Existenz in der Gegenwart ergibt.“[770]

Popławski erkannte das natürliche Streben einer jeden Nation darin, ihr ökonomisches und kulturelles Potential voll zu entfalten, und das war in seinen Augen nur im Rahmen eines souveränen Staates möglich – eine Aufgabe des Unabhängigkeitsziels war für ihn daher gleichbedeutend mit nationalem Selbstmord. Entsprechend konnte die staatliche Unabhängigkeit auch nicht in irgendwelchen beliebigen Grenzen verwirklicht werden, vielmehr mußte ein Territorium angestrebt werden, das der vollen Entfaltung der Kräfte der Nation den nötigen Raum bot. Das „allpolnische“ Territorialprogramm wie es Popławski und später Dmowski vertraten, war die logische Schlußfolgerung aus diesem Unabhängigkeitsbegriff.[771]

---

769 Ebenda, S. 86f. – Auf der Grundlage der gleichfalls 1886 im *Przegląd Społeczny* erschienenen und aus der Feder von Jan Kasprowicz stammenden „Schlesischen Chronik“ *(Kronika Szląska)* mutmaßt Kudłaszyk, daß es sich bei diesem „südöstlichen Teil“ im Einzelnen um den Regierungsbezirk Oppeln und einige Kreise des Regierungsbezirks Breslau handelt. Das entspräche den später von Roman Dmowski erhobenen Forderungen.

770 POPŁAWSKI, *Realizm polityczny* (wie Anm. 436), S. 132.

771 KULAK, Jan Ludwik Popławski 1854-1908, S. 579f.

Daß sich die polnische Nationaldemokratie trotz ihrer territorialen Westfixierung mit einer bloßen Beschränkung auf die – wie auch immer definierten – ethnographisch polnischen Gebiete längst nicht zufrieden gab, wurde bereits angesprochen. Statt dessen versuchte sie, den in der polnischen Publizistik nach 1863 vieldiskutierten Gegensatz zwischen der Vision eines ethnographisch („piastisch") und der eines historisch („jagiellonisch") ausgerichteten Polen mit dem Ziel einer möglichst weitreichenden Expansion nach Ost *und* West aufzuheben.[772] So hielt Dmowski der verbreiteten These, ein sich auf sein ethnographisches Territorium beschränkender polnischer Staat werde die Nation widerstandsfähiger machen, entgegen, eine solche Politik würde zwangsläufig die Entnationalisierung der polnischen Minderheit in den Ostgebieten nach sich ziehen und den Druck der Feinde auf Kernpolen verstärken.[773] Überhaupt lehnte es Dmowski kategorisch ab, in diesem Streit Partei zu ergreifen. Das „historische" Polen war für ihn nichts als eine „Mißgeburt" und „geographischer Unsinn", das „ethnographische" Polen hingegen könne lediglich in der Begriffswelt eines Philologen existieren, nicht aber in der eines Politikers.[774]

Ähnlich argumentierte auch Popławski, der im *Przegląd Wszechpolski* das ethnographisch polnische Territorium – Oberschlesien und ganz Ostpreußen bereits inklusive – mit „nur" rund 5.000 Quadratmeilen (entspricht ca. 280.000 qkm) angab. Auf diesem Territorium könne sich aber „unter natürlichen Bedingungen kein großes Volk entwic??keln, das an seine Zukunft glaubt".[775] Zugleich wandte er sich gegen die populäre, seiner Ansicht nach aber weder geographisch noch historisch begründbare Auffassung, wonach in der Ostausdehnung der Hauptgrund für den Niedergang des polnischen Staates gelegen habe. Vielmehr habe diese Richtung der polnischen Politik schon unter den Boleslawiden ihren Anfang genommen, also zu einer Zeit der Stärke, und sei unter Kazimierz Wielki zur Hauptaufgabe geworden.[776] Damit hatte Popławski einer ausschließlich am Vorbild der piastischen Westexpansion orientierten Territorialpolitik eine klare Absage erteilt. Entsprechend rief er dazu auf, die na-

---

772 Vgl. hierzu NARODOWIEC [d.i. Roman Dmowski]: *W naszym obozie* [In unserem Lager], in: „Przegląd Wszechpolski" 1901, Nr. 7, S. 422, der darauf hinweist, „daß heute weder ein Polen in historischen Grenzen noch ein im engeren Sinne ethnographisches Polen, so wie es viele wollten, als mögliches Staatsmodell in Frage kommt".

773 DMOWSKI, Myśli, S. 137ff.

774 [ROMAN] D[MOWSKI]: *Szkice polityczne z zakresu kwestyi polskiej. I. Ogólny rzut oka na sprawę polską w chwili obecnej* [Politische Skizzen aus dem Bereich der polnischen Frage. Teil 1: Allgemeiner Überblick über die polnische Frage der Gegenwart], in: „Kwartalnik Naukowo-Polityczny i Społeczny" 1898, 2. Quartal, S. 25.

775 J.L. JASTRZĘBIEC [d.i. Popławski]: *Z całej Polski – Nasze zadania na wschodzie* [Aus ganz Polen – Unsere Aufgaben im Osten], in: „Przegląd Wszechpolski" 1902, Nr. 1, S. 43. – Ob Popławski hier in österreichischen Meilen (knapp 7,59 km) oder in russischen Meilen (7,47 km) rechnet, geht aus seinen Ausführungen nicht hervor, macht im Ergebnis aber keinen großen Unterschied.

776 Ebenda. – Was die „Ostpolitik" der Boleslawiden anbelangt, spielt Popławski hier auf die 1018 begonnene Unterwerfung des Gebietes der sog. „Červenischen Burgen" mit dem Zentrum Przemyśl an.

tionale Politik auf „zwei Fronten" hin auszurichten und bei der Bemessung des künftigen polnischen Territoriums mehrere Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

> „Das Land zwischen Oder und Dniepr, zwischen Ostsee, Karpaten und Schwarzem Meer bildet eine eigene, organische Einheit, zusammengefügt durch die Gesamtheit territorialer Gegebenheiten, ökonomischer Interessen und nicht zuletzt historischer Traditionen."[777]

Was Popławski vorschwebte, war also die Vision eines weit nach Osten reichenden polnischen Großstaates, wie ihn in den 30er Jahren schon das TDP avisiert hatte (s.o. Kap. 3.4.). Die Nähe von Popławskis Territorialkonzept zu Modellen, wie sie unter dem Primat „natürlicher" Grenzen in der polnischen Geographie diskutiert wurden, kam nicht von ungefähr, gab er sich doch ausdrücklich als Anhänger der „Übergangsthese" Wacław Nałkowskis zu erkennen.[778] Dabei ging es Popławski nicht unbedingt um eine „lupenreine" Wiederherstellung der Ostgrenze von 1772 – wie er sich zu Fragen der konkreten Grenzziehung ohnehin nie geäußert hat –, sondern um die Einbeziehung dessen, was er als legitimes „politisches Eigentum" und „historisches Erbe" Polens begriff, nämlich Litauen, Weißrußland und die Ukraine oder doch zumindest den größten Teil davon.[779] So müsse beispielsweise auch Ostgalizien zu einem künftigen polnischen Staatswesen gehören, wo die polnische Bevölkerung zwar eindeutig in der Minderheit, zivilisatorisch aber vorherrschend und prägend sei.[780] Den polnischen Bevölkerungsanteil in den von ihm für Polen beanspruchten Ostgebieten gab Popławski selbst mit insgesamt rund 20% an[781], wies zugleich aber darauf hin, daß sich dort in der Regel zwischen 40% und 70% des Bodens in polnischer Hand befänden.[782] Die Zahlen beweisen unzweideutig, wie absolut fremd Popławski das Konzept eines an ausschließlich ethnographischen Kriterien bemessenen polnischen Territoriums war und wie sehr er sich in dieser Hinsicht von Bolesław Wysłouch und anderen polnischen Publizisten unterschied, die seine Ansichten zur künftigen Westgrenze teilten.[783] Wenn das polnische Element nur eine entsprechende ökonomische und kulturelle Dominanz entfaltete – also das, was Popławski gemeinhin unter „Stärke" *(siła)* verstand –, reichte für ihn bereits ein Bevölkerungsanteil von einem Fünftel oder sogar noch weniger zur Begründung eines Gebietsanspruchs aus.[784] Im Ergebnis gaben sich damit sowohl Popławski als auch Dmowski bis zu einem gewissen Grade

---

[777] J.L. POPŁAWSKI: *Jubileusz Pruski* [Das preußische Jubiläum], in: „Przegląd Wszechpolski" 1901, Nr. 1, S. 11.

[778] KULAK, Jan Ludwik Popławski 1854-1908, S. 530, 596f.

[779] Ebenda, S. 613f.

[780] POPŁAWSKI, *Zadania polityki narodowej* (wie Anm. 40), S. 672.

[781] J.L. POPŁAWSKI: *Nasze stanowisko na Litwie i Rusi* [Unsere Stellung in Litauen und Ruthenien], in: „Przegląd Wszechpolski" 1896, Nr. 8, S. 170f.

[782] J.L. POPŁAWSKI: *Nasze siły – IV. Kraje zabrane* [Unsere Kräfte – Teil 4: die geraubten Gebiete], in: „Przegląd Wszechpolski" 1902, Nr. 6, S. 428.

[783] Vgl. etwa STANISŁAW BEŁZA: *Zabieram głos!* [Ich ergreife das Wort!], in: „Ziarno" 1907, Nr. 8, S. 3, der sich dazu bekennt, daß die Polen zumindest die Teile Litauens und Rutheniens, in denen sie selber klar in der Minderheit seien, nicht als polnisches Land reklamieren könnten.

[784] Vgl. KULAK, Jan Ludwik Popławski 1854-1908, S. 598f.

doch als Anhänger des historischen Polen zu erkennen. Anders als die idealistischen Romantiker aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts dachten sie aber nicht daran, die Litauer, Weißrussen und Ukrainer mit altruistischen Losungen von „polnischer Freiheit" und politischer Gleichberechtigung aller Nationalitäten zu umwerben. Ihr Konzept setzte vielmehr auf die assimilatorische Kraft des ökonomisch und kulturell überlegenen polnischen Bevölkerungselements. In ihren Augen galt es, mit der Polonisierung der östlichen Völkerschaften einen historisch zwangsläufigen und folgerichtigen Prozeß nachzuholen, der infolge der Teilungen leider versäumt worden sei.[785]

Diese Vorstellungen stellen ein Paradebeispiel für den Widerspruch zwischen ethnographischer Argumentation auf der einen und historisch-kultureller Argumentation auf der anderen Seite dar. Dasselbe Prinzip, auf das Popławski und Dmowski ihren Anspruch auf die nur von einer polnischen Minderheit bewohnten Ostgebiete stützten – ökonomische und kulturelle Dominanz, ausgedrückt unter anderem im Besitz des Bodens –, erkannten sie ihrerseits im Falle Oberschlesiens und Masurens nicht an, wo ungeachtet einer polnischsprachigen Bevölkerungsmehrheit die jahrhundertelange Prägung durch die deutsche Kultur und Zivilisation nicht in Abrede zu stellen war.[786] Daß dieser Widerspruch von den Propagandisten des „allpolnischen" Territorialprogramms gar nicht als ein solcher empfunden wurde, liegt zum einen an ihrem spezifischen Nationsbegriff. Im Gegensatz zu den Polen mit ihrer jahrhundertelangen staatlichen Tradition und ihren zivilisatorischen Verdiensten wurde den Weißrussen und Ukrainern mit der Begründung, sie seien als eigenständiges nationales Subjekt bis jetzt niemals hervorgetreten, der Charakter als „Nation" schlicht abgesprochen – sie galten bestenfalls als „Nationalität", ihre sprachlichen und kulturellen Eigenheiten sowie ihre sich nun gleichfalls regenden nationalen Ansprüche waren für die „Allpolen" damit nichts als „Folklore".[787]

Zum anderen ist hier die von Popławski und Dmowski dargelegte Vorstellung von der Notwendigkeit von „Expansion" zu berücksichtigen. In einer Ideologie, die allein den „nationalen Egoismus" als oberste Handlungsmaxime anerkannte und sich an eine übergeordnete Moral nicht gebunden fühlte, bedurfte es bei der Festlegung der künftigen Grenzen gar keiner objektiv plausiblen Begründung. Oberstes Ziel war schließlich die Schaffung eines möglichst starken – und das hieß vor allem: eines möglichst großen – Polen, ohne dabei irgendwelche Rücksichten auf andere zu nehmen. Die verschiedenen bei der Bemessung eines nationalen Territoriums zu berücksichtigenden Kriterien wurden in diesem Sinne recht willkürlich miteinander vermischt, was bei den Gegnern der Nationaldemokratie auf entsprechende Kritik stieß.[788] Popławski selbst formulierte seine entsprechenden Vorstellungen im *Przegląd Wszechpolski* mit entwaffnender Offenheit:

---

785 Vgl. WALICKI, Philosophy, S. 349; HAUSMANN, Die politischen Ideen, S. 208; KULAK, Jan Ludwik Popławski 1854-1908, S. 559f.

786 WAPIŃSKI, Idea narodu, S. 230; vgl. MROCZKO, Polska myśl zachodnia, S. 25.

787 KULAK, Jan Ludwik Popławski 1854-1908, S. 557f.

788 Z.B. W. FELDMAN, Rzecz, S. 9f.

„Jede Politik – ob nun preußisch oder polnisch – ist in ihren Beziehungen zu anderen Nationalitäten von räuberischer Natur *(zaborczy)*, sie muß immer nach der Eroberung neuer oder der Wiedergewinnung verlorener Territorien streben.“[789]

Die „Westgebiete“ spielten im „allpolnischen“ Territorialprogramm gleichwohl stets die Hauptrolle; den Gedanken an die realistische Möglichkeit ihrer „Wiedergewinnung“ im Volk wachzuhalten und populär zu machen, bildete fortan ein wesentliches Anliegen der nationaldemokratisch orientierten Publizistik. So hieß es im *Przegląd Wszechpolski* optimistisch, außer dem Siedlungsgebiet westslavischer Stämme wie zum Beispiel der Pomoranen oder der Milzener, die nie dauerhaft in den polnischen Staat integriert gewesen seien und deren Fürsten sich schon frühzeitig germanisiert hätten, sei keines der alten Teilgebiete Polens „für immer verloren“.[790] Das „Wiedererwachen“ des polnischen Volkstums besonders in Oberschlesien galt den Nationaldemokraten als Beweis dafür, daß auch eine staatenlose Nation „Expansion“ betreiben konnte; dieser Prozeß wurde daher aufmerksam beobachtet sowie nach Möglichkeit aktiv gefördert. In den „Gedanken eines modernen Polen“ schrieb Dmowski, die „westlichen Grenzmarken“ seien „eigentlich das einzige in der letzten Zeit neu eroberte nationale Tätigkeitsfeld. Wir freuen uns über diese Eroberung, aber wie gering sind dabei die Verdienste des gebildeten, denkenden Teils der polnischen Öffentlichkeit.“[791] Und an anderer Stelle hieß es ähnlich, die kulturell-nationale Bewegung in Schlesien und Preußen (gemeint: Ostpreußen) habe der Nation große Gewinne gebracht „durch die Wiedergeburt der seit langem politisch und zum Teil auch kulturell entnationalisierten Teile des polnischen Stammes und ihre Anbindung an die polnische nationale Idee“.[792] „Eroberung“ bedeutete für Dmowski also nicht nur im klassischen Wortsinne die militärische Besetzung und anschließende territoriale Einverleibung eines Gebiets, vielmehr sah er in der nationalen Bewußtwerdung der dortigen Bevölkerung bereits die Grundlage für seinen späteren Erwerb.

Trotzdem war den „Westgebieten“ in den „Gedanken“ noch nicht jene zentrale Bedeutung zugemessen worden, die sie in Dmowskis 1908 formuliertem außenpolitischem Konzept erlangen sollten. Die ideologische Fundierung des „allpolnischen“ Territorialprogramms erfolgte seit 1895 vielmehr im *Przegląd Wszechpolski*. Bereits in der ersten Ausgabe erschien der Artikel „Unsere westlichen Grenzmarken“, in dem Stanisław Kłobukowski Großpolen, Schlesien und Galizien als Teile ein und desselben Territorialbegriffs bezeichnete. Künftige Hauptaufgabe müsse es sein, die „kulturelle Verbindung“ zwischen Kernpolen und der alteingesessenen polnischen Bevölkerung in den „Westgebieten“ zu stärken.[793] Seit Anfang 1896 war es dann vor allem Popławski, der – anknüpfend an seine schon in *Środki obrony* formulierten Thesen –

---

789 J.L. POPŁAWSKI: *Polityka polska w zaborze pruskim* [Die polnische Politik im preußischen Teilgebiet], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1899, Nr. 1, S. 2.

790 *Historya a polityka* [Geschichte und Politik], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1900, Nr. 10, S. 614.

791 DMOWSKI, Myśli, S. 145.

792 Ebenda, S. 247.

793 KŁOBUKOWSKI, *Kresy nasze zachodnie* (wie Anm. 740), S. 25.

in seinen Grundsatzartikeln den polnischen Anspruch auf die „Westgebiete“ untermauerte. Dabei kristallisierten sich zwei wesentliche politisch-ideologische Grundmotive heraus.

Als erstes ist hier die „demokratische“ Komponente in Popławskis Denken zu nennen, die Oberschlesien und Masuren mehr noch als die übrigen unter preußischer Herrschaft stehenden Gebiete in das Zentrum seines territorialen Interesses rückte. Seine schon 1886 im *Głos* formulierte These vom ewigen Antagonismus zwischen Szlachta und einfacher, bodenständiger Bevölkerung ließ sich hervorragend auf die „Westgebiete“ übertragen, wo der einstige polnische Adel längst im Deutschtum aufgegangen war, während die Bauernschaft zäh und beharrlich an Sprache und Brauchtum festhielt. Jenes idealisierte „Volk“ *(Lud)*, das sich nach seiner eigenen Definition aus der „Gesamtheit aller arbeitenden Schichten in der weitesten Bedeutung dieses Begriffs“ zusammensetzte[794], glaubte Popławski vor allem in Oberschlesien zu finden, wo es sich bei der nationalen Bewegung zwangsläufig zugleich auch um eine „echte Volksbewegung“ handle, deren ebenfalls dem einfachen Volk entstammende Anführer „aufrichtig die gesellschaftlichen Interessen der (polnischen) Wähler verteidigen und sich offen zum Polentum bekennen“. Seit nunmehr zwanzig Jahren beginne Schlesien, sein nationales Leben mit dem von ganz Polen zu teilen, sich „uns und unseren nationalen Forderungen und Idealen“ anzuschließen und sich „mit unserer nationalen Tradition und den Eigenschaften unserer polnischen Kultur“ vertraut zu machen.[795] Das Beispiel Oberschlesien zeige, daß die Szlachta kein Monopol auf die historische polnische Tradition besitze, vielmehr wirke sich ihr Fehlen positiv aus, da es keinen kräftezehrenden Gegensatz zwischen Adel und Volk gebe. Das polnische Volk in Schlesien müsse seinen Kampf allein führen, „ohne Verbündete und ohne erfahrene Führer, allein im Glauben an sein Recht und an seine natürliche Kraft“.[796]

Aber nicht nur in Oberschlesien, so wurde verkündet, sondern im gesamten preußischen Staat sei die polnische Frage heute eine Frage des polnischen Volkes.[797] Entsprechend scharf griff Popławski die Symbolfiguren einer Politik des Ausgleichs mit der deutschen Regierung, den Reichstagsabgeordneten Kościelski und den Erzbischof von Posen und Gnesen, Florian von Stablewski, an[798] und höhnte, Bismarck habe sich schwer verrechnet, als er vor noch nicht langer Zeit das polnische Problem in Preußen zum einen mit dem polnischen Adel, zum anderen mit den Jesuiten identifiziert habe. Die Entwicklung in Oberschlesien und auch die Anfänge eines polnischen Nationalbewußtseins unter den protestantischen Masuren bewiesen eindrucksvoll das Gegen-

794 J.L. POPŁAWSKI: *Nasz Demokratyzm* [Unser Demokratismus], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1900, Nr. 3, S. 131.

795 [J.L. POPŁAWSKI]: *Sprawy Śląskie* [Schlesische Fragen], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1896, Nr. 24, S. 555; vgl. DERS.: *Ruch narodowy w zaborze pruskim* [Die nationale Bewegung im preußischen Teilgebiet], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1901, Nr. 2, S. 74ff.

796 POPŁAWSKI, *Sprawy Śląskie* (wie Anm. 795), S. 556.

797 *Nowe zadania* [Neue Aufgaben], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1897, Nr. 1, S. 1.

798 [J.L. POPŁAWSKI]: *Polityka pruska* [Die preußische Politik], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1897, Nr. 9, S. 205ff.

teil.[799] In diesem Sinne wurde Oberschlesien im *Przegląd Wszechpolski* ganz gezielt eine Vorbildfunktion für das gesamte künftige Polen zugesprochen. Angesichts der Tatsache, daß der polnische Adel die politische Katastrophe des 18. Jahrhunderts zu verantworten habe und auch heute wieder als treibende Kraft einer Aussöhnungspolitik gegenüber Deutschland und Rußland den nationalen Interessen des polnischen Volkes schade, könne das Ziel nicht in einer Rückkehr zum Status quo liegen, stattdessen müsse auf den Fundamenten des alten ein neues Polen errichtet werden.[800] Beim Bau dieses Staates gebühre Oberschlesien ein besonderes Gewicht, da es – schon im „Morgenrot unserer Geschichte“ von Polen besiedelt – anders als die übrigen Gebiete östlich der Elbe der Germanisierung widerstanden und sein Polentum bewahrt habe.[801] Popławski und seine Mitstreiter forderten von der polnischen Gesellschaft damit eine Art „Dankesschuld“ gegenüber den polnischen Schlesiern ein, abzugelten in tatkräftiger nationaler Solidarität.

Gerade das Fehlen einer polnischen Adelsschicht, das die natürliche Folge der jahrhundertelangen Sonderentwicklung Schlesiens und auch Masurens außerhalb der polnischen Geschichte und Kultur war, wurde nun also dahingehend umgedeutet, daß sich hier jenseits der vermeintlichen politischen und sozialen Fehlentwicklung Polens seit dem 15. Jahrhundert das Polentum in seiner besonderen Reinheit und Unverfälschtheit erhalten habe. Die polnischsprachige Bauernschaft in den „Westgebieten“ wurde damit quasi selbst zur gesellschaftlichen Avantgarde hochstilisiert. Der Idealtypus des einfachen und gradlinigen Oberschlesiers, der – seit Jahrhunderten vom Mutterland abgetrennt und „vergessen“ – seit Beginn des Kulturkampfes die nationale Sache selbst in die Hand genommen hatte, sollte den übrigen Polen künftig als Vorbild dafür dienen, wie der von der Nationaldemokratie propagierte Volkstumskampf zu führen sei. In Oberschlesien schien Popławskis „Volks“-Idee und damit sein Ideal einer „nationalen Demokratie“ verwirklicht wie nirgendwo sonst.[802] Sein Fazit:

> „Die Wiedergeburt Schlesiens (...) ist eine Tatsache von größtem Gewicht, deren Bedeutung wir (...) noch gar nicht abschätzen können, weil wir nur die kleinen Auswirkungen dieses großartigen Prozesses der Auferstehung eines schon Begrabenen erkennen, der für immer zum Polentum zurückgekehrt ist.“[803]

Auf diesen wahrhaft „demokratischen“ Charakter der schlesischen Volksbewegung wurde auch von anderen Publizisten immer wieder verwiesen. So schilderte zum Beispiel Stanisław Bełza in seiner als politischen Reisebericht konzipierten Reportage

---

799 J.L. JASTRZĘBIEC [d.i. Popławski]: *Z całej Polski* [Aus ganz Polen], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1898, Nr. 1, S. 1.

800 POPŁAWSKI, *Interesy ludu i polityka narodowa* (wie Anm. 403), S. 309; *Organizacya sił narodowych* [Die Organisation der nationalen Kräfte], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1899, Nr. 11, S. 642.

801 POPŁAWSKI, *Germanizacya* (wie Anm. 516), S. 218.

802 Vgl. HAUSMANN, Dmowskis Stellung, S. 61.

803 J.L. POPŁAWSKI: *Fałszywa ocena* [Falsche Beurteilung], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1898, Nr. 10, S. 148.

„Im polnischen Schlesien“ (1890) ein Gespräch mit einem ihm in der Eisenbahn gegenübersitzenden Deutschen. Diesen habe er darüber belehren müssen, daß er Deutsch zwar beherrsche, es aber nur „innerhalb der wahren Grenzen“ Deutschlands zu sprechen bereit sei und nicht in Oberschlesien, das ethnographisch genauso eine polnische Provinz sei wie Kujawien, Masowien oder Großpolen.[804] Auf den Einwand seines Gesprächspartners, in Schlesien fehle es doch völlig an einer polnischen Adels- oder Intelligenzschicht, habe er entgegnet, Polen sei dort, wo das einfache Volk polnisch sei *(Tam jest Polska, gdzie lud polski)*, und ergänzt:

> „Aber in Oberschlesien, wo von 1,2 Millionen Einwohnern eine Million rein polnisch ist, befinden wir uns, obwohl wir hier keine Szlachta haben, bei uns zu Hause, denn wir haben nationalen Boden unter den Füßen.“[805]

In seinen später für das Warschauer Wochenblatt *Ziarno* („Das Korn“) verfaßten „Westgebiets“-Kolumnen griff Bełza dieses Motiv immer wieder auf.[806] Und gleichfalls im *Ziarno* merkte ein unter Pseudonym schreibender Autor an, das ethnographische Polen sei dort zu suchen, „wo es im einfachen polnischen Volk einen dauerhaften und starken Grund unter sich hat“, und zählte selbstverständlich auch Oberschlesien, Masuren und die Kaschubei dazu.[807]

Die nächsten Stationen des Volkstumskampfes sollten in Popławskis Kalkül Masuren und die Kaschubei sein, wo die „Allpolen“ auf die Entstehung einer ähnlich breiten polnischen Nationalbewegung wie in Oberschlesien hofften. Ganz allgemein galt es als die Hauptaufgabe der kommenden Jahre, das Polentum überall dort zu verteidigen, wo es tatsächlich oder vermeintlich bedrängt wurde, bzw. es wiederzuerwecken, wo es bereits versickert war. In diesem Sinne sprach Popławski von der Notwendigkeit der Errichtung einer einheitlichen Verteidigungslinie „von Lyck und Putzig über Posen und Beuthen bis nach Teschen“ (also von Ostpreußen und der Danziger Bucht bis nach Österreichisch Schlesien), entlang derer der Kampf geführt und der Feind geschlagen werden müsse.[808] Unter Anspielung auf den nördlichsten und den südlichsten Punkt der von den Polen für sich beanspruchten ethnographi-

---

804 BEŁZA, Na Śląsku polskim, S. 5f.
805 Ebenda, S. 8.
806 STANISŁAW BEŁZA: *Zabieram głos!* [Ich ergreife das Wort!], in: „Ziarno“ 1907, Nr. 6, S. 3. – Der Verfasser weist an dieser Stelle darauf hin, daß es viele polnische Adlige in Posen und Westpreußen gebe, die ihren Boden an die Kolonisierungskommission und damit auch „ihr Polentum verkauft“ hätten. Zum Glück habe aber längst das Volk die Stelle des Adels eingenommen und sei zu einem „Riesen“ geworden, „gebildet durch nationalen Geist und mit materiellen Grundlagen unter den Füßen“. Dieser nationale Reifungsprozeß lasse sich auch in Oberschlesien beobachten, wo es keine polnische Szlachta gebe und auch seit Jahrhunderten nicht gegeben habe. – Vgl. DERS.: *Zabieram głos!*, in: „Ziarno“ 1907, Nr. 17, S. 8; DERS.: *Zabieram głos!*, in: „Ziarno“ 1907, Nr. 25, S. 8; vgl. auch MIEROSŁAWSKI, *O Szląsku* (wie Anm. 499), S. 7, der sich auf Lelewels These beruft, daß die polnische Nation Schlesien allein durch die Schuld der Szlachta verloren habe, und vor diesem Hintergrund den „demokratischen“ Charakter der bäuerlichen Massenbewegung in Oberschlesien lobt.
807 ST. PIAST: *Nasz chłop* [Unser Bauer], in: „Ziarno“ 1910, Nr. 16, S. 309.
808 POPŁAWSKI, *Polityka słowiańska* (wie Anm. 412), S. 550.

schen Westgrenze innerhalb des preußischen Teilgebiets bürgerte sich der Begriff von der „Verteidigungslinie Putzig – Myslowitz“ ein und wurde zum populären Schlagwort.[809]

Die Betonung dieser „Frontlinie“ leitet über zu dem zweiten Hauptmotiv, mit dem Popławski seine Gebietsansprüche im Westen begründete, nämlich seiner Einstellung zu Preußen bzw. zu Deutschland generell. In seinem Artikel „Das preußische Jubiläum“, 1901 anläßlich des 200. Jahrestages der Krönung des Kurfürsten Friedrich III. von Brandenburg zum König Friedrich I. in Preußen verfaßt, schilderte Popławski den preußischen Staat als ein auf Betrug und Gewalt gegründetes Kunstgebilde, zwischen dessen einzelnen Provinzen es keinerlei natürliche Verbindungen gebe, sei es historischer, ethnischer, ökonomischer oder geographischer Natur:

> „Das Königreich Preußen entstand und entwickelte sich auf andere Art und Weise – durch Treubruch, Verrat, hinterlistigen Raub und die geschickte Ausnutzung günstiger Umstände.“[810]

Wie bereits dargestellt, waren diese antipreußischen Klischees in der polnischen Publizistik durchaus nicht neu. Von neuer Qualität war aber die Unbedingtheit, mit der Popławski sein Feindbild kultivierte. Bereits im *Głos* hatte er – bezogen zunächst vor allem auf Posen – in einer Reihe von Artikeln unmißverständlich klargemacht, daß es in seinen Augen einen *modus vivendi*, irgendeine Form von Kompromiß zwischen dem preußischen Staat und seinen polnischen Untertanen unter keinen Umständen geben könne, und zwar völlig ungeachtet der von der Regierung im preußischen Osten konkret betriebenen Politik. Dies zielte vor allem auf die Bereitschaft einiger Vertreter der polnischen Eliten im preußischen Teilgebiet, die vom Bismarck-Nachfolger Caprivi ausgesandten versöhnlichen Signale zumindest auszuloten.[811] Po-

---

809 So z.B. *Nowe zadania* (wie Anm. 797), S. 1; M. WIL...: *Echa z Prus zachodnich i wschodnich* [Echos aus West- und Ostpreußen], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1899, Nr. 9, S. 549; STANISŁAW BEŁZA: *Zabieram głos!* [Ich ergreife das Wort!], in: „Ziarno“ 1907, Nr. 6, S. 2.; vgl. KULAK, Jan Ludwik Popławski 1854-1908, S. 597.

810 POPŁAWSKI, *Jubileusz pruski* (wie Anm. 777), S. 7. – Ein ähnliches Preußenbild findet sich auch in den Grundsatzschriften von Dmowski und Balicki. – DMOWSKI, Myśli, S. 19, führt die enorme Machtstellung Preußens auf dessen „energische und rücksichtslose Politik“ zurück, „die sich des Verrats und des Treubruchs bedient und auch vor der brutalsten Gewalt nicht zurückschreckt“. – BALICKI, S. 77, betont, die preußische Politik sei in Friedens- wie in Kriegszeiten begleitet von „Treubruch und Unrecht, Mißachtung der Individualität anderer und einer ordinären Barbarei“, was von einer doppelzüngigen Rechtsordnung auch noch gedeckt werde.

811 Der von Caprivi vollzogene Kurswechsel in der preußischen Polenpolitik stieß freilich auch bei anderen polnischen Meinungsträgern außerhalb des preußischen Teilgebiets auf tiefes Mißtrauen. – Vgl. etwa ER[AZM] P[ILTZ]: *Prusy i Polacy* [Preußen und die Polen], in: „Kraj“ 1891, Nr. 45, S. 1ff., der im Blick auf die Erfahrungen der Vergangenheit starke Zweifel daran anmeldet, daß Preußen wirklich bereit sein könnte, aus dem Großherzogtum Posen ein „polnisches Piemont“ zu machen. Tatsächliche gebe es bislang keinerlei Anzeichen dafür, daß die historisch-politische „Idee“, die aus einem polnischen Lehen einen der mächtigsten Staaten der Erde gemacht habe, wirklich der Vergangenheit angehöre.

pławski nannte es blauäugig und naiv, im preußischen Staat nur einen „Gegner", nicht aber einen „Feind" zu erkennen.[812] Tatsächlich sei die fortwährende Ostdrift für die Deutschen eine „Konsequenz der Natur", für die Polen hingegen eine Frage von Sein oder Nichtsein.[813] Eine den nationalen Interessen verpflichtete Politik könne im Kampf etwa um Schlesien oder das Ermland nicht nachlassen, da jeder Deutsche ungeachtet seiner Parteizugehörigkeit diese Gebiete für sein „rechtmäßiges Erbe" halte. Wo bitte, so fragte Popławski ironisch, könne es da einen Kompromiß geben.[814]

Dabei gab er später sogar zu, daß die preußische Regierung im Vergleich zur russischen noch verhältnismäßig zivilisiert vorgehe. Doch hänge das nationale Interesse eben nicht vom Maß der Zivilisiertheit des jeweiligen Regierungssystems ab.[815] Diesem „nationalen Interesse" diene vielmehr die grundlegende Erkenntnis, daß der Kampf gegen die Deutschen „das Ergebnis einer historischen und ökonomischen Notwendigkeit" sei.[816] Hieran wird einmal mehr deutlich, daß die von den „Allpolen" zu Fetischen erhobenen Begriffskategorien von „Kampf" und „Expansion" als den Gradmessern für die Fähigkeit einer Nation zur Selbstbehauptung unabhängig von der in Deutschland konkret betriebenen Polenpolitik existierten, auch wenn der sich im preußischen Osten stetig verschärfende Nationalitätenkampf die Popularisierung entsprechender Parolen natürlich erheblich erleichterte.

Dieser Kampf mußte für Popławski aber nicht nur gegen den äußeren Feind geführt werden, sondern auch gegen den vermeintlich inneren Feind, nämlich die versöhnungsbereiten Landsleute:

> „Der Kampf muß sein, weil es ohne Kampf – sei es nach außen oder nach innen – kein Leben gibt. Die Todgeweihten [im Originaltext das lateinische Wort *morituri*, Anm. d. Verf.], deren einziger Wunsch es ist, in Ruhe sterben zu dürfen, scheuen vor dem Kampf zurück, aber diejenigen, die die Kraft und den Willen zum Leben besitzen, dürfen nicht zurückweichen aus einer erbärmlichen Furcht davor, daß jeder Kampf auch ein Familienstreit ist."[817]

Was den äußeren Feind betraf, hatte sich Popławskis Deutschenbild jeglicher Differenzierung und jeglicher Ambivalenz entledigt. Sein Feindbild erstreckte sich längst

---

812 J.L. POPŁAWSKI: *Nowa sprzedaż* [Neuer Verkauf], in: „Głos" 1888, Nr. 24, S. 277.

813 POPŁAWSKI, *Stańczykostwo poznańskie* (wie Anm. 516), S. 187f. – An gleicher Stelle merkt Popławski sarkastisch an, das Schicksal der slavischen Völker an Elbe und Oder zeige überdeutlich, was das zwangsläufige Ergebnis von „Kompromissen" mit den Deutschen sei.

814 J.L. POPŁAWSKI: *Niebezpieczny kompromis* [Gefährlicher Kompromiß], in: „Głos" 1890, Nr. 28, S. 334. – Über mögliche Kompromisse, so Popławski an gleicher Stelle weiter, könne allenfalls dann nachgedacht werden, wenn die Polen aus Schlesien, Ermland und Masuren beispielsweise heute bereits durch 30 Abgeordnete im Parlament vertreten seien, diese Gebiete sich also faktisch bereits in polnischem Besitz befänden. Da dies aber nicht der Fall sei, fehle für einen Kompromiß jede Grundlage.

815 J.L. JASTRZĘBIEC [d.i. Popławski]: *Z całej Polski* [Aus ganz Polen], in: „Przegląd Wszechpolski" 1905, Nr. 2, S. 120.

816 POPŁAWSKI: *Sprawy Śląskie* (wie Anm. 795), S. 554.

817 [J.L. POPŁAWSKI]: *Przyszłe wybory w Prusiech* [Die kommenden Wahlen in Preußen], in: „Przegląd Wszechpolski" 1897, Nr. 21, S. 480.

nicht mehr nur auf die preußische Politik und deren Träger und Vollstrecker allein, vielmehr auf *den* Deutschen schlechthin:

> „Nicht mit Preußen allein, sondern mit ganz Deutschland, nicht mit einzelnen Parteien, sondern mit der ganzen deutschen Gesellschaft müssen wir den Kampf führen, den erbitterten Kampf auf Leben und Tod, in dem die stärkere Seite keine Skrupel kennt und die schwächere sogar in ihrer legalen Tätigkeit behindert wird. Die vitalsten Interessen beider Völker stehen in ihm auf dem Spiel – er wird geführt um unsere nationale Zukunft und um die Zukunft der deutschen Macht.“[818]

Mit dieser im *Przegląd Wszechpolski* häufig wiederholten Formulierung vom „Kampf auf Leben und Tod“, der letztlich bis zur völligen Vernichtung eines der beiden Beteiligten geführt werden mußte, wurde der deutsch-polnische Konflikt im preußischen Osten gleichsam in den Rang eines Naturgesetzes erhoben. Das bereits erwähnte Sprichwort „Solang die Welt sich dreht, wird der Deutsche dem Polen kein Bruder sein“ findet sich den deutschlandpolitischen Analysen in der ND-Presse und ihr nahestehenden Blättern häufig vorangestellt.[819] Den „Allpolen“ kam dabei zupaß, daß von Seiten der deutschen Regierung immer wieder Stellungnahmen zu vernehmen waren, die ihre Argumentation eindrucksvoll zu bestätigen schienen. So hatte Reichskanzler Bernhard von Bülow, der seit seinem Amtsantritt im Jahre 1900 nahtlos an die feindselige Polenpolitik Bismarcks anknüpfte, am 13. Januar 1902 im Preußischen Abgeordnetenhaus eindringlich darauf hingewiesen, wie nahe Posen, Bromberg, Danzig und Thorn am Zentrum der preußischen Monarchie lägen, und betont, vor diesem Hintergrund sei die „Ostmarkenfrage“ eine der wichtigsten Fragen der preußischen Politik überhaupt, „von deren Entwicklung die nächste Zukunft unseres Vaterlandes abhängt“.[820]

---

818 POPŁAWSKI, *Polityka polska* (wie Anm. 789), S. 5f. – Vgl. hierzu PORAJ, S. 38, der jeden Deutschen als einen Feind der Polen bezeichnet, „egal ob Preuße, Sachse, Bayer oder Württemberger, egal ob Soldat, Geistlicher, Bauer, Abgeordneter, Kaufmann oder Aktivist der HaKaTa“.

819 So z.B. bei POPŁAWSKI, *Nowa sprzedaż* (wie Anm. 812), S. 278; J. SOŁTYS: *Z pograniczu Górnego i Średniego Śląska* [Aus dem Grenzgebiet Ober- und Niederschlesiens], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1896, Nr. 7, S. 164; STANISŁAW BEŁZA: *Listy z poza kraju o kraju* [Briefe von außerhalb der Heimat über die Heimat], in: „Ziarno“ 1911, Nr. 35, S. 683.

820 Fürst Bülows Reden, S. 268f. – Ausführlich zu Bülows Ansichten zur Polenpolitik und zur Frage der preußischen Ostprovinzen siehe BÜLOW, Deutsche Politik, S. 322ff. („Ostmarkenpolitik“), insb. S. 338: „Die Frage der Ostmarkenpolitik ist die: Sollen wir zugeben, sollen wir durch Untätigkeit dazu beitragen, daß die Ostlande, d.h. Posen, Westpreußen und gewisse Teile von Oberschlesien und Ostpreußen dem Deutschtum wieder verloren gehen oder nicht? Wer nationaldeutsch empfindet, muß antworten, daß es nie und nimmer geschehen darf, daß es deutsche Pflicht und deutsches Recht ist, unseren nationalen Besitzstand im preußischen Osten zu behaupten und, wenn möglich, zu mehren. (...) Wurde dadurch der Nationalitätengegensatz zunächst verschärft, so war das gewiß beklagenswert, aber es war unvermeidlich. Es gibt nun einmal im politischen Leben zuweilen harte Notwendigkeiten, die schweren Herzens erfüllt werden, aber von deren Erfüllung keine Gefühlsregung befreien darf. Die Politik ist ein rauhes Handwerk, in dem sentimentale Seelen es selten bis zum gelungegen Gesellenstück zu bringen pflegen.“

Der Frage der Zugehörigkeit der umstrittenen Territorien kam in dieser als schicksalhaft empfundenen Auseinandersetzung also eine geradezu existentielle Bedeutung zu. In diesem Sinne fragte Popławski:

> „Wie verkümmert wäre das künftige Polen, für das wir leben und arbeiten, jenes Polen, das wir sicher nicht mehr erleben, aber das unsere Kinder und Kindeskinder sehen werden, nicht nur ohne Posen, sondern auch ohne Schlesien und ohne Zugang zum Meer, also ohne Danzig und Königsberg! Diese Provinzen, die heute zu Preußen gehören, sind die notwendige Grundlage der Existenz eines polnischen Staates ebenso, wie sie heute die Grundlage für den Erhalt der preußisch-deutschen Machtstellung sind. Um so mehr kann es in dieser Frage für uns keinen Kompromiß geben."[821]

Etwas später formulierte er noch drastischer:

> „‚Wir oder sie'. Das ist der tatsächliche Kampf auf Leben und Tod, weil Polen ohne Oberschlesien, ohne Posen und ohne Westpreußen nicht sein kann (...) und der Verlust dieser Provinzen, deren Grenze gerade mal einige dutzend Kilometer von Berlin entfernt ist, für den preußischen Staat fast das Todesurteil und die Brechung seiner Macht, ja sogar die Fortnahme seines Namens bedeuten würde."[822]

Damit hatte Popławski auf die geostrategische Verwundbarkeit des preußischen Machtzentrums angespielt und auf die Tatsache, daß der preußische Staat seinen Namen gerade jener östlichen Provinz verdankte, die nun im Zentrum polnischer Ansprüche stand. In ganz ähnlicher Weise erinnerte auch der Ökonom und Gutsbesitzer Jan Stecki (1871-1954) im Warschauer *Tygodnik Illustrowany* („Illustriertes Wochenblatt") daran, daß die eigentliche Grenze des Deutschtums nur wenige Stunden von Berlin entfernt sei. Die deutsche Regierung müsse die Emanzipation der slavischen Völker also als existentielle Bedrohung empfinden und reagiere daher um so panischer und gewalttätiger. Wenn die deutsche Hegemonie über Europa erst gebrochen sei, so Stecki weiter, und die Mündungen von Weichsel und Memel wieder zum selben politischen Organismus gehörten wie das derzeitige Königreich Polen, werde die „eingewanderte" deutsche Bevölkerung Ost- und Westpreußens ganz rasch im Slaventum aufgehen oder bestenfalls „die Rolle der Tataren auf der Krim spielen".[823] In Zukunft würden die „Karten der Geschichte" neu gemischt als Resultat des Kampfes, der „derzeit vor den Mauern von Breslau, Posen, Gnesen, Thorn und Danzig ausgetragen wird".[824]

Betrachtet man Popławskis Argumentation bezüglich der „Westgebiete" noch einmal in ihrer Gesamtheit, so fällt ins Auge, daß ökonomische Faktoren in ihr noch eine untergeordnete Rolle spielen. So ist von Oberschlesien als Schauplatz des deutsch-polnischen Volkstumskampfes im *Przegląd Wszechpolski* zwar häufig die

---

[821] POPŁAWSKI, *Jubileusz pruski* (wie Anm. 777), S. 7f.
[822] J.L. JASTRZĘBIEC [d.i. Popławski]: *Z całej Polski – Właściwe znaczenie walki polsko-niemieckiej* [Aus ganz Polen – Die eigentliche Bedeutung des polnisch-deutschen Kampfes], in: „Przegląd Wszechpolski" 1902, Nr. 2, S. 121.
[823] STECKI, *W obawie jutra* (wie Anm. 518), S. 103.
[824] Ebenda.

Rede, die mögliche Bedeutung, die es in ökonomischer Hinsicht als Bergbau- und Industrieregion innerhalb eines künftigen polnischen Staatswesens erlangen könnte, wird hingegen kaum angesprochen. Popławskis Denken war stärker von geostrategischen Faktoren bestimmt, und in dieser Hinsicht genoß die Sicherstellung des freien polnischen Zugangs zur Ostsee Vorrang, wie er in *Środki obrony* 1887 bereits angedeutet hatte. Entsprechend waren ökonomische Erwägungen, soweit sie im *Przegląd Wszechpolski* überhaupt auftauchten, überwiegend mit der Frage des Ostseezugangs und Danzigs verknüpft.[825]

Der Besitz der Weichselmündung war für Popławski auf Dauer untrennbar mit dem Besitz Ostpreußens verbunden[826], weshalb diesem Gebiet über historische (Ermland) oder ethnographische (Masuren) Dimensionen hinaus in seinem territorialen Kalkül eine besondere Bedeutung zufiel:

> „Heute ist eine solche territoriale Kombination undenkbar, wonach wir zwischen zwei deutschen Ländern den Unterlauf der Weichsel, also Westpreußen, in unserem Besitz behaupten könnten. Die Weichsel ist unser wichtigster, um nicht zu sagen einziger Wasserweg zum Meer, und wir müssen darauf drängen, daß sie in ihrem gesamten Lauf polnisch sei. Man kann sich einen künftigen polnischen Staat ohne Litauen und ohne Ruthenien vorstellen, ohne Schlesien und sogar ohne Posen (...), aber ohne Westpreußen wäre er eine politische und ökonomische Mißgeburt, unfähig, sich zu entwickeln, ja unfähig, überhaupt weiter am Leben zu bleiben. Und Westpreußen kann man nicht ohne Ostpreußen behaupten, daher muß dieses Land polnisch sein um jeden Preis.“[827]

Gerade in der besonderen Fixierung Popławskis auf Ostpreußen wird der offensive Charakter seines Territorialprogramms noch einmal schlagartig deutlich. So häufig im *Przegląd Wszechpolski* auch zur „Verteidigung“ der von Assimilierung bedrohten Masuren aufgerufen wurde, so beweisen Popławskis Äußerungen doch, daß es ihm darüber hinaus um viel mehr ging, nämlich um die Wiedererrichtung Polens als strategische Großmacht im Osten Europas. Zugleich hatte er in seinen Artikeln unmißverständlich klargemacht, daß nicht nur eine Schwächung, sondern in letzter Konsequenz die völlige Vernichtung Preußens Teil seines Kalküls und notwendige Konse-

---

825 Siehe etwa *Kanały galicyjskie, Warszawa i Gdańsk* [Die galizischen Kanäle, Warschau und Danzig], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1901, Nr. 6, S. 334ff. – Dem namentlich nicht genannten Autor schwebt die kühne Vision eines Oder-Weichsel-Dniestr-Kanals vor, um Ostsee und Schwarzes Meer so auf dem Wasserwege miteinander verbinden zu können. Eine solche Verbindung hätte in den Augen des Verfassers nicht nur große Bedeutung für Warschau, sondern auch für dessen natürlichen Hafen Danzig und würde die ökonomische Abhängigkeit Danzigs und damit ganz Westpreußens von Zentralpolen noch weiter verstärken. Die Geschichte liefere zahlreiche Beispiele dafür, daß zu einer solchen ökonomischen Abhängigkeit über kurz oder lang auch die politische hinzutrete, bis hin zum freiwilligen Anschluß (S. 337). – Das imposante Vorhaben, das sicher auch vor dem Hintergrund der zur Jahrhundertwende weit verbreiteten Euphorie gegenüber technischen Großpojekten zu sehen ist – man denke in diesem Zusammenhang nur an den Bau des Panama-Kanals –, wurde freilich nicht wieder aufgegriffen.

826 Vgl. hierzu DOPIERAŁA, S. 17f.; HARTMANN, S. 48.

827 POPŁAWSKI, *Zadania polityki narodowej* (wie Anm. 40), S. 680.

quenz einer Verwirklichung seines Territorialprogramms war.[828] Als Bestandteile dieses Programms wurden im *Przegląd Wszechpolski* zusammenfassend die vier Provinzen Posen, Ost- und Westpreußen und Oberschlesien genannt, „die Deutschland im Falle der Entstehung eines unabhängigen polnischen Staates verlieren muß" und in denen die deutsche Bevölkerung „im allgemeinen" weniger als 50% ausmache.[829] Damit waren die Gebietsforderungen, wie Dmowski sie später gegenüber Deutschland und den Westmächten verfocht, zumindest grob skizziert und auf ein ideologisches Fundament gestellt. In den übrigen ND-Blättern des österreichischen Teilgebiets, die sich im Gegensatz zum intellektuellen Leitorgan *Przegląd Wszechpolski* auch an die einfache Landbevölkerung richteten, spielte die Grenzfrage bis 1905 eine weniger ausgeprägte Rolle. Aussagen über das künftige polnische Territorium hatten hier einen meist allgemeingehaltenen und deklamatorischen Charakter. Als Beispiel mag hier eine Passage aus der gleichfalls von Popławski redigierten Lemberger Monatszeitung *Polak* vom Januar 1901 genügen:

> „Die Niederlagen, die Unterdrückung, der Wucher der Feinde, ihr Verrat und ihre Treulosigkeit haben uns nicht zerbrochen, nicht verzehrt. In Not, Erniedrigung und Unfreiheit spüren wir, wie unsere Kraft zunimmt, hören wir die Stimme, die zu uns sagt, daß wir zu Großem ausersehen sind, zu Siegen, zu Reichtum, zu Macht und zu großem Ruhm. In dem polnischen Land von der Oder bis zum Dniepr, von der Ostsee bis zu den Karpaten und zum Schwarzen Meer ist für niemanden Platz außer für uns."[830]

Um die Auseinandersetzung im preußischen Osten ihrer Entscheidung zuzutreiben, setzte Popławski genau wie Dmowski ganz auf Eskalation und begrüßte daher alle Maßnahmen der preußischen Seite, die zu einer weiteren Verschärfung des Volkstumskampfes beitrugen. Andererseits war er aber Realist genug, um nicht an eine baldige Verwirklichung seines Territorialprogramms zu glauben. Zwar müsse das polnische nationale Lager das Ziel fest vor Augen behalten, andererseits sei aber eine die Losreißung der besagten Gebiete von Preußen ermöglichende Entwicklung derzeit nicht in Sicht. Priorität habe daher vorerst die weitere Stärkung der polnischen Volksbewegung dort.[831] Die einzige Möglichkeit für eine baldige Realisierung seines Programms sah Popławski in einem deutsch-russischen Krieg und berief sich dabei auf Bismarck, der selbst als Ergebnis eines solchen Konflikts die Entstehung eines unabhängigen polnischen Staates und dessen Ansprüche auf Posen, Westpreußen, Ost-

---

[828] Hierzu LAWATY, S. 57f.; vgl. auch S. 82; STADTMÜLLER, S. 134f.

[829] *Niebezpieczny objaw* [Gefährliches Symptom], in: „Przegląd Wszechpolski" 1900, Nr. 10, S. 586.

[830] *Na nowy wiek* [Zum neuen Jahrhundert], in: „Polak" 1901, Nr. 1, S. 2. – Die völlig andere Zielgruppe des *Polak* wird schon am Untertitel „Bebilderte Schrift für alle" *(Pismo z obrazkami dla wszystkich)* deutlich.

[831] J.L. POPŁAWSKI: *W sprawie polityki polskiej w zaborze pruskim* [Zur Frage der polnischen Politik im preußischen Teilgebiet], in: „Przegląd Wszechpolski" 1899, Nr. 12, S. 712f.

preußen und Schlesien vorausgesagt habe.[832] Sollte infolge einer solchen Entwicklung zunächst nur ein polnischer Rumpfstaat entstehen, müsse er sich als „lebendiger Organismus" erweisen und unverzüglich den Kampf um seine „natürlichen", den nationalen und wirtschaftlichen Interessen entsprechenden Grenzen aufnehmen[833] – ein Konzept, das zwischen 1918 und 1922 tatsächlich befolgt wurde.

Über das langfristig angelegte und primär die vier genannten Provinzen umfassende „allpolnische" Expansionsprogramm hinaus finden sich im *Przegląd Wszechpolski* bereits vereinzelt Hinweise auf noch weitergehende Territorialvorstellungen. So merkte Popławski selbst einmal an, es sei durchaus keine lächerliche Träumerei anzunehmen, daß „unsere nationale Bewegung bald auch Breslau (...) umfaßt".[834] Sein Weltbild schloß eine noch weitergehende Expansion als die derzeit ins Auge gefaßte jedenfalls nicht aus, solange sich die Nation nur als vital genug hierfür erwies, und das galt selbstverständlich auch für den von ihm propagierten „demographischen Dynamismus" des Polentums als Antwort auf die preußischen Germanisierungsbestrebungen.[835] Wenn Preußen als Konsequenz des bevorstehenden „Kampfes auf Leben und Tod" erst am Boden liege, so das unausgesprochene Kalkül, wäre auch der Weg frei für ein weiteres territoriales Ausgreifen nach Westen.

7.3. Zwischen Internationalismus und nationaler Agitation: Die „Westgebiete" in der politischen Grundsatzdiskussion der sozialistischen Linken

7.3.1. Stimmen vom national ausgerichteten Flügel der polnischen Arbeiterbewegung

Wie bereits erwähnt, hatte die Idee einer notfalls auch gewaltsam zu erkämpfenden staatlichen Unabhängigkeit Polens seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts eine Renaissance erfahren, die die politische Diskussion innerhalb des sich organisatorisch gerade erst formierenden sozialistischen Lagers weitgehend prägte. Die Frage, ob der Kampf um die Unabhängigkeit gleichberechtigt neben den Klassenkampf treten sollte und wieweit die soziale und die nationale Frage im geteilten Polen miteinander zu verbinden seien, löste eine zum Teil scharf geführte Kontroverse aus, die schließlich in der Spaltung der polnischen Linken in zwei große, sich unversöhnlich gegenüberstehende Flügel mündete. Strittig war in diesem Zusammenhang auch, ob die Unabhängigkeit Polens als Ergebnis einer allgemeinen sozialistischen Revolution in Europa erreicht werden könne oder ob Polen vor der Errichtung einer sozialistischen Ge-

[832] POPŁAWSKI, *Polityka polska* (wie Anm. 789), S. 3. – Popławski bezieht sich hier ganz offensichtlich auf die oben (Kap. 3.5.) bereits zitierten entsprechenden Äußerungen Bismarcks.
[833] POPŁAWSKI, *Realizm polityczny* (wie Anm. 436), S. 133.
[834] J.L. POPŁAWSKI: *Bez złudzeń* [Ohne Illusionen], in: „Przegląd Wszechpolski" 1898, Nr. 3, S. 36.
[835] Vgl. KULAK, Jan Ludwik Popławski 1854-1908, S. 622.

sellschaftsordnung die nationalstaatliche Entwicklung der übrigen großen europäischen Länder erst nachholen müsse.[836]

Wegbereiter eines betont nationalen und unabhängigkeitsorientierten Kurses war der „große alte Mann“ der polnischen Arbeiterbewegung und Gründungsvater der PPS, der Publizist und Historiker Bolesław Limanowski (1835-1935).[837] Mit seiner Synthese von, wie er es nannte, „Patriotismus“ und Sozialismus machte Limanowski den Anhängern des wissenschaftlichen Marxismus das Monopol bei der politischen Vertretung des Proletariats streitig.[838] Die „Frage einer unabhängigen Existenz“ war für ihn nach eigener Aussage „die allerwichtigste“.[839] Den Dreiklang der Schlüsselbegriffe Sozialismus – Patriotismus – Unabhängigkeit definierte er so:

> „Patriotismus und Sozialismus stehen einander nicht nur nicht entgegen, vielmehr potenzieren sie sich gegenseitig. Wahrer Patriotismus bezieht sich vor allem auf das, was die Grundlage und die wirkliche Kraft der Nation darstellt, auf das arbeitende Volk, und muß folglich sozialistisch sein; aufrichtiger Sozialismus wiederum, der aus der Liebe zur Nation resultiert, muß patriotisch sein. Wir reden nicht über den Patriotismus (...) als ein Gefühl, sondern über den Patriotismus als eine Idee, über einen Patriotismus, der das Banner der Rekonstruktion Polens schwenkt. Und was ist die Rekonstruktion Polens? Das ist die Wiedererlangung der nationalen Unabhängigkeit.“[840]

Wo die Forderung nach der Wiedererrichtung eines unabhängigen polnischen Staates erhoben wurde, geriet zwangsläufig auch die Frage nach dessen territorialer Gestaltung ins Blickfeld. In diesem Sinne hatte sich Limanowski bereits 1889 im Pariser Exilblatt *Pobudka* [Der Weckruf] mit dem Widerstreit zwischen den Anhängern eines „ethnographischen“ und denen eines „historischen“ Polen auseinandergesetzt und beide Konzepte von einem „sozialrevolutionären Standpunkt“ aus analysiert. Das „historische“ Polen definierte er als dasjenige, das sich seit der Regierungszeit von König Kazimierz Wielki im 14. Jahrhundert aufgrund von Personalunionen und diplomatischen Verträgen mit territorialem Schwerpunkt im Osten gebildet habe, während gleichzeitig „rein polnische“ Länder wie Schlesien und Pommern verlorengegangen seien. Die so entstandene polnisch-litauische Union habe aber lediglich den Interessen

---

836 Vgl. hierzu ŚLIWA, Kontrowersje, S. 145f.

837 PSB, Bd. 17, S. 340ff. – Limanowski, der aus dem ehemals polnischen Teil Livlands stammte und erst Medizin, später Geschichte, Ökonomie und Philosophie in Dorpat studiert hatte, war 1863 wegen Teilnahme am Januar-Aufstand nach Nordrußland verbannt, 1867 aber begnadigt worden. Seit 1876 pflegte er enge Kontakte zu geheimen sozialistischen Zirkeln v.a. in Petersburg, gründete 1881 u.a. zusammen mit Zygmunt Balicki die sozialrevolutionäre Gesellschaft *Lud Polski* (s.o. Kap. 4.4.1.) und trat 1887 auch der *Liga Polska* bei. Die anfängliche Nähe der sich später in ganz verschiedene Richtungen entwickelnden politischen Lager wird auch daran deutlich, daß Limanowski gelegentlich für den Lemberger *Przegląd Społeczny* seines Neffen Bolesław Wysłouch schrieb. Seit 1889 wirkte er in Paris, wo er u.a. die Zeitung *Pobudka* herausgab und auch sonst umfangreich publizistisch tätig wurde, bevor er 1907 nach Polen zurückkehrte und sich in Krakau niederließ.

838 ŚLIWA, Kontrowersje, S. 148.

839 LIMANOWSKI, Socyalizm, S. 156.

840 Ebenda, S. 171f.

der „Szlachta-Kaste“ und der katholischen Kirche gedient und tauge somit nicht als Vorbild für die Gegenwart.[841] Es sei zu fragen, so Limanowski weiter, wieso sich die Anhänger eines „historischen“ Polen immer auf die Grenzen von 1772 beriefen und nicht etwa auf diejenigen von 1660 (als Polen noch bedeutend weiter nach Osten reichte). Die Betonung des gewaltsamen Charakters der Teilungsverträge von 1772 und 1793 sei in diesem Zusammenhang fadenscheinig, da sie verkenne, daß entsprechende Verträge zwischen dynastischen Mächten letztlich immer unter Zwang zustandekämen, einschließlich des „Verzichts“ Kazimierz’ auf Schlesien – keine Macht der Welt trete Gebiete freiwillig ab.[842] Aber auch mit den Anhängern eines „ethnographischen“ Polen ging Limanowski hart ins Gericht, da sie die nationale Unabhängigkeit in den Grenzen der Volkssprache postulierten und damit zwei grundlegenden Irrtümern erlägen: Zum einen hielten sie die Sprache fälschlicherweise für die Grundlage des nationalen Daseins, zum anderen verwechselten sie die Begriffe *lud* und *naród*. Der Begriff *naród* umfasse nämlich weit mehr und lasse sich nicht allein in sprachliche, rassische, religiöse oder staatliche Kategorien fassen. Limanowski präsentierte in diesem Zusammenhang den Begriff des „nationalen Geistes“ *(duch narodowy)*, der keine Grenzen kenne und unabhängig von politischen Doktrinen sei, als psychologisches Bindemittel einer Nation. Seine zentrale Forderung: die Wiedererrichtung Polens auf der Grundlage der politischen Freiheit, der nationalen Solidarität, der ökonomischen Gleichheit und der staatlichen Unabhängigkeit.[843] Den von ihm beschworenen „nationalen Geist“ veranschaulichte Limanowski mit einem Beispiel: Wenn jemand für die nationale Sache in heldenhafter Weise sein Leben lasse, dann brauche er kein „Zeugnis in polnischer Sprache“ und auch kein „Patent auf sein Polentum“, da er durch sein Opfer die Solidarität mit seiner Nation hinreichend bewiesen habe.[844]

Mit solchen Äußerungen gab sich Limanowski letztlich eher als demokratischer Patriot alter Schule zu erkennen, der dem sozialistischen Ideal verbal zwar huldigte, die Forderung nach Wiederherstellung der Unabhängigkeit aber auch ohne theoretischen Unterbau verabsolutierte.[845] Sein neoromantisch inspirierter Patriotismus und seine Fixierung auf die Losungen Freiheit, Gleichheit und Demokratie standen in der Tat sehr viel stärker in der Tradition des TDP, auf dessen „Großes Manifest“ sich Li-

---

841 H. POLANOWSKI [d.i. Bolesław Limanowski]: *Polska historyczna i etnograficzna* [Das historische und das ethnographische Polen], in: „Pobudka“ 1889, Nr. 6, S. 1f. – Das Blatt trug den bezeichnenden Untertitel „National-Sozialistische Zeitschrift“ *(Czasopismo Narodowo-Socyalistyczne)*.

842 Ebenda, S. 2.

843 Ebenda, S. 3. – In diesem Zusammenhang sieht Limanowski die Sprache nur als ein Kriterium unter vielen an und nicht als eine *conditio sine qua non* für die Konstituierung einer Nation. Vielmehr zeige das Beispiel der Juden, daß es Nationen gebe, die ihre Sprache und sogar ihr Territorium verloren hätten und trotzdem Nationen geblieben seien (S. 4).

844 Ebenda, S. 4.

845 In der noch streng marxistisch orientierten polnischen Historiographie der 50er Jahre wurde Limanowski entsprechend kritisch beurteilt und beispielsweise von JABŁOŃSKI, Ze studiów, S. 501, abwertend als „Sozialist“ (im Original mit Anführungszeichen!) bezeichnet.

manowski auch ausdrücklich berief[846], als in der Denktradition von Marx und Engels. Entsprechend befürwortete er in territorialer Hinsicht eine Wiedereingliederung der historischen Ostgebiete, gegebenenfalls auch noch über die Grenzen von 1772 hinaus. Ganz im Gegensatz etwa zum Konzept Popławskis sollte dies allerdings im Rahmen eines föderativ und republikanisch verfaßten sowie einer gemeinsamen Freiheitsidee verpflichteten Vielvölkerstaates geschehen, also auf der Grundlage der kulturellen und sprachlichen Gleichberechtigung aller in ihm lebenden Nationalitäten. Eine solche „litauisch-polnisch-ruthenische Republik" würde in seinen Augen ein Gleichgewicht zu den Nachbarn Deutschland und Rußland herstellen können.[847]

Anders als die Anhänger des wissenschaftlichen Marxismus verweigerte sich Limanowski auch einer alleinigen Fixierung auf die Arbeiterschaft und damit der Anerkennung einer Vorreiterrolle der westlichen, im Industrialisierungsprozeß am weitesten fortgeschrittenen Länder auf dem Weg zum Sozialismus. Der nationalen Emanzipation der Bauernschaft, die sich seiner Einschätzung nach überall in Europa zu proletarisieren begann, maß er ebenso großes Gewicht bei, auch wenn er dabei anerkannte, daß dieser Prozeß noch längst nicht abgeschlossen sei und auf eine Führungsrolle der politisch „bewußteren" Arbeiterschaft daher nicht verzichtet werden könne.[848] Sein Interesse einerseits am Prozeß der „nationalen Wiedergeburt" der einfachen Landbevölkerung und andererseits an den sozialen Konsequenzen des Industrialisierungsprozesses lenkte seinen Blick schon früh auf Oberschlesien, das für ihn als Gebiet mit einem zahlenmäßig starken polnischsprachigen Industrieproletariat eine Besonderheit darstellte. Zudem beobachtete er unter den polnischsprachigen Schlesiern mit großem Interesse den Prozeß einer Nationsbildung „von unten", also ohne Mitwirkung eines eigenen Staates.[849] Die kulturell-sprachliche Selbstfindung – genau das verstand er unter dem Begriff der „nationalen Wiedergeburt" – stellte für Limanowski nur die erste Phase der Nationsbildung dar; in der zweiten Phase mußte der gleichzeitige Kampf um die gesellschaftliche und um die nationale Befreiung erfolgen.[850]

Ein engagiertes Plädoyer für ein enges Bündnis von Arbeiter- und Bauernschaft im Kampf gegen die deutschen „Ausbeuter" in Oberschlesien bzw. Österreichisch Schlesien hatte Limanowski bereits 1873 in einem Vortrag vor dem „Verein für Wissenschaftliche Hilfe im Fürstentum Teschen" dargelegt. In einer deutlich erweiterten und aktualisierten Fassung erschienen seine diesbezüglichen Ausführungen 1910 in

846 LIMANOWSKI, Socyalizm, S. 170; vgl. W. FELDMAN, Geschichte der politischen Ideen, S. 318.

847 GRÜNBERG, S. 58; vgl. POLANOWSKI, *Polska historyczna* (wie Anm. 841), S. 5, wo Limanowski darauf hinweist, daß zu Zeiten der alten Republik die Szlachta nicht nur die Nation *de jure*, sondern auch *de facto* gewesen sei, die litauische, ruthenische und polnische Landbevölkerung also gleichermaßen von der Nationsbildung ausgeschlossen gewesen sei. Dies begründete in seinen Augen eine gewissermaßen natürliche Interessengleichheit der genannten drei Nationalitäten in Gegenwart und Zukunft.

848 POLANOWSKI, *Polska historyczna* (wie Anm. 841), S. 6; vgl. hierzu ŻYCHOWSKI, S. 131ff.

849 R. KACZMAREK, S. 87, 90.

850 Ebenda, S. 92f.

Krakau bzw. 1911 in Warschau unter dem Titel „Wiedergeburt und Entwicklung des polnischen Volkstums in Schlesien".[851] Unter Berufung auf Lelewels These von der Schuld der Aristokratie am Verlust Schlesiens[852] stellte Limanowski die Geschichte der Region in den Gesamtzusammenhang der Geschichte der europäischen Klassenantagonismen, allerdings mit der Besonderheit, daß hier seit der Germanisierung der alten adligen Eliten und der Herausbildung eines deutschen Stadtbürgertums der soziale und der nationale Gegensatz deckungsgleich geworden seien. Zugleich richtete er scharfe Attacken nicht nur gegen den internationalistisch ausgerichteten Flügel der polnischen Linken um Rosa Luxemburg, sondern auch gegen die deutsche Sozialdemokratie, die er der Komplizenschaft mit dem „Germanisierungssystem" in Oberschlesien verdächtigte.[853] Das von Limanowski in diesem Zusammenhang gebrauchte Schimpfwort „Sozialhakatismus" entwickelte sich um die Jahrhundertwende unter den Anhängern eines national ausgerichteten polnischen Sozialismus zu einem beliebten Motiv. Es symbolisierte das Bestreben, sich gegen eine politische Vereinnahmung durch die deutschen Genossen zu wehren, und half, eine strikte nationale Abgrenzung der polnischen Arbeiterbewegung gegenüber der SPD zu vollziehen.[854]

Aber auch die PPS für sich genommen war alles andere als eine ideologisch homogene Formation. Einen ihrer intelligentesten Theoretiker fand sie in dem früh verstorbenen Soziologen Kazimierz Kelles-Krauz (1872-1905)[855], der sich nicht scheute, auch die programmatische Linie der eigenen Partei mit Kritik zu überziehen. Kelles-Krauz selbst stand fest auf dem Boden des historischen Materialismus, wies revisionistische Strömungen zurück und definierte die PPS als eine „durch und durch marxisti-

---

851 LIMANOWSKI, Odrodzenie, S. XVIf. (Vorw. v. Wiesław Lesiuk). – Die hier zitierte Fassung von 1921 enthält ein zusätzliches, die aktuellen Entwicklungen in Schlesien seit 1918 berücksichtigendes Kapitel und war als Beitrag zur Abstimmungskampagne konzipiert. Der Hauptteil ist jedoch der gleiche wie in der Krakauer Ausgabe von 1910 bzw. der Warschauer Ausgabe von 1911.

852 Ebenda, S. 19.

853 Ebenda, S. 47f., 55.

854 Dieses Beispiel zeigt, wie beliebig einsetzbar das Schimpfwort „Hakatismus" war. Durch die bloße Verwendung von Vorsilben konnte der Vorwurf einer Komplizenschaft mit den verhaßten „Germanisatoren" auch auf Gruppen ausgedehnt werden, die wie die SPD zur deutschen Regierung vor 1914 in prinzipieller Opposition standen. Ein Vergleich drängt sich auf mit der Zeit der Weimarer Republik, in der die SPD von Seiten der KPD verschiedentlich mit dem Vorwurf des „Sozialfaschismus" überzogen wurde, um sie so des „Verrats" an der Sache des Sozialismus anzuklagen.

855 PSB, Bd. 12, S. 328ff.; vgl. auch HAUSTEIN, S. 194, Anm. 5. – Kelles-Krauz, der aus der Nähe von Lublin stammte, engagierte sich seit seiner Studentenzeit in Paris in der dortigen Sektion des „Auslandsbundes polnischer Sozialisten" (*Związek Zagraniczny Socjalistów Polskich*, ZZSP) und schrieb für verschiedene französische, deutsche und polnische Blätter, darunter auch nichtmarxistische wie etwa den *Głos* oder die *Prawda*. Im Alter von nur 33 Jahren erlag er der Tuberkulose.

sche Partei".[856] Gleichwohl bekannte auch er sich entschieden zum Ziel der nationalen Unabhängigkeit in Gestalt einer polnischen Republik, ja betonte, daß einzig der Sozialismus befähigt und verpflichtet sei, diese zu erkämpfen.[857] Unter Berufung auf die These des marxistischen Theoretikers Karl Kautsky, derzufolge der Nationalstaat im Zeitalter des Kapitalismus die Regel sei, gelangte Kelles-Krauz zu dem Schluß, daß sein Fehlen die Entwicklung des Kapitalismus und die Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft hemme und damit in letzter Konsequenz auch den Übergang zum Sozialismus verzögere.[858] Zugleich stellte er die zivilisatorische Zugehörigkeit Polens zu Westeuropa heraus; schon weil Polen im Unterschied zu Rußland eine viel fortschrittlichere historische Tradition und ein größeres und entwickelteres Proletariat besitze, bedürfe es einer unabhängigen nationalen Existenz.[859] Aus diesem Grund heraus, so konstatierte Kelles-Krauz unter Verkennung der nationalen Realitäten, tendierten heute auch jene Gebiete, die einst zur Republik gehört hätten, zu Polen „als einem Zentrum der Zivilisation und als Vermittler zwischen ihnen und Europa". Das Endziel definierte er als eine Union Litauens, Lettlands und Rutheniens mit Polen, gegründet auf das Prinzip der Autonomie und der Garantie der freien Entwicklung der Nationalitäten.[860]

Im Gegensatz zu Kelles-Krauz bekannte sich der gleichfalls der PPS angehörende marxistische Theoretiker Władysław Gumplowicz (1869-1942)[861] zum ethnographischen Prinzip und entwickelte vor diesem Hintergrund auch ein starkes Interesse an den „Westgebieten". Eine unabdingbare Voraussetzung für die Errichtung von Demokratie und Sozialismus sah Gumplowicz in der Erkämpfung der staatlichen Unabhängigkeit Polens von den drei Teilungsmächten in seinen ethnographischen Grenzen[862] – das staatsgründende Subjekt könnten im Rahmen einer polnisch-nationalen

---

856 KAZIMIERZ KELLES-KRAUZ: *Niepodległość polski a materialistyczne pojmowanie dziejów* [Die polnische Unabhängigkeit und die materialistische Geschichtsauffassung], in: DERS., Pisma wybrane, Bd. 2, S. 370-395, hier S. 395.

857 DERS.: *Czy jesteśmy patriotami w właściwym znaczeniu tego słowa?* [Sind wir Patrioten im eigentlichen Sinne des Wortes?], in: DERS., Pisma wybrane, Bd. 2, S. 31-35, hier S. 34f. – In diesem Aufsatz rechtfertigt Kelles-Krauz den Patriotismus, sofern er auf den Kampf gegen despotische Unterdrückung gegründet sei und sich von den Gefühlen des Demokratismus und des Egalitarismus leiten lasse.

858 WALDENBERG S. 256f.; vgl. hierzu KAZIMIERZ KELLES-KRAUZ: *Niepodległość Polski w programie socjalistycznym* [Die Unabhängigkeit Polens im sozialistischen Programm], in: DERS., Pisma wybrane, Bd. 2, S. 125-168, hier S. 133.

859 KELLES-KRAUZ, *Niepodległość Polski* (wie Anm. 856), S. 147.

860 Ebenda, S. 147f.; vgl. GRÜNBERG, S. 89ff.

861 PSB, Bd. 9, S. 153ff.; vgl. HAUSTEIN, S. 191, Anm. 68. – Der in Krakau geborene Gumplowicz, der zunächst unter anarchistischem Einfluß stand, war seit 1898 Mitglied im ZZSP und Mitarbeiter des in London erscheinenden PPS-Hauptorgans *Przedświt*, dessen Chefredakteur er 1902 wurde. Während des Ersten Weltkrieges arbeitete er erst in Paris, später in der Schweiz an Entwürfen für eine Landreform in Galizien und begann nach 1919 eine zweite, akademische Karriere als Geograph in Warschau.

862 GUMPLOWICZ, S. 23, 27.

Politik daher nur diejenigen Polen sein, die innerhalb dieser Grenzen lebten.[863] Den sozialistischen Staat konnte er sich nur als einheitliche nationale Gesellschaft vorstellen und wies den Grenzen daher die Funktion eines wichtigen Staatsorgans zu. In der kapitalistischen Welt hingegen, so konstatierte Gumplowicz in einem geradezu prophetischen Vorgriff auf das Zeitalter der Globalisierung, werde die Bedeutung der Grenzen immer weiter bis auf ein Minimum reduziert.[864] Ein wahrer sozialistischer Internationalismus konnte für ihn überhaupt nur funktionieren auf der Basis der gegenseitigen Anerkennung des Rechts der Völker auf eine unabhängige Existenz innerhalb ihres ethnographischen Territoriums[865] – und hierzu zählte er auch Oberschlesien und die Kaschubei.[866] Mit Blick auf die dortige Bevölkerungszusammensetzung präsentierte Gumplowicz die These, im Zeitalter des Kapitalismus sei die Nationalität der Stadt von der Nationalität der sie umgebenden Landgemeinden abhängig und nicht umgekehrt.[867] Sein Fazit:

> „Wie das Ziel, so der Weg. Wenn das abschließende Ziel die Sammlung aller Menschen polnischer Nationalität in Polen ist, dann muß auf dem Weg dahin eine immer bessere Bewirtschaftung des eigenen Bodens liegen, zeitgleich mit einer Aufgabe der Streitereien in den Grenzmarken, die heute oft mit kurzsichtiger Leidenschaft geführt werden. Die Gründung einer ukrainischen Universität in Lemberg wird keinen vernünftigen Polen mehr erschrecken, wenn einst auch polnische Universitäten in Posen, Kattowitz und Teschen erblühen; und mit ruhigem Herzen werden wir die Ansprüche der Litauer auf Wilna prüfen, wenn Danzig aufs neue unser Hafen ist.“[868]

Eingehend mit Nationalitätenfragen in Osteuropa beschäftigte sich auch der PPS-Politiker und Publizist Leon Wasilewski (1870-1936).[869] Seine Aufmerksamkeit galt dabei den Verhältnissen im ehemaligen polnischen Osten ebenso wie dem preußischen Teilgebiet.[870] Wasilewski betonte in diesem Zusammenhang, daß unter dem herkömmlichen Begriff *Zabór pruski* nicht länger nur Posen und Westpreußen zu verstehen seien, sondern alle von Polen bewohnten Gebiete unter preußischer Herrschaft,

---

863 Ebenda, S. 48.
864 Ebenda, S. 36f.
865 Ebenda, S. 34.
866 Ebenda, S. 33. – Von Masuren spricht Gumplowicz in diesem Zusammenhang nicht.
867 Ebenda, S. 48; vgl. W. FELDMAN, Geschichte der politischen Ideen, S. 415.
868 GUMPLOWICZ, S. 47. – Den Begriff „Grenzmarken“ *(Kresy)* verwendet Gumplowicz hier im klassischen Sinne, bezieht ihn also auf die historischen polnischen Ostgebiete.
869 HDP, S. 643; vgl. HAUSTEIN, S. 197, Anm. 18. – Der in St. Petersburg geborene Wasilewski war 1893 zunächst der *Liga Narodowa* beigetreten, wandte sich drei Jahre später aber der PPS zu und gab zwischen 1897 und 1905 deren Zentralorgan *Przedświt* heraus, dem er – als Vorgänger Gumplowicz' – zeitweise auch als Chefredakteur vorstand. 1905 kehrte er nach Polen zurück und schloß sich nach der Spaltung der PPS 1906 der *Frakcja Rewolucyjna* um Piłsudski an. Nach der Wiedergründung Polens im November 1918 diente er seinem Land kurzfristig als Außenminister in der sozialistischen Regierung Moraczewski.
870 Siehe hierzu JUŻWENKO, Uwagi, S. 55-67; DERS., Leon Wasilewski, S. 109-113.

also auch Oberschlesien und der südliche Teil Ostpreußens.[871] Seine diesbezüglichen Ansichten, die er vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges überwiegend im (bis 1907 in London, anschließend in Krakau erscheinenden) PPS-Zentralorgan *Przedświt* [Morgendämmerung] darlegte, waren geprägt von einem an die Solidarität der slavischen Völker untereinander appellierenden und entsprechend antideutsch ausgerichteten Gedankengut; zugleich war Wasilewski jedoch ein erbitterter Gegner der russischen Politik.[872]

Mit Unmut wurde in den Führungskreisen der PPS in London und Paris die Tatsache registriert, daß die polnische sozialistische Bewegung im preußischen Osten nur geringe Fortschritte machte und es ihr nicht gelang, eine Massenbasis für sich zu gewinnen. Wasilewski nutzte seine diesbezüglichen Analysen zu einem polemischen Rundumschlag gegen alles, was dem Sozialismus seiner Ansicht nach im Wege stand. Die Ursache der Misere führte er vor allem auf die Folgen des Kulturkampfes zurück, der große Teile der Posener Intelligenz in die Arme der katholischen Kirche getrieben und so zu Handlangern des Klerikalismus gemacht habe. Dies schlage sich vor allem in der polnischen Presse nieder. Ausgerechnet Adel und Klerus gäben hier die Blätter für das einfache Volk heraus, die ihre Leser mit religiösen und pseudovolkstümlichen Phrasen systematisch verdummten.[873] Scharf wandte sich Wasilewski in diesem Zusammenhang auch gegen einen Vorschlag seines Parteigenossen Gumplowicz, die Agitation gegen die Kirche zumindest vorübergehend einzustellen und das Vertrauen der katholischen Arbeiterschaft mit Hilfe weltanschaulich neutraler Gewerkschaften zu gewinnen.[874] Den polnischen Adel in Posen und Westpreußen griff er als „passiv" und „pessimistisch" an und beschimpfte die polnische Repräsentanz im Reichstag und im Preußischen Abgeordnetenhaus als eine „Phalanx von Helfershelfern der Reaktion".[875]

Mit besonderer Sorge blickte Wasilewski nach Oberschlesien, wo einer eigenständigen polnisch-sozialistischen Bewegung nicht nur die Dominanz des Klerus in Gestalt der deutschen Zentrumspartei und des mit ihm verbündeten *Katolik* im Wege stand[876], sondern auch der Einfluß der zunehmend als Konkurrenz empfundenen

---

871 PŁOCHOCKI [d.i. Leon Wasilewski], S. 7.

872 Vgl. hierzu M. OST [d.i. Leon Wasilewski]: *„Niebezpieczeństwo pruskie"* [Die „preußische Gefahr"], in: „Przedświt" 1909, Nr. 11, S. 654ff., der dazu aufruft, die preußische Politik fortwährend anzuprangern, ohne dabei die „Gewalt- und Mordpolitik" der russischen Regierung aus den Augen zu verlieren.

873 [LEON WASILEWSKI]: *Zadania socyalistów polskich w zaborze pruskim (I.)* [Die Aufgaben der polnischen Sozialisten im preußischen Teilgebiet, Teil 1], in: „Przedświt" 1897, Nr. 7, S. 1, 4; PŁOCHOCKI [d.i. Wasilewski], S. 14f.

874 L. Pł. [d.i. Leon Wasilewski]: *W sprawie zaboru pruskiego (Odpowiedź tow. W. Gumplowiczowi)* [Zur Frage des preußischen Teilgebiets: Antwort an den Genossen W. Gumplowicz], in: „Przedświt" 1900, Nr. 11, S. 11ff.

875 ST. OS...ARZ [d.i. Leon Wasilewski]: *Stosunki polityczno-społeczne zaboru pruskiego* [Die politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse im preußischen Teilgebiet], in: „Krytyka" 1899, Bd. 1, S. 422, 425.

876 Z.B. ST. OS...ARZ [d.i. Leon Wasilewski]: *Po zjeździe* [Nach dem Parteitag], in: „Przedświt" 1900, Nr. 5, S. 2ff. – Der Autor plädiert an dieser Stelle für die Etablierung eines ei-

SPD.[877] Als Ausweg aus dieser Zwickmühle empfahl er seinen Genossen, ihre Agitation nicht auf die soziale Frage zu beschränken, sondern einen einheitlichen Kampf gegen den Kapitalismus und gegen die politische und nationale Unterdrückung zu führen. Um endlich Grund unter die Füße zu bekommen, müßten die polnischen Sozialisten in Preußen den Kampf gegen die Germanisierungspolitik und für die nationale Unabhängigkeit propagieren und in diesem Sinne eine breite Protestbewegung entfalten „von Danzig bis Myslowitz".[878] Die drastische Abkühlung im Verhältnis von deutschen und polnischen Sozialisten seit 1900 wurde von Wasilewski vor allem einem nach dem Tode Wilhelm Liebknechts innerhalb der SPD vermeintlich vollzogenen Kurswechsel angelastet, da in deren Reihen den polnischen Genossen von einigen „Sozialhakatisten" immer ungeschminkter das Recht auf eine eigenständige Entwicklung abgesprochen werde. Als Konsequenz hieraus forderte er, daß die PPS sich von nun an strikt abgrenzen und ihre Aktivitäten nicht länger nur „auf Inseln inmitten des deutschen Meeres" beschränken dürfe, sondern in den „polnischen Kolonien Deutschlands" wie etwa Oberschlesien die Interessen der Arbeiterklasse fortan allein vertreten müsse[879] – in der Praxis konnte dies nichts anderes bedeuten als die künftige Nominierung eigener Kandidaten auch in Schlesien.[880] In diesem Zusammenhang entfachte der *Przedświt* eine regelrechte Kampagne gegen „sozialhakatistische" Elemente innerhalb der deutschen Sozialdemokratie.[881] Der anhaltende Streit lähmte die so-

genen sozialistischen Wochenorgans in Oberschlesien, um so endlich dem *Katolik* Konkurrenz machen zu können. – Vgl. auch J.K.: *Na Górnym Śląsku* [In Oberschlesien], in: „Przedświt" 1901, Nr. 3, S. 99ff., der von einer „Diktatur des *Katolik*" in Oberschlesien spricht. Das Blatt nehme die „Germanisierung durch die Kirche" widerstandslos hin und unterstütze bei Wahlen Zentrumskandidaten, die ihrerseits die schlimmsten Ausbeuter in Oberschlesien seien.

877 [LEON WASILEWSKI]: *Zadania socyalistów polskich w zaborze pruskim (II.)*, in: „Przedświt" 1897, Nr. 8, S. 1. – Noch bei den Reichstagswahlen von 1898 hatte es allerdings eine Übereinkunft zwischen SPD und PPS in Oberschlesien gegeben. So waren in den als potentiell aussichtsreich angesehenen Wahlkreisen Beuthen-Tarnowitz und Lublinitz-Tost-Gleiwitz deutsche Kandidaten ins Rennen gegangen, in Kattowitz-Zabrze hingegen ein polnischer Sozialist, der dort mit immerhin gut 30% der Stimmen das beste Ergebnis erzielte. Insgesamt gewannen die sozialistischen Kandidaten in Oberschlesien 1898 rund 25.000 Stimmen (entspricht ca. 11%) für sich. – Vgl. hierzu SCHWIDETZKY, S. 46f.

878 [WASILEWSKI], *Zadania socyalistów polskich* (wie Anm. 877), S. 2, 3f.

879 ST. OS...ARZ [d.i. Leon Wasilewski]: *Nowa era w polskim ruchu socyalistycznym zaboru pruskiego* [Eine neue Ära für die polnische sozialistische Bewegung im preußischen Teilgebiet], in: „Krytyka" 1901, Bd. 2, S. 124, 126f. – Die Attacken Wasilewskis richteten sich in diesem Zusammenhang auch ganz besonders gegen seine Landsmännin Rosa Luxemburg, die die PPS ihrerseits des „Chauvinismus" zieh.

880 Vgl. W. FELDMAN, Geschichte der politischen Ideen, S. 342.

881 Siehe *Wybryki socyalhakatyzmu* [Exzesse des Sozialhakatismus], in: „Przedświt" 1901, Nr. 5, S. 193ff.; *Dalsze dzieje socyalhakatyzmu* [Die weitere Geschichte des Sozialhakatismus], in: „Przedświt" 1901, Nr. 7, S. 274ff. – Der Autor merkt an, die PPS tue lediglich das, was die Franzosen in Frankreich, die Tschechen in Böhmen etc. täten, und fragt, was wohl die deutschen Sozialisten sagen würden, wenn man von ihnen verlangte, etwa von

zialistische Bewegung im preußischen Teilgebiet und in Oberschlesien freilich insgesamt. Daß im oberschlesischen Industriegebiet bis 1914 kein einziger sozialistischer Kandidat in den Reichstag gewählt wurde, ganz gleich ob er nun mit Rückendeckung der SPD oder der preußischen PPS antrat, war nicht zuletzt auch Konsequenz dieses selbstzerstörerischen „Bruderkrieges".[882]

Was die Strategie auf dem Weg zur Wiederherstellung eines unabhängigen polnischen Staates und dessen mögliche Grenzen im Westen anbetraf, lieferte sich Wasilewski im *Przedświt* 1901 eine kontroverse Debatte mit Kazimierz Kelles-Krauz[883], die es wert ist, hier in knapper Form referiert zu werden. Kelles-Krauz war dem Endziel einer staatlichen Unabhängigkeit Polens genauso verpflichtet wie Wasilewski, konnte sich als Übergangsstadium aber auch eine weitgehende Autonomielösung vorstellen[884] und regte in diesem Sinne die Schaffung einer autonomen polnischen Provinz innerhalb Preußens als Vorstufe zur staatlichen Wiedervereinigung an.[885] Wasilewski widersprach dieser Idee unter anderem mit dem Argument, es bleibe völlig unklar, ob die Grenzen eines solchen Autonomiegebiets auf der Grundlage historischer Traditionen oder gegenwärtiger ethnographischer Verhältnisse gezogen werden sollten, und machte auf den im Fall der Verwirklichung einer Autonomie ungeklärten Status Oberschlesiens, des Ermlandes und Masurens aufmerksam. Noch schwieriger sei die Sache in Westpreußen, wo die Nationalitäten durcheinandergewürfelt seien wie auf einem Schachbrett.[886]

Kelles-Krauz wiederum entgegnete, gerade im preußischen Teilgebiet sei die Frage der Grenzen relativ klar. Die Autonomie sei für alle Gebiete mit einer geschlossen siedelnden und zahlreichen polnischen Bevölkerung zu fordern, und zwar auch dann – hier argumentierte er genau wie Gumplowicz –, wenn die innerhalb dieser Gebiete liegenden Städte deutsch geprägt seien. In wirklichen Zweifelsfällen müsse das Volk in einer Abstimmung darüber entscheiden, ob es zu einer deutschen Provinz oder der polnischen Autonomieprovinz gehören wolle, wobei der jeweiligen Minderheit hüben wie drüben umfangreiche Freiheitsrechte garantiert werden müssten. Wenn im Ergebnis einer solchen Prozedur etwa das Ermland nicht Bestandteil des polnischen Auto-

---

den Franzosen als den Trägern einer „höheren Kultur" zu lernen und sich innerhalb der sozialistischen Gemeinschaft so einzurichten, daß sie in nationaler Abhängigkeit verblieben.

882 Bei den Reichstagswahlen von 1907 gewannen die Sozialdemokraten auf ganz Oberschlesien bezogen nur 6,5%, bei den letzten Vorkriegswahlen von 1912 immerhin 14,0% der Stimmen, erreichten die Stichwahl aber nur im Wahlkreis Kattowitz-Zabrze, die ihr Kandidat Biniszkiewicz dann klar gegen den nationalpolnischen Bewerber Sosiński verlor. – Die Zahlen nach NEUBACH, Die Nationalitätenverhältnisse, S. 67, 72.

883 Siehe hierzu auch JUŻWENKO, Spór Leona Wasilewskiego, S. 210ff.

884 KELLES-KRAUZ, *Niepodległość polski* (wie Anm. 856), S. 138f.

885 MICHAŁ LUŚNIA [d.i. Kazimierz Kelles-Krauz]: *Kwestya samorządu w zaborze pruskim* [Die Frage der Selbstverwaltung im preußischen Teilgebiet], in: „Przedświt" 1901, Nr. 8, S. 285ff.

886 L. PŁOCHOCKI [d.i. Leon Wasilewski]: *Odpowiedź na artykuł M. Luśni* [Antwort auf den Artikel von M. Luśnia], in: „Przedświt" 1901, Nr. 8, S. 294. – Wasilewski macht Kelles-Krauz in seiner Entgegnung seltsamerweise den Vorwurf, mit seiner Autonomielosung in die Nähe von Blättern wie dem *Przegląd Wszechpolski* zu rücken.

nomiegebiets und damit im weiteren Verlauf auch nicht des unabhängigen polnischen Staates werde, urteilte Kelles-Krauz abschließend, dann sei das im Blick auf die polnische Vergangenheit dieses Landes zwar zu bedauern, müsse aber hingenommen werden.[887]

In seiner die Debatte abschließenden Stellungnahme wies Wasilewski seinen Widerpart darauf hin, daß die Polen, würden die Grenzen zwischen Deutschen und Polen *heute* gezogen, sich mit dem begnügen müßten, was ihnen gnädig überlassen würde, da ihre Rechte in den Augen der Deutschen ohnehin nichts als „unbegründete Ansprüche“ seien. Die von Kelles-Krauz vorgegebene Richtung sei vielleicht gut für Oberschlesien oder „Ostpreußisch Masowien“, wo sich in ethnographisch rein polnischen Gebieten allenfalls kleine städtische deutsche Inseln befänden, in den ethnisch sehr verschachtelten Gebieten Posens und Westpreußens hingegen unpraktikabel. Auch werde von Kelles-Krauz verkannt, daß das Ergebnis von Volksabstimmungen stets davon abhänge, unter welchen Bedingungen und von wem sie durchgeführt würden.[888] Auf den von seinem Kontrahenten angedeuteten möglichen Verzicht auf einzelne Gebiete unter preußischer Herrschaft reagierte Wasilewski mit Sarkasmus. Wenn Kelles-Krauz über einen möglichen Verlust des Ermlandes schon nicht betrübt sei, dann müsse man ihn fragen, ob er auch den Verlust der Hälfte von Posen oder gar von drei Vierteln Westpreußens verschmerzen könne. Wasilewski selbst setzte dem Autonomiemodell von Kelles-Krauz die Erwartung entgegen, daß überall dort, wo die revolutionäre sozialistische Bewegung unter polnischer Führung voranschreite, in Zukunft niemand den Polen ihr Recht auf Unabhängigkeit bestreiten werde. Welches Gebiet an ein unabhängiges Polen fallen werde und welches nicht, werde nach einer gesellschaftlichen Umwälzung also von der dortigen revolutionären Partei entschieden.[889] Erscheint Wasilewskis Einschätzung, im Falle der sozialistischen Umwälzung würden sich die Nationalitäten- und Grenzprobleme im preußischen Osten gleichsam wie von selbst regeln, aus heutiger Sicht auch reichlich naiv, so hatte er im Gegensatz zu Kelles-Krauz doch immerhin die politischen Prämissen der preußischen Staatsführung realistisch eingeschätzt, die überhaupt nicht daran dachte, ihren polnischen Untertanen irgendeine Form von Autonomie zu gewähren.

Der Forderung nach einer Einbeziehung Oberschlesiens und des südlichen Ostpreußens in einen künftigen polnischen Staat blieb Wasilewski auch im weiteren Verlauf seiner politischen und publizistischen Tätigkeit treu. Nach Kriegsbeginn schlug

---

887 M. LUŚNIA [d.i. Kazimierz Kelles-Krauz]: *Samorząd zaboru pruskiego – Słówko odpowiedzi* [Die Selbstverwaltung des preußischen Teilgebiets – eine kurze Antwort], in: „Przedświt“ 1901, Nr. 10, S. 364.

888 L. PŁOCHOCKI [d.i. Leon Wasilewski]: *Zamknięcie dyskusyi* [Schluß der Diskussion], in: „Przedświt“ 1901, Nr. 10, S. 368. – Wasilewski argumentiert hier unter ausschließlicher Berücksichtigung objektiver sprachlicher Faktoren und läßt subjektive Faktoren, etwa das persönliche nationale Bekenntnis, außer acht. Vor diesem Hintergrund werden die Provinzen Posen und Westpreußen, die doch bis 1772 zu Polen gehörten, zum Problemfall, während der polnische Charakter Oberschlesiens und Masurens trotz der jahrhundertelangen Zugehörigkeit zum deutschen Kulturraum als unproblematisch dargestellt wird.

889 Ebenda, S. 368, 369.

er sich zwar mitsamt seiner PPS-*Frakcja Rewolucyjna* zunächst auf die Seite der Mittelmächte und beschäftigte sich vor diesem Hintergrund eingehend mit den Nationalitätenverhältnissen in den alten polnischen Ostgebieten.[890] Zugleich verfaßte er 1915 jedoch auch ein umfangreiches Werk über „Das polnische Schlesien", in dessen Schlußwort er zu der Einschätzung gelangte, die Forderung der polnischen Schlesier nach einer Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens und nach Selbstverwaltung sei heute durch den Gang der Ereignisse überholt und der zukünftige Status Oberschlesiens völlig offen. Im Blick auf eine mögliche Neugestaltung Europas als Ergebnis des gegenwärtigen Krieges gab er seiner Hoffnung Ausdruck, „daß das von der Gesamtheit unseres nationalen Lebens schon im 13. Jahrhundert abgetrennte Schlesien sich an einem strahlenden Tag der Wiedergeburt wieder mit seinem großen Mutterland vereinigen wird".[891]

7.3.2. Die Auffassungen von Julian Marchlewski als Vertreter des internationalistischen Flügels der polnischen Arbeiterbewegung

Im Gegensatz zur PPS und zum linken Flügel der polnischen Bauernbewegung erstrebte die polnische Sozialdemokratie (SDKPiL) anstelle eines unabhängigen polnischen Staates direkt die weltweite soziale Revolution in der Erwartung, daß sich dann nicht nur alle Klassengegensätze, sondern auch alle nationalen Gegensätze von selbst aufheben würden. Obwohl eine ethnisch definierte Politik in der Programmatik der Sozialdemokratie also eigentlich keinen Platz hatte, entwickelte einer ihrer einflußreichsten Vordenker, Julian Marchlewski (1866-1925)[892], ein ausgeprägtes Interesse am Schicksal der polnischen Industriearbeiterschaft in Preußen – und das hieß natürlich primär: in Oberschlesien –, das über sein bloßes Klassenverständnis hinausging und eindeutig auch auf nationale Kriterien abstellte. Entsprechend kam es bezüglich der nationalen Frage innerhalb der SDKPiL-Führung zeitweise zu Spannungen zwischen Marchlewski und Rosa Luxemburg, die an der „reinen Lehre" des Internationalismus festhielt und jede Form von nationaler Rhetorik zurückwies.[893]

Gerade in Oberschlesien sah Marchlewski den Beleg dafür, daß sich ein sozialer und ein nationaler Gegensatz miteinander decken konnten. Wie auch viele PPS-Theoretiker vertrat er die These vom Klassencharakter der preußischen Germanisierungspolitik, wies der preußischen Administration im Sinne der marxistischen Gesell-

890 WASILEWSKI, Die Ostprovinzen. – Wasilewski übt hierin scharfe Kritik am überwiegend russophilen und antipolnischen Charakter der ukrainischen (bzw. der weißrussischen) Nationalbewegung und der aus ihren Reihen erhobenen Forderung nach einer vollständigen „Entpolonisierung" der besagten Gebiete (insb. S. 184ff., 261ff.). Der Nationalitätenproblematik innerhalb des nach 1918 wieder weit nach Osten vorgerückten neuen polnischen Staates galt auch in der Zwischenkriegszeit sein primäres Interesse.

891 WASILEWSKI, Śląsk polski, S. 176f. – Das Werk informiert ansonsten über die ältere und neuere Geschichte sowie die Ergebnisse der Nationalitätenstatistik und der Germanisierungspolitik in Oberschlesien und Österreichisch Schlesien.

892 PSB, Bd. 19, S. 535ff.; siehe auch die kurze Biographie von MICHTA.

893 HAUSTEIN, S. 157.

schaftsauffassung also die Rolle eines Machtorgans der besitzenden Klassen zu.[894] Vor diesem Hintergrund betonte er auch die Bedeutung der polnischen Muttersprache bei der Entwicklung eines revolutionären Bewußtseins der Volksmassen unter preußischer Herrschaft.[895] Entsprechend beschäftigte sich Marchlewski in zahlreichen, auch in nichtsozialistischen Zeitungen veröffentlichten Artikeln[896] und vor allem in seinem Hauptwerk über „Die gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse in den polnischen Ländern des preußischen Teilgebiets“[897] mit den vielfältigen Aspekten dieses „nationalen Klassenkampfes“. Sein besonderes Interesse galt dabei den sozialen Mißständen und der diskriminatorischen Willkür der deutschen Administration gegenüber den polnischsprachigen Schlesiern. So wies er immer wieder auf die besondere Härte der Arbeitsbedingungen, die wachsende Diskrepanz zwischen den Arbeitslöhnen in Oberschlesien und den Profiten der Kapitalisten bzw. den Löhnen in anderen Industriegebieten Deutschlands sowie auf die zunehmenden Konzentrationsprozesse innerhalb der oberschlesischen Industrie hin.[898]

Die vermeintliche Verkettung von sozialer und nationaler Frage bestimmte auch Marchlewskis Bild von der schlesischen Geschichte. So sei der Feudalismus erst mit der deutschen Ostkolonisation nach Schlesien gelangt und habe die dortigen Kleinbauern ihrer Freiheit beraubt; ihr Los stelle eines der düstersten Kapitel in der Geschichte der polnischen Bauernschaft überhaupt dar.[899] In neuerer Zeit habe die Industrialisierung in „amerikanischem Tempo“ die Verhältnisse dann völlig umgekrempelt: Während die deutschen Feudalherren rasch auch die Bodenschätze in ihre Hände gebracht hätten und damit zu Großindustriellen geworden seien, sei den völlig verarmten Bauern nichts anderes übriggeblieben, als in die schnell wachsenden Städte zu gehen und in den Fabriken ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Diese – durchaus realistisch geschilderte – soziale Spaltung quer durch die oberschlesische Gesellschaft verlief für Marchlewski parallel zur nationalen Spaltung. Das Industrieproletariat definiere sich zwangsläufig über sein Polentum, während jeder, der ökonomisch und sozial

894 MROCZKO, Polska myśl zachodnia, S. 51; WRZESIŃSKI, Niemcy w polskiej myśli politycznej, S. 113.

895 ZIELIŃSKI – RABA, S. 194, 200.

896 Siehe etwa J.B. MARCHLEWSKI: *Stosunki społeczne w Księstwie poznańskiem w świetle statystyki* [Die gesellschaftlichen Verhältnisse im Herzogtum Posen im Lichte der Statistik], in: „Prawda“ 1898, Nr. 1, S. 3f.; Nr. 2, S. 14ff.; Nr. 3, S. 29; Nr. 4, S. 41 (abgedruckt auch bei MARCHLEWSKI, Pisma wybrane, Bd. 1, S. 523-544).

897 MARCHLEWSKI: *Stosunki społeczno-ekonomiczne w ziemiach polskich zaboru pruskiego* [Die gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse in den Ländern des preußischen Teilungsgebietes], in: DERS., Pisma wybrane, Bd. 1, S. 179-522.

898 Siehe hierzu MARCHLEWSKI, Ludzie, S. 251ff. (Abdruck des Artikels *O nędzy górnośląskiej* [Über die oberschlesische Not], ursprünglich erschienen im April 1911 in der Zeitung *Nasza Sprawa* [Unsere Frage]); DERS., Pisma wybrane, Bd. 1, S. 368ff. – Marchlewski weist hier auf einen Zwiespalt innerhalb der deutschen Führungsschicht in Oberschlesien hin: Während die Unternehmer die Löhne durch die Anwerbung billiger galizischer Arbeitskräfte noch weiter zu drücken gedächten, warnten die „Hakatisten“ aus Furcht vor einer weiteren „Polonisierung“ der Provinz vor einem solchen Schritt (S. 376f.).

899 MARCHLEWSKI, *Stosunki społeczno-ekonomiczne* (wie Anm. 897), S. 275.

darüber hinausrage, sich *eo ipso* der deutschsprachigen Oberschicht verbunden fühle.[900] Zugleich polemisierte Marchlewski im Blick auf die politische Entwicklung in Oberschlesien, die den dortigen Hilfstruppen der Nationaldemokratie, nicht jedoch den Sozialisten Erfolge brachte, heftig gegen „die verschiedenen Korfantys, die nationalistischen Gaukler und Demagogen", deren pseudosozialistische Phrasen entlarvt werden müßten.[901]

Als Realist glaubte Marchlewski übrigens nicht daran, daß sich nach einer erfolgreichen sozialistischen Revolution in Europa alle nationalstaatlichen Strukturen sofort auflösen würden. Unter Berufung auf die sowohl ethnische als auch ökonomische Einheit aller polnischen Länder sprach er sich daher für die Zeit des Übergangs zum Kommunismus für ein Modell eines selbstverwalteten polnischen Gemeinwesens aus, das auch alle preußischen Polengebiete umfassen sollte.[902] Marchlewski selbst, dessen Rolle in der polnischen Nachkriegsforschung verständlicherweise besonders hervorgehoben wurde[903], war von 1918 bis zu seinem Tode als Diplomat für Sowjetrußland tätig. In seiner polnischen Heimat hingegen war die Kommunistische Partei (*Komunistyczna Partia Polska*, KPP), die dort 1918 aus einem Zusammenschluß von SDKPiL und PPS-*Lewica* hervorgegangen war, schon im Januar 1919 wieder verboten worden.

Im Ergebnis zeigt sich, daß sich der alte Streit darüber, ob sich ein künftiger polnischer Staat in seiner territorialen Ausrichtung an historischen oder an ethnographischen Kriterien orientieren sollte, quer auch durch die polnische Linke zog. Zugleich wird deutlich, daß Oberschlesien als Gebiet mit einem rasch anwachsenden Industrieproletariat und einem entsprechenden sozialen Konfliktpotential in den politischen Analysen der polnischen Sozialisten vor 1914 erwartungsgemäß stark im Vordergrund stand, während das ländliche und sozial rückständige Masuren dort nur eine untergeordnete oder gar keine Rolle spielte – das gilt für den national ausgerichteten Flügel der polnischen Arbeiterbewegung ebenso wie für den internationalistischen Flügel. Hinzukommt, daß im linken Spektrum – anders als bei den konfliktfixierten Nationaldemokraten – weniger in geostrategischen Kategorien gedacht wurde, da man für die Zeit nach einer gesamteuropäischen sozialistischen Revolution ohnehin eine Überwindung der nationalen Gegensätze erwartete. Auch vor diesem Hintergrund konnte Ostpreußen auf der Linken also nicht jenen zentralen Rang einnehmen wie im Weltbild der „Allpolen".

900 DERS.: *Rozwój kapitalizmu na ziemiach polskich zaboru pruskiego* [Die Entwicklung des Kapitalismus in den Gebieten des preußischen Teilungsgebiets], in: DERS., Pisma wybrane, Bd. 1, S. 149-154, hier S. 151.

901 DERS., Ludzie, S. 256.

902 MROCZKO, Polska myśl zachodnia, S. 52.

903 Vgl. etwa ZIELIŃSKI – RABA, S. 193, 201f., die an Marchlewski die Verbindung von „tiefem Patriotismus und Internationalismus" loben.

7.4. Die politische Entwicklung in den „Westgebieten“ seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts im Spiegel der polnischen politischen Publizistik (Auswahl)

7.4.1. Das Phänomen der „nationalen Wiedergeburt“: Oberschlesien

Vor Ausbruch des Krieges standen die Protagonisten des Westgedankens vor zwei grundlegenden Aufgaben: Zum einen mußten die Gebietsansprüche im Westen der Bevölkerung in den polnischen Kernlanden als erstrebenswertes Ziel vorgegeben werden, zum anderen mußte unter der polnischsprachigen Bevölkerung in den beanspruchten Gebieten das Gefühl der Zugehörigkeit zur polnischen Nation zunächst einmal geweckt werden, um daraus im nächsten Schritt eine aktive polnische Irredenta zu formen. Neben dem klassischen Instrumentarium der „organischen Arbeit“ – Maßnahmen zur Volksbildung, Schaffung einer eigenen polnischen Presse und eines autonomen Vereinswesens etc. – spielte hierbei später auch die Teilnahme an Wahlen eine besondere Rolle. Die demokratischen Teilhaberechte, die die Verfassung des Deutschen Kaiserreiches bot und die von den Polen in Posen und Westpreußen bereits seit 1871 ausgiebig genutzt wurden[904], sollten langfristig auch in den „Westgebieten“ den vielbeschworenen Prozeß der „nationalen Wiedergeburt“ befördern. Der Wahlkampf bot die ideale Bühne, die eigenen Ziele in populärer Form zu verbreiten und dabei auch innerhalb der polnischen Öffentlichkeit der anderen Teilgebiete einen breiten Solidarisierungseffekt zu erreichen; der Wahlsieg nationalpolnisch orientierter Kandidaten galt den Vordenkern des Westgedankens gewissermaßen als Vorstufe zur nationalen Wiedergewinnung der beanspruchten Gebiete. In diesem Zusammenhang wurden in der polnischen Presse aller drei Teilgebiete erfolgversprechende politische Strategien und Taktiken seit den 80er Jahren zunehmend kontrovers diskutiert.
In der Gesamtschau lassen sich auch bezüglich der „Westgebiete“ in der polnischen Publizistik des 19. und frühen 20. Jahrhunderts eine „pessimistische“ und eine „optimistische“ Strömung ausmachen. Die pessimistischen Stimmen betrachteten das dortige Polentum mehr als museales Relikt, dessen Erforschung unter volkskundlichen und sprachwissenschaftlichen Gesichtspunkten zwar propagiert, dem als eigenständiger nationaler Faktor aber keine dauerhafte Zukunft gegeben wurde. Grundlage dieser Prognose war die Tatsache, daß es in den „Westgebieten“ – und zumindest hier können Oberschlesien und Masuren in einem Atemzug genannt werden – keinerlei polnischen Adel oder polnisches Bürgertum und nur in sehr geringem Maße eine einheimische polnische Intelligenz gab. Vor diesem Hintergrund traute man es der überwiegend kleinbäuerlich strukturierten Bevölkerung vielfach nicht zu, die Germanisierungsbestrebungen der deutschen Obrigkeit aus eigener Kraft abzuwehren und ein nationalpolnisches Bewußtsein auszubilden; die gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu

[904] Bei den Reichstagswahlen von 1871 bis 1898 errangen nationalpolnisch orientierte Kandidaten aus Posen und Westpreußen stets zwischen 13 und 19 der insgesamt 397 Mandate für sich; die polnische Fraktion *(Koło polskie)* bildete damit im Reichstag eine feste und konstante Größe.

beobachtende Niederlassung zahlreicher gut ausgebildeter „Immigranten“ vor allem aus Großpolen in Oberschlesien[905] steht für den Versuch, dieses Manko im Sinne der „organischen Arbeit“ auszugleichen. Noch 1894 sah Wojciech Szukiewicz in seiner in Krakau erschienenen Broschüre *Górne Śląsko* [Oberschlesien] in dem ausschließlich plebejischen Charakter der dortigen polnischen Emanzipationsbewegung eher eine Hypothek und gründete seine Hoffnung, Oberschlesien dauerhaft für das Polentum zurückzugewinnen, auf die beginnende Niederlassung polnischer Ärzte und Rechtsanwälte in den oberschlesischen Städten. Erst wenn es mit ihrer Hilfe gelinge, einen eigenständigen polnischen Mittelstand und eine polnische Intelligenz zu etablieren, werde das Polentum in Oberschlesien in der Lage sein, den Deutschen ebenbürtig gegenüberzutreten.[906]

Dabei hatte sich schon mit dem Beginn des Kulturkampfes eine oberschlesische Widerstandsbewegung unter Führung von Karol Miarka herausgebildet[907], als deren Kristallisationskern die 1868 in Beuthen gegründete Zeitung *Katolik* [Der Katholik] diente und die sich zunächst vor allem auf die Faktoren Sprache, Volkskultur und katholische Konfession stützte.[908] Zugleich begründete der Kulturkampf jedoch ein festes Bündnis des *Katolik* mit dem Zentrum als der Partei des deutschen politischen Katholizismus, das die Forderungen nach einer Rücknahme der seit 1872 erlassenen diskriminierenden Sprachgesetze unterstützte. Ergebnis dieses Bündnisses war eine scheinbar unangreifbare politische Hegemonie der Zentrumspartei unter den zumeist tiefgläubigen Oberschlesiern, ungeachtet ihrer Muttersprache. So eroberte das Zentrum bei den Reichstagswahlen von 1871 in Oberschlesien einen Wahlkreis, 1874 dann schon acht, 1877 elf und 1881 mit rund 82% der Stimmen sogar alle zwölf Wahlkreise des Regierungsbezirks Oppeln für sich. Polnischsprachige Abgeordnete waren mit dem Amtsgerichtsrat Paweł Letocha und dem Major der Reserve Juliusz Szmula allerdings erst seit 1884 bzw. seit 1887 dabei.[909]

Diese politische Situation mußte die Verbreitung polnisch-nationaler, über die rechtliche Gleichberechtigung der polnischen Volkssprache hinausgehender Parolen zwangsläufig erschweren. Auch der aus der Provinz Posen stammende Verleger

---

905 Siehe hierzu WANATOWICZ, S. 75; SCHWIDETZKY, S. 32f.

906 Die genannte Schrift war im Original leider nicht auffindbar. Eine Inhaltswiedergabe findet sich bei H. ZIELIŃSKI, Sprawa, S. 409f. – Vgl. auch MAZUR, S. 51, der noch während des Krieges eine planmäßige Ansiedlung von Posener Polen in Oberschlesien empfahl, um so den Widerstand gegen die Germanisierungspolitik zu stärken.

907 Zur Person Miarkas siehe PSB, Bd. 20, S. 527ff. – Der 1825 in einer kleinen Ortschaft im oberschlesischen Landkreis Pleß geborene Miarka hatte bereits 1865 in seiner mit eindeutig preußenfeindlicher Tendenz verfaßten Broschüre „Die Stimme eines Rufenden in der oberschlesischen Wüste oder über die Verhältnisse des polnischen Volkes in Schlesien“ *(Głos wołującego na puszczy górnośląskiej czyli o stosunkach ludu polskiego na Szląsku)* die Gefahr einer Germanisierung Oberschlesiens beschworen und dessen Einwohnerschaft dabei in jeder Hinsicht als „Glied der polnischen Nation“ bezeichnet. In insgesamt zwölf konkreten Punkten forderte er die völlige Gleichstellung der polnischen Sprache im Schul-, Bibliotheks- und Pressewesen etc. – Vgl. hierzu SCHWIDETZKY, S. 26ff.

908 Hierzu PATER, Refleksje, S. 75, 81.

909 Siehe hierzu SCHWIDETZKY, S. 28ff.

Adam Napieralski, der 1889 die Leitung des inzwischen mehrere polnischsprachige Blätter umfassenden Beuthener *Katolik*-Konzerns übernommen hatte (Miarka war bereits 1882 gestorben), ließ ungeachtet seines energischen Engagements für die sozialen und rechtlichen Belange der polnischsprachigen Schlesier nie einen Zweifel daran, daß er die Loyalität gegenüber dem Staat als Voraussetzung jeder erfolgversprechenden politischen Arbeit erachtete.[910] Entsprechend wurde in der nationalpolnischen Publizistik die Person Miarkas als des Vorkämpfers einer polnischen Emanzipationsbewegung in Oberschlesien zwar stets gewürdigt[911], zugleich jedoch die enge Verbindung zwischen dem *Katolik* und der Zentrumspartei bzw. der deutschen Geistlichkeit angeprangert.

Einer eher pessimistischen Grundstimmung gab der Krakauer Publizist Teodor Jeske-Choiński Ausdruck, der in seinen in der Warschauer Tageszeitung *Wiek* [Das Jahrhundert] veröffentlichten „Briefen aus Schlesien" zu der Feststellung gelangte, der schlesische Bauer sei von seinem Wesen her zwar bewahrend, sei sich der polnischen Herkunft der von ihm noch gepflegten Bräuche aber nicht bewußt, und das sei auch kein Wunder. Zu lange seien die polnischen Schlesier „wie Wachs" und lediglich Manövriermasse in der Hand fremder Herren gewesen. „Sie sprechen polnisch, sie singen polnisch, aber wenn man sie nach ihrer nationalen Identität fragt, antworten sie, sie seien zuerst Schlesier und dann Preußen."[912] Kritisch merkte Jeske-Choiński an, die derzeitige Bewegung in Oberschlesien sei eine ausschließlich religiöse, keine politische; entsprechend seien bei Wahlen bislang fast nur deutsche Kandidaten in die Parlamente entsandt worden – Hauptsache, sie seien katholisch.[913] Gleichwohl gab Jeske-Choiński eine halbwegs optimistische Zukunftsprognose ab: Der entscheidende Kampf zwischen deutscher und slavischer Bevölkerung stehe nach dem Ende des Kirchenkampfes erst noch bevor; um diesen Kampf zu bestehen, bräuchten die polnischen Schlesier aber endlich eine *eigene* Landesintelligenz. Im Gegensatz zu den Befürwortern einer von außen nach Oberschlesien hineingetragenen Agitation bezeichnete Jeske-Choiński es als den entscheidenden Fehler vieler Posener Publizisten, sich ohne genügende Kenntnis über die dortigen Bedingungen in Schlesien zu sehr einzumischen.[914] Mit ähnlicher Intention wurde im Petersburger *Kraj* vor der Gründung eines zentralen Wahlkomitees für alle Polen unter preußischer Herrschaft, also auch für Schlesien, das Ermland und Masuren, gewarnt. Tatsächlich gäbe es dort derzeit nichts, worauf sich ein derartiges Komitee stützen könne; dorthin entsandte Posener

---

910 Zu den politischen Grundüberzeugungen Napieralskis, wie sie sich im *Katolik* niederschlugen, siehe CZAPLIŃSKI, Adam Napieralski 1861-1928, S. 36ff.

911 So etwa BEŁZA, Karol Miarka (ursprünglich erschienen im „Tygodnik Illustrowany" 1880, Nr. 214, S. 65ff.; Nr. 215, S. 84f.; Nr. 216, S. 110; Nr. 217, S. 124f.; Nr. 218, S. 134; Nr. 219, S. 148f.).

912 TEODOR JESKE-CHOIŃSKI: *Listy ze Szląska (XIII.)* [Briefe aus Schlesien, Teil 13], in: „Wiek" 1880, Nr. 85, S. 2.

913 Ebenda.

914 Ebenda, S. 3. – In diesem Zusammenhang merkt der Autor an, derzeit gebe es in ganz Oberschlesien gerade mal vier polnische Ärzte, und die seien alle aus Posen.

Wahlagitatoren würden unter der Bevölkerung daher auf Unverständnis oder sogar Ablehnung stoßen.[915]

Neben dem Fehlen einer eigenen Intelligenz wurde vor allem der nach außen hin prägende Charakter der deutschen Oberschicht beklagt, der den polnischen Charakter Oberschlesiens verschleiere und damit einen Erfolg der Germanisierungspolitik vorgaukle, den es tatsächlich so nicht gebe. Stanisław Bełza drückte das in einem seiner frühen Schlesienartikel so aus:

> „Einige zehntausend Deutsche üben einen solchen Druck auf das Land aus, daß sie einer rein polnischen Provinz manchmal einen derart deutschen Charakter verleihen, daß jemand, der durch Oberschlesien fährt [Bełza meint eine Reise mit dem Zug, Anm. d. Verf.] und in keinem einzigen Dorf aussteigt, glauben könnte, er befinde sich in einem seit Jahrhunderten deutschen Land."[916]

Die sich seit Beginn der 90er Jahre und verstärkt dann nach 1900 in Oberschlesien vollziehende politische Entwicklung sorgte aber dafür, daß die optimistischen Zukunftsprognosen in der polnischen Publizistik die Oberhand gewannen, und das längst nicht nur in den Blättern der Nationaldemokratie. Insofern bildete sich in der Berichterstattung gegenüber Schlesien eine völlig andere Tendenz heraus als gegenüber Masuren, dem Ermland oder der Kaschubei, wo eine nationalpolnische Massenbewegung wie im Regierungsbezirk Oppeln vor 1914 nicht auf die Beine kam und entsprechend die pessimistischen Stimmen überwogen.

Die größte Barriere, die der Ausbildung eines nationalpolnischen Bewußtseins und der Integration der polnischsprachigen Schlesier in die politischen Bestrebungen der Gesamtnation im Wege stand, war in den Augen der polnischen Beobachter der katholische Klerus und sein politischer Arm, die Zentrumspartei. In ihrer Kritik an der vermeintlich „germanisatorischen" Rolle der ganz überwiegend deutschsprachigen Geistlichkeit Oberschlesiens waren sich die Organe des sozialistischen, des nationalistischen und sogar des konservativen Lagers ausnahmsweise einig. So prangerte auch der *Kraj*, programmatisch dem Katholizismus als einem der wesentlichen Elemente der polnischen Kultur und Wesensart durchaus verbunden, in Oberschlesien einen Verstoß gegen das Prinzip an, jedem Volk das Evangelium in seiner eigenen Muttersprache zu vermitteln[917], und beschuldigte die Geistlichkeit, im Rahmen der Germanisierungspolitik Seite an Seite mit der Lehrerschaft und dem Beamtenapparat zu mar-

---

915 „Kraj" 1889, Nr. 46, S. 1f. (Leitartikel ohne Überschrift und Verfasserangabe).

916 STANISŁAW BEŁZA: *Po głodzie* [Nach dem Hunger], in: „Tygodnik Illustrowany" 1880, Nr. 227, S. 285. – Dieses Motiv griff Bełza später verschiedentlich wieder auf, etwa in *Zabieram głos!* [Ich ergreife das Wort!], in: „Ziarno" 1907, Nr. 6, S. 2, wo er davon spricht, die preußischen Herren versuchten verzweifelt, eine „künstliche Decke des Deutschtums" über das Land zu breiten. Wer in einer oberschlesischen Stadt aber den Wochenmarkt besuche, merke schnell, was derartige Versuche wert seien, denn dort höre man nur die polnische Sprache.

917 X.: *Duchowieństwo na Górnym Szląsku* [Die Geistlichkeit in Oberschlesien], in: „Kraj" 1886, Nr. 44, S. 2ff.

schieren.[918] Als vermeintlicher Initiator einer „Germanisierung durch die Kirche" geriet auch der Fürstbischof von Breslau, Kardinal Georg Kopp (seit 1887), wiederholt ins Visier.[919] In seiner 1886/87 im Lemberger *Przegląd Społeczny* veröffentlichten „Schlesischen Chronik" zählte der Dichter, Literaturkritiker und Publizist Jan Kasprowicz (1860-1926)[920] mehrere in Oberschlesien tätige katholische Priester namentlich auf, die regelmäßig gegen die vermeintliche „großpolnische Agitation" wetterten. An gleicher Stelle beklagte er, die Tatsache, daß das Zentrum dank des Wahlverhaltens der oberschlesischen Polen die Mehrheitspartei sei, wiege um so schwerer, als dessen Vertreter mit Aristokratie und Großkapital eng verbandelt seien[921] – eine Anspielung auf den Führer des oberschlesischen Zentrums, Franz Graf von Ballestrem, der zugleich einer der führenden Grundbesitzer und Industriellen in Oberschlesien war.[922]

Daß auch im *Przegląd Wszechpolski* in scharfer Form gegen die Rolle der Geistlichkeit polemisiert wurde, versteht sich von selbst.[923] Ungeachtet der grundsätzlichen Abneigung, die die Vordenker der Nationaldemokratie gegen einen politischen Katholizismus hegten, war Popławski jedoch Realist genug, um die tiefe Frömmigkeit der meisten Oberschlesier in sein Kalkül mit einzubeziehen. Im Katholizismus sah

---

918 ROGATKA (Pseud.): *Górny Szląsk* [Oberschlesien], in: „Kraj" 1887, Nr. 51, S. 7f. – Der Autor beklagt in diesem Zusammenhang die „Lethargie" und den „Fatalismus" der Oberschlesier und veranschaulicht dies mit einem drastischen Beispiel: „Sagte man den Schlesiern heute, daß Rußland dem Deutschen Reich den Krieg erklärt habe und kurz vor der Eroberung Schlesiens stünde, so zuckten sie wahrscheinlich mit den Achseln und entgegneten, Schlesien habe schon so viele Herren gehabt, da könne es unter den Russen auch nicht mehr schlechter werden."

919 R.: *Biskup – Germanizator* [Der Bischof als Germanisator], in: „Kraj" 1890, Nr. 41, S. 2f.; in dieselbe Kerbe schlägt auch PATER, Centrum a ruch polski, S. 127ff.

920 PSB, Bd. 12, S. 185ff. – Einige seiner Gedichte veröffentlichte Kasprowicz in Popławskis *Głos*, schrieb daneben aber auch als Korrespondent für den *Kraj*. – Vgl. hierzu ZYGMUNT WASILEWSKI: *Kasprowicz i Popławski w r. 1887. Szkic historyczny* [Kasprowicz und Popławski im Jahre 1887. Historische Skizze], in: „Przegląd Wszechpolski" 1922, Nr. 3, S. 176-189, hier insb. S. 183, 185.

921 JAN KASPROWICZ: *Kronika Szląska* [Schlesische Chronik], vollständig abgedruckt in: Przegląd Społeczny 1886-1887, S. 147-163, hier S. 149f. (Im Original unter dem Pseudonym „Franciszek Szyba" erschienen im „Przegląd Społeczny" 1886, Nr. 12, S. 463-468; 1887, Nr. 5, S. 452-455).

922 Ballestrem (1834-1910) saß von 1890 bis 1893 im Reichstag der Zentrumsfraktion vor und amtierte von 1898 bis 1906 als Reichstagspräsident. Für große Aufregung in der polnischen Presse sorgte seine 1891 in Berlin angeblich gemachte Äußerung: „Die oberschlesischen Polen muß man aufs Maul schlagen!" Ballestrem dementierte diese in den *Nowiny Raciborskie* veröffentlichte Nachricht allerdings mit dem Hinweis, nicht die oberschlesischen Polen, sondern lediglich die „großpolnischen Agitatoren" gemeint zu haben (KARSKI, S. 93f.).

923 Siehe z.B. *Z zaboru pruskiego – Organizacya polityczna* [Aus dem preußischen Teilgebiet – Die politische Organisation], in: „Przegląd Wszechpolski" 1897, Nr. 18, S. 416f. – Der Kolumnist weist u.a. darauf hin, daß in Oberschlesien derzeit 1881 deutschen Geistlichen gerade mal 53 polnische Geistliche gegenüberstünden.

Popławski, der selbst nicht religiös war, immerhin einen schützenswerten Bestandteil der polnischen kulturellen Tradition und akzeptierte die Rolle von Kirche und Geistlichkeit, solange sie nicht seinem Verständnis von den „nationalen Interessen" zuwiderlief.[924] So sprach auch er sich dafür aus, daß die polnische Bewegung in Schlesien einen katholischen Charakter haben müsse, gestützt allerdings auf einen Katholizismus „von unten", d.h. ohne Mitarbeit der Geistlichkeit. Zwar liege es nicht im Interesse des dortigen Volkes, den Gegensatz zur Priesterschaft noch weiter zu verschärfen; eine Neuauflage des engen Bündnisses, wie es zur Zeit des Kulturkampfes bestanden habe, könne es unter den derzeitigen Bedingungen aber nicht geben.[925]

Bereits die seit Anfang der 90er Jahre zu beobachtende Entfremdung zwischen *Katolik* und Zentrum, bewirkt nicht zuletzt durch die zunehmende Annäherung der Parteiführung an den Kurs der deutschen Regierung[926], wurde in der polnischen Publizistik aufmerksam und hoffnungsvoll registriert. Die Spaltung des oberschlesischen Zentrums in einen reichstreuen Flügel und einen *Katolik*-Flügel, die sich in zahlreichen Doppelkandidaturen bei den folgenden Wahlen äußerte, brachte den „Dissidenten" zunächst bemerkenswerte Erfolge: Bei den Reichstagswahlen von 1893 schlug der *Katolik*-Kandidat Szmula den konkurrierenden deutschen Zentrumskandidaten im Wahlkreis Beuthen-Tarnowitz schon im ersten Wahlgang, bei folgenden Nachwahlen waren auch die *Katolik*-Kandidaten Franciszek Strzoda in Neustadt (1894) und Paweł Radwański in Pleß-Rybnik (1895) erfolgreich.[927]

Die *Liga Narodowa* als die Keimzelle der späteren Nationaldemokratie sah in dieser Situation ihre Chance. Bereits 1894 hatten die seit 1889 im oberschlesischen Ratibor von Jan Karol Maćkowski geleiteten und von Zentrum und Geistlichkeit unabhängigen *Nowiny Raciborskie* [Ratiborer Nachrichten] einen Aufruf der *Liga Narodowa* veröffentlicht.[928] Seit 1896 begann die Liga mit der Ausbildung illegaler Organisationsstrukturen in Oberschlesien, wobei sie finanziell vor allem von Posen aus unterstützt wurde.[929] Den Hintergrund dieser Bemühungen bildete die Propagandaarbeit

924 KULAK, Jan Ludwik Popławski 1854-1908, S. 493f., 497f., 505.

925 POPŁAWSKI, *Sprawy śląskie* (wie Anm. 795), S. 556.

926 Hierzu PATER, Centrum a ruch polski, S. 183ff. – Auslöser der innerparteilichen Querelen war die von der Regierung in Berlin eingebrachte Vorlage einer Militärreform, die die Unterstützung des konservativen Parteiflügels in Schlesien fand, im *Katolik*-Lager hingegen auf erbitterte Ablehnung stieß.

927 SCHWIDETZKY, S. 38ff. – Die genannten drei Politiker schlossen sich im Reichstag jedoch wieder der offiziellen Zentrumsfraktion an, weshalb NEUBACH, Zum deutsch-polnischen Nationalitätenverhältnis, S. 235f., es „nur teilweise richtig" nennt, sie als „polnische Parlamentarier" zu bezeichnen.

928 Die *Nowiny Raciborskie* waren die erste polnischsprachige Zeitung in Oberschlesien, die zum Zentrum sichtbar auf Distanz ging. – Grundlegend hierzu GLENSK, S. 80ff., der belegen zu können glaubt, daß der aus Posen stammende Maćkowski das Blatt 1891 im direkten Auftrag der Warschauer Sektion der *Liga Polska* und mit finanziellen Mitteln aus deren Fonds der oberschlesischen Verlegerfamilie Rostek abkaufte, um damit ein nationalpolnisches Organ in Oberschlesien zu etablieren; vgl. auch CZAPLIŃSKI, Die polnische Presse, S. 20f., 25f.

929 ORZECHOWSKI, Narodowa Demokracja, S. 62f.

des von 1894 bis 1896 in Posen erscheinenden und von dort auch nach Oberschlesien hineinwirkenden Wochenblattes *Przegląd Poznański* [Posener Umschau], das vehement für die Schaffung einer polnischen „national-demokratischen Partei“ in Oberschlesien eintrat, unabhängig vom Zentrum und ohne die „falsche nationale Solidarität der aristokratisch-klerikalen Oligarchie“ des preußischen Polentums. Als Konsequenz aus diesem Schritt müsse sich Oberschlesien mit Posen zu einer „organischen Einheit“ verbinden.[930] Zugleich wurden der vermeintlich „intrigante“ Kurs des *Katolik* scharf angegriffen und seinem Herausgeber Napieralski die Qualitäten eines Führers des oberschlesischen Polentums abgesprochen.[931]

Die erheblichen Konzessionen, die das schlesische Zentrum unter dem Eindruck dieser Ereignisse dem *Katolik*-Lager gegenüber machte, – u.a. wurde dessen Redakteuren fortan Sitz und Stimme im lokalen Zentrumswahlkomitee zugestanden – führte allerdings zu einer raschen Wiederannäherung, die sich im Beitritt der oben genannten „Dissidenten“ zur Zentrumsfraktion des Reichstages niederschlug.[932] Bei den Reichstagswahlen von 1898 schritten Zentrum und *Katolik* wieder Seite an Seite: Szmula und Strzoda traten als offizielle Zentrumskandidaten an (und siegten), in allen übrigen Wahlkreisen unterstützte der *Katolik* die deutschen Bewerber des Zentrums.[933] Im Ergebnis gewann das Zentrum mit 73,5% der Stimmen elf der zwölf oberschlesischen Mandate für sich (wie stets seit 1884) und konnte seine politische Hegemonie damit eindrucksvoll behaupten.[934] Der erste Versuch, einen Keil zwischen beide Seiten zu treiben, war damit gescheitert.

Der Führung der Nationaldemokratie kam in dieser kritischen Situation zupaß, daß über die Mitgliedschaft in der 1898 gegründeten oberschlesischen Filiale des Jugend-

---

930 STR.: *Polityka szląska* [Schlesische Politik], in: „Przegląd Poznański“ 1895, Nr. 45, S. 530f. – Der Autor begründet seinen Aufruf damit, daß die Parteien der deutschen privilegierten Klassen – und dazu zählt er auch das Zentrum – sich allenfalls in den Methoden ihrer Polenpolitik voneinander unterschieden, nicht aber im Ziel einer vollständigen Germanisierung des preußischen Ostens. In diesem Sinne unterstützte der *Przegląd Poznański* eigenständige polnische Kandidaturen in Oberschlesien. – Siehe auch X. JACEK KAMIEŃSKI: *Wiadomości szląskie* [Schlesische Nachrichten], in: „Przegląd Poznański“ 1895, Nr. 20, S. 235f.; *Zwycięstwo* [Sieg], in: „Przegląd Poznański“ 1895, Nr. 44, S. 517f.

931 Siehe z.B. *Gaszenie ducha* [Löschung des Geistes], in: „Przegląd Poznański“ 1895, Nr. 35, S. 409; *Sylwetki Szląskie* [Schlesische Gestalten] – *II: Adam Napieralski*, in: „Przegląd Poznański“ 1895, Nr. 37, S. 440ff.

932 Ebenda, S. 42; vgl. hierzu *Życie kresowe – Z Górnego Szląska* [Das Leben in den Grenzmarken – aus Oberschlesien], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1895, Nr. 17, S. 272f.; *Z całej Polski* [Aus ganz Polen], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1895, Nr. 20, S. 315; *Życie kresowe – Górny Śląsk* [Das Leben in den Grenzmarken – Oberschlesien], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1895, Nr. 20, S. 321; *Z kresów* [Aus den Grenzmarken], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1896, Nr. 2, S. 42ff.; *Z kresów – Kompromis wyborczy na Górnym Śląsku* [Aus den Grenzmarken – Wahlkompromiß in Oberschlesien], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1897, Nr. 21, S. 491f.

933 SCHWIDETZKY, S. 43.

934 Die Zahlen bei KARSKI, S. 102.

verbandes *Zet* mit Jan Jakób Kowalczyk (1872-1941)[935] und Wojciech Korfanty (1873-1939)[936] mittlerweile auch zwei Einheimische zur Bewegung gestoßen waren, die sich zur Übernahme politischer und publizistischer Führungspositionen eigneten und fortan eine wichtige Rolle spielen sollten.[937] Die Rolle eines Sprachrohres der Nationaldemokratie in Schlesien übernahm mit dem seit 1900 in Berlin von Marian Seyda (1879-1967)[938] herausgegebenen *Dziennik Berliński* [Berliner Tageblatt], der seit Anfang 1901 mit einer Zusatzauflage von mehreren tausend Exemplaren planmäßig im Regierungsbezirk Oppeln verteilt wurde, zunächst wiederum ein Blatt von außerhalb.[939] Eine Ende des Jahres 1900 unter maßgeblicher Mitwirkung des *Dziennik Berliński* losgetretene Kampagne, die sich unter der Losung „Nieder mit dem Zentrum!" *(Precz z Centrum!)* gegen die politische Dominanz des Zentrums und des *Katolik* (unter der polnischsprachigen Leserschaft) gleichermaßen richtete, brachte wieder Bewegung in die politische Szenerie. Die große persönliche Schärfe, mit der diese Auseinandersetzung geführt wurde, vor allem die mitunter hysterisch anmutenden Verbalinjurien Korfantys gegen Napieralski und seine Mitstreiter, spalteten die polnischsprachigen Oberschlesier in den folgenden Jahren in zwei zutiefst verfeindete Lager.

Der *Przegląd Wszechpolski*, in dessen Spalten der *Katolik* wegen seines unabhängigen und selbstbewußten Kurses wenige Jahre zuvor noch ausdrücklich gelobt wor-

---

935 PSB, Bd. 14, S. 316f.

936 PSB, Bd. 14, S. 67ff. – Der spätere Reichstagsabgeordnete und Plebiszitkommissar Korfanty, als Sohn eines einfachen oberschlesischen Bergmanns in Siemianowitz bei Laurahütte geboren, trug, wie schon erwähnt, von Geburt an eigentlich den deutschen Vornamen Albert. „Wojciech" nannte er sich erst später, nachdem er als Student in Breslau zu dort tätigen nationalpolnischen akademischen Zirkeln gestoßen war. – Grundlegend hierzu ORZECHOWSKI, Wojciech Korfanty; von deutscher Seite die aktuelle Biographie von KARSKI.

937 ORZECHOWSKI, Narodowa Demokracja, S. 64; SCHWIDETZKY, S. 52ff.

938 PSB, Bd. 36, S. 354ff. – Der aus Posen stammende Seyda war als Mitglied von *Zet* und *Liga Narodowa* maßgeblich am Aufbau der Nationaldemokratie des preußischen Teilgebiets beteiligt und entfaltete vor 1914 eine rege publizistische Tätigkeit. Nach Ausbruch des Krieges ging er in die Schweiz und war fortan einer der wichtigsten Mitstreiter Dmowskis auf dem Weg zum Aufbau eines unabhängigen und vereinigten polnischen Staates (s.u. Kap. 9.3.).

939 MARCZEWSKI, S. 125; JAKUBOWSKA, S. 66f.; S. GRABOWSKI, S. 236; vgl. *Z kresów* [Aus den Grenzmarken], in: „Przegląd Wszechpolski" 1901, Nr. 3, S. 190f. – Der Kolumnist zitiert hier eine Passage aus dem *Dziennik Berliński*, in der davon die Rede ist, die nationale Agitation brauche nicht unbedingt aus Posen oder aus Lemberg nach Oberschlesien hineingetragen zu werden. Es sei vielmehr ein noch radikalerer Weg, wenn sie direkt aus der deutschen Hauptstadt Berlin komme. – Vgl. auch L. WARWAS: *Walka o Ślązk (II.)* [Der Kampf um Schlesien, Teil 2], in: „Przegląd Wszechpolski" 1903, Nr. 9, S. 664; MARIAN SEYDA: *Wpływ ruchu wszechpolskiego na społeczeństwo b. zaboru pruskiego* [Der Einfluß der allpolnischen Bewegung auf die Gesellschaft des ehemaligen preußischen Teilgebiets], in: „Przegląd Wszechpolski" 1922, Nr. 3, S. 209.

den war[940], begleitete die Kampagne als ideologisches Leitorgan der Nationaldemokratie erwartungsgemäß mit großer Sympathie. Unter Verweis auf Stimmen in der katholischen deutschen Presse, die das Vorhandensein eines polnischen Nationalgefühls in Oberschlesien mit Blick auf die regelmäßig überwältigenden Wahlsiege des Zentrums in Frage stellten, wurde dazu aufgerufen, diesen Spöttern durch die Wahl nationalpolnisch eingestellter Kandidaten eine Lektion zu erteilen.[941] Einen ganz ähnlichen Kurswechsel vollzog auch Stanisław Bełza. Hatte er 1890 noch die Rolle des *Katolik* als des maßgeblichen Vertreters der Interessen der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens hervorgehoben[942], so griff er ihn zwölf Jahre später massiv an und charakterisierte das Zentrum als zweifelhaften Bündnispartner. Den Vertretern des deutschen politischen Katholizismus sei nicht zu trauen, schließlich kenne man die Deutschen seit Jahrhunderten gut – „sei es als katholische Kreuzritter oder als protestantische Preußen".[943] Dort, wo es ein polnisches Volk gebe, so Bełzas Quintessenz, müsse dieses bei Wahlen auch die eigenen Landsleute nach Berlin entsenden.[944] Jan Ludwik Popławski hatte bereits im März 1901 in einem seiner Grundsatzartikel die „Wende in Oberschlesien" verkündet:

> „Heute überholen die Forderungen der nationalen Bewegung in Schlesien die Programme ihrer Führer, heute weisen die Gefühle des schlesischen Volkes einen lebendigeren Pulsschlag auf als die Gefühle derer, die in ihm das Polentum erweckten. Seit einigen Jahren schon rückt die Zeit heran, da die oberschlesische Volksbewegung eine polnische Nationalbewegung ohne jeden Vorbehalt werden wird. Bald wahrscheinlich wird der letzte Termin für diesen Wandel verstreichen, und wenn die nationalen Führer in Oberschlesien nicht endlich die Initiative ergreifen, wird das Volk damit beginnen, andere Führer zu suchen und zu finden."[945]

Die deutschen Katholiken, so hieß es an anderer Stelle im *Przegląd Wszechpolski*, hielten die polnische Sprache lediglich im Rahmen der Religionsausübung für schutzwürdig und wollten einfach nicht anerkennen, daß es in Oberschlesien eine polnische Frage gebe. Dessen Bewohner forderten neben der Religionsfreiheit aber ebenso das Recht auf Anerkennung ihrer polnischen Nationalität und damit ihrer Zugehörigkeit zum einheitlichen „polnischen Nationalkörper".[946] Neben Zentrum und Klerus wurden aber auch die in Oberschlesien aktiven Sozialdemokraten, die dort bei den Reichstagswahlen von 1898 zwar kein Mandat, mit rund 25.000 Stimmen

---

940 *Z kresów – Walka z prasą polską na Śląsku pruskim* [Aus den Grenzmarken – Der Kampf gegen die polnische Presse im preußischen Schlesien], in: „Przegląd Wszechpolski" 1896, Nr. 9, S. 209f.

941 *Wzrost siły polskiej w zaborze pruskim* [Die Zunahme der polnischen Stärke im preußischen Teilgebiet], in: „Przegląd Wszechpolski" 1900, Nr. 12, S. 724.

942 BEŁZA, Na Śląsku polskim, S. 12ff.

943 BEŁZA, My czy oni, S. 33.

944 Ebenda, S. 15; vgl. auch S. 24ff.

945 J.L. POPŁAWSKI: *Przełom na Górnym Śląsku* [Wende in Oberschlesien], in: „Przegląd Wszechpolski" 1901, Nr. 3, S. 130.

946 *Widoki centrowców na Górnym Śląsku* [Ansichten der Zentrumspolitiker in Oberschlesien], in: „Przegląd Wszechpolski" 1901, Nr. 9, S. 539.

(11,1%) aber immerhin einen Achtungserfolg erzielt hatten[947], zur Zielscheibe „allpolnischer“ Polemiken. Popławski etwa, den eine Dekade zuvor noch große Gemeinsamkeiten mit vielen polnischen Sozialisten verbunden hatten, der inzwischen aber zu einem entschiedenen Gegner der Arbeiterbewegung geworden war[948], stellte die Sozialdemokratie gemeinsam mit der preußischen Regierung und der deutschen Geistlichkeit in eine Reihe von Kräften, die sich in ihren Zielen zwar voneinander unterschieden, für die polnische nationale Sache aber gleichermaßen bedrohlich seien.[949]

Die Bemühungen, der oberschlesischen Nationaldemokratie ein im Lande selbst erscheinendes Organ an die Hand zu geben, gingen weiter. Im Herbst 1901 gelang es Korfanty, zum verantwortlichen Redakteur der oberschlesischen Zeitung *Praca* [Die Arbeit] bestellt zu werden und das vorher eher gemäßigte Blatt umgehend auf seine Linie zu bringen.[950] Nur wenige Wochen später übernahm er gemeinsam mit Kowalczyk die Leitung des neugegründeten *Górnoślązak* [Der Oberschlesier], dessen erste Ausgabe am 15. Dezember 1901 in Kattowitz erschien. Das Blatt, das schon im Umfeld des Reichstagswahlkampfes von 1903 eine beachtliche Auflagenzahl von rund 12.000 Exemplaren erreichen konnte[951], erfüllte fortan die Funktion eines Sprachrohres der Nationaldemokratie in Oberschlesien, setzte allerdings mit Rücksicht auf die zumeist tiefreligiöse Grundhaltung der polnischsprachigen Oberschlesier stärker klerikale Akzente und erlaubte sich auch sonst manche ideologische Eigenwilligkeit. Unter dem Motto „Für Glaube und Vaterland“ *(Za wiarę i ojczyznę)* propagierte der *Górnoślązak* fortan die volle Zugehörigkeit der polnischsprachigen Oberschlesier zur polnischen Nation.[952]

---

947 SCHWIDETZKY, S. 47; KARSKI, S. 96.

948 Zu seiner Einstellung gegenüber den Sozialisten siehe J.L. POPŁAWSKI: *Nasz Demokratyzm (II.)* [Unser Demokratismus, Teil 2], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1900, Nr. 4, S. 196f., 200ff.

949 POPŁAWSKI, *Przełom na Górnym Śląsku* (wie Anm. 945), S. 141; vgl. auch J.L. JASTRZĘBIEC [d.i. Popławski]: *Z całej Polski* [Aus ganz Polen], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1901, Nr. 8, S. 487f.; L. WARWAS: *Walka o Śląsk (I.)* [Der Kampf um Schlesien, Teil 1], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1903, Nr. 7, S. 508, der den Sozialisten vorwirft, verbal zwar der Losung des Internationalismus zu huldigen, faktisch aber dem Deutschtum zu dienen und den polnischen nationalen Ansprüchen damit im Wege zu stehen.

950 KARSKI, S. 56.

951 JAKUBOWSKA, S. 70. – Das Blatt wurde damit zu einer ernsthaften Konkurrenz für den *Katolik*, dessen Auflagenzahl von CZAPLIŃSKI, Die polnische Presse, S. 24, für den Zeitraum von 1889 bis 1914 auf zwischen 10.000 und 25.000 veranschlagt wird. Die übrigen polnischen Blätter in Oberschlesien überschritten eine Auflage von 10.000 Exemplaren in der Regel nicht.

952 Siehe hierzu KARSKI, S. 62ff.; ORZECHOWSKI, Narodowa Demokracja, S. 88ff.; CZAPLIŃSKI, Die polnische Presse, S. 35, weist darauf hin, daß erst die Korfanty-Presse systematisch das Wort „Polen“ zur Bezeichnung der polnischsprachigen Oberschlesier benutzte, während zuvor meist kryptisch nur von „Glaubensgenossen“ *(wiarusy)* oder von „Landsleuten“ *(rodacy)* die Rede gewesen war.

Die turnusgemäß für 1903 bevorstehenden Reichstagswahlen[953] mußten erweisen, ob die neue, auf Konfrontation ausgerichtete Strategie erfolgreich war. In diesem Zusammenhang wurden die Ergebnisse der Volkszählung von 1900 eifrig studiert, auf deren Grundlage sich Popławski gute Chancen für die Wahl vom Zentrum unabhängiger, nationalpolnisch ausgerichteter Kandidaten ausrechnete.[954] Neben der populären Formel „Nieder mit dem Zentrum!" wurde im *Przegląd Wszechpolski* in diesem Zusammenhang auch die Losung ausgegeben: „Polnische Landsleute, laßt uns Polen wählen!" *(Polacy, wybierajmy Polaków!)*.[955] Daß sich im Vorfeld dieser „Schicksalswahl" mit dem *Górnoślązak* unter Leitung Korfantys ein eigenes „radikalnationales" Blatt in Oberschlesien etabliert hatte, wurde begreiflicherweise hervorgehoben, zugleich aber klargestellt, daß man ohne die von außen gesteuerte polnische Agitation auf ein nationales Bewußtsein des Volkes wohl noch lange hätte warten müssen.[956]

Während sich die Nationaldemokratie zu einer solchen Agitation also ausdrücklich bekannte[957], wurde deren Sinn in anderen Presseorganen massiv angezweifelt. In der *Prawda* etwa hieß es noch 1901, aus dem Wirken von Miarka, Napieralski und verschiedenen Aktivisten von außerhalb werde ersichtlich, daß die polnische Bewegung in Oberschlesien keine lebendige Erscheinung, hervorgerufen durch „Gefühl und Willen des Volkes", sondern künstlich sei. Dabei werde verkannt, daß 80% der polnischen Schlesier keine nationalen Traditionen pflegten und die einstige Zugehörigkeit zu Polen längst vergessen hätten.[958] Eine zunehmend kritische Haltung gegenüber Zentrum und *Katolik* nahm aber auch die der Nationaldemokratie nicht direkt verbun-

---

953 Bis 1893 hatte eine reguläre Legislaturperiode des Reichstags drei Jahre betragen, anschließend wurde sie auf fünf Jahre ausgedehnt.

954 J.L. JASTRZĘBIEC [d.i. Popławski]: *Z całej Polski* [Aus ganz Polen], in: „Przegląd Wszechpolski" 1901, Nr. 4, S. 228. – Die Eroberung eigener Mandate schildert Popławski an gleicher Stelle als die beste Möglichkeit, das nationale Selbstbewußtsein zu beweisen, das sich „auf dem Grund der ethnographischen Wiedergeburt des Polentums" entwickelt habe (S. 227). – Vgl. auch B.: *Szląsk Górny, w maju (Trochę statystyki)* [Oberschlesien im Mai: etwas Statistik], in: „Kraj" 1902, Nr. 22, S. 10f., der sich auf der Grundlage einer Umrechnung der Volkszählungsergebnisse auf die zwölf Wahlkreise des Regierungsbezirks Oppeln Chancen ausrechnet, von diesen zwölf neun für Kandidaten gewinnen zu können, „die unter dem nationalen Banner marschieren".

955 OTUCHA, *Ze Staropolski* (wie Anm. 525), S. 304f.

956 J.L. JASTRZĘBIEC [d.i. Popławski]: *Z całej Polski* [Aus ganz Polen], in: „Przegląd Wszechpolski" 1901, Nr. 12, S. 747f. – Im *Przegląd Wszechpolski* erstmals erwähnt wird Korfanty als Teilnehmer einer Delegiertenversammlung polnischer Vereine in Beuthen in der Kolumne *Z kresów*, in: „Przegląd Wszechpolski" 1901, Nr. 2, S. 125.

957 Vgl. hierzu *Z kresów – „Agitacja polska" na Śląsku* [Aus den Grenzmarken – Die „polnische Agitation" in Schlesien], in: „Przegląd Wszechpolski" 1897, Nr. 2, S. 43. – Der Kolumnist macht sich an dieser Stelle darüber lustig, daß die deutschen Behörden bei ihren häufigen Klagen über die „großpolnische" Agitation in Schlesien offenbar den Regionalbegriff „großpolnisch" *(wielkopolski)* mit dem politischen Begriff „gesamtpolnisch" bzw. „allpolnisch" (*ogólnopolski* bzw. *wszechpolski*) verwechselten.

958 JURANEK, *Ludność polska* (wie Anm. 537), S. 161f.

dene Presse ein. Die Rolle des *Katolik* als Interessenvertreter der polnischsprachigen Schlesier während des Kulturkampfes wurde dabei zwar durchweg gelobt, zugleich aber betont, daß vor dem Hintergrund des „nationalen Erwachens“ in Oberschlesien die Zeit über ihn hinweggegangen sei.[959]

Eine ambivalente, bisweilen auch widersprüchliche Position nahm in dieser Hinsicht der Petersburger *Kraj* ein. Das Blatt empfahl zunächst einen Mittelweg zwischen den radikalen Losungen des *Dziennik Berliński* und der „chauvinistischen“ deutschen Zentrumspresse. Zwar sei Schlesien bereits auf dem Wege zur „nationalen Wiedergeburt“, noch sei die Bevölkerung aber mit Anti-Zentrums-Parolen nicht zu erreichen, da das Zentrum von der Zeit des Kulturkampfes her immer noch in hohem Ansehen stünde.[960] Die Redakteure der polnischen Presse in Schlesien wüßten selber ganz genau, daß der schlesische Bauer zwar Pole sei, sich dessen aber noch nicht genügend bewußt sei, um „im Namen nationaler Losungen der deutschen katholischen Welt den Krieg zu erklären“.[961] Insofern sei es auch weiterhin ratsam, dem Zentrum verbundene Kandidaten in den Reichstag zu entsenden, allerdings solche, „die nicht vergessen, wer sie sind und woher sie stammen“.[962] Entsprechend redete der *Kraj* im Blick auf die bevorstehenden Wahlen einem Kompromiß mit der Zentrumspartei das Wort, sofern diese wie schon 1898 auch polnischsprachige Schlesier als Kandidaten nominiere.[963] Die Aktivitäten der Nationaldemokratie in Oberschlesien hingegen wurden mit scharfer Kritik überzogen. Der *Górnoślązak* sei dabei, die jahrzehntelange friedliche Grundlagenarbeit des *Katolik* zunichtezumachen. Seine Parteigänger gaukelten den Leuten vor, „die Fehler der Piasten und Jagiellonen“ wiedergutmachen zu können und hätten tatsächlich doch nichts als nationale Phrasen zu bieten.[964] In ähnlicher Weise beschuldigte Feliks Koneczny im konservativen Krakauer *Czas* den *Górnoślązak*, lediglich eine „Filiale der allpolnischen Partei“ und ein „doktrinäres Experiment“ zu

---

[959] So z.B. BR[ONISŁAW] K[ORASZEWSKI]: *Korespondencje Kurjera Warszawskiego – Z Górnego Śląska* [Korrespondenz des „Warschauer Kuriers“ – Aus Oberschlesien], in: „Kurjer Warszawski“ 1900, Nr. 148. – Der Autor Bronisław Koraszewski (1864-1924) war ursprünglich selbst *Katolik*-Redakteur gewesen und hatte seit den frühen 1890er Jahren die sich in erster Linie an die bäuerliche Bevölkerung Westoberschlesiens richtende *Gazeta Opolska* (Oppelner Zeitung) geleitet.

[960] SZLĄZAK (Pseud.): *Centrum a Ślązacy* [Das Zentrum und die Schlesier], in: „Kraj“ 1901, Nr. 35, S. 8f. – Der Autor beruft sich in diesem Zusammenhang auf den Chefredakteur der *Gazeta Opolska* (Oppelner Zeitung), Koraszewski.

[961] VIGILAX (Pseud.): *Głos rozumu* [Stimme der Vernunft], in: „Kraj“ 1901, Nr. 44, S. 5.

[962] Ebenda.

[963] SZLĄZAK (Pseud.): *Sprawy górnoszląskie* [Oberschlesische Fragen], in: „Kraj“ 1901, Nr. 16, S. 16f.; DERS.: *Ślązk Górny, w listopadzie* [Oberschlesien im November], in: „Kraj“ 1902, Nr. 46, S. 13f.

[964] DERS.: *Ze Szląska Górnego (Polityka polskich demokratów narodowych na Szląsku)* [Aus Oberschlesien – die Politik der polnischen Nationaldemokraten in Schlesien], in: „Kraj“ 1902, Nr. 51, S. 17f. – Für das Anwachsen der Nationaldemokratie in Oberschlesien macht der Autor maßgeblich auch die deutsche Politik verantwortlich. Deutsche Stimmen, die eine Unterrichtung sogar noch der Religion ausschließlich in deutscher Sprache forderten, seien die beste Werbung, die die „Allpolen“ sich wünschen könnten.

sein, das die seit über drei Jahrzehnten existierenden nationalen Institutionen des schlesischen Polentums systematisch untergrabe und dessen Forderung nach einer Schwächung des *Katolik* im Ergebnis nur den Sozialisten nützen werde.[965] In scharfer Form wandte er sich auch gegen die Usurpation des Begriffs „Patriotismus“ durch die Parteigänger des *Górnoślązak*. Tatsächlich gebe es in Oberschlesien keinen Gegensatz zwischen einem größeren und einem kleineren Patriotismus, sondern lediglich zwischen einer bewährten Politik auf der einen und politischem Dilettantismus auf der anderen Seite.[966]

Diese gegenseitigen Angriffe boten einen Vorgeschmack auf den mit großer Erbitterung geführten Reichstagswahlkampf des Jahres 1903. Als organisatorischer Mittelpunkt der Wahlvorbereitungen des *Górnoślązak* war ein Jahr zuvor der „Polnische Wahlverein“ (*Polskie Towarzystwo Wyborcze*, PTW) ins Leben gerufen worden, der als gemeinsame Wahlplattform aller polnischen Schlesier angepriesen wurde, tatsächlich aber ganz in nationaldemokratischem Fahrwasser schwamm. Ungeachtet des Verbalradikalismus, mit dem das PTW seine Kampagne in Oberschlesien führte, bemühte sich die Führung der Nationaldemokratie, die Erwartungen zu dämpfen. Popławski selbst hatte schon 1899 keinen Zweifel daran gelassen, daß das Bekenntnis der Oberschlesier zum Polentum sich Schritt für Schritt entwickeln müsse, der Prozeß der „Wiedergeburt“ also Zeit brauche und noch längst nicht als abgeschlossen betrachtet werden könne.[967] Noch auf einer Versammlung der nationaldemokratischen Spitzenfunktionäre Preußens, Kongreßpolens und Galiziens Mitte 1902 in Krakau sprach er sich für ein taktisches Wahlbündnis der oberschlesischen Nationaldemokraten mit dem *Katolik*-Lager aus, da das nationalpolnische Bewußtsein der Oberschlesier noch nicht genügend ausgeprägt sei, im Alleingang in den Reichstag zu gelangen.[968] Damit lag Popławski durchaus dicht an der Linie Napieralskis, der ein nüchternes, positivistisch-organisch orientiertes Programm für Oberschlesien propagierte und dem die oft großsprecherische Polemik des „wilden Polen“ Korfanty schon aus diesem Grunde zuwider war.[969]

Tatsächlich war das Ergebnis der Reichstagswahlen vom 16. Juni 1903 trotz eines aufwendigen Wahlkampfes eher enttäuschend. Mit rund 44.000 Stimmen (17,7%) gelang es nicht, die Vormachtstellung des Zentrums mit 60,1% und zehn Mandaten (von

---

[965] KONECZNY, W sprawie górnośląskiej, S. 10, 27 (die Reportage war ursprünglich im Vorfeld der Reichstagswahlen von 1903 als Fortsetzungsreihe im *Czas* erschienen).

[966] Ebenda, S. 58.

[967] J.L. JASTRZĘBIEC [d.i. Popławski]: *Z całej Polski* [Aus ganz Polen], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1899, Nr. 6, S. 351.

[968] KARSKI, S. 72. – In diesem Sinne empfahl auch der enge Mitstreiter Korfantys in den Reihen des PTW, Kowalczyk, die Bildung einer Einheitsfront aller „polnischen Kräfte“ in Oberschlesien und setzte gegen den erklärten Willen Korfantys, aber mit Rückendeckung der Führung des SD-N durch, daß die Kampflosung „Nieder mit dem Zentrum“ nach den Wahlen von 1903 zunächst aufgegeben wurde (ebenda, S. 113f.).

[969] CZAPLIŃSKI, Adam Napieralski – kontrowersyjny pozytywista, S. 55, 60f.

zwölf) wesentlich zu schwächen.[970] Der hauchdünne Stichwahlsieg, den Korfanty neun Tage später im Wahlkreis Kattowitz-Zabrze errang, hatte gleichwohl Signalwirkung.[971] Mit ihm trat erstmals ein Abgeordneter aus Oberschlesien – und damit überhaupt aus einem Gebiet außerhalb der Grenzen von 1772 – der polnischen Reichstagsfraktion bei.[972] Obwohl Roman Dmowski Korfanty für einen unsicheren Kantonisten hielt[973], gab die Parteiführung der Nationaldemokratie eigens eine Erklärung ab, die eine Woche nach dem Urnengang auch im *Górnoślązak* veröffentlicht wurde:

> „An diesem Tag stürzte unter dem Ansturm der polnischen Wähler der Wehrturm in der Mauer, die seit sechs Jahrhunderten Schlesien von unseren Brüdern trennt. In dieser Bresche steht der von Euch Gewählte, der Abgeordnete Korfanty, um in die polnische Fraktion einzutreten. Dank dieser Tatsache vereint sich das schlesische Land nach sechs Jahrhunderten der Trennung mit Polen auf ein schlechtes und gutes Schicksal. Das gebe Gott für Jahrhunderte!“[974]

Und der *Przegląd Wszechpolski* hob hervor, die zuvor vom *Katolik* verwirrte öffentliche Meinung habe sich nunmehr zu der Überzeugung hin gedreht, daß Schlesien ein wahrhaft polnisches Land sei. Das Monopol des *Katolik* auf die Führung der schlesischen Politik sei unwiderruflich zerstört und Schlesien damit in der glücklichen Lage, daß heute „keine Zeitung und kein Redakteur mehr ein politisches Privileg in Händen hält“.[975] Der Beitritt Korfantys zur polnischen Fraktion wurde als symbolträchtiger Akt der Verselbständigung der nationalpolnischen Bewegung in Oberschlesien gefeiert.[976] Der junge Journalist und ND-Aktivist Antoni Plutyński (1880-1965)[977], der den Wahlkampf von 1903 aufmerksam verfolgt hatte, urteilte:

---

970 Die Zahlen bei KARSKI, S. 96, 102. – Hier ist allerdings anzumerken, daß das PTW nur in sieben von zwölf oberschlesischen Wahlkreisen eigene Kandidaten ins Rennen geschickt hatte.

971 Im ersten Wahlgang hatte Korfanty mit nur 26,1% noch klar hinter dem Zentrumskandidaten Letocha (44,7%) zurückgelegen, die Stichwahl dann aber überraschend mit 50,7% gewonnen. Neben Korfanty hatte sich auch Kowalczyk für die Stichwahl qualifiziert, unterlag im Wahlkreis Pleß-Rybnik dann aber mit 48% der Stimmen dem Zentrumskandidaten Faltin (KARSKI, S. 97, 101).

972 SCHWIDETZKY, S. 57ff.; vgl. KARSKI, S. 96ff. – 1904 wurde Korfanty auch in das Preußische Abgeordnetenhaus gewählt (doppelte Abgeordnetenverhältnisse waren nach damaligem Recht zulässig), allerdings nicht in Oberschlesien, sondern in der Provinz Posen.

973 ORZECHOWSKI, Wojciech Korfanty, S. 87. – Hiernach soll Dmowski in diesem Zusammenhang die Befürchtung geäußert haben, möglicherweise habe man es sich mit dem Zentrum in Oberschlesien zu früh verscherzt.

974 Zit. in: KARSKI, S. 101f.

975 WARWAS, *Walka o Slązk (II.)* (wie Anm. 939), S. 668.

976 Vgl. *Państwa rozbiorcze jako teren polityki polskiej* [Die Teilungsstaaten als Terrain der polnischen Politik], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1904, Nr. 1, S. 6.

977 PSB, Bd. 26, S. 760f. – Plutyński war während seiner Lemberger Studienzeit (1899-1904) Mitarbeiter des parallel zum *Przegląd Wszechpolski* erscheinenden ND-Blattes *Słowo Polskie*, für das er mehrfach Oberschlesien besuchte und seine Eindrücke zu Reportagen verarbeitete. Aus Protest gegen den prorussischen Kurs Dmowskis verließ er die Nationaldemokratie im Jahre 1913.

„Das oberschlesische Volk fordert den Anschluß an die polnische Republik. Heute können wir die schlesischen Abgeordneten, die der (polnischen) Fraktion beitreten, nicht anders begrüßen als nur mit dem Ruf: ‚Es lebe das schlesische Volk!'"[978]

Der Publizist Kazimierz Rakowski (1874-1952)[979] sah hierin nur den Anfang. Im Sinne eines zukünftig gemeinsamen Vorgehens aller von Polen bewohnten Landesteile Preußens im Kampf gegen die Regierung forderte er die Bildung einer blockübergreifenden polnischen Partei des radikalen Widerstands gegen die Germanisierungspolitik, deren Abgeordnete jede Zusammenarbeit mit den deutschen Parteien verweigern müßten und den Reichstag nur als Repräsentationsbühne aller polnischen Gebiete unter preußischer Herrschaft einschließlich Schlesiens betrachten dürften.[980] In Oberschlesien – laut Rakowski die „vortrefflichste Perle in der preußischen Krone" – werde dabei die Entscheidungsschlacht um das Schicksal der Polen im preußischen Teilgebiet geschlagen. Daß das politische Leben in Oberschlesien nach der langen Zeit der staatlichen Trennung „auf der Uhr der Geschichte am Beginn des fünfzehnten Jahrhunderts" stehengeblieben sei, bedeutete für ihn dabei kein Hindernis:

„Dieser Pole aus dem fünfzehnten Jahrhundert reicht heute dem Polen aus dem zwanzigsten Jahrhundert die Hand und sagt: ‚Laß uns gemeinsam in die Zukunft gehen.'"[981]

Die konservative Presse reagierte auf den Wahlsieg Korfantys hingegen eher betreten. Im *Kraj* wurde ausdrücklich bedauert, daß Korfanty mit seiner „Politik des scharfen Tones" und der Denunziation seiner politischen Gegner Erfolg gehabt habe.[982] Auch wurde die Befürchtung geäußert, der Triumph Korfantys, der die völlige Lossagung der Schlesier von der Geistlichkeit fordere, könne nur eine Etappe auf dem Weg zum

---

978 PLUTYŃSKI, S. 41.

979 PSB, Bd. 30, S. 522ff. – Rakowski stammte selbst aus Piotrków (dt. Petrikau; Kongreßpolen), wandte aus Sympathie für die Emanzipationsbewegung der polnischen Schlesier aber sein ganzes politisches Engagement schon früh der schlesischen Frage zu. Bereits seit 1895 arbeitete er bei der Kattowitzer *Praca* und später auch beim radikalen ND-Blatt *Dziennik Berliński* mit. Anders als Korfanty, von dem er 1901 während der Verbüßung einer kurzen Haftstrafe als Chefredakteur der *Praca* ausgebootet worden war, sah Rakowski den Hauptgegner zunächst in der Sozialdemokratie und nicht im Zentrum, mit dem er eine Zusammenarbeit zwecks Wahl polnischer Abgeordneter aus Oberschlesien weiterhin für notwendig erachtete. Nach 1903 näherte er sich der politischen Linie Korfantys aber an und schrieb auch für dessen *Górnoślązak*.

980 RAKOWSKI, S. 43, 46; vgl. X.Y.Z.: *Korespondencje Kurjera Warszawskiego (Stosunki górnoszląskie)* [Korrespondenz des Warschauer Kuriers – oberschlesische Verhältnisse], in: „Kurjer Warszawski" 1904, Nr. 299, der die Gründung eines zentralen Wahlkomitees für alle polnischen Gebiete unter preußischer Herrschaft vorschlägt. Ein solches gemeinsames Komitee werde zum einen ein Symbol der Verbindung Posens und Westpreußens mit Schlesien sein, zum anderen könne es verhindern, daß die Sozialisten als lachende Dritte den Nutzen aus der jüngsten Entwicklung zögen.

981 RAKOWSKI, S. 51.

982 *Za kordonem* [Jenseits der Grenze], in: „Kraj" 1903, Nr. 25, S. 25f.

Sozialismus und zum völligen Abfall des Volkes von Kirche und Religion sein.[983] Zugleich wurde im Blick auf die jüngsten Ereignisse aber zugestanden, daß das nationale Bewußtsein in Oberschlesien heute bereits so weit entwickelt sei, daß man „von einem polnischen Volk in Schlesien als Teil unserer Nation und unserer Gesellschaft" sprechen könne.[984] Auch der *Kraj* distanzierte sich in der Folgezeit scharf vom Zentrum. Daß *Katolik*-Chef Napieralski kurz nach der Reichstagswahl aus dem Wahlkomitee des Zentrums austrat und sich nun gleichfalls für die Wahl nationalpolnischer Kandidaten aussprach, wurde mit Genugtuung registriert, da dieser Schritt in den Augen der *Kraj*-Redakteure die Möglichkeit einer Annäherung zwischen *Katolik* und *Górnoślązak* bot.[985] Als Reaktion auf Äußerungen von Zentrumsabgeordneten, in Oberschlesien gebe es gar keine Polen, sondern nur „polnisch sprechende Preußen", wurde festgestellt, das Zentrum habe das während des Kulturkampfes erworbene Vertrauen nunmehr endgültig verspielt.[986]

Zum *Górnoślązak* und der von ihm propagierten Politik blieb das Verhältnis des *Kraj* allerdings höchst distanziert. Die gleichzeitige Niederlage sowohl des vom *Górnoślązak* unterstützten Bewerbers als auch des Kandidaten des Zentrums bei einer Abgeordnetenhausnachwahl im Wahlkreis Pleß-Rybnik im Herbst 1904 wurde als Beleg für die destruktive Strategie des *Górnoślązak* gewertet. Im Wissen um die Chancenlosigkeit des eigenen Bewerbers habe das Blatt eine Unterstützung des Zentrumskandidaten als des „kleineren Übels" trotzdem verweigert und so zum Sieg des Regierungskandidaten beigetragen.[987] Jetzt zeige sich, daß diejenigen, die die „natio-

---

983 SZLĄZAK (Pseud.): *Ze Szlązka Górnego, w czerwcu* [Aus Oberschlesien, im Juni], in: „Kraj" 1903, Nr. 26, S. 18f.; vgl. BART.: *Wywiady szlązkie – Rozmowa z posłem Korfantym* [Schlesische Interviews – ein Gespräch mit dem Abgeordneten Korfanty], in: „Kraj" 1903, Nr. 31, S. 10f. – In dem Interview bezeichnet sich Korfanty zwar als Interessenvertreter der Arbeiterschaft, bestreitet aber zugleich energisch, eine Wahlabsprache mit den Sozialisten getroffen zu haben. Daß es unter den schlesischen Polen im Vorfeld der Wahlen zu keiner Einigung gekommen sei, sei im übrigen allein Schuld des *Katolik*.

984 S.H.: *Organizacja ludowa na Szląsku* [Die Organisation des Volkes in Schlesien], in: „Kraj" 1903, Nr. 32, S. 3. – Der Autor gibt die Prognose ab, die nationale Bewußtwerdung breitester Schichten des polnischen Volkes in Schlesien werde auch eine ökonomische Entwicklung nach sich ziehen, an deren Ende die Gesellschaft auch polnische Ärzte, Anwälte, Ingenieure und Kaufleute hervorbringen werde.

985 G.: *Na Szląsku* [In Schlesien], in: „Kraj" 1903, Nr. 39, S. 3f.; vgl. auch MASŁAW (Pseud.): *Pod berłem pruskim* [Unter preußischem Zepter], in: „Kraj" 1906, Nr. 12, S. 4.

986 B.: *O Górny Szląsk* [Über Oberschlesien], in: „Kraj" 1904, Nr. 5, S. 14; vgl. Ł-ZA: *Jedna z konsekwencyi (Rozmowa z politykiem wielkopolskim)* [Eine der Konsequenzen: Gespräch mit einem großpolnischen Politiker], in: „Kraj" 1904, Nr. 31, S. 8f. – Der anonyme Verfasser warnt das Zentrum, die gleiche Verfolgung, deren Opfer heute die Polen seien, könne sich morgen auch gegen die deutschen Katholiken richten. Zugleich betont er, daß es im Zentrum noch immer einige aufgeschlossene Leute gebe, die für eine begrenzte Zusammenarbeit mit der polnischen Fraktion in Frage kämen.

987 BART.: *Walka wyborcza w Żorach* [Der Wahlkampf in Pleß-Rybnik], in: „Kraj" 1904, Nr. 41, S. 8; DERS.: *Nauka na przyszłość* [Lehre für die Zukunft], in: „Kraj" 1904, Nr. 42, S. 8f.; vgl. auch J.L. JASTRZĘBIEC [d.i. Popławski]: *Z całej Polski* [Aus ganz Polen], in: „Przegląd Wszechpolski" 1904, Nr. 10, S. 777.

nale Wiedergeburt“ der polnischen Schlesier bereits als abgeschlossen betrachtet und ausschließlich auf ihre eigene Kraft vertraut hätten, im Irrtum gewesen seien und die Bevölkerung mit ihren gewalttätigen Auftritten nur noch mehr vor den Kopf gestoßen hätten.[988]

Um so irritierter mußte die *Kraj*-Redaktion zur Kenntnis nehmen, daß Korfanty, nachdem ihm sein Reichstagsmandat aberkannt und eine Neuwahl ausgeschrieben worden war[989], den Wahlkreis Kattowitz-Zabrze im Oktober 1905 mit großer Mehrheit bereits im ersten Wahlgang verteidigen konnte. Ob einem Korfantys Taktik nun gefalle oder nicht, so der etwas gequälte Tenor eines Kommentars, müsse jeder Pole auf dieses Ergebnis mit Stolz blic??ken. Das Ergebnis beweise, daß die nationalpolnische Bewegung in Oberschlesien zum Hemmschuh nicht nur für das Zentrum, sondern auch für den Sozialismus geworden sei.[990] Sehr viel leichter fiel den Kommentatoren des *Kraj* da schon die Bewertung des Nachwahlsieges von Adam Napieralski im Wahlkreis Beuthen-Tarnowitz, der nun gleichfalls der polnischen Reichstagsfraktion beitrat und damit seinen Bruch mit dem Zentrum endgültig dokumentierte. Der wahre Held, der den Triumph in Beuthen-Tarnowitz ermöglicht habe, war laut *Kraj*-Kommentar aber nicht Napieralski, sondern das oberschlesische Volk, das, obwohl seit einem halben Jahrtausend vom Mutterland getrennt, „der Welt sein auf ewig polnisches Antlitz gezeigt“ habe.[991]

Napieralskis Kurswechsel ermöglichte eine vorübergehende Streitbeilegung mit Korfanty und damit die Bildung einer gemeinsamen polnischen Liste für die vorgezogenen Reichstagswahlen vom 25. Januar (Hauptwahl) bzw. 5. Februar (Stichwahlen) 1907, die dann den endgültigen Durchbruch brachten. Die polnische Wahlliste errang auf Anhieb fast 119.000 Stimmen (39,5%) und eroberte fünf Wahlkreise für sich, während das Zentrum mit nur noch 31,7% gegenüber 1903 nahezu halbiert wurde.[992]

---

988 Ł-ZA: *Z Górnego Szląska* [Aus Oberschlesien], in: „Kraj“ 1905, Nr. 6, S. 11f.

989 KARSKI, S. 143. – Den Antrag auf Aberkennung des Mandats hatte das Zentrum mit der Begründung eingebracht, bei der Auszählung des zweiten Wahlgangs von 1903 sei es zu Unregelmäßigkeiten gekommen, die den damaligen, äußerst knappen Wahlsieg Korfantys (sein Vorsprung hatte nicht mal 700 Stimmen betragen) in Frage stellten.

990 B.: *Wybory w Katowicach* [Die Wahlen in Kattowitz], in: „Kraj“ 1905, Nr. 40, S. 6.

991 MASŁAW (Pseud.): *Lud-bohater* [Das Volk als Held], in: „Kraj“ 1906, Nr. 23, S. 3f. – Der Autor äußert in diesem Zusammenhang die wenig realistische Hoffnung, daß auch der germanisierte schlesische Adel im weiteren Verlauf der geschichtlichen Entwicklung „zum Polentum zurückkehren“ werde.

992 SCHWIDETZKY, S. 78ff.; vgl. KARSKI, S. 148f. – Im einzelnen handelte es sich dabei um die Wahlkreise Oppeln (Sieg des polnischen Kandidaten Pfarrer Paweł Brandys schon im ersten Wahlgang), Tost-Gleiwitz-Lublinitz (Sieg des ursprünglich aus Westpreußen stammenden Pfarrers Teodor Jankowski in der Stichwahl), Beuthen-Königshütte-Tarnowitz (Sieg Napieralskis im ersten Wahlgang), Kattowitz-Zabrze (Wiederwahl Korfantys im ersten Wahlgang) und Pleß-Rybnik (Sieg von Pfarrer Aleksander Skowroński im ersten Wahlgang; Skowroński legte sein Mandat auf Druck des Breslauer Bischofs Kopp allerdings schon zum Jahresende nieder, woraufhin der gleichfalls dem nationalpolnischen Lager zuzurechnende Geistliche Józef Wajda die für Anfang 1908 anberaumte Nachwahl gewann). Das geltende Mehrheitswahlrecht machte es allerdings möglich, daß das Zentrum

Dieser Erfolg wurde in der polnischen Publizistik erwartungsgemäß mit großer Euphorie aufgenommen. Stanisław Bełza etwa jubelte, das Ergebnis beweise, daß die unmoralische Politik der nationalen Unterdrückung in Oberschlesien ihr Ziel nicht nur nicht erreicht, sondern die polnische Nationalität im Gegenteil erst zum Leben erweckt habe.[993] Und der nationaldemokratische Wahlaktivist Karol Rzepecki vermerkte, der unter der Losung „Hier der Pole – dort der Deutsche“ *(Tu Polak – tam Niemiec)* erreichte Wahlsieg gereiche den „Brüdern“ in Oberschlesien zu großer Ehre, obwohl er das polnische Potential im Blick auf das Ergebnis der letzten Volkszählung für noch immer nicht voll ausgeschöpft hielt.[994]

Die nunmehr beflügelte Hoffnung, das nationalpolnische Lager werde das Zentrum als politisch dominierende Kraft in Oberschlesien endgültig beerben, erwies sich freilich als voreilig. Der grundlegende Konflikt in der Frage, wie man es in Oberschlesien mit dem Zentrum halten sollte, war auch nach 1907 nicht beigelegt. Im Mittelpunk der Kritik der dezidiert national ausgerichteten Presse stand wiederum der gemäßigte Kurs Napieralskis, dem Bełza im *Ziarno* vorhielt, vielleicht ein guter Journalist und Ökonom, aber gewiß kein guter Politiker zu sein.[995] Der jahrelange „Bruderzwist“ zwischen Napieralski und Korfanty sei ein Skandal auf Kosten der Zukunft Schlesiens gewesen, da er den preußischen Behörden Gelegenheit gegeben habe, die Germanisierungspolitik in aller Seelenruhe voranzutreiben.[996] Die weiteren Bemühungen um eine dauerhafte Aussöhnung zwischen den beiden Kontrahenten wurden von Bełza zwar ausdrücklich gewürdigt, zugleich aber griff er Napieralski scharf an, weil dieser sich auch weiterhin für die Wahl der Zentrumskandidaten jeweils dort aussprach, wo eine eigenständige polnische Kandidatur aussichtslos erschien.[997] Dieses „Prinzip des kleineren Übels“, mit dem Napieralski Siege konservativer oder nationalliberaler Bewerber zu verhindern suchte, war für Bełza nichts als Volksverdummung. Napieralski verkenne, daß die Wahlkämpfe gleichsam „das Examen in Bezug auf das nationale Gefühl“ darstellten – polnisch zu sprechen und eine polnische Zeitung zu lesen, sei eben nicht genug.[998]

---

mit sechs direkt gewonnenen Mandaten im Endeffekt in Oberschlesien stärkste Kraft blieb. – Die Zahlen im einzelnen bei RZEPECKI, Bd. 2, S. 112ff.; ebenso bei SCHWIDETZKY, S. 110f. (siehe Anhang II); siehe hierzu auch NEUBACH, Polnische Geistliche, S. 277-281.

993 STANISŁAW BEŁZA: *Zabieram głos!* [Ich ergreife das Wort!], in: „Ziarno“ 1907, Nr. 6, S. 2.

994 RZEPECKI, Bd. 1, S. 39, 41.

995 STANISŁAW BEŁZA: *Listy z mojej pracowni* [Briefe aus meiner Werkstatt], in: „Ziarno“ 1910, Nr. 2, S. 23.

996 DERS.: *Listy z mojej pracowni*, in: „Ziarno“ 1910, Nr. 50, S. 962f.

997 DERS.: *Listy z poza kraju o kraju* [Briefe von außerhalb der Heimat über die Heimat], in: „Ziarno“ 1911, Nr. 35, S. 682. – Bełza bezieht sich hier auf ein Interview, das Napieralski kurz zuvor dem konservativen Warschauer *Słowo* gegeben hatte. – Vgl. auch CZAPLIŃSKI, Adam Napieralski – kontrowersyjny pozytywista, S. 62.

998 BEŁZA, *Listy* (wie Anm. 997), S. 683. – In Oberschlesien, so Bełza an gleicher Stelle, treffe die von Napieralski geschilderte Ausgangslage ohnehin nur auf einen einzigen Wahlkreis zu, nämlich Kreuzburg-Rosenberg, wo mit einer Ausnahme bisher stets ein Konservativer, also „der größte Feind der Polen“ gesiegt habe. Obwohl die Polen hier sogar klar in der

Die Krise, in die die Nationaldemokratie infolge der Annäherung Dmowskis an Rußland geriet (s.u. Kap. 8.1.), wirkte sich auch auf die politische Landschaft in Oberschlesien aus und fiel zeitlich mit einer zunehmenden Entfremdung Korfantys von der Nationaldemokratie zusammen, die ihre Ursachen nicht zuletzt in persönlichen Animositäten hatte.[999] Um dem finanziellen Bankrott seines Kattowitzer Pressekonzerns zu entgehen, sah sich Korfanty 1910 gezwungen, seine Zeitungen an Napieralski zu verkaufen, was den endgültigen Bruch mit der Nationaldemokratie besiegelte. Die beiden ehemaligen Kontrahenten gründeten daraufhin als gemeinsame Plattform die „Polnische Partei in Schlesien“ *(Stronnictwo Polskie na Śląsku)*, während die ND ihre Propaganda fortan über die Anfang 1911 in Kattowitz neugegründete *Gazeta Ludowa* [Volkszeitung] verbreitete und darin ausgerechnet Korfanty des „politischen Provinzialismus“ anklagte.[1000]

Auch im neuen Warschauer ND-Leitorgan *Przegląd Narodowy*, wo die neuerliche Übereinkunft zwischen Korfanty und Napieralski von 1910 anfangs noch begrüßt worden war[1001], wurde der neugegründeten *Gazeta Ludowa* wenig später Unterstützung zugesagt, da sich um sie ehemalige Korfanty-Anhänger versammelt hätten, die in der alten Richtung fortschreiten wollten.[1002] Die gleichfalls zur ND-Presse gehörende *Gazeta Warszawska* sekundierte mit der Feststellung, die schlesische Übereinkunft und der damit verbundene Verkauf des *Górnoślązak* an Napieralskis *Katolik*-Konzern sei im Ergebnis nichts weiter als eine Kapitulation Korfantys gewesen, die Gründung der *Gazeta Ludowa* hingegen ein erster Schritt zu einer neuerlichen Konsolidierung der Verhältnisse, gerade auch im Blick auf die bevorstehenden Wahlen.[1003] Daß diese „Konsolidierung“ aber nicht weit trug, zeigten die Reichstagswahlen vom Januar 1912. Mit insgesamt knapp 112.000 Stimmen kam die polnische Gemeinschaftsliste auf einen Anteil von 30,8% und errang nur noch vier Mandate, da ihr Kandidat im Wahlkreis Tost-Gleiwitz-Lublinitz diesmal knapp unterlag. Das Zentrum

---

Mehrheit seien, blieben sie den Wahlen mehrheitlich fern und bewiesen damit, daß sie offenbar keinerlei nationales Gefühl in sich trügen und es ihnen egal sei, wer sie in Berlin repräsentiere.

999 KARSKI, S. 149

1000 SCHWIDETZKY, S. 86ff.; vgl. MARCZEWSKI, S. 346ff.; JAKUBOWSKA, S. 178.

1001 STANISŁAW KOZICKI: *Przegląd spraw polskich* [Überblick über die polnischen Fragen], in: „Przegląd Narodowy“ 1910, Nr. 11, S. 620f.

1002 DERS.: *Przegląd spraw polskich*, in: „Przegląd Narodowy“ 1911, Nr. 1, S. 104f.

1003 MASŁAW (Pseud.): *Stosunki na Górnym Śląsku* [Die Verhältnisse in Oberschlesien], in: „Gazeta Warszawska“ 1911, Nr. 9. – Die exakte Gegenposition hierzu vertritt RP.: *Przyszłe wybory na Górnym Szląsku* [Die kommenden Wahlen in Oberschlesien], in: „Kurjer Warszawski“ 1911, Nr. 181, der es als positives Zeichen wertet, daß nunmehr alle polnischen Zeitungen in Oberschlesien mit Ausnahme der *Gazeta Ludowa* wieder unter der Kontrolle des *Katolik*-Konzerns seien. Diese Einigkeit erhöhe die Chancen, bei den Reichstagswahlen die 1907 eroberten Mandate zu behaupten und weitere hinzuzuerobern.

hingegen rückte mit 36,8% und sieben Mandaten wieder klar zur stärksten politischen Kraft in Oberschlesien auf.[1004]

In seiner ausführlichen Analyse des oberschlesischen Desasters sprach Bełza das einfache polnische Volk von jeder Mitverantwortung frei und wies die Schuld in Anspielung auf die Fehde zwischen Korfanty und Napieralski den „Führern der Nation und Redakteuren ihrer Zeitungen“ zu, deren jahrelanger kleinlicher Streit viel Vertrauen gekostet habe. Im Ergebnis sei festzuhalten, daß diesmal nicht die Deutschen die Polen an der Oder geschlagen hätten, sondern die Polen sich selbst.[1005] Aber nicht nur die Streitereien in Oberschlesien, so räumte Bełza selbstkritisch ein, sondern auch die fortgesetzten Parteikämpfe „bei uns“ in Warschau hätten der polnischen Sache insgesamt geschadet. Das beste Beispiel sei der Sturz des „Titanen“ Dmowski als Chef der Petersburger Polenfraktion (s.u. Kap. 8.1.) infolge der wüsten Attacken diverser politischer „Pygmäen“ und ihrer Revolverblätter.[1006]

Die Analyse der Berichterstattung der polnischen Presse über Schlesien zeigt, daß sich die verschiedenen politischen Lager weniger bezüglich ihres Ziels voneinander unterschieden – nämlich Oberschlesien über kurz oder lang für die polnische Nation „zurückzugewinnen“ –, sondern vor allem bezüglich der Taktik, mittels derer dieses Ziel zu erreichen sei. Daß ein allzu großes Vertrauen in eine schnelle „nationale Wiedergeburt“ aller polnischsprachigen Schlesier fehl am Platze war, hatte sich 1912 jedenfalls erwiesen. Die in der polnischen Publizistik verbreitete Schlesieneuphorie hatte damit erst einmal einen gründlichen Dämpfer erhalten. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges zwei Jahre später änderte die Situation dann ohnehin von Grund auf. Die Kriegsniederlage Deutschlands und die Entscheidung der Pariser Friedenskonferenz, die Oberschlesier im Rahmen einer Volksabstimmung selbst über die künftige staatliche Zugehörigkeit ihrer Provinz entscheiden zu lassen, rückte Schlesien erneut ins Zentrum des Interesses der polnischen Öffentlichkeit. Wie schon in der Vorkriegspublizistik der Nationaldemokratie wurde die plebejische Sozialstruktur der dortigen polnischsprachigen Bevölkerung und damit das Fehlen eines Gegensatzes zwischen Adel bzw. Großbürgertum auf der einen und Bauern- bzw. Arbeiterschaft auf der anderen Seite als Vorbild für eine gerechte Gesellschaft beschworen. Schlesien wurde in diesem Zusammenhang regelrecht zum Mythos, zu einer „Schule für ganz Polen“ hochstilisiert.[1007] Der Ausgang der Volksabstimmung vom März 1921, bei der nur 40,4% der Abstimmungsberechtigten für einen Anschluß an Polen votierten (und damit prozentual kaum mehr, als bereits 1907 für die polnische Liste gestimmt hatten), sorgte freilich abermals für eine schwere Enttäuschung.

1004 RZEPECKI, Bd. 2, S. 112; KARSKI, S. 164; zu den einzelnen Wahlkreisduellen des Jahres 1912 in Oberschlesien detailliert NEUBACH, Die Nationalitätenverhältnisse. – Korfanty selbst war diesmal nicht mehr zur Wahl angetreten.

1005 STANISŁAW BEŁZA: *Listy z poza kraju o kraju* [Briefe von außerhalb der Heimat über die Heimat], in: „Ziarno“ 1912, Nr. 13, S. 242f.

1006 Ebenda.

1007 Eine entsprechende Äußerung fiel KOPEĆ, S. 25, zufolge 1919 auf einer Versammlung schlesisch-polnischer Akademiker in Beuthen.

7.4.2. Das Problem mit der Konfession: Ermland und Masuren

Kam die nationalpolnische Bewegung in Oberschlesien also auch nicht so rasch voran wie von vielen Trägern der polnischen öffentlichen Meinung erhofft, so stellten sich die dortigen Zustände doch als geradezu „paradiesisch" dar im Vergleich zur Provinz Ostpreußen, wo sich eine vergleichbare Bewegung vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges nie entwickelte. Dieser Befund traf auf das Ermland ebenso zu wie auf Masuren, zwei Gebiete, die sich ansonsten sowohl aufgrund ihrer historischen Tradition als auch in konfessioneller Hinsicht erheblich voneinander unterschieden. Als polnischsprachige Bewohner eines Landstrichs, dessen staatsrechtliche Verbindungen zu Polen schon lange vor 1772 abgerissen waren, gerieten die Masuren im 19. Jahrhundert in ähnlicher Weise ins Blickfeld der polnischen Volkskunde und Sprachwissenschaft wie die polnischen Schlesier. Das völlige Fehlen eines Gefühls der Verbundenheit mit dem übrigen Polen sorgte hierbei allerdings für eine stark pessimistische Grundtendenz. Wojciech Kętrzyński hatte schon 1872 festgestellt:

> „Obwohl der Masure weiß und selber zugibt, daß er polnisch spricht, hört man aus seinem Munde nur äußerst selten, daß er Pole sei, eher schon, er sei Preuße. Schon der Religion wegen liebt er die Polen nicht, zeigt für sie keinerlei Sympathie. (...) Ihre Abneigung zeigten die Masuren häufig auch während des letzten Aufstands, obwohl man nicht leugnen kann, daß der Aufstand hier und da auch auf die Masuren einen gewissen positiven Einfluß entfaltet hat. Daß der Masure seinen polnischen Brüdern nicht zugeneigt ist, ist aber eine traurige Wahrheit."[1008]

Zugleich übte er scharfe Kritik an der polnischen Öffentlichkeit, da diese sich am Schicksal der benachbarten Gebiete und der dort lebenden polnischsprachigen Bevölkerung bislang desinteressiert gezeigt habe.[1009] Seine Broschüre „Über die Masuren" sollte dazu dienen, dieses Desinteresse zu überwinden und den Kenntnisstand über die masurische Frage zu erhöhen. Ganz ohne Hoffnung für die (polnische) Zukunft der Masuren war Kętrzyński aber nicht:

> „Heute ist das ganze Volk in Schlaf versunken, lebt in Lethargie, aber wird dieser Zustand auf ewig anhalten? Wird sich der Masure niemals mehr aus seinem Grab erheben wie einst Lazarus? Ich glaube, daß er doch auferstehen wird, aber die Zeit bis dahin kann sehr lang sein."[1010]

Kętrzyński bedient sich hier ausgiebig der Metaphorik von „Schlaf" und „Tod", die ebenso wie der negativ konnotierte Begriff „Lethargie" in der polnischen Publizistik bezüglich der Masuren und der Kaschuben bis 1914 häufig wieder aufgegriffen wurde. In einer Besprechung von Kętrzyńskis Broschüre hieß es in der *Biblioteka Warszawska* etwa, die Masuren vegetierten derzeit „in einem lethargischen Dämmerzustand" dahin.[1011] Und Stanisław Bełza schrieb noch 1907, in ihrem derzeitigen Be-

---

1008 KĘTRZYŃSKI, O Mazurach, S. 32f.

1009 Ebenda, S. 1.

1010 Ebenda, S. 31f.

1011 K. WŁ. WÓJCICKI in: „Biblioteka Warszawska" 1872, Bd. 4, S. 138-145, hier S. 143 (Rezension ohne Überschrift).

wußtseinsstand seien die Masuren ebenso wie die polnischen Ermländer nichts als ein „lebloser und unbehauener Klumpen“ *(martwa i nieociosana bryła)*.[1012]

Tatsächlich hatte sich eine polnische Presselandschaft, die derjenigen in Oberschlesien vergleichbar gewesen wäre, im Ermland und in Masuren zunächst nicht entwickelt. Nachdem der bereits in den 1840er Jahren in Lyck gegründete *Przyjaciel Ludu Łecki* [Lycker Volksfreund] rasch wieder eingegangen war, konnte sich im Laufe der folgenden drei Jahrzehnte kein einziges polnischsprachiges Organ mehr etablieren.[1013] Daß eine Mehrheit der Masuren sich trotz großer sozialer Ungleichheit loyal zum preußischen Staat bekannte und dies durch die Wahl zumeist konservativer Kandidaten bekundete, wurde in der polnischen Publizistik aller politischen Schattierungen mit Unwillen aufgenommen. Im *Kraj* hieß es dazu, das masurische Volk sei „vom preußischen Geist vergiftet“. So hingen in den Behausungen der Masuren heute zumeist Bilder von Bismarck oder den preußischen Königen, während ihnen die polnischen historischen Traditionen völlig fremd seien.[1014] In ähnlicher Weise wie eine Generation zuvor schon Kętrzyński kritisierten auch die Kommentatoren des *Kraj* das verbreitete Desinteresse ihrer Landsleute an diesem „vergessenen Splitter“ *(zapomniany odłamek)* des polnischen Volkes. Die Annäherung zwischen den Masuren und den Polen im Königreich, „die nichts als ein Grenzzaun voneinander trennt“, müsse künftig zu einer nationalen Pflicht werden.[1015]

Die Berichterstattung des *Kraj* zeigt, daß auch im konservativ orientierten Lager dem Schicksal der Masuren zur Jahrhundertwende ein größerer Stellenwert zugemessen wurde. Die Faktoren, die zuvor ein gewissermaßen „natürliches“ Desinteresse der Konservativen bedingt hatten – der Protestantismus und das Fehlen einer polnischen Oberschicht –, hatten damit an Bedeutung stark verloren.[1016] Welche Strategie am ehesten zu einer „nationalen Wiedererweckung“ der Masuren führen könne, wurde in der polnischen Publizistik viel und kontrovers diskutiert. Kętrzyński hatte die mögliche Frage seiner Leser, auf welche Weise eine Wiedervereinigung der Masuren mit ihren „Brüdern an der Weichsel“ bewerkstelligt werden könne, in seiner Schrift von 1872 wie folgt beantwortet:

> „Jede Agitation, die ihren Ursprung außerhalb des masurischen Landes hat, würde nur zu Mißtrauen und Argwohn des masurischen Volkes führen, bei dem die Polen Vertrauen und Sympathie bislang nicht genießen, und unseren Gegnern fiele es dann leicht, die Masuren

---

[1012] STANISŁAW BEŁZA: *Zabieram głos!* [Ich ergreife das Wort!], in: „Ziarno“ 1907, Nr. 17, S. 6.

[1013] Zur polnischen Presselandschaft in Ostpreußen grundlegend CIEŚLAK, Prasa polska; des weiteren GRYGIER, Świadomość narodowa, S. 58; JASIŃSKI, Świadomość narodowa, S. 298ff.; SERWAŃSKI, S. 128, 131; WAKAR, O polskości, S. 90f., 100, 108. – Vgl. auch *Tygodnik polski „Mazur“ w Prusach Wschodnich* [Die polnische Wochenzeitung „Der Masure“ in Ostpreußen], in: „Biblioteka Warszawska“ 1884, Bd. 3, S. 152.

[1014] MASŁAW (Pseud.): *Z naszych walk na zachodzie* [Von unseren Kämpfen im Westen], in: „Kraj“ 1906, Nr. 31, S. 5.

[1015] Ebenda, S. 6; AL. CZECHOWSKI: *Ruch mazurski* [Die masurische Bewegung], in: „Kraj“ 1898, Nr. 29, S. 5.

[1016] Vgl. hierzu WRZESIŃSKI, Prusy Wschodnie, S. 106f.

davon zu überzeugen, uns ginge es gar nicht um das Volk und seine Nationalität, um seinen Wohlstand und seine Moral, sondern um die Religion, um den Katholizismus.“[1017]

Damit hatte Kętrzyński das Problem angesprochen, das Masuren grundlegend von Oberschlesien oder auch dem Ermland unterschied – das protestantische Bekenntnis seiner polnischsprachigen Bewohner. Das überkommene Stereotyp einer unauflöslichen Verbindung von Polentum und Katholizismus, das sich infolge des Kulturkampfes natürlich noch verstärkt hatte, schuf eine künstliche Barriere, die eine Kontaktaufnahme mit nichtkatholischen polnischsprachigen Bevölkerungsgruppen erschwerte. Obwohl Kętrzyński vor einer katholischen Mission unter den Masuren zum derzeitigen Zeitpunkt ausdrücklich gewarnt hatte, gab er sich der Hoffnung hin, daß verschüttete katholische Traditionen wieder zum Vorschein kommen würden, wenn ein polnisches Nationalgefühl sich dort zumindest in Ansätzen erst etabliert habe und eine dann einsetzende „Rekatholisierung“ die vollständige „Rückgewinnung“ der Masuren für die polnische Nation ermöglichen werde.[1018] Daß eine solche „Rekatholisierung“ für möglich gehalten und in der polnischen Publizistik durchaus ernsthaft diskutiert wurde, ist vor dem Hintergrund der verschiedentlich geäußerten These zu sehen, der Protestantismus sei unter den Masuren nur oberflächlich ausgeprägt. So wollte man beobachtet haben, daß sich, während der inzwischen längst germanisierte Adel das Luthertum verinnerlicht habe, unter der einfachen Landbevölkerung katholische Glaubensinhalte und Riten erhalten hätten, insbesondere die ausgeprägte Verehrung der Mutter Gottes. Dies werde nicht zuletzt auch daran deutlich, daß masurische Gläubige zu bestimmten Feiertagen polnische katholische Kirchen im benachbarten Kongreßpolen besuchten.[1019]

Jan Ludwik Popławski hingegen hatte schon 1890 im *Głos* verkündet, in Preußen hätten sich die Interessen des Katholizismus von denjenigen des polnischen Volkes gelöst.[1020] Insofern spielte das Problem des religiösen Bekenntnisses in seinen Augen keine so maßgebliche Rolle; sein Interesse galt der masurischen Bevölkerung weniger aus konfessionellen denn aus sozialen und geostrategischen Gründen. Im Rahmen seiner primär auf die Bauernschaft setzenden Volkstumsideologie forderte er, auch jene rund 10% der polnischen Bevölkerung zu berücksichtigen, die einer anderen Konfession angehörten.[1021] Mit solchen Losungen trug die Nationaldemokratie maßgeblich dazu bei, daß die traditionelle Betonung des Zusammenhangs zwischen Bekenntnis und Nationalität in der polnischen Publizistik seit den 80er Jahren des 19.

1017 KĘTRZYŃSKI, O Mazurach, S. 33.

1018 WRZESIŃSKI, Prusy Wschodnie, S. 38.

1019 CZECHOWSKI, *Ruch mazurski* (wie Anm. 1015), S. 5; ebenso SMÓLSKI, *Z wycieczki* (wie Anm. 574), S. 129.

1020 J.L.P.: *Ostatnie nici* [Letzte Fäden], in: „Głos“ 1890, Nr. 46, S. 551.

1021 Vgl. hierzu POPŁAWSKI, *Mazurzy pruscy* (wie Anm. 688), S. 578. – Popławski schlägt hier den von ihm auf bis zu 400.000 Menschen geschätzten Masuren noch 20.000 evangelische Polen in Posen, 40.000 in Niederschlesien, 10.000 in Oberschlesien und einige tausend evangelische Kaschuben in Westpreußen und Pommern zu, kommt insgesamt also auf knapp eine halbe Million polnischer Protestanten allein in Preußen.

Jahrhunderts mehr und mehr aufgegeben wurde – die Masuren waren nach dieser Lesart „polnischer Volkszugehörigkeit mit evangelischem Bekenntnis“.[1022] Gleichwohl glaubte auch Popławski, daß sich unter den Masuren gewisse katholische Traditionen erhalten hätten, und erkannte hierin den Ansatz für eine Verknüpfung von katholischer und nationaler Propaganda. Wenn erst die katholische Kirche in den Augen der Bevölkerung mit polnischen nationalen Interessen anstatt, wie derzeit, mit der Germanisierung identifiziert werde, dann, so lautete sein Kalkül, werde auch unter den bisher dem religiösen Sektierertum zugeneigten Masuren die Zahl der Übertritte zum Katholizismus zunehmen und das polnische Nationalbewußtsein damit gestärkt werden.[1023]

Als großes Problem bezüglich der angestrebten nationalen Integration der Masuren wurde in der polnischen Publizistik aber nicht nur der Protestantismus, sondern auch das masurische Eigenbewußtsein betrachtet, dem die preußische Regierung mit der Einführung der Kategorie „masurisch“ in den Volkszählungsbögen Vorschub zu leisten versuchte. Einen getreuen Verbündeten fand die preußische Obrigkeit hierbei in dem 1808 bei Goldap geborenen Schulrektor Martin Gerss (in der polnischen Publizistik und Forschungsliteratur meist mit der polonisierten Namensform „Marcin Giersz“ bezeichnet), der sich einerseits vehement für den Erhalt der Volkssprache einsetzte, andererseits dem preußischen Staat aber seine unbedingte Loyalität bekundete. Seine Ansichten verbreitete Gerss seit 1875 über die *Gazeta Łecka* [Lycker Zeitung] und gab daneben auch regelmäßig polnischsprachige evangelische Kalender für die Landbevölkerung heraus.

Sein propreußischer Loyalismus und seine strikte Zurückweisung nationalpolnischer Vereinnahmungsversuche verwickelten ihn in eine Reihe polemischer Auseinandersetzungen zunächst mit Mrongovius und Gisevius, später auch mit Kętrzyński.[1024] Im Warschauer *Tygodnik Illustrowany* etwa erhob Kętrzyński anläßlich der 50jährigen literarischen Tätigkeit von Gerss den Vorwurf, dieser setze sich zwar für die Bewahrung des masurischen Dialekts ein, propagiere zugleich aber den zweisprachigen (deutsch-polnischen) Unterricht. Die Verbindungen mit Polen fielen in seinem Werk hingegen vollständig unter den Tisch, was beispielsweise daran deutlich werde, daß Gerss in seinen Kalendern keinerlei Verse großer polnischer Dichter veröffentliche.[1025] Auf Kritik stieß auch der Umstand, daß die wenigen polnischen Zeitungen

---

1022 WRZESIŃSKI, Prusy Wschodnie, S. 58; vgl. STANISŁAW BEŁZA: *Listy z mojej pracowni* [Briefe aus meiner Werkstatt], in: „Ziarno“ 1910, Nr. 21, S. 410, der ausführt, dort, wo es um die Nationalität gehe, dürfe das Bekenntnis keine Rolle spielen. Die Polen hätten heute die Pflicht, die Masuren genauso energisch gegen die Germanisierung zu verteidigen wie gestern die Oberschlesier, „auf daß sie in unsere Familie zurückkehren“.

1023 J.L. JASTRZĘBIEC [d.i. Popławski]: *Z całej Polski* [Aus ganz Polen], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1903, Nr. 3, S. 214.

1024 Siehe hierzu u.a. JASIŃSKI, Problematyka, S. 52, 56; Sprawy Mazur i Warmii, S. XVIff. (Vorwort v. Władysław Chojnacki); SERWAŃSKI, S. 116f., 119f.

1025 KĘTRZYŃSKI, *Mazurzy pruscy* (wie Anm. 581), S. 176, 180f.; vgl. auch STANISŁAW BEŁZA: *Listy z mojej pracowni* [Briefe aus meiner Werkstatt], in: „Ziarno“ 1910, Nr. 20, S.

und Bücher, die in Masuren erschienen, durchweg in gotischer Schrift gedruckt würden, was eine zusätzliche Barriere gegen das übrige Polen aufrichte. Vor diesem Hintergrund wurde verschiedentlich dazu aufgerufen, die Masuren stärker an das lateinische Alphabet zu gewöhnen, damit sie künftig auch vermehrt mit der polnischen Literatur in Berührung kämen.[1026]

Jede Regung eines masurisch-preußischen Eigenbewußtseins wurde in der polnischen Presse mit der strikten Betonung objektiver nationaler Zugehörigkeitsmerkmale zurückgewiesen. Tatsächlich, so wurde konstatiert, unterschieden sich die Masuren in Sprache, Sitten und Gebräuchen nicht im geringsten von den Bewohnern der übrigen polnischen Landesteile, der einzige Unterschied liege in dem noch fehlenden Bewußtsein ihrer Zugehörigkeit zur polnischen Nation.[1027] Daß dieses Bewußtsein sich bislang nicht eingestellt hatte, wurde in der *Prawda* vor allem auf die systematische Propaganda der preußischen Obrigkeit zurückgeführt, die ihren Untertanen einhämmere, daß „Pole“ ein Schimpfwort sei – am Ende glaubten sogar die gebildeten Masuren, daß sie eine völlig andere Sprache sprächen als die Polen.[1028] Was die Intensität der Germanisierungspolitik in Masuren[1029] betrifft, wurden unterschiedliche Stimmen laut. Im *Kraj* hieß es dazu, die Masuren hätten ihre Untertanenrolle derart verinnerlicht, daß die preußische Regierung es bislang gar nicht für nötig befunden habe, die Volkssprache mit derart drakonischen Mitteln zu bekämpfen wie in Posen oder in Schlesien.[1030] Im Warschauer *Wędrowiec* [Der Wandersmann] hingegen wurde gewarnt, seit der Reichseinigung betreibe die preußische Regierung auch in Ostpreußen die gewaltsame Auslöschung der polnischen Sprache. Diesem Germanisierungsdruck würden auch die fügsamsten unter den Masuren nicht entgehen, die weder die Existenz gemeinslavischer Interessen anerkennten noch Solidarität mit ihresgleichen übten. Im Ergebnis, so die Quintessenz des Artikels, blieben nur zwei Möglichkeiten: Entweder die Masuren erlitten das gleiche Schicksal wie die Elb- und Oderslaven, oder aber sie gewönnen endlich das „Bewußtsein der Gegnerschaft zum preußisch-deutschen Geist und der geistigen Verwandtschaft mit Polen“ zurück.[1031]

382. – Bełza beschimpft Gerss rückblickend als einen „Renegaten“, der das Wort *Polak* („Pole“) in seiner Publizistik bewußt als Schimpfwort eingesetzt habe.

1026 Siehe z.B. *W sprawie Mazurów pruskich* [Zur Frage der preußischen Masuren], in: „Tygodnik Illustrowany“ 1881, Nr. 293, S. 93f.; SMÓLSKI, *Z wycieczki* (wie Anm. 574), S. 298; POPŁAWSKI, *Mazurzy pruscy* (wie Anm. 688), S. 578f.

1027 *W sprawie Mazurów pruskich* (wie Anm. 1026), S. 93.

1028 *Kronika Poznańska* [Posener Chronik], in: „Prawda“ 1899, Nr. 30, S. 351f.

1029 Hierzu stellt HARTMANN, S. 82, auf der Grundlage preußischer Akten fest, daß von einer „zwangsweisen Germanisierung“ in Masuren vor 1914 keine Rede sein könne. Allerdings sei der ländlichen Bevölkerung dieses unterentwickelten Landstrichs kaum etwas anderes übriggeblieben, als die von privater und staatlicher Seite betriebene „Eindeutschung“ zu akzeptieren, wenn sie nicht gänzlich den Anschluß an den ökonomischen Strukturwandel verpassen wollte.

1030 CZECHOWSKI, *Ruch mazurski* (wie Anm. 1015), S. 5.

1031 *W sprawie Mazurów pruskich*, in: „Wędrowiec“ 1882, Nr. 15, S. 299f.

Die Zukunft des Polentums im Ermland wurde in der polnischen Publizistik ähnlich pessimistisch beurteilt, obwohl dort die konfessionelle Barriere nicht zum Tragen kam. Etwaige nationalpolnische Bestrebungen konnten sich hier ohnehin nur auf den südlichen Landesteil mit der Stadt Allenstein richten, da die nördlichen Kreise Braunsberg und Heilsberg fast rein deutsch besiedelt waren. Die fast ausschließlich deutsche Geistlichkeit und die politische Dominanz der Zentrumspartei machten die Situation im südlichen Ermland in gewisser Hinsicht der Situation vergleichbar, wie sie vor 1890 in Oberschlesien geherrscht hatte. Die 1886 erfolgte Gründung der *Gazeta Olsztyńska* [Allensteiner Zeitung] als Stimme des ermländischen Polentums und damit gewissermaßen als Pendant zum Beuthener *Katolik* wurde demgegenüber als Zeichen der Hoffnung gewertet, daß sich ein nationaler Aufbruch wie in Oberschlesien auch hier wiederholen könnte.[1032] Stanisław Bełza äußerte nach einem Besuch in den schlichten Redaktionsräumen der Zeitung in Allenstein, man dürfe nicht vergessen, daß unter ähnlich primitiven Bedingungen auch die Vorreiter des nationalen „Erwachens“ in Schlesien wie Józef Lompa, Paweł Stalmach oder Karol Miarka ihr Werk begonnen hätten. Wenn die Erinnerung an das Wirken des Copernicus und an die Schlacht bei Tannenberg (Grunwald) nur genügend wachgehalten werde, so Bełza weiter, dann werde auch Allenstein mit der Zeit zu einem Mittelpunkt polnischen Lebens im Ermland, zu einem „zweiten Beuthen“ werden.[1033] Obgleich die konfessionelle Spaltung der polnischsprachigen Bevölkerung Ostpreußens beklagt wurde, da sie zu einer Abgrenzung beider Konfessionen voneinander führe und die polnische Sache damit schwäche[1034], wurden in der polnischen Publizistik seit den 80er Jahren verschiedentlich Strategien diskutiert, denen zufolge die polnischen Ermländer ungeachtet ihres Katholizismus und ihrer vergleichsweise geringen Anzahl Einfluß auf den Prozeß der „nationalen Wiedergeburt“ der Masuren ausüben und sozusagen in die Rolle einer aktiven polnischen Elite in Ostpreußen schlüpfen sollten.[1035] Dieses Kalkül schien zunächst aufzugehen. Im Gegensatz zu Masuren agierte im Ermland bereits in den 90er Jahren ein weitgehend von Westpreußen aus gesteuertes polnisches Wahlkomitee, das bei den Reichstagswahlen von 1893 mit dem Stichwahlsieg seines Kandidaten, des Pfarrers Anton Wolszlegier, im Wahlkreis Allenstein-Rößel sogar einen großen Erfolg erringen konnte. Diesem Erfolg vorausgegangen war – wie zur gleichen Zeit auch in Oberschlesien – eine vorübergehende Spaltung der ermländischen Zentrumspartei in einen deutschen und einen polnischen Flügel.[1036]

1032 Vgl. hierzu BARTŁOMEJ (Pseud.): *Warmja (List „Kraju“)* [Das Ermland: Brief des „Kraj“], in: „Kraj“ 1888, Nr. 29, S. 4; GIEYSZTOR, *W Warmji* (wie Anm. 578), S. 4, 6.

1033 STANISŁAW BEŁZA: *Dwa dni w Olsztynie* [Zwei Tage in Allenstein], in: „Kraj“ 1891, Nr. 3, S. 8f.

1034 KOŁODZIEJ (Pseud.): *Odgłosy z Warmji* [Echo aus dem Ermland], in: „Kraj“ 1900, Nr. 30, S. 415.

1035 WRZESIŃSKI, Prusy Wschodnie, S. 50, zitiert in diesem Zusammenhang einen Artikel aus dem *Dziennik Poznański* („Posener Tageblatt“) vom April 1882.

1036 JASIŃSKI, Świadomość narodowa, S. 333ff.; SUKERTOWA-BIEDRAWINA – GRYGIER, S. 66f.; siehe auch TRABA, S. 208ff. – Wolszlegier, seit 1892 katholischer Pfarrer in Gilgenburg (Kreis Osterode), gewann den Wahlkreis 1893 mit rund 55% der Stimmen, mußte

Auch in Masuren geriet – nachdem die 1883 in Osterode von Jan Karol Sembrzycki gegründete Zeitung *Mazur* [Der Masure] nur Episode geblieben war[1037] – die politische Landschaft in den 90er Jahren in Bewegung. Daß sich im Jahre 1896 mit der in Lyck und Ortelsburg erscheinenden *Gazeta Ludowa* [Volkszeitung] ein regierungsunabhängiges polnisches Presseorgan als Kristallisationskern einer künftigen politischen Bewegung etablieren konnte, wurde mit großen Erwartungen registriert. Die (u.a. mit tatkräftiger Unterstützung Alfons Parczewskis) parallel hierzu erfolgte Gründung der *Mazurska Partia Ludowa* [Masurische Volkspartei] unter Führung der Gebrüder Hugo und Karol Bahrke stellte einen ersten Versuch dar, die politische Hegemonie der deutschen Konservativen in Masuren aufzubrechen.[1038] Der *Przegląd Wszechpolski* frohlockte, angesichts der organisatorischen Formierung des nationalpolnischen Lagers und im Blick auf die Volkszählungsergebnisse, die in den masurischen Landkreisen bis zu 83%ige polnische Mehrheiten aufwiesen, begännen nun auch die Konservativen in Masuren, um ihre Mandate zu fürchten. Auch wenn die Masuren bis jetzt noch keine eigenen Abgeordneten in die Parlamente entsandt hätten, sei die bisherige Wahlagitation doch nicht ohne Wirkung geblieben, da die einmal „erweckte“ Volksbewegung ihr Tätigkeitsfeld weiter verbreitern und vertiefen werde.[1039] In einer für das „allpolnische“ Theorieblatt typischen Weise wurde betont, daß die in Masuren entstehende nationale Bewegung sehr zum Mißvergnügen der „feinen Herren“ eine echte Volksbewegung sei.[1040] Ein ganz ähnlicher Tonfall wurde auch im liberalkonservativen *Kraj* angeschlagen. Die masurische Bewegung, so hieß es hier, sei ursprünglich zwar nicht aus nationalem Gefühl erwachsen, sondern allein aus Protest gegen die Armut und die soziale Unterdrückung durch den deutschen Adel; mittlerweile kämpfe sie aber auch für politische Mitwirkungsrechte und bedrohe das Monopol der in Masuren mit dem Deutschtum schlechthin identifizierbaren Konservativen – im Ergebnis sei die masurische Bewegung damit demokratisch und national zugleich.[1041]

sich jedoch schon 1898 mit nur noch 35% wieder dem Kandidaten der Zentrumspartei geschlagen geben (die Zahlen nach RZEPECKI, Bd. 2, S. 165).

1037 Vgl. hierzu *Tygodnik polski „Mazur“ w Prusach Wschodnich* [Die polnische Wochenzeitung „Der Masure“ in Ostpreußen], in: „Biblioteka Warszawska“ 1884, Bd. 3, S. 152.

1038 *Kronika Poznańska*, in: „Prawda“ 1898, Nr. 8, S. 89; vgl. auch Sprawy Mazur i Warmii, S. XXIV (Vorwort v. Władysław Chojnacki); CHOJNACKI, S. 244; SUKERTOWA-BIEDRAWINA – GRYGIER, S. 47, 59ff.; MROWKA, S. 21ff. – Karol Bahrke war selbst Protestant und masurischer Herkunft, geboren und aufgewachsen allerdings in Kongreßpolen.

1039 *Z kresów – Ruch ludowy na Mazowszu pruskiem* [Aus den Grenzmarken – Die Volksbewegung in Preußisch Masowien], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1897, Nr. 22, S. 517f.

1040 *Z kresów – Ruch narodowy wśród Mazurów* [Aus den Grenzmarken – Die nationale Bewegung unter den Masuren], in: „Przegląd Wszechpolski“ 1897, Nr. 15, S. 372f. – Der Kolumnist registriert an gleicher Stelle mit Genugtuung, daß die Deutschen im Wissen um die ihrer Herrschaft drohende Gefahr das Masurische immer häufiger als „Hundesprache“ beschimpften und damit den nationalen Geist unter den Masuren nur noch weiter entfachten.

1041 CZECHOWSKI, *Ruch mazurski* (wie Anm. 1015), S. 6.

Während das im ermländischen Wahlkreis Allenstein-Rößel 1893 gewonnene Mandat – das erste und einzige, das ein Pole in Ostpreußen vor 1914 überhaupt errang – 1898 schon wieder verlorenging[1042], gab es in Masuren zunächst Anlaß zur Hoffnung. Einer der von der *Gazeta Ludowa* unterstützten Kandidaten, der (selbst allerdings aus der Gegend von Gnesen stammende) Apotheker Zenon Lewandowski, errang bei den Reichstagswahlen von 1898 im Wahlkreis Ortelsburg-Sensburg mit fast 40% der Stimmen einen unerwarteten Achtungserfolg.[1043] Der Fortgang der Ereignisse nach 1900 erwies aber, daß die in der polnischen Publizistik geäußerten Hoffnungen weitgehend einem Phantom gegolten hatten. Die *Gazeta Ludowa* ging 1902 schon wieder ein.[1044] Die „Volkspartei" war zwar noch länger aktiv, blieb aber, obwohl sie gegenüber Vereinnahmungsversuchen von außerhalb stets Distanz wahrte[1045], ohne Erfolg. Das gleiche galt für das 1903 aus der Taufe gehobene „Zentrale Polnische Wahlkomitee" (*Polski Centralny Komitet Wyborczy*, PCKW), das als gemeinsame Plattform aller Polen in den Grenzen des Deutschen Reiches (einschließlich des Ruhrgebiets) konzipiert war und auch Masuren in seine Aktivitäten mit einbezog.[1046] Obwohl in diesem Rahmen der führende Posener ND-Aktivist Karol Rzepecki ab 1905 verschiedentlich in Masuren tätig und dort 1907 maßgeblich an der Organisierung des Reichstagswahlkampfes beteiligt war[1047], blieben die polnischen Kandidaten bei den Wahlen von 1907 und auch bei denen von 1912 in den drei masurischen Reichstagswahlkreisen weit abgeschlagen.[1048] Die 1908 in Ortelsburg von Kazimierz Jaroszyk gegründete und geleitete Zeitung *Mazur* [Der Masure, nicht zu verwechseln mit dem älteren Osteroder *Mazur*] propagierte als neues führendes polnisches Organ

[1042] Es konnte auch in der Folgezeit nicht zurückgewonnen werden, obwohl die polnischen Kandidaten hier immerhin auf ein festes und stabiles Wählerpotential mit bis 1912 wieder steigender Tendenz zurückgreifen konnten: 1903 waren es knapp 25%, 1907 knapp 27%, 1912 dann sogar knapp 35% (die Zahlen nach RZEPECKI, Bd. 2, S. 165; siehe Anhang II).

[1043] WAKAR, O polskości, S. 101f.; MROWKA, S. 24f. – Zugleich erlitt jedoch Karol Bahrke im Nachbarwahlkreis Oletzko-Lyck-Johannisburg mit gerade mal 229 Stimmen (1,3%) eine vernichtende Niederlage. – STÜTTGEN, S. 340, zufolge bestritt Lewandowski seinen Wahlkampf u.a. mit dem Versprechen, die Bauern bräuchten im Falle seines Wahlsieges keine Steuern mehr zu zahlen und könnten Heringe und Schmalz billiger einkaufen. – HARTMANN, S. 61, zitiert aus Aktenbeständen des Oberpräsidiums Königsberg, in denen angesichts des Wahlerfolges Lewandowskis die Befürchtung geäußert wird, daß sich in Masuren in Zukunft „die evangelisch-preußisch-patriotische in eine katholisch-national-polnische Bevölkerung" verwandeln könne.

[1044] MROWKA, S. 25, weist darauf hin, daß die *Gazeta Ludowa* eine Auflagenzahl von 3.500 Exemplaren nie überschritt.

[1045] PSB, Bd. 17, S. 214 (Zenon Lewandowski).

[1046] GRYGIER, Świadomość narodowa, S. 66ff.

[1047] PSB, Bd. 34, S. 27 (Karol Rzepecki)

[1048] Im Wahlkreis Ortelsburg-Sensburg, in dem Lewandowski 1898 und auch 1903 (23%) immerhin noch Achtungserfolge erzielt hatte, schaffte der polnische Kandidat 1907 nur 1,3%, 1912 dann wieder 15,2%. In Osterode-Neidenburg waren es 1907 5,9% und 1912 5,0%. Besonders trostlos sah es im Wahlkreis Lyck-Oletzko-Johannisburg aus, wo der polnische Kandidat 1907 41 Stimmen (0,2%), 1912 dann gerade mal 21 Stimmen (0,1%) erhielt (die Zahlen nach RZEPECKI, Bd. 2, S. 163, 166f.; siehe Anhang II).

ungeachtet dieser Fehlschläge auch weiterhin die ethnische und kulturelle Einheit *(jednorodność)* von Polen und Masuren, betonte zugleich aber ihre grundsätzliche Loyalität gegenüber dem preußischen Staat.[1049]

Stanisław Bełza reagierte auf die Situation eher hilflos mit der Aufforderung, es müßten endlich verstärkt „Leute mit Glauben und Hoffnung“ zu den Masuren entsandt werden, um den preußischen Germanisierungsbestrebungen den materiellen Grund zu entziehen.[1050] Wie diese „Arbeit“ seiner Ansicht nach geleistet werden müßte, um das drohende Unheil doch noch abzuwenden, präzisierte er wenig später an anderer Stelle:

> „Nicht mit chauvinistischem Geschrei und nicht mit lärmenden Diskussionen, sondern mit Taten. Mit Hilfeleistungen für jene, auf deren Feldern sich 500 Jahre zuvor das große geschichtliche Drama abspielte, dem wir es zu verdanken haben, daß wir heute überhaupt noch leben. Für die Masuren.“[1051]

Die Ausarbeitung einer konkreten Strategie blieb Bełza damit freilich ebenso schuldig wie andere Befürworter eines polnischen Engagements im südlichen Ostpreußen. So gewannen die pessimistischen Stimmen vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges wieder klar die Oberhand. Im Krakauer *Świat Słowiański* [Die slavische Welt] hieß es 1912 bezüglich des Ermlandes deprimiert, auch ein Vierteljahrhundert nach Gründung der *Gazeta Olsztyńska* sei es nicht gelungen, den stetigen Rückgang des polnischen Bevölkerungsanteils aufzuhalten. Als erschreckendes Beispiel präsentierte der Autor Eugeniusz Buchholz die Zahlen für den Kreis Allenstein, wo die Polen gemäß den Volkszählungen noch 1861 den Deutschen in einem Verhältnis von 3:1 überlegen gewesen, 1905 jedoch bereits in die Minderheit geraten seien (knapp 39.000 Polen gegen knapp 46.000 Deutsche). In der Stadt Allenstein befänden sich unter mittlerweile über 27.000 Einwohnern sogar nur noch knapp 3.000 Polen.[1052] Die Gründe für diese Entwicklung suchte Buchholz nicht nur in der Rolle von Schule, Behörden und Kirche, sondern auch im Vereinswesen, das gleichfalls von deutschem Geist geprägt sei. So suchten vor allem die gebildeten Polen um Aufnahme in deutschen Vereinen

---

[1049] Siehe hierzu WRZESIŃSKI, Kazimierz Jaroszyk, S. 114f., 118; CHOJNACKI, S. 255ff.; vgl. auch WEGNEROWICZ, S. 99. – Jaroszyk selbst stammte aus Posen.

[1050] STANISŁAW BEŁZA: *Zabieram głos!* [Ich ergreife das Wort], in: „Ziarno“ 1907, Nr. 17, S. 7.

[1051] DERS.: *Listy z mojej pracowni* [Briefe aus meiner Werkstatt], in: „Ziarno“ 1910, Nr. 21, S. 410. – Mit seiner Aussage spielt Bełza auf die Grunwald-Schlacht an. Der Artikel dreht sich ansonsten vor allem um Jaroszyks Ortelsburger *Mazur* und die schwierigen materiellen Arbeitsbedingungen der polnischen Bewegung in Masuren, zu deren neuem Zentrum mittlerweile das „Polnische Haus“ *(Dom polski)* in Ortelsburg geworden war. Wichtig, so Bełza, sei auch das in Warschau gedruckte und von dort aus in Masuren verbreitete Periodikum *Zwiastun Ewangelicki* [Evangelischer Verkünder], das vor allem polnisch-patriotische Schwerpunkte setze.

[1052] WARMIAK [d.i. Buchholz], *Warmia polska* (wie Anm. 578), S. 165f., 170. – Der Autor Eugeniusz Buchholz (1865-1928) leitete zwischen 1890 und 1906 eine Buchhandlung nebst Druckerei in Allenstein und gab in diesem Rahmen auch das polnischsprachige Wochenblatt *Warmiak* [Der Ermländer] heraus.

und Gesellschaften nach, da es erstens andere nicht gebe und sie zweitens nur so zu gesellschaftlicher Anerkennung gelangen könnten. Die Jugend an den höheren Schulen des Ermlandes sah Buchholz für das Polentum ohnehin schon verloren.[1053] Sein Fazit:

> „(...) wir kommen zu dem Ergebnis, daß in einigen Jahrzehnten die Zeit kommen wird, da wir das Ermland von der Liste der polnischen Teilgebiete streichen müssen, wenn sich die polnische Nation nicht umgehend zu energischen und kraftvollen Taten durchringt, um das polnische Volk im Ermland davor zu bewahren, im großen deutschen Meer unterzugehen."[1054]

Vor dem Hintergrund solcher Einschätzungen, die sich spätestens im Zuge der Volksabstimmungen von 1920 als realistisch erwiesen, verwundert es nicht, daß Ostpreußen als ganzes bis 1918 immer häufiger Gegenstand geopolitischer Erwägungen wurde. Wie bereits ausgeführt, hatte Jan Ludwik Popławski schon 1903 im *Przegląd Wszechpolski* die These präsentiert, der Besitz zum einen der Weichsel-, zum anderen der Memelmündung sei voneinander nicht zu trennen, sondern bedinge einander. Unter der Maßgabe, daß ein unabhängiger und dauerhaft lebensfähiger polnischer Staat Ostpreußen schlicht und einfach „brauche", verlor die Frage nach dem nationalen „Bewußtseinsstand" der Masuren oder der Ermländer an Bedeutung. Wenn Ostpreußen erst wieder Bestandteil eines polnischen Staates sei, so das Kalkül vor allem der Nationaldemokratie, dann werde sich diese Frage wie auch das Problem der Konfession ohnehin rasch von selbst erledigen.[1055] Was in einem solchen Fall mit der deutschen Mehrheitsbevölkerung Ostpreußens geschehen sollte, ließ die polnische Publizistik vor 1914 offen. Erst während des Krieges wurden im Blick auf eine bevorstehende Friedenskonferenz verschiedene Modelle einer Autonomie oder auch eine „Freistaatslösung" für das Königsberger Gebiet diskutiert (s.u. Kap. 9.5. u. 10.).

7.4.3. Polens „Brücke zum Meer": Die Kaschubei

Mißt man das vielbeschworene „nationale Bewußtsein" allein am Wahlverhalten, dann hätte sich die polnische Publizistik um die nationale „Zuverlässigkeit" der Kaschuben eigentlich keine Sorgen zu machen brauchen. Der im Norden an Ostsee und Danziger Bucht angrenzende Reichstagswahlkreis Neustadt-Karthaus-Putzig, in dem sich das Gros der kaschubischen Bevölkerung konzentrierte und in dem sie zugleich die prozentuale Mehrheit stellte, war bis 1914 fest in polnischer Hand. Allein von 1890 bis 1911 vertrat ihn in Berlin der stets mit großer Mehrheit gewählte Rittergutsbesitzer Roman Stanisław Janta-Półczyński, der innerhalb der polnischen Reichstagsfraktion zum gemäßigten, einen deutsch-polnischen Ausgleich anstrebenden Flügel

---

[1053] Ebenda, S. 168, 171.
[1054] Ebenda, S. 172.
[1055] Vgl. KULAK, Prusy Wschodnie, S. 62.

zählte.[1056] Janta-Półczyński selbst stammte allerdings aus dem westpreußischen Kreis Tuchel, war also kein Kaschube.

Die Kaschuben fristeten ihren Lebensunterhalt überwiegend als Kleinbauern oder Fischer und waren damit von ihrer Sozialstruktur her den Masuren in etwa vergleichbar. Gerade das weitgehende Fehlen einer kaschubischen Intelligenz und die Hinwendung des lokalen Adels zur deutschen Sprache und Kultur ließen auf polnischer Seite die Befürchtung aufkommen, auch die Kaschuben könnten in absehbarer Zeit ein Opfer der Germanisierung werden – ein vergleichbares Bedrohungsszenario also wie in Oberschlesien oder Masuren. Im Gegensatz zu Masuren bestand zwischen der Kaschubei und dem übrigen Polen aber keine konfessionelle Barriere, da sich die westpreußischen Kaschuben in ihrer überwältigenden Mehrheit zum Katholizismus bekannten. Wie flexibel in der polnischen Publizistik in dieser Hinsicht argumentiert wurde, wird aus einem Artikel des *Ziarno* ersichtlich. Dort, wo Stanisław Bełza sonst bezüglich der Masuren die Trennung von Nationalität und Bekenntnis propagierte, hieß es an anderer Stelle, die „Bastion der Nationalität" sei für die Kaschuben die katholische Kirche – „Katholizismus und Polentum, das ist für sie ein einziger Begriff, Deutschtum und Lutheranismus ein anderer".[1057] Zu einem ganz anderen Urteil gelangte hingegen ein Autor in der Warschauer *Ziemia*, der den Hauptgegner des in der Kaschubei geführten Volkstumskampfes nicht so sehr in der preußischen Regierung, als vielmehr in den deutschen Katholiken sah. Unter Verwendung eines sonst auch in Oberschlesien beliebten Klischees hieß es, die kaschubischen Bauern hätten die Vertreter der Geistlichkeit längst als „moderne Kreuzritter in Soutane" kennengelernt und brächten der Kirche ein entsprechendes Mißtrauen entgegen.[1058]

Vor dem Hintergrund der erheblichen sprachlichen Abweichungen des Kaschubischen vom Hochpolnischen wurde als weitere potentielle Gefahr und mögliche Vorstufe der Germanisierung die Entwicklung eines zu starken kaschubischen Eigenbewußtseins angesehen. Kaschubisch-regionalistische Bestrebungen, wie sie um die Mitte des 19. Jahrhunderts bereits Florian Ceynowa verkörpert hatte, waren in der polnischen Öffentlichkeit stets mit erheblichem Mißtrauen beäugt worden (s.o. Kap. 6.3.). Der neue kaschubische Regionalismus, wie er sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts herausbildete, verband die Betonung kaschubischer Eigenarten jedoch mit einem klaren Bekenntnis zur historischen und kulturellen Zugehörigkeit der Kaschuben zur polnischen Nation. In diesem Sinne hatte das führende nationalpolnische Organ im nördlichen Westpreußen, die *Gazeta Gdańska* [Danziger Zeitung, seit 1890], im Jahre 1905 das ursprünglich auf Hieronim Derdowski zurückgehende und in der Folgezeit

[1056] PSB, Bd. 10, S. 579 (Janta-Półczyński). – Als Beispiel sei an dieser Stelle nur das Wahlergebnis des Jahres 1903 genannt: Während Janta-Półczyński mit rund 69% schon im ersten Wahlgang haushoch siegte, landeten der Bewerber der Konservativen mit rund 25% und der Zentrumspartei mit sogar nur knapp 5% auf den Plätzen (Die Ergebnisse der Reichstagswahl 1903, S. 7).

[1057] *Nowy głos o Kaszubach* [Eine neue Stimme zu den Kaschuben], in: „Ziarno" 1912, Nr. 39, S. 779.

[1058] L.W.: *Gdańsk i Sopot a przyszłość Kaszub* [Danzig, Zoppot und die Zukunft der Kaschubei], in: „Ziemia" 1911, Nr. 22, S. 37f.

vielfach wiederholte Motto ausgegeben: „Es gibt keine Kaschubei ohne Polen, und kein Polen ohne Kaschubei!“ (kaschubisch: *Nima Kaszub bez Polonji, a bez Kaszub Polści*).[1059]

Diesem Motto verpflichtet zeigte sich auch die zwischen 1908 und 1912 zunächst in Berent, später dann in Danzig unter der Leitung des Arztes und Publizisten Aleksander Majkowski (1876-1938)[1060] in polnischer Sprache erscheinende Zeitung *Gryf* [Der Greif, benannt nach dem pommerschen Wappentier]. Das Blatt wurde zum Leitorgan der – von Majkowski in einem seiner Artikel selbst so benannten – „jungkaschubischen Bewegung“ *(Ruch młodokaszubski)*.[1061] Deren in der ersten Ausgabe des *Gryf* niedergelegtes Programm verwahrte sich einerseits strikt gegen jede Einmischung von außen und propagierte auf allen Feldern der gesellschaftlichen Arbeit die Losung „Kaschuben für Kaschuben“, betonte andererseits aber, daß die Kaschuben und die Polen durch „die kulturelle Gemeinschaft, durch die gemeinsame historische Tradition – und durch das gemeinsame Unglück“ miteinander in einer nationalen Gemeinschaft verbunden seien.[1062] Die Deutschen hingegen wurden beschuldigt, nach dem lateinischen Motto *divide et impera* einen Keil zwischen Kaschuben und Polen treiben zu wollen, um die Ostseegebiete so leichter germanisieren zu können.[1063] Wie schon seine Vorgänger Ceynowa und Derdowski hatte freilich auch Majkowski mit dem Problem zu kämpfen, daß seine Bewegung unter der Bevölkerung nur wenig Breitenwirkung gewann. Der Mangel an engagierten Mitstreitern wird nicht zuletzt daran deutlich, daß Majkowski fast die Hälfte aller *Gryf*-Beiträge selbst verfaßte[1064], das Blatt also mehr den Charakter eines privaten Mitteilungsorgans hatte.

In der polnischen Publizistik hatte die kaschubische Frage vor 1900 noch vergleichsweise wenig Berücksichtigung gefunden, und wenn, so überwogen eher pes-

---

1059 Zit. in: BUKOWSKI, S. 132; vgl. auch KASZUBA (Pseud.): *Echa zachodnie* [Westliches Echo], in: „Kraj“ 1891, Nr. 14, S. 11.

1060 PSB, Bd. 19, S. 199ff. – Der im westpreußischen Berent geborene Majkowski studierte Medizin ab 1897 zunächst in Berlin, wo er enge Kontakte zur Redaktion des radikalnationalen *Dziennik Berliński* unterhielt, später in Greifswald und München. 1905 ließ sich Majkowski, der als Mitglied des Jugendverbandes *Zet* politisch der Nationaldemokratie nahestand, als praktischer Arzt in Berent nieder. 1913 wirkte er auch maßgeblich an der Eröffnung eines „Kaschubisch-Pommerschen Museums“ in Zoppot mit. Nach Kriegsende war Majkowski als Delegierter der Kaschubei auf dem Posener „Teilgebiets-Landtag“ (s.u. Kap. 10) vertreten, brach in dieser Phase politisch mit der Nationaldemokratie und schlug sich auf die Seite Piłsudskis. Als Redakteur verschiedener Zeitungen vertrat er auch nach 1919 einen gemäßigten kaschubischen Regionalismus, jetzt allerdings im Widerstand gegen den polnischen Zentralismus. – Vgl. hierzu auch BUKOWSKI, S. 311ff.

1061 Vgl. hierzu ALEKSANDER MAJKOWSKI: *Kwestya kaszubska* [Die kaschubische Frage], in: „Ziemia“ 1911, Nr. 22, S. 9; JANOWICZ (Pseud.): *Ruch młodokaszubski* [Die jungkaschubische Bewegung], in: „Świat Słowiański“ 1909, Nr. 58, S. 214ff.

1062 BUKOWSKI, S. 189, 193.

1063 Ebenda, S. 188.

1064 PSB, Bd. 19, S. 201 (Majkowski).

simistische Stimmen.[1065] Wie gegenüber Masuren, so wurden auch gegenüber der Kaschubei ein mangelndes Interesse und ein zu niedriger Kenntnisstand innerhalb der polnischen Öffentlichkeit beklagt. So monierte der Posener Aktivist der *Liga Narodowa* und zeitweilige Reichstagsabgeordnete Bernard Chrzanowski (1861-1944) noch 1910 im Vorwort zu seiner Broschüre „Am polnischen Ufer“, es gebe auch heute noch viele Leute, die gar nicht wüßten, daß sich nur wenige Kilometer vom Badeort Zoppot entfernt „lebendige“ polnische Bauern- und Fischerdörfer befänden.[1066] Daß die kaschubische Problematik im letzten Jahrzehnt vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges stärker ins öffentliche Bewußtsein rückte, ist wesentlich auf die Reportagen zurückzuführen, die Stanisław Bełza auf der Grundlage mehrerer Reisen in die Kaschubei zwischen 1907 und 1910 im Warschauer *Ziarno* veröffentlichte. In ganz ähnlicher Weise wie auch in seinen Schlesienartikeln vermischte Bełza dabei persönliche Eindrücke mit nationalen Stereotypen, etwa in der Beobachtung, deutsche Behörden und Polizei versuchten, über die kaschubischen Städte eine „deutsche Decke“ zu breiten.[1067] Zugleich stellte er betrübt fest, daß viele Kaschuben mittlerweile sogar schon freiwillig das Deutsche benützten, obwohl sie es nur unvollkommen beherrschten, und daß sich besonders die wenigen Kaschuben in höheren Berufen, z.B. Kaufleute, Anwälte und Ärzte, selbst von allem Polnischen distanzierten, um gesellschaftliche Akzeptanz zu erlangen.[1068] Und in keinem anderen polnischen Landstrich sei seit den Teilungen so viel Grund und Boden in fremde Hände gefallen und seien so viele Vertreter des polnischen Adels „von der nationalen Fahne gegangen“ wie in der Kaschubei.[1069] In der *Ziemia* wurde bezüglich des nationalen „Bewußtseinsstandes“ der Kaschuben eine Nord-Süd-Teilung konstatiert. Während der südliche Teil der Kaschubei ein polnisches Land sei mit einer bewußten Bevölkerung, die unter der Fremdherrschaft ächze und die Losungen des *Gryf* verinnerlicht habe, gebe es im nördlichen Teil viele Leute, „die sich ihres Kaschubentums schämen, Deutsche nicht sind und

[1065] Siehe z.B. X.: *Na kresach* [In den Grenzmarken], in: „Kraj“ 1890, Nr. 42, S. 1. – Der Autor führt aus, die Kaschubei als der Rest des einst von der Oder- bis zur Weichselmündung reichenden piastischen Pommern wirke heute wie ein „Waisenhaus“, und beklagt zudem, die städtischen Zentren wie Zoppot, Gdingen oder Putzig seien heute schon weitgehend germanisiert.

[1066] CHRZANOWSKI, Na kaszubskim brzegu, S. 1. – Chrzanowskis nach eigener Aussage vor allem an die polnische Jugend gerichtete Schrift gibt ansonsten einen Überblick über die Geschichte der Kaschubei und der Stadt Danzig, über Land und Leute, gesellschaftliche und politische Verhältnisse sowie – anhand von Liedern und Gedichten – über den kaschubischen Dialekt.

[1067] STANISŁAW BEŁZA: *Zabieram głos!* [Ich ergreife das Wort!], in: „Ziarno“ 1907, Nr. 25, S. 6. – In diesem Zusammenhang erregt Bełza sich besonders über die Eindeutschung von Ortsnamen. So sei aus „Kościerzyna“ mittlerweile „Berent“ geworden, obwohl dort das polnische Leben innerhalb der ganzen Kaschubei am stärksten ausgebildet sei.

[1068] *Głosy i odgłosy – Nad polskiem morzem* [Stimmen und Echos – Am polnischen Meer], in: „Ziarno“ 1907, Nr. 34, S. 4.

[1069] BEŁZA, W zapomnianej stronie, S. 9 (ursprünglich als Artikelserie erschienen in: „Ziarno“ 1909, Nr. 1, S. 6f.; Nr. 2, S. 26f.; Nr. 3, S. 46ff.; Nr. 4, S. 66ff.; Nr. 5, S. 86ff.; Nr. 6, S. 106f.; Nr. 7, S. 126f.; Nr. 8, S. 153ff.).

Polen nicht zu sein vermögen“. Ihr charakteristisches Wesensmerkmal sei die „freiwillige Germanisierung der wohlhabenden Schichten“.[1070] Unter Berufung auf die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1903 und 1907 gelangte Bernard Chrzanowski demgegenüber zu der optimistischeren Feststellung, der Kampf der deutschen Behörden gegen die kaschubische Sprache und das gedruckte polnische Wort habe „Geist und Herz“ des Volkes mittlerweile zu einem „bewußten nationalen Leben“ geführt.[1071]

Mit Blick auf die Ergebnisse der deutschen Volkszählungen, die auch für die Kaschubei einen zwar langsamen, gleichwohl stetigen Anstieg des deutschen Elements auswiesen, wurde im *Ziarno* hingegen ein geradezu dramatisches Bedrohungsszenario gezeichnet. Der Hilferuf „Die Kaschuben gehen zugrunde!“ *(Kaszubi giną!)* sollte hier aber keine Resignation auslösen, sondern im Gegenteil als Aufruf verstanden werden, sich verstärkt für die „Rettung“ der nördlichen Stammesverwandten zu engagieren.[1072] In einem solchen Engagement sah Bełza nicht nur eine Selbstverständlichkeit, sondern vielmehr eine Bringschuld der polnischen Öffentlichkeit, der er ähnlich wie Chrzanowski vorwarf, die Kaschubei in der Vergangenheit sträflich vernachlässigt zu haben. Seine Kritik machte er unter anderem an dem Dichter Wincenty Pol fest, in dessen „Lied über unser Land“ (s.o. Kap. 3.2.) zwar viel über den Osten die Rede sei, die Kaschubei genauso wie die übrigen derzeit unter preußischer Herrschaft stehenden Gebiete aber schlicht unterschlagen würde:

> „Über Großpolen, die Wiege unseres Vaterlandes, wo nicht erst seit heute die heldenhaften Kämpfe mit dem unersättlichen Preußentum ausgetragen werden, redet er nicht im geringsten; Thorn, das Polen und der ganzen Welt unseren unsterblichen Kopernikus gegeben hat, existiert für ihn nicht; Oberschlesien, auch Altpolen genannt, das die Deutschen durch sieben Jahrhunderte hindurch nicht zu germanisieren vermochten, erhält von ihm nicht einmal ein einziges Gedicht zum Geschenk. Und das gilt auch für die Kaschubei, diese lebendige Brücke, die uns mit dem Meer verbindet und uns ein Fenster zur weiten Welt eröffnet, für Hela, diese einzige polnische Halbinsel auf dem Erdball, und für Preußisch Masuren, dieses von der Religion her lutherische, von der Sprache her aber polnische Land, – und das, obwohl all diese Gebiete für uns wahrscheinlich mehr von Interesse sind als Lettland, das Pinsker Land oder das ‚alte Kiew‘.“[1073]

Mit diesen Ausführungen, die in ihrer Kritik an den bisherigen territorialen Prioritäten der polnischen Eliten stark an Popławskis *Środki obrony* erinnern, machte Bełza deutlich, daß es ihm bei weitem nicht nur um die nationale Identität der Kaschuben zu tun war, sondern in seinem Denken vor allem geopolitische Erwägungen im Mittelpunkt standen. Das „Ostseemotiv“ schlug sich in nahezu allen seinen um die kaschubische Frage kreisenden Artikeln nieder, etwa in der Feststellung, man brauche nur eine Karte zur Hand zu nehmen, um sich zu veranschaulichen, wieviel vom Polentum im

---

1070 L.W., *Gdańsk i Sopot* (wie Anm. 1058), S. 37.
1071 CHRZANOWSKI, Na kaszubskim brzegu, S. 24f., 36.
1072 STANISŁAW BEŁZA: *Zabieram głos!* [Ich ergreife das Wort!], in: „Ziarno“ 1907, Nr. 17, S. 6, 8; *Kaszubi giną!* [Die Kaschuben gehen zugrunde!], in: „Ziarno“ 1907, Nr. 30, S. 4f.
1073 BEŁZA, W zapomnianej stronie, S. 2.

Nordwesten unter der „tödlichen Bedrängnis“ noch übriggeblieben sei und welche Rolle die Kaschuben dabei spielten.[1074] Schon aus diesem Grund lehnte Bełza eine Beschränkung Polens auf sein ethnographisches Kerngebiet strikt ab und ergänzte, dieses Kerngebiet verfüge zwar über Berge, Flüsse und fruchtbare Ebenen – nur eben über keinen Zugang zum Meer.[1075] Im Vergleich zum Rest des Landes sei das Siedlungsgebiet der Kaschuben zwar nur wie ein Tropfen im Wasser, doch sei und bleibe es die einzige Stelle, an der ein alteingesessenes polnisches Volkstum derzeit das Meer berühre.[1076] Die Funktion der kaschubischen Bevölkerung in seinem Kalkül veranschaulichte Bełza in der ihm eigenen, sehr bildhaften Sprache mal als „die Hand, mit der wir zur Ostsee greifen“[1077], mal als den „Wachposten“ der polnischen Nation an der Ostsee[1078], dem eine um so höhere Bedeutung zukomme, da die Deutschen gerade dabei seien, das Hinterland zu besiedeln, und mittlerweile sogar auf die Mündung der „Königin unserer Flüsse“ (die Weichsel) einen tödlichen Druck ausübten.[1079]

Entsprechende geopolitische Analysen wurden verschiedentlich von der polnischen auf die gesamtslavische Ebene gehoben und in ein Gesamtszenario hineingestellt, demzufolge die slavische Welt in der akuten Gefahr schwebte, von den Küstenlinien Osteuropas verdrängt zu werden. Zdzisław Marycki etwa stellte im Krakauer *Świat Słowiański* einen Vergleich mit der Situation der Slovenen an, deren Zugang zur Adria in ähnlicher Weise bedroht sei wie derjenige der Polen zur Ostsee. Ohne einen freien Zugang zu diesen beiden Meeren, so seine These, brauche man über die Zukunft des Slaventums aber gar nicht erst nachzudenken. Hier zeige sich die enge geistig-politische Verbindung zwischen der kaschubischen und der slovenischen Frage und damit die Gemeinsamkeit der Interessen der gesamten slavischen Welt überhaupt.[1080]

Es ist also nicht verwunderlich, daß das Szenario einer endgültigen Germanisierung der Kaschuben von Bełza und anderen polnischen Publizisten besonders gefürchtet wurde, da in diesem Fall eben nicht nur ein als Teil der polnischen Nation

---

1074 DERS., *Zabieram głos!*, in: „Ziarno“ 1907, Nr. 17, S. 6f.

1075 DERS., W zapomnianej stronie, S. 7; DERS.: *Listy z mojej pracowni* [Briefe aus meiner Werkstatt], in: „Ziarno“ 1910, Nr. 19, S. 362.

1076 DERS., W zapomnianej stronie, S. 6; vergl. *O Kaszubach* [Über die Kaschuben], in: „Ziarno“ 1908, Nr. 22, S. 8f.

1077 BEŁZA, *Zabieram głos!*, in: „Ziarno“ 1907, Nr. 17, S. 7.

1078 DERS., W zapomnianej stronie, S. 10.

1079 Ebenda, S. 7.

1080 ZDZISŁAW MARYCKI: *Dwa najsłabsze miejsca słowiańszczyzny (Słowo o Kaszubach i Słowieńcach styryjskich)* [Die zwei schwächsten Positionen des Slaventums: ein Wort über die Kaschuben und die steirischen Slowenen], in: „Świat Słowiański“ 1907, Nr. 29, S. 329, 343f. – Konkret auf die Situation in der Kaschubei bezogen führt der Autor weiter aus, eine Hoffnung auf Sieg im derzeitigen Volkstumskampf bestehe nur dann, wenn aus der kaschubischen Volksgruppe endlich auch nationalbewußte Kaufleute, Lehrer und Anwälte hervorgingen. In diesem Sinne müsse die polnische Publizistik stärker ihren Einfluß dort entfalten und eine ähnlich systematische Kampagne starten wie seinerzeit in Schlesien.

betrachteter Stamm untergehen, sondern sich auch das vielbeschworene polnische „Tor zur Welt“ für immer verschließen würde. Um dies zu verhindern, propagierte Bełza die Herstellung vielfältiger Kontakte zwischen Polen und der kaschubischen Bevölkerung, auch über den Fremdenverkehr. In diesem Sinne verwahrte er sich gegen gelegentlich zu hörende Forderungen, die Polen sollten die (schon zur Jahrhundertwende vielbesuchten) Ostseebäder Zoppot und Hela boykottieren, da von den Einnahmen aus dem Tourismus doch nur die deutsche Oberschicht profitiere. Statt dessen forderte er seine (vermögenden) Landsleute auf, ihre Sommerfrische erst recht in der Kaschubei zu verbringen, allerdings nicht, um sich dort nur zu amüsieren, sondern um Land und Leute intensiv kennenzulernen und so das polnische Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken. Da die Deutschen sich dieser Gefahr durchaus bewußt seien und daher am liebsten eine „chinesische Mauer“ um die Kaschubei zögen, um sie vom übrigen Polen abzuschneiden, sei es nur Wasser auf ihre Mühlen, wenn die Polen freiwillig wegblieben. Bełzas Fazit: „Wer Zoppot und Hela boykottiert, boykottiert die Kaschuben.“[1081]

Vor dem Hintergrund der verbreiteten These, die Kaschuben seien die Reste der alten Pomoranen (s.o. Kap. 6.3.), wurden teilweise auch die kleinen slavischen Minderheiten in den westlich an die Kaschubei angrenzenden und erst 1657 aufgrund des Bromberger Vertrages an Brandenburg gefallenen pommerschen Landkreisen Lauenburg und Bütow dem kaschubischen Element zugeschlagen, obwohl deren Angehörige sich selbst bei den Volkszählungen ganz überwiegend als Polen bekannten.[1082] Jedenfalls wollte Grzegorz Smólski während eines Aufenthaltes in der Kreisstadt Lauenburg nach einer langen Zeit der „Lethargie“ auch dort eine Kräftigung des polnischen Lebens beobachtet haben.[1083] Das Vorhandensein dieser Minderheiten und die Tatsache, daß Lauenburg und Bütow im Gegensatz zum übrigen Pommern noch bis ins 17. Jahrhundert hinein zu Polen gehört hatten, bildeten die Grundlage dafür, daß beide Landkreise auf der Pariser Friedenskonferenz Bestandteil der von polnischer Seite gegen Deutschland offiziell erhobenen Gebietsansprüche waren (s.u. Kap. 10.).

Die Frage der staatsrechtlichen Zukunft Westpreußens einschließlich der Weichselmündung geriet während des Krieges dann auf die Tagesordnung der europäischen

[1081] BEŁZA, *Listy z mojej pracowni*, in: „Ziarno“ 1910, Nr. 19, S. 362.

[1082] So gaben gemäß der Volkszählung des Jahres 1900 im Landkreis Bütow 13,7% das Polnische und 0,4% das Masurische (+ 0,7% Zweisprachige Deutsch – Polnisch) als Muttersprache an, im Landkreis Lauenburg i. Pomm. 4,8% das Polnische und gleichfalls 0,4% das Masurische (+ 0,4% Zweisprachige Deutsch – Polnisch) (die Zahlen nach: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 151, S. 436f.). Das damals im Gebiet um Leba (Kreis Lauenburg) noch von wenigen hundert Menschen gesprochene „Slovinzische“ wird im allgemeinen dem kaschubischen Dialekt zugeordnet. Übrigens traten auch in den ostpommerschen Reichstagswahlkreisen Lauenburg-Stolp und Bütow-Schlawe-Rummelsburg bei den letzten Vorkriegswahlen polnische Kandidaten an, landeten aber 1903, 1907 und auch 1912 jeweils abgeschlagen bei Ergebnissen zwischen 1% und 3% (siehe RZEPECKI, Bd. 2, S. 168f.).

[1083] SMÓLSKI, *Z podróży* (wie Anm. 513), S. 132f., 144f.

Politik, was auf polnischer Seite von weiteren Veröffentlichungen begleitet wurde.[1084] Was Danzig anging, hatte die polnische Publizistik angesichts des unbestreitbar deutschen Charakters der Stadt von jeher historisch argumentiert und insofern einen ganz anderen Ton angeschlagen als gegenüber der westlich an die Stadt angrenzenden Kaschubei. Vor dem Hintergrund der überwiegend geopolitisch begründeten Forderung nach einem polnischen Zugang zur Ostsee waren beide Komplexe aber kaum voneinander zu trennen. Die Interessen von mehr als zwanzig Millionen Polen mußten in den Augen der polnischen Seite den Vorrang haben vor den Interessen der überwiegend deutschen Einwohnerschaft Danzigs. Entsprechend wurden die Stadt Danzig und die Kaschubei – und darüber hinaus meist auch Ostpreußen – im Rahmen der im Vorfeld der Pariser Friedenskonferenz zahlreich erschienenen Broschüren und Denkschriften, die die von polnischer Seite erhobenen Ansprüche mit einer Vielzahl von Argumenten unterstützten, in einem Atemzug genannt.[1085]

[1084] Siehe z.B. CHRZANOWSKI, Z wybrzeża. – Die noch unter preußischer Herrschaft und damit unter den Bedingungen der Kriegszensur erschienene Schrift hält sich, was konkrete Forderungen für die Zukunft betrifft, begreiflicherweise zurück. Statt dessen gibt Chrzanowski einen Überblick über die in den letzten drei Jahrzehnten erschienenen und die Küstenregion unter landeskundlichen und geographischen Aspekten behandelnden Arbeiten sowie über die Verarbeitung des „Meeresmotivs" in der polnischen Dichtung und Literatur.

[1085] Siehe hierzu u.a. die Arbeiten von STAM; ASKENAZY, Dantzig; CHOŁONIEWSKI, Dantzig; DERS., Gdańsk; Gdańsk and East Prussia.

8. Vom Gebietsanspruch zum konkreten politischen Konzept:Die Diskussion um Wege zur Einbeziehung der „Westgebiete" in ein künftiges polnisches Staatswesen im Vorfeld und während des Ersten Weltkrieges

8.1. Polen als „Bollwerk" gegen Deutschland: Das Konzept Roman Dmowskis

Der Sturz Bismarcks als deutscher Reichskanzler 1890 und infolgedessen der schrittweise Zerfall seines komplizierten, auf Wahrung des europäischen Friedens und des territorialen Status quo angelegten Bündnissystems brachte wieder Bewegung in die europäische Mächtekonstellation. Die französisch-russische Annäherung (Französisch-russischer Zweibund von 1894) und gleichzeitig die vor dem Hintergrund der Flottenpolitik des Reiches zunehmende deutsch-britische Entfremdung trieben Deutschland immer stärker in die Isolation. Die nach 1900 rasche Zunahme der internationalen Spannungen (Russisch-japanischer Krieg 1904/05, bosnische Annexionskrise 1908, Balkankriege 1912 und 1913) ließen es zunehmend als möglich erscheinen, daß es in Europa über kurz oder lang zu einem großen Krieg kommen und daß dieser zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn auf der einen und Rußland, England und Frankreich auf der anderen Seite, also als Zweifrontenkrieg geführt werden würde.

In der polnischen Öffentlichkeit wurde diese Entwicklung begreiflicherweise aufmerksam verfolgt und alles begrüßt, was zu einer Überwindung des verhaßten Status quo und damit letztlich auch der Teilung Polens beitragen konnte.[1086] So hatte Dmowski bereits den Verlauf des Russisch-japanischen Krieges interessiert beobachtet und sich in diesem Zusammenhang von Mai bis Juli 1904 selbst in Tokio aufgehalten. In der schweren Niederlage, die Rußland schließlich erlitt, sah er ein untrügliches Anzeichen für den bevorstehenden Niedergang der Teilungsmächte insgesamt.[1087] Über die Frage, wieweit die Polen die kommende Entwicklung in Ruhe abwarten oder aber durch eigene geheime militärische Vorbereitungen mit vorantreiben sollten, wie dies PPS-Führer Józef Piłsudski seit 1910 mit der Aushebung polnischer Schützenverbände in Galizien vorexerzierte, spaltete sich die polnische Gesellschaft in zwei große konträre Lager – die „Passivisten" mit Schwerpunkt in Kongreßpolen und die

[1086] Vgl. BUSZKO, Idea niepodległości, S. 60, 64f.; in deutscher Sprache DERS., Die polnische Politik, S. 78.

[1087] Siehe hierzu BIELECKI, S. 63ff.; Roman Dmowski w świetle listów i wspomnień, Bd. 1, S. 274ff.

„Aktivisten" mit Schwerpunkt im österreichischen Teilgebiet.[1088] Die Anhänger beider Konzepte waren sich aber zumindest darin einig, daß eine Wiedererlangung der Unabhängigkeit im Alleingang nicht zu erreichen sei. Die Frage aber, auf welchen der sich in Europa gegenüberstehenden Machtblöcke man sich stützen solle, löste in der polnischen Publizistik in den letzten Jahren vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges und verstärkt noch zwischen 1914 und 1918 eine breite Diskussion aus, in der sich die Zerrissenheit der polnischen Gesellschaft eindrucksvoll widerspiegelte. Die Frage, welche territoriale Gestalt das künftige Polen haben solle, war hiermit natürlich untrennbar verbunden.

Im Königreich Polen hatten bereits die russische Revolution von 1905 und die daraufhin einsetzende politische Liberalisierung eine tiefgreifende Veränderung der Situation mit sich gebracht. Die meisten polnischen politischen Parteien konnten fortan legal auftreten und in der Duma, der auf Betreiben des neuen russischen Ministerpräsidenten Sergej Vitte etablierten Legislative, erstmals parlamentarische Erfahrungen sammeln. Chef der ganz von der Nationaldemokratie dominierten polnischen Fraktion in der Duma war seit 1907 niemand anderes als Roman Dmowski.[1089] Seine in dieser Funktion vertretene Politik wies in eine Richtung, die mit einigen wesentlichen Grundsätzen der ursprünglichen ND-Linie brach und sich im letzten Erscheinungsjahr des *Przegląd Wszechpolski* bereits abgezeichnet hatte. Je mehr Preußen-Deutschland dort als Todfeind Nummer eins dämonisiert wurde, um so mehr trat der traditionelle polnisch-russische Gegensatz in den Hintergrund und wich schließlich einer Linie, die statt auf die staatliche Unabhängigkeit nunmehr nur noch auf eine umfassende Autonomie der polnischen Länder unter russischer Oberhoheit setzte – die Äquidistanz, die Dmowski zu den beiden Teilungsmächten Deutschland und Rußland in seinen frühen Schriften noch gewahrt hatte, war damit aufgegeben. Als „klares politisches Ziel" war im *Przegląd Wszechpolski* bereits im Januar 1905 genannt geworden:

> „Eine breite Autonomie des Königreichs Polen, das heißt eine völlige Eigenständigkeit seiner politischen Ordnung, seiner Gesetzgebung, seines administrativen Systems, seines Gerichtswesens, seiner öffentlichen Bildung und seiner Finanzen auf der Grundlage seiner Anerkennung als ein absolut polnisches Land."[1090]

Der Zustand, wie er sich nach 1905 im Königreich Polen einstellte, war von diesem Ziel zwar noch meilenweit entfernt, gleichwohl schien die Situation günstig, der noch unter dem Eindruck der schweren Kriegsniederlage gegen Japan stehenden russischen Regierung weitgehende Zugeständnisse abzutrotzen. Einen entsprechend breiten Wi-

---

1088 Vgl. CONZE, S. 194.

1089 Bei den Wahlen zur ersten Duma im Mai 1906 konnte die Nationaldemokratie 34 der 37 in Kongreßpolen zu vergebenden Mandate gewinnen, allerdings bei Boykott der Linksparteien. Die Neuwahlen vom Oktober 1906 brachten dem SD-N aufgrund eines ihn begünstigenden Wahlsystems dann mit einer einzigen Ausnahme sogar alle kongreßpolnischen Mandate ein (HOENSCH, S. 225f.).

1090 *Nasze cele i nasze drogi* [Unsere Ziele und unsere Wege], in: „Przegląd Wszechpolski" 1905, Nr. 1, S. 7.

derhall fand die Autonomiefrage ab 1906 in der Presse[1091], wobei der jähe Kurswechsel der „Allpolen“ teilweise auch auf scharfe Kritik stieß.[1092] Die politische Linie der Nationaldemokratie wurde in diesem Sinne seit dem Jahre 1905 allein von Dmowski geprägt, während Popławski in seinen letzten Lebensjahren – er starb nach schwerer Krankheit im März 1908 in Warschau – nicht mehr nennenswert in Erscheinung trat.

Sein neues Konzept zur Lösung der polnischen Frage stellte Dmowski 1908 in seinem Buch „Deutschland, Rußland und die polnische Frage“ *(Niemcy, Rosya i kwestya polska)* vor. Das darin formulierte Ziel – statt eines unabhängigen polnischen Staates die Vereinigung des Königreichs mit dem österreichischen und dem polnischen Teilgebiet einschließlich der „Westgebiete“ unter den Bedingungen einer Autonomie innerhalb eines föderativ-konstitutionell reformierten russischen Reiches – stellte einen radikalen Bruch mit nahezu allen wichtigen politischen Dogmen dar, die in Polen seit der Teilungszeit gegolten hatten.[1093] Gleichwohl war das Programm in sich logisch und konsequent. Das „allpolnische“ Territorialprogramm, wie es Popławski im *Głos* und später im *Przegląd Wszechpolski* ausgearbeitet und ideologisch begründet hatte, wurde von Dmowski jetzt in ein konkretes außenpolitisches Konzept eingebettet, das seine baldige Verwirklichung ermöglichen sollte. Entsprechend lag seinem neuem Buch statt politisch-ideologischer Theorie eine präzise und nüchterne Analyse der internationalen Mächtekonstellation zugrunde.[1094] Erfreut konstatierte Dmowski dabei die beginnende Isolierung und strategische Einkreisung Deutschlands.[1095] In reger Hoffnung auf den baldigen Ausbruch eines europäischen Krieges ließ er sein Buch daher kurz darauf auch in französischer *(La Question Polonaise)* und in russischer Sprache *(Germanija, Rossija i pol’skij vopros)* veröffentlichen, um den beiden wichtigsten potentiellen Kriegsgegnern Deutschlands seine Vorstellungen von einer Neuordnung Europas einschließlich der Rolle, die Polen dabei spielen sollte, näherzubringen.[1096] Die der Nationaldemokratie verbundene Presse sorgte daneben für die Verbreitung und Popularisierung der Ideen Dmowskis unter der polnischen Bevölkerung Kongreßpolens.

Ausgehend von der Erwartung, daß sich in einem künftigen Konflikt Rußland und Deutschland als Gegner gegenüberstehen würden, war eine prorussische Orientierung

1091 Siehe etwa STANISŁAW BEŁZA: *Zabieram głos!* [Ich ergreife das Wort!], in: „Ziarno“ 1907, Nr. 4, S. 2f. – Bełza äußert in diesem Zusammenhang die Hoffnung, daß das künftige freie Rußland einsehen werde, daß es im Bündnis mit Preußen nur verlieren könne, und schon deshalb dem Königreich eine breite Autonomie einschließlich eines eigenen Parlaments in Warschau gewähren werde. Ein enges Zusammenwirken der polnischen nationalen Parteien im Blick auf die Duma-Wahlen sei bis zur Erreichung dieses Ziels vordringlich.

1092 Vgl. R.: *Metamorfozy* [Metamorphosen], in: „Kraj“ 1905, Nr. 21, S. 3ff., der den „Allpolen“ in dieser Frage Opportunismus vorwirft.

1093 Vgl. W. FELDMAN, Geschichte der politischen Ideen, S. 380; HAUSMANN, Dmowskis Stellung, S. 57.

1094 WRZESIŃSKI, Niemcy w polskiej myśli politycznej, S. 115.

1095 DMOWSKI, Niemcy S. 67, 71, 91.

1096 HAUSMANN, Die politischen Ideen, S. 355.

für Dmowski zwingend. Für Rußland nämlich, so sein Kalkül, sei das polnische Gebiet nicht lebensnotwendig, sondern eher eine Belastung. Außerdem stelle Rußland in seiner gegenwärtigen Schwäche keine ernsthafte Bedrohung für den Bestand der polnischen Nation dar, vielmehr müsse es angesichts der deutschen Gefahr im eigenen Interesse mit den Polen zu einem Ausgleich gelangen und ihnen schrittweise eine autonome Stellung einräumen.[1097] Als Beleg hierfür führte Dmowski an, daß die russische Führung sich nach vier Jahrzehnten einer vergeblichen Russifizierungspolitik mit dem unzweifelhaft polnischen Charakter des Königreichs nunmehr abgefunden habe.[1098]

Was Preußen betrifft, wiederholte Dmowski hingegen das schon von Popławski bemühte Argument, daß die umstrittenen Provinzen für Preußen letztlich genauso lebensnotwendig seien wie für Polen. Da sie die Basis für jede künftige Machtstellung Deutschlands darstellten, müsse Preußen-Deutschland sie mit aller Kraft verteidigen und durch Germanisierung gegen künftige polnische Ansprüche abzusichern versuchen, ein Kompromiß in dieser Frage sei kategorisch ausgeschlossen.[1099] Obwohl Preußen nur den kleinsten Teil des alten polnischen Territoriums besitze, sei es deshalb gezwungen, über die polnische Frage als ganzes zu wachen und den Kampf, wenn nötig, auch mit der ganzen polnischen Nation zu führen. In seiner von geopolitischen Faktoren geprägten Denkart erweist Dmowski sich hier ganz als ein Kind seiner Zeit. Ihmzufolge war den Nationen die Richtung ihrer Expansionsbestrebungen gleichsam von der Natur vorgegeben, ungeachtet der jeweiligen politischen Konjunktur. So unterstellte er dem preußischen Staat pauschal, er strebe zur Sicherung seiner bisher erbeuteten Ostprovinzen langfristig auch den Besitz des gesamten Weichsellaufs, also ganz Kongreßpolens, an, zumindest aber des nordwestlichen Teils davon bis etwa zur Teilungsgrenze von 1795 (sog. „Knesebeck-Linie“).[1100] Die verstärkten Germanisierungsbemühungen in den „Westgebieten“, vor allem in Ostpreußen, wurden in der ND-Presse als Anzeichen für das nahe Bevorstehen eines deutschen Ausgreifens auf Kongreßpolen gewertet.[1101]

1097 DMOWSKI, Niemcy, S. 168ff.; vgl. BUSZKO, Die polnische Politik, S. 80.

1098 DMOWSKI, Niemcy, S. 34.

1099 Ebenda, S. 162. – Schon 1898 hatte DMOWSKI, *Ogólny rzut oka* (wie Anm. 774), S. 34f., geschrieben, Deutschland gehorche bei der Germanisierung der unter seiner Herrschaft lebenden Polen gleichsam einem inneren Zwang, da es anderenfalls um seine Gebiete zwischen Weichsel- und Memelmündung (sprich: Ostpreußen), ja letztlich sogar um seine Hauptstadt Berlin fürchten müsse.

1100 Ebenda, S. 46f; vgl. JAN PURWIN: *Kierunki ekspansyi niemieckiej* [Die Richtungen der deutschen Expansion], in: „Przegląd Narodowy“ 1910, Nr. 7, S. 77ff., der vor allem auf den Wert Kongreßpolens als Absatzmarkt für die deutsche Industrie hinweist. Die territoriale Expansion sei für die deutsche Regierung so etwas wie ein „kategorischer Imperativ“, weshalb sie das Risiko, das eine weitere Zunahme der katholischen Bevölkerung im Falle einer Einverleibung Kongreßpolens in das Deutsche Reich mit sich bringe, in Kauf nehmen werde.

1101 Vgl. hierzu DŁUGOSZ, *Granice polityczne* (wie Anm. 507), S. 94. – Der Autor verficht an dieser Stelle die These, je schneller sich innerhalb Preußens das ethnographische deutsche Siedlungsgebiet den Staatsgrenzen annähere, um so rascher stehe auch eine weitere

Einen dauerhaften Anschluß auch der übrigen Gebiete Polens an Deutschland lehnte Dmowski aber schon deshalb ab, weil die Polen den Deutschen auf politischem, zivilisatorischem und wirtschaftlichem Gebiet derzeit noch unterlegen seien und ihr Territorium in einem solchem Fall daher zu einem unterentwickelten Hinterland des deutschen Kerngebiets herabsinken würde.[1102] Das Gewicht eines vereinigten Polen unter der Oberhoheit Rußlands würde hingegen – so Dmowskis unausgesprochenes Kalkül – in absehbarer Zeit so zunehmen, daß Rußland früher oder später gezwungen sein würde, ihm die volle Unabhängigkeit zu gewähren. Es ist also davon auszugehen, daß Dmowski die staatliche Unabhängigkeit als Endziel nie wirklich aus den Augen verlor, wohl aber eine Umkehrung der Prioritäten vornahm: Da in der derzeitigen internationalen Situation nur die Einheit Polens *oder* aber die Unabhängigkeit nur eines Teils von Polen realistisch erschien, sollte die Wiedervereinigung künftig den unbedingten Vorrang besitzen.[1103]

Dmowskis Autonomiekonzept warf zwangsläufig die Frage auf, was im Falle seiner Verwirklichung mit den ehemaligen polnischen Ostgebieten geschehen sollte, denen Popławski im *Przegląd Wszechpolski* eine Dekade zuvor noch einen großen Stellenwert zugemessen hatte. Daß ein gegen Deutschland siegreiches Rußland in dieser Frage zu nennenswerten territorialen Konzessionen nicht bereit sein würde, war dem Realpolitiker Dmowski aber zweifellos klar; entsprechend vorsichtig äußerte er sich hierzu in seinem Buch. Die „Gebiete, auf die sich die polnische Frage bezieht“, teilte er dort zunächst in zwei unterschiedliche Kategorien ein, wobei er der ersten Kategorie das Königreich und Galizien zuordnete, der zweiten hingegen sowohl das preußische Teilgebiet als auch die Ostgebiete.[1104] Während in den Gebieten der ersten Kategorie das polnische Element stark genug sei, um den Teilungsmächten Zugeständnisse abzutrotzen, werde in den Gebieten der zweiten Kategorie die völlige Assimilierung der polnischen Bevölkerung betrieben, da weder Preußen noch Rußland zur Aufgabe von direkt einverleibten Territorien bereit seien.[1105] Gleichwohl nahmen die preußischen Ostprovinzen auf der einen und die westlichen Gouvernements Rußlands auf der anderen Seite in Dmowskis Territorialkonzept eine völlig unterschiedliche Rolle ein. Gestützt auf die optimistische Erwartung, daß Rußland im Wissen um die eigene Schwäche in den westlichen Gouvernements von seiner dort betriebenen Russifizierungspolitik ablassen und den kulturell und ökonomisch vorherrschenden polnischen Minderheiten umfangreiche Freiheitsrechte gewähren werde, zeigte sich Dmowski bereit, auf den größten Teil dieser Gebiete zu verzichten.[1106] Konkret hat er

---

Grenzverschiebung bevor. Das preußische Enteignungsgesetz sei primär ein Versuch der Regierung, diese zwangsläufige Entwicklung noch weiter zu beschleunigen.

1102 DMOWSKI, Niemcy, S. 258.

1103 HAUSMANN, Die politischen Ideen, S. 356f.; PAJEWSKI, Odbudowa, S. 40; WAPIŃSKI, Obóz narodowodemokratyczny, S. 197.

1104 DMOWSKI, Niemcy, S. 24, 30.

1105 Ebenda, S. 31, 34.

1106 Ebenda, S. 36, 39f. – Im einzelnen nennt Dmowski als „geraubte Gebiete“ *(ziemie zabrane)* im Osten die Gouvernements Kowno (10% Polen), Wilna (25%), Grodno (30%),

sich zur Frage der künftigen polnischen Ostgrenze vor Kriegsausbruch wohlweislich aber nie geäußert.[1107] Die Wendigkeit, die Dmowski in der Frage der polnischen Ostgebiete bewies, zeigt jedenfalls, daß der geäußerte Verzicht letztlich nur taktisch bedingt war.[1108]

Kern seines Territorialprogramms waren die „Westgebiete“, die angesichts der fehlenden Perspektiven im Osten in seinem Denken eine noch größere Priorität einnahmen als früher. Hierbei ging es Dmowski weniger um die Wiedergutmachung eines vergangenen Unrechts als vielmehr um die Rolle, die ein wiedererstandenes Polen seiner Ansicht nach in Europa künftig spielen sollte. Um den deutschen Expansionsbestrebungen, die sich Dmowskis Vorstellungen zufolge nicht nur auf Kongreßpolen, sondern langfristig über Österreich, den Balkan, Anatolien und Mesopotamien bis nach Persien richten würden[1109], ein für allemal einen Riegel vorzuschieben, müsse Polen im Dienste der gesamten slavischen Welt künftig ein starkes Bollwerk gegen Deutschland bilden. Die zuvor verschiedentlich selbstangemaßte Rolle Polens als Vorhut der westlichen Zivilisation gegen die östliche Barbarei wurde damit gewissermaßen in ihr Gegenteil verkehrt. Sein Ziel veranschaulichte Dmowski unter Zuhilfenahme historischer Reminiszenzen:

> „Das Polen der Gegenwart kehrt zu jener geschichtlichen Rolle zurück, wie sie der Staat der Piasten spielte. Er entstand und wuchs im Kampf gegen die westliche, deutsche Überflutung, im Kampf gegen das (deutsche) Kaiserreich und schließlich gegen den Kreuzritterorden.“[1110]

In diesem geschichtlichen Zweikampf um Sein oder Nichtsein sah Dmowski die Grundlage der polnischen Zivilisation überhaupt:

> „Das piastische Polen, das sich im Kampf mit einem ihm kulturell überlegenen Feind organisierte, bemühte sich darum, diesem ebenbürtig zu werden, und zivilisierte sich seit der Annahme des Christentums rasch.“[1111]

Um diese Rolle erneut erfolgreich spielen zu können, hielt Dmowski den Besitz der „Westgebiete“ für unentbehrlich. Entsprechend äußerte er sich in seinem Buch auch zur dortigen Entwicklung, insbesondere natürlich zur „nationalen Wiedergeburt des polnischen Schlesien“. Hier füge sich das Volk des alten piastischen Polen nicht länger in sein Schicksal, deutsch werden zu müssen. Die Wahl nationalpolnischer Abge-

---

Minsk (10%), Mogilev (5%), Vitebsk (7%), Wolhynien (11%), Podolien (10%) und Kiew (4%).

1107 Vgl. ebenda, S. 255f.

1108 So auch WAPIŃSKI, Edecka koncepcja, S. 197.

1109 DMOWSKI, Niemcy, S. 146. – Mit dieser Prognose spielt Dmowski unter anderem wohl auf den 1903 unter maßgeblicher Beteiligung deutscher Finanzkreise begonnenen Bau der „Bagdad-Bahn“ (als Fortsetzung der von Istanbul nach Konya verlaufenden „Anatolischen Bahn“) an. Das Projekt hatte im Ausland verschiedentlich den Verdacht genährt, es diene letztlich der Schaffung einer deutschen Einflußsphäre im Vorderen Orient. – Vgl. hierzu auch FISCHER, S. 24.

1110 DMOWSKI, Niemcy, S. 254.

1111 Ebenda, S. 255.

ordneter ins deutsche Parlament zeige vielmehr, daß das Volk im Gefühl der Solidarität mit der ganzen polnischen Nation seine Interessen nunmehr selbst in die Hand genommen habe und erfolgreich diejenigen bekämpfe, die zuvor seine Verteidiger gewesen seien (sprich: die deutschen Katholiken und ihre Partei, das Zentrum).[1112]

Die konkrete Schilderung der politischen und sozialen Situation in den „Westgebieten" überließ Dmowski ansonsten aber Publizisten wie Stanisław Bełza und kümmerte sich selbst lieber um die nüchterne Analyse der politischen Konjunktur – in seinem Denken hatten geopolitische Faktoren stets den Vorrang.[1113] Welche Bedeutung er den „Westgebieten" in seinem Konzept konkret beimaß, hat er später in seinen Erinnerungen noch einmal bündig in vier Punkten zusammengefaßt: Erstens seien aus ihnen der alte polnische Staat und die polnische Zivilisation hervorgegangen, zweitens handle es sich um das kulturell älteste und am höchsten stehende Land mit der national am tiefsten empfindenden Bevölkerung, drittens habe die dortige Bevölkerung die höchste Stufe im gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß erreicht und schließlich sei viertens kein anderer Teil des polnischen Volkes „so eingeübt in das politische Leben und in den Kampf um die nationale Existenz".[1114] In den Punkten zwei bis vier wird ein Aspekt deutlich, den Dmowski in seinen „Gedanken eines modernen Polen" bereits angedeutet hatte. Mit der Feststellung, die Polen unter preußischer Herrschaft seien dank des ihnen aufgezwungenen Kampfes mit einem überlegenen Gegner heute besonders gebildet, gut organisiert, ökonomisch aktiv und politisch reif[1115] und damit von allen Polen die kulturell und zivilisatorisch höchststehenden, suggerierte er, daß ihr Verlust unweigerlich eine Niveausenkung für Gesamtpolen nach sich ziehen würde und ein künftiges Polen schon deshalb nicht auf sie verzichten könne.[1116]

Auch unter anderen Gesichtspunkten warnte Dmowski, daß eine mögliche Nichteinbeziehung des preußischen Teilgebiets in ein neues polnisches Gemeinwesen eine Katastrophe bedeuten würde. So wäre Polen in diesem Fall weiter von Westeuropa entfernt und vom Meer abgeschnitten, zudem von Deutschland in einem Halbkreis umschlossen und diesem damit auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Darüber hinaus verringere die Verkleinerung des nationalen Territoriums auch die Expansionsmöglichkeiten Polens nach Osten und bedeute „den Verbleib des sich tief in das polnische Territorium hereinschneidenden schlesischen Vorpostens in den Händen des gefährlichen Nachbarn – und das bei seinen gewaltigen Reichtümern an Kohle und Metal-

[1112] Ebenda, S. 14f.
[1113] Vgl. hierzu KULAK, Między Niemcami i Rosją, S. 68.
[1114] DMOWSKI, Polityka polska, S. 20f.
[1115] DERS., Niemcy, S. 37; vgl. hierzu auch FELIKS KONECZNY: *Typ wielkopolski* [Der großpolnische Typus], in: „Świat Słowiański" 1913, Nr. 102, S. 346, der – ansonsten ganz und gar nicht auf der Linie Dmowskis – in ähnlicher Weise den außerordentlich wichtigen Beitrag lobt, den Großpolen derzeit für die politische Zukunft Polens leiste. So zeichneten sich die Posener durch einen Bildungsstand aus, der vielen Einwohnern Kongreßpolens und erst recht Galiziens fehle.
[1116] Vgl. DMOWSKI, Niemcy, S. 258f.

len".[1117] Mit dieser Bemerkung hatte Dmowski auch die von Popławski noch vernachlässigte wirtschaftliche Bedeutung Oberschlesiens angesprochen. Als hochentwickeltes Industriegebiet unterschied es sich von den übrigen polnisch besiedelten und überwiegend agrarisch strukturierten Gebieten unter preußischer Herrschaft grundlegend. Vor allem dieser Faktor war es, der die Zugehörigkeit Oberschlesiens zu Polen für Dmowski zur Schicksalsfrage machte und seine kompromißlose Härte in dieser Frage erklärt.

Im Einleitungsteil seines Buches von 1908 gab Dmowski einen Überblick über die „Gebiete, in denen die Teilungsmächte mit der polnischen Frage zu rechnen haben" und nannte dabei für die Provinz Posen einen polnischen Bevölkerungsanteil von rund 61%, für Westpreußen von knapp 35%, für Ostpreußen (ganz) von knapp 15% und für den Regierungsbezirk Oppeln (also Oberschlesien) schließlich von 57%.[1118] Darüber hinaus erwähnte er in diesem Zusammenhang noch die zum Regierungsbezirk Breslau (also Mittelschlesien) gehörenden Landkreise Groß Wartenberg (44% Polen) und Namslau (30%) sowie die pommerschen Landkreise Bütow (15%) und Lauenburg (6%).[1119] Hiermit hatte Dmowski exakt die Gebiete aufgeführt, die er später auf der Pariser Friedenskonferenz für Polen beanspruchte. Die von ihm vergleichsweise objektiv wiedergegebenen Zahlen belegen eindrucksvoll, daß er eine polnische Bevölkerungsmehrheit zur Begründung eines Anspruchs nicht für notwendig erachtete. Die Funktion, die die „Westgebiete" als ganzes gemäß den oben genannten Kriterien im künftigen Polen erfüllen sollten, machte ihre Einverleibung für Dmowski unverzichtbar – eine Rücksichtnahme auf die jeweilige Bevölkerungszusammensetzung im Einzelfall hatte demgegenüber zurückzustehen.

Im Ergebnis hatte Dmowski, wie Kurt Georg Hausmann es formuliert hat, mit seinem neuen Konzept die Ideen seines politischen Ziehvaters Popławski „bis zu einem gewissen Grade ihrer romantischen Verbrämung und ihrer Volkstümelei entkleidet und politisch gehandhabt".[1120] Nunmehr galt es nicht mehr allein, die polnische Öffentlichkeit von der Notwendigkeit einer territorialen Rückbesinnung auf die „piastischen" Territorien zu überzeugen, sondern auch, die internationale politische Konjunktur auszunutzen und die potentiellen Kriegsgegner Deutschlands für die eigenen Ziele einzuspannen. Damit wird auch deutlich, daß Dmowski die piastische Vergangenheit letztlich nur zur Skizzierung der künftigen Rolle Polens im europäischen Mächtekonzert instrumentalisierte – die gesellschaftliche Vorbildfunktion der Piastenherrscher als „Bauernkönige", wie sie in der polnischen Historiographie des 19.

[1117] DERS., Polityka polska, S. 20f.

[1118] DERS., Niemcy, S. 24ff. – Eine Quellenbasis für die von ihm genannten Zahlen gibt Dmowski hier nicht an, ein Abgleich verrät aber, daß er sich auf die Ergebnisse der preußischen Volkszählungen von 1900 bzw. 1905 stützt. Im einzelnen merkt er an, daß in der Provinz Posen allein 31 von 42 Landkreisen eine polnische Mehrheit zwischen 50% und 91% aufwiesen, und nennt als Spitzenwerte für Oberschlesien die Zahlen aus dem Landkreis Pleß (87% Polen) sowie aus den Kreisen Lublinitz und Rybnik (83-84%).

[1119] Ebenda, S. 27.

[1120] HAUSMANN, Die politischen Ideen, S. 352.

Jahrhunderts und später auch in den Reihen der polnischen Bauernbewegung verschiedentlich beschworen wurde, war ihm demgegenüber ziemlich gleichgültig.[1121]

Obwohl das neue politische Konzept Dmowskis wohldurchdacht war und den Polen einen konkreten Weg zur Wiedererlangung ihrer Landeseinheit aufzeigte, stieß der neue prorussische Kurs nicht nur im österreichischen Teilgebiet auf heftigen Widerstand und stürzte die Nationaldemokratie in die erste große Krise ihrer noch jungen Parteigeschichte. Die von Dmowski erhofften Gegenleistungen der russischen Regierung, die sein Konzept auf eine glaubwürdigere Grundlage gestellt hätten, blieben aus. Statt dessen engte die seit 1906 amtierende Regierung Stolypin die vorübergehend gewährten Freizügigkeiten rasch wieder ein. Schon 1907 wurde die Zahl der polnischen Abgeordneten in der dritten Duma durch ein neues Wahlgesetz drastisch reduziert; hinzu kam im Dezember desselben Jahres das Verbot der sog. polnischen „Schulunion“ *(Macierz Szkolna)*. 1909 schließlich beschloß die Duma, aus Teilen der kongreßpolnischen Gouvernements Lublin und Siedlce das neue Gouvernement Chełm (russ. Cholm) zu bilden, um die dortige, zum Großteil „unierte“ (d.h. den katholischen Glauben nach östlichem Ritus praktizierende) Bevölkerung einer verstärkten Russifizierung aussetzen zu können. Der provozierende Beschluß wurde 1912 in die Tat umgesetzt.[1122] Daß Dmowski zu diesen Vorgängen beharrlich schwieg und statt dessen die russische Regierung in der Duma noch in vielfältiger Weise unterstützte, kostete ihn auch in den eigenen Reihen erhebliches Vertrauen. Bereits 1908 spaltete sich eine später unter dem Namen „Nationaler Bauernbund“ (NZCh) auftretende Gruppierung um Aleksander Zawadzki von der Nationaldemokratie ab; bis 1911 wurde die Partei durch eine Reihe weiterer Abspaltungen (die sogen. „Fronde“) organisatorisch und personell erheblich geschwächt.[1123] Auch viele Prominente brachen mit der Nationaldemokratie, unter ihnen der greise Gründervater der *Liga Polska*, Zygmunt Miłkowski.[1124] Dmowskis Stellung gegenüber der polnischen Öffentlichkeit wurde angesichts dieser Ereignisse mit der Zeit so unhaltbar, daß er sich im Februar 1909 schließlich gezwungen sah, den Vorsitz der polnischen Fraktion in der Duma niederzulegen und sich aus der parlamentarischen Arbeit zurückzuziehen. Auf seiner Suche nach neuen Bundesgenossen näherte sich Dmowski vorübergehend auch der „neoslavistischen“ Bewegung an, die in den Jahren vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges als legitime Erbin des alten Panslavismus auftrat und die Solidarität aller slavischen Völker im Bund gegen Deutschland propagierte. Sein Versuch, diese Bewegung für seine Ziele auszunutzen, scheiterte jedoch vollständig. Weder auf dem „neoslavistischen“ Kongreß von 1908 in Prag noch auf dem Folgekongreß von 1910 in Sofia zeigten sich die polnischen Vertreter bereit, ihre Ansprüche auf Chełm und Ostgalizien fallenzulassen, der Schulterschluß mit Rußland kam daher nicht zustan-

1121 Vgl. ORZECHOWSKI, Tradycje piastowskie, S. 272.
1122 CONZE, S. 36; RHODE, S. 435; HOENSCH, S. 226; grundlegend hierzu KINDLER.
1123 Siehe hierzu Dzieje polskiej myśli politycznej, S. 446f.; HOLZER – MOLENDA, S. 28; MOLENDA, S. 84; PAJEWSKI, Odbudowa, S. 41.
1124 PSB, Bd. 21, S. 266 (Miłkowski).

de.[1125] Ungeachtet dieser schwerwiegenden Rückschläge hielt Dmowski, wenn auch mit einer gewissen Resignation, an seiner Ausgleichspolitik gegenüber Rußland fest. Sein Kurs wurde auf den geheimen Sitzungen des Hauptrats der *Liga Narodowa* 1913 in Berlin und 1914 in Wien nochmals präzisiert und bestätigt.[1126]

Politisch waren die letzten Jahre vor Kriegsausbruch geprägt von dem fundamentalen Gegensatz zwischen Dmowski und seinem großen Rivalen, dem PPS-Führer Józef Piłsudski (1867-1935).[1127] Dieser Gegensatz äußerte sich sowohl in der Mentalität – Dmowski war ein Ideologe und Doktrinär, Piłsudski hingegen ein Mann der Tat ohne feste Verwurzelung in einer politischen Theorie – als auch in den politischen Grundüberzeugungen der beiden. Für Piłsudski war die Erkämpfung der staatlichen Unabhängigkeit Polens das absolute Primärziel, eine halbherzige Autonomielösung hingegen inakzeptabel. Zudem hielt er einen polnisch-russischen Interessenausgleich für prinzipiell unmöglich, sah also in Rußland den Hauptfeind und nicht in Deutschland, das seiner Überzeugung nach an einer Annexion Kongreßpolens kein Interesse haben konnte. Einig waren sich beide lediglich darin, daß der erwartete Ausbruch eines großen europäischen Krieges für die Polen eine gewaltige Chance eröffnen werde, nicht jedoch, wie diese zu nutzen sei. Piłsudski hoffte für diesen Fall auf den Ausbruch eines antirussischen Aufstandes in Kongreßpolen, den er mit Hilfe seiner paramilitärischen Verbände von Galizien aus zu unterstützen gedachte; sein Ziel war die Wiederherstellung der alten polnisch-litauischen Föderation (Piłsudski stammte selbst aus der Gegend von Wilna) auf sozialistischer Grundlage als Schutzwall eines freien Europa vor einem feudalistischen und despotischen Rußland.[1128] Der scharfe Gegensatz zwischen diesen beiden Männern und ihren Programmen prägte die polnischen Aktivitäten den gesamten Krieg hindurch und später auch die Entstehungsphase der zweiten polnischen Republik.

8.2. Zwischen der deutschen und der russischen Option: Übersicht über die übrigen wichtigen Konzepte zur Lösung der polnischen Frage und die entsprechenden Territorialmodelle

8.2.1. Die Befürworter eines „ethnographischen“ Staatsmodells

Der Gegensatz zwischen den „Passivisten“ um Dmowski und den „Aktivisten“ um Piłsudski läßt sich – zumindest bis 1917 – etwas vergröbert auch als Gegensatz zwi-

[1125] HOLZER – MOLENDA, S. 33; RECKE, Die polnische Frage, S. 177ff.; vgl. auch FELIKS KONECZNY: *Sprawa słowiańska a sprawa polska* [Die slavische und die polnische Frage], in: „Świat Słowiański“ 1908, Nr. 46, S. 865.

[1126] LECZYK, S. 15; STADTMÜLLER, S. 160.

[1127] Siehe hierzu u.a. W. FELDMAN, Geschichte der politischen Ideen, S. 406ff.; GRÜNBERG, S. 116ff.; MOLENDA, insb. S. 25ff.; WANDYCZ, Poland’s Place, S. 452f., 458f.; WASIUTYŃSKI, S. 37ff.; zum frühen Werdegang Piłsudskis HAUSTEIN, S. 143ff.

[1128] NAŁĘCZ, S. 176, 181f.; siehe auch Dzieje polskiej myśli politycznej, S. 461f.; MOLENDA, S. 40ff.

schen zwei unterschiedlichen außenpolitischen Orientierungen beschreiben. Hatte es vor Kriegsausbruch noch Versuche gegeben, zu den beiden gleichermaßen auf Assimilierung des polnischen Elements abzielenden Teilungsmächten Deutschland und Rußland eine gewisse Äquidistanz zu wahren[1129], so machte der Krieg die Entscheidung für die eine oder die andere Seite unausweichlich, wenn die Polen in irgendeiner Weise von seinem Ausgang profitieren wollten. In den Konzepten beider Seiten wurde Polen unter Verwendung geostrategischer Argumente die Rolle eines „Bollwerks" oder auch einer „Schutzmauer" zugesprochen – mal gegen Deutschland, mal gegen Rußland –, was begreiflicherweise die Skizzierung sehr unterschiedlicher Territorialmodelle nach sich zog. Daß die Befürworter einer Zusammenarbeit mit den Mittelmächten die territorialen Prioritäten anders setzten als Dmowski und seine Mitstreiter, liegt auf der Hand, ohne daß sich dabei eine völlig einheitliche Linie herausgebildet hätte. Stand für die einen die Frage der „Westgebiete" derzeit nur nicht auf der Tagesordnung, so widersprachen andere der Idee einer polnischen Westexpansion aus Prinzip.

Auf der Seite der Befürworter eines Zusammengehens mit Rußland wurde der Kriegsgegner Deutschland erwartungsgemäß noch stärker dämonisiert als schon vor 1914. Wie eine polemische Zusammenfassung aller gängigen antideutschen bzw. antipreußischen Charakterklischees und historischen Stereotypen liest sich eine 1915 erschienene Broschüre aus der Feder Adam Szelągowskis, in der eine unheilvolle Kontinuität von Martin Luther, dem „geistigen Schöpfer Preußens", bis hin zur Gegenwart gezogen wird.[1130] Ein Friedensschluß, so Szelągowskis Fazit, sei nur möglich ohne Militarismus, der wiederum eine originäre Schöpfung der deutschen, speziell der preußischen Kultur sei. Es müsse daher dafür gesorgt werden, daß die aristokratisch-kastenartige Struktur Preußens als Grundlage seiner „Diktatur" über das übrige Deutschland zerschlagen und die Hohenzollern-Dynastie gestürzt werde.[1131]

Zugleich wurde im antideutschen Lager der 1886 von Bolesław Wysłouch geprägte und sehr umstrittene Begriff des „ethnographischen Polen" nach Kriegsausbruch wieder zunehmend populär. Der Grund hierfür lag in der Erkenntnis, daß ein solches Territorialkonzept der russischen Führung wohl noch am ehesten schmackhaft zu machen sei, da es den vollständigen Verzicht auf die historischen polnischen Ostgebiete mit Expansionsmöglichkeiten im Westen verband. Entsprechend wurden in der polni-

---

[1129] Siehe etwa DUDA. – Zwar bezeichnet der Autor im Sinne Dmowskis den „mitten im slavischen Herzen" entstandenen preußischen Staat schon deshalb als den schlimmsten Feind der Polen, weil für ihn die polnische Frage zugleich eine Machtfrage sei (S. 7, 18, 20), rechnet zugleich aber auch mit Rußland ab, dessen Rolle als selbsternannte Schutzmacht der slavischen Welt den Umstand verschleiere, daß der Moskauer Staat mongolische Wurzeln habe. Genau wie Preußen vergewaltige auch Rußland die Menschenrechte der Polen und versuche, das polnische kulturelle Leben im Königreich zu zerstören (S. 10, 17, 19).

[1130] SZELĄGOWSKI, Niemcy, S. 25. – Der Autor wiederholt in diesem Zusammenhang auch die populäre These, Preußen sei schon aufgrund seines Selbstverständnisses gezwungen, seine „Raubpolitik" *(polityka zaborcza)* weiter in Richtung Weichsel und Memel voranzutreiben.

[1131] Ebenda, S. 16.

schen Publizistik verschiedentlich Berechnungen über das Ausmaß des sogenannten „ethnographischen“ Territoriums und die Gesamtzahl der darin lebenden Polen angestellt.[1132]

Ein in diesem Sinne besonders konsequentes Konzept legte zu Beginn des Ersten Weltkrieges der Literaturhistoriker und Publizist Czesław Jankowski (1857-1929)[1133] vor. Ausgangspunkt seiner Überlegungen war die Erkenntnis, daß die Polen heute „ein Volk ohne Vaterland“ seien, womit er aber nicht das Fehlen eines nationalen Territoriums, sondern vielmehr das Fehlen einer in sich schlüssigen nationalen Idee meinte.[1134] Um dieses Manko auszugleichen, müßten die Polen sich wieder auf ihren nationalen Kern zurückbesinnen, auf das „eigentliche“ Polen, das dort liege, wo polnisch gesprochen werde, also rund um das Städtedreieck Posen – Warschau – Krakau.[1135] In der Erwartung, daß das Deutsche Reich als Resultat des Krieges zerschlagen und in einen „deutschen Bund“ einschließlich der deutschsprachigen Provinzen Österreichs umgewandelt werde, propagierte Jankowski daher ein sich in seine ethnographischen Grenzen zurückziehendes Polen, das an der Westgrenze der slavischen Welt die Rolle eines „Wachpostens“ gegen Deutschland zu übernehmen habe und damit auch im Interesse Frankreichs und Rußlands liegen müsse. Um dieses Ziel zu erreichen, rief er seine Landsleute dazu auf, die russischen Armeen mit aller Energie bei der „Sammlung“ der ethnographisch polnischen Gebiete zu unterstützen.[1136]

Dazu zählte Jankowski im einzelnen das Königreich Polen, das Großherzogtum Posen, Westpreußen, Westgalizien, Österreichisch Schlesien und den Regierungsbezirk Oppeln – Gebiete, in denen die Polen seiner Berechnung zufolge jeweils zwischen 54% und 75% der Bevölkerung stellten –[1137] sowie Masuren und das südliche Ermland einschließlich der Städte Lyck und Allenstein.[1138] Eine ausdrückliche Ausnahme vom ethnographischen Prinzip machte Jankowski nur bezüglich Danzigs einschließlich eines bis Elbing reichenden Stücks der Ostseeküste. Ohne dieses Stück

---

1132 Siehe etwa MOSZYŃSKI, S. 71, der folgende Gebiete dem ethnographisch polnischen Territorium zurechnet: 1. das Teschener Schlesien, 2. Oberschlesien, 3. das Großherzogtum Posen, 4. Westpreußen, 5. den Regierungsbezirk Allenstein, 6. das Königreich Polen, 7. Westgalizien, 8. den östlichen Streifen Mittelschlesiens, 9. den östlichen Streifen der preußischen Provinz Pommern, 10. den nordwestlichen Teil des Gouvernements Grodno, 11. den westlichen Teil Ostgaliziens, 12. den nordwestlichen Streifen Ungarns. Unter Berufung auf „amtliche Statistiken“ gibt Moszyński die Gesamtzahl der Polen in diesen Gebieten mit knapp 16,5 Mio. an (von insgesamt rund 22 Mio. Einwohnern).

1133 PSB, Bd. 10, S. 533f. – Politisch stand Jankowski dem aufgeklärten Konservatismus der „Realisten“ um Erazm Piltz und den Petersburger „Kraj“ nahe und gehörte der ersten Duma als polnischer Abgeordneter an.

1134 JANKOWSKI, Naród polski, S. 16.

1135 Ebenda, S. 5, 7.

1136 JANKOWSKI, Polska etnograficzna, S. 3f., 5.

1137 DERS., Naród polski, S. 6.

1138 DERS., Polska etnograficzna, S. 7. – An dieser Stelle gibt Jankowski eine exakte Beschreibung der von ihm angepeilten Grenzen, die er im Einband auch mittels einer Karte veranschaulicht (siehe Kartenanhang). Zu der Frage, was im Falle ihrer Verwirklichung mit dem Rest der Provinz Ostpreußen geschehen würde, schweigt er sich allerdings aus.

Land, so seine Begründung, fände sich Polen in der unzumutbaren Situation Serbiens wieder, das durch das Habsburger Reich vom Meer abgeschnitten sei.[1139] Im Osten plädierte er für eine Einbeziehung der westlichen Teile der Gouvernements Białystok und Grodno, gleichzeitig aber für einen Verzicht auf das von Rußland beanspruchte Gouvernement Chełm und den nördlichen Teil des Gouvernements Suwałki – im Ergebnis eine Grenzlinie, die teilweise noch hinter diejenige Kongreßpolens zurückwich.[1140] Damit zeigte Jankowski sich nicht nur bereit, auf weit entlegene Zentren wie Mogilev und Vitebsk für immer zu verzichten, sondern auch auf das symbolträchtige Wilna oder Lemberg mit seiner für das polnische Geistesleben so wichtigen Universität. Auf viele seiner Landsleute mußte das provozierend wirken, ihm selbst fiel es vor dem Hintergrund seiner Sicht der polnischen Vergangenheit aber leicht. Das Ergebnis der im Namen der „jagiellonischen Idee" jahrhundertelang betriebenen Politik bezeichnete Jankowski als eine „primitive und vulgäre Raubpolitik" und als „Szlachta-Imperialismus", der für ein neues Polen kein Vorbild sein könne.[1141] Ihr Kapital, ihre Energie und ihre Kultur könnten die Polen hingegen nur dann voll zur Geltung bringen, wenn sie sich auf das geschilderte Territorium zurückzögen, wohingegen die dauernde Beschäftigung mit den östlichen „Grenzmarken" *(Kresy)* die nationale Konsolidierung untergrabe.[1142] Sein Fazit:

> „Die Aufsplitterung unserer nationalen Kräfte auf riesenhafte ‚Grenzmarken' hat den ethnographischen Kern unseres Vaterlandes geschwächt, weil sie uns unseren besitzenden Stand ausgerechnet in eben diesem natürlichen Kerngebiet entzog und der Entpolonisierung überantwortete."[1143]

Sein Rezept für die Zukunft:

> „Die Stärkung des ethnographischen Polen durch sämtliche aus den sogenannten ‚Grenzmarken' der ehemaligen Republik zurückgeführten kulturellen und wirtschaftlichen Ressourcen muß künftig als erstrebenswert, ja sogar als nationale Pflicht anerkannt werden."[1144]

Damit hatte Jankowski angedeutet, daß die Aufgabe der historischen polnischen Ostgebiete zugleich mit der völligen Liquidierung des dortigen Polentums, also mit der „Rückkehr" der im Osten ansässigen polnischen Eliten in das „eigentliche" Polen verbunden sein sollte. Ob er den deutschen Eliten in den „Westgebieten" das gleiche Schicksal zudachte, verschwieg Jankowski; in seinem Weltbild waren die Ostgebiete des Deutschen Reiches aber gleichermaßen unnatürliche Produkte eines räuberischen Kolonisierungsprozesses wie die „Grenzmarken" der alten polnischen Republik. Im Ergebnis hatte Jankowski damit ein konsequenteres Territorialmodell vorgelegt als Dmowski, der einem vorübergehenden Verzicht im Osten lediglich aus taktischen

---

1139 Ebenda, S. 6.
1140 Ebenda, S. 7.
1141 JANKOWSKI, Naród polski, S. 30ff., 47.
1142 Ebenda, S. 53f.
1143 Ebenda, S. 55.
1144 Ebenda, S. 59.

Gründen zuzustimmen bereit war, im Prinzip aber an der Idee einer Polonisierung von Litauern, Weißrussen und Ukrainern festhielt. Wie alle Befürworter eines ethnographischen Staatsmodells argumentierte Jankowski ausschließlich auf der Grundlage objektiver linguistischer Kriterien – die Frage, ob etwa die polnischsprachigen Masuren nach einer jahrhundertelangen Eigenentwicklung einem polnischen Staat oder Autonomiegebiet überhaupt angehören wollten, stellte sich für ihn gar nicht.

Ein konkretes Konzept, wie ein wiedervereinigtes und autonomes Polen unter russischer Oberhoheit aussehen könnte, war bereits kurz vor Kriegsausbruch von der Krakauer Wirtschaftswissenschaftlerin Zofia Daszyńska-Golińska (1866-1934)[1145] ausgearbeitet worden. In ihrem 1914 in Krakau und Warschau veröffentlichten umfangreichen Werk über die „Entwicklung und wirtschaftliche Selbständigkeit der polnischen Gebiete“ hob sie besonders die Bedeutung einer weitgehenden ökonomischen Selbstverwaltung als Grundlage einer gedeihlichen künftigen Entwicklung Polens hervor und beschäftigte sich in diesem Zusammenhang auch mit der großen potentiellen Bedeutung des oberschlesischen Industriereviers für das polnische Wirtschaftsleben.[1146] In ihrer Analyse beschränkte sich Daszyńska-Golińska ganz auf die ethnographisch polnischen Gebiete, „wo sich das ganze Volk oder ein bedeutsamer Teil von ihm als der beständigste Rumpf der Nation erweist“.[1147] Dazu wurden von ihr neben dem Königreich Polen und Galizien noch Österreichisch Schlesien, die preußischen Provinzen Posen und Westpreußen sowie der Regierungsbezirk Oppeln gezählt – insgesamt 275.000 qkm mit rund 27,2 Mio. Einwohnern, unter ihnen eine polnische Bevölkerungsmehrheit von knapp 63%.[1148] Diese Gebiete, so die grundlegende These der Ökonomin, bildeten bis heute trotz der unterschiedlichen Kultur, Rechtsordnung und Wirtschaftsbedingungen der drei Staaten, unter denen sie aufgeteilt seien, eine unzertrennbare und natürliche Einheit; ihre administrative Wiedervereinigung sei folglich die Grundlage des wirtschaftlichen Aufstiegs, von dem auch Rußland profitieren werde.[1149]

Freilich setzten nicht alle Befürworter eines ethnographischen Staatsmodells auf ein Bündnis mit Rußland. Hier ist in erster Hinsicht der Historiker und Publizist Józef

---

[1145] PSB, Bd. 8, S. 223ff. (siehe unter Golińska-Daszyńska).

[1146] DASZYŃSKA-GOLIŃSKA, S. 100ff.; vgl. hierzu auch PAJEWSKI, Odbudowa, S. 68f.

[1147] DASZYŃSKA-GOLIŃSKA, S. 4.

[1148] Ebenda, S. 6. – Im einzelnen gibt Daszyńska-Golińska den polnischen Bevölkerungsanteil für das Königreich Polen mit 71,9% an, für Galizien mit 58,6%, für das Teschener Schlesien mit 54,0%, für das Oppelner Schlesien mit 52,9%, für Posen mit 61,4% und für Westpreußen schließlich mit 35,3% an, wobei sie sich bezüglich der preußischen Gebiete auf die Ergebnisse der Volkszählung von 1910 stützt. Den ostpreußischen Regierungsbezirk Allenstein, dessen polnischen Bevölkerungsanteil sie gemäß der Zählung von 1910 mit immerhin 47,8% angibt (bei einem Gesamtanteil der Polen an der Bevölkerung Ostpreußens von allerdings nur 13,4%), läßt sie bei ihren Betrachtungen mit der Begründung außer acht, sie verfüge nur über sich auf Ostpreußen als ganzes beziehendes Material (S. 5).

[1149] Ebenda, S. 1.

Dąbrowski (1876-1926)[1150] zu nennen. Dąbrowski, der seine Schriften meist unter dem Pseudonym „J. Grabiec“ verfaßte, hatte ursprünglich der PPS nahegestanden, wandte sich aufgrund seiner Skepsis gegenüber den Erfolgschancen eines möglichen neuen Aufstandes später jedoch von der Partei ab und agierte anschließend als theoretischer Vordenker einer radikalen Bauernbewegung in Galizien. Als Propagandist eines konsequenten Bruchs mit den politischen und sozialen Traditionen der polnischen Adelsrepublik formulierte er bereits vor Kriegsausbruch das Programm eines radikalen Kulturkampfes („Kampf um Polen“), an dessen Ende ein neuer, allein auf die arbeitenden Massen der polnischen Bauern und Arbeiter gestützter Volksstaat stehen sollte.[1151] Aus der Überzeugung heraus, daß nur ein solcher Demokratisierungsprozeß das auf drei verschiedene Staaten aufgeteilte polnische Volk vor der Entnationalisierung bewahren könne, machte sich auch Dąbrowski zum Fürsprecher eines konsequent auf das ethnographische Prinzip gegründeten Staatsmodells und sprach sich ganz im Sinne Bolesław Wysłouchs dafür aus, dem heutigen Polen lediglich „den gesamten Bereich der Teilgebiete mit einer polnischen Mehrheit unter der sie bewohnenden Bevölkerung“ zuzurechnen.[1152] Entsprechend gestand Dąbrowski es den Litauern, Ukrainern und Weißrussen zu, in den mehrheitlich von ihnen bewohnten Gebieten ihre Rechte genauso geltend zu machen wie es etwa die Polen in Oberschlesien taten. Sein Territorialkonzept veranschaulichte er mit Worten des polnischen Malers und Publizisten Stanisław Witkiewicz:

> „Polen kehrt in seine ethnographischen Grenzen zurück wie ein Meer, das sich nach einer großen Flut an seine ursprünglichen Ufer zurückzieht.“[1153]

Als ein Gebiet, in dem sich die polnischsprachige Bevölkerung tatsächlich ganz überwiegend aus Kleinbauerntum und Industriearbeiterschaft zusammensetzte, mußte Oberschlesien – anders als das von ihm wenig beachtete Masuren – in Dąbrowskis Weltbild zwangsläufig eine besondere Rolle einnehmen. Hier sah er den von ihm propagierten Kulturkampf auf allen Ebenen toben, da die Deutschen derzeit noch alle Machtmittel wie Administration, Wissenschaft und Schulwesen in ihren Händen hielten, während sich die mittellosen polnischen Volksmassen gleichwohl ausdauernd

[1150] PSB, Bd. 5, S. 12ff.

[1151] GRABIEC [d.i. Józef Dąbrowski], Współczesna Polska, S. 253, 261. – Seine Vorstellung von diesem Kulturkampf faßte Dąbrowski wie folgt zusammen: „Der polnische Bauer und der polnische Arbeiter müssen um das Recht auf eine eigene nationale Kultur kämpfen, um eine eigene Schule, um polnische Gerichte und Behörden, letztlich um die grundlegenden Menschenrechte. (...) Der Bauer und der Arbeiter müssen um Polen kämpfen ohne Rücksicht auf jegliche Tradition (...), sie müssen einfach darum kämpfen, Polen zu sein. Und man ist Pole ohne Rücksicht darauf, wie man sich selbst bezeichnet und unter welchem politischen oder gesellschaftlichen Banner man marschiert. Der mit eiserner Konsequenz geführte Kampf um Polen muß das Ziel jeder Volksbewegung in unseren Ländern sein (...).“ (S. 244, 245f.). – Vgl. hierzu auch W. FELDMAN, Die Geschichte der politischen Ideen, S. 414f.

[1152] GRABIEC [d.i. Dąbrowski], Współczesna Polska, S. 12.

[1153] Zit. in: Ebenda, S. 31.

und mit dem Mut der Verzweiflung verteidigten.[1154] Bereits in seiner 1907 erschienenen „Geschichte Polens im Überblick" hatte er beklagt, die polnische Historiographie habe der Geschichte des Polentums in Schlesien seit dem Verlust dieser Provinz im 14. Jahrhundert bis dato zu wenig Beachtung geschenkt.[1155] Unter Bezugnahme auf den sich dort vollziehenden nationalen Emanzipationsprozeß verlieh Dąbrowski seiner Erwartung Ausdruck, daß Oberschlesien in naher Zukunft zumindest kulturell mit dem übrigen Polen wiedervereint sein werde.[1156] In seinem nach 1911 erschienenen Buch „Das zeitgenössische Polen in Zahlen und Fakten" wurde er bereits sehr viel deutlicher und formulierte einen kaum verhüllten Gebietsanspruch:

> „Neben dem Königreich, einem rein polnischen Land (...), gibt es vier Teilgebiete, wo fremde Nationalitäten eine bedeutende Minderheit ausmachen. Von diesen Teilgebieten sind Galizien, das Herzogtum Posen und das Oppelner Schlesien zweisprachig, während im Herzogtum Teschen sogar drei Nationalitäten nebeneinander wohnen (...). In jedem Fall müssen die Polen in all diesen verschiedensprachigen Teilgebieten angesichts ihres zahlenmäßigen Übergewichts als die Herren des Landes anerkannt werden (...). Die bewahrende Kraft unserer Nation muß unsere Politik in die Richtung der Schaffung einer einheitlichen staatlichen Organisation drängen, die unsere sämtlichen Teilgebiete umfaßt."[1157]

Während des Krieges wiederholte Dąbrowski von der Schweiz aus seine scharfe Kritik an der aus seiner Sicht verfehlten Territorialpolitik des alten polnischen Staates und seiner Eliten sowie sein Plädoyer für ein ethnographisches Staatsmodell. In einer 1915 in Genf erschienenen Broschüre erteilte er der Idee einer Wiederherstellung der Grenzen von 1772 eine entschiedene Absage, da das damit verbundene politische Ideal spätestens 1863 einen vollständigen Bankrott erlitten habe. Die ganze Idee der Restitution sei ohnehin nur von denjenigen ausgegangen, die innerhalb der alten Grenzen ihren Besitz gehabt hätten.[1158]

Ungeachtet seiner oben dargelegten und mit deutschen Interessen zwangsläufig kollidierenden Territorialvorstellungen erblickte Dąbrowski – und das unterscheidet ihn grundlegend von Jankowski oder Daszyńska-Golińska – den Hauptfeind der polnischen Nation aber trotzdem im Zarenreich. Rußland sehe in der polnischen Frage lediglich eine potentielle Gefahr für die eigene Hegemonie innerhalb der slavischen Welt und sei in der Frage eines unabhängigen oder auch nur weitgehend autonomen Polen absolut nicht kompromißfähig – in der gegenwärtigen Phase sei es für die Polen daher eine Notwendigkeit, eine antirussische Position einzunehmen.[1159] Um so schlimmer bewertete es Dąbrowski, daß der Krieg die polnische Gesellschaft völlig unvorbereitet überrascht und sein bisheriger Verlauf die Arbeit des polnischen Unabhängigkeitslagers zunichte gemacht, das russophile Lager aber zugleich gestärkt ha-

[1154] Ebenda, S. 110.
[1155] DĄBROWSKI, Dzieje Polski, S. VII (Vorwort).
[1156] Ebenda, S. 404.
[1157] GRABIEC [d.i. Dąbrowski], Współczesna Polska, S. 111.
[1158] GRABIEC [d.i. Dąbrowski], Niepodległość, S. 14, 22f.
[1159] Ebenda, S. 16, 60.

be.[1160] Als die beste derzeit zu erreichende Lösung skizzierte er einen vergleichsweise kleinen, aus dem Königreich und Galizien gebildeten polnischen Staat, der sich in einer freiwilligen Föderation mit dem Großfürstentum Litauen und Kurland verbinden sollte. In dieser Konstellation, so Dabrowskis geostrategisches Kalkül, werde Polen gemeinsam mit Skandinavien, Ungarn und den Balkanstaaten einen quer durch Mitteleuropa verlaufenden Wall bilden, der den deutschen und den russischen Koloß voneinander trennen und dem Kontinent vor künftigen russischen Expansionsbestrebungen Schutz bieten werde.[1161] Die „Westgebiete“ hatte Dąbrowski dabei nicht aus den Augen verloren, sah derzeit aber keinerlei Möglichkeit ihrer Gewinnung. Die Nation habe dank der Demokratisierung des öffentlichen Lebens in Preußen das polnische Schlesien, die Kaschubei und Masuren zwar in nationalem und kulturellem, aber eben nicht in politischem Sinne wiedergewonnen.[1162] Posen und Schlesien sah Dąbrowski durch den gegenwärtigen Krieg ohnehin nicht unmittelbar berührt, weshalb es fürs erste die vordringliche Aufgabe der unter preußischer Herrschaft lebenden polnischen Bevölkerung und ihrer Führer bleibe, eine den lokalen Angelegenheiten verpflichtete Politik zu betreiben und auf diesem Wege Möglichkeiten für eine freie Entwicklung des nationalen Lebens und der nationalen Kultur auszuloten.[1163]

Eigenwillige Ansichten wurden in diesem Zusammenhang auch von Eugeniusz Starczewski geäußert. Auf der Grundlage seiner Analyse der polnischen Vergangenheit hielt Starczewski in gleicher Weise wie Jankowski die historische polnische Ostbewegung für einen folgenschweren Fehler und formulierte hieraus eine allgemeine These:

> „Staaten und Völker, die über ihre ethnographischen Grenzen hinaustraten, mußten naturgemäß ihre eigene Vervollkommnung vernachlässigen, jene Völker dagegen, die nach allen Richtungen hin von fremden Elementen eingeengt wurden und sich nur mit ihren eigenen Gebieten begnügen mußten, bildeten zu Hause einen festen Charakter aus, arbeiteten in jeder entwicklungsfähigen Richtung und schufen unter schwierigen Daseinsbedingungen gesunde soziale Verhältnisse. (...) Völker hingegen, die sich ohne Not der überzähligen Bevölkerung durch Emigration entledigen, schwächen ihren ethnographischen Kern und richten ihre Kräfte gegen fremde Territorien, wo ihre Arbeit keine so große Bedeutung für die eigene Nation haben kann wie zu Hause.“[1164]

Für Polen hieß dies laut Starczewski, daß es im Zuge gewaltiger Eroberungen im Osten versäumt worden sei, „die urpolnischen Gebiete in Schlesien, Pommern (Stettin und Kolberg) sowie Preußisch-Masurenland wieder zu erobern“.[1165] Ungeachtet dieser Analyse sah aber auch Starczewski den Hauptfeind der polnischen Nation im Zarenreich und plädierte vor diesem Hintergrund für eine Föderation der mitteleuropäi-

---

1160 Ebenda, S. 59f.
1161 Ebenda, S. 56f.
1162 Ebenda, S. 21.
1163 Ebenda, S. 58.
1164 STARCZEWSKI, S. 57.
1165 Ebenda.

schen Staaten Deutschland, Österreich und Polen, allerdings bei voller Gleichberechtigung der einzelnen zu diesem Staatsverband gehörenden Nationalitäten[1166], während er den prorussischen Kurs der Nationaldemokratie scharf angriff.[1167] Chancen auf eine Einbeziehung der preußischen Polengebiete in einen polnischen Staat sah Starczewski in absehbarer Zukunft nicht und beurteilte die nationale Situation vor allem in Masuren ziemlich pessimistisch, äußerte zugleich aber die vorsichtige Hoffnung, daß der Aufschwung der deutschen Industrie den „Hakatismus" seiner Hauptwaffe, nämlich der deutschen Ostkolonisation, berauben werde und daß die dortigen Polen ungeachtet aller Repressalien „ihre numerische Stärke und ihren Besitzstand in diesen uralten polnischen Gebieten verteidigen oder sogar erweitern können".[1168]

8.2.2. Gegner des Westgedankens: Die Befürworter eines „historischen" Staatsmodells

Die oben dargelegten Konzepte Starczewskis und Dąbrowskis waren von der Realität freilich bald ebenso überholt wie alle anderen Zukunftsprogramme, die auf einen Sieg der Mittelmächte setzten. Die meisten Befürworter solcher Programme wollten von einem ethnographischen Polen ohnehin nichts wissen und propagierten statt dessen ein „historisches", d.h. ein weit nach Osten ausgreifendes und föderativ verfaßtes Staatsmodell, wie es auch Piłsudski vorschwebte. Der harte Kurs, den die russische Führung auch nach 1905 im Königreich Polen verfolgte, machte es den Kritikern Dmowskis anfangs sogar leicht, dessen Autonomiekonzept als naiv und illusionär zu verwerfen.

Der Parteigänger Piłsudskis und spätere polnische Ministerpräsident Jędrzej Moraczewski veröffentlichte in diesem Sinne 1915 in Lausanne eine Broschüre, die sich wie ein exakter Widerspruch zu den oben geschilderten Positionen Zofia Daszyńska-Golińskas liest. Moraczewski vertrat darin die Auffassung, daß Rußland einem um das oberschlesische Industrierevier und die übrigen derzeit unter preußischer Herrschaft stehenden Gebiete erweiterten Polen die wirtschaftliche Selbständigkeit schon deshalb verweigern werde, weil ein solch starkes Industrieland im Westen die gerade erst entstehenden eigenen russischen Industrien bei Moskau und am Don gefährden würde. Statt dessen wäre Rußland bestrebt, alles zu tun, was der wirtschaftlichen Nie-

[1166] Ebenda, S. VIIf. (Vorwort).
[1167] Ebenda, S. 294. – Die „Verdienste" der Nationaldemokratie in der Vergangenheit werden von Starczewski zwar ausdrücklich gelobt, „weil sie sowohl die Massen des Landvolks mit nationalem Bewußtsein und bürgerlichem Sinn erfüllt als auch die destruktiven und antinationalen jüdischen und russischen Einflüsse in unserer sogenannten fortschrittlichen Demokratie gebrandmarkt hat". Heute hingegen trieben die Führer der Partei eine verfehlte Politik nach dem Muster der früheren „Ausgleichspartei" (gemeint sind die sog. „Realisten" um Erazm Piltz und den Petersburger *Kraj*).
[1168] Ebenda, S. 217.

derhaltung Polens diene – die von der Nationaldemokratie verbreitete Losung von Einheit und Autonomie war für Moraczewski mithin nichts als Selbstbetrug.[1169]

Angesichts der traditionell vergleichsweise entgegenkommenden Polenpolitik Wiens wurde in Galizien nach Kriegsausbruch verstärkt die sogenannte „austropolnische" Lösung diskutiert, d.h. eine um einen polnischen Teilstaat erweiterte, also trialistisch strukturierte Habsburger Monarchie.[1170] Dieser polnische Teilstaat sollte zunächst wenigstens Galizien und das Königreich Polen umfassen, wobei aber offengelassen wurde, welche Gebiete sich ihm eventuell später noch anschließen könnten. Bereits 1910 hatte Leopold Bylski seine Landsleute dringend davor gewarnt, es sich mit Österreich-Ungarn leichtfertig zu verscherzen, da eine österreichisch-ungarisch-polnische Union für die Polen derzeit der einzige realistische Ausweg aus der Unfreiheit sei. Ein dauerhaftes Zusammengehen mit Rußland sei hingegen nur bei einer gleichzeitigen Aufgabe der eigenen Nationalität denkbar.[1171]

Wie bei Bylski regte sich in der polnischen Publizistik vielfach Widerspruch gegen einen von Rußland dominierten Panslavismus, so wie ihn im letzten Jahrzehnt vor Ausbruch des Krieges die schon erwähnte „neoslavistische" Bewegung propagierte. Mit ausgiebigen Seitenhieben auf den prorussischen Kurs der Nationaldemokratie verband 1916 etwa Ludwik Kulczycki seine vernichtende Kritik an der jüngsten Entwicklung Rußlands und machte darauf aufmerksam, daß alle übrigen slavischen Völker Europas zusammengenommen kaum zahlreicher seien als die Russen allein – im Ergebnis wären die Russen in einem unter der Zarenkrone vereinten slavischen Großreich also das uneingeschränkt herrschende Volk und das Russische die herrschende Sprache.[1172] Polen hingegen, so Kulczyckis Fazit, wäre im Bündnis mit Rußland nichts als ein einzelner Tropfen im „panslavischen Meer" und damit zur politischen Bedeutungslosigkeit verurteilt.[1173]

Gestützt auf ihre Analyse einer vermeintlich ewigen russischen Bedrohung knüpften die Befürworter eines Zusammengehens mit den Mittelmächten an die alte Vorstellung von der Rolle Polens als einer Schutzmauer gegen den Osten an und entwarfen in diesem Sinne eigene Territorialmodelle. In einer 1916 in Zürich erschienenen Broschüre sah beispielsweise der sozialistische Politiker und Publizist Witold Jodko-Narkiewicz (1864-1924) mit dem Vormarsch des deutschen Heeres nach Osten den Glauben seiner Landsleute an die Wiederherstellung ihres Staates durch die Alliierten schwinden, witterte unter Berufung auf die deutsche Besetzung Wilnas zugleich aber die Chance einer vollständigen „Befreiung" des über vier Jahrhunderte mit Polen vereinigten Großfürstentums Litauen.[1174] Was die zukünftige territoriale

[1169] MORACZEWSKI, S. 31ff.
[1170] BUSZKO, Die polnische Politik, S. 79.
[1171] BYLSKI, S. 127f. – An gleicher Stelle merkt der Autor an, Deutschland sei zwar nicht gerade ein Freund Polens, gleichwohl eine „reife" Nation, mit der eine Verständigung irgendwann möglich sein werde.
[1172] L. KULCZYCKI, S. 8, 47.
[1173] Ebenda, S. 49.
[1174] JODKO, S. 12f.

Gestaltung Polens betrifft, wandte sich Jodko-Narkiewicz gegen eine Beschränkung auf Kongreßpolen, da dieses „weder in nationaler noch in geographischer oder ökonomischer Hinsicht ein abgeschlossenes Ganzes" bilde und ein hieraus geschmiedeter Staat mithin „etwas Künstliches" wäre.[1175] Er schlug daher den Anschluß der „litauischen" Gouvernements Grodno, Wilna und Minsk vor, da diese in historischer wie auch in wirtschaftlicher Hinsicht „eine natürliche Ergänzung Polens" bildeten.[1176] Das Gouvernement Kowno (lit. Kaunas) – d.h. das „eigentliche", ethnographische Litauen – nahm Jodko-Narkiewicz ebenso aus wie die ukrainischen Gouvernements Kiew, Wolhynien und Podolien, da die Ukrainer mittlerweile ein eigenes Nationalbewußtsein ausgebildet hätten und die Polen „selbst zuviel unter der Fremdherrschaft gelitten" hätten, „um sie anderen aufdrängen zu wollen".[1177] Im Ergebnis kam er damit auf eine Einwohnerzahl von knapp 19,6 Mio., darunter 52,5% Polen.[1178] Als Zwischenlösung, so ließ Jodko-Narkiewicz durchschimmern, sei auch eine Vereinigung Kongreßpolens mit Österreich-Ungarn unter der Bedingung vorstellbar, daß es nicht erneut geteilt werde.[1179] Deutschland warnte er in diesem Zusammenhang eindringlich davor, seine Expansion bis zur Teilungsgrenze von 1795 zu richten, da sich die Probleme, die es schon jetzt mit seinen Polen habe, sonst in unabsehbarer Weise verstärken würden. Eine gegen die Interessen der Polen gerichtete deutsche Politik würde Jodko-Narkiewicz zufolge panslavistischen Bestrebungen, die den Polen bis jetzt fremd geblieben seien, Auftrieb verschaffen, wohingegen ein unabhängiger polnischer Staat einen Puffer bilden würde und damit auch im deutschen Interesse liege.[1180]

Einen besonders scharfen Ton gegenüber Rußland schlug Wilhelm Feldman an, der schon vor Kriegsausbruch zu den schärfsten Kritikern der Politik der Nationaldemokratie gehört hatte. In der russischen Politik glaubte Feldman eine „Eroberungssucht nach allen Weltrichtungen hin" zu erkennen. Entsprechend standen für ihn alle Ideen von „Panslavismus" oder „Neoslavismus" ausschließlich im Dienste des russischen Imperialismus, der seinerseits eine einzige Geschichte von Meuchelmorden sei.[1181] Ähnlich wie beispielsweise Popławski seine Phobie nicht nur gegen die deutsche Führung, sondern gegen die deutsche Nation als ganze gerichtet hatte, tat Feldman dies gegenüber Rußland, wenn er schrieb, der gegenwärtige Krieg sei „Ausdruck

1175 Ebenda, S. 19.
1176 Ebenda, S. 19ff.
1177 Ebenda, S. 20, 23. – Weniger Rücksicht nahm Jodko-Narkiewicz da schon auf die Litauer, da diese derzeit zu einer eigenen Nationsbildung noch zu schwach seien und daher nur in einer Union mit Polen die Aussicht hätten, „sich in eine Nation zu verwandeln, die später einen Wall gegen das Moskowitertum bilden wird" (S. 22).
1178 Ebenda, S. 22. – Für die Weißrussen gibt Jodko-Narkiewicz einen Anteil von gut 25%, für die Juden von 14%, für die Deutschen von 3% und für die Litauer von 3,5% an.
1179 Ebenda, S. 32.
1180 Ebenda, S. 25ff., 28ff.
1181 W. FELDMAN, Deutschland, S. 9ff., 15, 18, 23.

des Volkswillens von ganz Rußland".[1182] Polen hingegen sei von seiner geographischen Lage her zum Schutzwall Europas bestimmt, da es für Rußland das natürliche Einfallstor in Richtung Westen sei. Seine politische Empfehlung richtete sich daher auf einen mit Deutschland und Österreich-Ungarn im Bundesverhältnis vereinigten polnischen Staat.[1183] Wenn von Polen die Rede sei, so Feldman weiter, müßte aber in erster Linie Russisch Polen, das fast 80% des vormaligen polnischen Staatsbesitzes ausmache (Feldman bezieht sich hier also auf die Grenzen von vor 1772), in Betracht gezogen werden sowie Galizien, „das seit 1866 zur Werkstätte des nationalen Gedankens geworden ist", wohingegen die unter preußischer Herrschaft lebenden Polen zur Lösung der polnischen Frage bislang nichts Substantielles beigetragen hätten.[1184] Ungeachtet seiner tiefsitzenden Abneigung gegen das „Preußentum"[1185] sah Feldman eine deutsche Bedrohung für die Zukunft nicht, sondern beschwor vielmehr „eine große moralische Bewegung zur Aussöhnung Deutschlands mit Polen, ein neues aufrichtiges, auf gemeinsame große Zwecke gerichtetes Verhältnis dieser beiden Nationen".[1186] Zwar schränkte er dabei ein, es habe eine Zeit gegeben, „da die Triebfeder deutscher Politik ‚Drang nach Osten' hieß", doch müsse Deutschland seine „infolge des Bevölkerungszuwachses notwendige Expansion" heute nach Übersee richten und koloniale Großmacht werden, da seine Zukunft heute auf dem Wasser, in Kleinasien und in Afrika liege, „nicht auf den Ebenen und Sümpfen Polens".[1187] Vor einer Annexion von Teilen Kongeßpolens, wie dies einige deutsche Stimmen befürworteten, warnte Feldman mit dem gleichen Argument wie Jodko-Narkiewicz. Anstatt ewigen Nationalitätenhader auf sich zu laden und damit auch eine verstärkte Polonisierung z.B. Oberschlesiens zu riskieren, seien die Deutschen besser beraten, sich gute Verbündete und Freunde zu schaffen.[1188] In den preußischen Polen sah Feldman dabei kein Hindernis, da ein großer Teil von ihnen eh schon bald in den polnischen Staat abwandern werde und der Rest unter preußischer Herrschaft dann so zufrieden leben könne, „wie zum Beispiel die Deutschen in der Schweiz".[1189]

Damit hatte Feldman der Einbeziehung des preußischen Teilgebietes oder noch darüber hinausgehend von Teilen Schlesiens und Ostpreußens in einen künftigen polnischen Staat eine klare Absage erteilt. Ein sehr ähnliches Konzept wie Feldman entwickelte zeitgleich auch der im kurländischen Dünaburg geborene Politiker und Publizist Władysław (Gizbert-) Studnicki (1867-1953).[1190] Studnicki war als junger Mann zunächst Aktivist verschiedener sozialistischer Gruppen gewesen; nach seiner Rückkehr aus der Verbannung in Sibirien sympathierte er dann mit der galizischen

[1182] Ebenda, S. 26. – An gleicher Stelle schreibt Feldman dem russischen Bauernstand eine „halbasiatische" Natur zu.
[1183] Ebenda, S. 33f., 77.
[1184] Ebenda, S. 52.
[1185] Hierzu LAWATY, S. 53f.
[1186] W. FELDMAN, Deutschland, S. 98f.
[1187] Ebenda, S. 71f.
[1188] Ebenda, S. 75, 78.
[1189] Ebenda, S. 80f.
[1190] HDP, S. 575.

Nationaldemokratie, brach 1905 aber völlig mit der Partei und entwickelte sich zu einem wortgewaltigen Kritiker des Gedankens einer polnischen Westexpansion.[1191] Den prorussischen Kurs Dmowskis griff er scharf an und prognostizierte 1910 als Ergebnis eines künftigen Krieges zum einen die Vereinigung Deutschlands mit den deutschen Teilen Österreichs, zum anderen ein Zusammengehen Polens mit Ungarn im Rahmen einer Personalunion unter der Krone Habsburgs.[1192]

Während des Krieges propagierte Studnicki seine politischen Ideen als Mitglied des unter deutscher Besatzung in Warschau eingerichteten „Provisorischen Staatsrates“ *(Tymczasowa Rada Stanu)*. In seiner 1915 erschienenen Broschüre über „Die Umgestaltung Mitteleuropas“ sprach er sich dezidiert für einen Sieg der Mittelmächte über Rußland und für eine Hegemonie Deutschlands über Europa aus, die „nicht durch Gewalt aufgedrängt worden ist“. Zugleich forderte er die vollständige Niederwerfung Rußlands, das für Europa seiner Ansicht nach seit den Teilungen Polens zu einer existentiellen Bedrohung geworden war.[1193] Das ethnographische Staatsmodell wurde von Studnicki mit der Begründung verworfen, ein innerhalb entsprechender Grenzen neugegründeter polnischer Staat wäre überbevölkert und seine Industrie ohne den russischen Absatzmarkt zum Niedergang verurteilt.[1194] Demgegenüber skizzierte er ein Territorium, das über die Vorstellungen von Jodko-Narkiewicz noch weit hinausging. Die Grenzen des neuen Polen wollte er nach Osten vorschieben „soweit nun der polnisch-katholische Einfluß reicht“, nämlich bis an die Flüsse Düna, Beresina und den oberen Dniepr (was in etwa den Grenzen von vor 1772 entspräche); der polnische Staat sollte also nicht nur die Gouvernements Kowno, Wilna und Minsk umfassen, sondern auch ganz Podolien und Wolhynien sowie – als Zugang zur Ostsee – Teile des Gouvernements Kurland.[1195] Mit einer ähnlichen Begründung wie Feldman suchte Studnicki den Deutschen diese Vision schmackhaft zu machen. Eine „nach preußischem Vorbild“ organisierte Kolonisierung der dünn besiedelten Ostgebiete werde „eine rege Einwanderung aus den Provinzen Posen und Westpreußen hervorrufen“ und der neue polnische Staat für Preußen damit „einen natürlichen Faktor der Liquidierung des Polentums innerhalb seiner Grenzen bilden“.[1196] Eine polnische Frage in Oberschlesien existierte für Studnicki ohnehin nicht. Der dortigen polnischsprachigen Bevölkerung billigte er eigene nationale Rechte genausowenig zu wie den im Falle einer Verwirklichung seiner Pläne massenhaft der polnischen Herrschaft unterworfenen Ukrainern und Weißrussen:

[1191] Vgl. hierzu STUDNICKI, Irrwege in Polen, S. 10ff.
[1192] STUDNICKI, Sprawa polska, S. 564, 571f. – Das umfangreiche Werk gibt ansonsten einen Überblick über die Entwicklung der polnischen Frage seit den Teilungen.
[1193] GIZBERT-STUDNICKI, S. 5, 28f. – Sein zutiefst negatives Rußlandbild verdeutlicht Studnicki mit dem Satz, „diesem durch Eroberungen emporgewachsenen Reich“ seien „Kriege und Eroberungen zur psychologischen Notwendigkeit geworden“ (S. 7).
[1194] Ebenda, S. 17.
[1195] Ebenda, S. 13, 17.
[1196] Ebenda, S. 16f.; vgl. hierzu SULEJA, S. 158.

„Die Tatsache, daß Oberschlesien 52,95 Prozent polnischer Bevölkerung besitzt und 40,03 Prozent deutscher, sowie ein paar Prozent eines in sprachlicher Beziehung unbestimmten Elementes, hat gegenwärtig keine politische Bedeutung. Die polnische Bevölkerung Schlesiens ist nicht nur prozentual im Fallen begriffen, sondern stellt in Wirklichkeit, da sie keine polnischen geschichtlichen Traditionen besitzt, kein wahrhaft polnisches Element dar. Der Assimilationsfaktor, der im Gouvernement Wilna jeden vermögenden katholischen Weißrussen in einen Polen umwandelt, das Imponieren der höheren Schichten gegenüber den unteren, zwingt den auf der sozialen Stufenleiter sich erhebenden Schlesier auf alle Fälle, Deutscher zu werden."[1197]

Ein Beharren Deutschlands auf einer Annexion von Teilen Kongreßpolens, so warnte Studnicki in gleicher Weise wie Jodko-Narkiewicz und Feldman, werde durch die Einbeziehung einer zahlenmäßig starken, zugleich aber „seelisch dem deutschen Staatswesen nicht angepaßt(en)" Bevölkerung das Gegenteil bewirken und eine verstärkte Polonisierung nicht nur Posens und Westpreußens, sondern auch Schlesiens nach sich ziehen.[1198]

Im Gegensatz zu vielen anderen polnischen Publizisten, die unter dem Eindruck der Kriegsniederlage Deutschlands die Seiten wechselten, blieb Studnicki seinen Auffassungen auch nach dem Kriege treu und widersetzte sich damit dem herrschenden antideutschen Zeitgeist. So plädierte er 1920 im Vorfeld der Volksabstimmung für einen polnischen Verzicht auf Oberschlesien als Gegenleistung für einen deutschen Militärbeistand gegen das bolschewistische Rußland und lieferte sich auch später noch verschiedentlich scharfe Polemiken mit Dmowski.[1199] Seine Vision eines deutsch-polnischen Bündnisses mit antirussischer (bzw. antisowjetischer) Ausrichtung propagierte Studnicki, der während des Zweiten Weltkrieges den deutschen Besatzungsbehörden zunächst seine Mitarbeit angeboten hatte, aufgrund einer energischen Protestnote gegen die deutsche Besatzungspolitik später aber von der Gestapo inhaftiert worden war[1200], sogar noch nach 1945 vom englischen Exil aus.

In ähnlichem Sinne wie Studnicki und Feldman äußerten sich während des Krieges auch andere Autoren des antirussischen Lagers. Marian Slubicz etwa nahm 1914 eine genaue Umkehrung von Popławskis vielzitiertem Satz aus *Środki obrony* vor, wenn er schrieb, daß viele Polen immer noch von Kolberg und Breslau träumten, obwohl heute doch Lemberg und Wilna Zentren des Vaterlandes seien. Vordringliche Aufgabe der Polen sei es heute, im Osten das zu kompensieren, was im Westen schon vor langer Zeit verloren ging.[1201] Die Gefahr einer weiteren deutschen Ostexpansion sah Slubicz zwar durchaus, wiegelte zugleich aber mit der Bemerkung ab, der „Drang nach Osten" lasse sich für Deutschland heute nur noch unter gewaltigen materiellen und moralischen Opfern vorantreiben.[1202] Im gegenwärtigen Krieg gehe es darum,

---

1197 GIZBERT-STUDNICKI, S. 24. – Studnicki bezieht sich hier auf die Ergebnisse der Volkszählung von 1910.
1198 Ebenda, S. 24f.
1199 SULEJA, S. 158f.
1200 STUDNICKI, Irrwege in Polen, S. 48ff.
1201 SLUBICZ, S. 12.
1202 Ebenda, S. 7f.

den Sieg der „byzantinisch-mongolischen Kultur“ über Europa zu verhindern und dem „tatarischen Despotismus“ die – wie Slubicz es formuliert – „arische Schaffenskraft und Freiheitsliebe“ entgegenzusetzen.[1203]

Der Publizist Edward Grabowski warf den Vertretern des ethnographischen Staatsmodells Demagogie vor, da sie sich in ihren Publikationen nicht im geringsten um gesellschaftlich-politische oder wirtschaftlich-kulturelle Faktoren kümmerten und statt dessen – eine eindeutige Anspielung auf die Thesen Jankowskis – einer Liquidierung der polnischen Kultur in den Ostgebieten und einer „Konzentration“ des Polentums auf das ethnographische Territorium bei gleichzeitiger Vertreibung der Deutschen und der Juden von dort das Wort redeten.[1204] Zugleich verwarf er ihre Vorstellung, die Russen würden für die Polen Schlesien, Posen, Danzig und Königsberg erobern, als völlig utopisch.[1205] Auch werde von den Protagonisten der ethnographischen Idee verschwiegen, daß es nicht nur einen deutschen, sondern auch einen polnischen „Drang nach Osten“ gegeben habe, der Polen in der Vergangenheit eine reiche kulturelle Ernte eingebracht habe; Ergebnis dieses Prozesses sei, daß die Deutschen in Oberschlesien heute die gleiche Rolle spielten wie die Polen in Ostgalizien, die oberschlesischen Polen hingegen die Rolle der galizischen Ukrainer. Wenn die politische Freiheit erst wiederhergestellt sei, so Grabowskis optimistische Prognose, werde sich die polnische Kultur in den Ostgebieten kraftvoll weiterentwickeln.[1206] Sein Fazit:

> „Und deshalb wird ein politisch weitsichtiger polnischer Patriot die Zukunft Polens nicht so sehr in einer Wiedergewinnung der Kaschubei oder Masurens suchen, als vielmehr in der Sicherstellung einer freien politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der östlichen Grenzmarken, denn ihr Verlust würde den Untergang der Polen als Nation bedeuten. Sich einer von der Geschichte vorgegebenen Strömung entgegenzustellen, ist eine Utopie.“[1207]

Zusammenfassend lassen sich in den für ein Zusammengehen der Polen mit den Mittelmächten plädierenden Konzepten zwei dominierende Grundpositionen ausmachen: zum einen die Propagierung einer weitgehenden Ostexpansion bis hin zu einer vollen territorialen Restitution der Ostgrenze der alten Republik, zum anderen die an die deutsche Adresse gerichtete Warnung vor einer Annexion von Teilen Kongreßpolens. Für den Fall, daß ein siegreiches Deutschland sich im Osten für „saturiert“ erklären würde, zeigten sich die Vertreter des prodeutschen Lagers ihrerseits bereit, im Gegen-

---

[1203] Ebenda, S. 18.

[1204] E. GRABOWSKI, S. 13. – Als sein Ziel skizziert Grabowski in seiner Broschüre ein selbständiges Polen, das mit Deutschland und Österreich zwar eng verbündet sein sollte, seine Außenpolitik aber auch unabhängig von Berlin und Wien führen könnte (S. 24).

[1205] Ebenda, S. 14f. – Grabowski äußert in diesem Zusammenhang sarkastisch, in Warschauer Buchläden hätten noch bis vor kurzem (sprich: bis zur Einnahme Kongreßpolens durch die Deutschen) Karten ausgelegen, auf denen zu sehen gewesen sei, wie sich die prorussischen Optimisten ein „vereinigtes Polen“ vorstellten – mit Breslau, Frankfurt a.d. Oder und Stettin, aber ohne Tarnów und Mińsk (gemeint ist hier das ca. 50 km östlich von Warschau gelegene masowische Mińsk).

[1206] Ebenda, S. 16f.

[1207] Ebenda, S. 18.

zug auf die polnisch besiedelten Gebiete unter preußischer Herrschaft dauerhaft zu verzichten. Im Ergebnis wird deutlich, daß das Territorialkonzept der Nationaldemokratie in der polnischen Gesellschaft durchaus umstritten war und daneben zahlreiche Alternativkonzepte kursierten. Es liegt eine gewisse Ironie der Geschichte darin, daß das „aktivistische" Lager um Piłsudski den bei Kriegsende ausgebrochenen Kampf um die Macht im nunmehr freien Polen zunächst für sich entscheiden konnte, obwohl dessen Anhänger mächtepolitisch jahrelang auf das falsche Pferd gesetzt hatten. Auf die territorialen Prioritäten der polnischen Politik hatte dies jedoch kaum noch Einfluß. Die Niederlage Deutschlands sorgte bei Kriegsende und in der Folgezeit für einen Wandel der öffentlichen Meinung und ließ die Forderung nach Anschluß der „Westgebiete" weitgehend zum gesellschaftlichen Konsens werden (s.u. Kap. 10.).

8.3. Um ein Polen an Oder und Neiße: Weitergehende Gebietsansprüche im Westen bis 1918/19

Wie bereits dargestellt, waren in der polnischen Geographie schon vor 1914 sehr weitgehende Territorialmodelle diskutiert worden, die die „ideale" Westgrenze Polens an Oder und Lausitzer Neiße anlegten. Im Vorfeld der Pariser Friedenskonferenz wurden dann erstmals auch konkrete politische Forderungen erhoben, die über den üblichen Kanon polnischer Ansprüche im Westen – Posen, Westpreußen, Ostpreußen und Oberschlesien – noch hinausgingen. So hatte Alfons Parczewski zur Jahreswende 1918/19 für das zur Vorbereitung der Konferenz eigens eingerichtete polnische Büro in einer Reihe von Referaten ein eigenes Territorialprogramm erarbeitet. Die darin empfohlenen Gebietsforderungen gegen Deutschland machte sich Dmowski in Paris allerdings nicht zu eigen. Im Zentrum des Interesses Parczewskis stand Mittelschlesien, wo er neben den Kreisen Namslau und Groß Wartenberg auch die Kreise Brieg und Ohlau sowie einen Teil der Kreise Oels und Militsch für Polen reklamierte. Zur Begründung zog er das bekannte Argument heran, in diesen „national gemischten" Gebieten sei die deutsche Bevölkerung nicht bodenständig, sondern das Resultat einer systematischen Germanisierungspolitik. Außerdem werde jeder polnische „Bevölkerungssplitter", der unter deutscher Herrschaft verbleibe, auch in Zukunft der Germanisierung ausgesetzt sein, wohingegen die Existenz einer deutschen Minderheit unter polnischer Herrschaft aufgrund der bekanntermaßen „toleranten Psyche der Polen" absolut gesichert sei.[1208] Zugleich bemerkte Parczewski, die Rückkehr auch der schlesischen Hauptstadt Breslau zu Polen wäre ein Akt der historischen Gerechtigkeit und der „günstigen Streckung" der Westgrenze.[1209] Darüber hinaus forderte er für den neuen polnischen Staat mit den Kreisen Zantoch und Driesen auch Teile der Neumark

[1208] PARCZEWSKI, W sprawie zachodnich granic, S. 15f.
[1209] Ebenda, S. 16.

(also Brandenburgs)[1210] sowie aus pommerschem Besitz zusätzlich zu den Kreisen Lauenburg und Bütow auch noch die Kreise Stolp, Rummelsburg und – unter Verweis auf den Wehlauer Vertrag von 1657, den Parczewski hier kurzerhand den Teilungen Polens zurechnet – das südpommersche Städtchen Alt-Draheim.[1211]

Noch etwas weiter ging Adam Maciurzyński Anfang 1919 in einer kleinen Broschüre, in der er den Anschluß nicht nur Ober-, sondern auch Mittel- und Niederschlesiens an den neuen polnischen Staat mit der Begründung forderte, unter der dortigen Bevölkerung und Intelligenz könnten nicht alle Spuren des Polentums restlos erloschen sein. Zudem bilde Schlesien die territoriale Brücke zu den noch weiter westlich siedelnden 150.000 Lausitzer Sorben, die derzeit ihre Sprache und ihre Kultur „heldenhaft gegen die germanische Flut" verteidigten.[1212] Damit hatte Maciurzyński angedeutet, daß er eine „Reslavisierung" der deutschsprachigen Bevölkerung Schlesiens für theoretisch möglich hielt – ein Motiv, das auch von anderen Publizisten aufgegriffen wurde, die einer polnischen Expansion noch über die ethnographisch polnischen Gebiete hinaus das Wort redeten.

Vorreiter und Vertreter besonders extremer Territorialvorstellungen war der Philosoph Wincenty Lutosławski (1863-1954). Lutosławski, der um die Jahrhundertwende in regem Kontakt zu den führenden „Allpolen" Dmowski, Popławski und Balicki gestanden, 1909 aber völlig mit der Nationaldemokratie gebrochen hatte[1213], propagierte während des Krieges in Vorträgen, Broschüren und Artikeln die Idee eines nach Westen wie nach Osten weit ausgedehnten polnischen Großreichs. Dabei gab er sich als Anhänger einer vollständigen Restitution der polnischen Ostgrenze von 1772 zu erkennen, da nur ein polnischer Staat den national noch nicht erwachten „polnischen Ruthenen" eine gesicherte Existenz bieten könne und es die historische und zivilisatorische Aufgabe der Polen sei, verschiedene ethnische Elemente zu einer nationalen Einheit zu verschmelzen.[1214] Diesem neuen Großstaat aus Polen, Ukrainern, Weißrussen, Litauern und Letten müßten, damit er in Zukunft erfolgreich der deutschen Bedrohung trotzen könne, auch West- und Ostpreußen sowie *ganz* Schlesien einverleibt werden. Im Ergebnis kam Lutosławski damit auf ein Territorium von 834.000

1210 Ebenda, S. 41ff., 52. – Diese Forderung begründet Parczewski nicht nur historisch, sondern auch geographisch, wenn er schreibt, Polen müsse künftig auch den Zusammenfluß von Warthe und Netze kontrollieren.

1211 Ebenda, S. 16ff., 27ff. – Parczewski stützt sich hier auf die Behauptung, die genannten Kreise hätten noch im 16. und 17. Jahrhundert einen ethnographisch rein polnischen Charakter gehabt (S. 21). Als einen Akt von besonderer Symbolkraft und Wiedergutmachung bezeichnet er es, wenn der polnischen Herrschaft künftig auch die Ortschaft Varzin (Kreis Rummelsburg) unterstellt werde – eine Anspielung auf Otto von Bismarck, der hier ein von ihm in den 1860er Jahren erworbenes Gut bewirtschaftet und während seiner Regierungsjahre einen Großteil seiner Zeit verbracht hatte (S. 26).

1212 MACIURZYŃSKI, S. 20. – Die Zahl der Sorben wird von Maciurzyński hier sehr hoch veranschlagt.

1213 PSB, Bd. 18, S. 154f.

1214 Entsprechende Vorstellungen gehen aus einem am 11. März 1916 in der Pariser *Revue hebdomadaire* erschienenen Artikel Lutosławskis hervor. In einer deutschen Übersetzung findet sich dieser Artikel in: Beiträge zur Lösung der polnischen Frage, S. 24ff.

qkm mit rund 60 Millionen Einwohnern.[1215] Was die Deutschen in den genannten preußischen Gebieten zu erwarten hätten, formulierte er ganz offen:

„Mit dem Königreich Preußen würde dann in gerechter historischer Wiedervergeltung völlig aufgeräumt sein. In Preußen war und ist doch nur eine junkerliche Oberschicht deutsch, und die mögen dahin gehen, woher sie gekommen sind. Was man den preußischen Geist nennt, das ist der Geist des deutschen Ritterordens. Die nur oberflächlich germanisierte Bevölkerung wird sich unter polnischer Herrschaft sogleich dem Slaventum zuwenden. Die Deutschen müssen wieder hinter die Oder zurückgeworfen werden."[1216]

Das mit Abstand radikalste Programm entwarf unter dem Pseudonym „Mściwój Łahoda" der Arzt und Journalist Bolesław Jakimiak im Frühjahr 1917 in Moskau. Seine Überlegungen wurden 1918 in der bereits erwähnten Broschüre „Die Westgrenze Polens" *(Zachodnia granica Polski)* der polnischen Öffentlichkeit vorgestellt. Hierin ging Jakimiak auch auf andere derzeit diskutierte Grenzkonzepte ein. Leute wie Studnicki, „die zugunsten Deutschlands sogar auf Posen verzichten wollen", hielt er dabei einer ernsthaften Auseinandersetzung gar nicht für wert, wohl aber diejenigen, die dem künftigen polnischen Staat nur die sogenannten „ethnographisch" polnischen Gebiete im engeren Sinne anschließen wollten. Ihnen hielt Jakimiak vor, die übrigen ehemals polnisch bzw. westslavisch besiedelten Gebiete mit der Begründung außer acht zu lassen, diese seien im Laufe der Vergangenheit von deutschen Kolonisten germanisiert worden und für die polnische Nation damit unwiderruflich verlorengegangen. Unter Verweis auf die Iren, die ungeachtet der von ihnen gebrauchten englischen Sprache ihre Nationalität bewahrt hätten, lehnte er selbst es strikt ab, bei der Bemessung des nationalen Territoriums die Vergangenheit zu ignorieren und nur diejenigen Gebiete als polnisch anzuerkennen, in denen heute noch eine polnischsprachige Bevölkerungsmehrheit vorhanden sei.[1217] Für Jakimiak war ein solches Vorgehen schon deshalb inakzeptabel, weil damit ein schwerwiegendes geschichtliches Unrecht anerkannt würde:

„Wie träge und passiv muß eine Nation sein, wenn sie nur deshalb auf ihr Eigentum verzichtet, weil früher einmal irgendein Räuber unter Ausnutzung unserer Ohnmacht bei uns eingefallen ist, die Ortsnamen geändert oder entstellt und diesen Ortschaften seine Sprache aufgezwungen hat, wenn sie sich ihres früheren Eigentums nicht einmal erinnert, wenn sie

[1215] LUTOSŁAWSKI, S. 15f. – Die Grenzvorstellungen finden sich hier eingebettet in eine bizarre Rassentheorie, die Lutosławski bereits einige Jahre vor Kriegsbeginn während einer Lehrtätigkeit in den Vereinigten Staaten vertreten hatte. Ihrzufolge handelte es sich bei den Polen um die höchste Ausformung der „arischen Rasse", die in Wahrheit in Europa autochthon sei und für sich in Anspruch nehmen könne, der Menschheit das Recht und den „Respekt vor den Rechten des Individuums" beigebracht zu haben. Wie die Polen als fleißige und „heroische" Kulturschöpfer zum römisch-lateinischen Kulturkreis gehörten, so gehörten die nur oberflächlich zivilisierten Russen zum byzantinischen Kulturkreis und seien trotz ihrer „arischen" Sprache in Wahrheit von türkischer Rasse (S. 43ff.).

[1216] Beiträge zur Lösung der polnischen Frage, S. 27.

[1217] ŁAHODA [d.i. Jakimiak], S. 40f., 50.

nicht bestrebt ist, das einst Verlorene zurückzugewinnen in einem Moment, in dem der Räuber schwächer wird und in dem ihn der Verlust dessen, was er uns gestohlen hat, so endgültig schwächen würde, daß wir ein für allemal vor der Gefahr eines erneuten Raubzuges sicher wären.“[1218]

Nicht nur die Namen von Städten, Dörfern und Flüssen bewiesen für Jakimiak den polnischen Charakter des Landes östlich von Oder und Lausitzer Neiße[1219], vielmehr bestritt er generell, daß das dortige Slaventum spurlos untergangen sei, und setzte sich damit in Gegensatz zu der in der polnischen historischen Publizistik verschiedentlich bemühten „Ausrottungs“-Hypothese. So zeige etwa die geringe Bevölkerungsdichte der preußischen Provinz Pommern, daß die stets behauptete massenhafte deutsche Siedlungsbewegung dort gar nicht stattgefunden haben könne und daß die dortige Bevölkerung folglich eine alteingesessene, „pomoranisch-polnische“ sei, der lediglich die „Sprache des Vaterlandes“ abhanden gekommen sei.[1220] Überhaupt rechnete Jakimiak die Mehrheit der deutschen Bevölkerung östlich von Elbe und Saale abstammungsbedingt dem „slavischen Typus“ zu[1221], freilich ohne hierfür verbindliche Kriterien zu nennen. Hatten Maciurzyński und Lutosławski die Möglichkeit einer „Repolonisierung“ deutscher Bevölkerungsteile in ihren oben zitierten Stellungnahmen schon angedeutet, so formulierte Jakimiak seine entsprechenden Vorstellungen sehr deutlich und gründete hierauf sein gesamtes, aus heutiger Sicht abenteuerlich wirkendes Konzept:

„Ich bin überzeugt, daß die ethnographisch slavische, aber eingedeutschte Bevölkerung unter günstigen Bedingungen, gestützt auf ein starkes slavisches Umfeld, leicht zur slavischen Familie zurückkehren könnte, genauso wie derzeit die seit Jahrzehnten halb oder ganz germanisierte polnische Bevölkerung in Schlesien und die tschechische Bevölkerung in Böhmen zur Sprache ihrer Väter zurückfinden.“[1222]

In dieser Formulierung wird deutlich, wie Jakimiak den in der polnischen Publizistik so vielfältig gebrauchten Begriff „ethnographisch“ verstanden wissen wollte. In ähnlicher Weise wie die Pommern schilderte er auch die deutschen Schlesier als nur „oberflächlich“ germanisiert. Wer vor diesem Hintergrund auf Mittel- und Niederschlesien für Polen verzichten wolle, müsse konsequenterweise auch Oberschlesien als deutsch anerkennen, da das schlesische Volk als ganzes betrachtet werden müsse. Wenn der staatliche preußische Druck von diesem erst fortgenommen sei, werde Schlesien sich also auch als ganzes wieder dem Polentum zuwenden.[1223]

Auf der Grundlage dieser Thesen bezeichnete Jakimiak die gesamte Bevölkerung bis nach Niederschlesien hinein und von da aus die Oder entlang bis hin zur Ostsee als „ewig polnisch“ – als „natürliche ethnographische Grenze“ Polens im Westen ge-

[1218] Ebenda, S. 41; vgl. auch S. 83.
[1219] Ebenda, S. 40.
[1220] Ebenda, S. 55f., 57. – Die Bevölkerungsdichte Pommerns einschließlich seiner größeren Städte gibt Jakimiak mit 57 E./qkm, in den östlichen Kreisen mit sogar nur 38 E./qkm an.
[1221] Ebenda, S. 35.
[1222] Ebenda, S. 37.
[1223] Ebenda, S. 59, 63.

rieten damit zwangsläufig die Oder und als deren südliche Verlängerung die Lausitzer Neiße ins Blickfeld.[1224] Der mögliche Verlauf einer solchen Grenze wurde von Jakimiak erstmals präzisiert. Ihren nördlichen Anfang sollte sie zwischen den Inseln Usedom (zu Deutschland) und Wollin (zu Polen) nehmen und das große Stettiner Haff durchschneiden, von da aus zunächst zwischen den beiden dem Haff zustrebenden Hauptarmen des Oderdeltas verlaufen – womit die pommersche Hauptstadt Stettin also bei Deutschland verblieben wäre – und dann entlang des Hauptlaufs der Oder weiter nach Süden führen.[1225] Was Ostpreußen betrifft, regte Jakimiak an, dessen nordöstlichen Teil den Litauern zu überlassen, den Rest hingegen gleichfalls an Polen anzuschließen.[1226] Damit war es aber noch nicht getan. Unter Hinweis auf die zeitweilige Herrschaft Bolesław Chrobrys auch über die Lausitz und die dort bis heute existente westslavische Volksgruppe der Sorben – ihrer Geschichte und Kultur sowie ihrer „nationalen Wiedergeburt“ in jüngerer Vergangenheit ist ein eigener ausführlicher Abschnitt gewidmet[1227] – forderte Jakimiak zusätzlich auch die Bildung eines an Polen angelehnten slavischen Herzogtums westlich der Neiße, also auf dem derzeitigen Territorium der deutschen Staaten Preußen (Niederlausitz) und Sachsen (Oberlausitz).[1228] Dem möglichen Einwand, ein solches Herzogtum werde sich als nicht lebensfähig erweisen, hielt er entgegen, daß mit Andorra, San Marino oder Monaco in Europa noch weitere Zwergstaaten existierten – ganz abgesehen von den vielen Kleinfürstentümern innerhalb des Deutschen Reiches. Der gegenwärtige Krieg, so Jakimiaks Fazit, müsse im Ergebnis allen Völkern, auch den kleinen, die Freiheit bringen und „dieses uralte slavische Volk vom deutschen Joch befreien“.[1229] Zur Frage der künftigen polnischen Ostgrenze äußerte er sich in seiner Broschüre nicht konkret, zeigte sich aber bereit, auf all jene Gebiete zu verzichten, die sich in der Vergangenheit mit Polen zu einer Union verbunden, die polnische Sprache mehrheitlich aber nicht angenommen hätten. Daß dadurch „ein paar Millionen Polen“ außerhalb der künftigen Grenzen verblieben, sei hinzunehmen, weil „wir ein die Freiheit liebendes Volk sind, das in Vergangenheit und Gegenwart jedermann die Freiheit des Glaubens und der Sprache garantierte“.[1230]

Die Durchsetzung dieses extremen Territorialprogramms bei gleichzeitiger Errichtung eines unabhängigen tschechischen Staates in den Grenzen Böhmens und Mährens würde Jakimiak zufolge dem preußischen Militarismus ein für allemal einen Riegel vorschieben und die Bildung einer „monolithischen Front des Westslaven-

---

1224 Ebenda, S. 51, 64, 86.
1225 Ebenda, S. 58f. – Der gesamte Unterlauf der Oder sollte den Vorstellungen Jakimiaks zufolge neutralisiert werden, um so die Freiheit des Schiffsverkehrs zu gewährleisten. Auch erinnert er daran, daß das auf dem linken Oderufer gelegene Land Lebus einst ebenfalls zu Polen gehörte, gibt in diesem Falle aber der Oder als einer natürlichen Flußgrenze den Vorzug (s. Kartenanhang).
1226 Ebenda, S. 86.
1227 Ebenda, S. 66ff.
1228 Ebenda, S. 59.
1229 Ebenda, S. 82.
1230 Ebenda, S. 84.

tums“ ermöglichen, die sich gegen eine neuerliche deutsche Aggression in Zukunft leicht verteidigen könnte. Daß Preußen einen Verlust von rund 200.000 qkm und damit von mehr als der Hälfte seines Territoriums niemals aus freien Stücken hinnehmen würde, war ihm ausdrücklich klar. Mit dem Hinweis auf den Tilsiter Frieden von 1807, in dem ein militärisch geschlagenes Preußens weitgehenden Gebietsverlusten hatte zustimmen müssen[1231], gab er allerdings seiner Hoffnung Ausdruck, die Alliierten würden nach einem Sieg über Deutschland nach dem Grundsatz *vae victis* handeln und weitgehenden polnischen Forderungen auch gegen deutschen Widerstand entsprechen. Ob es einen preußischen Staat nach einer solch weitgehenden Territorialverschiebung überhaupt noch geben werde, stellte Jakimiak angesichts der Tatsache, daß Berlin dann nur noch knapp 100 Kilometer von der polnischen Grenze entfernt liegen würde, selbst in Frage und berief sich dabei auf in der polnischen Publizistik diskutierte Pläne einer totalen Dekonstruktion Preußens in seine Einzelteile.[1232]

Zugleich erteilte er der Idee, die Bevölkerung der umstrittenen Gebiete im Rahmen eines Plebiszits selbst über ihre staatliche Zugehörigkeit entscheiden zu lassen, eine entschiedene Absage. Seine Begründung hierfür war verblüffend simpel: Ein solches Vorgehen berge für den territorialen Zusammenhalt des neuen Polen die Gefahr, daß zum einen polnischsprachige Minderheiten überstimmt werden könnten, daß zum anderen auch in Gebieten mit einer polnischsprachigen Mehrheit nicht das gewünschte Ergebnis herauskommen könnte, da die dortige Bevölkerung das „Gefühl der Verbundenheit mit den übrigen polnischen Gebieten“ vielleicht noch nicht genügend ausgebildet habe. Jakimiak setzte dagegen die Überzeugung, über die Frage der staatlichen Zugehörigkeit der beanspruchten Gebiete müßten „Spezialisten“ aus Politik und Wissenschaft, müßten Strategen, Historiker, Geographen und Volkskundler entscheiden – beim Bau etwa eines Hauses hätten ja auch Fachleute das Sagen.[1233] Daß Jakimiak hierbei ausschließlich polnische bzw. der polnischen Sache verbundene „Spezialisten“ meinte, liegt wohl auf der Hand.

[1231] Ebenda, S. 64, 65f.

[1232] Ebenda, S. 86f. – Jakimiak beruft sich in diesem Zusammenhang auf ein unter dem Titel *Polska etnograficzna* („Das ethnographische Polen“) erschienenes Buch des Publizisten Faustyn Rosiński, in dem dieser die Wiederherstellung des Königreichs Hannover sowie den Anschluß der preußischen Provinz Sachsen an das Königreich Sachsen vorschlug, des weiteren die Aufteilung Vorpommerns unter den beiden mecklenburgischen Herzogtümern (einschließlich der Schaffung dreier freier Städte) und die Schaffung einer freien Stadt Berlin einschließlich des östlichen Teils von Brandenburg und Mittelpommerns mit der Hafenstadt Stettin. Was die künftige territoriale Gestaltung der östlichen Landesteile Preußens anging, plädierte Rosiński für die Schaffung eines Herzogtums Hinterpommern sowie eines weiteren, aus Mittelschlesien, Niederschlesien und der Lausitz gebildeten Herzogtums, wohingegen Oberschlesien direkt an Polen fallen sollte. – Die bei Jakimiak auf S. 85 inhaltlich kurz wiedergegebene Schrift Rosińskis war im Original leider nicht aufzutreiben.

[1233] ŁAHODA [d.i. Jakimiak], S. 84f.

In seinem Schlußwort faßte Jakimiak seine Forderungen noch einmal bündig zusammen und erinnerte dabei auch an die slavische Vergangenheit der noch weiter westlich gelegenen Gebiete:

> „Man darf nicht vergessen, daß Preußen der Herausgabe auch nur des kleinsten Stückchens polnischen Landes niemals zustimmen würde, solange es dazu nicht gezwungen wird. Wenn es dann dazu gezwungen ist, dann muß es nicht nur diejenigen polnischen Gebiete herausrücken, die es im Verbund mit anderen Mächten im Zuge der letzten Teilungen geraubt hat, sondern dann muß es auch unsere übrigen Gebiete zurückgeben wie Pommern, Schlesien und den Teil des alten Pommern, der von den Preußen die Neumark genannt wird (...). Das Deutsche Reich hingegen wird sich zurückziehen und seine Hauptstadt nach Westen zurückverlegen müssen, auch wenn die alten Zentren des Reiches wie Magdeburg oder Merseburg gleichfalls auf slavischem Boden stehen. Hieran kann sich derzeit aber niemand mehr erinnern, weil von den rechtmäßigen Erben dieser Gebiete die Väter und Großväter ihr Leben bei der Verteidigung der eigenen Freiheit ließen, während die Söhne und Enkel die Sprache ihrer Väter und Großväter vergaßen und sich nicht bewußt sind, ja es wohl auch niemals erkennen werden, daß sie gar keine Deutschen sind.“[1234]

Die Radikalität dieser Ideen kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Jakimiak das, was von einem Teil der polnischen Publizistik der Jahrhundertwende verbreitet wurde, nur konsequent zu Ende gedacht hatte. Wo nicht allein die Teilungen des 18. Jahrhunderts, sondern vielmehr der gesamte 800jährige Prozeß der deutschen Ostsiedlung als ein einziges schreiendes Unrecht beschworen wurden, mußte die Forderung nach einer vollständigen Wiedergutmachung dieses Unrechts zwangsläufig aufkommen. Völlig unterschiedlich motivierte, miteinander also kaum vergleichbare historische Prozesse – angefangen mit der Unterwerfung der slavischen Völkerschaften zwischen Elbe und Ostsee und der von den lokalen slavischen Eliten selbst initiierten friedlichen Kolonisierung Pommerns und Schlesiens über die blutige Unterwerfung der heidnischen Prußen, die Ordenskriege und die Teilungen Polens bis hin zu der schließlich im 19. Jahrhundert einsetzenden Germanisierungspolitik im preußischen Osten – wurden in die Kontinuität eines ewigen, gleichsam zwanghaften deutschen „Drangs nach Osten“ hineingestellt. Vor diesem Hintergrund begriff Jakimiak sein Territorialprogramm wahrscheinlich nicht einmal als im klassischen Sinne „expansiv“; für ihn ging es allein darum, der polnischen Nation Gebiete zurückzugewinnen, die ihr rechtlich und moralisch ohnehin zustanden. Gestützt auf ein derart schlichtes Täter-Opfer-Schema ließ sich alles, was zu einer dauerhaften Schwächung oder gar Vernichtung des als ewiger Todfeind und triebgesteuerter Räuber dämonisierten Nachbarn im Westen beitrug, als Akt der präventiven Notwehr einer in ihrer Existenz bedrohten Nation rechtfertigen.

Zugleich verrät sich bei Jakimiak ein absurder Glaube an die ethnische Vorbestimmtheit des Menschen, wenn er auch natürliche, schon in ferner Vergangenheit abgeschlossene Assimilierungsprozesse für reversibel hielt. Völlig ungeachtet des von ihm selbst als Ausdruck polnischer Freiheitsliebe gepriesenen Prinzips, „jedermann die Freiheit der Sprache“ zu garantieren, trieb Jakimiak mit seinem Konzept die Miß-

[1234] Ebenda, S. 87.

achtung des Selbstbestimmungsrechts des Individuums auf die Spitze. Besonders deutlich wird dies in der Ablehnung von Plebisziten, solange die Gefahr bestand, daß diese nicht das gewünschte Ergebnis erbringen könnten. Gefangen in der Vorstellung, bei den deutschen Einwohnern und Schlesiens handle es sich um nur „oberflächlich" germanisierte Polen, die lediglich der helfenden Hand von außen bedürften, um ihre wahre Nationalität „wiederzuentdecken", war sich Jakimiak dieses fundamentalen Widerspruchs in seiner Argumentation wohl nicht einmal bewußt; für ihn war die Annahme einer fremden Sprache gleichsam so etwas wie eine geistige Entmündigung.

Gegenüber den Vorstellungen Jakimiaks nahm sich das Territorialprogramm Dmowskis, wie er es auf der Pariser Friedenskonferenz vertrat, geradezu moderat aus. Vor dem Hintergrund des von Präsident Wilson proklamierten Selbstbestimmungsrechts der Völker hatte das Territorialmodell Jakimiaks in der Zeit unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkrieges keinerlei Chance auf Verwirklichung. Blieb Jakimiak mit seinen extremen Vorstellungen zunächst also ein krasser Außenseiter, so hat seine „Repolonisierungs"-Idee in der polnischen „Westforschung" der Zwischenkriegszeit gleichwohl vereinzelt Widerhall gefunden.[1235] Als die von Jakimiak propagierte Oder-Neiße-Grenze 1945 infolge der erneuten Kriegsniederlage Deutschlands dann tatsächlich Wirklichkeit wurde, geschah dies freilich unter ganz anderen Bedingungen, als er sich das vorgestellt hatte. Unrealistische Vorstellungen einer „Repolonisierung" der deutschen Bevölkerung Pommerns und Schlesiens wurden 1945 nicht wieder aufgegriffen, die Gebiete statt dessen – um einen Euphemismus der Gegenwart zu gebrauchen – „ethnisch gesäubert" und anschließend neu besiedelt.

[1235] Hierzu PIOTROWSKI, O Polskę nad Odrą i Bałtykiem, z.B. S. 114, 148, 377f., 393; vgl. auch die Stellungnahme von PISKORSKI, Przeciw nacjonalizmowi, S. 321; DERS., 1000 Jahre, S. 131.

9. Die Frage der „Westgebiete“ in Diplomatie und polnischer Propaganda während des Krieges

9.1. Kurze Übersicht über die organisatorische Formierung der wichtigsten polnischen politischen Lager während des Krieges

Wie weit das Bewußtsein von der Notwendigkeit und Angemessenheit weitgehender polnischer Gebietsansprüche gegen Deutschland bei Kriegsausbruch unter der Bevölkerung der polnischen Kerngebiete verbreitet war, läßt sich empirisch natürlich nicht messen. Wie bereits aufgezeigt, war das von der Nationaldemokratie getragene Konzept eines Zusammengehens mit Rußland bei gleichzeitiger strikt antideutscher Ausrichtung jedenfalls nur eine Option unter mehreren, in der polnischen Öffentlichkeit also längst nicht konsensfähig. Evident ist hierbei der tiefe politische Riß, der das österreichische und das russische Teilgebiet voneinander trennte. Aus Loyalität gegenüber der jeweiligen Teilungsmacht, aber auch aus unterschiedlichem strategischem Kalkül heraus dominierte in Galizien zunächst die proösterreichische, in Kongreßpolen hingegen die prorussische Orientierung. Im preußischen Teilgebiet herrschte demgegenüber gespanntes Abwarten. Es kann aber davon ausgegangen werden, daß die Aussicht, die preußische Herrschaft demnächst gegen die russische einzutauschen, nicht gerade geeignet war, die Basis der Nationaldemokratie hier zu verbreitern.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges Anfang August 1914 sorgte innerhalb der vielfältigen polnischen Parteienlandschaft für einen Konzentrationsprozeß und ließ im wesentlichen zwei große politische Lager hervortreten, in denen sich die Anhänger der gegensätzlichen außenpolitischen Orientierungen versammelten. Als Plattform der prorussischen Kräfte im Königreich Polen wurde am 25. November 1914 in Warschau das „Polnische Nationalkomitee“ (*Komitet Narodowy Polski*, KNP) aus der Taufe gehoben.[1236] In seinen Reihen fanden sich neben der tonangebenden Nationaldemokratie auch die Anhänger der 1905 gegründeten „Partei für Realpolitik“ (SPR) um Erazm Piltz ein, kurz meist als „Realisten“ bezeichnet. Bereits am 31. August hatten beide Parteien in dem ND-Blatt *Gazeta Poranna* [Morgenzeitung] eine gemeinsame Resolution veröffentlicht, in der es hieß, daß „der Sieg der russisch-französisch-englischen Koalition dem polnischen Volk die Aussicht auf eine Wiedervereinigung aller polnischen Gebiete mit Zugang zur Ostsee“ geben werde.[1237] Der

[1236] Siehe hierzu PAJEWSKI, Odbudowa, S. 61ff.
[1237] Abgedruckt bei SEYDA, Polska, Bd. 1, S. 538.

außenpolitische Kurswechsel, den die Nationaldemokratie ab 1905 vollzogen hatte, hatte die Annäherung der beiden ehemaligen Kontrahenten Dmowski und Piltz ermöglicht, da auch Piltz die Zukunft Polens im Rahmen einer reformierten russischen Föderation erblickte. Das Bündnis zwischen den beiden gegensätzlichen Männern, die sich ein Jahrzehnt zuvor in den Spalten von *Przegląd Wszechpolski* und *Kraj* noch erbitterte Polemiken geliefert hatten, hielt trotz gelegentlicher Differenzen den ganzen Krieg hindurch. Mit der „Polnischen Fortschrittspartei" (*Polska Partia Postępowa*, PPP) und der „Polnischen Fortschrittsvereinigung" (*Polskie Zjednoczenie Postępowe*, PZP) stießen noch zwei kleinere, unbedeutendere Gruppierungen zum Warschauer Komitee.[1238] Da eine Präsidentschaft Dmowskis von den „Realisten", die eine zu starke Dominanz der Nationaldemokraten befürchteten, verhindert wurde, trat als Kompromißkandidat Zygmunt Wielopolski, ein Sohn des Marquis Aleksander Wielopolski, an die Spitze des Komitees. Dmowski konnte sich allerdings den Vorsitz des wichtigen Vollzugsausschusses sichern.[1239]

Das Gründungsmanifest des Komitees benannte als Hauptziel ganz im Sinne Dmowskis „die Zerschlagung der feindseligen deutschen Macht und die Vereinigung Polens unter dem Zepter des russischen Monarchen".[1240] Seit einer am 14. August 1914 vom Oberbefehlshaber der russischen Armee, Großfürst Nikolaj Nikolaevič, abgegebenen Erklärung, in der dieser die Wiedervereinigung eines „in Glaube, Sprache und Selbstverwaltung" freien Polen zugesagt hatte[1241], wurde der Verwirklichung dieses Ziels wieder mit einigem Optimismus entgegengesehen. Andererseits hatte die demütigende Niederlage, die die russischen Streitkräfte gleich zu Beginn des Krieges in Ostpreußen erlitten, gezeigt, daß mit einer schnellen Niederringung Deutschlands wohl nicht zu rechnen war. Dieselben politischen Kräfte, die im Polnischen Nationalkomitee mitarbeiteten, trugen auch die im September 1915 im schweizerischen Lausanne gegründete „Polnische Zentralagentur" (s.u. Kap. 9.3.), den im Oktober 1915 gegründeten „Interparteilichen politischen Klub" *(Międzypartyjne Koło Polityczne)* mit Sitz in Petrograd, und ab August 1917 schließlich das gleichfalls in Lausanne gegründete und später in Paris ansässige neue „Polnische Nationalkomitee", das die polnischen Gebietsansprüche den Westmächten mittels einer intensiven Propagandaarbeit schmackhaft zu machen versuchte (s.u. Kap. 9.4.).[1242]

Die zweite wichtige politische – und militärische – Initiative ging von Galizien aus. Dort wurden die von Józef Piłsudski bereits vor Kriegsbeginn ausgehobenen Schützenverbände als Teil einer „westlichen Legion" dem österreichischen Oberkommando unterstellt und 1915 mehrfach erfolgreich bei Kampfhandlungen eingesetzt. Politisch schlossen sich die verschiedenen antirussisch eingestellten Gruppierungen bereits am 16. August 1914 zum „Obersten Nationalkomitee" *(Naczelny Komitet Narodowy*, NKN) unter dem Vorsitz des Krakauer Oberbürgermeisters Juliusz

---

1238 GARLICKI – MYŚLIŃSKI, S. 45.
1239 V. PUTTKAMER, S. 36.
1240 Abgedruckt bei DMOWSKI, Polityka polska, S. 430ff.
1241 Abgedruckt bei FILASIEWICZ, S. 6f.
1242 GARLICKI – MYŚLIŃSKI, S. 50.

Leo zusammen.[1243] Da es Deutschland in den ersten beiden Kriegsjahren versäumte, ein überzeugendes Konzept zur Lösung der polnischen Frage vorzulegen, schwebte dem NKN zunächst die bereits erwähnte „austropolnische“ Lösung vor, also die Erweiterung Österreich-Ungarns um einen aus Galizien und Kongreßpolen bestehenden polnischen Teilstaat. Piłsudski, dem es nicht gelang, die polnische Legion aus der österreichischen Armee herauszulösen und eine selbständige polnische Heeresorganisation aufzubauen, schuf sich im Dezember 1915 mit dem „Zentralen Nationalkomitee“ (*Centralny Komitet Narodowy*, CKN) zusätzlich ein eigenes politisches Organ, mit dessen Hilfe er seinen Anspruch auf eine künftige Führungsrolle untermauerte.[1244]

Wie bereits angesprochen, kursierten innerhalb des prodeutschen bzw. proösterreichischen Lagers sehr verschiedene Ansichten zur Grenzfrage; ein konkretes, verbindlich formuliertes Programm existierte in dieser Hinsicht nicht. In der sicheren Erwartung, daß ein siegreiches Deutschland Posen und Westpreußen ohnehin nicht herausrücken werde – von Oberschlesien und dem südlichen Ostpreußen ganz zu schweigen –, wurde die Frage der künftigen Westgrenze jedoch als *quantité négligeable* betrachtet und spielte in den offiziellen Verlautbarungen von NKN und CKN keine Rolle.[1245]

In Fundamentalopposition sowohl zum prorussischen als auch zum prodeutschen bzw. proösterreichischen Lager schließlich standen SDKPiL und PPS-*Lewica*, die gemeinsam als revolutionäre Linke das dritte politische Lager bildeten. Vertreter beider Parteien erließen am 22. August 1914 einen Aufruf, in dem sie den imperialistischen Krieg und den Nationalismus scharf verurteilten. Als internationalistisch ausgerichteter Flügel der Arbeiterbewegung arbeiteten sie auf eine grundlegende soziale und politische Umwälzung hin, nicht auf die Wiedergewinnung der nationalen Souveränität für ein geeintes Polen – die Grenzfrage war für sie daher unerheblich.[1246] Einen nennenswerten Einfluß konnte die revolutionäre Linke in Polen allerdings zu keinem Zeitpunkt entfalten.

Wie schon zuvor, stand das preußische Polentum auch während des Krieges bei der Formulierung eigener politischer Konzepte zur Lösung der polnischen Frage hinter den beiden anderen Teilgebieten deutlich zurück. Hinzu kam eine strenge Kriegszensur, die die Arbeit der polnischen Presse in den preußischen Ostgebieten erheblich beeinträchtigte. Während die Regierung einige besonders rührige nationalpolnische Aktivisten unmittelbar nach Kriegsbeginn vorsorglich internieren ließ, eilte die große Mehrheit der polnischen Untertanen in Posen und Westpreußen loyal zu den Waffen. Erst recht galt dies für Oberschlesien und Masuren.[1247] Diesem Umstand Rechnung

[1243] PAJEWSKI, Odbudowa, S. 75ff.
[1244] HOENSCH, S. 238.
[1245] Vgl. hierzu H. ZIELIŃSKI, Poglądy, S. 419.
[1246] JABŁOŃSKI, Narodziny, S. 289; vgl. HOENSCH, S. 236.
[1247] Vgl. hierzu WEGNEROWICZ, S. 99, der sich bezüglich Masurens darüber beklagt, daß der Krieg die mühsame nationale Arbeit dort jäh unterbrochen habe. Noch befinde sich die „nationale Wiedergeburt“ der Masuren in einem „Embryonalstadium“; ihre Zukunft sei heute ungewisser denn je.

tragend, verfolgte Napieralski in Oberschlesien fortan den Kurs einer fast bedingungslosen Loyalität und wurde dabei anfangs sogar von Korfanty unterstützt, der selbst fest mit einem Sieg der Mittelmächte rechnete. Die Nationaldemokratie in Preußen, mit der Korfanty 1910 gebrochen hatte, verhielt sich demgegenüber abwartend und passiv. Die politische Lage in den „Westgebieten" blieb jedenfalls bis Kriegsende vollkommen ruhig.[1248]

9.2. Die Frage der „Westgebiete" während der Phase der prorussischen Orientierung der Nationaldemokratie 1914/15

Bei den Nationaldemokraten löste der Kriegsausbruch und die ihren Vorstellungen scheinbar weit entgegenkommende Erklärung des Großfürsten Nikolaj Nikolaevič hektische Aktivitäten aus mit dem Ziel, die russische Regierung auf eine konkrete Kriegszielpolitik im Sinne ihres Territorialprogramms festzulegen. Schon am 8. August 1914 hatte der polnische Abgeordnete Wiktor Jaroński in der Duma den Krieg als einen „Zusammenstoß der slavischen Welt mit dem preußischen Drang nach Osten" bezeichnet und zur dauerhaften Abwehr der deutschen Gefahr die Vereinigung aller polnischen Gebiete einschließlich Oberschlesiens und Ostpreußens gefordert.[1249] In diesem Sinne agitierte auch die der Nationaldemokratie verbundene Presse, wobei sich bis 1915 insbesondere die *Gazeta Warszawska* hervortat.[1250] Im Zentrum standen dabei erneut die von Dmowski schon 1908 aufgestellte „Bollwerk"-These und die Feststellung einer polnisch-russischen Interessengleichheit, wonach die Vereinigung Polens und der dauerhafte Schutz der slavischen Welt vor deutschen Expansionsbestrebungen zwei Seiten derselben Medaille waren.[1251] In der Vorahnung, daß die Mittelmächte im Verlaufe des Krieges früher oder später die polnische Karte spielen könnten, um die polnische Öffentlichkeit für sich einzunehmen, wurde erneut betont, daß es in territorialen Fragen zwischen Preußen und Polen keinerlei Kompromiß geben könne, da die Stärke des einen zwingend die Schwäche des anderen bedinge. Die oben bereits erwähnte und in der polnischen Presse begreiflicherweise gern zitierte Aussage des ehemaligen Reichskanzlers von Bülow, der Besitz der Ostprovinzen sei nicht nur für Preußen, sondern sogar für das Deutsche Reich als ganzes existenznotwendig[1252], wurde in der *Gazeta Warszawska* als Bestätigung der eigenen Auffassung

---

1248 Zur politischen Lage in Oberschlesien während des Krieges siehe ORZECHOWSKI, Narodowa Demokracja, S. 283ff.; im südlichen Ostpreußen WRZESIŃSKI, Prusy Wschodnie, S. 145ff.

1249 Zit. in: SEYDA, Polska, Bd. 1, S. 182.

1250 Die häufigen Zensurlücken, die sich seit Kriegsausbruch in den Ausgaben der *Gazeta Warszawska* finden, zeigen allerdings, daß die Behörden trotz der strikt antideutschen und prorussischen Grundlinie des Blattes offenbar immer wieder etwas zu beanstanden hatten.

1251 *Gdańsk i Toruń* [Danzig und Thorn], in: „Gazeta Warszawska" 1915, Nr. 11.

1252 *Prusy i Polska* [Preußen und Polen], in: „Gazeta Warszawska" 1914, Nr. 305; *Praca jednego pokolenia* [Die Arbeit einer Generation], in: „Gazeta Warszawska" 1915, Nr. 26.

gewertet, daß „Polen nur auf den Trümmern Preußens wiedererstehen kann".[1253] Mit besonderer Entrüstung wurden in der Warschauer Presse Pläne aus dem Umfeld der deutschen Regierung aufgenommen, in denen eine strategische Grenzsicherung der Ostprovinzen durch die Abtrennung eines Grenzstreifens vom Königreich Polen entlang der Linie Warthe-Narew und dessen anschließende Germanisierung durch deutsche Neusiedler vorgeschlagen wurde.[1254] Das heiße im Ergebnis nichts anderes, als daß der dann noch verbleibende Rest des Königreichs zu einem politisch, wirtschaftlich und militärisch von Deutschland vollständig abhängigen „Pufferstaat" herabgestuft würde.[1255]

Im Mittelpunkt des territorialen Interesses der *Gazeta Warszawska* standen West- und Ostpreußen. Zumindest in Ostpreußen schien die deutsche Herrschaft angesichts des Vormarsches der russischen Truppen und der Besetzung großer Landesteile einschließlich der Stadt Allenstein vorübergehend tatsächlich kurz vor dem Zusammenbruch zu stehen. In der entsprechenden Berichterstattung dominierten jetzt eindeutig geopolitische Gesichtspunkte. Unter Berufung auf die These, daß die den gesamten Flußlauf der Weichsel besiedelnden Polen auch dessen Mündung kontrollieren müßten, wurde der Kampf um einen polnischen Zugang zur Ostsee zur Existenzfrage hochstilisiert, „die nur mit dem Schwert entschieden werden kann".[1256] Zugleich wurde Popławskis These wiederholt, daß West- und Ostpreußen nur gemeinsam oder gar nicht zu haben seien, da Ostpreußen als deutsche Kolonie auf fremdem Boden eine ständige Bedrohung darstelle. *Gazeta Warszawska*-Autor Tadeusz Turkowski wiederholte ein beliebtes Argument, wenn er ausführte, es könne nicht angehen, daß eine Million deutscher Kolonisten zwischen Danzig und Königsberg ein Volk von 50 Millionen Menschen zu dauerhafter Unfreiheit verurteile. Für ihn war es daher ein Gebot der Gerechtigkeit, Ostpreußen vom Deutschen Reich abzutrennen, um so die Unterdrückung und die ökonomische Unfreiheit der „alteingesessenen Völker" zu beenden.[1257]

Tatsächlich schien die russische Seite sich auf die polnischen Forderungen zunächst zuzubewegen. Als russisches Kriegsziel im Westen wurde von Außenminister Sazonov eine begrenzte Wiedervereinigung Polens angedeutet, das in jedem Fall aus

---

[1253] *Zjednoczenie Polski* [Die Vereinigung Polens], in: „Gazeta Warszawska" 1914, Nr. 255; vgl. auch *Pod zaborem pruskim* [Unter preußischer Herrschaft], in: „Gazeta Warszawska" 1915, Nr. 54.

[1254] FISCHER, S. 103f., sieht dieses gegenüber zuvor geäußerten Annexionsabsichten im Osten vergleichsweise moderate Grenzstreifenprojekt im Zusammenhang mit dem Ende 1914 unternommenen Versuch des Reichskanzlers Bethmann-Hollweg, unter dem Eindruck der schwierigen Gesamtlage einen deutsch-russischen Separatfrieden zu erreichen. Als treibende Kraft deutscher Annexions- und Siedlungsbestrebungen in Kongreßpolen trat im weiteren Verlauf des Krieges der Regierungspräsident von Frankfurt/Oder, Friedrich von Schwerin, hervor. – Siehe auch PAJEWSKI, „Mitteleuropa", S. 72ff.

[1255] *Praca jednego pokolenia* (wie Anm. 1252); *Głos rzeczywistości* [Stimme der Wahrheit], in: „Gazeta Warszawska" 1915, Nr. 30.

[1256] *Prusy i Polska* (wie Anm. 1252).

[1257] TURKOWSKI, *Prusy Wschodnie i Zachodnie* (wie Anm. 561), Nr. 55.

österreichischem Besitz Westgalizien und aus preußischem Besitz die Provinz Posen sowie den – territorial nicht näher definierten – südöstlichen Teil Schlesiens erhalten sollte. Im Gegenzug sollten Ostgalizien und die Gebiete am Unterlauf der Memel direkt dem russischen Staatsgebiet einverleibt werden.[1258] Ähnlich, wenngleich etwas zurückhaltender, äußerte sich am 21. November 1914 auch Zar Nikolaus II. auf seiner Residenz in Carskoe Selo bei Petrograd gegenüber dem französischen Gesandten Maurice Paléologue:

> „In Ostpreußen wird Deutschland einer Berichtigung seiner Grenzen zustimmen müssen. Mein Generalstab möchte, daß sich diese Berichtigung bis zur Weichselmündung erstrekke; das kommt mir übertrieben vor, das werde ich noch nachprüfen. Die Provinz Posen und vielleicht auch ein Bruchteil Schlesiens werden zur Wiederherstellung Polens unentbehrlich sein."[1259]

Tatsächlich stand Dmowskis Konzept aber von Anfang an auf tönernen Füßen. Zum einen veränderte sich die militärische Lage nach der verlustreichen „Winterschlacht" in Masuren immer mehr zuungunsten Rußlands, zum anderen ließ die russische Regierung keine Gelegenheit aus, der polnischen Seite zu demonstrieren, daß sie sie nicht als vollwertigen Bündnis- und Verhandlungspartner akzeptierte. Bereits im Dezember 1914 hatte Innenminister Nikolaj A. Maklakov die Erkärung des Großfürsten Nikolaj Nikolaevič in einem Runderlaß an die Behörden des Königreichs dahingehend interpretiert, daß unter einem künftigen polnischen Autonomiegebiet nur die von Rußland eroberten oder noch zu erobernden Gebiete des preußischen und österreichischen Teilgebiets zu verstehen sei, nicht aber das Königreich selbst.[1260] Die am 30. März 1915 verfügte endgültige Ausgliederung des neugeschaffenen Gouvernements Chełm aus dem Königreich mußte von den Polen vollends als Provokation aufgefaßt werden[1261]; in Warschau machte das Wort von der „vierten Teilung Polens" die Runde.

Dessenungeachtet unternahmen beide Seiten noch einmal einen letzten Versuch, zu einer grundlegenden russisch-polnischen Übereinkunft zu gelangen. Zu diesem Zweck wurde im Juni 1915 eine von beiden Seiten mit je sechs Vertretern beschickte russisch-polnische Kommission ins Leben gerufen. Verhandlungsführer auf russischer Seite war Ministerpräsident Goremykin, auf polnischer Seite Roman Dmowski.[1262] Die eigentlichen Verhandlungen fanden zwischen dem 5. und dem 14. Juli 1915 in

[1258] PAJEWSKI, Odbudowa, S. 55; LECZYK, S. 42.
[1259] PALÉOLOGUE, S. 187.
[1260] Abgedruckt bei FILASIEWICZ, S. 14.
[1261] Abgedruckt bei FILASIEWICZ, S. 19f.; vgl. hierzu RECKE, Die polnische Frage, S. 212f.
[1262] Zu Mitgliedern der polnischen Delegation wurden neben Dmowski noch Zygmunt Wielopolski, Jan Harusewicz, Władysław Grabski, Eustachy Dobiecki und Ignacy Szebeko berufen. – Siehe hierzu SPUSTEK, Sprawa polska, S. 123f.; TOPOROWICZ, S. 122ff.; MARTEL, S. 17; RECKE, Die polnische Frage, S. 213ff.; die Verhandlungsprotokolle finden sich in russischer Sprache abgedruckt bei ASKENAZY, Uwagi, S. 437ff.

Petrograd statt, wohin Dmowski sich angesichts der zunehmend bedrohlicher werdenden militärischen Lage im Königreich bereits im Mai begeben hatte.[1263]

Auch jetzt noch zeigte sich die russische Seite kompromißlos und unflexibel. Bereits in der ersten Sitzung am 5. Juli machte Goremykin klar, daß nur eine begrenzte Autonomie in Frage komme und daß auch die solange nur auf dem Papier stehen werde, bis die österreichischen und die preußischen Polengebiete erobert seien. In seiner Erwiderung betonte Dmowski, die zukünftigen Grenzen Polens im Prinzip nach ethnographischen Gesichtspunkten gestalten zu wollen, doch müßten bei der Festlegung der Westgrenze auch strategische, politische und geographische Gesichtspunkte Berücksichtigung finden. Goremykin stimmte dem im Prinzip zwar zu, legte aber im Gegenzug einen Plan über die Ostgrenzen des zukünftigen polnischen Autonomiegebiets vor, demzufolge die Polen außer auf das Gouvernement Chełm auch noch auf den größten Teil des Gouvernements Suwałki (d.h. den Nordostzipfel des Königreichs) verzichten sollten. Die Sitzung wurde ergebnislos vertagt.[1264]

Am darauffolgenden Tag versuchte Dmowski die Wogen wieder zu glätten, indem er nochmals die dauerhafte Bindung Polens an Rußland betonte.[1265] Am 8. Juli verlangte das russische Kommissionsmitglied Fürst Svjatopolk-Mirskij, als Gegenleistung für die Überlassung der „mit russischem Blut" befreiten österreichischen und preußischen Provinzen müßten die Polen nicht nur auf ihre historischen, sondern auch auf ihre „national-kulturellen" Ansprüche in Westrußland dauerhaft verzichten. Im Gegensatz zu seinen früher vertretenen Ansichten – noch in seinem Buch von 1908 war von umfangreichen Minderheitenrechten für die Polen in den ehemaligen Ostgebieten die Rede gewesen – stimmte Dmowski dem mit der Bemerkung zu, über das Problem der nationalen Zugehörigkeit eines Gebiets entscheide heutzutage nicht mehr die Sprache der gebildeten und begüterten Schichten, sondern die Sprache der breiten Volksmassen. Daher sähen die Polen heute Litauen, Wolhynien, Podolien und die Ukraine nicht länger als polnisches Land an und richteten ihre Blicke statt dessen auf Schlesien, das sie als polnisches Land wiederentdeckt hätten.[1266]

Im Ergebnis führte die Arbeit der Kommission zu keinerlei konkreten Ergebnissen; auch der von Dmowski widerwillig ausgesprochene Totalverzicht auf die polnischen Ansprüche im Osten zog keinerlei Entgegenkommen der russischen Seite nach sich. Die äußeren Umstände hatten die Angelegenheit ohnehin längst zur Farce reduziert, verhandelte man doch über die Zukunft von Gebieten, über die Rußland Stück für Stück die militärische Kontrolle verlor. Die Einnahme Warschaus durch deutsche Truppen am 5. August, nur drei Wochen nach der letzten Kommissionssitzung, und damit der völlige Zusammenbruch der russischen Herrschaft über Kongreßpolen machten eine weitere polnisch-russische Zusammenarbeit überflüssig. Dmowski, der seine Kompromißbereitschaft gegenüber Rußland in letzter Zeit ohnehin überstrapaziert hatte, zog die Konsequenzen. Seine geheimgehaltene Abreise nach Westeuropa

---

[1263] HAUSMANN, Die politischen Ideen, S. 359.
[1264] ASKENAZY, Uwagi, S. 437f.
[1265] Ebenda, S. 438.
[1266] Ebenda, S. 439f.

im November 1915 verdeutlichte, daß er jede Hoffnung auf einen militärischen Erfolg Rußlands und damit auf eine Verwirklichung seines Konzepts von 1908 aufgegeben hatte.[1267]

9.3. Die politische Hinwendung der Nationaldemokratie zu den Westmächten seit 1915

Das oberste Kriegsziel der Westmächte lag begreiflicherweise in einer weitgehenden Ausschaltung Deutschlands als Machtfaktor in Europa. Eine konkrete Vorstellung, welche Rolle ein wiedererstandener polnischer Staat dabei spielen sollte, war bei Kriegsausbruch aber weder in Frankreich noch in Großbritannien vorhanden. Stimmen wie die von Georges Bienaimé, einem Mitarbeiter des ehemaligen (und künftigen) französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau, der am 15. Januar 1915 vor der Pariser Geographischen Gesellschaft ganz im Sinne der polnischen Nationaldemokratie die Ansicht vertreten hatte, Polens künftige Existenz solle im Falle einer Verbindung mit Rußland durch die Vereinigung mit dem österreichischen Teilgebiet und die Angliederung der „vier polnischen Provinzen Preußens“ (Posen, Westpreußen mit Danzig, Ostpreußen, Oberschlesien) gesichert werden[1268], blieben vereinzelt. Allgemein herrschte in London und Paris die Auffassung vor, es sei das beste, die Lösung der polnischen Frage nach Kriegsende den Russen zu überlassen.

Ein wesentliches Ziel des proalliierten polnischen Lagers mußte es daher sein, die Westmächte zu beeinflussen und von der Notwendigkeit einer weitgehenden polnischen Westexpansion auf Kosten Deutschlands zu überzeugen.[1269] Als Ausgangspunkt und Koordinationszentrum der polnischen Aktivitäten in Westeuropa wurde in der Folgezeit die neutrale Schweiz erkoren. Als erste politische Plattform konstituierte sich im Januar 1915 in Lausanne das „Haupthilfskomitee für die Opfer des Krieges in Polen“ *(Komitet Generalny Pomocy dla Ofiar Wojny w Polsce)*, das seinen Sitz wenig später in das nahegelegene Vevey am Ufer des Genfer Sees verlegte. An die Spitze des Komitees trat als Generalsekretär Erazm Piltz, zu Ehrenvorsitzenden wurden der über die Grenzen Polens hinaus populäre polnische Schriftsteller und Nobelpreisträger Henryk Sienkiewicz sowie der politisch der Nationaldemokratie nahestehende Komponist und Pianist Ignacy Jan Paderewski (1860-1941)[1270] bestimmt. Der

[1267] Vgl. v. PUTTKAMER, S. 49.

[1268] PAJEWSKI, Wokół sprawy polskiej, S. 21ff.

[1269] Siehe hierzu etwa KURNATOWSKI. – Der Autor der kurz nach Kriegsausbruch in Paris erschienenen Schrift nennt es als Ziel, „das polnische Problem in statistischer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu untersuchen“ (S. 3), und betont im folgenden ausgiebig den ethnographisch polnischen Charakter Oberschlesiens und des südlichen Ostpreußens; ebenso prangert er in bekannter Weise die antipolnische Siedlungs- und Enteignungspolitik im preußischen Osten an.

[1270] PSB, Bd. 24, S. 795ff. – Mit der Politik kam der populäre Musiker nach eigener Aussage erst im Zuge der Krakauer Grunwaldfeiern von 1910 in Berührung. Von da an unterhielt

Name des Komitees verschleierte, daß als seine obersten Ziele die Beeinflussung der polnischen Emigration und die „Informierung" der alliierten Regierungen über die polnischen Angelegenheiten angesehen wurden.[1271]

Mit dem militärischen Niedergang Rußlands verstärkte sich die Bedeutung der Westmächte für das antideutsch eingestellte polnische Lager noch, da jetzt nur noch ihnen ein Sieg über die verhaßten Mittelmächte zugetraut wurde. Piltz trug diesem Umstand im September 1915, einen Monat nach dem Fall Warschaus, mit der Gründung der „Polnischen Zentralagentur" (*Centralna Agencja Polska*, CAP) in Lausanne Rechnung, der er selbst als Direktor vorstand. Das Amt des Generalsekretärs übernahm Jan Modzelewski, verantwortlicher Redakteur für die Publikationen der Agentur wurde der aus dem preußischen Teilgebiet stammende ND-Politiker Marian Seyda. Die CAP, die sich stärker noch als das Hilfskomitee die Beeinflussung der öffentlichen Meinung Westeuropas in polnischem Sinne zum Ziel setzte, stand damit fest auf dem Boden der kurz nach Kriegsbeginn geschmiedeten Koalition aus Nationaldemokratie und „Realisten".[1272] Mit dem seit 1916 als Zweimonatsschrift erscheinenden *Przegląd Polski* („Polnische Umschau") verfügte die Agentur über ein eigenes (wenn auch kurzlebiges) Presseorgan. In ähnlicher Weise wie zuvor in der Warschauer Presse wurden darin die vermeintlichen deutschen Pläne einer erneuten „brutalen Teilung" Polens angeprangert[1273] und der Forderung Nachdruck verliehen, Polen einen Zugang zum Meer sowie das oberschlesische Kohlenbecken zuzusprechen, da es widrigenfalls ein politisch und wirtschaftlich von Deutschland abhängiger Vasallenstaat bleiben werde.[1274]

Die politische Arbeit der Lausanner Gruppe erhielt Anfang Februar 1916 weiteren Auftrieb durch die Ankunft Dmowskis. Dieser hatte nach seiner überstürzten Abreise aus Petrograd zunächst London, Paris und Rom bereist, um sich politisch zu orientieren, und dabei brieflichen Kontakt mit der CAP aufgenommen.[1275] Zugleich hatte er

---

Paderewski enge Kontakte zu Dmowski und zur Nationaldemokratie, deren stark negatives Deutschlandbild er ungeachtet einiger Differenzen in anderen Fragen teilte.

1271 LECZYK, S. 30.

1272 Ebenda, S. 34ff.; vgl. V. PUTTKAMER, S. 51.

1273 BOLESŁAW ZARAŃSKI: *Stosunek państw rozbiorowych do sprawy polskiej w obliczu wojny – I. Niemcy* [Die Einstellung der Teilungsmächte zur polnischen Frage vor dem Hintergrund des Krieges – I: Deutschland], in: „Przegląd Polski" 1916, H. 1, S. 7-24, hier S. 20f.

1274 WIKTOR KORWIN: *Stanowisko społeczeństwa polskiego wobec państw rozbiorowych w obliczu wojny – I. Stanowisko wobec Niemiec* [Die Einstellung der polnischen Gesellschaft gegenüber den Teilungsmächten vor dem Hintergrund des Krieges – I: Die Einstellung gegenüber Deutschland], in: „Przegląd Polski" 1916, H. 1, S. 25-36, hier S. 32f., 34. – In seinem Schlußwort fordert Korwin, den Krieg bis zur totalen Niederlage Deutschlands zu führen: „Es ist endgültig festzuhalten, daß Deutschland sein Streben nach einer Unterjochung und Verdrängung der Polen nicht von sich aus unterdrücken kann. Wenn dies geschehen soll, dann muß es unbedingt das schon in seiner großen Mehrheit eingedeutschte Ostpreußen verlieren, dann muß es die polnische Grenze schon zwei Eisenbahnstunden von seiner Hauptstadt entfernt ausmachen (...). Der deutsch-polnische Kampf ist eine unvermeidliche, eiserne Notwendigkeit." (S. 35f.).

1275 LECZYK, S. 48f.

in Westeuropa erstmals das politische Interesse auf seine Person gelenkt. So hieß es in einer auf den 29. Januar 1916 datierten Aktennotiz des französischen Außenministeriums vielsagend:

> „Herr Dmowski liebt Rußland nicht, aber er haßt Deutschland (...). Er versichert, daß der Sieg demjenigen gehören wird, der es fertigbringt, die polnische Frage zu lösen.“[1276]

Als neues Führungsquartett innerhalb der ententefreundlich orientierten polnischen Emigration im Westen verabredeten Dmowski, Piltz, Seyda und Paderewski für die Zukunft eine regionale Aufgabenteilung: Während Seyda in der Schweiz blieb, war Piltz fortan für Frankreich zuständig und Paderewski für die Vereinigten Staaten, auf deren Kriegseintritt an der Seite der Alliierten man langfristig baute. Dmowski selbst beschloß, sich künftig auf London zu konzentrieren und nahm dort alsbald seinen Wohnsitz.[1277] Kontakt hielt die Gruppe mittels etwa alle drei Monate stattfindender Zusammenkünfte, auf denen die Lage erörtert und das weitere Vorgehen abgestimmt wurde.[1278]

Besonders Dmowski entfaltete in London eine rege Tätigkeit, indem er zum einen zahlreiche Vorträge zur polnischen Frage hielt[1279], zum anderen den Kontakt zu englischen Regierungskreisen suchte. Dort hatte er mit seinem fordernden Auftreten allerdings nicht immer einen leichten Stand. Einer derjenigen, die in London verschiedentlich mit ihm zu tun hatten, der Sekretär im Foreign Office John Duncan Gregory, lobte rückblickend zwar den Kenntnisreichtum und den engagierten Einsatz Dmowskis für die polnische Sache, schilderte ihn zugleich aber als hartnäckig bis hin zur Penetranz.[1280] Zum regelrechten Intimfeind Dmowskis in dessen Londoner Zeit entwickelte sich der junge Historiker Lewis Namier. Unter dem Namen Ludwik Niemirowski 1888 als Sohn einer polnisch-jüdischen Familie in der Nähe von Warschau geboren, hatte Namier in Oxford studiert und 1915 das Buch *Germany and Eastern Europe* verfaßt. Im Foreign Office ging er während des Krieges – inzwischen britischer Staatsbürger geworden – als Experte für Osteuropafragen ein und aus. Dmowskis offen zur Schau gestellter Antisemitismus sorgte für ein gründliches Zerwürfnis zwischen beiden. Namier tat fortan alles, um Dmowski im Foreign Office zu diskreditieren, und trat in diesem Zusammenhang auch als scharfer Kritiker von dessen Territorialmodell auf.[1281]

1276 Zit. in: PAJEWSKI, Odbudowa, S. 173.
1277 Ebenda; vgl. HOLZER – MOLENDA, S. 165f.
1278 LECZYK, S. 50ff.
1279 V. PUTTKAMER, S. 50.
1280 Zit. in: LATAWSKI, Roman Dmowski, S. 2f.: „For as much as I like and admire him, I conceive Monsieur Dmowski to be the embodiment of not only all that is best but also all that is worst in the Polish character. On English politicians particularly he was bound to make an unfortunate impression. He was a clever man, and clever men are distrusted: he was logical in his political theories, and we hate logic: and he was persistent with a tenacity which was calculated to drive everybody mad.“
1281 Siehe hierzu ebenda, S. 5ff.; PAJEWSKI, Dwie zachodnie opinie, S. 141ff.

In London begann Dmowski mit der Abfassung einer ganzen Serie von Denkschriften, in denen er bis Kriegsende sein Territorialprogramm Schritt für Schritt präzisierte. Deren erste übersandte er im März 1916 unter dem Titel „Denkschrift zur Frage der Anerkennung der Unabhängigkeit Polens" *(Memorjał w sprawie uznania niepodległości Polski)* dem russischen Botschafter in Paris, Aleksander P. Izvol'skij.[1282] Der Adressat war bewußt gewählt, da Dmowski angesichts der wachsenden Kriegsmüdigkeit in Rußland nichts so sehr fürchtete wie einen deutsch-russischen Separatfrieden, der Deutschland von der Last des Zweifrontenkrieges befreit hätte.[1283] Vor dem Hintergrund der veränderten Lage war das Memorandum in einem deutlich selbstbewußteren und fordernderen Ton gehalten, als Dmowski ihn noch in Petrograd gegenüber der russischen Seite angeschlagen hatte. Wie viele seiner vorangegangenen Schriften drehte sich auch dieses Dokument hauptsächlich um die Rolle Deutschlands, das den gegenwärtigen Krieg allein vorbereitet habe und seinen Herrschaftsbereich – Dmowski wiederholte hier seine schon 1908 präsentierte These, die angesichts der Kriegszieldiskussion in Deutschland mittlerweile neue Nahrung erhalten hatte – im Südosten bis zum Persischen Golf, im Osten über das Königreich Polen hinaus bis weit in die Ukraine und über das gesamte Baltikum ausdehnen wolle. Rußland müsse daher erkennen, daß es von Deutschland letztlich als Hauptgegner betrachtet werde.[1284] Der russischen Seite warf Dmowski vor, aus diesen Tatsachen keine Konsequenzen gezogen und ihre repressive Politik gegenüber den Polen auch nach Kriegsbeginn nicht geändert zu haben, anstatt Seite an Seite mit ihnen die deutsche Bedrohung abzuwehren. Sein Territorialprogramm, das hier noch eine untergeordnete Rolle spielte, stellte er wie gewohnt in diesen antideutschen Zusammenhang:

> „Unter dem Einfluß derselben (nationalen) Idee richteten die Polen ihr Augenmerk auf die deutsche Gefahr, die das Gebiet der polnischen Sprache bedroht, das nicht nur aus Posen und aus Westpreußen, sondern auch aus Oberschlesien und dem südlichen Teil Preußens besteht, und in dem Wunsch nach Rettung dieser Gebiete (...) ist das polnische Volk zu einem erstklassigen antideutschen Faktor geworden."[1285]

Der alte Wunsch nach einer russisch-polnischen Interessengemeinschaft war aber noch immer lebendig, wenn Dmowski ausführte, die Polen müßten im Angesicht der deutschen Gefahr im russischen Staat nach einer Stütze suchen und sich mit ihm zumindest soweit verbinden, daß die Verteidigung ihrer Grenzen gesichert sei. Dazu sei aber eine grundlegende Änderung der russischen Politik nötig.[1286]
Das Memorandum an Izvol'skij war das letzte, mit dem Dmowski sich an die Adresse Rußlands wandte. Da es auf die russische Regierung ohnehin keinen nennenswerten Eindruck machte, galt sein Interesse fortan ganz der Beeinflussung der Westmächte. Zwar konnte die Forderung nach einer völligen staatlichen Unabhängigkeit Polens mit Rücksicht auf das Bündnis der Westmächte mit Rußland noch nicht öffentlich erho-

[1282] Abgedruckt bei DMOWSKI, Polityka polska, S. 433ff.
[1283] KRASUSKI, S. 161.
[1284] DMOWSKI, Polityka polska, S. 434f.
[1285] Ebenda, S. 438f.
[1286] Ebenda, S. 439.

ben werden[1287], doch kündigte sich der grundlegende Positionswandel innerhalb der Lausanner Gruppe im April 1916 mit einem Schreiben von Piltz an den französischen Außenminister Briand an, in dem er konstatierte, der Glaube an Rußland sei unter den Polen nachhaltig erschüttert. Das politische Ziel wurde jetzt mit der auslegungsbedürftigen Formel vom „Aufbau eines geeinten und freien Polen in Übereinstimmung mit Rußland" umschrieben.[1288]

Einen grundlegenden Wandel erfuhr die Lage im Laufe der folgenden zwölf Monate mit der Proklamation der Wiederherstellung eines polnischen Staates mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Ausrichtung durch die Mittelmächte am 5. November 1916 und dem Sturz des Zarenregimes infolge der russischen Februarrevolution von 1917. Der sogenannte „Akt des fünften November"[1289], der klare Aussagen über die Grenzen des künftigen polnischen Staatswesens aus gutem Grund vermied, fand in weiten Kreisen der polnischen Gesellschaft zunächst Anerkennung und alarmierte die Nationaldemokratie damit aufs höchste. Zugleich verstärkte sie ihren Druck auf die Westmächte, der deutsch-österreichischen Initiative endlich ein eigenständiges Konzept zur Lösung der polnischen Frage entgegenzusetzen. Die Reaktion der Nationaldemokratie und ihrer Verbündeten war erwartet eindeutig. In der am 11. November veröffentlichten „Lausanner Deklaration" wurde klargestellt, daß das polnische Volk „einig und unteilbar" sei und sein Anspruch auf ein eigenes Staatsgebiet daher alle drei Teilgebiete umfasse. Statt dessen wollten Deutschland und Österreich Polen zum Spielball ihrer Kriegspläne machen – im Ergebnis schreibe ihre Aktion die polnischen Teilungen fest.[1290] Der ND-Abgeordnete Jan Harusiewicz verband seinen Protest in der russischen Duma mit der Forderung nach einer vollständigen Vereinigung Polens als einer historischen Notwendigkeit, da ein Polen „ohne Krakau, Posen, Schlesien und das polnische Meer" nicht vorstellbar sei.[1291]

Von jetzt an spielte die Lausanner Gruppe mit offenen Karten. Unter endgültiger Aufgabe des Autonomiemodells arbeitete Piltz eine neue Denkschrift aus, die er am 15. Januar 1917 dem russischen Botschafter in Rom übergab, und erklärte darin offen, daß die polnische Frage jetzt nur noch durch die Schaffung eines völlig unabhängigen Staates, nicht aber im Rahmen der innerrussischen Politik gelöst werden könne.[1292] Zusätzliche Hoffnung schöpfte man aus der am 22. Januar 1917 von Präsident Wilson vor dem amerikanischen Senat unter dem Motto *Peace without Victory* abgegebenen Erklärung, in der dieser ein „vereinigtes, unabhängiges und autonomes Polen" empfahl.[1293] Angesichts der Tatsache, daß sich das deutsch-amerikanische Verhältnis gerade zu diesem Zeitpunkt dramatisch verschlechterte und alles auf einen baldigen

1287 Vgl. LECZYK, S. 53.
1288 Abgedruckt bei SEYDA, Polska, Bd. 1, S. 557.
1289 Abgedruckt bei FILASIEWICZ, S. 57f.
1290 Abgedruckt bei DMOWSKI, Polityka polska, S. 441.
1291 Der Wortlaut der Rede bei SEYDA, Polska, Bd. 1, S. 577.
1292 V. PUTTKAMER, S. 56.
1293 In Auszügen abgedruckt bei FILASIEWICZ, S. 133f.

Kriegseintritt der USA an der Seite der Westmächte hinauszulaufen schien[1294], reagierte Dmowski zum Abschluß einer einwöchigen Konferenz in Lausanne, an der am 2. Februar alle wichtigen Politiker des proalliierten Lagers teilgenommen hatten[1295], mit einer Ergebenheitsadresse an Wilson, die diesen für seine Ziele einnehmen sollte. Der Dank für die „vornehmen Gedanken und die Friedensliebe" des Präsidenten wurde darin mit der Behauptung verknüpft, ein dauerhafter Friede in Europa, wie ihn Wilson in seiner Rede skizziert hatte, sei nur möglich, wenn es zur Errichtung eines vollkommen unabhängigen und innerhalb seines gesamten Territoriums „von den Karpaten bis zur Ostsee" wiedervereinigten Polen komme.[1296]

Der Ausbruch der Revolution in Rußland bestätigte den neuen Kurs der Nationaldemokratie und ihrer Verbündeten auf ganzer Linie. In zwei ähnlich lautenden Erklärungen erkannten der Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat sowie die Provisorische Regierung Ende März 1917 das Recht der Polen auf volle staatliche Unabhängigkeit an. Lediglich eine freiwillige, gegen das deutsche Vormachtstreben gerichtete Militärallianz mit Rußland sollte bestehen bleiben.[1297]

9.4. Das Territorialprogramm des Pariser Nationalkomitees auf der Grundlage der Denkschriften Roman Dmowskis

Die Situation, wie sie sich zur Jahresmitte 1917 darstellte, schien Dmowskis großes Ziel – den Aufbau eines möglichst großen und starken polnischen Staates auf den Trümmern eines besiegten Preußen – in greifbare Nähe zu rücken. Zum einen hatte der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten am 6. April die militärische Front gegen Deutschland endgültig geschlossen, zum anderen erwies sich der Versuch, mit der halbherzigen und in der Folgezeit nicht mit Leben erfüllten Proklamation vom 5. November 1916 die polnische Nation dauerhaft für die Sache der Mittelmächte zu gewinnen, mehr und mehr als gescheitert.[1298] In dieser günstigen Situation machte

---

[1294] Die deutsche Regierung hatte am 31. Januar in einer Note an die USA den uneingeschränkten U-Boot-Krieg erkärt, worauf es am 3. Februar zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen kam.

[1295] LECZYK, S. 66.

[1296] Abgedruckt in französischer Sprache bei FILASIEWICZ, S. 133f., in polnischer Sprache bei SEYDA, Polska, Bd. 1, S. 594f. – Zur Bekräftigung des polnischen Strebens nach der Vereinigung aller drei Teilgebiete ist das Schreiben außer von Dmowski (Warschau) noch von Jan Rozwadowski (Lemberg) und Marian Seyda (Posen) unterzeichnet.

[1297] FILASIEWICZ, S. 146, 151ff.

[1298] Das Scheitern des deutsch-österreichischen Polenkonzepts ist auf mehrere Ursachen zurückzuführen. Zum einen verfestigte sich angesichts umfangreicher Rekrutierungsmaßnahmen unter der polnischen Jugend schon bald der Eindruck, daß die Proklamation allein aus der Überlegung heraus entstanden sei, Freiwillige für die in den Materialschlachten an der Westfront aufgeriebenen deutschen Verbände zu bekommen, zum anderen kam der Aufbau der zugesagten staatlichen Einrichtungen nur schleppend voran; eine polnische Regierung wurde nicht eingesetzt. Als die neue polnische Armee als „polnische Wehr-

Dmowski es zu seiner Hauptaufgabe, die Regierungen Englands, Frankreichs und der USA von der Angemessenheit und Folgerichtigkeit seiner Gebietsansprüche gegen Deutschland zu überzeugen. Das „allpolnische“ Territorialprogramm sollte nach seiner ideologischen Fundierung durch Popławski und seiner Einbettung in ein politisches Konzept durch Dmowski nun – sozusagen als Endstufe – den Segen der internationalen Staatengemeinschaft erhalten. Zu diesem Zweck arbeitete Dmowski im Laufe des Jahres 1917 zwei neue Memoranden aus – zunächst die Ende März dem britischen Außenminister Lord Balfour übergebene „Denkschrift über das Territorium des polnischen Staates“ *(Memorjał o terytorjum państwa polskiego)*[1299], im Juli dann die sehr viel umfangreichere und gezielt an englische und amerikanische Politiker und Journalisten verschickte Arbeit über die „Probleme Mittel- und Osteuropas“ *(Zagadnienia środkowo- i wschodnio-europejskie)*.[1300]

In seiner Denkschrift an Balfour nannte Dmowski drei Voraussetzungen, die erfüllt sein müßten, damit der künftige polnische Staat seine angestrebte Rolle erfüllen könne: Erstens müsse er ausreichend groß und stark sein, zweitens müßten die Voraussetzung für seine wirtschaftliche Unabhängigkeit von Deutschland gegeben sein – hierzu rechnete Dmowski vor allem den Zugang zum Meer und den Besitz der „auf nationalem polnischen Territorium“ gelegenen schlesischen Kohlevorkommen –, und drittens müsse es sich um einen souveränen Staat mit einer eigenständigen Außenpolitik handeln.[1301] Eine vollständige Wiederherstellung Polens in seinen historischen Grenzen von 1772 bezeichnete Dmowski als nicht möglich. Die Grundlage eines starken Polen würden heute vielmehr jene Gebiete bilden, in denen die Masse des Volkes polnisch spreche und sich ihres polnischen Volkstums bewußt sei, die aber außerhalb der Teilungsgrenzen von 1772 lägen – Oberschlesien, der südliche Teil Ostpreußens und das zu Österreich gehörende Teschener Schlesien. Ihre Zugehörigkeit zum polnischen Staat sei aus geographischen, wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten eine Frage von größtem Gewicht.[1302]

Seine Argumentation bezüglich der bis 1772 zu Polen gehörenden Ostgebiete zeigt, daß Dmowski auf Rußland nun nicht mehr die geringste Rücksicht nahm und die Gelegenheit als günstig ansah, wenigstens den größten Teil davon für Polen zurückzugewinnen. In diesen Gebieten, deren polnischen Bevölkerungsanteil er mit zwischen 5% und 35% angab, sei der einzige fortschrittliche Faktor das Polentum, die unterlegene russische Kultur hingegen unfähig und zu schwach, den Weg des Fort-

---

macht“ obendrein noch in deutsche Uniformen gesteckt und in galizische und kongreßpolnische Einheiten aufgeteilt werden sollte, kam es zu Unruhen, in deren Verlauf im Juli 1917 die Universität Warschau geschlossen und mit Piłsudski der populärste polnische Politiker verhaftet wurde – er wurde bis Kriegsende in der Festung Magdeburg festgehalten. Nach diesem Fiasko blieb der deutschen Regierung nur noch die Zusammenarbeit mit einer konservativen, adlig-klerikalen Honoratiorenschicht, die in der Bevölkerung kaum über Rückhalt verfügte (hierzu BROSZAT, S. 145ff.).

1299 Abgedruckt bei DMOWSKI, Polityka polska, S. 445ff.

1300 Abgedruckt ebenda, S. 450ff.; vgl. auch PAJEWSKI, Odbudowa, S. 177.

1301 DMOWSKI, Polityka polska, S. 445f.

1302 Ebenda, S. 446.

schritts zu beschreiten. In diesem Sinne müsse Polen im Osten wenigstens wieder bis zur Teilungsgrenze von 1793 ausgeweitet werden. Als Gebiete dieses Staates gab Dmowski im einzelnen an:

> „1) Das österreichische Polen – Galizien und die Hälfte des österreichischen Schlesien (Teschen),
> 2) das russische Polen – das Königreich Polen und die Gouvernements Kowno, Wilna und Grodno sowie einen Teil der Gouvernements Minsk und Wolhynien,
> 3) das deutsche Polen – die historischen Gebiete: Posen und Westpreußen mit Danzig; zusätzlich Oberschlesien und der südliche Teil von Ostpreußen."[1303]

In seiner Juli-Denkschrift bettete Dmowski diese Forderungen dann in eine ausführliche Bestandsaufnahme der politischen Situation in Europa und ihrer historischen Wurzeln ein. Nachdem er sich einmal mehr mit dem deutschen Annexionsprogramm auseinandergesetzt hatte, das er hier unter den Stichworten „Mitteleuropa" und „Berlin-Bagdad" zusammenfaßte[1304], beschäftigte er sich mit den verschiedenen Zugehörigkeitskriterien zu einer Nation und betonte dabei mit Blick auf Oberschlesien und Masuren, entlang der polnischen Westgrenze sei das entscheidende Kriterium die Sprache: „Hier ist jeder, der polnisch spricht, ein Pole."[1305] In diesem Sinne behauptete Dmowski unter klarer Verfälschung der Zahlen, die ethnographisch reinste polnische Provinz innerhalb Preußens sei Oberschlesien, wo 80% bis 90% der Bevölkerung polnisch sprächen.[1306] Diese Provinz müsse daher mit Ausnahme eines kleinen germanisierten Gebiets im Nordwesten und zuzüglich eines kleinen östlichen Teils Mittelschlesiens an Polen abgetreten werden.[1307]

Was Ostpreußen anging, bestritt Dmowski dessen überwiegend deutschen Charakter zwar nicht, betonte aber in bekannter Manier, daß diese im Westen und Süden von polnischer, im Osten hingegen von litauischer Bevölkerung umschlossene „deutsche Insel" im Falle eines Verbleibs bei Deutschland die Rolle eines auf die Zerstörung Polens gerichteten Brückenkopfes spielen werde.[1308] Zugleich präsentierte er ein neues Argument: Ostpreußen, das seit dem Verlust seines natürlichen ökonomischen

---

1303 Ebenda, S. 446f.

1304 Ebenda, S. 454. – Damit spielt Dmowski auf die schon vor Kriegsausbruch vor allem in liberalen und „alldeutschen" Kreisen intensiv diskutierte „Mitteleuropa-Idee" an, die die Errichtung einer deutschen Hegemonie über Ostmittel- und Südosteuropa implizierte.

1305 Ebenda, S. 460.

1306 Ebenda, S. 490. – Zur Erinnerung: Bei der Volkszählung von 1905 hatten 56,9%, 1910 53,0% der Bevölkerung das Polnische als Muttersprache angegeben (bei 2,7% bzw. 4,0% „Zweisprachigen"). Noch 1908 hatte Dmowski diese Ziffern in „Deutschland, Rußland und die polnische Frage" korrekt wiedergegeben (s.o. Kap. 8.1.).

1307 Ebenda, S. 492. – Aus seinen später auf der Friedenskonferenz vorgetragenen Ansprüchen läßt sich entnehmen, daß Dmowski mit dem erwähnten nordwestlichen Teil Oberschlesiens die Kreise Neiße-Stadt und -Land (Volkszählung 1910: 95,4% bzw. 98,5% Deutschsprachige), Grottkau (97,5% Deutschsprachige) und Falkenberg (88,7% Deutschsprachige), mit dem östlichen Teil Mittelschlesiens hingegen die Kreise Namslau und Groß Wartenberg meint, wie er es 1908 schon angedeutet hatte.

1308 Ebenda.

Hinterlandes stagniere und extrem dünn besiedelt sei, werde ein natürliches Ziel der Zuwanderung aus dem dicht besiedelten Polen (Dmowski meint hier wohl Kongreßpolen) sein und damit auch wirtschaftlich wieder erblühen, wenn es erst an Polen angeschlossen sei.[1309] In ähnlicher Weise handelte er auch das Danzig-Problem ab. Nach einer langen Phase des Niedergangs unter preußischer Herrschaft werde sich die Stadt unter den Bedingungen einer „natürlichen ökonomischen Entwicklung" dank polnischer Zuwanderung rasch wieder in eine polnische Stadt verwandeln.[1310] Daß die Masuren hier mit keinem Wort erwähnt werden, verrät, daß Dmowski wohl alle Hoffnungen auf deren „nationale Wiedergeburt" aufgegeben hatte und das Problem Ostpreußen nunmehr allein unter geopolitischen bzw. ökonomischen Gesichtspunkten betrachtete. Gleichwohl bezeichnete er die von ihm skizzierte künftige Westgrenze Polens abschließend als die „tatsächliche rassische Grenze zwischen zwei Nationen":

> „Westlich von ihr liegt deutsches Land mit kleinen polnischen Minderheiten in einzelnen Gebieten; östlich von ihr hingegen polnisches Land mit geringfügigen deutschen Minderheiten."[1311]

Insgesamt, so Dmowskis Fazit, könne Polen sich aber keinesfalls mit der Beschränkung auf sein ethnographisch einheitliches Territorium zufrieden geben, das mit rund 85.000 Quadratmeilen (entspricht knapp 200.000 qkm) „nur" so groß sei wie die britische Insel und dessen 23 Millionen Einwohner gerade mal die Hälfte der Einwohnerzahl Großbritanniens und Irlands ausmachten. Das unter Berücksichtigung aller wichtigen Kriterien angemessene polnische Staatsgebiet müsse hingegen rund 200.000 Quadratmeilen (entspricht ca. 465.000 qkm) mit 38 Millionen Einwohnern umfassen und wäre damit nach der Fläche ungefähr so groß wie Frankreich oder Deutschland, nach der Bevölkerung so groß wie Frankreich.[1312] Die „nach Sprache, Kultur, Denken und Gefühl" polnische Bevölkerung werde in diesem Gebiet knapp 70% der Bevölkerung ausmachen. Dies erklärte Dmowski für akzeptabel angesichts der Tatsache, daß sich unter den restlichen 30% noch rund zweieinhalb Millionen Li-

---

1309 Ebenda, S. 490f. – Die Bevölkerungsdichte Ostpreußens gibt Dmowski hier mit 144 Einwohnern pro Quadratmeile (entspricht 62 E./qkm), diejenige Kongreßpolens hingegen mit 260 Einwohnern pro Quadratmeile (entspricht 112 E./qkm) an. – Eine ganz ähnliche Einschätzung der Zukunft Ostpreußens findet sich in Gdańsk and East Prussia, S. 22.

1310 Ebenda, S. 491.

1311 Ebenda, S. 492. – Abgesehen von der bereits geschilderten Grenzlinie in Schlesien sollte diese Grenze laut Dmowski im Prinzip entlang der Westgrenze der Provinz Posen bzw. der Ostgrenze der Provinz Pommern bis zur Ostseeküste verlaufen, wobei er sich bereit zeigt, einen kleinen germanisierten Streifen im Westen Posens bei Deutschland zu belassen, im Gegenzug aber die Abtretung der pommerschen Landkreise Lauenburg und Bütow an Polen verlangt.

1312 Ebenda, S. 494. – Bei den Flächenangaben verwendet Dmowski mit Rücksicht auf die angelsächsischen Adressaten seiner Denkschrift die Londoner Meile zu 1524 m. Eine Quadratmeile entspricht damit ca. 2,32 qkm.

tauer befänden, die den Polen religiös und zivilisatorisch eng verbunden seien und deren Mehrheit ohnehin den Anschluß an Polen wünsche.[1313]

Als Ausgleich für die Abtretung großer Teile der deutschen Ostprovinzen an Polen, Schleswigs an Dänemark und Elsaß-Lothringens an Frankreich schlug Dmowski den Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland vor, da dessen überwiegend katholische Bevölkerung einen integralen Bestandteil des deutschen Volkes bilde und eine solche Entwicklung im Falle des Zerfalls der österreichisch-ungarischen Monarchie ohnehin nicht zu verhindern sei.[1314] Hier zeigt sich, daß Dmowski entgegen den sonst von „allpolnischer" Seite verbreiteten Polemiken durchaus über ein differenziertes Deutschlandbild verfügte. Hinter seiner Idee schimmerte die Überzeugung durch, daß Deutschland zur existentiellen Bedrohung für Europa vor allem durch den Umstand geworden sei, daß Preußen es geeint und über es geherrscht habe. Nach einer weitgehenden Amputation Preußens im Osten und der Vereinigung mit den deutschsprachigen Teilen Österreichs, so Dmowskis Kalkül, werde Deutschland künftig stärker vom süddeutsch-katholischen Element geprägt sein, das er für potentiell ungefährlicher und schwächer hielt als das preußisch-norddeutsch-protestantische Element.[1315]

Die Zahlenspielereien, die Dmowski in seiner Juli-Denkschrift von 1917 anstellte, machten sein politisches Ziel noch einmal deutlich, das er in der Phase der prorussischen Orientierung der Nationaldemokratie wohl nie aus den Augen verloren, in seinen öffentlichen Äußerungen aber zurückgestellt hatte. Zutage trat das zwei Jahrzehnte zuvor schon von Popławski skizzierte Bild eines Staates, der zwar über den ethnographisch polnischen Bereich hinausgreifen, zugleich aber prinzipiell den Charakter eines polnischen Nationalstaates bewahren sollte. Dieser „Nationalstaat" mußte für Dmowski zunächst also durchaus kein national völlig einheitlicher Staat sein, nur sollte die polnischsprachige Bevölkerung in ihm einen genügend starken „nationalen Kern" bilden, um die übrigen Völkerschaften dominieren und langfristig assimilieren zu können. In seinen eigenen Worten liest sich das so:

> „Je größer im Staate die Zahl der rein polnischen Bevölkerung ist, um so weniger Schwierigkeiten wird er mit der sprachlich nichtpolnischen Bevölkerung haben, die er in seine Grenzen aufnehmen muß. (...) Je mehr rein polnische Bevölkerung der Staat hat, um so mehr nichtpolnische kann er aufnehmen." [1316]

In Dmowskis Augen war die „Verstärkung" des polnischen Elements durch die Masuren und die Oberschlesier auch aus diesem Grund unerläßlich. Zugleich wird deutlich, daß er eine über sein augenblickliches Territorialprogramm noch hinausgehende Expansion für die Zukunft nicht kategorisch ausschloß.

1313 Ebenda, S. 495. – Der erbitterte Kampf, den die Litauer im Laufe des Jahres 1918 um die Errichtung eines eigenen Nationalstaates führten, und der spätere polnisch-litauische Streit um die Zugehörigkeit der Stadt Wilna zeigen, wie sehr Dmowski mit dieser Einschätzung irrte.

1314 Ebenda, S. 470f.

1315 HAUSMANN, Die politischen Ideen, S. 364f.; vgl. DMOWSKI, Polityka polska, S. 25.

1316 DMOWSKI, Polityka polska, S. 23; vgl. HAUSMANN, Die politischen Ideen, S. 360ff.;

Hier wird auch ein wesentlicher Unterschied zwischen Dmowski und dem während des Krieges gleichfalls vehement für die staatliche Unabhängigkeit seiner Nation werbenden tschechischen Politiker Tomáš G. Masaryk offenbar. Zwar rechtfertigten beide die Einbeziehung großer ethnischer Minderheiten in ihre künftigen Staaten aus Gründen der Staatsräson, doch setzte Masaryk dabei in seinen Erklärungen nicht auf Assimilierung, sondern auf die demokratische Gleichberechtigung aller Volksgruppen mit dem Ziel eines von ethnischen Kriterien unabhängigen Staatsbewußtseins, was ihm in London und anderswo den Ruf eines moderaten Politikers einbrachte.[1317] Die rabiate Härte hingegen, mit der Dmowski seine Überzeugungen verfocht, erklärt seine Unbeliebtheit in britischen Regierungskreisen, von wo verschiedentlich der Vorwurf zu hören war, er sei ein unverbesserlicher Chauvinist. Sein Kontrahent Lewis Namier setzte Dmowskis Juli-Denkschrift im September 1917 seine *Remarks on „The Problems of Central and Eastern Europe“* entgegen, in denen er unter dem Vorwurf, Dmowski repräsentiere einen „polnischen Imperialismus“, vor allem dessen Grenzvorstellungen im Osten als vollkommen überzogen anprangerte, sich mit der anvisierten Westgrenze aber im Prinzip einverstanden erklärte.[1318] Rückendeckung erhielt Dmowski hingegen von dem Historiker Charles Osman, der das in der Juli-Denkschrift dargelegte Territorialprogramm in einer eigenen kurzen Stellungnahme zwar auch als leicht übertrieben schilderte, es zugleich jedoch mit dem Hinweis verteidigte, es sei immer noch vergleichsweise moderat im Vergleich zu den Vorstellungen anderer polnischer Publizisten, die einer vollständigen Wiederherstellung der Grenzen von 1772 das Wort redeten.[1319]

Jedenfalls war klargeworden, daß von einer rückhaltlosen Unterstützung des „allpolnischen“ Territorialprogramms bei den Westmächten derzeit noch nicht die Rede sein konnte. Was Dmowski in dieser Situation noch fehlte, war ein organisatorischer Rahmen, der es ihm ermöglichen würde, seine Forderungen im Namen ganz Polens zu erheben und seine Gesprächspartner damit unter den gewünschten Druck zu setzen. Da die Lausanner „Zentralagentur“ für diese Rolle nicht ausreichte, wurde am 15. August 1917 gleichfalls in Lausanne das „Polnische Nationalkomitee“ (*Komitet Narodowy Polski*, KNP) gegründet, dessen Selbstverständnis als „offizielle polnische Organisation“ über dasjenige der gleichnamigen Warschauer Organisation von 1914 weit hinausging.[1320] Diesem Selbstverständnis folgend war das Komitee von vornherein nicht als Parteiorganisation, sondern als Institution mit regierungsähnlichem Auf-

---

1317 Siehe hierzu LATAWSKI, The Discrepancy, S. 90ff. – Im Falle der späteren Tschechoslowakei bestand das Problem vor allem in den rund 3,5 Millionen Deutschen in den Grenzgebieten Böhmens und Mährens. Die Nationalitätenpolitik, mit der die tschechoslowakische Führung nach 1918 dieser großen, rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung ausmachenden Minderheit dann entgegentrat, nahm in der Praxis freilich ebenfalls rasch destruktive Züge an.

1318 PAJEWSKI, Dwie zachodnie opinie, S. 145; vgl. auch LATAWSKI, The Diskrepancy, S. 96.

1319 Abgedruckt bei PAJEWSKI, Dwie zachodnie opinie, S. 146f. – Im Gegensatz zu Namier, den Pajewski in diesem Zusammenhang als einen „Feind Polens“ abtut, schildert er Osman als „kritisch, aber objektiv“.

1320 Die Gründungsresolution des Nationalkomitees bei FILASIEWICZ, S. 214ff.

bau und festumrissenem Aufgabenbereich konzipiert.[1321] Zwar hatte das Komitee bei der Vertretung der polnischen Interessen gegenüber den Alliierten angesichts der fehlenden Kontrolle über ein Staatsgebiet nicht den offiziellen völkerrechtlichen Status einer Regierung inne, doch war klar, daß es diesen Status im Falle einer militärischen Befreiung des polnischen Kerngebiets umgehend beanspruchen würde.[1322] Die Zahl von nur acht Mitgliedern unterstrich diesen elitären Anspruch; ihre Zusammensetzung – neben Dmowski als Präsident noch Ignacy Paderewski, Erazm Piltz, Jan Rozwadowski, Marian Seyda, Konstanty Skirmunt, Władysław Sobański und Maurycy Zamoyski – verriet ein eindeutiges Übergewicht der Nationaldemokratie.[1323]

Die Führungsrolle des Nationalkomitees wurde alsbald von allen wichtigen Organisationen und Dachverbänden des proalliierten polnischen Lagers in Europa und der überseeischen Emigration anerkannt. Mit Rücksicht auf die Neutralität der Schweiz wurde das Hauptbüro des Komitees nach Paris verlegt, wo jetzt auch Dmowski seinen Wohnsitz nahm. Zu diplomatischen Vertretern wurden Piltz für Frankreich (wie bisher), Paderewski für die Vereinigten Staaten (ebenfalls wie bisher), Sobański für Großbritannien und Skirmunt für Italien ernannt.[1324] Die als erstes wichtiges Ziel angestrebte Anerkennung des Komitees als „offizielle Organisation“ erfolgte am 20. September 1917 durch Paris, am 15. Oktober durch London, am 30. Oktober durch Rom und am 1. Dezember schließlich durch Washington.[1325]

Trotz dieses Erfolges verstrichen die ersten drei Monate nach Anerkennung des Komitees, ohne daß es von seiten der Westmächte irgendeine Erklärung im Sinne der polnischen Kriegsziele gegeben hätte. Dmowski nutzte daher die Berichte über eine bevorstehende interalliierte Konferenz und übersandte den vier Außenministern der Verbündeten am 13. November eine Note, in der er ihnen die Wichtigkeit der polnischen Angelegenheiten nochmals in Erinnerung rief und die Entsendung einer eigenen polnischen Delegation vorschlug.[1326] Zur Fixierung der angestrebten Kriegsziele regte er darin ein verbindliches Abkommen zwischen Nationalkomitee und Alliierten an, das den Aufbau eines unabhängigen Staates aus allen drei Teilgebieten einschließlich des polnischen Teils von Schlesien sowie eines Teils der Ostseeküste mit den Mündungen von Weichsel und Memel festschreiben sollte.[1327]

Die Forderung nach einer polnischen Beteiligung an der Konferenz wurde auf Betreiben des britischen Premierministers Lloyd George allerdings ebenso zurückgewiesen wie der Gedanke eines Abkommens. Daß die Konferenz selbst, die vom 29. November bis zum 1. Dezember 1917 in Paris tagte, dann nicht einmal eine Stellungnahme zur polnischen Frage abgab, rief auf seiten des Nationalkomitees herbe Enttäu-

---

1321 V. PUTTKAMER, S. 64.
1322 Vgl. hierzu ROTH, S. 50ff.; ebenso V. PUTTKAMER, S. 85ff.
1323 V. PUTTKAMER, S. 64; vgl. LECZYK, S. 110.
1324 V. PUTTKAMER, S. 67f.
1325 Ebenda, S. 66; die Erklärungen bei FILASIEWICZ, S. 256, 273, 295.
1326 Abgedruckt bei DMOWSKI, Polityka polska, S. 502ff.
1327 Ebenda, S. 505.

schung hervor.[1328] Dennoch kam vor Jahresende überraschend Bewegung in die polnische Frage. Nachdem zuerst der italienische Ministerpräsident Orlando in einer Kammererklärung am 12. Dezember die Errichtung eines unabhängigen und ungeteilten Polen als Grundlage eines gerechten und dauerhaften Friedens bezeichnet hatte[1329], gab der französische Außenminister Pichon am 27. Dezember eine Erklärung ab, in der er die enge Gemeinsamkeit der französischen und der polnischen Interessen betonte.[1330]

9.5. Die Aktivitäten des Nationalkomitees bezüglich der Grenzfrage in den Vereinigten Staaten 1917/18

In den Vereinigten Staaten von Amerika als dem Zielland vieler polnischer Auswanderer existierten zahlreiche politische Zusammenschlüsse und Organisationen, die den Kriegsverlauf und die Entwicklung der polnischen Angelegenheiten aufmerksam verfolgten. Politisch fanden sich darin alle wichtigen Strömungen und Lager wieder, die auch in Polen selbst und im übrigen Europa eine Rolle spielten.[1331] Die Nationaldemokratie verfügte in Chicago – der Hochburg des Polentums in den USA – mit der *Zgoda* [Eintracht] und dem *Dziennik Narodowy* [Nationales Tageblatt] bereits vor 1914 über zwei einflußreiche Presseorgane.[1332] So verwundert es nicht, daß das proalliierte polnische Lager nach Kriegsausbruch versuchte, die amerikanische Regierung ebenso wie die amerikanische Öffentlichkeit in seinem Sinne zu beeinflussen, zumal die Auffassung verbreitet war, die USA würden sich nicht dauerhaft aus dem Kriegsgeschehen heraushalten können. Auf proalliierter Seite trat dabei vor allem das in Chicago ansässige „Zentrale Polnische Rettungskomitee“ (*Polski Centralny Komitet Ratunkowy*, PCKR) hervor, das unter anderem den „Akt des fünften November“ als eine „neue Teilung“ scharf anprangerte und als oberstes Ziel betonte, Polen müsse frei, unabhängig und ganz sein.[1333]

Bereits im Jahre 1915 war Jerzy Jan Sosnowski in die Vereinigten Staaten gekommen, um dort im Auftrage der russischen Regierung Waffenkäufe einzufädeln. Diese Tätigkeit gab er allerdings bald schon wieder auf, um sich statt dessen als Privatmann für die polnischen Belange einzusetzen. Dies äußerte sich vor allem in einer umfangreichen Korrespondenz, die er mit verschiedenen amerikanischen Politikern bis hin zu Präsident Wilson persönlich führte und in der er seine Adressaten von der Notwendigkeit eines Kriegseintritts an der Seite der Alliierten zu überzeugen such-

1328 V. PUTTKAMER, S. 69f.; vgl. LECZYK, S. 167.
1329 In Auszügen abgedruckt bei FILASIEWICZ, S. 300.
1330 Ebenda, S. 309.
1331 Siehe hierzu GERSON, S. 42ff.
1332 V. PUTTKAMER, S. 23.
1333 Abgedruckt in: Archiwum polityczne, S. 91f. – Autor der Erklärung ist höchstwahrscheinlich Paderewski selbst.

te.[1334] Am 18. April 1917 – keine zwei Wochen also, nachdem dieses Ziel erreicht war – wandte er sich mit einem umfangreichen Schreiben an den Präsidenten, in dem er im Namen der Gerechtigkeit die Wiedererrichtung eines unabhängigen polnischen Staates forderte.[1335] In der beigefügten Anlage wurden als oberste Kriegsziele die Zerschlagung Preußens und vor allem des preußischen Militarismus genannt sowie die Herausgabe all dessen, was Preußen in der Vergangenheit geraubt habe. Hierzu zählte Sosnowski auch Oberschlesien, dessen polnischen Bevölkerungsanteil er auf 40% bis 80% bezifferte. Angesichts seiner vielen Bodenschätze bilde dieses Gebiet die Grundlage des Reichtums und der Macht Preußens:

> „Obwohl die Polen dieses Gebiet bereits vor der ersten Teilung verloren haben, muß es ihnen zurückgegeben werden, da gerade diese Rückgabe die militärischen Vorbereitungen der Preußen und Deutschen eindämmen wird."[1336]

Sosnowski bediente sich hier des während des Krieges verbreiteten und auf die Kriegsgegner zweifellos attraktiv wirkenden Arguments, eine Abtrennung gerade des oberschlesischen Industriereviers als der „Waffenschmiede des preußischen Militarismus" werde Deutschland dauerhaft die Fähigkeit zur Führung eines Revanchekrieges nehmen.

Die entscheidende Rolle bei der Vertretung polnischer Interessen in den Vereinigten Staaten aber spielte Ignacy Paderewski, der sich als Vertreter der Lausanner „Zentralagentur" seit Ende 1915 in Amerika aufhielt. Schon kurz nach seiner Ankunft am 15. November kam es zu einer ersten Begegnung mit dem Mitarbeiter und engen Vertrauten Präsident Wilsons, Colonel Edward Mandell House, die eine dauerhafte Freundschaft zwischen beiden begründete.[1337] Paderewski, in der amerikanischen Öffentlichkeit schon bald als begnadeter Pianist gefeiert, fand über diese Beziehung auch schnell Kontakt zum Präsidenten selbst, der ihn schließlich um Unterstützung für seine im November 1916 anstehende Wiederwahl bat. Die von Paderewski daraufhin eingeleitete Unterstützungskampagne bewirkte eine nahezu geschlossene Stimmabgabe der amerikanischen Polen für Wilson, was angesichts des insgesamt nur knappen Sieges über den republikanischen Herausforderer Hughes wahlentscheidend gewirkt haben dürfte.[1338]

Kaum war die Wiederwahl erreicht, nahm Wilsons Interesse an der polnischen Frage allerdings schon wieder auffällig ab. Um dieses Interesse erneut zu wecken, ersuchte House seinen Freund Paderewski um die Abfassung einer Denkschrift, die den Präsidenten von der Dringlichkeit dieser Thematik überzeugen sollte.[1339] Dieses am 11. November 1916 vorgelegte Memorandum[1340] zeigt, daß Paderewski über ein feines Gespür für die in der amerikanischen Öffentlichkeit verbreiteten Stimmungen und

---

[1334] RECKE, Die polnische Frage, S. 285ff.; vgl. MARTEL, S. 18.
[1335] Abgedruckt bei SOSNOWSKI, S. 621ff.
[1336] Ebenda, S. 626.
[1337] GERSON, S. 67.
[1338] Ebenda, S. 65f., 69.
[1339] DROZDOWSKI, S. 91.
[1340] Abgedruckt in: Archiwum polityczne, S. 100ff.

besonders für die Gemütslage des Präsidenten verfügte. In einem kurzen Abriß der polnischen Geschichte schilderte er Polen gleichsam als das „europäische Amerika", als Hort von Freiheit, Toleranz und Demokratie:

> „The constitution ‚Nihil novi' of 1505 must be considered as the first application of the democratic parliamentary system in Europe. In 1572, after the death of the last Yagellonian, the country became a republic with kings elected for life as presidents. In the same year of St. Bartholomew's night, the Polish Senate proclaimed the absolute freedom of confession all over the Republic. Long before that date, even before the discovery of this country, from the very beginning of her political existence, Poland has been, what America is now: a safe refuge for oppressed people, a comfortable shelter for persecuted religions and opinions."[1341]

Das Verbrechen der Teilungen Polens hingegen habe für Europa und seine Völker fatale Folgen gehabt, da es die mächtepolitische Balance der alten Welt zerstört habe. Die Aufforderung, dieses Unrecht rückgängig zu machen, appellierte stark an das moralische Empfinden des US-Präsidenten:

> „In the interests of humanity, for the sake of liberty and of justice, the Polish problem must be solved by the reconstruction of the entire Polish nation, and it is to be hoped that the solution will come through the initiative of the great and noble man to whom evidently not only the destinies of this problem have been entrusted."[1342]

Wiederum ganz auf den Adressaten seiner Denkschrift zugeschnitten war auch das unkonventionelle Staatsmodell, das Paderewski vorschlug – die „Vereinigten Staaten von Polen". Sie sollten im einzelnen aus den fünf unter einem gemeinsamen staatlichen Dach miteinander verbundenen Königreichen Polen, Litauen, Polesien, Halicz-Podolien und Wolhynien bestehen.[1343] Das Königreich Polen sollte dabei neben Kongreßpolen und Galizien auch Posen und Westpreußen mit den Häfen Danzig und Elbing umfassen, zusätzlich noch den Regierungsbezirk Allenstein, den Regierungsbezirk Oppeln zuzüglich der Kreise Namslau und Groß Wartenberg sowie Österreichisch Schlesien.[1344] Mit der Nationalitätenstatistik, die er zur Begründung seiner Ansprüche heranzog, ging Paderewski recht willkürlich um, etwa wenn er die für Westpreußen in den Volkszählungen ausgewiesene deutsche Bevölkerungsmehrheit mit der Begründung vom Tisch wischte, hier zeige die Konfessionsstatistik (51,8% Katholiken, 46,3% Protestanten) die wahren Verhältnisse, da die Norddeutschen ausschließlich evangelisch seien.[1345] Von Ostpreußen sollten Paderewskis Plan zufolge neben dem Regierungsbezirk Allenstein auch noch die beiden nördlichen Kreise Tilsit und Memel abgetrennt und an das Königreich Litauen angeschlossen werden. Was

---

1341 Ebenda, S. 101.
1342 Ebenda, S. 102.
1343 Ebenda, S. 107.
1344 Ebenda, S. 107f. – Im Einleitungsteil seiner Denkschrift erwähnt Paderewski auch noch die pommerschen Landkreise Lauenburg und Bütow, die wie Masuren trotz der „ruchlosen Germanisierung" ihren polnischen Charakter bewahrt hätten (S. 100).
1345 Ebenda, S. 102f.

den dann noch verbleibenden Rest betrifft, zeigte er sich großzügig; er könne bei Deutschland verbleiben, sei es als Herzogtum oder als Stadtrepublik Königsberg. In der territorialen Abtrennung dieses Restgebiets vom übrigen Deutschland sah Paderewski kein Problem, da die Entfernung zwischen Stettin und Ostpreußen immer noch geringer sei als diejenige „von Seattle nach Alaska“.[1346]

In einer weiteren, im Januar 1917 nachgeschobenen Denkschrift zur Ostpreußen- und Danzigfrage[1347] schlug Paderewski in dieser Hinsicht einen schärferen Ton an. Die „deutsche Kolonie“ zwischen Weichsel- und Memelmündung müsse vom Reich abgetrennt werden; den „wenigen tausend“ Deutschen, die dann noch dort bleiben würden, werde es in einem freien Polen genauso gut gehen wie einst den Danzigern. Im übrigen sei es eine Tatsache, daß sich Deutsche, sobald sie in Kontakt mit der polnischen Kultur gerieten, rasch assimilierten:

> „We have in Poland hundreds of thousands of patriots, who would willingly die for Poland, people whose parents spoke only German and who came into the foreign country to make their fortune. This german inability to resist the Polish culture of soul is the principal cause of the struggle between these two races, which is nothing but the instinct of self-preservation. This struggle can easily be neutralised by establishing political frontiers between the two nations.“[1348]

Für Paderewski war also Assimilierung nicht gleich Assimilierung – während er die Germanisierung stets als den kriminellen Akt einer seelenlosen Bürokratie verdammte, verherrlichte er die Polonisierung als den Triumph einer vermeintlich höheren Kultur. Gestützt auf dieses Argument sah er auch in der ganz überwiegend deutschsprachigen Bevölkerung Danzigs kein Problem:

> „Certainly, the Polish population of Dantzig constitutes only a small minority, but it is situated on Polish soil. (...) Even in Dantzig it is sufficient to walk the streets and read the signs or consult the city directories to notice that half of the population bear Polish names. The Germanization is quite superficial. Let the Prussian army and the whole official and administrative crowd pack up and disappear and the city would again become Polish as it has been for centuries.“[1349]

In dieser Aussage deutet sich an, daß Paderewski den Germanisierungsprozeß prinzipiell für reversibel hielt und damit ähnliche Vorstellungen hegte, wie sie Bolesław Jakimiak in seiner bereits ausführlich behandelten Broschüre vertreten hatte. Besonders deutlich wird dies in einer kurzen Entgegnung zu einem von deutscher Seite veröffentlichten Kartenwerk, die er im Oktober 1918 verfaßte, also kurz vor seiner Abreise

---

[1346] Ebenda, S. 109.
[1347] Abgedruckt ebenda, S. 109ff.
[1348] Ebenda, S. 110; vgl. auch Gdańsk and East Prussia, S. 10.
[1349] Ebenda, S. 111. – An gleicher Stelle macht Paderewski seine Leser in bekannter Manier darauf aufmerksam, daß Danzig für Polen das Tor zur Welt sei und damit das gleiche, „was London für England ist, Le Havre für Frankreich oder Antwerpen für Belgien“.

aus den Vereinigten Staaten.[1350] Hierin beschrieb er die Bevölkerung Pommerns „beiderseits der Oder“ als einen „germanisierten polnischen Stamm“ und wollte wissen, daß es in der Umgebung Stettins noch viele polnischsprachige Bauern und Dörfer mit „unverwechselbarem polnischen Charakter“ gebe. Auch die eingeborene Bevölkerung Niederschlesiens sei „von reinem polnischen Blut“. Endgültig den Boden der Realität verließ Paderewski mit der Behauptung, in der ländlichen Umgebung der Städte Liegnitz, Glogau, Görlitz und Breslau sei noch vor dem französisch-preußischen Krieg (also bis 1870!) ausschließlich Polnisch gesprochen worden.[1351] Ausgangspunkt seiner Darlegungen war die These, das gesamte zwischen Elbe und Oder gelegene Gebiet sei in „rassischer“ Hinsicht keineswegs homogen und unterscheide sich damit stark vom übrigen Deutschland. Die slavische Vergangenheit dieser Gebiete sei ungeachtet der „Exterminierung“ der meisten Ureinwohner bis zum Ende des 19. Jahrhunderts nicht nur in den Ortsnamen, sondern auch in den Liedern, Gebräuchen und Volkstrachten der Bevölkerung noch heute lebendig.[1352] Wenn Paderewski aus diesen Vorstellungen auch kein so extremes Territorialprogramm ableitete wie Jakimiak, so zeigt sich gleichwohl, daß er eine noch weitergehende Westexpansion zumindest prinzipiell für legitim hielt.

Waren seine konkreten Gebietsforderungen mit denjenigen Dmowskis identisch, so setzte er sich mit dem in der Denkschrift vom November 1916 dargelegten Föderationsmodell gleichwohl in Gegensatz zu dem von der Nationaldemokratie favorisierten integrativ-zentralistisch ausgerichteten Staatsmodell, was in Lausanne zunächst für einige Irritation sorgte.[1353] Überhaupt setzt sich der stark moralisierende Duktus Paderewskis deutlich ab vom nüchternen und kühlen Analysestil Dmowskis. Hier ist aber zu berücksichtigen, daß die Denkschrift speziell auf Wilson zugeschnitten war; die Idee der „Vereinigten Staaten von Polen“ wurde daher auch nie wieder aufgegriffen. Auf den Präsidenten scheint Paderewskis Konzept ohnehin keinen besonderen Eindruck gemacht zu haben, eine direkte Reaktion erfolgte nicht.[1354]

Als auch nach dem Kriegseintritt der USA am 6. April 1917 ein klärendes Präsidentenwort ausblieb, entfachte Paderewski, dessen Status durch die Gründung des Polnischen Nationalkomitees im August deutlich aufgewertet wurde, unter den amerikanischen Polen eine großangelegte Kampagne, mit der er sowohl für das Territorialprogramm des Komitees als auch für die Schaffung einer polnischen Exilarmee agi-

[1350] Abgedruckt ebenda, S. 524ff. – Die Erklärung bezieht sich auf eine in Deutschland veröffentlichte Nationalitätenkarte Europas, der Paderewski jeden wissenschaftlichen Charakter abspricht.

[1351] Ebenda, S. 527.

[1352] Ebenda, S. 526. – In diesem Zusammenhang nennt Paderewski u.a. Lübeck („Lubecko“), Rostock („Roztoka“) und Stralsund („Strzałów“) sowie Berlin, dessen Name sogar völlig unverändert geblieben sei. Den von ihm hier verschiedentlich bemühten Begriff der „Rasse“ definiert er wie folgt: „A race is an ethnical unit. It is a tribal or national stock, a breed of human beings related by blood, ressembling in anatomical structure and complexion, in temperament and sentiment.“ (S. 527).

[1353] LECZYK, S. 183.

[1354] DROZDOWSKI, S. 91.

tierte, die unter eigenständigem Kommando an der Seite der Alliierten in den Kampf gegen Deutschland ziehen sollte.[1355] In einem auf den 7. Oktober 1917 datierten und unter anderem von Paderewski unterzeichneten Rekrutierungsaufruf hieß es:

> „Geht, um die Welt davon zu überzeugen, daß der amerikanische Pole ein würdiger Erbe des polnischen Waffenruhms ist! Ohne Goplo, Kruschwitz, Gnesen und Posen, die alte Wiege der Nation, kann Polen nicht existieren! (...) Ohne die uralten schlesischen Piastensitze kann Polen nicht existieren (...) Ohne die Weichselmündung und die Meeresküste, ohne das jahrhundertealte Danzig kann Polen nicht existieren!“[1356]

Wenig später komponierte er für die entstehende Armee ein eigenes Lied mit dem Titel „Flieg, Weißer Adler“ *(Leć Orle Biały)* und dem bezeichnenden Refrain:

> „Auf zum Kampf, zum Kampf, wo die Morgenröte der Freiheit ist,
> Auf zum Kampf, zum Kampf, für das polnische Meeresufer,
> Für unser ganzes Land, für unser piastisches Land,
> Für die Freiheit aller, für Eure und unsere.“[1357]

Auch in die Politik der amerikanischen Regierung kam jetzt wieder Bewegung. Auf die von Wilson am 2. September brieflich formulierte Bitte hin, Fachleute um sich zu scharen und mit ihnen ein amerikanisches Grundsatzprogramm für künftige Friedensverhandlungen auszuarbeiten, rief Colonel House einen Untersuchungsausschuß mit der Bezeichnung Inquiry ins Leben. Der Ausschuß unter Leitung von Sidney E. Mezes gliederte sich in mehrere nach Fachthemen und Regionen geordnete Arbeitsgruppen, wobei derjenigen für Rußland und Polen der Harvard-Historiker Professor Robert H. Lord vorstand.[1358] Obwohl Lord – wie sein späteres Agieren auf der Friedenskonferenz beweist – den polnischen Forderungen höchst aufgeschlossen gegenüberstand und obwohl sich unter seinen Mitarbeitern mit dem in Warschau geborenen

---

[1355] Diese Idee ging auf eine von der französischen Regierung am 4. Juni 1917 erlassene Verfügung zurück, eine Armee aus polnischen Kriegsgefangenen und Emigranten zu bilden. Im März 1918 wurde diese Truppe, nach der Farbe ihrer Uniformen später auch die „Blaue Armee“ genannt, offiziell dem Nationalkomitee unterstellt (HOENSCH, S. 241). – Siehe hierzu auch ein Schreiben Paderewskis an Präsident Wilson von Ende September 1917, in dem er diesen sowohl um die Anerkennung des Komitees durch die USA als auch um sein Einverständnis für die Aufstellung einer eigenen polnischen Armee bittet (abgedruckt in: Archiwum polityczne, S. 192ff.); ebenso ein Schreiben M. Kruszkis an Paderewski vom 25. September 1917 in der Frage der Organisation der polnischen Armee in Frankreich. In diesem Schreiben wird nochmals darauf hingewiesen, daß von seiten der Alliierten dringend ein klärendes Wort zur Grenzfrage kommen müsse, da den polnischen Rekruten sonst schwer zu vermitteln sei, warum sie ihr Blut vergießen sollten (ebenda, S. 198ff.).

[1356] Zit. in: DROZDOWSKI, S. 101.

[1357] Der Text des Liedes in: Archiwum polityczne, S. 269:
„Hej na bój, na bój, gdzie wolności zorza,
Hej na bój, na bój, za polski brzeg morza,
Za ziemię całą, za Piastowską, naszą,
Za wolność wszystkich, za waszą i naszą.“

[1358] Zur Arbeit der *Inquiry* siehe HOUSE – SEYMOUR, S. 1ff.; SPUSTEK, Sprawa zachodnich granic, S. 651-665.

Geophysiker und Geographen Henryk Arctowski sowie einem weiteren Professor namens Zwierzchowski auch zwei Gelehrte polnischer Abstammung befanden[1359], blieb der von der Inquiry dem Präsidenten in den ersten Januartagen 1918 vorgelegte Abschlußbericht[1360] bezüglich der Zukunft Polens undeutlich und allgemein und bot keinerlei Hinweise auf eine angestrebte Verwirklichung der Grenzvorstellungen des Nationalkomitees. Konkret war nur vom Aufbau eines unabhängigen und demokratischen Polen die Rede. Gegen eine vollständige Vereinigung erhob der Bericht hingegen mit dem Hinweis Bedenken, daß eine solche Lösung Ostpreußen vom übrigen Deutschen Reich abtrennen würde, was „wahrscheinlich außerhalb der Grenzen der praktikablen Politik" liege. Statt dessen wurde die Idee geäußert, einem nur aus dem russischen und vielleicht auch aus dem österreichischen Teilgebiet bestehenden Polen den Zugang zum Meer über den Unterlauf der Weichsel und die Kanäle nach Hamburg und Bremen zu sichern, freilich mit dem ergänzenden Hinweis, daß dies die wirtschaftliche Unterwerfung Polens unter Deutschland bedeuten würde.[1361] Das oberschlesische Problem erwähnte der Bericht mit keinem Wort.

Auf dieser Grundlage formulierte Wilson seine am 8. Januar 1918 dem amerikanischen Kongreß präsentierten „Vierzehn Punkte" als die maßgeblichen Kriterien für die Schaffung einer künftigen europäischen Friedensordnung. Punkt Dreizehn umriß die Zukunft Polens wie folgt:

> „An independent Polish state should be erected which should include the territories inhabited by indisputably Polish populations, which should be assured a free and secure access to the sea, and whose political and economic independence and territorial integrity should be guaranteed by international covenant."[1362]

Sowohl die Formulierung vom „Zugang zum Meer" als auch diejenige von der „unbestreitbar polnischen Bevölkerung" waren genügend unscharf, um sehr verschiedene Auslegungen zuzulassen. Der daraus resultierende Streit drehte sich zum einen um die Frage, ob Polen ein eigenes Stück Ostseeküste erhalten solle oder ob eine Neutralisierung des unteren Weichsellaufs ausreichend sei, zum anderen um die Kriterien, die an eine „unbestreitbar polnische Bevölkerung" anzulegen seien. Besonders in Masuren, aber auch in Oberschlesien, wo es zahlreiche Hinweise dafür gab, daß sich (polnische) Muttersprache und nationales Bekenntnis nicht zwangsläufig deckten, war der Konflikt damit vorprogrammiert.

Der Versuch, den amerikanischen Präsidenten bei der Auslegung seiner eigenen Grundsätze zu beeinflussen, bildete fortan die Hauptaufgabe des Nationalkomitees während des letzten Kriegsjahres. Der Dmowski-Vertraute Marian Seyda hat in seinen Erinnerungen selbst eingestanden, daß die polnische Seite in den Punkt Dreizehn bewußt einen reicheren Inhalt hineingelegt habe als vom Verfasser beabsichtigt; Wilson habe dem Programm eines polnischen Großstaates damit einen ungeheuren

---

1359 DMOWSKI, Polityka polska, S. 334.
1360 Abgedruckt bei BAKER, S. 23ff.
1361 Ebenda, S. 37f.
1362 Ebenda, S. 44.

und unfreiwilligen Dienst geleistet.[1363] Um so mehr mußte es die Vertreter des Nationalkomitees alarmieren, daß Lloyd George der Vierzehn-Punkte-Rede Wilsons um drei Tage mit einer Erklärung zuvorgekommen war, die die Akzente anders setzte:

> „We believe, however, that an independent Poland, comprising all those genuinely Polish elements *who desire to form part of it*, is an urgent necessity for the stability of Western Europe."[1364]

Der britische Premierminister hatte das Gewicht damit stärker auf das Selbstbestimmungsrecht der Bewohner von Gebieten gelegt, deren Grenzen streitig waren.[1365] Wilson selbst machte sich dieses Prinzip in einer in Mount Vernon (Virginia) am 4. Juli 1918 gehaltenen Rede zu eigen und präzisierte es noch. In dem zweiten von insgesamt vier Punkten, die er als Ergänzung zu seinen „Vierzehn Punkten" vom Januar verstanden wissen wollte, hieß es:

> „The settlement of every question, whether of territory, of sovereignity, of economic arrangement, or of political relationship upon the basis of the free acceptance of that settlement by the people immediately concerned, and not upon the basis of the material interest or advantage of any other nation or people which may desire a different settlement for the sake of its own exterior influence or mastery."[1366]

Die Vertreter des Nationalkomitees waren Realisten genug, um zu wissen, daß eine Volksabstimmung, wie sie Wilson damit impliziert hatte, in Masuren wohl aussichtslos und in Oberschlesien zumindest eine Angelegenheit mit ungewissem Ausgang sein würde.[1367] Paderewski reagierte auf diese ungünstige Entwicklung mit einer neuerlichen Kampagne, in deren Mittelpunkt er diesmal ganz bewußt die Forderung nach einem Anschluß der beanspruchten preußischen Gebiete an den künftigen polnischen Staat stellte. Ziel seiner Kampagne war es zum einen, die Gegner der Politik des Nationalkomitees innerhalb des amerikanischen Polentums mundtot zu machen, zum anderen sollte Druck auf die amerikanische Regierung ausgeübt werden. Die dabei angewandten rüden Methoden – die Anhänger des Piłsudski-Lagers in den USA wurden systematisch als Handlanger Deutschlands diffamiert – stießen teilweise auf heftige Kritik, im Ergebnis setzten sich die Anhänger des Nationalkomitees aber klar durch.[1368]

In dieser aufgeheizten Stimmung traf Anfang August 1918 Dmowski höchstpersönlich in den Vereinigten Staaten ein. Den Gedanken einer USA-Reise hatte er angesichts seiner Überzeugung, daß Wilsons „Vierzehn Punkte" bei der Gestaltung einer künftigen europäischen Friedensordnung eine zentrale Rolle spielen würden, bereits im März gefaßt. Jetzt, da sich der baldige militärische Zusammenbruch der Mittel-

---

1363 SEYDA, Polska, Bd. 2, S. 272.
1364 Abgedruckt bei FILASIEWICZ, S. 312.
1365 SEYDA, Polska, Bd. 2, S. 270, beschimpft Lloyd George für diesen Standpunkt als einen „politischen Ignoranten".
1366 Abgedruckt bei BAKER, S. 45f.
1367 Vgl. DMOWSKI, Polityka polska, S. 319.
1368 GERSON, S. 91ff.; vgl. DROZDOWSKI, S. 116.

mächte abzeichnete, gewann das Vorhaben absolute Priorität.[1369] Nachdem er sich zunächst ausgiebig bei Paderewski über den Stand der Dinge erkundigt hatte[1370], kam es am 13. September in Washington zu einer ersten Audienz der beiden beim Präsidenten. In der Unterredung, bei der Dmowski nach eigener Aussage den Eindruck gewann, daß Wilson über die polnische Frage und die politischen Verhältnisse in Europa nicht sonderlich gut informiert war, ging es hauptsächlich um die Frage des Ostseezugangs. Dmowski protestierte nachhaltig gegen Wilsons Idee, dieses Problem mittels einer Neutralisierung des unteren Weichsellaufs und der Bereitstellung eines Freihafens für Polen in Danzig zu lösen. Die Audienz endete für Dmowski aber insofern erfolgreich, als der Präsident ihn zum Abschluß um die Überreichung einer Karte nebst Anlage bat, in der alle umstrittenen Provinzen verzeichnet und die Gründe, aus denen die Polen sie für sich beanspruchten, aufgeführt sein sollten.[1371]

Dmowski, der hierin eine große Chance erblickte, den Präsidenten in den umstrittenen Fragen doch noch umzustimmen, machte sich sogleich an die Arbeit. Das Memorandum, das er Wilson am 8. Oktober 1918 persönlich überreichte, stellt zweifellos die wichtigste seiner Denkschriften zur Grenzfrage dar und nahm all die Argumente, die er wenig später auf der Friedenskonferenz bezüglich der beanspruchten Gebiete geltend machte, bereits vorweg.[1372] Im einleitenden Teil beschrieb er Polen als ein Land, das sich zwischen Deutschland und Rußland behaupten muß. Während die Deutschen als das größte Volk des Kontinents stets „die Eroberung und Verschlingung Polens“ anstrebten, gewönnen in Rußland heute die „zersetzenden Kräfte“ (Dmowski meint die Bolschewisten) die Oberhand – Rußland sei damit nicht länger imstande, den Polen wirksame Hilfe gegen einen deutschen Angriff zu leisten. Um in dieser Zwischenlage bestehen zu können, müsse Polen „eine große schöpferische Demokratie werden, eine Schanze gegen den deutschen Drang nach Osten, und gleichzeitig muß es sich gegen zersetzende Einflüsse wehren“.[1373] Dafür seien folgende Bedingungen unerläßlich:

„1) Es (Polen) muß ein umfangreiches Gebiet und eine zahlreiche Bevölkerung umfassen,
2) seine Bevölkerung muß hinreichend einheitlich sein, um deren innere Geschlossenheit zu sichern,
3) seine Grenzen müssen geographischen Bedingungen entsprechen, damit seine Unabhängigkeit von den Nachbarn gesichert wird.“[1374]

1369 LECZYK, S. 214f.

1370 DMOWSKI, Polityka polska, S. 331, gibt sein erstes Gespräch mit Paderewski in den USA in seinen Erinnerungen wie folgt wieder: „Als ich, gerade erst in New York angekommen, Paderewski danach fragte, wie es um die polnischen Angelegenheiten in Amerika bestellt sei, antwortete er mir, es stehe schlecht – schlecht sowohl, was die Regierung, als auch was die öffentliche Meinung betreffe.“

1371 Ebenda, S. 332f.

1372 Abgedruckt ebenda, S. 506ff.; in einer deutschen Übersetzung bei ROTH, S. 133ff.

1373 DMOWSKI, Polityka polska, S. 506.

1374 Ebenda.

Daß Polen überhaupt ein Opfer der Teilungsmächte werden konnte, begründete Dmowski mit der These, sein „übermäßiges Wachstum nach Osten“ habe die Einbeziehung von Völkern mit sehr niedriger Kultur mit sich gebracht, „die es auf Kosten seiner Kernprovinzen zivilisieren mußte, während es im Westen durchaus abnorme Grenzen besaß, die es großer Gefahr von seiten der deutschen Nachbarn aussetzte“. Um eine Wiederauferstehung Polens zu verhindern, hätten die Teilungsmächte anschließend mit allen Mitteln versucht, die polnische Bevölkerung in den Grenzgebieten zu dezimieren.[1375] Als besonders wirksames Mittel nannte Dmowski in diesem Zusammenhang den Mißbrauch amtlicher Statistiken, „um Polen in den Augen der Welt herabzusetzen und es als kleine Nation darzustellen, die für die Gesamtheit der zivilisierten Menschheit nur geringen Wert hat“. Ein Ergebnis dieser Tätigkeit, so versuchte Dmowski dem Präsidenten ein schlechtes Gewissen einzureden, sei „die Gleichgültigkeit der öffentlichen Meinung der großen Völker gegenüber der polnischen Frage, obwohl in Wirklichkeit die polnische Frage eines der wichtigsten Probleme des gegenwärtigen Krieges darstellt“.[1376]

Der Hauptteil des Memorandums zerfiel in drei Einzelabschnitte für je ein Teilgebiet. Was Preußen betrifft, prangerte Dmowski ausführlich die gewaltsam betriebene Germanisierungs- und Verdrängungspolitik der preußischen Regierung an und erwähnte in diesem Zusammenhang besonders die Aktivitäten der 1885 gegründeten Ansiedlungskommission und des Ostmarkenvereins. Die Anwendung der antipolnischen Ausnahmegesetze beweise unwiderlegbar „die Stärke des nationalen polnischen Gedankens unter der dortigen Bevölkerung“. Als Geltungsbereich dieser Gesetzgebung nannte Dmowski Posen, Westpreußen, den Regierungsbezirk Allenstein, Oberschlesien, drei östliche Kreise Mittelschlesiens sowie einige östliche Kreise Brandenburgs und Pommerns, also exakt den Umfang seiner Gebietsansprüche gegenüber Deutschland.[1377]

Was diese Gebiete im einzelnen angeht, tauchen in Dmowskis Memorandum viele Argumente wieder auf, die bereits in seiner Londoner Juli-Denkschrift eine Rolle gespielt hatten. Seine Ansprüche auf Oberschlesien und die (hier nicht näher bezeichneten) drei östlichen Kreise Mittelschlesiens begründete er zusammenfassend in vier Punkten: Erstens sei dieses Land in historischer Hinsicht ein „uralter polnischer Landesteil“, daher auch „Altpolen“ genannt; zweitens sei es in sprachlicher Hinsicht sogar das am meisten polnische Land überhaupt, wo die polnischsprachige Bevölkerung in einigen Kreisen die 90%-Marke überschreite; drittens gehöre es geographisch zu Polen und stelle das unerläßliche Bindeglied zwischen Zentralpolen und der Tschechoslowakei dar; viertens schließlich wäre es für Polen ohne Überlassung des schlesi-

[1375] Ebenda, S. 506f.
[1376] Ebenda, S. 507.
[1377] Ebenda, S. 507f. – Auf welche „antipolnischen Ausnahmegesetze“ er sich hier konkret bezieht, läßt Dmowski im Dunkeln. Tatsache ist jedenfalls, daß das berüchtigte „Enteignungsgesetz“ von 1908 weder in Schlesien noch in Ostpreußen jemals angewendet wurde.

schen Kohlenbeckens unmöglich, sich wirtschaftlich vernünftig zu entwickeln und auf den östlichen Märkten künftig mit Deutschland zu konkurrieren.[1378]

Einen neuen Aspekt präsentierte Dmowski bezüglich Ostpreußens, das er als sprachlich zwar mehrheitliches deutsches, geographisch hingegen polnisches und unter historischen wie „rassischen" Gesichtspunkten zumindest nichtdeutsches Land kennzeichnete.[1379] In Anlehnung an die von Paderewski zwei Jahre zuvor geäußerte Idee eines „Freistaates Königsberg" schlug er zwei Alternativen vor: Entweder werde Ostpreußen als ganzes an Polen angeschlossen, wobei dem deutschsprachigen Teil um Königsberg aber eine Autonomie gewährt werden könne, oder dieses deutschsprachige Gebiet werde in eine kleine unabhängige, mit Polen im Rahmen einer Zollunion verbundene Republik umgewandelt. Ein Verbleib irgendeines Teils von Ostpreußen bei Deutschland sei hingegen mit den polnischen Lebensinteressen absolut unvereinbar.[1380]

Das Schlußwort des Memorandums wiederum war ganz auf die idealistische Gedankenwelt des Adressaten abgestimmt. So gehe es dem polnischen Volk nicht nur um die Befriedigung seiner gerechtfertigten Ansprüche, sondern auch um die „Erfüllung seiner Pflichten gegenüber der zivilisierten Menschheit, seine Mission als Verteidiger der hohen Ideale der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Friedens".[1381]

Mit Blick auf das nah bevorstehende Kriegsende verstärkte auch Paderewski seine Anstrengungen noch einmal. In einem Ende Oktober 1918 in New York gehaltenen Vortrag rief er zur Bildung eines solidarischen antideutschen Blocks in Ostmitteleuropa auf, dem im Norden die Polen und die Litauer, in der Mitte die Tschechen und Slowaken und im Süden die Rumänen und Jugoslawen angehören sollten:

> „We have to form that powerful tremendous, unconquerable wall of 75.000.000 from the Baltic down to the Adriatic and the Black Sea, from Dantzig and Memel to Constanza and Fiume. We have to protect Russia and Asia Minor, the Near and the Far East. We have to defend the Baltic provinces against Germanization, to prevent the conversion of the Baltic Sea into a German lake. We have to be the most vigilant and responsible members of the forthcoming League of Nations which would be unthinkable without our own and uncontested possession of the seacoast."[1382]

[1378] Ebenda, S. 512. – Auf die „über 90 Prozent" in einigen Kreisen Oberschlesiens kommt Dmowski hier offensichtlich mit Hilfe der Volksschulkinderstatistik. Laut Volkszählung von 1910 lag der polnische Bevölkerungsanteil in keinem einzigen oberschlesischen Landkreis über 90%, selbst dann nicht, wenn man die „Zweisprachigen" dazurechnet. Ergebnisse von über 80% wurden demnach nur in Pleß (86,0%) und Rosenberg (80,7%) erreicht. Was Mittelschlesien (also den Regierungsbezirk Breslau) angeht, ist aufgrund seiner bisherigen Stellungnahmen davon auszugehen, daß Dmowski die Kreise Namslau und Groß Wartenberg meint. Welches der genannte dritte Kreis ist, bleibt hingegen unklar.

[1379] Ebenda, S. 511.

[1380] Ebenda, S. 511f.

[1381] Ebenda, S. 519f.

[1382] Abgedruckt in: Archiwum polityczne, S. 509ff., hier S. 511. – Seinen Vortrag schließt Paderewski mit den Worten: „And so: Ave, America, resurrecturi te salutant!"

Für Dmowski waren die letzten Kriegswochen von intensiven Bemühungen um das Wohlwollen der französischen Regierung gekennzeichnet, wobei ihm seine engen Kontakte zum französischen Botschafter in den Vereinigten Staaten, Jules Jusserand, zugute kamen. In einer auf den 4. November datierten Note des Nationalkomitees an das französische Außenministerium wurden die polnischen Gebietsansprüche nochmals wiederholt; darüber hinaus wurde die vorläufige militärische Besetzung Ostdeutschlands bis hin zu einer strategischen Linie Köslin-Landsberg-Glogau-Breslau-Neiße vorgeschlagen[1383], um möglichem deutschen Widerstand gegen eine Inbesitznahme der beanspruchten Gebiete von vornherein vorzubeugen. In diesem Zusammenhang bemühte sich Dmowski auch intensiv um die Überführung der in Frankreich stehenden polnischen Armee unter dem Kommando des Generals Haller nach Polen, um dort die Grundlage für eine Machtübernahme des Nationalkomitees zu schaffen. Das Vorhaben scheiterte allerdings.[1384]

Kurz nachdem das geschlagene Deutsche Reich am 11. November 1918 in Compiègne den Waffenstillstandsbedingungen seiner Gegner hatte zustimmen müssen und die Waffen in Europa damit schwiegen, kam es zu einer letzten Unterredung zwischen Dmowski und Wilson. Als Dmowski registrierte, daß der Präsident auch diesmal nicht geneigt war, seinen Grenzvorstellungen zuzustimmen, griff er zum Mittel der sanften Erpressung, was er selbst in seinen Erinnerungen wie folgt darstellte:

> „Ich erkannte, daß im Weißen Haus sehr stark gegen uns gearbeitet wurde. Ich wollte mich aber nicht von ihm (Wilson) verabschieden, ohne diese Frage zur Entscheidung zu bringen. Daher wandte ich das letzte Argument an: ‚Herr Präsident‘, sagte ich, ‚wissen Sie bestimmt, wie Ihre amerikanischen Polen von dieser Frage durchdrungen sind? Die Führer dieser Leute stammen überwiegend aus den durch Preußen geraubten Landesteilen. Wenn wir die uns zustehende Grenze gegen Deutschland nicht erhalten, wenn wir nicht nur Posen, sondern auch Schlesien und unser Ostseegebiet mit Danzig nicht erhalten, wird keiner von diesen begreifen, warum das geschah. Und das sind alles Leute, die ein festes Vertrauen in Sie setzen.‘ Wilson sah mich scharf an und erwiderte bestimmt: ‚Ich hoffe, daß Sie nicht enttäuscht werden.‘“[1385]

Angesichts der Tatsache, daß Wilson sich schon wenige Wochen später auf der Pariser Friedenskonferenz gemeinsam mit Clemenceau und gegen den Widerstand Lloyd Georges zum engagierten Sachwalter der polnischen Ansprüche machte, scheint diese Drohung ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben. Das enge Beziehungsnetz, das Dmowski und Paderewski zu Wilsons Beraterkreis, namentlich zu House und dem Historiker Lord, geknüpft hatten, tat ein übriges[1386], zumal Wilson in seinen politischen Anschauungen zwar zweifellos von hehren Grundsätzen geleitet war, die kom-

---

1383 LECZYK, S. 242f.

1384 PAJEWSKI, Odbudowa, S. 312f.; siehe hierzu auch den Briefwechsel zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau und dem Nationalkomitee, abgedruckt bei FILASIEWICZ, S. 543f.

1385 DMOWSKI, Polityka polska, S. 342. – Das genaue Datum dieser Unterredung geht aus Dmowskis Aufzeichnungen nicht hervor.

1386 Vgl. hierzu ABRAHAMCZYK, S. 25f.

plizierten politischen und ethnischen Verhältnisse in Ostmitteleuropa aber selbst kaum durchschaute und daher in starker Abhängigkeit von den Eingebungen seiner Berater stand.[1387]

Dmowski und Paderewski verließen die Vereinigten Staaten Ende November 1918 – Dmowski zunächst in Richtung Paris, Paderewski, um nach Polen zurückzukehren. Die erste Runde im Kampf um die Macht hatte das Nationalkomitee zu diesem Zeitpunkt bereits verloren. In Warschau hatte der nach wie vor ungebrochen populäre Piłsudski in den Tagen nach Abschluß des Waffenstillstandsabkommens, das die Deutschen zur umgehenden Räumung Kongreßpolens verpflichtete, die oberste militärische und politische Macht in der nunmehr ausgerufenen polnischen Republik übernommen. Als Ministerpräsident amtierte – nach einem kurzen Zwischenspiel der provisorischen Regierung Daszyński – seit dem 18. November der gemäßigte Sozialist Jędrzej Moraczewski, dessen Kabinett sich ausschließlich aus PPS-Politikern und Angehörigen der beiden polnischen Bauernparteien zusammensetzte.[1388]

[1387] Vgl. hierzu die entsprechende Einschätzung seines eigenen Außenministers bei LANSING, S. 46f.

[1388] Zu den Ereignissen vom November 1918 in Polen im einzelnen siehe AJNENKIEL, S. 133-143. – Bei den erwähnten beiden Bauernparteien handelte es sich um die eher katholisch-konservativ ausgerichtete PSL-*Piast* unter Führung von Wincenty Witos sowie die linksbäuerlich orientierte PSL-*Wyzwolenie* [Befreiung] unter Führung von Stanisław Thugutt.

10. Überblick über die Position der verschiedenen politischen Parteien und Institutionen Polens zur Frage der Westgrenze bis zum Beginn der Pariser Friedenskonferenz im Januar 1919

Der Nationaldemokratie gelang es ungeachtet der nachhaltigen Schwächung, die sie infolge der sich von 1908 bis 1913 hinziehenden Parteikrise und der diversen Abspaltungen erlitten hatte, im Verlauf des Ersten Weltkrieges ihre Position wieder auszubauen. Im Gegensatz zum Königreich Polen, wo sie im Bündnis mit den „Realisten" schon vor Kriegsausbruch politisch dominant war, hatte sie im österreichischen Teilgebiet allerdings einen bedeutend schwereren Stand, da ihr prorussischer Kurs hier extrem unpopulär war.[1389] Weniger aus innerer Überzeugung heraus als vielmehr zur Überbrüc??kung der im August 1914 angebrochenen Zeit der Ungewißheit schloß sich die galizische Nationaldemokratie unter ihren dortigen Führern Stanisław Grabski und Stanisław Głąbiński zunächst dem (auf einen Sieg der Mittelmächte setzenden) „Obersten Nationalkomitee" (*Naczelny Komitet Narodowy*, NKN) an. Je weniger Rußland aufgrund des Kriegsverlaufs noch als ernstzunehmender Faktor betrachtet wurde, umso leichter fiel es den galizischen Nationaldemokraten jedoch, den alten Kurs in der Territorialfrage wieder offen zu propagieren.[1390] Ihren Vorstellungen sehr entgegen kam eine Erklärung des Abgeordneten der Bauernpartei PSL-*Piast*, Włodzimierz Tetmajer, die auf einer in Krakau stattfindenden Sitzung der polnischen Fraktion des Wiener Parlaments am 17. Mai 1917 bei nur zwei Gegenstimmen verabschiedet wurde (sog. „Maibeschlüsse").[1391] Tetmajers Resolution, in der anstelle der bisher favorisierten „austropolnischen Lösung" die Gewährung der vollen staatlichen Unabhängigkeit an ein „vereinigtes Polen mit Zugang zum Meer" gefordert wurde, kündigte eine grundlegende Umorientierung der polnischen Öffentlichkeit im österreichischen Teilgebiet an, auch wenn man zunächst noch der Hoffnung Ausdruck gab, die österreichische Regierung möge die Verwirklichung dieses Ziels in die eigenen Hände nehmen.[1392]

1389 Vgl. hierzu WĄTOR, S. 193-208, der u.a. auf die erheblichen Widerstände hinweist, die es in den Gremien der galizischen Nationaldemokratie bis Kriegsausbruch gegen Dmowskis neuen Kurs gab. Hinzu kam, daß hier die Auseinandersetzung mit der aufstrebenden ukrainischen Nationalbewegung diejenige mit den – in Galizien ohnehin kaum präsenten – Deutschen mehr und mehr zu überlagern begann.

1390 Vgl. V. PUTTKAMER, S. 32.

1391 PAJEWSKI, Odbudowa, S. 195.

1392 Abgedruckt bei SEYDA, Polska, Bd. 2, S. 91.

Im preußischen Teilgebiet mußte die Nationaldemokratie unter dem Druck der Behörden noch vorsichtiger agieren als in Galizien. Dennoch gewann sie auch hier in der Schlußphase des Krieges mit Blick auf die zunehmend prekärer werdende militärische Lage der Mittelmächte an Selbstbewußtsein. Schon die Proklamation des „Königreichs Polen" vom 5. November 1916 war in einer von der ND gesteuerten Erklärung zwar als „kleiner Fortschritt" in dem Sinne bezeichnet worden, daß Deutschland die Existenz einer polnischen Frage endlich eingestanden habe, zugleich aber wurde scharfer Protest gegen das der deutschen Regierung unterstellte Vorhaben erhoben, den preußischen Polen mit diesem auf Kongreßpolen beschränkten Akt ihr Nationalbewußtsein abzusprechen[1393] – zwischen den Zeilen las sich das wie eine harsche Zurückweisung. Die Agitation der Nationaldemokratie in Oberschlesien erhielt im Juni 1918 durch den Wiedereinzug Korfantys in den Deutschen Reichstag neuen Auftrieb.[1394] Korfanty, der sich seinen alten Bundesgenossen mittlerweile wieder angenähert hatte und jetzt abermals der polnischen Fraktion beitrat, machte von seinem Rederecht als Abgeordneter regen Gebrauch, wobei seine Rhetorik um so radikaler ausfiel, je näher die deutsche Kriegsniederlage zu rücken schien. In seiner letzten Rede vor dem Reichstag am 25. Oktober 1918 nahm er keinerlei Rücksichten mehr und präsentierte sich als vehementer Befürworter des „allpolnischen" Territorialprogramms. Unter Berufung auf Präsident Wilsons „Vierzehn Punkte" forderte er für den künftigen polnischen Staat „die polnischen Kreise Oberschlesiens und Mittelschlesiens (...), Posen, das polnische Westpreußen und die polnischen Kreise Ostpreußens" und krönte dies mit der Zusatzbemerkung, das polnische Volk strecke „dem demokratischen, vom alten Preußentum befreiten deutschen Volk seine Bruderhand entgegen zur Versöhnung, zu gemeinschaftlicher Arbeit, zum gemeinsamen Wohl und zum Nutzen der Menschheit".[1395] Unter deutschen Politikern aller Parteien lösten die Ausführungen Korfantys erwartungsgemäß heftige Reaktionen aus; die konkrete Gefahr eines bevorstehenden Verlustes der von polnischer Seite beanspruchten Gebiete wurde der deutschen Öffentlichkeit erst jetzt so richtig bewußt.[1396]

Korfanty hatte in seiner Rede genau die Gebietsansprüche wiederholt, die das Pariser Nationalkomitee schon seit geraumer Zeit gegenüber den Westmächten propagierte. Eine größere Bedeutung für die in der polnischen Öffentlichkeit bei Kriegsende verbreitete Stimmung hatte demgegenüber der Schwenk der PPS und der übrigen

---

[1393] Abgedruckt in: Odbudowanie państwa polskiego, T. 1, S. 46ff.

[1394] KARSKI, S. 175. – Korfanty hatte eine Reichstagsnachwahl im oberschlesischen Wahlkreis Tost-Gleiwitz-Lublinitz, dessen Vertretersitz infolge des Todes eines Zentrumsabgeordneten vakant geworden war, am 6. Juni 1918 mit 63% der Stimmen für sich entschieden.

[1395] In Auszügen bei KARSKI, S. 178ff.; der vollständige Wortlaut der Rede in: Stenographische Berichte des Deutschen Reichstags, Bd. 314, S. 6253ff. – Was Danzig anging bestritt Korfanty zwar nicht, daß es sich um „eine unzweifelhaft deutsche Stadt" handle, forderte gleichwohl den Anschluß an Polen mit der Bemerkung, die Stadt werde dann „lediglich das Schicksal der vielen Minoritäten und fremdsprachigen Minoritäten und fremdsprachigen Enklaven teilen, die bei der endgültigen Regelung der Verhältnisse Europas nicht zu vermeiden sein werden."

[1396] Siehe hierzu HAUSER, S. 201-207.

wichtigen Parteien in der Grenzfrage, wie er sich im Blick auf die bevorstehende Kriegsniederlage Deutschlands im Laufe des Jahres 1918 abzeichnete.

Die Haltung Piłsudskis in der Frage der künftigen Westgrenze war in der polnischen Forschung lange umstritten.[1397] Tatsache ist jedenfalls, daß Piłsudski sich in dieser Frage bis zum Beginn der Pariser Friedenskonferenz nie öffentlich geäußert hat. Trotz der fast sechzehnmonatigen Festungshaft, die er in Magdeburg verbringen mußte, ist aber unzweifelhaft, daß Piłsudski den Hauptfeind der polnischen Nation weiterhin in Rußland sah – auch und gerade dem bolschewistischen –, zu Deutschland hingegen im Grundsatz ein gutnachbarliches Verhältnis anstrebte. Das geht aus Gesprächen hervor, die er unmittelbar nach seiner Freilassung am 8. November 1918 mit Harry Graf Kessler führte. Gegenüber Kessler äußerte er sich dabei auch zur Frage der noch unter preußischer Herrschaft befindlichen Gebiete und wies in Anspielung auf eine bevorstehende Friedenskonferenz darauf hin, daß die Polen nicht selber über ihre Grenzen zu bestimmen hätten, daß sie aber auch gewiß nichts zurückweisen würden, was die Entente ihnen „schenke".[1398] Dahinter stand Piłsudskis Überzeugung, daß Polen zum einen eine kriegerische Auseinandersetzung mit Deutschland, auf sich allein gestellt, nicht bestehen könne und es sich zum anderen auch keinesfalls die Sympathien der Siegermächte verscherzen dürfe. Schon deshalb hielt er ein ruhiges Abwarten auf die Ergebnisse der Friedenskonferenz für das Beste.[1399] Die militärischen und territorialen Prioritäten lagen für Piłsudski, der sich selbst verschiedentlich als „litauischer Pole" bezeichnete, eindeutig im Osten.[1400] Gleichwohl geriet er in der Folgezeit unter massiven Druck seines Beraterkreises, endlich auch ein eindeutiges

---

1397 Siehe JAROSZ, S. 97f., der darauf hinweist, daß Piłsudskis Person wegen seines vermeintlichen Desinteresses an den „Westgebieten" in der polnischen Forschungsliteratur vor allem der 50er Jahre teilweise heftigen Angriffen ausgesetzt war.

1398 H. Graf KESSLER, S. 22. – Harry Graf Kessler agierte in dieser Zeit als Beauftragter der deutschen Regierung und eskortierte Piłsudski von Magdeburg nach Berlin. Beide kannten sich gut vom gemeinsamen Fronteinsatz in Wolhynien im Herbst 1915. In seinen Aufzeichnungen hat Kessler auch seine Entgegnung auf die oben zitierte Äußerung Piłsudskis festgehalten: „Ich sagte, es gebe Geschenke, die dem Beschenkten nicht zum Vorteile gereichten. Eine Zerstückelung Deutschlands durch Herausreißen von Westpreußen würde eine Revanche und Irredentabewegung hervorrufen, die weder Polen noch Deutschland je zur Ruhe kommen ließe. Allerdings wäre eine Unruhe für Amerika und England durchaus erwünscht, nicht aber für Deutschland und Polen, die nur in gegenseitiger Hilfe und guter Nachbarschaft vorwärtskommen könnten." – Vgl. hierzu auch LUNDGREEN-NIELSEN, S. 49; WRONIAK, S. 61.

1399 Vgl. WASILEWSKI, Piłsudski, S. 172.

1400 LUNDGREEN-NIELSEN, S. 51f. – Im Osten strebte Piłsudski ungefähr eine Grenzlinie Wilna – Pinsk – Rowno an, also die Einbeziehung des größten Teils der historischen Ostgebiete in den neuen Staat. Was Litauen angeht, richtete er seine Begehrlichkeit vor allem auf den nicht oder nur teilweise von ethnischen Litauern bewohnten Teil des alten Großfürstentums einschließlich des Wilna-Gebiets – seiner Heimat –, wohingegen er einen möglichen unabhängigen litauischen Staat auf dessen „ethnographischen Kern" rund um die Stadt Kaunas beschränkt sehen wollte.

Signal in Richtung der preußischen Polen auszusenden, da ansonsten eine weitere Stärkung der Nationaldemokratie befürchtet wurde.[1401]

Ein solches Signal kam zwar nicht von Piłsudski selbst als dem faktischen Staatsoberhaupt, wohl aber von den ersten beiden polnischen Regierungen nach Ausrufung der Unabhängigkeit, die politisch beide von der Linken dominiert wurden. Bereits seit dem 7. November 1918 amtierte in Krakau eine „Provisorische Volksregierung" *(Tymczasowy Rząd Ludowy)* unter Ministerpräsident Ignacy Daszyński. In einer der ersten offiziellen Verlautbarungen dieses Gremiums bezeichnete es Daszyński als zentrale Aufgabe seiner Regierung, die Vereinigung aller Teilgebiete zu vollenden und den Kampf um einen Zugang zum Meer und ein eigenes Küstengebiet unverzüglich aufzunehmen.[1402] Der am 18. November von Piłsudski als Nachfolger Daszyńskis zum Ministerpräsidenten berufene und mit der Vorbereitung baldiger Wahlen zu einem verfassungsgebenden Sejm beauftragte PPS-Politiker Jędrzej Moraczewski wandte sich schon am 19. November öffentlich „An das polnische Volk" und erklärte:

> „Noch sind wir nicht alle beisammen. Die Bevölkerung Großpolens und des piastischen Schlesien untersteht noch nicht der Gewalt der polnischen Republik. Das polnische Meeresufer befindet sich noch nicht innerhalb der Grenzen Polens. Über der Wiege des polnischen Staates [gemeint ist Großpolen, Anm. d. Verf.] wehen noch fremde Standarten. Die Zusammenführung aller Gebiete, die von polnischer Bevölkerung bewohnt sind oder freiwillig zu Polen tendieren, zur endgültigen Vereinigung wird eine unserer ersten Aufgaben sein."[1403]

Welche Gebiete damit im einzelnen gemeint waren, verdeutlichte das am 28. November 1918 vorgelegte Wahlgesetz, das seine Geltung ausdrücklich auch für das „Danziger Pommern" (sprich: Pommerellen) einschließlich der Stadt Danzig, für das übrige Westpreußen einschließlich der südwestlichen Kreise Flatow und Schlochau, für Masuren und das südliche Ermland mit Allenstein sowie für Oberschlesien mit den Städten Kattowitz, Oppeln und Neiße beanspruchte.[1404] Einen maßgeblichen Einfluß dürfte hierbei Moraczewskis Außenminister Leon Wasilewski ausgeübt haben, der von jeher ein reges Interesse an den „Westgebieten" bekundet und bereits im Kriegsjahr 1915 seiner Hoffnung auf Anschluß Oberschlesiens an einen künftigen polnischen Staat Ausdruck verliehen hatte (s.o. Kap. 7.3.1.).[1405] Im Ergebnis hatte sich die Regierung das „allpolnische" Territorialprogramm jedenfalls fast detailgetreu zu ei-

---

1401 Ebenda, S. 53, 56.

1402 *Przemówienie prezydenta ministrów tow. Daszyńskiego* [Ansprache des Ministerpräsidenten Genosse Daszyński], in: „Robotnik" 1918, Nr. 291 (keine Seitenzählung); vgl. hierzu KUDŁASZYK, Elementy, S. 106f.

1403 *Do Narodu Polskiego (Odezwa Jędrzeja Moraczewskiego)* [An das Polnische Volk: Erklärung Jędrzej Moraczewskis], in: „Robotnik" 1918, Nr. 305.

1404 Abgedruckt in: Powstanie II Rzeczypospolitej, S. 454. – Dies geschah ungeachtet der Tatsache, daß die Nationalitätenstatistik gerade für die westpreußischen Kreise Flatow und Schlochau große deutsche Mehrheiten auswies (Volkszählung 1900: Flatow 73,1% Deutsche, Schlochau 85,4% Deutsche).

1405 Vgl. hierzu JĘDRUSZCZAK, S. 38; JAROSZ, S. 98f.

gen gemacht, obwohl ihr gar keine Nationaldemokraten angehörten, ja sie von diesen sogar erbittert bekämpft wurde.

Einen besonderen Schwerpunkt in der Grenzfrage legte die PPS erwartungsgemäß auf Oberschlesien. Ihr offizielles Parteiorgan, der *Robotnik* („Der Arbeiter"), wies schon wenige Tage nach Verkündung des Waffenstillstandes auf den enormen Reichtum Oberschlesiens an Bodenschätzen sowie die Perspektiven hin, die sich für Polen im Falle des vollständigen Erwerbs des schlesisch-kleinpolnischen Kohlenbeckens ergäben.[1406] Einer der zeitweiligen Koalitionspartner der PPS, die von Wincenty Witos geführte Bauernpartei PSL-*Piast*, hatte sich den von der Nationaldemokratie propagierten Grenzvorstellungen ohnehin schon frühzeitig angenähert. Ihr Parteiblatt, der in Krakau erscheinende *Piast*, hatte bereits am 6. Oktober 1918 im Namen des polnischen Volkes in Österreich die vollständige Vereinigung Polens einschließlich eines eigenen Stücks Meeresküste sowie der polnischen Teile Schlesiens gefordert.[1407] Jetzt, da sich der Zusammenbruch der deutschen Macht abzeichne, sei es an der Zeit auszusprechen, daß Polen nicht nur aus dem Königreich und Galizien, sondern auch aus dem Teschener Schlesien, dem preußischen Schlesien, Posen und Ostpreußen bestehe; solange sich die Regierungen in Berlin und Wien mit dieser Tatsache nicht abfänden, müsse ihnen der Weg zum Frieden versperrt werden.[1408]

Zu der zunehmenden Fixierung auf die bei Verkündung des Waffenstillstandes noch unter preußischer Herrschaft stehenden preußischen Gebiete trug vor allem der am 27. Dezember 1918 ausgebrochene Posener Aufstand bei. Ihm vorausgegangen war Ende November die Bildung eines „Parlaments der Teilgebiete" *(Sejm Dzielnicowy)*, dem Vertreter aus allen von Regierung und Nationalkomitee beanspruchten preußischen Landesteilen angehören sollten.[1409] Von den 1399 Delegierten, die sich vom 3. bis zum 5. Dezember mit Erlaubnis der Behörden in Posen zusammenfanden, kamen im einzelnen 526 aus der Provinz Posen, 431 aus Schlesien, 262 aus Westpreußen, 133 aus den polnischen Emigrationszentren in Westdeutschland (v.a. dem Ruhrgebiet) und 47 aus Ostpreußen.[1410] Selbstgesteckte Aufgabe dieses „Parlaments" war es, das Vorgehen der nationalpolnischen Bewegung im preußischen Osten festzulegen und zu koordinieren. Wenn über das Ziel – die Angliederung aller beanspruchten preußischen Gebiete an den neuen polnischen Staat – auch Einigkeit bestand, so war der Weg dahin unter den Delegierten höchst umstritten: Während die eine Seite dazu aufrief, durch bewaffnete Aktionen vollendete Tatsachen zu schaffen, vertrauten die anderen auf die Erfüllung der polnischen Forderungen auf der bevor-

---

1406 *Górnośląski przemysł górniczy* [Die oberschlesische Bergbauindustrie], in: „Robotnik" 1918, Nr. 302. – An gleicher Stelle wird behauptet, die oberschlesischen Bergleute seien zu 98% „reine Polen".

1407 *Koło polskie a sprawa pokoju i sprawa polska* [Die polnische Fraktion, die Friedensfrage und die polnische Frage], in: „Piast" 1918, Nr. 40, S. 12.

1408 *Sprawy polskie* [Polnische Fragen], ebenda, S. 11.

1409 Siehe hierzu CZUBIŃSKI, Rola Wielkopolski, S. 54-75; DWORECKI, S. 215-234.

1410 DWORECKI, S. 218.

stehenden Friedenskonferenz.[1411] Im Ergebnis setzten sich die Befürworter einer abwartenden Linie durch; die Abspaltung der in Rede stehenden Gebiete von Preußen wurde nicht offiziell proklamiert, dafür aber als De-facto-Regierung ein „Oberster Volksrat" (*Naczelna Rada Ludowa*, NRL) eingesetzt, von dessen 81 Mitgliedern immerhin 29 aus Schlesien kamen, darunter Korfanty.[1412]

Wurde dem „Teilgebietsparlament" in der polnischen Presse zunächst auch verschiedentlich vorgeworfen, statt Taten nur Worte produziert zu haben[1413], so hatte es gleichwohl die organisatorischen und logistischen Grundlagen für den drei Wochen später ausgebrochenen Aufstand geschaffen, dessen Koordinierung maßgeblich in den Händen des „Obersten Volksrates" lag. Der unerwartet rasche militärische Erfolg der Aufständischen – bis zum 8. Januar 1919 hatten sie fast die gesamte Provinz Posen in ihre Hand gebracht und damit für die bevorstehenden Friedensverhandlungen ein nicht mehr revidierbares *fait accompli* geschaffen – löste in der polnischen Öffentlichkeit eine Welle der nationalen Begeisterung aus, auch wenn sich die Hoffnung auf ein Übergreifen des Aufstandes auf Oberschlesien als verfehlt erwies.[1414] In dieser emotional aufgeheizten Stimmung konnte es sich kaum noch eine politische Gruppierung leisten, die Forderung nach Anschluß der preußischen Ostprovinzen nicht in ihr Programm aufzunehmen. Die PPS etwa ließ ihr Zentralorgan am 3. Januar unter der Überschrift „Die Befreiung des Posener Landes" verkünden:

> „Es kann keine klarere, unstrittigere und berechtigtere Angelegenheit geben als die, daß Posen und Oberschlesien zu Polen gehören sollen und müssen. Unsere nationalen Rechte haben dort eine tiefe Grundlage. Kein Teil unseres nationalen Territoriums darf unter fremder Herrschaft verbleiben."[1415]

Die Nationaldemokratie wie auch die PSL-*Piast* hatten an ihrer diesbezüglichen Haltung ohnehin nie den geringsten Zweifel gelassen und richteten ihre Hoffnungen ganz auf die Westmächte als den potentiellen Erfüllungsgehilfen der polnischen Forderungen.[1416] Den Alliierten etwas reservierter gegenüber stand die linksagrarische PSL-

---

[1411] Ebenda, S. 222. – In diesem Sinne richtete das „Teilgebietsparlament" direkte Aufrufe an die Regierungen Frankreichs, Englands, Italiens und der USA.

[1412] CZUBIŃSKI, Rola Wielkopolski, S. 58.

[1413] So äußert sich etwa TADEUSZ HOŁÓWKO: *Wrażenia z Górnego Śląska i Poznania* [Eindrücke aus Oberschlesien und Posen], in: „Robotnik" 1918, Nr. 350.

[1414] So äußerte die Posener NRL in ihrer ersten Erklärung nach Ausbruch des Aufstandes die Erwartung, der „Glaube an uns selbst" werde im Falle einer erfolgreichen Befreiung Posens „unsere Standarten in kurzer Zeit bis hinter die Netze und über die blauen Wellen der Oder hinaus" tragen (zit. in: WRONIAK, S. 66). – Zu den Ereignissen in der Provinz Posen siehe grundlegend VOGT.

[1415] *Wyzwolenie Poznańskiego*, in: „Robotnik" 1919, Nr. 3.

[1416] So heißt es in einer am 22. Februar 1919 – also bereits während der Friedensverhandlungen – abgegebenen Erklärung der Sejm-Fraktion der PSL-*Piast* beschwörend: „Wir wissen, daß wir ein vereinigtes Polen in großem Maße der Entente verdanken. Mit den Staaten der Entente und den Demokratien des Westens wollen wir in Freundschaft und in einem politischen Bund leben. Wir werden darauf hinwirken, daß dieser Bund (...) schon in naher Zukunft zur politischen Realität wird. Wir leben auch in der beständigen Hoffnung,

Wyzwolenie, die die Ostpolitik Piłsudskis unterstützte und wie dieser keine prinzipielle deutsch-polnische „Erbfeindschaft“ für gegeben hielt. Gleichwohl begrüßte auch sie die Beseitigung der deutschen Herrschaft über die Provinz Posen und setzte sich aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten besonders für den Anschluß des an Bodenschätzen reichen Oberschlesien ein, weniger deutlich hingegen für den Anschluß Danzigs und des südlichen Ostpreußen. Insgesamt genossen die „Westgebiete“ in der Programmatik der *Wyzwolenie* keine unbedingte Priorität.[1417] Am ehesten noch in der politischen Tradition der alten Adelsrepublik standen die organisatorisch wenig schlagkräftigen polnischen Konservativen mit Schwerpunkt im ehemaligen österreichischen Teilgebiet. Sie erblickten den Hauptfeind der polnischen Nation von jeher in Rußland und räumten der Frage der Ostgrenze sowie der möglichen Integration der Ukrainer und Weißrussen in den polnischen Staat in ihren Verlautbarungen den Vorrang ein. Gleichwohl wurden im *Czas*, dem traditionsreichen Leitorgan des galizischen Konservatismus, seit Ende 1918 vereinzelt Stimmen laut, die sich die populäre Forderung nach Anschluß des gesamten preußischen Teilgebiets, einschließlich Oberschlesiens und Masurens, zu eigen machten.[1418] Völlig außerhalb dieser Vorstellungen stand lediglich die Ende 1918 aus der SDKPiL und der PPS-Lewica hervorgegangene „Kommunistische Partei Polens“ (*Komunistyczna Partia Polski*, KPP), die auf einen baldigen Erfolg der sozialistischen Revolution in ganz Europa hoffte und als Zwischenlösung den föderativen Anschluß Polens an Sowjetrußland anstrebte. Die Partei, die im katholisch geprägten und von nationalen Emotionen aufgewühlten Polen zu keinem Zeitpunkt einen großen Anhang gewinnen konnte, wurde im Januar 1919 schon wieder verboten.[1419]

Ungeachtet der verbreiteten Differenzen über die territoriale Ausrichtung Polens im Osten war das „allpolnische“ Territorialprogramm der Nationaldemokratie damit zumindest bezüglich der Westgrenze nach Kriegsende zum offiziellen Programm des polnischen Staates geworden, getragen von einem breiten Konsens innerhalb der Bevölkerung. Was die polnische Parteienlandschaft angeht, ist hier allerdings einschränkend hinzuzufügen, daß die Nationaldemokratie und ihr nahestehende Gruppen auf diesem Feld die Meinungsführerschaft errungen hatten und sich als treibende Kraft hervortaten, während sich andere politische Formationen dem herrschenden antideutschen Zeitgeist eher lustlos und ohne innere Überzeugung anschlossen. Die wenigen Publizisten, die sich wie Władysław Studnicki auch nach Kriegsende unverdrossen

daß die Entente, in die die polnische Nation ihr vollstes Vertrauen setzt, uns mit raschen Taten bei der endgültigen Vereinigung, bei der Verteidigung unserer zerrissenen Grenzen und bei der Zerschlagung der Raublust unserer Feinde im Osten und im Westen unterstützt (...).“ (Abgedruckt bei WITOS, S. 247ff., hier S. 248). – Vgl. hierzu auch FARYŚ, Koncepcje, S. 69.

1417 DOLIESEN, S. 226, 232; vgl. FARYŚ, Koncepcje, S. 52f. – Was das südliche Ostpreußen angeht, war sich die Führung der *Wyzwolenie* wohl sehr deutlich der Aussichtslosigkeit bewußt, dieses Gebiet im Zuge einer Volksabstimmung zu erlangen.

1418 FARYŚ, Koncepcje, S. 57ff.; vgl. RUDNICKI, S. 86ff.

1419 DZIEWANOWSKI, S. 83.

für ein deutsch-polnisches Zusammengehen einsetzten (s.o. Kap. 8.2.2.), gerieten demgegenüber in die gesellschaftliche Isolation.

Unter dem Einfluß der allgemeinen Stimmung gelang es der Nationaldemokratie, nachdem sie im Kampf um die Macht zunächst ausgebootet worden war, rasch wieder an Einfluß zu gewinnen. Piłsudski stand nach Kriegsende vor dem Dilemma, daß die Alliierten ihm als ehemaligen Bundesgenossen der Mittelmächte und auch seiner linksgerichteten Regierung ein tiefes Mißtrauen entgegenbrachten und daher das weiterhin von Paris aus agierende Nationalkomitee als den berufeneren Vertreter der polnischen Nation ansahen. Mitte Dezember 1918 entsandte Piłsudski daher eine Verhandlungsdelegation nach Paris mit dem Ziel, einen Ausgleich mit dem Nationalkomitee zu suchen. Als Bedingungen für einen solchen Ausgleich nannte Dmowski die Anerkennung des Nationalkomitees als offizieller Verhandlungsführer gegenüber den Alliierten, die Bildung einer Koalitionsregierung und die Anerkennung der noch immer in Frankreich stehenden Haller-Armee als offizieller Teil der neuen polnischen Streitkräfte.[1420] Zu der in diesem Zusammenhang beabsichtigten Überführung der Haller-Armee auf dem Seeweg über Danzig nach Polen als Ausgangspunkt einer gewaltsamen „Befreiung" der beanspruchten Gebiete unter preußischer Herrschaft kam es aber nicht.[1421] Die nächste Verhandlungsrunde fand Anfang Januar in Warschau statt. Das Nationalkomitee wurde dabei durch Paderewski vertreten, der nach seiner Abreise aus den Vereinigten Staaten über Danzig und Posen, wo seine Ankunft am 26. Dezember nicht unwesentlich zum Ausbruch des Aufstandes beigetragen hatte, nach Warschau zurückgekehrt war.[1422] Die abschließende Einigung wurde am 14. Januar 1919 erzielt: Das Nationalkomitee erkannte Piłsudski als Staatsoberhaupt Polens an und gestand ihm weitgehende Handlungsfreiheit in militärischen Fragen zu, dieser wiederum bestätigte das Nationalkomitee als offizielle Vertretung Polens auf der bevorstehenden Friedenskonferenz. Am 16. Januar übernahm Paderewski nach der Demission des Kabinetts Moraczewski als Haupt einer Regierung aus überwiegend überparteilichen Fachleuten das Amt des Ministerpräsidenten, während Dmowski zum Chef der polnischen Delegation bei der Friedenskonferenz berufen wurde.[1423] Die am 26. Januar abgehaltenen Wahlen zum verfassungsgebenden Sejm bestätigten die neuen Machtverhältnisse weitgehend: Die PPS, die die gescheiterte Regierung Moraczewski maßgeblich gestützt hatte, schnitt mit lediglich 13% der Stimmen enttäuschend ab, wohingegen die Bauernlinke mit immerhin 21% ein bedeutend besseres

---

[1420] WRONIAK, S. 80ff.

[1421] Siehe hierzu GRYGIER, Powstanie wielkopolskie, S. 655-670; vgl. auch KARSKI, S. 192. – Entsprechende Pläne einer von Danzig ausgehenden militärischen Besetzung Westpreußens zunächst bis zu einer Linie Danzig-Bromberg-Thorn waren u.a. von Korfanty entwickelt worden. Tatsächlich konnte die Überführung der Haller-Armee aber erst Ende April 1919 abgeschlossen werden, und das auf dem Landwege.

[1422] RHODE, S. 460f.

[1423] WRONIAK, S. 84ff.

Ergebnis erzielte. Die meisten Stimmen (34%) entfielen auf die vereinigte Rechte unter Führung der Nationaldemokratie.[1424]

Obwohl Piłsudski es immerhin hatte durchsetzen können, daß die polnische Delegation auf der am 12. Januar 1919 offiziell eröffneten Friedenskonferenz um einige Vertreter seiner Wahl – u.a. den Führer der PSL-*Wyzwolenie*, Stanisław Thugutt – erweitert wurde[1425], hatte Dmowski bei der Durchsetzung seiner Gebietsforderungen nunmehr freie Hand. Die weitgehenden Ansprüche im Osten, die er in einer Note vom 3. März 1919 konkretisierte[1426], dürften ohnehin weitgehend im Sinne Piłsudskis gewesen sein. In der dem Vorsitzenden der Territorialkommission auf der Konferenz, Jules Cambon, bereits am 28. Februar übergebenen und von Dmowski unterzeichneten offiziellen Note der polnischen Delegation zur Frage der Westgrenze[1427] wurde die Argumentation, wie Dmowski sie in seinen vorangegangenen Kriegsdenkschriften entwickelt hatte, noch einmal bündig zusammengefaßt und der geforderte Grenzverlauf im Westen nochmals präzisiert.

Bewegt man sich auf der Landkarte von Süden nach Norden, sollte die künftige Grenze zwischen Deutschland und Polen ihren Anfang in Schlesien westlich der Stadt Ratibor und östlich der Städte Leobschütz, Neustadt, Falkenberg, Brieg, Oels und Militsch nehmen, während das Gebiet um Leobschütz an die neugegründete Tschechoslowakei fallen sollte.[1428] In Zahlen ausgedrückt bedeutete dies, daß die polnische Delegation mit 10.354 qkm rund 80% des Regierungsbezirks Oppeln sowie mit 1.398 qkm rund 10% des Regierungsbezirks Breslau forderte.[1429] Weiter nördlich sollte die künftige Staatsgrenze dann streckenweise identisch mit der bisherigen Grenze zwi-

---

1424 HOENSCH, S. 254. – Die unterschiedliche politische Prägung der Bevölkerung in den einstigen Teilgebieten läßt sich am Wahlergebnis eindrucksvoll ablesen: Während der rechte „Nationale Volksverband“ (Związek Ludowo-Narodowy, ZL-N; hinter ihm verbarg sich hauptsächlich die Nationaldemokratie) im ehemaligen Kongreßpolen mit über 45% der Stimmen klar vor der PSL-*Wyzwolenie* mit 22% und der PPS mit knapp 9% als Sieger durchs Ziel ging, dominierte in Galizien die PSL-*Piast* mit 34% vor der Bauernlinken (hier als PSL-*Lewica* firmierend) mit gut 19% und den Sozialisten (hier PPSD) mit knapp 18%. Der ZL-N kam hier nur auf gut 10% (die Zahlen im einzelnen bei JABŁOŃSKI, Narodziny, S. 246, 249).

1425 DOLIESEN, S. 224.

1426 Abgedruckt bei DMOWSKI, Polityka polska, S. 526ff. – Die Ostgrenze Polens (sog. „Dmowski-Linie“) sollte ihren Anfang demnach an der Ostseeküste nördlich von Polangen nehmen und dann entlang der Grenze zu Kurland nach Osten verlaufen (entspricht der heutigen Grenze zwischen den Staaten Litauen und Lettland). Anschließend sollte sie die Düna entlang weiter nach Osten, später zwischen den Gouvernements Minsk und Mogilev nach Süden führen und dabei auch den größten Teil der Gouvernements Podolien und Wolhynien umfassen. Die Städte Minsk und Bobrujsk wären demnach innerhalb, Vitebsk, Mogilev und Žitomir hingegen außerhalb des polnischen Territoriums verblieben (siehe Kartenanhang). Den mehrheitlich nichtpolnischen Charakter großer Teile des für Polen beanspruchten Gebietes gesteht Dmowski dabei freimütig ein. So beziffert er das polnischsprachige Element Nordlitauens auf nur 15-25%.

1427 Abgedruckt ebenda, S. 521ff.

1428 Ebenda, S. 523.

1429 Die Zahlen bei MILLER, Bd. 6, S. 364.

schen den preußischen Provinzen Brandenburg und Pommern auf der einen und den Provinzen Posen und Westpreußen auf der anderen Seite sein. Als Ausnahmen hiervon nannte Dmowski den südlich an Pommern angrenzenden westpreußischen Kreis Deutsch Krone, der bei Deutschland verbleiben sollte, sowie die pommerschen Kreise Lauenburg und Bütow einschließlich des östlichen Teils des Kreises Stolp, die Polen zugeschlagen werden sollten. Nach diesem Modell hätte die polnische Westgrenze die Ostseeküste knapp nordöstlich der Kreisstadt Stolp erreicht.[1430]

Bezüglich Ostpreußens präzisierte Dmowski seine schon früher angedeutete Absicht, den ganzen südlichen Teil direkt an Polen anzuschließen, den nördlichen Teil mitsamt der Memelmündung hingegen an Litauen abzutreten (das als ganzes wiederum mit Polen verbunden werden sollte) und dem dann noch verbleibenden Mittelteil einschließlich der Hauptstadt Königsberg einen Sonderstatus in Form einer selbstverwalteten Republik unter dem Protektorat des Völkerbundes zu gewähren. Die Größe dieser „Republik“ gab Dmowski mit 19.000 qkm (entspricht ziemlich exakt der Hälfte der Gesamtfläche Ostpreußens) an, die Zahl ihrer überwiegend deutschsprachigen Einwohner mit 1,07 Millionen.[1431] In einer noch gegen Ende der Friedenskonferenz im Namen der polnischen Delegation nachgeschobenen Denkschrift hieß es hierzu, als neutrale deutschsprachige Republik werde sich Rumpfpreußen rasch vom „pseudopreußischen“ Deutschland emanzipieren und die ihm von seinen polnischen Nachbarn vorgelebte politische Freiheit genießen.[1432]

Welch zentrale Rolle das territoriale Forderungspaket in Dmowskis Denken spielte, hat er in seinen Erinnerungen noch einmal unzweideutig klargemacht:

> „Das Territorialprogramm Polens, mit dem das Nationalkomitee während des Krieges und später die polnische Delegation auf der Friedenskonferenz auftraten, das war keine Improvisation, sondern die Frucht der lebenslangen Arbeit von Leuten, in denen der Gedanke an den Wiederaufbau des Staates lebendig war und die ihr Leben diesem einen Ziel gewidmet hatten.“[1433]

1430 DMOWSKI, Polityka polska, S. 524. – Über die üblichen Ansprüche gegen Preußen und Österreich (Teschener Schlesien) hinaus forderte Dmowski in seiner Note wie vor ihm schon andere polnische Publizisten auch Teile der (heute zur Slowakei gehörenden) oberungarischen Komitate Zips (poln. Spisz), Arva (poln. Orawa) und Trenčin (poln. Trenczyn), da diese innerhalb der „natürlichen Grenzen“ Polens lägen (S. 522; siehe Kartenanhang).

1431 Ebenda, S. 525. – Die Grenze zwischen dieser „Republik“ und dem übrigen Polen sollte Dmowski zufolge ihren Anfang östlich von Braunsberg nehmen und von da bis Sensburg, dann nördlich von Lötzen und Goldap verlaufen, einen Bogen um die Stadt Gumbinnen als Bestandteil des Freistaates schlagen und das Kurische Haff schließlich nördlich von Labiau erreichen.

1432 Gdańsk and East Prussia, S. 34. – In gleicher Weise wird dort die Schaffung einer rheinischen Republik vorgeschlagen.

1433 Ebenda, S. 16.

11. Ausblick: Der territoriale Kompromiß von Versailles und seine Bewertung in Polen und Deutschland

Das Schicksal der preußischen Ostprovinzen lag von Januar 1919 an in den Händen der sogenannten „Großen Vier“ – des amerikanischen Präsidenten Wilson, des französischen Ministerpräsidenten Clemenceau, des britischen Premierministers Lloyd George und schließlich des italienischen Ministerpräsidenten Orlando. Für Polen war schon zu Beginn der Konferenz eine eigene Kommission eingerichtet worden. Einigkeit bestand in diesem Zusammenhang nur darin, den Polen das de facto für Deutschland ohnehin schon verlorene Posen zu überlassen; die künftigen Regelungen bezüglich Oberschlesiens, Westpreußens einschließlich der Stadt Danzig sowie Ostpreußens hingegen waren von Anfang an umstritten.[1434] Besonders der künftige Status Danzigs barg Zündstoff, da hier die Frage des polnischen Zugangs zum Meer berührt war. Hatte Frankreich sich schon im Dezember auf die Unterstützung der polnischen Forderung nach einer Einverleibung Danzigs und des westpreußischen Küstengebiets festgelegt, so hielt man die „Korridor“-Lösung, die eine Abtrennung Ostpreußens vom übrigen Reichsgebiet unvermeidlich machte, in London und – auf der Grundlage des *Inquiry*-Berichts (s.o. Kap. 9.5.) – zunächst auch in Washington für nicht praktikabel.[1435] Einen Meinungswechsel in dieser Frage führte das am 27. Februar in Abwesenheit von Lloyd George den Konferenzteilnehmern vorgelegte sog. „Paton-Memorandum“[1436] herbei, das sich mit dem schon aus verschiedenen polnischen Verlautbarungen bekannten Argument, die Lebensinteressen von 20 Millionen Polen hätten denjenigen einiger hunderttausend Deutscher vorzugehen, für eine Abtretung Westpreußens und Danzigs an Polen aussprach. Erst auf eine massive Intervention Lloyd Georges am 19. März im Vierer-Rat hin kam in diese Sache noch einmal Bewegung. Zwar sprach auch Lloyd George sich jetzt für einen direkten Zugang Polens zum Meer aus, forderte mit Rücksicht auf die über 400.000 deutschsprachigen Bewohner Danzigs und seines Umlandes jedoch zugleich die Internationalisierung der Stadt. Das daraufhin vom ehemaligen *Inquiry*-Mitarbeiter Sydney E. Mezes ausgearbeitete Konzept einer „freien Stadt Danzig“ einschließlich eines polnischen Freiha-

---

[1434] Zum Verlauf der Friedenskonferenz bezüglich der zwischen Deutschland und Polen umstrittenen Gebiete siehe u.a. ABRAHAMCZYK, S. 28ff.; KOZICKI, Sprawa granic Polski; LUNDGREEN-NIELSEN, insb. S. 233ff., 357ff.; CIENCIAŁA, S. 71-94; WANDYCZ, Dmowski's Policy, S. 117-132.

[1435] CIENCIAŁA, S. 72f.

[1436] Abgedruckt ebenda, S. 200ff. (Appendix).

fens, die mitsamt ihrem unmittelbaren Hinterland unter das Mandat des Völkerbundes gestellt werden sollte, gewann in der Folgezeit auch die Unterstützung Wilsons und setzte sich schließlich durch.[1437] Gleichfalls eine Folge der Intervention Lloyd Georges vom 19. März war die Festsetzung einer Volksabstimmung für das südliche Ostpreußen einschließlich der Stadt Allenstein sowie für den angrenzenden westpreußischen Bezirk Marienwerder (Kreise Marienwerder, Rosenberg und Stuhm).[1438] Die noch im Mai von Seiten der polnischen Delegation erhobene Forderung, das Plebiszit in Ostpreußen wenigstens um mehrere Jahre zu verschieben und in dem verbleibenden Zeitraum die freie Meinungsbildung der Bevölkerung unter alliierter Besatzung und bei gleichzeitiger „Eliminierung" der deutschen Beamten, Pastoren und Militärs sicherzustellen[1439], wurde ignoriert.

Im Gegensatz dazu schien das Problem Oberschlesien frühzeitig gelöst. Vor allem auf französischen Druck hin und gegen britischen Widerstand schlug die Polen-Kommission in ihrem am 22. März vorgelegten Abschlußbericht die Abtretung ganz Oberschlesiens mit Ausnahme der südwestlichen Kreise Neustadt und Neiße an Polen vor, schloß sich zumindest in dieser Frage den Forderungen Dmowskis also an.[1440] Die deutsche Delegation, die von den Beratungen während der ersten Konferenzphase ausgeschlossen gewesen war, konterte den ihr am 7. Mai 1919 vorgelegten Vertragsentwurf am 29. Mai mit ihren „Gegenvorschlägen", in denen sie gegen die Abtrennung Oberschlesiens scharfen Protest einlegte. Die dort dargelegten Argumente – vor allem wohl der Einwand, Deutschland werde die ihm von den Siegermächten auferlegten hohen Reparationsleistungen nach einem Verlust des oberschlesischen Industriereviers unmöglich erfüllen können[1441] – beeindruckten zumindest Lloyd George. Aus der von ihm verschiedentlich geäußerten Befürchtung heraus, ein zu harter Frieden werde Deutschland destabilisieren und letztlich in die Arme des Bolschewismus treiben[1442], brachte er das Thema Oberschlesien unter Verweis auf Geist und Buchstaben der „Vierzehn Punkte" Wilsons erneut auf die Tagesordnung der Konferenz. Nach erbitterten Auseinandersetzungen zwischen Lloyd George und Clemenceau in dieser Frage stimmte Wilson, der von seinem Beraterkreis zunächst auf einen propolnischen Kurs festgelegt worden war, am 3. Juni einer Volksabstimmung unter der Bedingung zu, daß sie unter alliierter Kontrolle abgehalten werde.[1443] An dieser Beschlußlage vermochten auch eine zwei Tage später abgegebene polnische Protestno-

[1437] CIENCIAŁA, S. 75f., 78f. – Die Autorin führt diese für die polnische Seite enttäuschende Lösung auf einen englisch-amerikanisch-französischen Kompromiß zurück, dem Clemenceau entgegen seinen ursprünglichen Absichten vor allem deshalb zugestimmt habe, um von Wilson und Lloyd George Unterstützung für die französischen Sicherheitsinteressen (v.a. in der Rheinland-Frage) zu erlangen.
[1438] WANDYCZ, Dmowski's Policy, S. 121.
[1439] Gdańsk and East Prussia, S. 32.
[1440] ABRAHAMCZYK, S. 37.
[1441] Die Gegenvorschläge der Deutschen Regierung zu den Friedensverhandlungen. Vollständiger amtlicher Text, Berlin 1919, S. 37f.
[1442] CIENCIAŁA, S. 77.
[1443] ABRAHAMCZYK, S. 46ff.

te[1444] sowie die unter maßgeblicher Beteiligung des Geographen Eugeniusz Romer eilig zusammengestellten und am 13. Juni vorgelegten *Additional Remarks* der polnischen Delegation[1445] nichts mehr zu ändern. Die Abhaltung der Volksabstimmung in Oberschlesien wurde in Artikel 88 des am 28. Juni unterzeichneten Versailler Vertrages verfügt, ihre Durchführung in sechs beigefügten Bestimmungen abschließend geregelt.

Ohne Abstimmung fielen hingegen fast die gesamte Provinz Posen sowie der größte Teil Westpreußens an Polen. In der Summe waren damit die polnischen Forderungen von ursprünglich gut 84.000 qkm auf knapp 43.000 qkm reduziert worden, also um die Hälfte.[1446] Zwar hatte Polen einen direkten Zugang zum Meer erlangt, doch war es Dmowski weder gelungen, Danzig unter direkte Kontrolle Polens zu stellen noch eine Zerschlagung der „deutschen Kolonie" Ostpreußen durchzusetzen – im Ergebnis war das eine klare Niederlage. Bei der Bewertung des Verhandlungsergebnisses ließ sich der sonst so nüchterne Analytiker Dmowski von antisemitischen Verschwörungstheorien leiten, wenn er in einem Schreiben an seinen Mitstreiter Stanisław Grabski die „kolossale Zunahme des jüdischen Einflusses" verantwortlich machte.[1447] Dabei hatte gerade sein aggressiver Antisemitismus maßgeblich zur Schwächung der eigenen Position beigetragen.[1448] Die britisch-amerikanische Haltung wurde von Dmowski auch deshalb nicht verstanden, weil er sein eigenes Konzept – ein starkes Polen durch eine möglichst weitgehende Schwächung Deutschlands – für absolut logisch und konsequent hielt; das von Wilson zum völkerrechtlichen Leitprinzip erhobene Selbstbestimmungsrecht der Völker, das in klassischen Zweifelsfällen wie Oberschlesien oder Masuren die Abhaltung einer Volksabstimmung geradezu zwingend machte, hatte in seinem Weltbild hingegen keinen Platz.

Die Abstimmung in den Bezirken Allenstein und Marienwerder am 11. Juli 1920 kam für Polen zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt – der wechselvolle Verlauf des polnisch-sowjetischen Krieges ließ es zeitweise ungewiß erscheinen, ob die junge polnische Republik überhaupt überleben würde. Das Ergebnis der Abstimmung war eindeutig und zeigte, wie berechtigt die polnischen Klagen über das mangelhaft aus-

---

1444 *Nota Delegacji Polskiej do członków Konferencji Pokojowej w sprawie przyłączenia Górnego Śląska do Polski bez plebiscytu* [Note der polnischen Delegation bezüglich der Frage des Anschlusses Oberschlesiens an Polen ohne Plebiszit], abgedruckt in: Sprawy polskie na konferencji pokojowej, Bd. 2, S. 44ff.

1445 *Additional Remarks of the Polish Delegation on the Observations of the German Delegation on the Conditions of Peace*, teilweise abgedruckt bei MILLER, Bd. 18, S. 472ff. – In dieser Schrift, die zum Inhalt der deutschen „Gegenvorschläge" allerdings in keiner rechten Beziehung stand, versuchte die polnische Delegation anhand ziemlich willkürlich ausgewählter Zitate aus deutschen Schriften den Beweis für den polnischen Charakter Oberschlesiens zu erbringen.

1446 HOENSCH, S. 255.

1447 Dmowski an Grabski, 4. Mai 1919, abgedruckt in: Roman Dmowski w świetle listów, Bd. 2, S. 155ff.; vgl. WANDYCZ, Dmowski's Policy, S. 122ff. – Dmowski hat auch später Wilson und besonders Lloyd George als „Agenten des Judentums" bezeichnet.

1448 Ebenda, S. 128f.

geprägte „nationale Bewußtsein“ der Masuren und der polnischsprachigen Ermländer waren: Im Bezirk Marienwerder stimmten 7,6%, im Bezirk Allenstein gar nur 2,2% für den Anschluß an Polen.[1449] Ostpreußen blieb dem Deutschen Reich damit – vom Memelgebiet und einem winzigen Gebietsstreifen im Süden abgesehen – als ganzes erhalten.

Sehr viel ungewisser waren die Verhältnisse da schon in Oberschlesien. Gemäß den Vertragsvereinbarungen wurde das Abstimmungsgebiet Anfang 1920 von alliierten Truppen besetzt und einer interalliierten Kommission unter dem Vorsitz des französischen Generals Henri Le Rond unterstellt. Zu Plebiszitkommissaren wurden auf deutscher Seite Kurt Urbanek, auf polnischer Seite Korfanty berufen.[1450] Bereits zuvor – im August 1919 – hatte die von Polen aus unterstützte radikale „Polnische Militärorganisation“ (*Polska Organizacja Wojskowa*, POW) gewaltsam vollendete Tatsachen zu schaffen versucht und einen Aufstand inszeniert, der jedoch schon nach wenigen Tagen zusammenbrach. Auch ein zweiter Aufstandsversuch im August 1920 blieb trotz inoffizieller französischer Duldung erfolglos. Die Volksabstimmung, von der auf polnisches Drängen hin alle nach 1903 in Oberschlesien ansässig gewordenen Personen ausgeschlossen waren, an der sich zugleich aber alle vor 1900 in Oberschlesien geborenen, jetzt aber in anderen Teilen des Deutschen Reiches ansässigen Personen beteiligen durften, fand nach einer von beiden Seiten äußerst emotional geführten Propagandaschlacht schließlich am 20. März 1921 statt. Ihr Ergebnis – 59,6% der Abstimmungsberechtigten votierten für den Verbleib bei Deutschland, 40,4% für den Anschluß an Polen[1451] – bewies zum einen, daß es der polnischen Seite hier sehr viel besser als im südlichen Ostpreußen gelungen war, ihr nationales Reservoir auszuschöpfen. Zum anderen zeigt ein Vergleich der Abstimmungs- und der Volkszählungsergebnisse jedoch, daß auch eine große Zahl polnischsprachiger Schlesier für Deutschland optiert haben mußte und sich damit auch in Oberschlesien ungeachtet aller Erfolge der nationalpolnischen Bewegung in den vergangenen zwei Jahrzehnten Muttersprache und nationales Bekenntnis nicht vollständig deckten.

Die „Polnische Militärorganisation“ reagierte auf diese herbe Enttäuschung auf ihre Weise und entfesselte Anfang Mai 1921 einen dritten Aufstand, in dessen Verlauf es zu blutigen Gefechten zwischen irregulären deutschen und polnischen Verbänden kam – darunter die für die deutschen Freikorps zum Symbol gewordene Schlacht um den Annaberg –, und der erst im Juni durch die Intervention englischer Truppen erstickt werden konnte. Gemäß den die Abstimmung regelnden Durchführungsbestim-

---

[1449] HOENSCH, S. 255.

[1450] Zur politischen Entwicklung in Oberschlesien zwischen 1918 und 1922 siehe detailliert RECKE, Die historisch-politischen Grundlagen; von polnischer Seite CIENCIAŁA – KOMARNICKI, S. 41ff.

[1451] Im einzelnen wurden für Deutschland 707.393, für Polen 479.365 Stimmen abgegeben. Die sechs oberschlesischen Städte votierten allesamt für Deutschland, von den 16 dem Abstimmungsgebiet zugeschlagenen Landkreisen votierten neun für Deutschland, sieben für Polen. Das beste Ergebnis für Polen wurde mit 74,1% im Kreis Pleß erreicht, das beste Ergebnis für Deutschland im Kreis Leobschütz mit 99,6%. – Die Zahlen nach: Schlesien nach der Teilung, S. 15.

mungen zu Artikel 88 des Versailler Vertrages, in denen die Möglichkeit einer Teilung Oberschlesiens aufgrund der Abstimmungsergebnisse bereits angedeutet worden war, begannen im August 1921 in Paris Verhandlungen über den künftigen Grenzverlauf. Als entscheidendes Problem erwies sich hierbei die Tatsache, daß angesichts des oft völlig unterschiedlichen Abstimmungsverhaltens in den Städten (für Deutschland) und den sie umgebenden Landkreisen (für Polen) eine Grenzziehung, die die lokalen Abstimmungsergebnisse in einigermaßen gerechter Weise berücksichtigt hätte, unmöglich war.[1452] Die schließlich getroffene Entscheidung nährte in Deutschland daher den Verdacht, daß die Teilung vorwiegend unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zugunsten Polens vorgenommen worden war. Tatsächlich erhielt Polen nach dem Aufteilungsbeschluß des Völkerbundsrats vom 20. Oktober 1921 mit 3.213 qkm zwar nur ein gutes Viertel der Fläche Oberschlesiens zugesprochen, mit rund einer Million Einwohnern aber 44% der Bevölkerung, zudem 75% der Industrieanlagen und sogar 85% aller Kohlevorräte.[1453]

Betrachtet man die zwischen 1919 und 1921 ausgehandelte deutsch-polnische Grenze in ihrer Gesamtheit, so nimmt sich das Resultat vor dem Hintergrund der ursprünglich viel weitergehenderen polnischen Forderungen recht moderat aus. Im Ergebnis hatte der neue polnische Staat die Grenzen von 1772 nur in Oberschlesien überschritten, während andererseits einige ganz überwiegend deutsch besiedelte Gebietsstreifen, die bis 1772 zu Polen gehört hatten, als „Grenzmark Posen-Westpreußen" beim Deutschen Reich verblieben waren. Dieser klassische territoriale Kompromiß hätte sich in einer anderen politischen Stimmungslage durchaus als dauerhaft tragfähig erweisen können.[1454] Insofern hat Martin Broszat zu Recht angemerkt, die damalige Entrüstung der öffentlichen Meinung in Deutschland über die Grenzregelung sei „weniger von tatsächlichen als von nationalpsychologischen Gegebenheiten her erklärbar".[1455]

Insbesondere die Abtrennung Ostpreußens vom übrigen Reichsgebiet und vor allem die als willkürlich empfundene Zerreißung des oberschlesischen Industriegebiets sorgten in der deutschen Öffentlichkeit für Wut und Enttäuschung und trugen zu einer verbreiteten antipolnischen Grundstimmung bei. In diesem Klima wurde die Forderung nach einer Revision der „blutenden Grenze im Osten" zu einem unveränderbaren Axiom deutscher Politik. Getragen wurde der Revisionismus von einem breiten Parteienkonsens, der sogar die KPD einschloß; er war damit einer der wenigen echten

[1452] Besonders deutlich wird dies am Beispiel Kattowitz. Während in Kattowitz-Stadt eine überwältigende Mehrheit von 85,4% für Deutschland votierte, waren es im Landkreis Kattowitz 55,6% für Polen. Im Ergebnis fielen Kattowitz-Stadt und -Land dann an Polen.

[1453] Die Zahlen nach HOENSCH, S. 255; ausführlicher RECKE, Die historisch-politischen Grundlagen, S. 124ff.

[1454] So urteilt auch ZERNACK, Deutschlands Ostgrenze, S. 150, der darauf hinweist, daß die aufgrund der Friedenskonferenz bzw. der anschließenden Plebiszite installierte deutsch-polnische Grenze im Grunde fast identisch war mit derjenigen, die vor den Teilungen Polens gut drei Jahrhunderte hindurch Bestand hatte; ebenso PISKORSKI, 1000 Jahre, S. 148.

[1455] BROSZAT, S. 166.

Integrationsfaktoren innerhalb der politisch ansonsten zerrissenen deutschen Gesellschaft.[1456]

Zugleich schieden sich im Umfeld der deutschen Reichsregierungen schon früh die gemäßigten Kräfte, denen es lediglich um einige konkrete Grenzkorrekturen ging, von den Radikalen, die mit dem bösen Wort vom „Saisonstaat Polen“ die staatliche Existenz des östlichen Nachbarlandes insgesamt in Frage stellten. Besonders innerhalb der Reichswehrführung wurde die neuerstandene polnische Macht als Ärgernis empfunden und in dieser Hinsicht ein neuerliches Zusammenwirken der Teilungsmächte von einst beschworen.[1457] Unter der umsichtigen Leitung von Reichsaußenminister Gustav Stresemann (ab 1923) unterließ die deutsche Politik zwar lautes Säbelgerassel, verweigerte aber auch nach Abschluß der Locarno-Verträge 1926 hartnäckig eine Anerkennung der Ostgrenze. Stresemanns wenig realistisches Konzept, die gewünschten Korrekturen – vor allem die Beseitigung des „Korridors“ und die Rückgliederung Danzigs – auf dem Wege diplomatischer Initiativen zu bewerkstelligen[1458], weckte falsche Hoffnungen und stärkte so fast zwangsläufig die nationale Opposition gegen die demokratischen Regierungen der Weimarer Republik.

Auch die polnische Seite unterließ nach 1919 alles, was zu einer Entkrampfung des gespannten Verhältnisses hätte beitragen können. Unter dem bis 1925 bestimmenden Einfluß der Nationaldemokratie auf die Außenpolitik dominierte die Vorstellung, die Sicherheit Polens sei nur dann gewährleistet, wenn die mächtepolitische Konstellation von Versailles auf Dauer zementiert würde. Die Frontstellung gegen Deutschland wurde damit in Polen genauso zum politischen Grundprinzip erhoben wie der Revisionismus in Deutschland. Vor diesem Hintergrund war der Abschluß eines Bündnisvertrages mit Frankreich Anfang 1921 nur konsequent; Polen wurde damit zum wichtigsten Eckpfeiler des französischen *cordon sanitaire*, zum „Gendarm Frankreichs im Osten“.[1459] Daran änderte sich auch nach Piłsudskis Staatsstreich von 1926 zunächst nichts grundlegendes.

Hinzu kam, daß unter Mißachtung sowohl des in der Schlußphase der Pariser Friedenskonferenz zwischen Polen und den westlichen Siegermächten ausgehandelten

---

[1456] Ebenda, S. 164f.

[1457] Am 11. November 1922, also ein gutes halbes Jahr nach Abschluß des Rapallo-Vertrages zwischen Deutschland und der Sowjetunion, hatte der Chef der Heeresleitung, Hans v. Seeckt, unmißverständlich klargemacht, daß für einen polnischen Staat im Osten Deutschlands langfristig kein Platz sei: „Polens Existenz ist unerträglich, unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands. Es muß verschwinden und wird verschwinden durch eigene Hilfe und durch Rußland, mit deutscher Hilfe.“ – Zit. in: BROSZAT, S. 168f.; vgl. JABLONOWSKI, S. 369f.

[1458] Seine diesbezüglichen Vorstellungen hat Stresemann in seinem berühmten „Kronprinzenbrief“ vom 7. September 1925 dargelegt. Die Lösung der Reparationsfrage und die Sicherung des Friedens im Westen bezeichnete er darin als „Voraussetzung für eine Wiedererstarkung Deutschlands“, der dann die „große Aufgabe“ der „Korrektur der Ostgrenzen“ zu folgen habe. – KELLERMANN, S. 88.

[1459] So formuliert treffend BROSZAT, S. 167; vgl. DĘBICKI, S. 39; JABLONOWSKI, S. 356.

Minderheitenschutzvertrages[1460] als auch der den nationalen Minoritäten in der Märzverfassung von 1921 zugesicherten Rechte faktisch eine äußerst destruktive Nationalitätenpolitik betrieben wurde, die zunächst auf Assimilierung, später dann mehr und mehr auf Polonisierung durch Verdrängung setzte. In besonders krasser Weise bekam das die rund 1,1 Millionen Menschen starke deutsche Minderheit zu spüren. Infolge einer rücksichtslosen Boden-, Siedlungs- und Kulturpolitik ging bis 1930 die Anzahl deutscher Schulen wie auch der Anteil des in deutscher Hand befindlichen Grundbesitzes dramatisch zurück – im Ergebnis tat die polnische Seite also genau das, was sie dem preußischen Staat vor 1918 so lautstark vorgeworfen hatte. Unter diesen Bedingungen verließen bis 1939 rund 750.000 Deutsche das Land und siedelten ins Deutsche Reich über, was die dort ohnehin verbreiteten antipolnischen Emotionen natürlich noch verstärkte.[1461]

Die Behandlung der Minderheiten wirft ein Schlaglicht auf ein grundlegendes Problem, mit dem sich der neue polnische Staat in der Zwischenkriegszeit konfrontiert sah: In seiner territorialen Gestaltung war er letztlich das Ergebnis eines zweifelhaften Kompromisses zwischen den beiden gegensätzlichen Konzepten Dmowskis und Piłsudskis. Infolge des am Ende doch siegreichen Krieges gegen die Sowjetunion hatte der polnische Staat ein Territorium von insgesamt über 388.000 qkm mit rund 27 Millionen Einwohnern erlangt. Mit einem Verhältnis von Titularnation und ethnischen Minderheiten von ungefähr 2:1 war er de facto weder ein klassischer Vielvöl-

---

[1460] Grundlegend hierzu VIEFHAUS, S. 193ff.; neuerdings kurz LOEBER, S. 193f. – Das Abkommen war Bestandteil eines auch die übrigen im Osten Europas neu erstandenen Nationalstaaten einbindenden Vertragssystems, das eine künftige Gefährdung des europäischen Friedens verhindern und die zahlreichen nationalen Minderheiten, denen das Selbstbestimmungsrecht im Gefolge des Ersten Weltkrieges versagt geblieben war, mit den Realitäten der territorialen Neuordnung von 1918/19 versöhnen sollte. Wie die anderen betroffenen Staaten ratifizierte auch Polen den Vertrag nur äußerst widerwillig. So hatte Ministerpräsident Paderewski in einem Memorandum vom 15. Juni 1919 Parallelen zur alten Praxis der Einmischung europäischer Mächte in die inneren Angelegenheiten Polens, die schließlich zu den Teilungen geführt habe, gezogen und darauf verwiesen, jede Oktroyierung eines international garantierten Minderheitenschutzes müsse die Loyalität der Minderheiten dem neuen Staat gegenüber gefährden (eine Inhaltswiedergabe bei VIEFHAUS, S. 198ff.). – In der Praxis erwiesen sich die gutgemeinten Verträge von 1919 als untaugliches Instrument, einen effektiven Schutz der nationalen Minoritäten in Ostmitteleuropa zu gewährleisten. Die einseitige Aufkündigung des Minderheitenschutzvertrages durch Polen im Jahre 1934 steht für das endgültige Scheitern dieser Konzeption.

[1461] Zur polnischen Nationalitätenpolitik in der Zwischenkriegszeit grundlegend HORAK; BREYER; KOTOWSKI, Polens Politik; des weiteren KELLERMANN, S. 52ff.; ROOS, S. 134ff.; siehe von polnischer Seite auch POTOCKI, dessen Arbeit allerdings noch stark der einseitigen, von antideutschen Emotionen geprägten polnischen Geschichtsschreibung der Nachkriegszeit verhaftet ist, was z.B. in der Behauptung deutlich wird, die deutsche Volksgruppe in Polen sei „ein fremdes, eingewandertes Volkstum" gewesen und Ergebnis einer „künstlich in Gang gebrachten neuzeitlichen Kolonisation der Deutschen in Polen" (dt. Zusammenfassung, S. 479, 480f.).

ker- noch ein Nationalstaat.[1462] Griff die erst im Oktober 1921 im Frieden von Riga festgelegte Ostgrenze über den ethnographisch polnischen Siedlungsraum weit hinaus, so blieb sie doch zugleich deutlich hinter dem Grenzverlauf von 1772 zurück und wurde so weder dem Ideal eines ethnisch einigermaßen einheitlichen Staates noch dem einer Restitution der alten Republik gerecht. Die Praxis der polnischen Nationalitätenpolitik, wie sie sich nach 1921 darstellte, wurde von dem alten Gegensatz zwischen „Föderalisten“ und „Inkorporationisten“ jedoch nur wenig beeinflußt, sondern ließ sich in erster Linie von der Maxime der Souveränität und territorialen Integrität des neuen Staates leiten[1463] – und in dieser Perspektive hatten die Rechte der Minderheiten hinter staatspolitischen Erwägungen allemal zurückzustehen.

Waren die polnischen Grenzen also weiter nach Osten vorgerückt, als unmittelbar nach Kriegsende realistisch zu erwarten war, so stieß der in Paris ausgehandelte Kompromiß zur Westgrenze auch in großen Teilen der polnischen Öffentlichkeit auf Enttäuschung und Ablehnung, insbesondere nach dem für Polen ungünstigen Ausgang der Plebiszite. Zwar wurden weitergehende Gebietsansprüche gegenüber Deutschland von offizieller Regierungsseite bis 1939 nicht erhoben, doch kam es genau wie in Deutschland auch in Polen zur Bildung von nationalistischen politischen Organisationen, die sich eine Grenzrevision zumindest als Fernziel auf die Fahnen geschrieben hatten und in diesem Sinne lautstark agitierten. Die Hauptrolle spielte dabei der 1921 aus dem im Abstimmungskampf engagierten Posener „Komitee zur Verteidigung Oberschlesiens“ hervorgegangene „Verband zur Verteidigung der Westmarken“ (*Związek Obrony Kresów Zachodnich*, ZOKZ), der auch ein eigenes Mitteilungsorgan, die *Strażnica Zachodnia* [Westwacht], herausgab und durch zahlreiche Propagandaveranstaltungen auf sich aufmerksam machte.[1464] Die vordringlichen Aufgaben dieses Verbandes faßte einer seiner Funktionäre 1928 wie folgt zusammen:

> „Wir arbeiten für die nicht befreiten Territorien nicht nur deshalb, weil sie für uns einen Wert an sich darstellen, weil sie für uns ein politisches Testament sind oder weil in ihnen anderthalb Millionen Polen durch die Grenzlinie vom staatlichen Stamm abgeschnitten sind, sondern auch, weil die nicht befreiten Grenzmarken die erste Verteidigungslinie sind, die Avantgarde, an der die deutsche Expansion zerschellt. Wir arbeiten in den inneren Grenzmarken [gemeint all jene ehemals preußischen Gebiete, die bis 1922 an Polen gefallen waren, Anm. d. Verf.] nicht nur deshalb, um die Spuren der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Unfreiheit zu verwischen, sondern auch aus einem anderen Grund: Wenn es anderthalb Millionen Polen in Deutschland verwehrt ist, ihre nationalen Rechte erfolgreich zu verteidigen, um wieviel mehr wird es dann auf der anderen Seite, also inner-

[1462] Bei der Volkszählung von 1921 hatten 64,2% das Polnische als Muttersprache angegeben, bis 1931 stieg dieser Anteil auf 68,9%. Die größten nationalen Minderheiten waren die Ukrainer (1921 14,2%, 1931 13,9%), die Juden (1921 7,2%, 1931 8,6%), die Weißrussen (1921 3,9%, 1931 3,1%) und die Deutschen (1921 3,9%, 1931 2,3%). – Die Zahlen nach O. WAGNER, S. 239.

[1463] So urteilt BENECKE, S. 25f., in seiner unlängst erschienenen Studie.

[1464] Grundlegend hierzu MROCZKO, Związek Obrony Kresów Zachodnich; vgl. auch ORZECHOWSKI, „Idea zachodnia“, S. 17f. – 1934 wurde der ZOKZ in „Polnischer Westverband“ (*Polski Związek Zachodni*, PZZ) umbenannt.

halb des polnischen Staates, gegen den Staat gerichtete antipolnische Bestrebungen deutscher Organisationen geben.“[1465]

Damit war die auf zwei Fronten hin ausgerichtete Arbeit des Verbandes bündig umschrieben: Zum einen sollte subversiven Bestrebungen der infolge der Grenzziehung unter polnische Herrschaft geratenen deutschen Volksgruppe begegnet werden, zumal diese von den Regierungen in Berlin gern als politischer Hebel gegen Polen benutzt wurde[1466], das Ziel, so machten die Propagandisten des ZOKZ unmißverständlich klar, konnte nur in einer radikalen „Entdeutschung“ der neugewonnenen Gebiete im Westen liegen.[1467] Zum anderen sollte das Interesse der Öffentlichkeit an den bei Deutschland verbliebenen „Westgebieten“ um jeden Preis wachgehalten werden. Eine weitergehende Westexpansion Polens auf Kosten Deutschlands wurde also nicht ausgeschlossen, wobei sich die Revisionswünsche zunächst vor allem an Dmowskis unerfülltem Territorialprogramm orientierten, also auf Danzig, West-Oberschlesien, Ermland und Masuren sowie eine „Neutralisierung“ des übrigen Ostpreußen bezogen.[1468] Einer der maßgeblichen Aktivisten des „Westmarkenverbandes“, der früh verstorbene Posener Historiker Teodor Tyc (1896-1927), bezeichnete die deutsch-polnische Nachkriegsgrenze in geographischer, ökonomischer und strategischer Hinsicht als ein „Monstrum voller Brüche und Scharten“, gestand aber zugleich ein, daß in der aktuellen internationalen Situation keine realistische Chance bestand, das „Unrecht von Versailles“ zugunsten Polens zu revidieren.[1469] Die langfristigen Hoffnungen beruhten daher auf einem künftigen, den Polen von deutscher Seite aufgezwungenen Krieg, der dann primär als eine finale Auseinandersetzung um die Zugehörigkeit der „Westgebiete“ geführt werden müsse.[1470]

Eingebettet waren die Aktivitäten des „Westmarkenverbandes“ in eine breite publizistische Kampagne, die viele der schon vor 1914 verbreiteten politisch-historischen Motive wieder aufgriff. Zu den maßgeblichen Propagandisten und Ideologen des polnischen Westgedankens während der Zwischenkriegszeit avancierte neben Tyc der spätere Gründer und erste Leiter des Posener „Westinstituts“, der Historiker Zygmunt Wojciechowski (1900-1955).[1471] Unterstützung fanden entsprechende Thesen und Forderungen nun auch in Kreisen der katholischen Kirche, deren führende Vertreter sich vor 1918 zu keinem Zeitpunkt in die innerpolnische Diskussion um die territoriale Gestalt des künftigen polnischen Staates eingemischt hatten;[1472] zumindest

---

[1465] Zit. in: MROCZKO, W kręgu, S. 39.
[1466] Hierzu BROSZAT, S. 175ff.
[1467] KELLERMANN, S. 75. – In dieser Richtung hatte sich bereits im April 1923 auch der polnische Ministerpräsident Władysław Sikorski geäußert.
[1468] FARYŚ, Niemcy, S. 15.
[1469] Zit. in: ORZECHOWSKI, „Idea zachodnia“, S. 23.
[1470] LAWATY, S. 76f.
[1471] MROCZKO, W kręgu, S. 47.
[1472] H. LEMBERG, S. 106 (Diskussion zum Thema), weist in diesem Zusammenhang mit Nachdruck darauf hin, daß die katholische Kirche – ungeachtet ihrer zentralen Rolle als nationaler Integrationsfaktor im geteilten Polen vor 1918 – nie ein eigenes konkretes Konzept für einen künftigen polnischen Staat vorgelegt hat.

einzelne katholische Geistliche machten sich zu engagierten Fürsprechern einer raschen Polonisierung der im Zuge des Versailler Vertrages an Polen gefallenen Gebiete bzw. einer darüber noch hinausgreifenden Westexpansion.[1473]

Zugleich kam es zu einer vielfältigen Beschäftigung der polnischen Wissenschaft mit den „Westgebieten". Eine besonders wichtige Rolle spielte hierbei die 1919 neugegründete Adam-Mickiewicz-Universität in Posen, für die sich schnell auch der inoffizielle Titel „Piastische Universität" *(Wszechnica Piastowska)* durchsetzte und die als die wissenschaftlich-ideologische „Denkfabrik" des polnischen Westgedankens in der Zwischenkriegszeit gelten kann.[1474] Hier sammelten sich in den Zwanziger Jahren zahlreiche Forscher aus Geschichtswissenschaft (neben den bereits erwähnten Tyc und Wojciechowski z.B. Kazimierz Tymieniecki, Leon Koczy und Karol Górski), Sprachwissenschaft (v.a. Mikołaj Rudnicki als Leiter des „Westslavischen Instituts"), Geographie (v.a. Stanisław Pawłowski) und Archäologie (v.a. Józef Kostrzewski als Herausgeber der Zeitschrift *Slavia Occidentalis*), deren Arbeit in erster Linie den Beweis für die rechtmäßige Zugehörigkeit der „Westgebiete" – auch der noch bei Deutschland verbliebenen – zu Polen erbringen sollte.[1475] Die vielfach nationalpolitisch motivierte deutsche „Ostforschung" hatte in Posen also ihr polnisches Pendant gefunden.

Politisch blieb die maßgebliche politische Heimat des Westgedankens auch nach 1918 die Nationaldemokratie, der viele der genannten Wissenschaftler angehörten oder zumindest nahestanden. Zusammen mit einigen kleineren Gruppierungen bildete sie 1919 zunächst den „Nationalen Volksverband" (*Związek Ludowo-Narodowy*, ZL-N), 1926 dann das „Lager für ein Großes Polen" (*Obóz Wielkiej Polski*, OWP)[1476] und nannte sich in der Zwischenkriegszeit selbst schlicht „Nationale Partei" (*Stronnictwo Narodowe*, SN). Programmatisch blieb die Vision eines sich in seinen territorialen Prioritäten und in seiner Außenpolitik an der frühen Piastenzeit orientierenden polni-

---

1473 MROCZKO, Polska myśl zachodnia, führt im Lauf seiner Darstellung mehrere entsprechende Beispiele auf. – Ähnliche Tendenzen beherrschten nach Kriegsende im übrigen auch die Evangelisch-Augsburgische Kirche Polens. Unter Leitung ihres Generalsuperintendenten Juliusz Bursche, der sich selbst während der Friedensverhandlungen mehrere Wochen lang in Paris aufhielt, hatte das Evangelisch-Augsburgische Konsistorium in Warschau am 14. Februar eine Denkschrift veröffentlicht, in der die polnischen Ansprüche auf das „Herzogtum Teschen, Galizien, Preußisch-Schlesien und Preußisch-Masovien" argumentativ unterstützt wurden (in einem Auszug in deutscher Übersetzung abgedruckt bei NEUMANN, Ostpreußen im polnischen Schrifttum, S. 53f.). Die evangelische Bevölkerung Masurens suchte Bursche im Laufe des Jahres 1919 außerdem mittels mehrerer Aufrufe für den Anschluß an Polen zu gewinnen. – Hierzu O. WAGNER, S. 243f.

1474 ORZECHOWSKI, „Idea zachodnia", S. 15.

1475 PIOTROWSKI, O Polskę nad Odrą i Bałtykiem, insb. S. 51ff., 106ff., 209ff., 290ff.; des weiteren ORZECHOWSKI, „Idea zachodnia", S. 15; TOMCZAK, S. 165; MROCZKO, W kręgu, S. 48f.; von deutscher Seite kurz G. SMOLKA, S. 703-719; zur willfährigen Politisierung verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen in der Zwischen- und Nachkriegszeit sowohl auf polnischer als auch auf deutscher Seite siehe auch den Tagungsbericht von NIENDORF, S. 537-539.

1476 HOENSCH, S. 251, 266.

schen Staates bestimmend.[1477] Dmowski selbst, der sich schon 1920 aus der Tagespolitik zurückgezogen hatte und anschließend wieder als Chefideologe seiner Bewegung wirkte (er starb Anfang Januar 1939), stellte seinen erstmals 1925 erschienenen Erinnerungen ein „Testament Chrobrys“ vorweg:

> „Zum neunhundertsten Jahrestag der geschichtlichen Epoche, da der große König, Politiker und Heerführer starb und einen mächtigen Staat als Grundlage für die Entwicklung einer großen Nation und einer richtungsweisenden polnischen Politik hinterließ, der bis auf den heutigen Tag seinen lebendigen Wert bewahrt hat, widme ich dieses Buch all jenen, die das TESTAMENT CHROBRYS im Geiste in sich tragen und die versuchen, es zu vollstrekken.“[1478]

Ungeachtet ihrer nach wie vor strikt antideutschen Grundhaltung ließen einige jüngere ND-Aktivisten in den 30er Jahren eine gewisse Faszination für den aufstrebenden deutschen Nationalsozialismus erkennen, verbunden mit einer vorübergehenden Verkennung der ostpolitischen Absichten des „katholischen Österreichers“ Hitler.[1479] Vor diesem Hintergrund ist erklärbar, warum die Machtergreifung Hitlers gerade auf der nationalistischen Rechten ambivalent oder verhalten positiv bewertet wurde, während die Linke scharf ablehnend reagierte und Piłsudski 1933 kurzzeitig sogar die Möglichkeit eines Präventivschlags gegen Deutschland erwog.[1480] Mit dem überraschenden Abschluß eines auf zehn Jahre befristeten deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes am 26. Januar 1934 wurden solche Überlegungen obsolet und die bilateralen Beziehungen auf ein beinahe gutnachbarliches Niveau gehoben. An der langfristigen territorialen Orientierung der Nationaldemokratie und ihrer Bundesgenossen änderte dies freilich nichts. Die Bewunderung für das nationalsozialistische Modell beschränkte sich im Ergebnis weitgehend auf dessen äußerst erfolgreiche Mobilisierungsstrategien, während der enorme Machtzuwachs, den Deutschland bis 1938 erlangte, schnell das alte Bedrohungsgefühl zurückkehren ließ.[1481] Die strikte Zurückweisung des Ende Oktober 1938 von deutscher Seite unterbreiteten Vorschlages einer „Generalbereinigung“ aller strittigen Fragen[1482] durch das gesamte politische Spektrum stellte die gewohnten Fronten dann endgültig wieder her. Je mehr sich im Laufe des Jahres 1939 der deutsch-polnische Konflikt verschärfte, desto häufiger tauchte die Idee einer radikalen Westverschiebung der Grenze bis an Oder und Lausitzer Neiße auf, so wie es

---

[1477] Siehe hierzu KSIĄŻEK, S. 408-420.
[1478] DMOWSKI, Polityka polska, S. V.
[1479] Vgl. hierzu KAWALEC, Problematyka zachodnia, S. 80f.; WAPIŃSKI, Endecja wobec hitleryzmu, S. 535; ganz aktuell KOTOWSKI, Hitlers Bewegung.
[1480] LAWATY, S. 84f.; vgl. FARYŚ, Niemcy, S. 26f.
[1481] LAWATY, S. 85; vgl. WAPIŃSKI, Endecja wobec hitleryzmu, S. 538f.; KAWALEC, Endecja, S. 68f.
[1482] Dieses an sich maßvolle Paket sah die Rückgabe Danzigs, die Einrichtung einer exterritorialen Straßen- und Eisenbahnverbindung für Deutschland durch den „Korridor“, eine gegenseitige Grenzanerkennung sowie den Beitritt Polens zum Antikominternpakt vor.

Jędrzej Giertych, als Chefideologe der Nationaldemokratie der eigentliche Nachfolger Dmowskis, bereits 1938 in einem Buch vorgeschlagen hatte.[1483]

Die eigenen Kräfte waren dabei in gefährlicher Weise überschätzt worden. Die abermalige gewaltsame Zerschlagung des polnischen Staates durch das Zusammenspiel der Diktatoren Hitler und Stalin im September 1939 und die anschließende, von beispielloser Grausamkeit gekennzeichnete deutsche Besatzungsherrschaft bedeuteten für Polen die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts. Unter dem Eindruck der Ereignisse wurde das Ziel einer Oder-Neiße-Grenze schon unter strategischen Gesichtspunkten bis Kriegsende unter allen wesentlichen politischen Strömungen – sei es im Untergrund oder im Exil – zum Konsens, während die Gestalt der künftigen Ostgrenze und das Verhältnis zur Sowjetunion höchst umstritten blieben.[1484]

Die Konferenzen von Jalta und Potsdam bestätigten dann den neuen Grenzverlauf im Westen und signalisierten zugleich Zustimmung zu der Vertreibung fast der gesamten östlich von Oder und Neiße beheimateten deutschen Bevölkerung. Für den gewaltigen territorialen Neuerwerb hatte Polen mit dem Verlust seiner historischen Ostgebiete und der Unterwerfung unter die Hegemonie der Sowjetunion freilich einen hohen Preis zu entrichten; im Ergebnis war aus der von der Nationaldemokratie stets angestrebten Westexpansion eine „Westverschiebung“ geworden, die immerhin auch rund drei Millionen Polen die angestammte Heimat östlich des Bug kostete und das polnische Staatsterritorium – gemessen am Vorkriegsstand – sogar um fast 20% reduzierte. In dieser Situation bot sich den in der eigenen Bevölkerung nie besonders fest verankerten kommunistischen Machthabern die Chance, ihre Position dadurch zu festigen, daß sie die „Rückkehr Polens in die West- und Nordgebiete“ als Erfüllung einer uralten historischen Mission propagandistisch konsequent ausschlachteten und die Integration der „wiedergewonnenen Gebiete“ der polnischen Gesellschaft als „nationale Aufgabe“ vorgaben.[1485] Unter Berufung auf ein ideologisch motiviertes Geschichtsbild, wie es in Grundzügen schon vor 1939 bzw. vor 1918 bestanden hatte, wurde in einer Flut von Publikationen ein unanfechtbarer historischer Rechtsanspruch Polens auf das gesamte Gebiet östlich von Oder und Neiße konstruiert, woran sich

---

[1483] KAWALEC, Problematyka zachodnia, S. 85. – Wie lange vor ihm schon Wacław Nałkowski hatte Giertych darin als strategisch optimale Grenze („Chrobrys Grenze“) eine Linie „entlang der Sudeten, der Lausitzer Sümpfe und der unteren Oder“ skizziert.

[1484] Grundlegend hierzu ORZECHOWSKI, Odra – Nysa Łużycka – Bałtyk; des weiteren DERS., „Idea zachodnia“, S. 28ff.; LAWATY, S. 93ff.; TOMCZAK, S. 166f.; ganz aktuell auch BORODZIEJ, hier S. 147, der die Grenzdiskussion während des Krieges als „Fortsetzung tradierter ideengeschichtlicher Auseinandersetzungen um die Ost- bzw. Westorientierung Polens“ schildert: „Im Schatten von Krieg und Besatzung dachte die Rechte zu Ende, wovon sie schon immer geträumt hatte: die Vorstellung von einer Großmacht Polen. Die kommunistische Linke griff diese Idee auf, amputierte den dazugehörigen Grundgedanken einer polnischen Mission im Osten und versuchte, die gesamte gesellschaftliche Energie auf den Westen zu lenken.“

[1485] TOMCZAK, S. 191f.

auch einige Veteranen des Westgedankens aus der Vorkriegszeit wie z.B. Zygmunt Wojciechowski wieder beteiligten.[1486]

Diese „Westgebiets“-Propaganda verfing um so mehr, als zahlreiche westdeutsche Verbände und – zumindest bis in die 60er Jahre hinein – auch die Bundesregierung einer Revision der Oder-Neiße-Grenze mehr oder weniger offen das Wort redeten. In dieser Situation erschien die eigentlich ungeliebte Sowjetunion als der einzige verläßliche Garant der eigenen territorialen Integrität. Das Wort vom westdeutschen „Revanchismus“ wurde so zur beliebig einsetzbaren Standardvokabel, die gleichsam den „Hakatismus“ als wichtigstes antideutsches Stereotyp ablöste.

Erst der Sturz der kommunistischen Gewaltherrschaft in Polen 1989 und die anschließende endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze durch die Regierung des wiedervereinigten Deutschland haben ein Klima geschaffen, in dem eine sachliche und vorurteilsfreie Aufarbeitung der schwierigen Vergangenheit wieder möglich geworden ist und die alten nationalen Stereotypen und Klischees langsam zu verblassen beginnen. Den Grundstein hierfür hat auf polnischer Seite bereits 1981 der Publizist und Dissident Jan Józef Lipski mit seinem auch in Deutschland bekanntgewordenen Essay „Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen“ gelegt. Lipski beklagte darin, daß in den Köpfen vieler seiner Landsleute noch immer der Mythos vom deutschen „Drang nach Osten“ herumspuke, und ging mit dem von den kommunistischen Machthabern eifrig gepflegten offiziellen Geschichtsbild scharf ins Gericht:

> „Im polnischen Bewußtsein unserer geschichtlichen Beziehungen zu den Deutschen sind eine Menge Mythen und falscher Bilder entstanden, die im Namen der Wahrheit und zum Zwecke eigener Gesundung einmal von Lügen gereinigt werden müssen: falsche Vorstellungen von der eigenen Geschichte sind eine Krankheit der Seele der Nation, sie dienen hauptsächlich der Fremdenfeindlichkeit und dem nationalen Größenwahn.“[1487]

[1486] Ebenda, S. 172ff., 178. – Es spricht freilich für die veränderten ideologischen Rahmenbedingungen, daß Wojciechowski als ehemaliger Vertreter einer „bourgeoisen“ Strömung bis zu seinem Tod 1955 zunehmend unter Beschuß geriet. Bis spätestens 1970 gerieten das „Westinstitut“ und auch die übrigen Institutionen der polnischen „Westforschung“ vollständig unter die Kontrolle der Partei.

[1487] LIPSKI, S. 194.

12. Schlußbetrachtungen

12.1. Der polnische Westgedanke als Beispiel für Rolle und Funktion von Gebietsansprüchen in nationalistischen Ideologien

Die zu allen Zeiten akute Frage der staatsrechtlichen Zugehörigkeit umstrittener Gebiete, die in Europa noch bis ins 18. Jahrhundert hinein völlig losgelöst von ethnischen Kriterien existiert hatte und meist im Sinne dynastischer, durch Erb- oder Lehnsrecht legitimierter Ansprüche gelöst worden war, hatte vor dem Hintergrund des Siegeszuges des nationalen Gedankens im 19. Jahrhundert eine ganz neue Qualität bekommen. Besonders galt dies für das ethnisch stark fragmentierte Ostmittel- und Südosteuropa, wo die Nationalstaatsforderung der einen Nationalität rasch zur Existenzbedrohung der anderen werden konnte und somit die Ausbildung nationaler Antagonismen begünstigte.[1488] Zwar waren ethnisch-linguistisch begründete Gebietsforderungen nicht zwangsläufig Bestandteil der sich zur Jahrhundertwende in vielen Ländern Europas artikulierenden nationalen Integrationsideologien, doch sorgte das Postulat eines ethnisch möglichst „reinen" und zugleich starken Staates gerade angesichts der ostmitteleuropäischen Gemengelage dafür, daß sich territoriale Ansprüche mit den neuen nationalen Ideen vielfach zu einem explosiven Gemisch verbanden. Die Forderung nach einer Einbeziehung aller für das eigene Volkstum vereinnahmten ethnischen Gruppen („Volkssplitter") und zugleich das Postulat „natürlicher" – sprich: im Sinne des eigenen Machtanspruchs möglichst weit gefaßter – Grenzen machten Konflikte unvermeidbar.

Sind Gebietsansprüche auch nicht zwangsläufig Bestandteil nationaler Integrationsideologien, so erweisen sie sich in diesem Zusammenhang doch als ein probates Mobilisierungsinstrument. Das Postulat der „nationalen Wiedergeburt" des Polentums in Gebieten, die dem polnischen Staat schon im Mittelalter verlorengegangen waren, gab der Gesellschaft ein nationales Ziel vor. Dies um so mehr, als die nationalen Ansprüche gegen eine in jeder Beziehung als räuberisch und brutal dämonisierte Macht durchgesetzt werden mußten, was dem Einzelnen die Projektion von Haß und persönlicher Frustration auf einen äußeren Feind ermöglichte.[1489] Mit einer entsprechenden, populär gehaltenen und gefühlsbetonten Publizistik konnten auch Schichten erreicht

[1488] WINKLER, S. 10.
[1489] Vgl. ebenda, S. 28.

werden, in denen die Lektüre der anspruchsvollen Theorieschriften Dmowskis oder Balickis sicher nicht verbreitet war. Die scheinbare Aufhebung sozialer Gegensätze im Zeichen dieses nationalen Ziels wirkte hier noch zusätzlich mobilisierend. Besonders Popławski verband in seinen Schriften ein nach außen gerichtetes Expansionsideal mit einem nach innen gerichteten Ideal der nationalen Solidarität und forderte die Zurückdrängung der Klassenunterschiede angesichts der bevorstehenden Aufgaben. Die gesellschaftliche Integration der Bauernschaft und die nationale Integration der polnischsprachigen Bevölkerung in den „Westgebieten" waren für ihn nicht voneinander zu trennen und mußten einhergehen mit der unbedingten Bekämpfung sowohl der Institutionen der Teilungsmächte als auch der „Feinde innerhalb der eigenen Gesellschaft".[1490] Daß Popławski nie ein konkretes Programm zur sozialen Besserstellung der Bauernschaft – wo auch immer – vorgelegt hat, zeigt zugleich, daß die ungelöste soziale Frage von ihm auf dem Wege zur Durchsetzung der nationalen Ziele letztlich nur instrumentalisiert wurde.

Ungeachtet der Fülle der bislang erschienenen nationalismustheoretischen Literatur ist der Frage nach Rolle und Funktion von Gebietsansprüchen in nationalen Ideologien einschließlich der Analyse gängiger Argumentationsmuster noch keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt worden. Als immer noch ergiebig erweist sich in diesem Zusammenhang allerdings eine schon recht alte Arbeit von H.L. Koppelmann (1956), dessen allgemeine Beobachtungen sich in vielfältiger Hinsicht auf das polnische Beispiel übertragen lassen.[1491] Im Rahmen einer Typologie der verschiedenen Formen des Nationalismus nennt Koppelmann auch den „autochthonen Nationalismus", der von der Voraussetzung ausgeht, „daß ein Volk in einem Lande autochthon ist, von Natur unlöslich mit ihm verbunden, und daß es ein unveräußerliches Recht auf den Alleinbesitz dieses Landes hat". Dieser Nationalismus eifert laut Koppelmann gegen die bloße Existenz von „Fremden" auf dem beanspruchten Boden selbst dann, wenn diese aufgrund sich friedlich vollziehender Migrationsbewegungen schon vor Jahrhunderten ins Land gelangt sind.[1492] Tatsächlich spielte die – sachlich unhaltbare – These von der Autochthonie der slavischen Stämme an Elbe, Oder und Weichsel in der polnischen Argumentation eine wichtige Rolle. Die in den beanspruchten Gebieten siedelnden Deutschen wurden in diesem Zusammenhang entweder als nur oberflächlich germanisierte Polen deklariert oder aber als „nicht bodenständige" Elemente, als Eindringlinge, denen das Heimatrecht kurzerhand abgesprochen wurde.

1490 Vgl. hierzu J.L. POPŁAWSKI: *Organizacya sił narodowych* [Die Organisation der nationalen Kräfte], in: „Przegląd Wszechpolski" 1899, Nr. 11, S. 643.

1491 KOPPELMANN, S. 176, definiert den Nationalismus wie folgt: „Was wir hier als Nationalismus betrachten und historisch erklären wollen, besteht in dem Glauben an die Existenz eines ‚Volkes' oder einer ‚Nation' als einer natürlichen Einheit, und in der entsprechenden Tendenz: dieser natürlichen Einheit Rechte zuzuschreiben, den zugehörigen Individuen Pflichten aufzuerlegen, das Staatswesen in Übereinstimmung mit dem angemessenen natürlichen Charakter der Nation zu bringen." Als Faktoren, die eine solche „natürliche Einheit" der Nation bewirken können, nennt Koppelmann „Rasse und Siedlungsraum (vulgo: Blut und Boden), Sprache und Kultur". – Vgl. auch SCHIEDER, S. 12f.

1492 KOPPELMANN, S. 112, 114.

Damit verbunden war eine ausgeprägte Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts des Individuums, wie sie für den auf „objektive" Faktoren wie Rasse oder Sprache gegründeten integralen Nationalismus charakteristisch ist. Ganz im Gegensatz zur politischen Tradition der alten polnischen Republik wurde der voluntaristische Nationsbegriff nun durch einen deterministischen ersetzt. Zwar hatte schon Herder die Sprache als Ausdruck einer vermeintlich „natürlichen Volkseinheit" in den Rang eines nationalen Heiligtums erhoben, dies jedoch noch in den Kontext einer universalen Freiheits- und Humanitätsidee hineingestellt. Der neue Nationalismus, wie er sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts herauskristallisierte, erkannte hingegen keine Freiheit und keinen Selbstwert des Einzelnen mehr an, sondern nur noch eine Freiheit der Nation, die damit anstelle des Individuums zum Rechtsträger aufgewertet wurde. Damit korrespondierte eine Metaphorik, die die Nationen selber als Individuen deutete, die geboren werden („Wiege der Nation"), leben und sterben. Die Annahme einer fremden Sprache oder Kultur als Ausdruck eines sich vollziehenden Assimilierungsprozesses war von diesem Standpunkt aus gesehen etwas Widernatürliches, gleichsam eine geistige Entmündigung.[1493] Allen für das eigene Volkstum vereinnahmten Gruppen, die einen solchen Prozeß durchlaufen hatten, wurde das Selbstbestimmungsrecht daher abgesprochen. Als besonders krasses Beispiel zitiert Koppelmann eine Passage aus einem Werk des flämischen Anthropologen, Ethnologen und nationalistischen Theoretikers Gustaaf Schamelhout (1869-1944):

> „Für zurückgebliebene, uneinige, eines nationalen Unterrichts ermangelnde, durch fremden Einfluß denaturierte oder seit Jahrhunderten einem stammesfremden Staatswesen einverleibte Völker ist das Selbstbestimmungsrecht oft nichts anderes als ein Mittel zu endgültiger Selbstvernichtung. Solche Schwächlinge unter den Völkern müssen, so gut wie schwachsinnige Individuen, gegen sich selbst geschützt und durch Stammverwandte auf den Weg der Selbständigkeit geführt werden, um ihnen nicht für immer eine Zukunft zu verschließen, in der sie sich nach ihrer eigenen Art entwickeln und der allgemeinen Kultur teilhaftig werden können. Dann werden sie sich nicht länger durch die Sophismen der selbstsüchtigen und antidemokratischen Verkündiger einer freigewählten Nationalität ins Schlepptau nehmen lassen."[1494]

Ganz so drastisch haben das die maßgeblichen Stichwortgeber des Westgedankens in ihren Verlautbarungen bezüglich etwa der Masuren nie formuliert – aber so haben sie zweifelsohne gedacht, was noch auf der Pariser Friedenskonferenz in dem hartnäckigen Widerstand der polnischen Delegation gegen eine Regelung der strittigen Gebietsfragen auf dem Wege einer Volksabstimmung zum Ausdruck kam. Seinen Niederschlag fand dieses Gedankengut in einer vielfach variierten Metaphorik, die die Abwesenheit eines polnischen Nationlbewußtseins als „Schlaf" oder gar als „Tod" und seine Wiedergewinnung entsprechend als „nationales Erwachen" oder als „natio-

---

[1493] Vgl. ebenda, S. 91, 93, 105. – Den nationalistischen Kult um die Sprache bringt Koppelmann auf den sarkastischen Nenner: „Die Sprache hat Rechte, der Mensch hat keine." – Vgl. hierzu auch REITER, S. 370.

[1494] Zit. in: KOPPELMANN, S. 110. – Die Übersetzung aus dem Niederländischen hat Koppelmann selbst vorgenommen.

nale Wiedergeburt" deutete. Ob Wojciech Kętrzyński die Masuren, wie bereits zitiert, mit der biblischen Figur des Lazarus verglich, der aus seinem Grab wiederauferstand, ob Stanisław Bełza vom „jahrhundertelangen Schlaf der polnischen Schlesier" sprach[1495] oder ob die jüngere Vergangenheit Schlesiens im *Przegląd Wszechpolski* als die „nationale Nacht unseres Landes" veranschaulicht wurde[1496] – stets wurde die Schaffung eines polnischen Nationalbewußtseins in den beanspruchten Gebieten gleichsam als das Endziel der Geschichte dargestellt. In den Augen polnischer Nationalisten galt es, dort einen „natürlichen", der menschlichen Natur von jeher angemessenen Zustand wiederherzustellen; die Tatsache, daß im Mittelalter und in der frühen Neuzeit ein „Nationalbewußtsein" im modernen Sinne gar nicht existiert hatte, wurde dabei beharrlich ignoriert. Zugleich wurde der Einzelne stets nur im Zusammenhang mit den Bestrebungen der Gesamtnation wahrgenommen; die Bewahrung der Sprache der Vorväter wurde ihm gleichsam als nationale Pflicht auferlegt. In der Beschwörung des täglichen, entbehrungsreichen Kampfes um die „nationale Wiedergeburt" des Polentums in den „Westgebieten" spiegelte sich Balickis Ideal vom „Bürgersoldaten" als Ausdruck eines in allen integralen Nationalismen gepflegten Opfergedankens wider. Wer sich diesem Anspruch entzog und sich statt dessen der deutschen Kultur zuwandte, wurde für unmündig oder eben – im metaphorischen Sinne – für tot erklärt.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß die in der untersuchten Publizistik gebrauchten Begriffe zur Bezeichnung der im nationalen Sinne noch „unbewußten" Bevölkerung in den beanspruchten Gebieten – „Dumpfheit", „Lethargie", „Schlaf", „Tod" etc. – und zur Bezeichnung dieser Gebiete selbst – „Nest", „Wiege", „uraltes Erbe", „nationales Vermächtnis" etc. – eng miteinander korrespondieren; die Sprache wurde so selbst zum Transportmittel nationalistischen Gedankenguts. In der polnischen Forschung werden die entsprechenden Begrifflichkeiten gleichwohl noch immer recht unkritisch gebraucht und nur selten in einen größeren ideengeschichtlichen Kontext hineingestellt.[1497] Ein Blick über das polnische Beispiel hinaus zeigt jedenfalls unzweideutig, daß sich der mit beinahe heilsgeschichtlichen Erwartungen verknüpfte Terminus der „nationalen Wiedergeburt" bzw. des „nationalen Erwachens" im Vokabular vieler nationalistischer Ideologien niedergeschlagen hat – nicht zuletzt in dem von den Nationalsozialisten gebrauchten Schlachtruf „Deutschland, erwache!"

Seinen wohl absurdesten Ausdruck fand dieser „Erweckungs-" und Umerziehungsanspruch in der Vorstellung, auch bereits in ferner Vergangenheit abgeschlossene Assimilierungsprozesse rückgängig machen zu können, manifestiert in der gegen Ende des Ersten Weltkrieges von Bolesław Jakimiak formulierten Idee einer „Repo-

[1495] STANISŁAW BEŁZA: *Zabieram głos!* [Ich ergreife das Wort!], in: „Ziarno" 1907, Nr. 6, S. 2.

[1496] WARWAS, *Walka o Ślązk (I.)* (wie Anm. 949), S. 502.

[1497] Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Terminus von der „nationalen Wiedergeburt" findet sich immerhin bei WANATOWICZ, S. 127f. – Die Autorin weist darauf hin, daß der Begriff von vielen polnischen politischen Denkern der Teilungszeit gebraucht wurde (z.B. von Staszic, Lelewel und Limanowski) und insofern nicht allein auf die konkrete Entwicklung in Schlesien gemünzt war, sondern im Zusammenhang mit den vielfältigen Nationsbildungsprozessen in ganz Osteuropa verstanden werden müsse.

lonisierung“ der deutschsprachigen Bewohner Pommerns und Schlesiens. Der Glaube an die ethnische Determiniertheit des Menschen wurde hier verabsolutiert – über die nationale Zugehörigkeit sollte demzufolge nicht die tatsächliche Muttersprache des Einzelnen bestimmen, sondern diejenige seiner Vorfahren; in dieser Gedankenwelt war die Nationalität also ein gleichsam genetisch vererbbarer Faktor. Popławski selbst hat unter Bezugnahme auf das Kaschubenproblem einmal ausgeführt, über die ethnische Zugehörigkeit des Einzelnen entschieden ohnehin nicht so sehr sprachliche als vielmehr „anthropologische“ Kriterien.[1498] Und Jakimiak wollte in den ostelbischen Gebieten generell einen ganz anderen Menschentypus ausgemacht haben als im „eigentlichen“ Deutschland (s.o. Kap. 8.3.). Welche „anthropologischen“ Kriterien denn einen Polen konkret von einem Deutschen unterscheiden, wurde von beiden allerdings nicht verraten. In der Gedankenwelt Jakimiaks waren damit auch extreme Gebietsansprüche durch das Nationalitätsprinzip – so, wie er es verstand – legitimiert, obwohl seine Forderungen gerade dieses Prinzip faktisch in sein Gegenteil verkehrten und damit ad absurdum führten.

Die Widersprüchlichkeit der polnischen Argumentation offenbart sich auch in einem doppelten Assimilationsbegriff. Während die Germanisierung der slavischen Bevölkerung des Elbe- und Oderraums als krimineller Akt verurteilt wurde, wurde in den Verlautbarungen der polnischen Nationaldemokratie einer Polonisierung der gleichfalls beanspruchten, ethnisch aber mehrheitlich nichtpolnischen historischen Ostgebiete ganz offen das Wort geredet. Zugleich wurde die bereits seit dem 15. Jahrhundert vollzogene Polonisierung der litauischen und ruthenischen Eliten als zivilisatorische Großtat gefeiert. Diesen evidenten Widerspruch versuchte die polnische Publizistik mit der Begründung aufzulösen, daß es sich in dem einen Fall um das Ergebnis einer systematischen Gewaltpolitik, in dem anderen hingegen um den friedlichen Sieg einer höheren Kultur handle. Ungeachtet der Tatsache, daß das Bild einer gewaltsamen deutschen Eroberung „mit Feuer und Schwert“ allenfalls auf (das nichtslavisch besiedelte) Ostpreußen sowie auf das angrenzende Pommerellen zutrifft, keinesfalls aber auf Pommern und Schlesien, sollte so eine Kontinuität zwischen der deutschrechtlichen Siedlungsbewegung des Mittelalters und der zeitgenössischen Germanisierungs- und Verdrängungspolitik im preußischen Osten hergestellt werden.

Aus dem in der untersuchten polnischen Publizistik evidenten Bemühen, die eigenen Zivilisationsleistungen herauszustreichen und aufzuwerten, spricht nicht zuletzt ein im polnischen Nationalismus wirksamer Minderwertigkeitskomplex gegenüber dem großen Nachbarn im Westen. Die Erkenntnis der eigenen politischen und ökonomischen Inferiorität, die den polnischen Staat im 18. Jahrhundert trotz in letzter Sekunde unternommener Rettungsversuche zur Beute seiner Nachbarmächte hatte werden lassen, weckte auf polnischer Seite das Bedürfnis nach Kompensation, das seinen Ausdruck in der Verbreitung pejorativer, schließlich offen haßerfüllter Klischees fand, in denen der Deutsche bevorzugt als der obrigkeitsfixierte Untertan einer kalten und seelenlosen Bürokratie erschien. Zugleich äußerte sich hier die heftige Reaktion auf die in der deutschen nationalen Publizistik und Historiographie eifrig gepflegte

[1498] J.L.P., *Kaszubi* (wie Anm. 666), S. 221.

und mit Hochmut vorgetragene, von den Polen zu Recht als verletzend empfundene „Kulturträger"-Theorie. Höhepunkt dieses Kompensationsbedürfnisses war die Formulierung eines eigenen moralischen und kulturellen Überlegenheitsanspruches, der nicht nur gegenüber den Weißrussen und Ukrainern, sondern auch gegenüber den Deutschen geltend gemacht wurde. Besonders deutlich wird dies in einer während des Ersten Weltkrieges von Ignacy Paderewski verfaßten und US-Präsident Wilson überreichten Denkschrift, in der die alte polnische Republik als der eigentliche Hort der westlichen Kultur, Zivilisation und Toleranz, ja sogar als das Ursprungsland der Demokratie verklärt wurde. Die Forderung nach Angliederung von Gebieten, in denen die deutsche Volksgruppe die Mehrheit (vor allem die Stadt Danzig) oder zumindest eine starke Minderheit stellte, wurde hier auch mit dem Argument untermauert, die Deutschen hätten unter polnischer Herrschaft aufgrund dieser spezifischen Tradition der Toleranz ein viel freundlicheres Schicksal zu erwarten, als es die Polen zuvor unter der Herrschaft Preußens erlitten hätten. Daß die Praxis der polnischen Nationalitätenpolitik nach 1918 dann ganz anders aussah, wurde bereits angesprochen; zumindest auf diesem Feld setzte sich die aggressiv-nationalistische Doktrin der Nationaldemokratie im neuen Polen voll durch.

Es fällt ins Auge, daß in den politischen Konzepten vor allem der Nationaldemokratie das Fernziel einer Assimilierung der östlichen Anrainervölker Polens mit ähnlichen Argumenten postuliert wurde, wie sie von Seiten des deutschnationalen Spektrums bezüglich der polnischsprachigen Schlesier oder der Masuren ins Feld geführt wurden. In Anspielung auf den deutsch-polnischen Nationalitätenkonflikt einerseits und die deutschen Ansprüche auf das Elsaß andererseits hat Hans Rothfels treffend angemerkt, daß jedes Volk dazu neige, „die politisch-subjektive Theorie dort anzuwenden, wo es selbst assimilierend gewirkt hat, die kulturell-objektive aber da, wo es im eigenen Bestand der Assimilation ausgesetzt gewesen ist".[1499] Das galt für den polnischen Nationalismus genauso wie für den deutschen. Im Zeitalter des „nationalen Egoismus" kam es auf die Konsequenz und auf die Stichhaltigkeit der einem Gebietsanspruch zugrundeliegenden Argumentation letztlich gar nicht an.

12.2. Ansatzpunkte für einen Vergleich des polnischen Westgedankens mit anderen Vereinigungsnationalismen in Ostmittel- und Südosteuropa vor 1914

Die Teilungen Polens Ende des 18. Jahrhunderts bildeten den Auftakt zu einer ganzen Reihe von politisch-territorialen Umbrüchen, die die Landkarte Ostmittel- und Südosteuropas bis in das 20. Jahrhundert hinein immer wieder nachhaltig veränderten und denen unter dem Eindruck des Siegeszuges des Nationalgedankens eine gegenüber

[1499] ROTHFELS, Die Nationsidee, S. 15. – Rothfels beruft sich in diesem Zusammenhang auch auf den nationalistischen deutschen Historiker Heinrich von Treitschke, der 1871 geäußert hatte, die Elsässer müßten zur Not auch gegen ihren Willen wieder zum Deutschtum „erweckt" werden (S. 14).

der mittelalterlichen bzw. frühneuzeitlichen Welt stark gewandelte Bedeutung zukam. Die staatlichen Separations- bzw. Einigungsprozesse, die sich hier bis 1914 vollzogen, waren begleitet von nationalistischen Ideologien, die nicht allein die unbedingte Schaffung eines Nationalstaats für die jeweils eigene Ethnie postulierten, sondern darüber hinaus unter Berufung auf ganz verschiedene Kriterien ein bestimmtes Territorium absteckten, das der vollen Entfaltung der eigenen Kräfte den nötigen Raum bieten sollte. Da die so definierten territorialen Bedürfnisse fast nirgendwo schon „im ersten Anlauf“ befriedigt werden konnten, entfalteten die fortbestehenden Gebietsansprüche eine gewaltige politische Sprengkraft.

Eine auf dem Vergleich der europäischen Nationalismen des 19. und 20. Jahrhunderts und der vor diesem Hintergrund entwickelten Argumentationsmuster beruhende „Typologie des Gebietsanspruchs“ fehlt im Rahmen der komparativen Nationalismusforschung bislang.[1500] Dies nachzuholen ist nicht Aufgabe der vorliegenden Arbeit. Gleichwohl drängen sich vielfältige Parallelen zum polnischen Beispiel auf, die es erlauben, einige verbindliche Kriterien für einen solchen Vergleich zu benennen, und auf die an dieser Stelle daher zumindest kurz eingegangen werden soll.

Zunächst sei in diesem Zusammenhang Italien genannt. Das Gefühl, der italienische Einigungsprozeß von 1861/66 sei ohne den Anschluß der zumindest teilweise italienischsprachigen Gebiete unter österreichischer Herrschaft – im einzelnen Trentino (Südtirol), Görz, Triest, Istrien und Fiume (Rijeka) – unvollendet geblieben, bildete fortan eine wesentliche Triebkraft des italienischen Nationalismus; der im Verlauf der Darstellung schon verschiedentlich gebrauchte Begriff des „Irredentismus“ (von ital. *terra irredenta* = „unerlöstes Land“) hat hier seinen Ursprung.[1501] Gekennzeichnet wird damit das Bestreben nach Vereinigung der jenseits der Grenzen gelegenen Siedlungsgebiete nationaler Minderheiten mit dem „Mutterland“ gleicher Sprache – insofern sind die erwähnten italienischen Ansprüche und die polnischen Begehrlichkeiten gegenüber Oberschlesien und Masuren gut miteinander vergleichbar. Da in Italien ebenso wie in Polen oder in den anderen noch anzusprechenden Ländern über das ethnographische Prinzip hinaus auch andere Kriterien bei der Bemessung territo-

---

[1500] Von Interesse sind in diesem Zusammenhang allerdings die Ausführungen von PRESCOTT, S. 103ff. – Was Gebietsansprüche und Grenzkonflikte angeht, nennt der Autor hier zunächst völkerrechtlich verankerte („legale“) Argumente (z.B. die konkrete Auslegung grenzfestlegender Verträge), weist aber zugleich darauf hin, daß die meisten territorialen Dispute in Vergangenheit und Gegenwart einer solchen streng rechtlichen Komponente entbehren und statt dessen mit historischen, geographischen, strategischen oder ökonomischen Argumenten unterlegt sind. Prescott nennt in diesem Zusammenhang einige Beispiele (z.B. die italienischen Ansprüche auf Teile Dalmatiens oder die rumänisch-jugoslawischen Streitigkeiten um die Zugehörigkeit des Banat in der Zwischenkriegszeit), geht auf die damit verbundenen Problemstellungen und den ideengeschichtlichen Hintergrund aber nicht näher ein (was im Rahmen seines Themas auch nicht seine Aufgabe ist).

[1501] LÖNNE, S. 285. – Der Begriff geht zurück auf die 1877 in Neapel von Matteo Renato Imbriani gegründete Vereinigung *Pro Italia Irredenta*. In diesem Rahmen wurden Ansprüche auch auf Nizza, Korsika, Malta und sogar das schweizerische Tessin vorgetragen; die Gebiete unter österreichischer Herrschaft spielten im italienischen Irredentismus aber stets die Hauptrolle.

rialer Ansprüche ins Spiel kamen, soll im folgenden ganz allgemein von „Vereinigungsnationalismus“ die Rede sein, wo es um die Formulierung weitgefaßter Territorialprogramme geht.[1502]

Insbesondere auf dem ethnisch stark fragmentierten Balkan sahen sich die beiden dort traditionell miteinander rivalisierenden Mächte – Habsburg und das Osmanische Reich – im 19. Jarhundert zunehmend mit den Nationalstaats- und Vereinigungsforderungen der unterworfenen christlichen Völker konfrontiert.[1503] Während sich die Griechen bereits in den 1820er Jahren einen – zunächst allerdings auf den Peleponnes und die unmittelbar nördlich angrenzenden Gebiete beschränkten – unabhängigen Staat erkämpfen konnten, mußten sich die Serben (1817/30) und später die Rumänen (1862) und die Bulgaren (1878) zunächst mit einer jeweils unterschiedlich ausgestalteten Autonomie im Rahmen des Osmanischen Reiches zufriedengeben, die erst später in die volle staatliche Unabhängigkeit einmündete.[1504] Gegenüber den bis 1914 völlig staatenlosen Polen waren die genannten Völker damit jedenfalls privilegiert. Gleichwohl wurden die auf dem Balkan installierten Autonomiegebiete bzw. die später daraus hervorgegangenen souveränen Staaten nur als „Rumpf“ betrachtet und als territoriale Basis, von der aus weitergehende Ansprüche erhoben und verfolgt wurden. In allen vier genannten Ländern formierten sich starke nationalistische Bewegungen, in deren Programmatik die Vereinigung aller für die eigene Nation reklamierten Territorien einen zentralen Rang einnahm – oberstes Ziel war damit die Schaffung nationaler Großstaaten in Form eines „Großserbien“, eines „Großbulgarien“ oder eines

[1502] BREUILLY, Nationalismus, S. 24, 263, unterscheidet in diesem Zusammenhang drei verschiedene Strategien nationalistischer Oppositionsbewegungen: a) das Bestreben, aus dem bestehenden Staat auszubrechen (Separation, d.h. die vertretene Nation beansprucht nur einen Teil des bestehenden Staates); b) das Bestreben, den bestehenden Staat in nationalistischem Sinne zu reformieren (Reform, d.h. Nation und Staat sind identisch); oder aber c) das Bestreben, den bestehenden Staat mit anderen Staaten zu vereinigen (Unifikation; d.h. die territorialen Ansprüche gehen über das Staatsgebiet hinaus). – Als Beispiele für einen Vereinigungsnationalismus nennt Breuilly in diesem Sinne Deutschland, Italien und Polen, als Beispiele für einen separatistischen Nationalismus hingegen u.a. die Serben, Rumänen, Bulgaren und Griechen (BREUILLY, Nationalism, S. 96ff., 135ff.). Hier ist allerdings darauf hinzuweisen, daß eine solch randscharfe Trennung in beide Nationalismustypen kaum vorgenommen werden kann. Im Falle der Polen ebenso wie der genannten Balkanvölker gingen das Bedürfnis nach Separation (also nach Abschüttelung der durch einen oder auch mehrere Staaten ausgeübten Fremdherrschaft) und nach Unifikation (also nach anschließender staatlicher Zusammenfügung aller für die eigene Nation beanspruchten Territorien) vielmehr Hand in Hand.

[1503] Allgemein hierzu u.a. die Arbeiten von GEWEHR und CHARLES and BARBARA JELAVICH; siehe ganz aktuell auch den Aufsatz von HÖSCH, insb. S. 84ff.

[1504] Serbien und Rumänen erlangten ihre Unabhängigkeit 1878 im Rahmen des Berliner Kongresses, der die politische Landkarte Südosteuropas grundlegend veränderte. Die Bulgaren, für die in Berlin im Gegensatz zu den vorher von den Großmächten gemachten Versprechungen nur ein territorial beschränktes und tributpflichtiges Fürstentum herausgesprungen war, konnten erst 1908 ein unabhängiges Königreich ausrufen.

„Großrumänien".[1505] Eine besonders radikale Variante des Vereinigungsnationalismus bildete sich in Griechenland heraus. Unter dem Leitstern der „Großen Idee" *(Megali idea)* beanspruchte die griechische Nationalbewegung gewaltige Territorien aus dem Besitz des Osmanischen Reiches, deren Bewohner entweder griechischsprachig waren, dem orthodoxen Glauben anhingen oder aber aufgrund ihrer vermeintlichen Abstammung für das Griechentum reklamiert wurden – in der Praxis bezogen die griechischen Ansprüche damit große slavische, albanische, türkische und sonstige Bevölkerungsteile mit ein. Ähnlich wie in den utopischen Polenkonzepten der „Großen Emigration" (s.o. Kap. 3.3.) war in der *Megali idea* ein ausgeprägter kultureller Missionsanspruch wirksam, kulminierend in der Vision eines multinationalen, griechisch-orthodoxen und hellenisierten Staatswesens zu beiden Seiten der Ägäis und mit Konstantinopel als Hauptstadt, in dessen Gestalt das untergegangene Byzantinische Reich gleichsam seine Wiederauferstehung feiern sollte.[1506]

Ein kurzer Vergleich der Situation auf dem Balkan mit dem polnischen Vereinigungsnationalismus drängt sich zumindest dort auf, wo er in der untersuchten polnischen Publizistik selbst gezogen wird. Mit großer Sympathie wurde hier der nationale Freiheitskampf der Serben beobachtet. Vor allem nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges löste das Beispiel des südslavischen „Brudervolks", das es wagte, den verhaßten Mittelmächten und ihrem osmanischen Verbündeten militärisch die Stirn zu bieten, auf polnischer Seite Bewunderung aus. So merkte etwa Bolesław Jakimiak in seiner schon ausführlich untersuchten Broschüre an, im Gegensatz zu den Polen hätten die Serben sogar mehr als vier Jahrhunderte lang (von 1389 bis 1815) in Unfreiheit und unter erheblichem Entnationalisierungsdruck gelebt. Das hindere sie in der Gegenwart aber nicht daran, mit aller Kraft den Kampf um die Vereinigung aller serbischen Gebiete zu führen, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob diese mittlerweile

[1505] Im Falle Bulgariens richteten sich entsprechende Ansprüche vor allem auf (das 1885 angeschlossene) Ostrumelien, des weiteren auf (das von Serbien und Griechenland gleichfalls beanspruchte) Mazedonien sowie – als Zugang zur Adria – auf Westthrakien. Letzteres konnte sich Bulgarien im Gefolge der Balkankriege 1913 tatsächlich einverleiben, mußte es nach Ende des Ersten Weltkrieges jedoch wieder an Griechenland abtreten. Die rumänischen Nationalisten beanspruchten über die 1862 vereinigten Fürstentümer Moldau und Walachei hinaus auch Bessarabien (von Rußland) sowie aus habsburgischem Besitz Siebenbürgen und die Bukowina. Als Ergebnis des Ersten Weltkrieges entstand das ersehnte „Großrumänien" tatsächlich.

[1506] Hierzu kurz XYDIS, S. 235ff. – Die *Megali idea* wurde maßgeblich bereits in den 1840er Jahren durch Ioannes Kolettes formuliert, der in seinen Schriften Athen und Konstantinopel als die beiden großen und unverzichtbaren Zentren des Hellenentums charakterisierte. Der Zusammenbruch des Osmanischen Reiches im Gefolge des Ersten Weltkrieges ließ entsprechende Pläne einen Augenblick lang als tatsächlich realisierbar erscheinen. Die vernichtende Niederlage, die die griechische Armee 1922 gegen die Truppen Kemal Atatürks erlitt, machten den Traum eines territorialen Ausgreifens auf Kleinasiens allerdings dauerhaft zunichte.

„türkisiert“ seien oder nicht.[1507] Und im nationaldemokratisch ausgerichteten Exilblatt *Przegląd Polski* hieß es unter Anspielung auf die polnischen Ansprüche auf Danzig und die Kaschubei, das verzweifelt um seine nationale Existenz kämpfende Serbien erlebe heute, was es bedeute, über keinen eigenen Zugang zum Meer zu verfügen.[1508]

Die im Rahmen des „großserbischen“ Nationalismus geltend gemachten Ansprüche bezogen sich im einzelnen auf Bosnien-Herzegowina, das Amselfeld (Kosovo), Mazedonien, Nordalbanien, die Vojvodina und Montenegro[1509]; sie richteten sich damit sowohl gegen Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich als auch (später) gegen die Nachbarländer Griechenland und Bulgarien. Wolf Dietrich Behschnitt, der sich in seiner bereits zitierten Dissertation gründlich mit der nationalen Ideologie bei Serben und Kroaten (bis 1914) auseinandergesetzt hat, definiert die von ihm bezüglich des angestrebten Staatsterritoriums analysierten Ausdrucksformen des Nationalismus – „irredentistisch“ und „hegemonial“ – wie folgt:

> „Im Sinne des Irredentismus, gestützt auf das Nationalitätsprinzip, forderten Serben und Kroaten die Einverleibung bestimmter Territorien in die jeweils eigenen Herrschaftsbereiche. Dabei handelte es sich um zu integrierende Gebiete (...), die von Serben und Kroaten mit beiderseits hohen Bevölkerungsanteilen oder von Serben, Kroaten sowie Angehörigen anderer südslawischer und nichtsüdslawischer Nationen in einer beträchtlichen Anzahl gemeinsam bewohnt wurden. Je weniger die Ansprüche durch das Nationalitätsprinzip gerechtfertigt erscheinen, desto stärker erweisen sich irredentistischer Großserbismus und irredentistischer Großkroatismus als Ausdruck des von machtpolitischen Interessen gelenkten hegemonialen Nationalismus. Kriterien des hegemonialen Großserbismus beziehungsweise Großkroatismus können sein: die Begründung der Ansprüche durch das historische Recht und durch als lebensnotwendig erklärte wirtschaftliche Interessen, schließlich die Leugnung der nationalen Eigenständigkeit der Angehörigen anderer Nationen in den einzuverleibenden Territorien oder gar die Deklarierung dieser Bevölkerungsteile zu Konnationalen. Hinsichtlich dieser letzten beiden Eigenschaften kann man den hegemonialen Großserbismus und den hegemonialen Großkroatismus auch als exklusiven Serbismus beziehungsweise exklusiven Kroatismus bezeichnen.“[1510]

[1507] ŁAHODA [d.i. Jakimiak], S. 58. – Mit der Formulierung von den „türkisierten Gebieten“ *(ziemie sturczone)* spielt Jakimiak hier ganz offensichtlich auf die bosnischen Muslime und die gleichfalls muslimischen Kosovo-Albaner an.

[1508] KORWIN, *Stanowisko wobec Niemiec* (wie Anm. 1274), S. 32; vgl. JANKOWSKI, Polska etnograficzna, S. 6.

[1509] BEHSCHNITT, S. 50. – Bereits vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges konnten die Serben einen Teil dieser Ansprüche durchsetzen. Als Ergebnis der zwei Balkankriege von 1912/13 wurden dem serbischen Staat das Amselfeld, der sog. „Sandžak von Novi Pazar“ (also der Nordteil der heutigen jugoslawischen Teilrepublik Montenegro) sowie der nordwestliche Teil Mazedoniens („Vardar-Mazedonien“ mit Skopje) angeschlossen.

[1510] Ebenda. – Insgesamt unterscheidet Behschnitt bei Serben und Kroaten vier verschiedene Formen des Nationalismus: a) den Serbismus bzw. Kroatismus, b) den Großserbismus bzw. den Großkroatismus, c) den Panserbismus bzw. Pankroatismus und schließlich d) verschiedene Erscheinungsformen des Jugoslawismus. Den Unterschied zwischen Großserbismus bzw. -kroatismus und Panserbismus bzw. -kroatismus definiert er wie folgt: „Im Unterschied zum Großserbismus und zum Großkroatismus, wo möglicherweise hegemoniale Aspirationen im allgemeinen mit dem nie völlig ungerechtfertigten Irredentismus

Die von Behschnitt erwähnte Vermischung ethnischer, historischer und ökonomischer Kriterien bei der Begründung der von Serben und Kroaten erhobenen Gebietsansprüche findet sich ebenso wie die nationale Vereinnahmung sprachlich verwandter Volksgruppen – man denke an die Kaschuben – auch in der polnischen Publizistik; damit wird deutlich, daß es sich bei den Argumentationsmustern, wie sie dem polnischen Westgedanken zugrunde lagen, nicht um ein singulär polnisches Phänomen handelt. Wie beim polnischen Beispiel propagierte auch der serbische Nationalismus die unbedingte Notwendigkeit eines eigenen Zugangs zum Meer (in diesem Fall zur Adria), wie beim polnischen Beispiel spielte auch in Serbien die mythische Verklärung und Überhöhung der nationalen Vergangenheit eine wichtige Rolle. Als zentrale sinnstiftende Ereignisse lassen sich in diesem Zusammenhang die Grunwaldschlacht (1410) und die serbisch-osmanische Entscheidungsschlacht auf dem Amselfeld (1389) durchaus miteinander vergleichen, obwohl es sich bei der einen um einen Sieg für Polen, bei der anderen hingegen um eine folgenschwere Niederlage für Serbien handelte. Die Parallelen lassen sich bis in die Wortwahl hinein verfolgen – man denke in diesem Zusammenhang nur an die auf das Amselfeld (Kosovo) gemünzte und in der serbischen Publizistik bis heute gebräuchliche Losung von der „Wiege der serbischen Nation“ oder auch die auf historischen Kriterien beruhende Bezeichnung dieses Gebietes als „Altserbien“ (vgl. oben das auf Schlesien gemünzte Wort „Altpolen“). Und in beiden Fällen waren die erhobenen Gebietsansprüche flankiert von einer klaren außenpolitischen Orientierung. So wie Preußen bzw. Deutschland für große Teile der polnischen Öffentlichkeit das zentrale Feindbild abgab, so taten dies für die Serben das Osmanische Reich und – insbesondere seit der Annexion Bosnien-Herzegowinas im Jahre 1908 – Österreich.[1511]

Das Programm einer serbischen Expansion war bereits 1844 mit einer meist kurz als „Entwurf“ *(Načertanije)* bezeichneten geheimen Denkschrift aus der Feder des Politikers Ilija Garašanin vorgelegt worden.[1512] Die hierin in territorialer Hinsicht dargelegten Forderungen wurden in der Folgezeit von verschiedenen serbischen Denkern und Strategen immer wieder erneuert und aktualisiert, bis der serbische Vereinigungsnationalismus nach 1908 unter dem Schlagwort „Vereinigung oder Tod“ *(Ujedinjenje ili Smrt)* schließlich in den offenen Terrorismus umkippte und damit den un-

---

gekoppelt sind, wird die Schranke des Nationalen vom Panserbismus und vom Pankroatismus in extremer Weise überschritten. Die Befürworter dieser Formen des Nationalismus räumen jeweils nur der eigenen Nation das Recht auf Eigenständigkeit und Selbständigkeit im nationalpolitischen und nationalkulturellen Bereich ein. Das bedeutet die radikale Destruktion des Nationalitätsprinzips (...).“ (S. 51).

1511 LEDERER, S. 424f., nennt als die zentralen Prinzipien des serbischen Nationalismus vor 1914: a) die Vereinigung aller Serben in einem Staat; b) den Anschluß Bosnien-Herzegowinas und Mazedoniens als absolute territoriale Priorität; c) die Durchsetzung des Prinzips „Der Balkan den Balkan-Völkern“, also die strikte Zurückweisung auswärtiger Interventionen; d) die Zerschlagung Österreich-Ungarns und des Osmanischen Reiches; e) als Konsequenz daraus die Befreiung aller Südslaven und ihre Vereinigung unter serbischer Führung (also die serbische Variante des „Jugoslawismus“).

1512 BEHSCHNITT, S. 54ff.; kurz LEDERER, S. 424.

mittelbaren Anlaß für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges lieferte. Hierin unterscheidet sich der revolutionäre serbische Nationalismus dann auch deutlich von dem evolutionären polnischen Nationalismus, der zwischen 1864 und 1914 seine Ziele zu keinem Zeitpunkt mit gewaltsamen oder gar terroristischen Mitteln durchzusetzen versuchte. Auch muß an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß der polnische Vereinigungsnationalismus seit Ende des Zweiten Weltkrieges als entschärft gelten kann, während sich der serbische bekanntlich erst in der jüngsten Vergangenheit wieder als hochexplosiv erwiesen hat.

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit ist jedoch in erster Linie die Frage nach der ideologischen Begründung von Gebietsansprüchen von Interesse, und in diesem Sinne lassen sich die aufgezeigten Gemeinsamkeiten durchaus systematisieren. Mit ihrer schwerpunktmäßigen Fixierung gerade auf den territorialen Aspekt läßt sich die von Behschnitt entwickelte Typologie hervorragend auf die verschiedenen im polnischen nationalistischen Spektrum diskutierten Territorialprogramme übertragen. Folgten die „moderaten" Programme (gerichtet v.a. auf die mehrheitlich von einer polnischsprachigen Bevölkerung bewohnten Regionen Oberschlesien und Masuren) dem „irredentistischen" Argumentationsmuster, so lassen sich darüber noch hinausgehende Ansprüche auf ganz Ostpreußen oder auch auf Niederschlesien und Pommern als Ausdrucksform eines „hegemonialen", primär an machtpolitischen Interessen orientierten Nationalismus deuten. Ein solcher Hegemonie- und Expansionsanspruch der eigenen Nation ist wiederum charakteristisch für das bereits ausführlich behandelte Phänomen des integralen Nationalismus.

Zusammenfassend lassen sich auf der Grundlage der genannten Beispiele folgende Argumentationsmuster zur Begründung von territorialen Ansprüchen unterscheiden:

<u>Die historische Argumentation:</u> Die Berufung auf das historische Siedlungsgebiet der jeweils eigenen Nationalität und ggf. auf das Territorium vergangener Reiche, die für die eigene nationale Geschichte reklamiert werden, spielte im polnischen Westgedanken eine zentrale Rolle und ist auch in anderen Vereinigungsnationalismen verbreitet (z.B. im Rahmen der serbischen Ansprüche auf das Kosovo als dem Kernland des mittelalterlichen serbischen Nemanjiden-Reiches). Damit korrespondierend werden aus der Vergangenheit spezifisch nationale Aufgabenstellungen und „Missionen" abgeleitet und in die Gegenwart übertragen (z.B. die vermeintlich antideutsche „Bollwerk"-Funktion des polnischen Piastenreiches).

<u>Die ethnographische Argumentation (Nationalitätsprinzip):</u> Sie liegt dem Prinzip des modernen Nationalstaates zugrunde und ist im Rahmen dieser Aufzählung insofern die wichtigste. Der Anspruch, die Grenzen von Staat und Sprach- bzw. Kulturraum miteinander zur Deckung zu bringen, stellte die althergebrachte staatliche Ordnung Europas im 19. Jahrhundert radikal in Frage und bewirkte die Ausbildung vielfacher territorialer Dispute und irredentistischer Bewegungen, so z.B. unter den polnischsprachigen Schlesiern, unter den Italienern in Triest oder unter den Serben in der Vojvodina. Die in den Pariser Vorortverträgen vorgenommene territoriale Neuordnung Europas nach Ende des Ersten Weltkrieges ist als der ursprünglich gutgemeinte,

in der Praxis letztlich aber gescheiterte Versuch zu werten, diesem Prinzip in größtmöglicher Weise Rechnung zu tragen.

Die nationale Vereinnahmung sprachlich verwandter Volksgruppen als „Konnationale“ oder anderssprachiger Nationalitäten aufgrund von Abstammungskriterien: Hier handelt es sich strenggenommen um Ableitungen aus dem Nationalitätsprinzip. Im ersten Fall werden verwandte Regionalsprachen meist zu bloßen Dialekten der eigenen Hochsprache erklärt und die nationale Eigenständigkeit solcher Volksgruppen damit negiert. Ein solches Motiv läßt sich in der polnischen Argumentation gegenüber den Kaschuben ebenso erkennen wie z.B. in den serbischen Ansprüchen auf Mazedonien, dessen slavische Bewohner kurzerhand zu „Südserben“ erklärt wurden. Im zweiten Fall werden gegenwärtige sprachliche Realitäten vollkommen ignoriert und wird statt dessen auf die angebliche Abstammung der Bevölkerung eines beanspruchten Territoriums vom eigenen Volkstum abgestellt. Verbunden damit ist die Vorstellung, auch bereits abgeschlossene Assimilierungsprozesse rückgängig machen, also sogar fremdsprachige Volksgruppen im nationalen Sinne „erwecken“ zu können. Dieses Muster schlug sich in dem von Bolesław Jakimiak formulierten Konzept einer „Repolonisierung“ der deutschsprachigen Pommern und Schlesier ebenso nieder wie in der im Rahmen der griechischen *Megali idea* angestrebten „Rehellenisierung“ großer Teile des Balkan- und Schwarzmeerraumes.

Die geographische, geopolitische und strategische Argumentation: Hier kommt vor allem der Begriff der „natürlichen“ (d.h. aufgrund natürlicher Gegebenheiten determinierten) Grenzen ins Spiel, in denen sich angeblich die „geographische Individualität“ eines Landes bzw. eines nationalen Siedlungsraumes widerspiegelt. Solchen „natürlichen“ Grenzen wird zumeist auch der Charakter einer idealen, die Sicherheit der eigenen Nation gegen eine Bedrohung von außerhalb dauerhaft gewährleistenden Verteidigungslinie zugemessen. In diesem Sinne wurde von dem polnischen Geographen Wacław Nałkowski bereits vor 1914 die Oder-Neiße-Linie als kürzeste Verbindung zwischen Ostsee und Sudeten und damit als „ideale“ Westgrenze Polens skizziert. In ähnlicher Weise nahmen italienische Nationalisten den Alpenkamm als „natürliche“ Grenze Italiens zu Österreich ins Visier und begründeten so ihren Anspruch auf das mehrheitlich deutschsprachige Südtirol.

Die ökonomische Argumentation: Hierbei wird der Anschluß eines bestimmten Territoriums vor allem aufgrund seines ökonomischen Wertes für unverzichtbar erklärt, wobei dieser Wert sowohl im Charakter eines Gebietes als Ernährungsbasis für die eigene Bevölkerung („Kornkammer“), als Reservoir von Bodenschätzen oder aber als geographischer Zugang zu begehrten Wirtschaftsräumen bestehen kann. Entsprechend wurde im polnischen Vereinigungsnationalismus sowohl dem Anschluß des oberschlesischen Kohle- und Schwerindustriereviers als auch der Schaffung eines Ostseezugangs über die Weichselmündung (zwecks Partizipation am Ostseehandel) ein besonderer Stellenwert zugemessen.

Die religiöse bzw. konfessionelle Argumentation: Mit ihr wird neben der Muttersprache ein weiteres „objektives“ Zugehörigkeitsmerkmal zu einer Nation in die Diskussion eingeführt. Im polnischen Beispiel spielte das entsprechende Argument unge-

achtet der zentralen Funktion der katholischen Kirche als politischer Integrationsfaktor nur eine untergeordnete Rolle, da es hier auch protestantische (Masuren) und orthodoxe Bevölkerungsteile (im Osten) anzuschließen galt. Anders verhielt sich das im Falle des griechischen Vereinigungsnationalismus mit seiner Fixierung vor allem auf die Orthodoxie, weniger auf die neugriechische Sprache. Die bulgarischen Nationalisten wiederum bemaßen ihre territorialen Ansprüche vor allem nach den Grenzen des 1870 eingerichteten und gegenüber dem griechischen Patriarchat in Konstantinopel autonomen bulgarisch-orthodoxen Exarchats, das fast ganz Mazedonien mit einschloß.

Die kulturell-zivilisatorische Argumentation: Hier wird der Rahmen einer auf (wie auch immer definierte) „objektive“ Faktoren abgestützten Argumentation endgültig gesprengt, indem der eigenen Nation ein – meist historisch begründeter – kultureller und zivilisatorischer Missionsanspruch gegenüber anderen Völkern zugewiesen wird (insofern ergeben sich Überschneidungen zum oben genannten historischen Prinzip). So wie einzelne polnische Philosophen v.a. in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Wiederangliederung der ethnisch überwiegend ukrainischen oder weißrussischen Ostgebiete im Kontext einer vermeintlich spezifisch polnischen Freiheitsidee postulierten, so sahen sich griechische Nationalisten als Fackelträger einer überlegenen griechisch-hellenischen Kultur, in deren Namen die von osmanischer Fremdherrschaft befreiten slavischen Balkanvölker einem griechisch dominierten Großreich angeschlossen werden sollten.

Es bleibt festzuhalten, daß einem nationalistisch motivierten Gebietsanspruch meist nicht nur eines, sondern in der Regel eine Kombination aus mehreren der genannten Argumentationsmuster zugrundeliegt. Auf der Grundlage dieser Typologie lassen sich jedenfalls über die oben angeführten Beispiele hinaus auch andere Territorialdispute klassifizieren und in einen größeren Kontext einordnen.

Anhänge

Anhang I: Die Nationalitätenverhältnisse in den „Westgebieten“ im Jahre 1900 auf der Grundlage der preußischen Nationalitätenstatistik (alle Angaben in %)

Erläuternde Hinweise:

a) Die Wiedergabe der Statistik beschränkt sich hier auf diejenigen Gebiete, die gemäß der in Kapitel 2.1. gegebenen Definition Gegenstand der Untersuchung sind, also auf Oberschlesien, das südliche Ostpreußen sowie die Kaschubei einschließlich Danzigs (nach Kreisen). Berücksichtigt werden außerdem diejenigen Kreise Mittelschlesiens und Pommerns, in denen die polnischsprachige Bevölkerung mehr als 2% ausmachte.

b) Die letzte Volkszählung im Deutschen Reich vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde 1910 durchgeführt und ist wegen des starken prozentualen Rückgangs des polnischen Elements bei gleichzeitigem Anstieg der „Zweisprachigen“ auf polnischer Seite verbreitet als manipuliert verdächtigt und methodisch auch von deutschen Wissenschaftlern angezweifelt worden (s.o. Kap. 6.4.). Der Verfasser kommt dieser Kritik insoweit entgegen, als hier auf die Zahlen des Jahres 1900 zurückgegriffen wird.

c) Unter der Rubrik „Zweisprachig“ sind im folgenden alle Personen aufgeführt, die als gleichberechtigte Muttersprachen entweder „Deutsch und Polnisch“, „Deutsch und Masurisch“ oder „Deutsch und Kaschubisch“ angegeben hatten. Zu der äußerst umstrittenen Kategorie der „Zweisprachigen“ (die mehrheitlich wohl dem polnischen Element zuzurechnen sind) siehe Kap. 6.4.

A. Oberschlesien (Regierungsbezirk Oppeln):

	Deutsch:	Polnisch:	Zweispr.:	Sonstiges:
Kreuzburg:	39,0	58,1	2,9	0,0
Rosenberg/OS:	13,9	83,2	2,8	0,1
Stadt Oppeln:	75,8	19,3	4,8	0,1
Oppeln-Land:	17,1	78,7	2,5	1,7
Groß Strehlitz:	16,5	78,7	3,6	1,2
Lublinitz:	14,0	80,1	5,9	0,0
Stadt Gleiwitz:	64,9	25,5	9,3	0,3

	Deutsch:	Polnisch:	Zweispr.:	Sonstiges:
Tost-Gleiwitz:	16,5	80,9	2,5	0,1
Tarnowitz:	22,6	71,4	5,7	0,3
Stadt Beuthen:	54,2	37,5	8,0	0,3
Königshütte:	46,4	43,6	9,8	0,2
Beuthen-Land:	21,8	73,1	4,9	0,2
Zabrze:	26,4	68,7	4,7	0,2
Stadt Kattowitz:	70,3	21,1	8,0	0,6
Kattowitz-Land:	23,7	70,7	5,4	0,2
Pleß:	11,2	86,5	2,2	0,1
Rybnik:	15,2	82,5	1,9	0,4
Ratibor:	20,9	43,7	1,1	34,3*
Kosel:	19,4	73,7	6,8	0,1
Leobschütz:	84,1	3,6	0,9	11,4
Neustadt/OS:	52,8	44,7	2,5	0,0
Falkenberg:	88,9	9,6	1,5	0,0
Neiße:	98,5	1,0	0,3	0,2
Grottkau:	99,1	0,6	0,2	0,1

B. Mittelschlesien (Regierungsbezirk Breslau):

	Deutsch:	Polnisch:	Zweispr.:	Sonstiges:
Namslau:	68,3	28,4	3,2	0,1
Groß Wartenberg:	51,7	41,8	3,7	2,8
Brieg:	95,5	3,6	0,8	0,1

C. Südliches Ermland und Masuren (Provinz Ostpreußen):

	Deutsch:	Polnisch:	Masurisch:	Zweispr.:	Sonst.:
Rößel:	84,5	14,0	0,0	1,5	0,0
Allenstein:	49,2	47,1	0,1	3,6	0,0
Ortelsburg:	22,8	31,1	43,4	2,4	0,3
Neidenburg:	28,7	37,6	31,7	2,0	0,0
Osterode/Opr.:	52,2	33,0	10,9	3,9	0,0
Angerburg:	94,5	1,6	1,6	1,7	0,6
Oletzko:	62,1	14,5	19,0	4,4	0,0
Lyck:	41,5	18,1	35,1	5,3	0,0
Lötzen:	53,8	13,8	24,3	8,0	0,1
Sensburg:	42,2	20,2	30,3	6,2	1,1
Johannisburg:	25,2	20,8	49,5	4,5	0,0

* Hinter dem im Kreis Ratibor überdurchschnittlich hohen Anteil von „Sonstigen“ verbirgt sich v.a. der tschechischsprachige Bevölkerungsanteil.

D. Kaschubei und Danzig (Provinz Westpreußen):

	Deutsch:	Polnisch:	Kaschub.:	Zweispr.:	Sonst.:
Stadt Danzig:	96,2	2,0	0,2	1,2	0,4
Danzig. Niederung:	99,1	0,4	0,1	0,3	0,1
Danziger Höhe:	86,8	1,3	9,7	2,0	0,2
Berent:	45,5	49,4	4,8	0,3	0,0
Karthaus:	31,1	0,2	68,7	0,0	0,0
Neustadt/Wpr.:	46,2	11,2	41,0	1,5	0,1
Putzig:	30,5	0,2	68,6	0,6	0,1
Konitz:	45,2	39,3	14,4	1,1	0,0
Schlochau:	85,4	11,2	3,1	0,3	0,0

E. Provinz Pommern:

	Deutsch:	Polnisch:	Kaschub.:	Zweispr.:	Sonst.:
Lauenburg/Pomm.:	94,4	4,7	0,4	0,4	0,1
Bütow:	85,1	13,7	0,4	0,7	0,1

Quelle:

SDR, Bde. 150 u. 151. (Die Umrechnung der absoluten Zahlen in Prozentzahlen hat der Verfasser selbst vorgenommen).

Anhang II: Die Stimmenzahlen für die polnischen Kandidaten in den Wahlkreisen Oberschlesiens und Ostpreußens bei den Reichstagswahlen von 1903, 1907 und 1912 (alle Angaben in %)

Erläuternde Hinweise:

a) Als „polnische" Kandidatur werden hier alle Fälle aufgeführt, in denen ein polnischer Kandidat ohne Rückendeckung einer der traditionellen deutschen Parteien ins Rennen ging.
b) In den Fällen, in denen der polnische Kandidat die Stichwahl zwischen den beiden Bestplazierten erreichen konnte, ist das Stichwahlergebnis ausgewiesen, in allen anderen Fällen das Prozentergebnis des ersten Wahlgangs.
c) In den Fällen, in denen der polnische Kandidat den Wahlkreis gewinnen konnte, sind die Prozentzahlen fett wiedergegeben.

A. Oberschlesien (Regierungsbezirk Oppeln):[*]

Wahlkreis:	1903:	1907:	1912:
Kreuzburg-Rosenberg:	3,8	39,2	41,6
Oppeln:	-	**54,6**	**51,6**
Kosel-Strehlitz:	8,1	44,1	49,1
Tost-Gleiwitz-Lublinitz:	33,2	**53,6**	48,6
Beuthen-Königshütte-Tarnowitz:	14,8	**53,3**	**57,2**
Kattowitz-Zabrze:	**50,7**	**65,1**	**59,3**
Pleß-Rybnik:	48,0	**65,5**	**58,6**
Ratibor:	12,4	20,5	19,8
Neustadt:	-	-	0,7

Als polnische Reichstagsabgeordnete in Oberschlesien wurden gewählt:

Oppeln: *Paweł Brandys* (1907, 1912)

Tost-Gleiwitz-Lublinitz: *Teodor Jankowski* (1907)

[*] Nicht aufgeführt sind die oberschlesischen Wahlkreise Leobschütz, Falkenberg und Neisse, in denen bei keiner der drei Wahlen ein polnischer Bewerber antrat.

Beuthen-Königshütte-Tarnowitz:	*Adam Napieralski* (1907), *Paweł Dombek* (1912)
Kattowitz-Zabrze:	*Wojciech Korfanty* (1903, 1907), *Wojciech Sosiński* (1912)
Pleß-Rybnik:	*Aleksander Skowroński* (1907), *Paweł Pośpiech* (1912)

B. Provinz Ostpreußen:

Wahlkreis:	1903:	1907:	1912:
Allenstein-Rößel (Ermland):	24,6	26,5	34,6
Osterode-Neidenburg (Masuren):	4,1	5,9	5,0
Lyck-Oletzko-Johannisburg (Masuren):	0,7	0,2	0,1
Ortelsburg-Sensburg (Masuren):	23,1	1,3	15,2

Quellen:

RZEPECKI, Bd. 2, S. 112, 163ff.; SCHWIDETZKY, S. 110f. (Die Umrechnung der absoluten Stimmenzahlen in Prozentzahlen hat der Verfasser selbst vorgenommen).

Kartenanhang:

Karte I: Das „piastische" Polen unter der Herrschaft von Bolesław I. Chrobry (frühes 11. Jahrhundert)

---------- Nur zeitweilig unter polnischer Kontrolle stehende Gebiete:

I: Westpommern
II: Lausitz und Milzener Land
III: Böhmen und Mähren
IV: „Červenische Burgen"
V: Kulmerland und Pomesanien



Karte II: Das Territorium der polnisch-litauischen *Rzeczpospolita* unmittelbar vor der ersten Teilung im Jahre 1772 (Fläche: rd. 725.000 qkm)

////////// Herzogtum Preußen (bis 1657 unter polnischer Lehensoberhoheit)



Karte III: Das „ethnographische" Polen im Entwurf Czesław Jankowskis (1914)



Quelle: Czesław Jankowski, Polska etnograficzna. Warszawa 1914 (Kartenanhang)

Karte IV: Das Territorium des künftigen polnischen Staates im Entwurf Adam Szelągowskis (1918)



Quelle: Adam Szelągowski, O granicach Polski. Warszawa 1918 (Kartenanhang)

Karte V: Das auf der Pariser Friedenskonferenz am 28. Februar 1919 (Westgrenze) bzw. am 3. März 1919 (Ostgrenze) von der polnischen Delegation für Polen geforderte Territorium (sogen. „Dmowski-Linie")

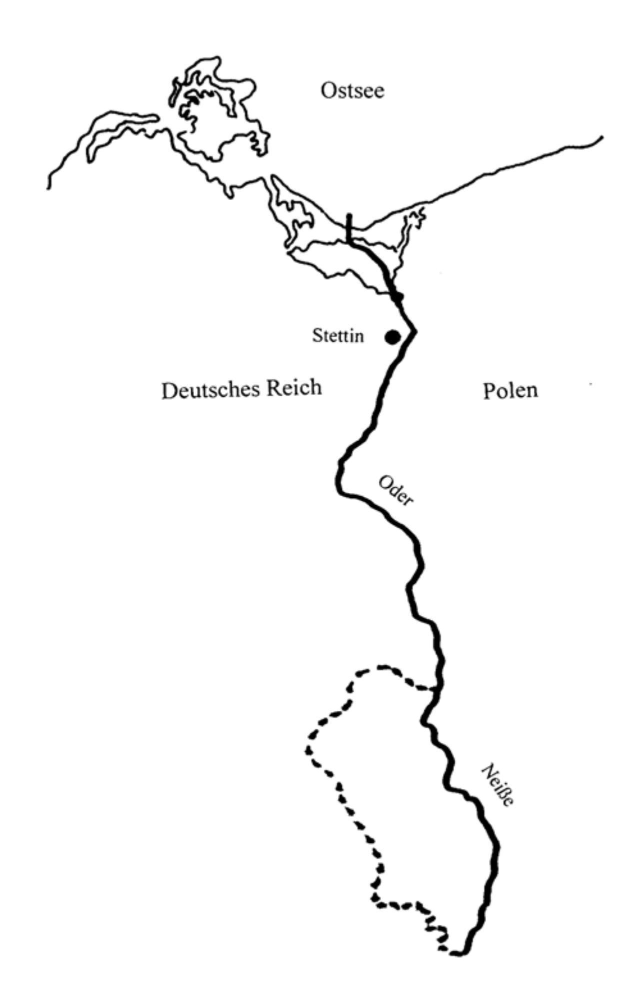
---------- „Republik Königsberg"



Quelle: Roman Dmowski, Polityka polska i odbudowanie państwa. 2. Aufl., Warszawa 1926, S. 521ff., 526ff.

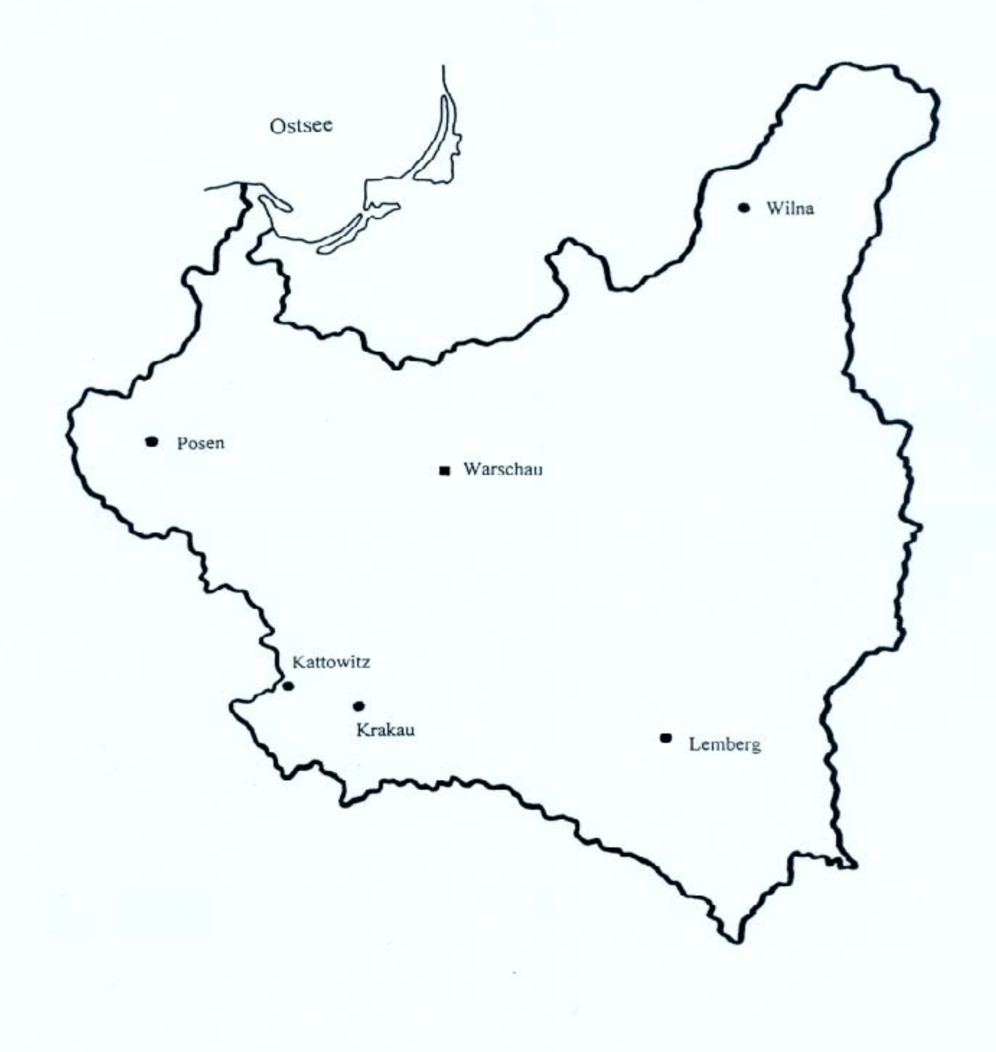
Karte VI: Die polnische Westgrenze („Oder-Neiße-Linie") im Entwurf Bolesław Jakimiaks (1917)

---------- „Herzogtum Lausitz" (der angestrebte Grenzverlauf dieses „Herzogtums" wird von Jakimiak nicht exakt beschrieben; die gestrichelte Linie ist daher nur als ungefähre zu betrachten)



Quelle: Msciwój Łahoda [d.i. Bolesław Jakimiak], Zachodnia granica Polski. 2. Aufl., Warszawa 1918, S. 58f. (Die Broschüre beschäftigt sich ausschließlich mit der anzustrebenden Westgrenze; zur künftigen Ostgrenze werden keine Aussagen gemacht)

Karte VII: Die Grenzen der polnischen Republik 1922-1939 auf der Grundlage der Friedensverträge von Versailles (Westgrenze) und Riga (Ostgrenze) (Fläche: 388.390qkm)



Quellen- und Literaturverzeichnis

A. Quellen

Zeitungen und Zeitschriften

Biblioteka Warszawska [Warschauer Bibliothek].
Pismo poświęcone naukom, sztukom i przemysłowi [Den Wissenschaften, den Künsten und der Industrie gewidmete Schrift], Warszawa 1849, 1854, 1872, 1883-1884, 1889, 1900, 1903, 1905.
Demokrata Polski [Der polnische Demokrat].
Pismo polemiczne broniące zasad i polityki [Polemische Schrift zur Verteidigung von Prinzipien und Politik], Paris 1841.
Gazeta Warszawska [Warschauer Zeitung].
Warszawa 1911, 1914-1915.
Głos [Die Stimme].
Tygodnik literacko-społeczno-polityczny [Literarisch-gesellschaftlich-politisches Wochenblatt], Warszawa 1886-1897.
Jutrzenka [Die Morgenröte].
Kraków 1848.
Kłosy [Die Ähren].
Czasopismo illustrowane tygodniowe [Illustrierte Wochenzeitschrift], Warszawa 1883.
Kraj [Das Land].
Tygodnik polityczno-społeczny [Politisch-gesellschaftliches Wochenblatt], St. Petersburg 1886-1907.
Krytyka [Kritik].
Miesięcznik społeczno-literacki [Gesellschaftlich-literarisches Monatsblatt], Kraków 1899, 1901.
Kurjer Warszawski [Warschauer Kurier].
Warszawa 1897, 1900, 1903-1904, 1911-1912.
Kwartalnik Naukowo-Polityczny i Społeczny [Wissenschaftlich-politische und gesellschaftliche Vierteljahresschrift], Lwów 1898.
Myśl Narodowa [Der Nationale Gedanke].
Tygodnik poświęcony kulturze twórczości polskiej [Der schöpferischen polnischen Kultur gewidmetes Wochenblatt], Warszawa 1936.

Nadwiślanin [Der Weichselanwohner].
Chełmno 1862.
Piast [Der Piast].
Tygodnik polityczny, społeczny, oświatowy, poświęcony sprawom ludu polskiego – Naczelny organ Polskiego Stronnictwa Ludowego [Den Fragen des polnischen Volkes gewidmetes politisches, gesellschaftliches und kulturelles Wochenblatt – Hauptorgan der Polnischen Bauernpartei], Kraków 1918.
Pismo Towarzystwa Demokratycznego Polskiego [Schrift der Polnischen Demokratischen Gesellschaft]. Poitiers 1837-1841.
Pobudka [Der Weckruf].
Czasopismo narodowo-socyalistyczne [National-Sozialistische Zeitschrift], Paris 1889.
Polak [Der Pole].
Pismo z obrazkami dla wszystkich [Bebilderte Schrift für alle], Lwów 1901.
Prawda [Die Wahrheit].
Tygodnik polityczny, społeczny i literacki [Politisches, gesellschaftliches und literarisches Wochenblatt], Warszawa 1883-1884, 1886, 1889, 1898-1899, 1901, 1903, 1905.
Przedświt [Die Morgendämmerung].
Czasopismo społeczno-polityczne – Organ związku zagranicznego socyalistów polskich [Gesellschaftlich-politische Zeitschrift – Organ des Auslandsbundes polnischer Sozialisten], London 1897.
Organ Polskiej Partyi Socyalistycznej [Organ der Polnischen Sozialistischen Partei], London 1900-1901; Kraków 1909.
Przegląd Narodowy [Nationale Umschau].
Miesięcznik poświęcony zagadnieniom życia narodowego w zakresie politycznym, naukowym, społecznym, literackim i artystycznym [Den Fragen des nationalen Lebens im politischen, wissenschaftlichen, gesellschaftlichen, literarischen und künstlerischen Bereich gewidmetes Monatsblatt], Warszawa 1908-1913.
Przegląd Polski [Polnische Umschau].
Pismo naukowe i literackie [Wissenschaftliche und literarische Schrift], Kraków 1879, 1883.
Przegląd Polski [Polnische Umschau].
Czasopismo poświęcone polityce narodowej [Der nationalen Politik gewidmete Zeitschrift], Fribourg 1916.
Przegląd Poznański [Posener Umschau].
Pismo miesięczne [Monatsschrift], Poznań 1849.
Przegląd Poznański [Posener Umschau].
Tygodnik polityczny, społeczny i literacki [Politisches, gesellschaftliches und literarisches Wochenblatt], Poznań 1895-1896.
Przegląd Wszechpolski [Allpolnische Umschau].
Dwutygodnik polityczny, społeczny i ekonomiczny [Politisches, gesellschaftliches und wirtschaftliches Zweiwochenblatt], Lwów 1895-1898.

Miesięcznik polityczny i społeczny [Politisches und gesellschaftliches Monatsblatt], Lwów 1899-1901.
Miesięcznik poświęcony polityce narodowej – Organ zagadnieniom życia społecznego, ekonomicznego i umysłowego [Der nationalen Politik gewidmetes Monatsblatt – Organ für die Probleme des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und geistigen Lebens], Kraków 1902-1905.
Miesięcznik poświęcony polityce narodowej oraz zagadnieniom życia społecznego, ekonomicznego i umysłowego. Seria druga [Der nationalen Politik sowie den Problemen des gesellschaftlichen, ökonomischen und geistigen Lebens gewidmetes Monatsblatt. Zweite Serie], Poznań 1922-1926.

Przyjaciel Ludu [Der Volksfreund].
Tygodnik potrzebnych i pożytecznych wiadomości [Wochenblatt für notwendige und nützliche Nachrichten], Leśno 1834-1848.

Robotnik [Der Arbeiter].
Organ Polskiej Partyi Socyalistycznej [Organ der Polnischen Sozialistischen Partei], Warszawa 1918-1919.

Świat Słowiański [Die Slavische Welt].
Miesięcznik poświęcone słowianofilstwu ze stanowiska polskiego [Der Slavophilie vom polnischen Standpunkt aus gewidmetes Monatsblatt], Kraków 1905-1913.

Trzeci Maj [Der Dritte Mai].
Paris 1839.

Tygodnik Illustrowany [Illustriertes Wochenblatt].
Warszawa 1880-1881, 1884, 1886, 1902.

Wędrowiec [Der Wandersmann].
Tygodnik poświęcone podróżom i krajoznawstwu [Dem Reisen und der Landeskunde gewidmetes Wochenblatt], Warszawa 1882, 1900-1901.

Wiarus [Der Alte Haudegen].
Poznań 1850.

Wiek [Das Jahrhundert].
Gazeta polityczna, literacka i społeczna (Politische, literarische und gesellschaftliche Zeitung), Warszawa 1880.

Wisła [Die Weichsel].
Miesięcznik geograficzno-etnograficzny [Geographisch-ethnographisches Monatsblatt], Warszawa 1887, 1890, 1900.

Ziarno [Das Korn].
Pismo tygodniowe illustrowane [Illustrierte Wochenschrift], Warszawa 1906-1912.

Ziemia [Das Land].
Tygodnik krajoznawczy illustrowany [Landeskundliches illustriertes Wochenblatt], Warszawa 1911.

Einzelschriften, Aufsätze und Quelleneditionen

Antologia myśli politycznej „Przeglądu Wszechpolskiego“ (1895-1905) [Anthologie des politischen Gedankenguts der „Allpolnischen Umschau“, 1895-1905], bearb. von BARBARA TORUŃCZYK, Londyn 1983.

Archiwum polityczne Ignacego Paderewskiego [Das politische Archiv Ignacy Paderewskis], Bd. 1, 1890-1918, bearb. von WITOLD STANKIEWICZ u. ANDRZEJ PIBER, Wrocław u.a. 1973.

ASKENAZY, SIMON [Szymon]: Dantzig et la Pologne, Paris o.J. [Mai 1919] [ASKENAZY, Dantzig].

DERS.: Rosya – Polska 1815-1830 [Rußland und Polen 1815-1830], Lwów 1907 [ASKENAZY, Rosya – Polska].

DERS.: Uwagi [Bemerkungen], Warszawa 1924 [ASKENAZY, Uwagi].

BAKER, RAY STANNARD: Woodrow Wilson and World Settlement. Written from his Unpublished and Personal Material. Original Documents of the Peace Conference, Bd. 3, London 1923.

BALICKI, ZYGMUNT: Egoizm narodowy wobec etyki [Der nationale Egoismus angesichts der Ethik], Lwów 1903.

BALZER, OSWALD: Przygodne słowa 1886-1911 [Flüchtige Worte 1886-1911], Lwów 1912 [BALZER, Przygodne słowa].

DERS.: Stolice Polski 963-1138 [Die Hauptstädte Polens 963-1138], in: Studya nad historią prawa polskiego 6 (1916), H. 4, S. 3-74 [BALZER, Stolice Polski].

BANDTKIE, JERZY SAMUEL: Krótkie wyobrażenie dziejów Królestwa Polskiego [Kurze Veranschaulichung der Geschichte des Königreichs Polen], Wrocław 1810 [BANDTKIE, Krótkie wyobrażenie].

DERS.: Wiadomości o języku polskim w Śląsku i o polskich Ślązakach [Nachrichten über die polnische Sprache in Schlesien und über die polnischen Schlesier], bearb. von BOLESŁAW OLSZEWICZ u.a., Wrocław 1952 [BANDTKIE, Wiadomości].

Beiträge zur Lösung der polnischen Frage, hrsg. von J. NEUMANN-FROHNAU, Berlin 1916.

BEŁZA, STANISŁAW: Karol Miarka. Kartka z dziejów Górnego Szląska [Karol Miarka. Eine Notiz aus der Geschichte Oberschlesiens], Warszawa 1880 [BEŁZA, Karol Miarka].

DERS.: My czy oni na Szląsku polskim? [Wir oder sie im polnischen Schlesien?], 2. Aufl., Katowice u.a. 1902 [BEŁZA, My czy oni].

DERS.: Na Śląsku polskim. Wrażenia i spostrzenia [Im polnischen Schlesien. Eindrücke und Beobachtungen], 2. Aufl., Kraków 1890 [BEŁZA, Na Śląsku polskim].

DERS.: Śląsk polski [Das polnische Schlesien], Poznań o.J. [1919].

DERS.: W zapomnianej stronie (Z pobytu na Kaszubach) [Auf der vergessenen Seite. Von einem Aufenthalt in der Kaschubei], Warszawa 1909 [BEŁZA, W zapomnianej stronie].

BIELECKI, TADEUSZ: W szkole Dmowskiego. Szkice i wspomnienia [In Dmowskis Schule. Skizzen und Erinnerungen], London 1968.

BISMARCK, OTTO VON: Gedanken und Erinnerungen. Reden und Briefe. Mit einer Einführung von Theodeor Heuss, Berlin 1951.
Bismarckbriefe 1836-1872, hrsg. von HORST KOHL, 6., stark vermehrte Aufl., Bielefeld, Leipzig 1897.
BOBRZYŃSKI, MICHAŁ: Dzieje Polski w zarysie [Geschichte Polens im Grundriß], 3 Bde., 4. Aufl., Warszawa u.a. 1927-1931.
BOGUSŁAWSKI, WILHELM: Dzieje Słowiańszczyzny północno-zachodniej do połowy XIII w. [Die Geschichte des nordwestlichen Slaventums bis zur Mitte des 13. Jhs.], 4 Bde., Poznań 1887-1900.
BOLESŁAWITA, B. [d.i. Józef Ignacy Kraszewski]: Rachunki [Rechnungen], Poznań 1868.
BÜLOW, BERNHARD FÜRST VON: Deutsche Politik, hrsg. u. eingeleitet von PETER WINZEN, Bonn 1992.
BUKOWIECKA, H.: Opis ziem dawnej Polski [Beschreibung der Gebiete des alten Polen], 2. Aufl., Warszawa 1917.
BUZEK, JÓZEF: Historya polityki narodowościowej rządu pruskiego wobec Polaków. Od traktatów wiedeńskich do ustaw wyjątkowych z r. 1908 [Geschichte der Nationalitätenpolitik der preußischen Regierung gegenüber den Polen. Von den Wiener Verträgen bis zu den Ausnahmegesetzen von 1908], Lwów 1909 [BUZEK, Historya].
DERS.: Pogląd na wzrost ludności ziem polskich w wieku 19-tym [Ein Blick auf das Wachstum der Bevölkerung der polnischen Gebiete im 19. Jahrhundert], Kraków 1915 (Wydawnictwa Instytutu Ekonomicznego NKN, H. 1) [BUZEK, Pogląd].
BYLSKI, LEOPOLD: Rzut oka na kwestyę polską w dobie obecnej [Blick auf die polnische Frage der Gegenwart], Kraków 1910.
CHOCISZEWSKI, JÓZEF: Malowiczny opis Polski czyli geographia ojczystego kraju [Anschauliche Beschreibung Polens oder eine Geographie des Vaterlandes], Poznań 1894 [CHOCISZEWSKI, Malowiczny opis].
DERS.: Podręcznik geografii ojczystej zawierający treściwy opis ziem dawnej Polski z uwzględnieniem dzisiejszych stosunków i podziału politycznego [Handbuch der vaterländischen Geographie einschließlich einer knappen Beschreibung der Gebiete des alten Polen unter Berücksichtigung heutiger Bedingungen und der politischen Gliederung], Chicago o.J. [um 1892] [CHOCISZEWSKI, Podręcznik].
CHOLONIEWSKI, ANTONI: Dantzig – ville polonaise, Paris 1919 [CHOLONIEWSKI, Dantzig].
DERS.: Gdańsk i Pomorze Gdańskie. Uzasadnienie naszych praw do Bałtyku [Danzig und Pommerellen. Eine Begründung unserer Rechtsansprüche auf die Ostsee], Kraków 1919 [CHOŁONIEWSKI, Gdańsk].
CHRZANOWSKI, BERNARD: Na kaszubskim brzegu [Am kaschubischen Ufer], Lwów, Warszawa 1920 (Neuauflage der Posener Ausgabe von 1910) [CHRZANOWSKI, Na kaszubskim brzegu].
DERS.: Z wybrzeża i o wybrzeżu [Von der Küste und über die Küste], Poznań 1917 [CHRZANOWSKI, Z wybrzeża].

CHUDZIŃSKI, ANTON[I]: Die Polnische Frage in Preußen, aus d. Poln. übers. von Ossowski, Berlin 1891.
CZARTORYSKA, IZABELA: Dyliżansem przez Śląsk. Dziennik podróży do Cieplic w roku 1816 [Mit der Postkutsche durch Schlesien. Tagebuch einer Reise nach Teplitz im Jahre 1816], bearb. von JADWIGA BUJAŃSKA, Wrocław u.a. 1968.
CZECHOWSKI, ALEKSANDER: Opis ziem zamieszkanych przez Polaków [Beschreibung der von Polen bewohnten Gebiete], Bd. 1, Ziemie polskie w Prusiech. Prusy Wschodnie i Zachodnie – Wielkie Księstwo Poznańskie – Śląsk Pruski [Die polnischen Gebiete in Preußen. Ost- und Westpreußen – das Großherzogtum Posen – das Preußische Schlesien], Warszawa 1904.
CZYŃSKI, EDWARD: Etnograficzno-statystyczny zarys liczebności i rozsiedlenia ludności polskiej [Ethnographisch-statistischer Abriß von Anzahl und Siedlungsgebiet der polnischen Bevölkerung], Warszawa 1909.
DĄBROWSKI, JÓZEF: Dzieje Polski w streszczeniu [Geschichte Polens im Überblick], Warszawa 1907.
DASZYŃSKA-GOLIŃSKA, ZOFIA: Rozwój i samodzielność gospodarcza ziem polskich [Entwicklung und wirtschaftliche Selbständigkeit der polnischen Gebiete], Warszawa, Kraków 1914.
Die Gegenvorschläge der Deutschen Regierung zu den Friedensverhandlungen. Vollständiger amtlicher Text, Berlin 1919.
DMOWSKI, ROMAN: Myśli nowoczesnego Polaka [Gedanken eines modernen Polen], 3. Aufl., Lwów 1907 [DMOWSKI, Myśli].
DERS.: Niemcy, Rosya i kwestya polska [Deutschland, Rußland und die polnische Frage], Lwów 1908 [DMOWSKI, Niemcy].
DERS.: Polityka polska i odbudowanie państwa polskiego. Z dodaniem memoriału „Zagadnienia środkowo- i wschodnioeuropejskie“ i innych dokumentów polityki polskiej z lat 1914-1919 [Die polnische Politik und der Aufbau des polnischen Staates. Unter Hinzufügung der Denkschrift „Probleme Mittel- und Osteuropas“ und anderer Dokumente der polnischen Politik aus den Jahren 1914-1919], 2. Aufl., Warszawa 1926 [DMOWSKI, Polityka polska].
Droga do niepodległości czy program defensywny? Praca organiczna – programy i motywy [Weg zur Unabhängigkeit oder Defensivprogramm? Die organische Arbeit – Programme und Motive], bearb. von TOMASZ KIZWALTER u.a., Warszawa 1988.
Dsiesięciolecie Przeglądu Wszechpolskiego. Artykuły i rozprawy z zakresu polityki i pokrewnych dziedzień [Das zehnjährige Jubiläum der Allpolnischen Umschau. Artikel und Abhandlungen aus der Sphäre der Politik und verwandter Bereiche], hrsg. von ROMAN DMOWSKI, Kraków 1905.
DUDA, FRANCISZEK: Kwestya polska w dobie obecnej [Die polnische Frage in der Gegenwart], Kraków 1910.
DUDZIŃSKI, ADAM: Polacy na Śląsku [Die Polen in Schlesien], Lwów 1919 (Prace geograficzne, H. 4).

FELDMAN, W[ILHELM]: Deutschland, Polen und die russische Gefahr. Mit einem Vorwort v. Dr. Alexander Brückner, Berlin 1915 [W. FELDMAN, Deutschland].
DERS.: Rzecz o Narodowej Demokracyi [Über die Nationaldemokratie], Kraków 1902 [W. FELDMAN, Rzecz].
FILASIEWICZ, STANISLAS: La Question Polonaise pendant la Guerre Mondiale, Paris 1920 (Recueil des actes diplomatiques, traités et documents concernant la Pologne, Bd. 2).
Filozofia i myśl społeczna w latach 1831-1864 [Philosophie und gesellschaftlicher Gedanke in den Jahren 1831-1864], hrsg. von ANDRZEJ WALICKI, Warszawa 1977.
FUCHS, WERNER: Der neue Polenspiegel. Selbstzeugnisse polnischen Eroberungswillens. Mit einem Geleitwort v. Justizrat Wagner, hrsg. im Auftrage des Deutschen Ostmarkenvereins und des Ostausschusses des „Stahlhelm“, Berlin 1930.
Fürst Bülows Reden. Nebst urkundlichen Beiträgen zu seiner Politik, gesammelt u. hrsg. von JOHANNES PENZLER, Bd. 1, 1897-1903, Berlin 1907.
GAWĘDA, MACIEJ: Krzyżacy dziejowi i Krzyżacy współcześni [Die geschichtlichen und die zeitgenössischen Kreuzritter], Tarnów 1914 (Biblioteka im. Andrzeja Zamoyskiego, Nr. 4).
Gdańsk and East Prussia, hrsg. von der Polish Commission of Work Preparatory to the Conference of Peace (u. Mitw. v. WINCENTY LUTOSŁAWSKI), Paris 1919.
GIZBERT-STUDNICKI, WLADYSLAV R. VON [d.i. Władysław Studnicki]: Die Umgestaltung Mittel-Europas durch den gegenwärtigen Krieg. Die Polenfrage in ihrer internationalen Bedeutung, Wien o.J. [1915].
GIZEWIUSZ, GUSTAW: Polska kwestia językowa w Prusach. Wybór materiałów zebranych i opatrzonych komentarzem przez Gustawa Gizewiusza [Die polnische Sprachfrage in Preußen. Auswahl von Materialien, gesammelt und mit einem Kommentar versehen von Gustaw Gizewiusz], bearb. von WŁADYSŁAW CHOJNACKI, Poznań 1961 (Materiały do dziejów nowożytnych ziem zachodnich, Nr. 5).
GLABISZ, KAZIMIERZ: Gdzie nasze kresy zachodnie? Stosunki narodowościowe w zaborze pruskim [Wo liegen unsere westlichen Grenzmarken? Die Nationalitätenverhältnisse im preußischen Teilgebiet], Poznań 1919.
Górny Śląsk i Zagłębie w dawnych opisach wieku XIX [Oberschlesien und das Dąbrowa-Becken in alten Beschreibungen des 19. Jahrhunderts], bearb. von ANDRZEJ ZIELIŃSKI, Katowice 1984.
GÓRSKI, KONSTANTY: Bitwa pod Grunwaldem (dnia 15-go lipca 1410 r.) [Die Schlacht bei Tannenberg am 15. Juli 1410], Warszawa 1888.
GRABIEC, J. [d.i. Józef Dąbrowski]: Niepodległość czy nowy rozbiór [Unabhängigkeit oder neue Teilung], Genewa 1915 [GRABIEC, Niepodległość].
DERS.: Współczesna Polska w cyfrach i faktach [Das zeitgenössische Polen in Zahlen und Fakten], Kraków o.J. [nach 1911] [GRABIEC, Współczesna Polska].
GRABOWSKI, AUGUST MAKSYMILIAN: Podróż do Prus (1844) [Eine Reise nach Preußen im Jahre 1844], bearb. von KRYSTYNA PIERADZKA, Warszawa 1946 (Biblioteka popularno-naukowa, Seria: Ziemie odzyskane, Nr. 1).

GRABOWSKI, EDWARD: Na przełomie politycznym [Am politischen Wendepunkt], Warszawa 1916 (Przyczynki do sprawy polskiej, Bd. 1).
GRUSZECKI, ARTUR: Szarańcza [Die Heuschrecke], 3 Bde., Warszawa 1899.
GUMPLOWICZ, WŁADYSŁAW: Kwestya polska a socyalizm [Die polnische Frage und der Sozialismus], Warszawa 1908.
HERDER, JOHANN GOTTFRIED: Sämtliche Werke, hrsg. v. BERNHARD SUPHAN, 33 Bde., Hildesheim 1967-1968 (Reprographischer Nachdruck der zw. 1877 u. 1913 erschienenen Berliner Ausgabe).
HOUSE, EDWARD MANDELL – SEYMOUR, CHARLES: What really happened in Paris. The Story of the Peace Conference 1918-1919. By American Delegates, New York 1921.
JANKOWSKI, CZESŁAW: Naród polski i jego ojczyzna [Die polnische Nation und ihr Vaterland], Warszawa 1914 [JANKOWSKI, Naród polski].
DERS.: Polska etnograficzna [Das ethnographische Polen], Warszawa 1914 [JANKOWSKI, Polska etnograficzna].
JASKÓLSKI, JÓZEF: Granice Polski [Die Grenzen Polens], Lwów o.J. [1919].
JODKO, W. [d.i. Witold Jodko-Narkiewicz]: Deutschland und Polen, Zürich 1916.
KAMIONKA-STRASZAKOWA, JANINA: „Do ziemi naszej". Podróże romantyków [„Nach unserem Land". Reisen der Romantiker], Kraków 1988.
KARWOWSKI, STANISŁAW: Polacy i język polski na Śląsku pod panowaniem pruskiem [Die Polen und die polnische Sprache in Schlesien unter preußischer Herrschaft], Poznań 1910.
KELLES-KRAUZ, KAZIMIERZ: Pisma wybrane [Ausgewählte Schriften], Bd. 2, Warszawa 1962.
KESSLER, HARRY GRAF: Tagebücher 1918-1937, hrsg. von WOLFGANG PFEIFFER-BELLI, Frankfurt/Main 1961.
KĘTRZYŃSKI, WOJCIECH: Aus dem Liederbuch eines Germanisierten 1854-1862, bearb. von TADEUSZ CZAPELSKI, Lwów 1938 [KĘTRZYŃSKI, Aus dem Liederbuch].
DERS.: Das Culmer-Land und die Südgrenze von Pomesanien, in: Altpreußische Monatsschrift, NF 23 (1886), S. 138-141 [KĘTRZYŃSKI, Das Culmer-Land].
DERS.: Der Deutsche Orden und Konrad von Masovien 1225-1235, dt. vermehrte Ausgabe, Lemberg 1904 [KĘTRZYŃSKI, Der Deutsche Orden].
DERS.: Germanizacya Pomorza za polskich czasów [Die Germanisierung Pommerellens zu polnischer Zeit], in: Roczniki Towarzystwa Naukowego w Toruniu 15 (1908), S. 121-125 [KĘTRZYŃSKI, Germanizacya].
DERS.: Nazwy miejscowe polskie Prus zachodnich, wschodnich i Pomorza wraz z przewiskami niemieckimi [Die polnischen Ortsnamen Westpreußens, Ostpreußens und Pommerns einschließlich ihrer deutschen Umschreibungen], Lwów 1879 (Biblioteka Ossolińskich zbiór materyałów do historyi polskiej, H. 6) [KĘTRZYŃSKI, Nazwy miejscowe].
DERS.: O ludności polskiej w Prusiech niegdyś krzyżackich [Über die polnische Bevölkerung im einst von den Kreuzrittern beherrschten Preußen], Lwów 1882 [KĘTRZYŃSKI, O ludności polskiej].

DERS.: O Mazurach [Über die Masuren], Poznań 1872 [KĘTRZYŃSKI, O Mazurach].
DERS.: O Słowianach mieszkających niegdyś między Renem i Łabą, Salą i czeską granicą [Über die Slaven, die einst zwischen Rhein und Elbe, Saale und böhmischer Grenze siedelten], in: Rozprawy Akademii Umiejętności w Krakowie, wydział historyczno-filozoficzny, Seria II, Bd. 15 (1901), S. 1-142 [KĘTRZYŃSKI, O Słowianach].
KOLBERG, OSKAR: Mazury pruskie [Preußisch Masuren], Faks.-Neudruck, Wrocław, Poznań 1967 (Dzieła wszystkie, Bd. 40) [KOLBERG, Mazury pruskie].
DERS.: Śląsk [Schlesien], Faks.-Neudruck, Wrocław, Poznań 1965 (Dzieła wszystkie, Bd. 43) [KOLBERG, Śląsk].
KOŁŁĄTAJ, HUGO: Wybór pism politycznych [Auswahl politischer Schriften], bearb. von BOGUSŁAW LEŚNODORSKI, Wrocław 1952.
KOMARNICKI, STEFAN: Polska na zachodzie w świetle cyfr i zdarzeń [Westpolen im Lichte von Zahlen und Ereignissen], T. 1, Zabory i kolonizacya niemiecka na ziemiach polskich z szczególnem uwzględnieniem W. Ks. Poznańskiego do roku 1848 [Raub und Kolonisierung in den polnischen Gebieten durch die Deutschen bis zum Jahre 1848 unter besonderer Berücksichtigung des Großherzogtums Posen], Lwów 1894.
KONECZNY, FELIKS: Dzieje Polski za Piastów [Geschichte Polens unter den Piasten], Kraków 1910 [KONECZNY, Dzieje Polski].
DERS.: Dzieje Śląska [Geschichte Schlesiens], Bytom 1897 [KONECZNY, Dzieje Śląska].
DERS.: W sprawie górnoślązkiej [Um die oberschlesische Frage], Kraków 1903 [KONECZNY, W sprawie górnoślązkiej].
Konstytucja 3 maja 1791. Statut Zgromadzenia Przyjaciół Konstytucji [Die Verfassung des dritten Mai 1791. Das Statut der Versammlung der Freunde der Verfassung], bearb. von JÓZEF KOWECKI, Warszawa 1981.
KOSKOWSKI, BRONISŁAW: Niebezpieczeństwo niemieckie [Die deutsche Gefahr], Warszawa 1907.
KOWALCZYK, JAN J.: Prussian Poland. A Stronghold of German Militarism (if reunited with the whole Polish nation to an independent State, one of the strongest pillars of the future European peace), Copenhagen 1917.
KRASZEWSKI, JÓZEF IGNACY: Program polski 1872. Myśli o zadaniu narodowym [Polnisches Programm 1872. Gedanken über die nationale Aufgabe], Poznań o.J. [1872].
KRZYSZTOFOWICZ, BOGDAN: Tryumfy krzyżackiej kultury. Przyczynek do dziejów martyrologii polskiej pod zaborem pruskim [Triumphe der Kreuzritterkultur. Ein Beitrag zur Geschichte des polnischen Martyriums unter preußischer Herrschaft], Lwów 1909.
[KRZYWICKI, KAZIMIERZ]: Rossya i Polska w 1872 r. [Rußland und Polen im Jahre 1872], przez b. członka rady stanu Królestwa Polskiego, Dresden 1872.

KUJOT, STANISŁAW: Czternasty listopada 1308 r. w Pomorzu gdańskiem [Der vierzehnte November 1308 in Pommerellen], in: Roczniki Towarzystwa Naukowego w Toruniu 15 (1908), S. 3-120.
KULCZYCKI, LUDWIK: Panslawizm a sprawa polska [Der Panslavismus und die polnische Frage], Kraków 1916.
KULWIEĆ, KAZIMIERZ: Polska w granicach naturalnych i historycznych [Polen in seinen natürlichen und historischen Grenzen], 2. Aufl., Warszawa 1919.
KURNATOWSKI, GEORGES: La Pologne Contemporaire, Paris 1914.
ŁAHODA, MSCIWOJ [d.i. Bolesław Jakimiak]: Zachodnia granica Polski [Die Westgrenze Polens], 2. Aufl., Warszawa 1918.
LANSING, ROBERT: The Big Four and Others of the Peace Conference, London 1922.
LELEWEL, JOACHIM: Dzieła [Werke], bearb. von HELENA WIĘCKOWSKA u.a., 10 Bde., Warszawa 1957-1972 [LELEWEL, Dzieła].
DERS.: Geschichte Polens. Vollständige deutsche Ausgabe, 2. Aufl., Leipzig 1847 [LELEWEL, Geschichte Polens].
DERS.: Listy emigracyjne [Briefe aus der Emigration], bearb. v. HELENA WIĘCKOWSKA, 4 Bde., Kraków 1948-1956 [LELEWEL, Listy emigracyjne].
DERS.: Polska, dzieje i rzeczy jej [Polen, seine Geschichte und seine Angelegenheiten], Bd. 3, Poznań 1855 [LELEWEL, Polska].
DERS.: Polska wieków średnich [Das Polen des Mittelalters], 4 Bde., Poznań 1846-1851 [LELEWEL, Polska wieków średnich].
DERS.: Wybór pism historycznych [Auswahl historischer Schriften], bearb. v. HELENA WIĘCKOWSKA, Wrocław 1950 (Biblioteka Narodowa, Seria I, Nr. 133) [LELEWEL, Wybór pism historycznych].
LIBER [d.i. Czesław Andrzejewski]: Das Deutschtum in Westpolen (Preußisch-Polen), seine Zahl, seine Gliederung, sein Stärkeverhältnis gegenüber Polen. Ein statistischer Beitrag zum deutsch-polnischen Problem, Poznań 1919.
LIMANOWSKI, BOLESŁAW: Odrodzenie i rozwój narodowości polskiej na Śląsku [Wiedergeburt und Entwicklung des polnischen Volkstums in Schlesien], bearb. von WIESŁAW LESIUK, Opole 1985 (Kommentierter Neudruck der Ausgabe von 1921) [LIMANOWSKI, Odrodzenie].
DERS.: Socyalizm – demokracya – patryotyzm [Sozialismus – Demokratie – Patriotismus], Kraków 1902 [LIMANOWSKI, Socyalizm].
Listy śląskie do Józefa Ignacego Kraszewskiego z lat 1846-1886 [Schlesische Briefe an Józef Ignacy Kraszewski aus den Jahren 1846-1886], bearb. von JERZY POŚPIECH, Opole 1966.
LUDOMIR: W obronie polskości Górnego Śląska. Referaty i szkice [Um die Verteidigung des Polentums in Oberschlesien. Referate und Skizzen], Opole 1918.
LUTOSŁAWSKI, WINCENTY: The Polish Nation (A lecture delivered at the Lowell Institute in Boston on october 21, 1907, and at the University of California on march, 9, 1908), Paris 1917.

MACIURZYŃSKI, ADAM: Nasze kresy (Ruś Czerwona, Śląsk Górny i Cieszyński, Orawa, Spisz) [Unsere Grenzmarken: Rotrußland, Oberschlesien und Teschener Schlesien, Arva, Zips], T. 1, Płock 1919.

MAJCHROWSKI, JACEK M.: Polska myśl polityczna XIX i XX wieku [Der polnische politische Gedanke des 19. und 20. Jahrhunderts), T. 1, U żródeł nacjonalizmu: Myśl wszechpolska [An den Quellen des Nationalismus: Der Allpolnische Gedanke], Kraków 1990 (Uniwersytet Jagielloński – Instytut nauk politycznych, skrypty uczelniane, Nr. 605).

MALINOWSKI, LUCYAN: Studyja śląskie [Schlesische Studien], Kraków 1882 [MALINOWSKI, Studyja śląskie].

DERS.: Zarysy życia ludowego na Szląsku [Umrisse des Volkslebens in Schlesien], Warszawa 1877 [MALINOWSKI, Zarysy].

MALISZEWSKI, EDWARD: Zachodnie dzielnice Polski [Die westlichen Teilgebiete Polens], Warszawa 1919.

MARCHLEWSKI, JULIAN: Ludzie, czasy, idee [Menschen, Zeiten, Ideen], Bd. 2, bearb. von Z. MARCHLEWSKA u.a., Warszawa 1977 [MARCHLEWSKI, Ludzie].

DERS.: Pisma wybrane [Ausgewählte Schriften], Bd. 1, Warszawa 1952 [MARCHLEWSKI, Pisma wybrane].

Materiały żródłowe do historii polskiego ruchu ludowego [Quellenmaterialien zur Geschichte der polnischen Bauernbewegung], bearb. von KRZYSZTOF DUNIN-WĄSOWICZ u.a., Bd. 1, 1864-1918, Warszawa1966.

MAZOWIECKI, MIECZYSŁAW [d.i. Ludwik Kulczycki]: Narodowa Demokracja [Die Nationaldemokratie], Warszawa 1907.

MAZUR, JANUSZ [d.i. Leon Kulczycki]: Niemcy i sprawa polska [Deutschland und die polnische Frage], Lausanne 1916.

Mazury i Warmia 1800-1870. Wybór żródeł [Masuren und das Ermland 1800-1870. Quellenauswahl], bearb. von WŁADYSŁAW CHOJNACKI, Wrocław 1959.

MIARKA, KAROL: Głos wołującego na puszczy Górnoślązkiej czyli o stosunkach ludu polskiego na Ślązku [Stimme eines Rufenden in der oberschlesischen Wüste oder über die Verhältnisse des polnischen Volkes in Schlesien], Katowice 1984 (Kommentierter Neudruck der Ausgabe von 1865).

MILLER, DAVID HUNTER: My Diary at the Peace Conference of Paris. With Documents, 24 Bde., New York o.J. [um 1924].

MORACZEWSKI, JĘDRZEJ: Zarys sprawy polskiej w obecnej wojnie [Abriß der polnischen Frage im gegenwärtigen Kriege], Lausanne 1915.

MOSZYŃSKI, KAZIMIERZ: Polska pod względem etnograficznym [Polen in ethnographischer Hinsicht], in: Nowina. Książka zbiorowa, Warszawa 1914-1915, S. 61-71.

NADMORSKI [d.i. Józef Łęgowski]: Kaszuby i Kociewie. Język, zwyczaje, przesady, podania, zagadki i pieśni ludowe w północnej części Prus Zachodnich [Die Kaschubei und das Siedlungsgebiet der Kociewier. Sprache, Bräuche, Aberglaube, Sagen, Rätsel und Volkslieder im nördlichen Teil Westpreußens], Gdańsk 1991 (Neudruck der Posener Ausgabe von 1892).

NAŁKOWSKI, WACŁAW: Materjały do gieografji ziem dawnej Polski [Materialien zur Geographie der Gebiete des alten Polen], Warszawa 1914 [NAŁKOWSKI, Materjały].
DERS.: Terytorjum Polski historycznej jako indywidualność gieograficzna [Das Territorium des historischen Polen als geographische Individualität], Warszawa 1912 [NAŁKOWSKI, Terytorjum].
NEUMANN, RUDOLF: Ostpreußen im polnischen Schrifttum, Danzig 1931 („Ostland-Schriften", H. 4).
NIEMCEWICZ, JULIAN URSYN: Podróż do Wielkopolski i Śląska w roku 1821. Z niewydawanych dotąd rękopismów [Reise nach Großpolen und Schlesien im Jahre 1821. Aus bislang unveröffentlichten Manuskripten], Poznań 1872 [NIEMCEWICZ, Podróż].
DERS.: Podróże historyczne po ziemiach polskich między rokiem 1811 a 1828 odbyte [Historische Reisen durch die polnischen Länder, durchgeführt zwischen den Jahren 1811 und 1828], Paris, St. Petersburg 1858 [NIEMCEWICZ, Podróże historyczne].
NITSCH, Kazimierz: Die polnische Sprache in Ostpreußen, o.O., o.J. (masch., vorh. im Herder-Institut Marburg) [NITSCH, Die polnische Sprache].
DERS.: Djalekty polskie Śląska [Die polnischen Dialekte Schlesiens], Kraków o.J. [1909] (Materyały i prace komisyi językowej Akademii Umiejętności w Krakowie, Bd. 4) [NITSCH, Djalekty].
DERS.: Mowa ludu polskiego [Die Sprache des polnischen Volkes], Kraków 1911 [NITSCH, Mowa].
NOWACZYŃSKI, ADOLF: Komu zawdzięczamy morze? [Wem verdanken wir das Meer?], in: DERS.: Pamflety. Studia i szkice, Bd. 4, Warszawa 1930, S. 40-71.
Obrazy ziem polskich [Bilder der polnischen Gebiete], hrsg. von KONRAD CHMIELEWSKI, Warszawa 1908.
Odbudowanie państwa polskiego. Dokumenty chwili bieżącej [Der Wiederaufbau des polnischen Staates. Dokumente der Gegenwart], bearb. von LEON WASILEWSKI, T. 1, Kraków 1916.
PALÉOLOGUE, MAURICE: Am Zarenhof während des Weltkrieges. Tagebücher und Betrachtungen, übers. von L. Rottenberg, Bd. 1, 3. Aufl., München 1927.
Pamiętniki Generała Prądzińskiego [Erinnerungen des Generals Prądziński], bearb. von BRONISŁAW GEMBARZEWSKI u.a., 2. Aufl., Kraków o.J. [1909].
PARCZEWSKI, A[LFONS] J[ÓZEF]: Emigracya z wschodnich prowincyi monarchii pruskiej [Die Emigration aus den Ostprovinzen der preußischen Monarchie], Lwów 1893 [PARCZEWSKI, Emigracya].
DERS.: Jan Ernest Smoler. Ustęp z historyi narodowego odrodzenia Górnych Łużyc [Jan Ernest Smoler. Ein Abschnitt aus der Geschichte der nationalen Wiedergeburt der Oberlausitz], Warszawa 1883 [PARCZEWSKI, Jan Ernest Smoler].
DERS.: O zbadaniu granic i liczby ludności polskiej na kresach obszaru etnograficznego polskiego [Über die Erforschung der Grenzen und der Anzahl der polnischen

Bevölkerung in den Grenzmarken des ethnographisch polnischen Territoriums], Poznań 1900 [PARCZEWSKI, O zbadaniu].
DERS.: W sprawie zachodnich granic Polski. Referaty przedstawione w biurze prac kongresowych [Um die Frage der Westgrenze Polens. Im Büro für Kongreßarbeiten gehaltene Referate], Warszawa 1919 [PARCZEWSKI, W sprawie zachodnich granic].
DERS.: Z Dolnych Łużyc. Kilka zarysów i wspomnień [Aus der Niederlausitz. Einige Umrisse und Erinnerungen], Warszawa 1881 [PARCZEWSKI, Z Dolnych Łużyc].
PAWŁOWSKI, STANISŁAW: Geografia Polski [Geographie Polens], 2. Aufl., Lwów 1917.
PILTZ, ERAZM: Materiały i myśli polityczne [Materialien und politische Gedanken], Bd. 2, Nasze stronnictwa skrajne [Unsere radikalen Parteien], Kraków 1903.
PŁOCHOCKI, L. [d.i. Leon Wasilewski]: Polska zakordonowa [Das Polen jenseits der Grenzen], Londyn 1901.
PLUTYŃSKI, ANTONI: Walka na Górnym Śląsku [Der Kampf in Oberschlesien], Lwów 1905.
POL, WINCENTY: Pieśń o ziemi naszej oraz lyriki wybrane [Das Lied über unser Land sowie ausgewählte Lyrik], bearb. von ROMAN ZAWILIŃSKI, Kraków o.J. [um 1920] (Biblioteka narodowa, Seria I, Nr. 21).
Polskie podróży po Śląsku w XVIII i XIX wieku (do 1863 r.) [Polnische Reisen durch Schlesien im 18. und 19. Jahrhundert (bis 1863)], bearb. von ANDRZEJ ZIELIŃSKI, Wrocław u.a. 1974.
POPŁAWSKI, JAN LUDWIK: Pisma polityczne [Politische Schriften], 2 Bde., Kraków, Warszawa 1910.
PORAJ, JAN: Na Niemca! [Gegen den Deutschen!], Warszawa 1915.
Postępowa publicystyka emigracyjna 1831-1846. Wybór źródeł [Fortschrittliche Publizistik der Emigration 1831-1846. Quellenauswahl], bearb. von WITOLD LUKASIEWICZ u.a., Wrocław u.a. 1961.
Powstanie II Rzeczypospolitej. Wybór dokumentów 1866-1925 [Die Entstehung der Zweiten Republik. Dokumentenauswahl 1866-1925], red. von HALINA JANOWSKA u.a., Warszawa 1981.
Programy stronnictw ludowych. Zbiór dokumentów [Die Programme der Bauernparteien. Dokumentenauswahl], bearb. von STANISŁAW LATO u.a., Warszawa 1969.
Protokoły posiedzeń koła polskiego w Berlinie [Die Protokolle der Sitzungen der polnischen Fraktion in Berlin], Bd. 1, Lata wiosny ludów 1849-1851 [Die Jahre des Völkerfrühlings 1849-1851], bearb. von ZDZISŁAW GROT, Poznań 1956 (Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk – Wydawnictwa źródłowe komisji historycznej, Bd. 12).
Przegląd Społeczny 1886-1887 [Die „Gesellschaftliche Rundschau“ 1886-1887], bearb. von KRZYSZTOF DUNIN-WĄSOWICZ u.a., Wrocław 1955 (Materiały do dziejów postępowej publicystyki, Nr. 4).

RAKOWSKI, KAZIMIERZ: Walka w obronie narodowości polskiej pod berłem pruskiem [Der Kampf um die Verteidigung des polnischen Volkstums unter preußischem Zepter], Warszawa 1905.
Rewolucja polska 1846 roku. Wybór żródeł [Die polnische Revolution des Jahres 1846. Quellenauswahl], bearb. von STEFAN KIENIEWICZ, Wrocław o.J. [1949] (Biblioteka narodowa – Seria I, Nr. 132).
Rok 1848 w Polsce. Wybór żródeł [Das Jahr 1848 in Polen. Quellenauswahl], bearb. von STEFAN KIENIEWICZ, Wrocław 1948.
Roman Dmowski w świetle listów i wspomnień [Roman Dmowski im Lichte von Briefen und Erinnerungen] (mit einem biographischen Überblick von Ignacy Chrzanowski u. Stanisław Kozicki), bearb. von MARIUSZ KUŁAKOWSKI, 2 Bde., Londyn 1968, 1972.
ROMER, EUGEN VON [d.i. Eugeniusz Romer]: Die Gesamtzahl der Polen, Wien 1917 [ROMER, Die Gesamtzahl].
ROMER, EUGENIUSZ: Geograficzne położenie ziem polskich [Die geographische Lage der polnischen Gebiete], in: Geografia fizyczna ziem polskich i charakterystyka fizyczna ludności, Warszawa u.a. 1912 (Encyklopedia polska, Bd. 1), S. 1-8 [ROMER, Geograficzne położenie].
DERS.: Polacy na kresach pomorskich i pojeziernych [Die Polen in den pommerellischen und masurischen Grenzmarken], Lwów 1919 (Prace geograficzne, H. 2) [ROMER, Polacy].
DERS.: Polska – ziemia i państwo [Polen – Gebiet und Staat], Kraków, Lwów 1917 [ROMER, Polska].
DERS.: Przyrodzone podstawy Polski historycznej [Natürliche Grundlagen des historischen Polen], Lwów 1912 [ROMER, Przyrodzone podstawy].
DERS.: Warunki geograficzne [Geographische Voraussetzungen], in: Przyczyny upadku Polski. Praca zbiorowa, Kraków u.a. 1918, S. 25-45 [ROMER, Warunki geograficzne].
RZEPECKI, KAROL: Pobudka wyborcza. Wedle żródeł autentycznych [Wahlweckruf. Anhand authentischer Quellen], 3 Bde., Poznań 1907-1913.
Schlesien nach der Teilung. Die Auswirkungen des Versailler Vertrages auf Schlesien, bearb. von der Plankammer des Preußischen Statistischen Landesamtes, Berlin 1924.
SEYDA, MARIAN: Polska na przełomie dziejów. Fakty i dokumenty [Polen am Wendepunkt der Geschichte. Fakten und Dokumente], 2 Bde., Poznań u.a. 1927, 1931 [SEYDA, Polska].
DERS.: Territoires Polonais sous la Domination Prussienne, Paris 1919 [SEYDA, Territoires polonais].
SIENIAWSKI, [KAROL E.]: Biskupstwo Warmińskie, jego założenie i rozwój na ziemi pruskiej z uwzględnieniem dziejów, ludności i stosunków geograficznych ziem dawnej krzyżackich [Das Bistum Ermland, seine Gründung und Entwicklung auf preußischem Gebiet unter Berücksichtigung von Geschichte, Bevölkerung und geographischen Bedingungen des alten Ordenslandes], 2 Bde., Poznań 1878.

SLUBICZ, MARYAN: Polska między wschodem i zachodem [Polen zwischen Ost und West], Kraków 1914.
SMOLEŃSKI, JERZY: Krajobraz Polski [Die Landschaft Polens], Warszawa 1912.
SMOLEŃSKI, WŁADYSŁAW: Dzieje narodu polskiego [Geschichte der polnischen Nation], 4 Bde., Warszawa 1898 [W. SMOLEŃSKI, Dzieje].
DERS.: Szkoły historyczne w Polsce (Główne kierunki poglądów na przeszłość) [Die historischen Schulen in Polen (Hauptrichtungen der Sichtweisen auf die Vergangenheit)], bearb. von MARIAN H. SEREJSKI, Wrocław 1953 (Biblioteka narodowa, Seria I, Nr. 142) [W. SMOLEŃSKI, Szkoły historyczne].
SOBIESKI, WACŁAW: Zapomniany bohater śląski [Ein vergessener schlesischer Held], in: DERS.: Szkice historyczne, Warszawa 1904, S. 239-250.
SOŃSKI, WIKTOR [d.i. Stanisław Karwowski]: Z przeszłości Szląska [Aus der Vergangenheit Schlesiens], T. 1, Bytom 1895.
SOSNOWSKI, JERZY JAN: Prawda dziejowa 1914-1917 [Geschichtliche Wahrheit 1914-1917], Warszawa 1925.
Sprawy Mazur i Warmii w korespondencji Wojciecha Kętrzyńskiego [Die Frage Masurens und des Ermlands in der Korrespondenz Wojciech Kętrzyńskis], bearb. von WŁADYSŁAW CHOJNACKI, Wrocław 1952.
Sprawy polskie na konferencji pokojowej w Paryżu w 1919 r. Dokumenty i materiały [Polnische Fragen auf der Friedenskonferenz in Paris im Jahre 1919. Dokumente und Materialien], bearb. von REMIGIUSZ BIERZANEK u.a., Bd. 2, Warszawa 1967.
STAM, JERZY: Gdańsk jako główny port polski [Danzig als wichtigster polnischer Hafen], Poznań 1918.
Stańczycy. Antologia myśli społecznej i politycznej konserwatystów krakowskich [Die Stanczyken. Anthologie der gesellschaftlichen und politischen Ideen der Krakauer Konservativen], bearb. von MARCIN KRÓL, Warszawa 1982.
STARCZEWSKI, EUGEN[IUSZ]: Die polnische Frage und Europa, übers. von J. Flach, Vorw. von Baron Karl Puttkamer, Berlin 1913.
STASZIC, STANISŁAW: Pisma filozoficzne i społeczne [Philosophische und gesellschaftliche Schriften], bearb. von BOGDAN SUCHODOLSKI, 2 Bde., Kraków 1954.
STUDNICKI, WŁADYSŁAW: Irrwege in Polen. Ein Kampf um die polnisch-deutsche Annäherung, übers. von Ursula v. Bieler, Göttingen 1951 [STUDNICKI, Irrwege].
DERS.: Od socyalizmu do nacyonalizmu [Vom Sozialismus zum Nationalismus], Lwów 1904 [STUDNICKI, Od socyalizmu do nacyonalizmu].
DERS.: Sprawa polska [Die polnische Frage], Poznań 1910 [STUDNICKI, Sprawa polska].
SUJKOWSKI, ANTONI: Geografia ziem dawnej Polski [Geographie der Gebiete des alten Polen], Warszawa 1918.
SZAJNOCHA, KAROL: Bolesław Chrobry i odrodzenie się Polski za Władysława Łokietka. Dwa opowiadanie historyczne [Bolesław Chrobry und die Wiedergeburt Polens unter Władysław Łokietek. Zwei historische Erzählungen], 2. Aufl., Lwów 1859 [SZAJNOCHA, Bolesław Chrobry].

DERS.: Jadwiga i Jagiełło 1374-1413. Opowiadanie historyczne [Jadwiga und Jagiełło 1374-1413. Historische Erzählung], bearb. von STEFAN M. KUCZYŃSKI, 4 Bde., Warszawa 1969 [SZAJNOCHA, Jadwiga i Jagiełło].
DERS.: O królach i bohaterach polskich [Über die polnischen Könige und Helden], Kraków 1892 [SZAJNOCHA, O królach].
SZELĄGOWSKI, ADAM: Der Kampf um die Ostsee (1544-1621), München 1916 [SZELĄGOWSKI, Der Kampf].
DERS.: Niemcy, Austrya i kwestya polska [Deutschland, Österreich und die polnische Frage], Warszawa u.a. 1915 [SZELĄGOWSKI, Niemcy].
DERS.: O granicach Polski [Über die Grenzen Polens], Warszawa 1918 (Bibljoteka podręczna „zorzy", Serja I, Nr. 7) [SZELĄGOWSKI, O granicach].
DERS.: O ujście Wisły. Wielka wojna pruska [Um die Weichselmündung. Der große preußische Krieg], Warszawa, Kraków 1905 (Sprawa północna w wiekach XVI i XVII, T. 3) [SZELĄGOWSKI, O ujście Wisły].
DERS.: Śląsk i Polska wobec powstania czeskiego [Schlesien und Polen angesichts des böhmischen Aufstandes], Kraków, Lwów 1904 [SZELĄGOWSKI, Śląsk i Polska].
DERS.: Wzrost państwa polskiego w XV i XVI w. Polska na przełomie wieków średnich i nowożytnych [Der Aufstieg des polnischen Staates im 15. und 16. Jh. Polen an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit], Lwów 1904 [SZELĄGOWSKI, Wzrost państwa polskiego].
SZUJSKI, JÓZEF: Dzieje Polski [Geschichte Polens], Bd. 1, Kraków 1895 (Dzieła Józefa Szujskiego, Serya II – Bd. 1) [SZUJSKI, Dzieje Polski].
DERS.: Historyi polskiej treściwie opowiedzanej ksiąg dwanaście [Polnische Geschichte, kurz und bündig erzählt in zwölf Büchern], Warszawa 1880 [SZUJSKI, Historya polska].
SZULC, DOMINIK: O Pomorzu zaodrzańskiem [Über Vorpommern], Warszawa 1850 [SZULC, O Pomorzu].
DERS.: O znaczeniu Prus dawnych [Über die Bedeutung des alten Preußen], Warszawa 1846 [SZULC, O znaczeniu].
SZYMAŃSKI, ROMAN: O siłach moralnych w ustroju społecznym z powodu Towarzystwa ku wspieraniu moralnych interesów ludności polskiej pod panowaniem pruskiem [Über die moralischen Kräfte im gesellschaftlichen System, anläßlich der Gründung der Gesellschaft zur Unterstützung der moralischen Interessen der polnischen Bevölkerung unter preußischer Herrschaft], Poznań 1870.
TATOMIR, LUCYAN: Geografia ogólna i statystyka ziem dawnej Polski [Allgemeine Geographie und Statistik der Gebiete des alten Polen], Kraków 1868.
THUGUTT, STANISŁAW: Polska i Polacy. Ilość i rozsiedlenie ludności polskiej [Polen und die Polen. Anzahl und Siedlungsgebiet der polnischen Bevölkerung], 2. Aufl., Warszawa 1915.
Towarzystwo Demokratyczne Polskie. Dokumenty i pisma [Die Polnische Demokratische Gesellschaft. Dokumente und Schriften], bearb. von BRONISŁAW BACZKO, Warszawa 1954.

TYMIENIECKI, KAZIMIERZ: Rozwój terytorialny Polski [Die territoriale Entwicklung Polens], Warszawa 1916.
UN SLAVE: La Prusse et la Russie. Encore la guerre! Dédie a M. de prince de Bismarck, Gèneve 1872.
W stronę Odry i Bałtyku. Wybór źródeł (1795-1950) [An Oder und Ostsee. Quellenauswahl, 1795-1950], Bd. 1, O ziemie Piastów i polski lud (1795-1918) [Um das Land der Piasten und das polnische Volk, 1795-1918], red. von WOJCIECH WRZESINSKI, Wrocław, Warszawa 1990.
WAKAR, WLODZIMIERZ: Développement territorial de la nationalité Polonaise, Fribourg, Lausanne 1920 [WAKAR, Développement territorial].
DERS.: Rozwój terytorialny narodowości polskiej [Die territoriale Entwicklung der polnischen Nationalität], T. 1, Statystyka narodowościowa dzielnicy pruskiej i austryackiej [Nationalitätenstatistik des preußischen und des österreichischen Teilgebiets], Kielce 1917 [WAKAR, Rozwój terytorialny].
WASILEWSKI, LEON: Die Ostprovinzen des alten Polenreichs (Lithauen u. Weißruthenien, die Landschaft Chelm, Ostgalizien, die Ukraina), Krakau 1916 [WASILEWSKI, Die Ostprovinzen].
DERS.: Piłsudski, jakim go znałem [Piłsudski, wie ich ihn kannte], Warszawa 1935 [WASILEWSKI, Piłsudski].
DERS.: Śląsk polski [Das polnische Schlesien], Warszawa 1915 (Książki dla wszystkich, Nr. 590) [WASILEWSKI, Śląsk polski].
DERS.: Słowianie. Ich rozsiedlenie i liczba [Die Slaven. Ihr Siedlungsgebiet und ihre Anzahl], Kraków 1913 [WASILEWSKI, Słowianie].
WEGNEROWICZ, ROMAN: Odrodzenie Mazowsza pruskiego [Die Wiedergeburt Preußisch Masowiens], in: Nowina. Książka zbiorowa, Warszawa 1914-1915, S. 95-99.
WITOS, WINCENTY: Moje Wspomnienia [Meine Erinnerungen], Bd. 2, Paryż 1964 (Biblioteka „Kultury“, Bd. 99).
WROTNOWSKI, ANTONI: Porozbiorowe aspiracye polityczne Narodu Polskiego [Politische Ansprüche der polnischen Nation nach den Teilungen], 3. Aufl., Kraków 1898.
Wybór tekstów źródłowych z historii Polski w latach 1795-1864 [Auswahl von Quellentexten aus der Geschichte Polens in den Jahren 1795-1864], bearb. von STEFAN KIENIEWICZ, Warszawa 1956.

B. Literatur

Monographien und Aufsätze

ABRAHAMCZYK, EDUARD: Die oberschlesische Frage in Versailles. Geschichte des Art. 88, Diss. Erlangen 1937.

AJNENKIEL, ANDRZEJ: The Establishment of a National Government in Poland, in: The Reconstruction of Poland, 1914-1923, hrsg. von PAUL LATAWSKI, London 1992, S. 133-143.

ANDRYSIAK, EWA: Alfons Parczewski. Życie i twórczość [Alfons Parczewski. Leben und Werk], Kalisz 1992.

BACULEWSKI, JAN: Kłopoty z hymnem grunwaldzkim [Sorgen um die Grunwald-Hymne], in: Śladami życia i twórczości Marii Konopnickiej. Szkice historyczno-literackie, wspomnienia, materiały biograficzne, Warszawa 1966, S. 160-172.

BACZKO, BRONISŁAW: Poglądy społeczno-polityczne i filozoficzne Towarzystwa Demokratycznego Polskiego [Die gesellschaftlich-politischen und philosophischen Ansichten der Polnischen Demokratischen Gesellschaft], Warszawa 1955.

BARYCZ, HENRYK: J.S. Bandtkie a Śląsk. Z dziejów pierwszych zainteresowań się nauki polskiej Śląskiem [J.S. Bandtkie und Schlesien. Aus der Geschichte des beginnenden Interesses der polnischen Wissenschaft an Schlesien], Katowice 1936 (Polski Śląsk. Odczyty i rozprawy, Nr. 21) [BARYCZ, J.S. Bandtkie].

DERS.: Rola Polaków w uniwersytecie wrocławskim [Die Rolle der Polen an der Universität Breslau], Wrocław 1946 [BARYCZ, Rola Polaków].

BEHSCHNITT, WOLF DIETRICH: Nationalismus bei Serben und Kroaten 1830-1914. Analyse und Typologie der nationalen Ideologie, München 1918 (Südosteuropäische Arbeiten, Nr. 74).

BELZYT, LESZEK: Sprachliche Minderheiten im preußischen Staat 1815-1914. Die preußische Sprachenstatistik in Bearbeitung und Kommentar, Marburg 1998 (Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas, Bd. 3) [BELZYT, Sprachliche Minderheiten].

DERS.: Zur Frage des nationalen Bewußtseins der Masuren im 19. und 20. Jahrhundert (auf der Basis statistischer Angaben), in: ZfO 45 (1996), S. 35-71 [BELZYT, Zur Frage].

BENECKE, WERNER: Die Ostgebiete der Zweiten Polnischen Republik. Staatsmacht und öffentliche Ordnung in einer Minderheitenregion 1918-1939, Köln u.a. 1999 (Beiträge zur Geschichte Osteuropas, Bd. 29).

BISKUP, MARIAN: Rola zakona krzyżackiego w wiekach XIII-XVI [Die Rolle des Deutschen Ordens vom 13. bis zum 16. Jahrhundert], in: Stosunki polsko-niemieckie w historiografii. Studia z dziejów historiografii polskiej i niemieckiej, red. von JERZY KRASUSKI, T. 1, Poznań 1974 (Studium niemcoznawcze Instytutu Zachodniego, Nr. 25), S. 327-361.

BLANKE, RICHARD: Prussian Poland in the German Empire (1871-1900), New York 1981 (East European monographs, Nr. 86).

BLECK, WALTER: Die politischen Parteien und die Posener Frage in den Jahren 1848/49, Diss. Greifswald 1914.

BLOCH, CZESŁAW: Generał Ignacy Prądziński 1792-1850, Warszawa 1974.

BÖHNING, PETER: Die nationalpolnische Bewegung in Westpreußen 1815-1871. Ein Beitrag zum Integrationsprozeß der polnischen Nation, Marburg/Lahn 1973 (Marburger Ostforschungen, Bd. 33).

BOOCKMANN, HARTMUT: Ostpreußen und Westpreußen, 2. Aufl., Berlin 1993 (Deutsche Geschichte im Osten Europas).
BOREJSZA, JERZY W.: Emigracja polska po powstaniu styczniowym [Die polnische Emigration nach dem Januaraufstand], Warszawa 1966.
BORODZIEJ, WŁODZIMIERZ: Die polnische Grenzdiskussion im Lande und im Exil (1939-1945), in: Grenzen in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert. Aktuelle Forschungsprobleme, hrsg. von HANS LEMBERG, Marburg/Lahn 2000 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung, 10), S. 137-148.
BREUILLY, JOHN: Approaches to Nationalism, in: Formen des nationalen Bewußtseins im Lichte zeitgenössischer Nationalismustheorien, hrsg. von EVA SCHMIDT-HARTMANN, München 1994 (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum, Bd. 2), S. 15-38 [BREUILLY, Approaches].
DERS.: Nationalism and the State, 2. Aufl., Manchester 1993 [BREUILLY, Nationalism].
DERS.: Nationalismus und moderner Staat. Deutschland und Europa, übers. u. hrsg. von JOHANNES MÜLLER, Köln 1999 (Kölner Beiträge zur Nationalismusforschung, Bd. 6) [BREUILLY, Nationalismus].
BREYER, RICHARD: Das Deutsche Reich und Polen 1932-1937. Außenpolitik und Volkstumsfragen, Marburg/Lahn 1955 (Marburger Ostforschungen, Bd. 3).
BROCK, PETER: Bolesław Wysłouch, Pioneer of Polish Populism, in: DERS.: Nationalism and Populism in Partitioned Poland. Selected Essays, London 1973, S. 181-203 [BROCK, Bolesław Wysłouch].
DERS.: Florjan Cenôva and the Kashub Question, in: DERS.: Nationalism and Populism in Partitioned Poland. Selected Essays, London 1973, S. 142-180 [BROCK, Florjan Cênova].
DERS.: Polish Nationalism, in: Nationalism in Eastern Europe, hrsg. von PETER F. SUGAR u. IVO J. LEDERER, Seattle, London 1969 (Publications on Russia and Eastern Europe, Nr. 1), S. 310-372 [BROCK, Polish Nationalism].
DERS.: The Political Programme of the Polish Democratic Society, in: DERS.: Nationalism and Populism in Partitioned Poland. Selected Essays, London 1973, S. 59-101 [BROCK, The political programme].
BRONOWSKI, FRANCISZEK: Idea gminowładztwa w polskiej historiografii (Geneza i formowanie się syntezy republikańskiej J. Lelewela) [Die Idee der „Landgemeinde“ in der polnischen Historiographie (Ursprung und Ausformung der republikani-schen Synthese J. Lelewels)], Łódź 1969 (Łódzkie Towarzystwo Naukowe; Prace wydziału II nauk historycznych i społecznych, Nr. 70).
BROSZAT, MARTIN: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, München 1963.
BUKOWSKI, ANDRZEJ: Regionalizm kaszubski. Ruch naukowy, literacki, kulturalny. Zarys monografii historycznej [Der kaschubische Regionalismus. Die wissenschaftliche, literarische und kulturelle Bewegung. Grundriß einer historischen Monographie], Poznań 1950 (Prace Instytutu Zachodniego, Nr. 15).
BUSZKO, JÓZEF: Die polnische Politik vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, in: Entwicklung der Nationalbewegungen in Europa 1850-1914, hrsg. v. HEINER

TIMMERMANN, Berlin 1998 (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Bd. 84), S. 77-86 [BUSZKO, Die polnische Politik].

DERS.: Idea niepodległości i suwerenności narodowej w polskiej myśli politycznej okresu popowstaniowej 1864-1918 [Die Idee der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität im polnischen politischen Gedankengut der Epoche nach den Aufständen 1864-1918], in: Idea niepodłeglości i suwerenności narodowej w polskiej myśli politycznej XIX i XX wieku, red. von JERZY MATERNICKI, Warszawa 1989, S. 60-92 [BUSZKO, Idea niepodłegloścι].

CHLEBOWCZYK, JÓZEF: On Small and Young Nations in Europe. Nation-Forming-Processes in Ethnic Borderlands in East-Central Europe, Wrocław u.a. 1980 (Polish Historical Library, Nr. 1) [CHLEBOWCZYK, On Small and Young Nations].

DERS.: Rola stosunków polsko-niemieckich w dziejach niemieckiego „Drang nach Osten" w latach 1795-1918 [Die Rolle der polnisch-deutschen Beziehungen in der Geschichte des deutschen „Drangs nach Osten" in den Jahren 1795-1918], in: Wschodnia ekspansja Niemiec w Europie środkowej. Zbiór studiów nad tzw. niemieckim „Drang nach Osten", red. von GERARD LABUDA, Poznań 1963 (Studium niemcoznawcze Instytutu Zachodniego, Nr. 5), S. 104-182 [CHLEBOWCZYK, Rola stosunków].

DERS.: Świadomość historyczna jako element procesów narodotwórczych we wschodniej Europie Środkowej [Geschichtsbewußtsein als Element der Nationsbildungsprozesse in Ostmitteleuropa], in: Polska, czeska i słowacka świadomość historyczna XIX wieku. Materiały sympozjum polsko-czechosłowackiej komisji historycznej 15-16 XI 1977, red. von ROMAN HECK, Wrocław u.a. 1979, S. 9-24 [CHLEBOWCZYK, Świadomość historyczna].

CHOJNACKI, WŁADYSŁAW: Polska akcja narodowo-uświadamiająca na Mazurach przed I wojną światową. Wybór materiałów źródłowych z lat 1910-1914 [Die polnische Aktion zur Weckung des Nationalbewußtseins in Masuren vor dem Ersten Weltkrieg. Auswahl von Quellenmaterial aus den Jahren 1910-1914], in: ZH 21 (1955), H. 3-4, S. 242-289.

CIENCIAŁA, ANNA M.: The Battle of Danzig and the Polish Corridor at the Paris Peace Conference of 1919, in: The Reconstruction of Poland, 1914-1923, hrsg. von PAUL LATAWSKI, London 1992, S. 71-94.

CIENCIAŁA, ANNA M. – KOMARNICKI, TITUS: From Versailles to Locarno. Keys to Polish foreign policy, 1919-25, Lawrence, Can. 1984.

CIEŚLAK, TADEUSZ: Prasa polska na Mazurach i Warmii 1718-1939 [Die polnische Presse in Masuren und im Ermland 1718-1939], Olsztyn 1964 [CIEŚLAK, Prasa polska].

DERS.: Z dziejów prasy polskiej na Pomorzu Gdańskim w okresie zaboru pruskiego [Aus der Geschichte der polnischen Presse in Pommerellen zur Zeit der preußischen Teilungsherrschaft], Gdańsk 1964 (Gdańskie Towarzystwo Naukowe – Wydział I nauk społecznych i humanistycznych, Seria monografii, Nr. 19) [CIEŚLAK, Z dziejów prasy polskiej].

CONZE, WERNER: Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg, Köln, Graz 1958 (Ostmitteuropa in Vergangenheit und Gegenwart, Nr. 4).
CUNSOLO, RONALD S.: Italian Nationalism: From Its Origins to World War II. Malabar, Florida 1990.
CYGLER, BOGUSŁAW: Działalność polityczno-społeczna Joachima Lelewela na emigracji w latach 1831-1861 [Die politisch-gesellschaftliche Tätigkeit Joachim Lelewels in der Emigration in den Jahren 1831-1861], Gdańsk 1969 (Gdańskie Towarzystwo Naukowe – Wydział I nauk społecznych i humanistycznych, Seria monografii, Nr. 31) [CYGLER, Działalność].
DERS.: Joachim Lelewel wobec polskich ziem północnych i zachodnich [Joachim Lelewel angesichts der polnischen Nord- und Westgebiete], in: ZH 37 (1972), H. 4, S. 81-94 [CYGLER, Joachim Lelewel].
DERS.: Zjednoczenie Emigracji Polskiej 1837-1846 [Die „Vereinigung der Polnischen Emigration" 1837-1846], Gdańsk 1963 (Zeszyty Naukowe Wydziału Humanistycznego Wyższej Szkoły Pedagogicznej w Gdańsku, Nr. 4) [CYGLER, Zjednoczenie].
CZAPLIŃSKI, MAREK: Adam Napieralski – kontrowersyjny pozytywista kresów zachodnich [Adam Napieralski – ein umstrittener Positivist in den westlichen Grenzmarken], in: Twórcy polskiej myśli zachodniej. Praca zbiorowa, red. von WOJCIECH WRZESIŃSKI, Olsztyn 1996 (RiM, Nr. 153), S. 54-63 [CZAPLIŃSKI, Adam Napieralski – kontrowersyjny pozytywista].
DERS.: Adam Napieralski 1861-1928. Biografia polityczna [Adam Napieralski 1861-1928. Politische Biographie], Wrocław 1974 (Prace Wrocławskiego Towarzystwa Naukowego, Seria A – Nr. 162) [CZAPLIŃSKI, Adam Napieralski 1861-1928].
DERS.: Die polnische Presse in Oberschlesien um die Jahrhundertwende (1889-1914), in: ZfO 39 (1990), S. 20-38 [CZAPLIŃSKI, Die polnische Presse].
CZARNOTA, ADAM: Zjawiska, słowa i stereotypy. Uwagi o kategoriach do badania polskiej myśli politycznej w dzielnicy pruskiej [Erscheinungen, Worte und Stereotypen. Anmerkungen zu Kategorien zur Erforschung des polnischen politischen Gedankens im preußischen Teilgebiet], in: SDPMP 2 (1990), S. 43-54.
CZUBIŃSKI, ANTONI: Polska myśl zachodnia XIX i XX wieku [Der polnische Westgedanke des 19. und 20. Jahrhunderts], in: PZ 41 (1985), Nr. 1, S. 1-23 [CZUBIŃSKI, Polska myśl zachodnia].
DERS.: Problem obszaru i granic odrodzonego państwa polskiego w latach 1918-1922 [Das Problem des Territoriums und der Grenzen des wiedererstandenen polnischen Staates in den Jahren 1918-1922], in: DERS. (Red.): Problem granic i obszaru odrodzonego państwa polskiego (1918-1990), Poznań 1992 (UAM – Seria Historia, Nr. 174), S. 49-70 [CZUBIŃSKI, Problem obszaru i granic].
DERS.: Rola Wielkopolski w rozwoju polskiego ruchu narodowowyzwoleńczego na Śląsku w latach 1918-1921 [Die Rolle Großpolens bei der Entwicklung der polnischen Volksbefreiungsbewegung in Schlesien in den Jahren 1918-1921], in: PZ 27 (1971), Nr. 3, S. 54-75 [CZUBIŃSKI, Rola Wielkopolski].

DANEK, WINCENTY: Publicystyka Józefa Ignacego Kraszewskiego w latach 1859-1872 [Die Publizistik Józef Ignacy Kraszewskis in den Jahren 1859-1872], Wrocław 1957 (Polska Akademia Nauk, Instytut Badań Literackich – Studia historycznoliterackie, Bd. 17).
DĘBICKI, ROMAN: Foreign Policy of Poland 1919-1939: from the rebirth of the Polish republic to World War 2, London 1963.
DEUTSCH, KARL W.: Nationalism and Social Communication. An Inquiry into the Foundations of Nationality, 2. Aufl., Cambridge/Mass. 1966 [DEUTSCH, Nationalism].
DERS.: Nationenbildung – Nationalstaat – Integration, Düsseldorf 1972 [DEUTSCH, Nationenbildung].
DOLIESEN, GERHARD: Die polnische Bauernpartei „Wyzwolenie" 1918-1926. Zur Geschichte des linken Flügels der Bauernbewegung in der parlamentarisch-demokratischen Phase der Zweiten Polnischen Republik, Marburg/Lahn 1995 (Historische und Landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien, Bd. 15).
DOPIERAŁA, BOGDAN: Wokół polityki morskiej Drugiej Rzeczypospolitej. Studia historyczne [Rund um die Meerespolitik der Zweiten Republik. Historische Studien], Poznań 1978.
DREWS, PETER: Herder und die Slaven. Materialien zur Wirkungsgeschichte bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, München 1990 (Slavistische Beiträge, Bd. 267).
DROZDOWSKI, MARIAN MAREK: Ignacy Jan Paderewski. Zarys biografii politycznej [Ignacy Jan Paderewski. Grundriß einer politischen Biographie], 3. Aufl., Warszawa 1986.
DUNIN-WĄSOWICZ, KRZYSZTOF: Czasopiśmiennictwo ludowe w Galicji [Das Zeitschriftenwesen der Bauernbewegung in Galizien], Wrocław 1952 (Studia historycznoliterackie, Bd. 15).
DWORECKI, ZBIGNIEW: Myśl polityczna sejmu dzielnicowego w Poznaniu w grudniu 1918 r. [Der politische Gedanke des Teilgebietsparlaments in Posen im Dezember 1918], in: Polska myśl polityczna na ziemiach pod pruskim panowaniem. Zbiór studiów, red. von SŁAWOMIR KALEMBKA, Warszawa u.a. 1988, S. 215-234.
Dzieje polskiej myśli politycznej w czasach nowożytnych i najnowszych [Geschichte des polnischen politischen Gedankens in Neuzeit und Zeitgeschichte], red. von ANDRZEJ F. GRABSKI, T. 1, Łódź 1985.
DZIEWANOWSKI, MARIAN K.: The Communist Party of Poland. An Outline of History, 2. Aufl., Cambridge, Mass., London 1976 (Russian Research Center Studies, Nr. 32).
Dziewięć wieków geografii polskiej. Wybitni geografowie polscy [Neunhundert Jahre polnische Geographie. Bedeutende polnische Geographen], red. von BOLESŁAW OLSZEWICZ, Warszawa 1967.
FARYŚ, JANUSZ: Koncepcje polskiej polityki zagranicznej 1918-1939 [Konzepte der polnischen Außenpolitik 1918-1939], Warszawa 1981 [FARYŚ, Koncepcje].

DERS.: Niemcy w polskiej myśli politycznej dwudziestolecia międzywojennego [Deutschland im polnischen politischen Gedankengut der Zwischenkriegszeit], in: PZ 34 (1978), Nr. 5-6, S. 14-30 [FARYŚ, Niemcy].

FELDMAN, JÓZEF: Bismarck a Polska [Bismarck und Polen], 2. Aufl., Kraków 1947 [J. FELDMAN, Bismarck a Polska].

DERS.: Dzieje polskiej myśli politycznej 1864-1914 [Geschichte des polnischen politischen Gedankens 1864-1914], 2. Aufl., Warszawa 1933 [J. FELDMAN, Dzieje].

DERS.: Problem polsko-niemiecki w dziejach [Das polnisch-deutsche Problem in der Geschichte], Katowice 1946 [J. FELDMAN, Problem polsko-niemiecki].

FELDMAN, W[ILHELM]: Geschichte der politischen Ideen in Polen seit dessen Teilungen (1795-1914), München, Berlin 1917 [W. FELDMAN, Geschichte der politischen Ideen].

[FIKUS, FELIKS]: Roman Dmowski 1864-1939, Poznań 1939.

FISCHEL, ALFRED: Der Panslavismus bis zum Weltkrieg. Ein geschichtlicher Überblick, Stuttgart, Berlin 1919.

FISCHER, FRITZ: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Kronberg/Ts. 1977 (Nachdr. d. Sonderausg. v. 1967).

FOUNTAIN, ALVIN MARCUS: Roman Dmowski. Party, Tactics, Ideology 1895-1907, New York 1980 (East European monographs, Nr. 60).

FRAUENDIENST, WERNER: Preußisches Staatsbewußtsein und polnischer Nationalismus. Preußisch-deutsche Polenpolitik 1815-1890, in: Das östliche Deutschland. Ein Handbuch, hrsg. vom Göttinger Arbeitskreis, Würzburg 1959, S. 305-362.

GALOS, ADAM: Piastowie w historiografii polskiej XIX-XX w. [Die Piasten in der polnischen Historiographie des 19. und 20. Jhs.], in: Piastowie w dziejach Polski. Zbiór artykułów z okazji trzechsetnej rocznicy wygaśnięcia, red. von ROMAN HECK, Wrocław u.a. 1975, S. 249-268 [GALOS, Piastowie].

DERS.: Problematyka zachodnia w publicystyce Stanisława Bełzy [Die Westproblematik in der Publizistik Stanisław Bełzas], in: SKHS 40 (1985), S. 3-24 [GALOS, Problematyka zachodnia].

DERS.: Stanisław Bełza o sprawach zachodnich [Stanisław Bełza über Westfragen], in: Twórcy polskiej myśli zachodniej. Praca zbiorowa, red. von WOJCIECH WRZESIŃSKI, Olsztyn 1996 (RiM, Nr. 53), S. 32-42 [GALOS, Stanisław Bełza].

DERS.: Tendencje integracyjne i dezintegracyjne na ziemiach polskich w dobie popowstaniowej (do 1914 r.) [Integrations- und Desintegrationstendenzen in den polnischen Gebieten in der Epoche nach den Aufständen (bis 1914)], in: Drogi integracji społeczeństwa w Polsce XIX-XX w., red. von HENRYK ZIELIŃSKI, Wrocław u.a. 1976, S. 9-33 [GALOS, Tendencje integracyjne].

DERS.: W stulecie pierwszego rozbioru. Poglądy i postawy polskie w 1872 roku [Einhundert Jahre nach der ersten Teilung. Polnische Ansichten und Positionen im Jahre 1872], in: Wrocławskie studia z dziejów najnowszych, red. von WOJCIECH WRZESIŃSKI, Wrocław 1992 (AUW, Nr. 1274 – Historia XC), S. 3-26 [GALOS, W stulecie].

DERS.: Z dziejów stanowiska opinii polskiej wobec Mazur w XIX wieku [Aus der Geschichte des Standpunkts der polnischen Meinung gegenüber Masuren im 19. Jahrhundert], in: Prusy Wschodnie w polskiej opinii publicznej XIX i XX wieku, Olsztyn 1992 (Wyższa Szkoła Pedagogiczna w Olsztynie: Studia i materiały Nr. 42 – Historia), S. 13-24 [GALOS, Z dziejów].

GARLICKI, ANDRZEJ – MYŚLIŃSKI, JERZY: Orientacje polityczne w Polsce w czasie I wojny światowej [Die politischen Orientierungen in Polen zur Zeit des Ersten Weltkrieges], in: Problem polsko-niemiecki w traktacie wersalskim. Praca zbiorowa, red. von JANUSZ PAJEWSKI, Poznań 1963 (Dzieje polskiej granicy zachodniej), S. 43-71.

GARLICKI, ANDRZEJ: Relacja Romana Dmowskiego o Lidze Narodowej [Ein Bericht Roman Dmowskis über die Nationale Liga], in: PH 57 (1966), S. 415-443.

GELLNER, ERNEST: Nations and Nationalism, Oxford 1983.

GERSON, LOUIS L.: Woodrow Wilson and the Rebirth of Poland 1914-1920. A Study in the Influence of American Policy on Minority Groups of Foreign Origin, New Haven, London 1953.

Geschichte Schlesiens, Bd. 1, Von der Urzeit bis zum Jahre 1526, hrsg. von der Historischen Kommission für Schlesien, Stuttgart 1961.

GEWEHR, WESLEY M.: The Rise of Nationalism in the Balkans, 1800-1930, o.O. [Hamden, Conn.] 1967 (Neudruck d. Ausg. v. 1931).

GIERTYCH, JĘDRZEJ: Polski obóz narodowy [Das polnische nationale Lager], Londyn 1977 [GIERTYCH, Polski obóz narodowy].

DERS.: Rola dziejowa Dmowskiego [Die geschichtliche Rolle Dmowskis], Chicago 1968 [GIERTYCH, Rola dziejowa].

GLENSK, JOACHIM: Nowiny Raciborskie w latach 1889-1904 [Die „Ratiborer Nachrichten“ in den Jahren 1889-1904], Katowice 1970.

GOLCZEWSKI, FRANK: Das Deutschlandbild der Polen 1918-1939. Eine Untersuchung der Historiographie und der Publizistik, Düsseldorf 1974 (Geschichtliche Studien zu Politik und Gesellschaft, Bd. 7).

GONDECKA, TEKLA: Prace językoznawcze Jerzego Samuela Bandtkiego [Die sprachwissenschaftlichen Arbeiten Jerzy Samuel Bandtkies], in: Studia Śląskie, Seria Nowa 26 (1974), S. 105-128.

GOSPODAREK, TADEUSZ: Sprawy śląskie w leszneńskim „Przyjacielu Ludu“ [Schlesische Fragen im Lissaer „Volksfreund“], in: Zaranie Śląskie 23 (1969), S. 369-382.

GRABOWSKI, SABINE: Deutscher und polnischer Nationalismus. Der deutsche Ostmarkenverein und die polnische Straż 1894-1914, Marburg 1998 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung, Nr. 3).

GRABSKI, ANDRZEJ F.: Myśl historyczna polskiego oświecenia [Der historische Gedanke der polnischen Aufklärung], Warszawa 1976 [GRABSKI, Myśl historyczna].

DERS.: Orientacje polskiej myśli historycznej. Studia i rozważania [Orientierungen des polnischen historischen Gedankens. Studien und Überlegungen], Warszawa 1972 [GRABSKI, Orientacje].

GRAWERT-MAY, GERNOT: Schlesiens Stellung im Piastenstaat und sein Verhältnis zum Reich in staatsrechtlicher Sicht, in: Die Rolle Schlesiens und Pommerns in der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen im Mittelalter. Zwölfte deutsch polnische Schulbuchkonferenz der Historiker vom 5.-10. Juni 1979 in Allenstein/Olsztyn, hrsg. von der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission, 2. Aufl., Braunschweig 1983 (Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung, Bd. 22,3), S. 35-43.

GRIM, EM. – SKRYBA, JAN: Paweł Stalmach. Karol Miarka, Katowice, Cieszyn 1924.

GRONIOWSKI, KRZYSZTOF: Spór o pojęcie „pracy organicznej". Polemiki ideowe warszawskich pozytywistów [Der Streit um den Begriff der „organischen Arbeit". Ideologische Polemiken der Warschauer Positivisten], in: Wiek XIX. Festschrift für Stefan Kieniewicz, Warszawa 1967, S. 367-382.

GROT, ZDZISŁAW: Działalność posłów polskich w sejmie pruskim (1848-1850) [Die Tätigkeit der polnischen Abgeordneten im preußischen Parlament 1848-1850], Poznań 1961.

GROTT, BOGUMIŁ: Zygmunt Balicki, ideolog Narodowej Demokracji [Zygmunt Balicki, Ideologe der Nationaldemokratie], Kraków 1995.

GRÜNBERG, KAROL: Polskie koncepcje federalistyczne 1864-1918 [Polnische föderalistische Konzepte 1864-1918], Warszawa 1971.

GRYGIER, TADEUSZ: Powstanie wielkopolskie a plany wyzwolenia reszty ziem zachodniej Polski [Der großpolnische Aufstand und die Pläne zur Befreiung der übrigen Gebiete Westpolens], in: PZ 4 (1948), Nr. 2, S. 655-670 [GRYGIER, Powstanie wielkopolskie].

DERS.: Świadomość narodowa Mazurów i Warmiaków w polskich rachubach politycznych w latach 1870-1920 [Das nationale Bewußtsein der Masuren und Ermländer im polnischen politischen Kalkül der Jahre 1870-1920], in: KMW 1962, Nr. 1 (75), S. 49-93 [GRYGIER, Świadomość narodowa].

GURIAN, WALDEMAR: Der integrale Nationalismus in Frankreich. Charles Maurras und die Action Française, Frankfurt/Main 1931.

HAGEN, WILLIAM W.: Germans, Poles, and Jews. The Nationality Conflict in the Prussian East, 1772-1914, Chicago 1980.

HAHN, HANS HENNING: Die Organisationen der polnischen „Großen Emigration" 1831-1847, in: Nationale Bewegung und soziale Organisation I. Vergleichende Studien zur nationalen Vereinsbewegung des 19. Jahrhunderts in Europa, hrsg. von THEODOR SCHIEDER u.a., München, Wien 1978 (Studien zur Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts, Bd. 9.1), S. 131-279 [HAHN, Organisationen].

DERS.: Przymus modernizacyjny i ucisk integracyjny – rola państwa w kształtowaniu mentalności politycznej Polaków w drugie połowie XIX wieku [Modernisierungszwang und Integrationsdruck – die Rolle des Staates bei der Ausgestaltung der politischen Mentalität der Polen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts], in: Ideologie, poglądy, mity w dziejach Polski i Europy XIX i XX wieku. Studia historyczne, red. von JERZY TOPOLSKI u.a., Poznań 1991 (UAM – Seria Historia, Nr. 170), S. 289-296 [HAHN, Przymus modernizacyjny].

HARTMANN, STEFAN: Zur nationalpolnischen Bewegung und zur preußischen Politik in Masuren vor dem Ersten Weltkrieg, in: ZfO 42 (1993), S. 40-83.
HAUSER, PRZEMYSŁAW: Niemcy wobec perspektywy strat terytorialnych na rzecz państwa polskiego w ostatnich tygodniach I wojny światowej [Deutschland angesichts der Perspektive territorialer Verluste zugunsten des polnischen Staates in den letzten Wochen des Ersten Weltkrieges], in: Studia z najnowszej historii Niemiec i stosunków polsko-niemieckich, red. von STANISŁAW SIERPOWSKI, Poznań 1986 (UAM – Seria Historia, Nr. 129), S. 201-207.
HAUSMANN, KURT GEORG: Adelsgesellschaft und nationale Bewegung in Polen, in: Nationalismus und sozialer Wandel, hrsg. v. OTTO DANN, Hamburg 1978, S. 23-47 [HAUSMANN, Adelsgesellschaft].
DERS.: Die politischen Ideen Roman Dmowskis. Ein Beitrag zur Geschichte des Nationalismus in Ostmitteleuropa vor dem Ersten Weltkrieg, Habilitationsschrift, Kiel 1968 (masch.) [HAUSMANN, Die politischen Ideen].
DERS.: Dmowskis Stellung zu Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, in: ZfO 13 (1964), S. 56-91 [HAUSMANN, Dmowskis Stellung].
HAUSTEIN, ULRICH: Sozialismus und nationale Frage in Polen. Die Entwicklung der sozialistischen Bewegung in Kongreßpolen von 1875 bis 1900 unter besonderer Berücksichtigung der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), Köln, Wien 1969 (Osteuropa in Vergangenheit und Gegenwart, Nr. 12).
HAYES, CARLTON J. H.: The Historical Evolution of Modern Nationalism, New York 1949 (erstmals erschienen 1931).
HEMMERLING, ZYGMUNT – ŁUCZAK, ALEKSANDER: Miejsce kresów i słowiańskich mniejszości narodowych w koncepcjach ruchu ludowego [Die Rolle der Grenzmarken und der slavischen nationalen Minderheiten in den Konzepten der Bauernbewegung], in: Między Polską etniczną a historyczną, red. von WOJCIECH WRZESIŃSKI, Wrocław u.a. 1988 (Polska myśl polityczna XIX i XX wieku, Bd. 6), S. 209-224.
HOENSCH, JÖRG K.: Geschichte Polens, 2. Aufl., Stuttgart 1990.
HOLZER, JERZY – MOLENDA, JAN: Polska w pierwszej wojnie światowej [Polen im Ersten Weltkrieg], Warszawa 1963.
HÖSCH, EDGAR: Die „Balkanisierung“ – Vor- und Schreckbilder der Entstehung neuer Nationalstaaten, in: Grenzen in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert. Aktuelle Forschungsprobleme, hrsg. von HANS LEMBERG, Marburg/Lahn 2000 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung, 10), S. 79-94.
HORAK, STEPHAN: Poland and her National Minorities, 1919-1939. A case study, New York 1961.
HRABYK, KLAUDIUSZ: Ideologia „Przeglądu Wszechpolskiego“ (1895-1905) [Die Ideologie der „Allpolnischen Umschau“ (1895-1905)], Poznań 1937.
HROCH, MIROSLAV: Das Erwachen kleiner Nationen als Problem der komparativen sozialgeschichtlichen Forschung, in: Nationalismus, hrsg. von HEINRICH AUGUST WINKLER, Königstein/Ts. 1978, S. 155-172 [HROCH, Das Erwachen].

DERS.: Nationales Bewußtsein zwischen Nationalismustheorie und der Realität der nationalen Bewegungen, in: Formen des nationalen Bewußtseins im Lichte moderner Nationalismustheorien, hrsg. von EVA SCHMIDT-HARTMANN, München 1994 (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum, Bd. 20), S. 39-52 [HROCH, Nationales Bewußtsein].
JABLONOWSKI, HORST: Probleme der deutsch-polnischen Beziehungen zwischen den Weltkriegen, in: Ders.: Gesammelte Aufsätze, hrsg. von IRENE JABLONOWSKI u.a., Köln, Wien 1972, S. 353-392.
JABŁOŃSKI, HENRYK: Narodziny Drugiej Rzeczypospolitej 1918-1919 [Die Geburt der Zweiten Republik 1918-1919], Warszawa 1962 [JABŁOŃSKI, Narodziny].
DERS.: Ze studiów nad początkami Narodowej Demokracji. Od „pracy organicznej" do „upolitycznienia" [Aus den Studien über die Anfänge der Nationaldemokratie. Von der „organischen Arbeit" zur „politischen Bewußtwerdung"], in: PH 44 (1953), H. 4, S. 483-536 [JABŁOŃSKI, Ze studiów].
JACHYMEK, JAN: Ruch ludowy wobec problemu niepodległości Polski [Die Bauernbewegung zum Problem der Unabhängigkeit Polens], in: Idea niepodległości i suwerenności narodowej w polskiej myśli politycznej XIX i XX wieku, red. von JERZY MATERNICKI, Warszawa 1989, S. 207-232.
JAKUBOWSKA, URSZULA: Prasa Narodowej Demokracji w dobie zaborów [Die Presse der Nationaldemokratie in der Teilungszeit], Warszawa, Łódź 1988 (Materiały i studia do historii prasy i czasopiśmiennictwa polskiego, H. 26).
JAROSZ, KRZYSZTOF: Stosunek Józefa Piłsudskiego do Śląska [Das Verhältnis Józef Piłsudskis zu Schlesien], in: Zanim wybuchło III powstanie śląskie. Materiały z sesji naukowych zorganizowanych w muzeum górnośląskim w Bytomiu w dniach 9 czerwca 1990 roku w 70. rocznicę I i II powstania śląskiego, red. von ZBIGNIEW KAPAŁA u.a., Bytom 1991, S. 97-109.
JASIŃSKI, JANUSZ: „Mazur" ostródzki i ełcka „Gazeta Ludowa" wobec problemu przynależności narodowej Mazurów [Die Osteroder Zeitung „Der Masure" und die Lycker „Volkszeitung" zum Problem der nationalen Zugehörigkeit der Masuren], in: Polska myśl polityczna na ziemiach pod pruskim panowaniem. Zbiór studiów, red. von SŁAWOMIR KALEMBKA, Warszawa u.a. 1988, S. 165-197 [JASIŃSKI, „Mazur" ostródzki].
DERS.: Problematyka języków nieniemieckich w Prusach Wschodnich w I połowie XIX wieku [Die Problematik der nichtdeutschen Sprachen in Ostpreußen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts], in: DERS. (Red.): Zagadnienia narodowościowe w Prusach Wschodnich w XIX i XX wieku. Praca zbiorowa, Olsztyn 1993 (RiM, Nr. 133), S. 7-59 [JASIŃSKI, Problematyka].
DERS.: Świadomość narodowa na Warmii w XIX wieku. Narodziny i rozwój [Das Nationalbewußtsein im Ermland im 19. Jahrhundert. Genese und Entwicklung], Olsztyn 1983 (RiM, Nr. 88) [JASIŃSKI, Świadomość narodowa].
DERS.: Z pobytu Wincentego Pola w Prusach Wschodnich [Von einem Aufenthalt Wincenty Pols in Ostpreußen], in: KMW 1969, Nr. 1 (1903), S. 35-48 [JASIŃSKI, Z pobytu].

DERS.: Z dziejów myśli politycznej w Polsce wobec Warmii i Mazur w XIX wieku [Aus der Geschichte des politischen Gedankens in Polen gegenüber dem Ermland und Masuren im 19. Jahrhundert], in: Warmia i Mazury 18 (1972), Nr. 8, S. 4-5, 21 [JASIŃSKI, Z dziejów].
JASKÓLSKI, MICHAŁ: Kaduceus Polski. Myśl polityczna konserwatystów krakowskich 1866-1934 [Das „polnische Narrenzepter". Das politische Gedankengut der Krakauer Konservativen 1866-1934], Warszawa, Kraków 1990 [M. JASKÓLSKI, Kaduceus Polski].
DERS.: Konserwatyzm – nacjonalizm. Studia nad konfrontacjami ideowymi konserwatyzmu krakowskiego i demokracji narodowej przed 1914 r. [Konservatismus – Nationalismus. Studien über die ideologischen Konfrontationen zwischen Krakauer Konservatismus und Nationaldemokratie vor dem Jahre 1914], Kraków 1989 (Zeszyty naukowe Uniwersytetu Jagiellońskiego 951 – Prace z nauk politycznych, H. 36) [M. JASKÓLSKI, Konserwatyzm – nacjonalizm].
DERS.: Problem niepodległości i suwerenności narodowej w konserwatywnej myśli politycznej przełomu XIX i XX w. [Das Problem der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität im konservativen politischen Gedankengut um die Jahrhundertwende], in: Idee i koncepcje narodu w polskiej myśli politycznej czasów porozbiorowych, red. von JANUSZ GOĆKOWSKI u.a., Warszawa 1977 (Prace XI powszechnego zjazdu historyków polskich 1974 r., Nr. 7), S. 126-139 [M. JASKÓLSKI, Problem niepodległości].
JASZCZUK, ANDRZEJ: Spór pozytywistów z konserwatystami o przyszłość Polski 1870-1903 [Der Streit zwischen Positivisten und Konservativen um die Zukunft Polens 1870-1903], Warszawa 1986.
JAWORSKI, RUDOLF: Handel und Gewerbe im Nationalitätenkampf. Studien zur Wirtschaftsgesinnung der Polen in der Provinz Posen (1871-1914), Göttingen 1986 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 70).
JAWORSKI, Tomasz: Stereotyp Niemca – próba sięgnięcia ku historycznej genezie [Das Deutschenstereotyp – Versuch einer Annäherung an seine historische Genese], in: Aktualne problemy Republiki Federalnej Niemiec, Warszawa 1979 (Studia Niemcoznawcze, Bd. 1), S. 111-128.
JĘDRUSZCZAK, TADEUSZ: Polityka Polski w sprawie Górnego Śląska 1918-1922 [Die Politik Polens in der oberschlesischen Frage 1918-1922], Warszawa 1958.
JELAVICH, CHARLES and BARBARA: The Establishment of the Balkan National States, 1804-1920, Seattle, London 1977 (A History of East Central Europe, Bd. 8).
JUŻWENKO, ADOLF: Leon Wasilewski – orientacyjne kłopoty z określeniem kształtu terytorialnego państwa polskiego (1914-1918) [Leon Wasilewski – Orientierungsprobleme bei der Bestimmung der territorialen Gestalt des polnischen Staates 1914-1918], in: Polska – Kresy – Polacy, Festschrift für Wojciech Wrzesiński, red. von STANISŁAW CIESIELSKI u.a., Wrocław 1994 (AUW, Nr. 1636 – Historia CXVI), S. 109-113 [JUŻWENKO, Leon Wasilewski].
DERS.: Rosja w polskiej myśli politycznej lat 1864-1918 [Rußland im polnischen politischen Gedankengut der Jahre 1864-1918], in: Polska i jej sąsiedzi, red. von

HENRYK ZIELIŃSKI, Wrocław 1975 (Polska myśl polityczna XIX i XX wieku, Nr. 1), S. 27-65 [JUŻWENKO, Rosja].

DERS.: Spór Leona Wasilewskiego z Władysławem Gumplowiczem i Kazimierzem Kelles-Krauzem o taktykę polityczną PPS w zaborze pruskim [Der Streit Leon Wasilewskis mit Władysław Gumplowicz und Kazimierz Kelles-Krauz über die politische Taktik der PPS im preußischen Teilgebiet], in: Sląsk, Polska, Niemcy. Festschrift für Adam Galos, red. v. KRYSTYNA MATWIJOWSKA u.a., Wrocław 1990 (AUW, Nr. 1100 – Historia LXXIV), S. 205-215 [JUŻWENKO, Spór Leona Wasilewskiego].

DERS.: Uwagi o Leona Wasilewskiego stosunku do Górnego Śląska i zaboru pruskiego [Anmerkungen zu Leon Wasilewskis Beziehung zu Oberschlesien und zum preußischen Teilgebiet], in: SKHS 40 (1985), S. 55-67 [JUŻWENKO, Uwagi].

KACZMAREK, RYSZARD: Bolesław Limanowski wobec problemu odrodzenia narodowego na Górnym Śląsku [Bolesław Limanowski zum Problem der nationalen Wiedergeburt in Oberschlesien], in: Nestor polskiego socjalizmu czy tylko demokrata? Studia o Bolesławie Limanowskim, red. von STANISŁAW MICHAŁKIEWICZ u.a., Katowice 1987 (Prace naukowe Uniwersytetu w Katowicach, Nr. 918), S. 84-99.

KACZMAREK, ZDZISŁAW: Kolonizacja niemiecka i kolonizacja na prawie niemieckim w średniowiecznej Polsce [Die deutsche Kolonisation und die Kolonisation zu deutschem Recht im mittelalterlichen Polen], in: Stosunki polsko-niemieckie w historiografii. Studia z dziejów historiografii polskiej i niemieckiej, red. von JERZY KRASUSKI, T. 1, Poznań 1974 (Studium niemcoznawcze Instytutu Zachodniego, Nr. 25), S. 218-326.

KALEMBKA, SŁAWOMIR: Pojęcie narodu w publicystyce obozu demokratycznego Wielkiej Emigracji [Der Nationsbegriff in der Publizistik des demokratischen Lagers der Großen Emigration], in: Idee i koncepcje narodu w polskiej myśli politycznej czasów porozbiorowych, red. von JANUSZ GOĆKOWSKI u.a., Warszawa 1977 (Prace XI powszechnego zjazdu historyków polskich 1974 r., Nr. 7), S. 153-173 [KALEMBKA, Pojęcie narodu].

DERS.: Prasa demokratyczna Wielkiej Emigracji. Dzieje i główne koncepcje polityczne (1832-1863) [Die demokratische Presse der Großen Emigration. Geschichte und maßgebliche politische Konzepte 1832-1863], Toruń 1977 [KALEMBKA, Prasa demokratyczna].

DERS.: Towarzystwo Demokratyczne Polskie 1832-1846 [Die polnische Demokratische Gesellschaft 1832-1846], Toruń 1966 [KALEMBKA, Towarzystwo].

DERS.: Ziemie wschodnie rzeczypospolitej w myśli politycznej polskiej lat 1831-1870. Kilka uwag [Die Ostgebiete der Republik im polnischen politischen Gedanken der Jahre 1831-1870. Einige Überlegungen], in: SDPMP 3 (1990), S. 69-79 [KALEMBKA, Ziemie wschodnie].

KAMIŃSKI, TED M.: Koncepcje polityczne Józefa Kościelskiego [Die politischen Konzepte Józef Kościelskis], in: SDPMP 2 (1990), S. 139-150.

KARPIŃSKI, WOJCIECH: Idea narodu w polskiej myśli konserwatywnej po powstaniu styczniowym [Die Nationsidee im konservativen polnischen Gedankengut nach dem Januaraufstand], in: Idee i koncepcje narodu w polskiej myśli politycznej czasów porozbiorowych, red. von JANUSZ GOĆKOWSKI u.a., Warszawa 1977 (Prace XI powszechnego zjazdu historyków polskich 1974 r., Nr. 7), S. 201-219.

KARSKI, SIGMUND, u. Mitw. v. Helmut Neubach: Albert (Wojciech) Korfanty. Eine Biographie, Dülmen/Westf. 1990 (Schriftenreihe der Stiftung Schlesien, Bd. 3).

KASPAREK, NORBERT: Obraz przeszłości Prus Wschodnich w historiografii polskiej pierwszej połowy XIX wieku [Das Bild der Vergangenheit Ostpreußens in der polnischen Historiographie der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts], in: Prusy Wschodnie w polskiej opinii publicznej XIX i XX wieku, Olsztyn 1992 (Wyższa Szkoła Pedagogiczna w Olsztynie: Studia i materiały, Nr. 42 – Historia), S. 25-45 [KASPAREK, Obraz]

DERS.: Problematyka Prus Wschodnich w myśli politycznej Ignacego Prądzińskiego [Die Problematik Ostpreußens im politischen Gedankengut Ignacy Prądzińskis], in: SDPMP 1 (1989), S. 5-31 [KASPAREK, Problematyka].

DERS.: Prusy Wschodnie w orbicie zainteresowań Hotelu Lambert w latach 1832-1847 [Ostpreußen im Umfeld der Interessen des „Hôtel Lambert“ in den Jahren 1832- 1847], in: SDPMP 5 (1992), S. 101-121 [KASPAREK, Prusy Wschodnie w orbicie zainteresowań].

DERS.: Prusy Wschodnie w wielkopolskim czasopiśmiennictwie u schyłku lat trzydziestych i w pierwszej połowie czterdziestych XIX w. [Ostpreußen in der großpolnischen Presse Ende der 30er Jahre und in der ersten Hälfte der 40er Jahre des 19. Jhs.], in: SDPMP 2 (1990), S. 103-122 [KASPAREK, Prusy Wschodnie w wielkopolskim czasopiśmiennictwie].

KAWALEC, KRZYSZTOF: Endecja wobec problemu niemieckiego w latach 1926-1933 [Die Nationaldemokratie angesichts des deutschen Problems in den Jahren 1926-1933], in: SKHS 34 (1979), Nr. 1, S. 55-70 [KAWALEC, Endecja].

DERS.: Problematyka zachodnia w myśli politycznej Jędrzeja Giertycha [Die Westproblematik im politischen Gedankengut Jędrzej Giertychs], in: Twórcy polskiej myśli zachodniej. Praca zbiorowa, red. von WOJCIECH WRZESIŃSKI, Olsztyn 1996 (RiM, Nr. 53), S. 76-85 [KAWALEC, Problematyka zachodnia].

KELLERMANN, VOLKMAR: Schwarzer Adler, weißer Adler. Die Polenpolitik der Weimarer Republik, Köln 1970.

KESSLER, WOLFGANG: Józef Chlebowczyk und die Nationsbildung im östlichen Mitteleuropa vom 18. Jahrhundert bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, in: Formen des nationalen Bewußtseins im Lichte moderner Nationalismustheorien, hrsg. von EVA SCHMIDT-HARTMANN, München 1994 (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum, Bd. 20), S. 103-112.

KIENIEWICZ, STEFAN: Powstanie styczniowe [Der Januaraufstand], Warszawa 1972.

KINDLER, KLAUS: Die Cholmer Frage 1905-1918, Frankfurt/Main u.a. 1990 (Europäische Hochschulschriften: Reihe 3, Bd. 424, zugleich Diss. Univ. Mainz 1989).

KIZWALTER, TOMASZ: Ernest Gellners Nationalismustheorie und die polnische nationale Bewegung im 19. Jahrhundert, in: Formen des nationalen Bewußtseins im Lichte moderner Nationalismustheorien, hrsg. von EVA SCHMIDT-HARTMANN, München 1994 (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum, Bd. 20), S. 163-172.

KMIECIK, ZENON: „Kraj“ za czasów redaktorstwa Erazma Piltza [Die Zeitung „Das Land“ zur Zeit der Chefredaktion von Erazm Piltz], Warszawa 1969 (Materiały i studia do historii prasy i czasopiśmiennictwa polskiego, H. 10) [KMIECIK, „Kraj“].

DERS.: Prasa warszawska w latach 1908-1918 [Die Warschauer Presse in den Jahren 1908-1918], Warszawa 1981 [KMIECIK, Prasa warszawska].

DERS.: Program polityczny „Głosu Warszawskiego“ (1908-1909) i „Gazety Warszawskiej“ (1909-1915) [Das politische Programm der „Warschauer Stimme“ (1908-1909) und der „Warschauer Zeitung“ (1909-1915)], Warszawa, Łódż 1980 [KMIECIK, Program polityczny].

KOHN, HANS: Pan-Slavism. Its History and Ideology, 2. Aufl., New York 1960 (Vintage Russian Library, Nr. 710) [KOHN, Pan-Slavism].

DERS.: Von Machiavelli zu Nehru. Zur Problemgeschichte des Nationalismus, Freiburg/Breisgau 1964 [KOHN, Von Machiavelli zu Nehru].

KOLBUSZEWSKI, JACEK: Legenda kresów w literaturze polskiej [Die Legende der Grenzmarken in der polnischen Literatur], in: Między Polska etniczną a historyczną, red. von WOJCIECH WRZESIŃSKI, Wrocław u.a. 1988 (Polska myśl polityczna XIX i XX wieku, Nr. 6), S. 47-95 [J. KOLBUSZEWSKI, Legenda kresów].

DERS.: Nowa pieśń o ziemi naszej. Literatura polska wobec przestrzennego kształtu niepodległości [Das „neue Lied über unser Land“. Die polnische Literatur gegenüber der territorialen Gestalt der Unabhängigkeit], in: Wrocławskie studia z dziejów najnowszych, red. von WOJCIECH WRZESIŃSKI, Wrocław 1992 (AUW, Nr. 1274 – Historia XC), S. 107-127 [J. KOLBUSZEWSKI, Nowa pieśń].

DERS.: „Stara“ i Nowa pieśń o ziemi naszej [Das „alte“ und das „neue Lied über unser Land“], in: Polska – Kresy – Polacy. Studia historyczna, red. von STANISŁAW CIESIELSKI u.a., Festschrift für Wojciech Wrzesiński, Wrocław 1994 (AUW, Nr. 1636 – Historia CXVI), S. 21-30 [J. KOLBUSZEWSKI, „Stara“ i Nowa pieśń].

DERS.: Ziemie zachodnie w powieściach Artura Gruszeckiego [Die Westgebiete in den Romanen Artur Gruszewskis], in: SKHS 40 (1985), S. 25-39 [J. KOLBUSZEWSKI, Ziemie zachodnie (1985)].

DERS.: Ziemie zachodnie w powieściach Artura Gruszeckiego, in: Twórcy polskiej myśli zachodniej. Praca zbiorowa, red. von WOJCIECH WRZESIŃSKI, Olsztyn 1996 (RiM, Nr. 53), S. 20-31 [J. KOLBUSZEWSKI, Ziemie zachodnie (1996)].

KOLBUSZEWSKI, STANISŁAW: Na Śląsku [In Schlesien], in: Śladami życia i twórczości Marii Konopnickiej. Szkice historyczno-literackie, wspomnienia, materiały biograficzne, Warszawa 1966, S. 145-159.

KONIECZNY, WŁADYSŁAW: Kresy zachodnie w myśli politycznej Jana Ludwika Popławskiego [Die westlichen Grenzmarken im politischen Gedankengut Jan Ludwik Popławskis], in: Studia Historyczne 29 (1986), H. 4, S. 541-551.

KOPEĆ, EUGENIUSZ: „My i oni“ na polskim Śląsku (1918-1939) [„Wir und sie“ im polnischen Schlesien (1918-1939)], 2. Aufl., Katowice 1986.

KOPPELMANN, H.L.: Nation, Sprache und Nationalismus, Leiden 1956.

KOSMAN, MARCELI: Myśl zachodnia w polityce Jagiełłonów [Der Westgedanke in der Politik der Jagiellonen], in: PZ 40 (1984), S. 1-24 [KOSMAN, Myśl zachodnia].

DERS.: Problematyka pruska w działalności Henryka Sienkiewicza [Die preußische Problematik in der Tätigkeit von Henryk Sienkiewicz], in: SHSG 4 (1975), S. 73-97 [KOSMAN, Problematyka pruska].

KOTOWSKI, ALBERT S.: Hitlers Bewegung im Urteil der polnischen Nationaldemokratie, Wiesbaden 2000 (Studien der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Dortmund, Bd. 28) [KOTOWSKI, Hitlers Bewegung].

DERS.: Polens Politik gegenüber seiner deutschen Minderheit 1919-1939, Wiesbaden 1998 (Studien der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Dortmund, Bd. 23) [KOTOWSKI, Polens Politik].

KOZICKI, STANISŁAW: Historia Ligi Narodowej (Okres 1887-1907) [Die Geschichte der Nationalen Liga (Zeitraum v. 1887-1907)], Londyn 1964 [KOZICKI, Historia Ligi Narodowej].

DERS.: Sprawa granic Polski na konferencji pokojowej w Paryżu 1919 r. [Die Frage der Grenzen Polens auf der Pariser Friedenskonferenz 1919], Warszawa 1921 [KOZICKI, Sprawa granic Polski].

KRASUSKI, JERZY: Zagadnienie polskie w polityce Wielkiej Brytanii, Francji i Stanów Zjednoczonych w czasie I wojny światowej [Die polnische Problematik in der Politik Großbritanniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten während des Ersten Weltkrieges], in: Problem polsko-niemiecki w traktacie wersalskim. Praca zbiorowa, red. von JANUSZ PAJEWSKI, Poznań 1963 (Dzieje polskiej granicy zachodniej, Nr. 3), S. 156-180.

KROCZYŃSKI, HIERONIM: Zaślubiny Polski z morzem [Die Vermählung Polens mit dem Meer], Kołobrzeg 1999.

KRÓL, MARCIN: Idea narodu w polskiej myśli konserwatywnej XIX w. przed powstaniem styczniowym [Die Nationsidee im polnischen konservativen Gedankengut des 19. Jhs. vor dem Januaraufstand], in: Idee i koncepcje narodu w polskiej myśli politycznej czasów porozbiorowych, red. von JANUSZ GOĆKOWSKI u.a., Warszawa 1977 (Prace XI powszechnego zjazdu historyków polskich 1974 r., Nr. 7), S. 136-152.

KSIĄŻEK, JAROSŁAW: Historyczne podstawy endeckiej idei suwerenności narodowej (1918-1939) [Historische Grundlagen der nationalen Souveränitätsidee der Nationaldemokratie 1918-1939], in: Idea niepodległości i suwerenności narodowej w polskiej myśli politycznej XIX i XX wieku, red. von JERZY MATERNICKI, Warszawa 1989, S. 408-420.

KUDŁASZEK, ANDRZEJ: Elementy myśli społeczno-politycznej Ignacego Daszyńskiego [Elemente des gesellschaftlich-politischen Gedankenguts Ignacy Daszyńskis], in: Studia z dziejów XIX i XX wieku, red. von WOJCIECH WRZESIŃSKI, Wrocław 1991 (AUW, Nr. 1135 – Historia LXXVIII), S. 95-115 [KUDŁASZEK, Elementy].

DERS.: Myśl społeczno-polityczna Bolesława Wysloucha 1855-1937 [Das gesellschaftlich-politische Gedankengut Bolesław Wyslouchs 1855-1937], Warszawa, Wrocław 1978 [KUDŁASZEK, Myśl społeczno-polityczna].
DERS.: Postulat Polski etnograficznej w poglądach politycznych Bolesława Wysloucha [Die Forderung nach einem ethnographischen Polen in den politischen Ansichten Bolesław Wyslouchs], in: SKHS 1977, Nr. 1, S. 13-21 [KUDŁASZEK, Postulat Polski etnograficznej].
KULAK, TERESA: Jan Ludwik Popławski 1854-1908. Bibliografia polityczna [Politische Biographie], 2 Bde., Wrocław 1989 (AUW, Nr. 1147 – Historia LXXX) [KULAK, Jan Ludwik Popławski 1854-1908].
DIES.: Jan Ludwik Popławski – twórca i popularyzator polskiej myśli zachodniej przełomu XIX i XX wieku. Ze studiów nad genezą „idei piastowskiej" Narodowej Demokracji [Jan Ludwik Popławski – Schöpfer und Popularisierer des polnischen Westgedankens zur Jahrhundertwende. Aus den Studien über die Genese der „piastischen Idee" der Nationaldemokratie], in: Twórcy polskiej myśli zachodniej. Praca zbiorowa, red. von WOJCIECH WRZESIŃSKI, Olsztyn 1996 (RiM, Nr. 153), S. 43-53 [KULAK, Jan Ludwik Popławski – twórca i popularyzator polskiej myśli zachodniej].
DIES.: Jan Ludwik Popławski – twórca myśli zachodniej przełomu XIX i XX wieku. U źródeł „idei piastowskiej" Narodowej Demokracji [Jan Ludwik Popławski – Schöpfer des Westgedankens zur Jahrhundertwende. An den Quellen der „piastischen Idee" der Nationaldemokratie], in: SKHS 40 (1985), S. 41-54 [KULAK, Jan Ludwik Popławski – twórca myśli zachodniej].
DIES.: Kresy w myśli politycznej Jana Ludwika Popławskiego [Die Grenzmarken im politischen Gedankengut Jan Ludwik Popławskis], in: Między Polską etniczną a historyczną, red. von WOJCIECH WRZESIŃSKI, Wrocław 1988 (Polska myśl polityczna XIX i XX wieku, Nr. 6), S. 187-208 [KULAK, Kresy].
DIES.: Między Niemcami a Rosją – poglądy Romana Dmowskiego w sprawie polskich ziem zachodnich [Zwischen Deutschland und Rußland – Ansichten Roman Dmowskis zur Frage der polnischen Westgebiete], in: Twórcy polskiej myśli zachodniej. Praca zbiorowa, red. von WOJCIECH WRZESIŃSKI, Olsztyn 1996 (RiM, Nr. 153), S. 64-75 [KULAK, Między Niemcami i Rosją].
DIES.: Mit narodowej siły polskiego ludu (Fragment z dziejów polskiej myśli politycznej XIX i XX wieku) [Der Mythos von der nationalen Kraft des polnischen Volkes – ein Fragment aus der Geschichte des polnischen politischen Gedankens im 19. und 20. Jahrhundert], in: Polskie mity polityczne XIX i XX wieku, red. von WOJCIECH WRZESIŃSKI, Wrocław 1994 (Polska myśl polityczna XIX i XX w., Nr. 9), S. 153-166 [KULAK, Mit narodowej siły].
DIES.: O wpływie poglądów polityczno-społecznych Józefa Ignacego Kraszewskiego na kształtowanie się ideowych podstaw publicystyki Jana Ludwika Popławskiego [Über den Einfluß der politisch-gesellschaftlichen Ansichten Józef Ignacy Kraszewskis auf die Ausbildung der ideologischen Grundlagen der Publizistik Jan Ludwik Popławskis], in: Studia z dziejów XIX i XX wieku, red. von WOJCIECH

WRZESIŃSKI, Wrocław 1991 (AUW, Nr. 1135 – Historia LXXVIII), S. 37-57 [KULAK, O wpływie].
DIES.: Polska myśl zachodnia okresu zaborów [Der polnische Westgedanke der Teilungszeit], in: W stronę Odry i Bałtyku. Wybór źródeł (1795-1950). Bd. 1, O ziemie Piastów i polski lud (1795-1918), bearb. von WOJCIECH WRZESIŃSKI, Wrocław, Warszawa 1990, S. 25-38 [KULAK, Polska myśl zachodnia].
DIES.: Prusy Wschodnie w opinii publicznej zaboru rosyjskiego (1815-1918) [Ostpreußen in der öffentlichen Meinung des russischen Teilgebiets 1815-1918], in: Prusy Wschodnie w polskiej opinii publicznej XIX i XX wieku, Olsztyn 1992 (Wyższa Szkoła Pedagogiczna w Olsztynie: Studia i materiały, Nr. 42 – Historia), S. 47-70 [KULAK, Prusy Wschodnie].
DIES.: Rola i miejsce polskiej prasy w Niemczech w politycznych koncepcjach obozu narodowego na przełomie XIX i XX wieku [Rolle und Stellenwert der polnischen Presse in Deutschland in den politischen Konzepten des nationalen Lagers um die Jahrhundertwende], in: KMW 1982, Nr. 3 (157), S. 217-235 [KULAK, Rola i miejsce polskiej prasy].
DIES.: Warmia i Mazury w publicystyce Jana Ludwika Popławskiego na łamach „Prawdy“ i „Głosu“ [Ermland und Masuren in der Publizistik Jan Ludwik Popławskis in den Zeitungen „Die Wahrheit“ und „Die Stimme“], in: KMW 1993, Nr. 2 (200), S. 189-199 [KULAK, Warmia i Mazury].
DIES.: Wizerunek Ślązaka w polskich opisach etnograficznych i relacjach z podróży po Śląsku w II połowie XIX w. [Das Bild des Schlesiers in polnischen ethnographischen Beschreibungen und Berichten über Reisen durch Schlesien in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts], in: Wokół stereotypów Niemców i Polaków, red. von WOJCIECH WRZESIŃSKI, Wrocław 1993 (AUW – Historia CXIV), S. 99-132 [KULAK, Wizerunek Ślązaka].
DIES.: Z Niemcami czy z Rosją? Uwagi nad politycznym wyborem Narodowej Demokracji przed I wojny światowej [An der Seite Deutschlands oder Rußlands? Anmerkungen zur politischen Präferenz der Nationaldemokratie vor dem Ersten Weltkrieg], in: Śląsk, Polska, Niemcy. Festschrift für Adam Galos, red. von KRYSTYNA MATWIJOWSKA u.a., Wrocław 1990 (AUW – Historia LXXIV), S. 217-225 [KULAK, Z Niemcami czy z Rosją?].
KULCZYCKI, JOHN J.: Social Change in the Polish National Movement in Prussia before World War I, in: SHSG 6 (1977), S. 113-137.
KURCZEWSKA, JOANNA: Moralność, polityka i naród w poglądach Bolesława Limanowskiego i Zygmunta Balickiego [Moral, Politik und Nation in den Ansichten Bolesław Limanowskis und Zygmunt Balickis], in: Idee i koncepcje narodu w polskiej myśli politycznej czasów porozbiorowych, red. von JANUSZ GOĆKOWSKI u.a., Warszawa 1977 (Prace XI powszechnego zjazdu historyków polskich 1974 r., Nr. 7), S. 267-286.
KWILECKI, ANDRZEJ: Geneza i oddziaływanie wielkopolskiego ośrodka myśli zachodniej w ujęciu socjologicznym [Entstehung und Einfluß des großpolnischen Zentrums des Westgedankens in soziologischer Hinsicht], in: Polska myśl za-

chodnia w Poznaniu i Wielkopolsce. Jej rozwój i realizacja w wiekach XIX i XX, Warszawa, Poznań 1980, S. 5-21 [KWILECKI, Geneza].
DERS.: Poznań i Wielkopolska ośrodkami polskości na ziemiach zaboru pruskiego [Posen und Großpolen als Zentren des Polentums in den Ländern des preußischen Teilgebiets], in: Polska myśl zachodnia w Poznaniu i Wielkopolsce. Jej rozwój i realizacja w wiekach XIX i XX, Warszawa, Poznań 1980, S. 23-62 [KWILECKI, Poznań i Wielkopolska].
DERS.: Poznań jako ośrodek polskości na ziemiach zaboru pruskiego [Posen als Zentrum des Polentums in den Ländern des preußischen Teilgebiets], in: PZ 30 (1974), Nr. 5/6, S. 9-40 [KWILECKI, Poznań jako ośrodek polskości].
LABUDA, GERARD: Dzieje granicy polsko-niemieckiej jako zagadnienie badawcze [Die Geschichte der polnisch-deutschen Grenze als Forschungsproblem], in: Problem granic i obszaru odrodzonego państwa polskiego (1918-1990), red. von ANTONI CZUBIŃSKI, Poznań 1992 (UAM – Seria Historia, Nr. 174), S. 11-47 [LABUDA, Dzieje granicy polsko-niemieckiej].
DERS.: Geneza przysłowia: „Jak Świat światem, nie będzie Niemiec Polakowi bratem“ [Die Entstehung des Sprichworts „Solange die Welt besteht, wird der Deutsche dem Polen kein Bruder sein“], in: Zeszyty naukowe UAM 1968, Nr. 67 – Historia. H. 8, Studia z dziejów imperializmu niemieckiego, S. 17-32 [LABUDA, Geneza].
DERS.: Historiograficzna analiza tzw. niemieckiego „Naporu na wschód“ [Eine historiographische Analyse des sog. deutschen „Drangs nach Osten“], in: DERS. (Red.): Wschodnia Ekspansja Niemiec w Europie Środkowej. Zbiór studiów nad tzw. niemieckim „Drang nach Osten“, Poznań 1963 (Studium niemcoznawcze Instytutu Zachodniego, Nr. 5), S. 15-56 [LABUDA, Historiograficzna analiza].
DERS.: Początki państwa polskiego w historiografii polskiej i niemieckiej [Die Anfänge des polnischen Staates in der polnischen und deutschen Geschichtsschreibung], in: Stosunki polsko-niemieckie w historiografii. Studia z dziejów historiografii polskiej i niemieckiej, red. von JERZY KRASUSKI, T. 1, Poznań 1974 (Studium niemcoznawcze Instytutu Zachodniego, Nr. 25), S. 150-217 [LABUDA, Początki państwa polskiego].
DERS.: Polska granica zachodnia. Tysiąc lat dziejów politycznych [Die polnische Westgrenze. Tausend Jahre politischer Geschichte], Poznań 1971 [LABUDA, Polska granica zachodnia].
ŁASZCZ, JAN – ZAŁUSKA, JAN: Jan Ludwik Popławski. Jego życie, praca dla ludu polskiego i zasługi dla ojczyzny [Jan Ludwik Popławski. Sein Leben, seine Arbeit für das polnische Volk und seine Verdienste für das Vaterland], Warszawa 1924.
LATAWSKI, PAUL, Roman Dmowski, the Polish Question, and Western Opinion, 1915 1918: The Case of Britain, in: DERS. (Hrsg.): The Reconstruction of Poland, 1914-1923, London 1992, S. 1-12 [LATAWSKI, Roman Dmowski].
DERS.: The „Diskrepancy between State and Ethnographic Frontiers“: Dmowski and Masaryk on Self-Determination, in: T.G. Masaryk: Statesman and Cultural Force, hrsg. von HARRY HANAK, London 1989, S. 86-98 [LATAWSKI, The Diskrepancy].

LAUBERT, MANFRED: Die preußische Polenpolitik von 1772-1914, 3. Aufl., Krakau 1944 (Schriftenreihe des Instituts für deutsche Ostarbeit Krakau – Sektion Geschichte, Bd. 1) [LAUBERT, Die preußische Polenpolitik].

DERS.: Nationalität und Volkswille im preußischen Osten, Breslau 1925 [LAUBERT, Nationalität und Volkswille].

LAWATY, ANDREAS: Das Ende Preußens in polnischer Sicht. Zur Kontinuität negativer Wirkungen der preußischen Geschichte auf die deutsch-polnischen Beziehungen, Berlin, New York 1986 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 63).

LECZYK, MARIAN: Komitet Narodowy Polski a Ententa i Stany Zjednoczone 1917-1919 [Das Polnische Nationalkomitee, die Entente und die Vereinigten Staaten 1917-1919], Warszawa 1966.

LEDERER, IVO J.: Nationalism in the Yugoslavs, in: Nationalism in Eastern Europe, hrsg. von PETER F. SUGAR u.a., Seattle, London 1969 (Publications on Russia and Eastern Europe, Nr. 1), S. 396-438.

LEMBERG, EUGEN: Geschichte des Nationalismus in Europa, Stuttgart 1950.

LEMBERG, HANS: Polnische Konzeptionen für ein neues Polen in der Zeit vor 1918, in: Staatsgründungen und Nationalitätsprinzip, hrsg. von THEODOR SCHIEDER, München, Wien 1974 (Studien zur Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts, Bd. 7), S. 85-104 (Diskussion über das Thema S. 105-111).

ŁEPKOWSKI, TADEUSZ: Naród polski w epoce rozbiorów [Die polnische Nation in der Teilungszeit], in: Studia nad rozwojem narodowym Polaków, Czechów i Słowaków, red. von ROMAN HECK, Wrocław u.a. 1976, S. 47-66 [ŁEPKOWSKI, Naród polski].

DERS.: Polska – Narodziny nowoczesnego narodu (1764-1870) [Polen – Geburt einer modernen Nation (1764-1870)], Warszawa 1967 [ŁEPKOWSKI, Polska].

LIPSKI, JAN JÓZEF: Zwei Vaterländer – Zwei Patriotismen. Bemerkungen zum nationalen Größenwahn und zur Xenophobie der Polen, in: DERS.: Wir müssen uns alles sagen ... Essays zur deutsch-polnischen Nachbarschaft, hrsg. u. mit e. Vorw. versehen von GEORG ZIEGLER, Gleiwitz, Warschau 1996.

LOEBER, DIETRICH A.: Die Minderheitenschutzverträge – Entstehung, Inhalt und Wirkung, in: Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen (1918-1939). Stärke und Schwäche der neuen Staaten, nationale Minderheiten, hrsg. von HANS LEMBERG, Marburg/Lahn 1997 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 3), S. 189-200.

LÖNNE, KARL-EGON: Entwicklungen des italienischen Nationalismus im Vorfeld des Faschismus, in: Entwicklung der Nationalbewegungen in Europa 1850-1914, hrsg. von HEINER TIMMERMANN, Berlin 1998 (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Bd. 84), S. 283-307.

LUNDGREEN-NIELSEN, KAY: The Polish Problem at the Paris Peace Conference. A Study of the Politics of the Great Powers and the Poles, 1918-1919, übers. von Alison Borch-Johansen, Odense 1979.

MAJ, EWA: O niektórych problemach ideologii narodowej Jana Ludwika Popławskiego [Über einige Probleme der nationalen Ideologie Jan Ludwik Popławskis], in: Kultura i Społeczeństwo 31 (1987), Nr. 1, S. 219-235.

MAMATEY, VICTOR S.: The United States and East Central Europe 1914-1918. A Study in Wilsonian Diplomacy and Propaganda, Princeton 1957.

MARCZEWSKI, JERZY: Narodowa Demokracja w Poznańskiem 1900-1914 [Die Nationaldemokratie im Posener Land 1900-1914], Warszawa 1967.

MARTEL, RENE: Les Frontieres Orientales de l'Allemagne. Paris 1930.

MASCHKE, ERICH: Die Hanse in der polnischen Geschichtsschreibung, in: Altpreußische Forschungen 14 (1937), S. 14-22 [MASCHKE, Die Hanse].

DERS.: Roman Dmowski, in: Osteuropa 10 (1934/35), S. 391-410 [MASCHKE, Roman Dmowski].

MATERNICKI, JERZY: Rola historiografii w rozwoju polskiej myśli niepodległościowej na przełomie XIX i XX w. [Die Rolle der Geschichtsschreibung bei der Entwicklung des polnischen Unabhängigkeitsgedankens um die Jahrhundertwende], in: DERS. (Red.): Idea niepodległości i suwerenności narodowej w polskiej myśli politycznej XIX i XX wieku, Warszawa 1989, S. 93-125.

MAZURKIEWICZ-HERZOWA, LUCJA: Eugeniusz Romer, Warszawa 1966.

MEINECKE, FRIEDRICH: Nation, Staat und Weltbürgertum in der Entwicklung des deutschen Nationalstaatsgedankens [1907], in: DERS.: Werke. Bd. 5, München 1962, S. 7-277.

MICHTA, NORBERT: Julian Marchlewski, Warszawa 1979.

MISTEWICZ, TEODOR: Zagadnienie rewindykacji terytorialnych w ideologii polskiego ruchu nacjonalistycznego do ruchu 1918 [Das Problem der territorialen Forderungen in der Ideologie der nationalistischen Bewegung bis zum Jahre 1918], in: DN 18 (1986), H. 2, S. 3-34.

MITKOWSKI, JÓZEF: Józef Szujski jako badacz polskiego średniowiecza [Józef Szujski als Erforscher des polnischen Mittelalters], in: Spór o historyczną szkołę krakowską. W stulecie katedry historii Polski UJ 1869-1969, red. von CELINA BOBIŃSKA u.a., Kraków 1969, S. 71-81.

MODZELEWSKI, WOJCIECH: Naród i postęp. Problematyka narodowa w ideologii i myśli społecznej pozytywistów warszawskich [Nation und Fortschritt. Die nationale Problematik in Ideologie und gesellschaftlichem Gedankengut der Warschauer Positivisten], Warszawa 1977.

MOLENDA, JAN: Piłsudczycy a Narodowi Demokraci 1908-1918 [Piłsudski-Anhänger und Nationaldemokraten 1908-1918], Warszawa 1980.

MROCZKO, MARIAN: Polska myśl zachodnia 1918-1939 (Kształtowanie i upowszechnianie) [Der polnische Westgedanke 1918-1939 (Ausgestaltung und Verbreitung)], Poznań 1986 (Dzieje polskiej granicy zachodniej, Nr. 6) [MROCZKO, Polska myśl zachodnia].

DERS.: Problemy kształtowania się myśli zachodniej w Drugiej Rzeczypospolitej [Probleme der Ausgestaltung des Westgedankens in der Zweiten Republik], Gdańsk 1981 [MROCZKO, Problemy].

DERS.: W kręgu kształtowania się myśli zachodniej II Rzeczypospolitej [Rund um die Ausgestaltung des Westgedankens in der Zweiten Republik], in: PZ 34 (1978), H. 4, S. 37-54 [MROCZKO, W kręgu].

DERS.: Związek Obrony Kresów Zachodnich 1921-1934. Powstanie i działalnosc [Der Verband zur Verteidigung der Westmarken 1921-1934. Entstehung und Tätigkeit], Gdańsk 1977 [MROCZKO, Związek Obrony Kresów Zachodnich].

MROWKA, HEINRICH: Początki polskiego ruchu politycznego na Mazurach [Die Anfänge der polnischen politischen Bewegung in Masuren], in: Borussia 3-4 (1992), S. 17-27.

MYŚLIŃSKI, JERZY: Grupy polityczne Królestwa Polskiego w zachodniej Galicji (1895-1904) [Politische Gruppen aus dem Königreich Polen in Westgalizien 1895-1904], Warszawa 1967.

NAŁĘCZ, TOMASZ: Sprawa walki o niepodległość Polski w myśli politycznej Józefa Piłsudskiego [Die Frage des Kampfes um die Unabhängigkeit Polens im politischen Gedankengut Józef Piłsudskis], in: Idea niepodległości i suwerenności narodowej w polskiej myśli politycznej XIX i XX wieku, red. von JERZY MATERNICKI, Warszawa 1989, S. 169-188.

NEUBACH, HELMUT: Der Gnesen-Posener Erzbischof Florian v. Stablewski und seine Stellung zur polnischen Bewegung in Posen und Oberschlesien, in: Beiträge zur deutsch-polnischen Nachbarschaft, Festschrift für Richard Breyer, hrsg. von CSABA JÁNOS KENÉZ u.a., Berlin, Bonn 1992, S. 113-123 [NEUBACH, Der Gnesen-Posener Erzbischof].

DERS.: Die Ausweisungen von Polen und Juden aus Preußen 1885/86. Ein Beitrag zu Bismarcks Polenpolitik und zur Geschichte des deutsch-polnischen Verhältnisses, Wiesbaden 1967 (Marburger Ostforschungen, Bd. 27) [NEUBACH, Die Ausweisungen].

DERS.: Die Nationalitätenverhältnisse in der Provinz Schlesien im Spiegel der letzten Reichstagswahl vor dem 1. Weltkrieg (1912), in: Oberschlesisches Jahrbuch, Bd. 1 (1985), Dülmen/Westf. 1985, S. 57-83 [NEUBACH, Die Nationalitätenverhältnisse].

DERS.: Polnische Geistliche im Deutschen Reichstag, in: Ostmitteleuropa. Berichte und Forschungen, Festschrift für Gotthold Rhode, hrsg. von ULRICH HAUSTEIN u.a., Stuttgart 1981, S. 266-282 [Neubach, Polnische Geistliche].

DERS.: Zum deutsch-polnischen Nationalitätenverhältnis in Oberschlesien um das Jahr 1895 (Ein unveröffentlichter Brief des oberschlesischen Zentrumsabgeordneten Bernhard Stephan an seinen rheinischen Fraktionskollegen Karl Bachem), in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau 25 (1984), S. 235-247 [NEUBACH, Zum deutsch-polnischen Nationalitätenverhältnis].

NIENDORF, MATHIAS: Wissenschaft im Dienst nationaler Gebietsansprüche: „Deutsche Ostforschung“ und „polnischer Westgedanke“. Deutsch-polnische Tagung vom 3.-6. Dezember 1998 in Poznań (Posen), in: ZfO 48 (1999), S. 537-539.

ORZECHOWSKI, MARIAN: „Idea zachodnia“ w myśli politycznej Wielkopolski (1918-1945) [Die „Westidee“ im politischen Gedankengut Großpolens (1918-1945)], in:

Kronika Wielkopolski, Nr. 2/3 (6) (1975), S. 13-37 [ORZECHOWSKI, „Idea zachodnia“].
DERS.: Narodowa Demokracja na Górnym Śląsku do roku 1918 [Die Nationaldemokratie in Oberschlesien bis zum Jahre 1918], Wrocław 1965 [ORZECHOWSKI, Narodowa Demokracja].
DERS.: Odra – Nysa Łużycka – Bałtyk w polskiej myśli politycznej okresu drugiej wojny światowej [Oder, Lausitzer Neiße und Ostsee im polnischen politischen Gedankengut zur Zeit des Zweiten Weltkrieges], Wrocław u.a. 1969 [ORZECHOWSKI, Odra – Nysa Łużycka – Bałtyk].
DERS.: Tradycje piastowskie w polskiej myśli politycznej XX wieku [Piastische Traditionen im polnischen politischen Gedankengut des 20. Jahrhunderts], in: Piastowie w dziejach Polski. Zbiór artykułów z okazji trzechsetniej rocznicy wygaśnięcia, red. von ROMAN HECK, Wrocław u.a. 1975, S. 269-285 [ORZECHOWSKI, Tradycje piastowskie].
DERS.: Wojciech Korfanty. Biografia polityczna [Wojciech Korfanty. Politische Biographie], Wrocław u.a. 1975 [ORZECHOWSKI, Wojciech Korfanty].
OSSOWSKI, STANISŁAW: Analiza socjologiczna pojęcia ojczyzny [Soziologische Analyse des Vaterlandsbegriffs], in: DERS.: Dzieła, Bd. 3, Warszawa 1967, S. 201-226.
PACŁAWSKI, JAN: Sprawy śląskie w pracach Karola Szajnochy [Schlesische Fragen in den Arbeiten Karol Szajnochas], in: Kwartalnik Opolski 15 (1969), H. 3-4, S. 67-70.
PAJEWSKI, JANUSZ: Dwie zachodnie opinie wobec koncepcji granic odradzającego się państwa polskiego w 1917 r. [Zwei westliche Meinungen bezüglich der Grenzkonzepte für den wiedererstehenden polnischen Staat im Jahre 1917], in: SHSG 6 (1977), S. 139-154 [PAJEWSKI, Dwie zachodnie opinie].
DERS.: Dzieje Hakaty [Die Geschichte der „HaKaTa“], Poznań 1966 [PAJEWSKI, Dzieje Hakaty].
DERS.: „Mitteleuropa“. Studia z dziejów imperializmu niemieckiego w dobie pierwszej wojny światowej [„Mitteleuropa“. Studien aus der Geschichte des deutschen Imperialismus während des Ersten Weltkrieges], Poznań 1959 [PAJEWSKI, „Mitteleuropa“].
DERS.: Odbudowa państwa polskiego 1914-1918 [Der Wiederaufbau des polnischen Staates 1914-1918], Warszawa 1978 [PAJEWSKI, Odbudowa].
DERS.: Wokół sprawy polskiej. Paryż – Lozanna – Londyn 1914-1918 [Rund um die polnische Frage. Paris – Lausanne – London 1914-1918], Poznań 1970 [PAJEWSKI, Wokół sprawy polskiej].
PARUZEL, EUGENIUSZ: Ideał wychowawczy Narodowej Demokracji i próby jego realizacji na przełomie XIX i XX wieku [Das Erziehungsideal der Nationaldemokratie und Versuche seiner Realisierung um die Jahrhundertwende], Toruń 1993.
PASIERB, BRONISŁAW: Niemcy w polskiej myśli politycznej (1870-1970). Szkic do syntezy [Deutschland im polnischen politischen Gedankengut (1870-1970). Skizzen für eine Synthese], in: Z badań nad dziejami stosunków polsko-niemieckich,

red. von ANTONI CZUBIŃSKI u.a., Poznań 1991 (UAM – Seria Historia, Nr. 166), S. 111-131.
PATER, MIECZYSŁAW: Centrum a ruch polski na Górnym Śląsku w (1879-1893) [Das Zentrum und die polnische Bewegung in Oberschlesien 1879-1893], Wrocław 1969 (Prace Wrocławskiego Towarzystwa Naukowego – Seria A, Nr. 136) [PATER, Centrum a ruch polski].
DERS.: Polska myśl polityczna na Górnym Śląsku [Der polnische politische Gedanke in Oberschlesien], in: Polska myśl polityczna na ziemiach pod pruskim panowaniem. Zbiór studiów, red. von SŁAWOMIR KALEMBKA, Warszawa u.a. 1988, S. 79-108 [PATER, Polska myśl polityczna].
DERS.: Refleksje o polskiej i górnośląskiej myśli politycznej w XIX w. [Reflexionen über das polnische und das oberschlesische politische Gedankengut im 19. Jh.], in: SDPMP 2 (1990), S. 67-86 [PATER, Refleksje].
PERDELWITZ, RICHARD: Die Posener Polen von 1815-1914. Ein Jahrhundert großpolnischer Ideengeschichte, Schneidemühl 1936.
PERL, FELIKS: Dzieje ruchu socjalistycznego w zaborze rosyjskim (do powstania PPS) [Geschichte der sozialistischen Bewegung im russischen Teilgebiet (bis zur Entstehung der PPS)], Warszawa 1958.
PERLBACH, MAX: Preußisch-polnische Studien zur Geschichte des Mittelalters, H. 1, Zur Kritik der ältesten preußischen Urkunden, Halle 1886.
PETERSOHN, JÜRGEN: Pommerns staatsrechtliches Verhältnis zu den Nachbarmächten im Mittelalter, in: Die Rolle Schlesiens und Pommerns in der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen im Mittelalter. Zwölfte deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker vom 5.-10. Juni 1979 in Allenstein/Olsztyn, hrsg. von der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission, 2. Aufl., Braunschweig 1983 (Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung, Bd. 22,3), S. 98-115.
PIĄTKOWSKI, WIESŁAW: Idee społeczno-polityczne „Polaka“ (1896-1906). Przyczynek do kształtowania się ideologii Narodowej Demokracji [Die gesellschaftlich-politischen Ideen der Zeitung „Der Pole“ (1896-1906). Ein Beitrag zur Ausgestaltung der Ideologie der Nationaldemokratie], in: Rocznik Historii Czasopiśmiennictwa Polskiego 5 (1966), S. 45-65.
PIOTROWSKI, BERNARD: Eugeniusza Romera koncepcja Polski rdzennej [Eugeniusz Romers Konzept eines reinen Polen], in: PZ 41 (1985), Nr. 1, S. 40-69 [PIOTROWSKI, Eugeniusza Romera Koncepcja].
DERS.: O Polskę nad Odrą i Bałtykiem. Myśl zachodnia i badania niemcoznawcze Uniwersytetu Poznańskiego (1919-1939) [Um ein Polen an Oder und Ostsee. Der Westgedanke und die deutschkundlichen Forschungen an der Universität Posen (1919-1939)], Poznań 1987 (Dzieje polskiej granicy zachodniej, Nr. 7) [PIOTROWSKI, O Polskę nad Odrą i Bałtykiem].
PISKORSKI, JAN M.: Przeciw nacjonalizmowi w badaniach naukowych nad przeszłością stosunków polsko-niemieckich (w związku z książką Bernarda Piotrowskiego, O Polskę nad Odrą i Bałtykiem) [Gegen den Nationalismus in der wissenschaftli-

chen Erforschung der Vergangenheit der polnisch-deutschen Beziehungen (im Zusammenhang mit Bernard Piotrowskis Buch „Um ein Polen an Oder und Ostsee")], in: PH 81 (1990), H. 1-2, S. 319-324 [PISKORSKI, Przeciw nacjonalizmowi].
DERS.: 1000 Jahre der deutsch-polnischen Grenze, in: JGMOD 1996, S. 129-150 [PISKORSKi, 1000 Jahre].
PISKOZUB, ANDRZEJ: Dziedzictwo polskiej przestrzeni. Geograficzno-historyczne podstawy struktur przestrzennych ziem polskich [Das Erbe des polnischen Raumes. Geographisch-historische Grundlagen der räumlichen Strukturen der polnischen Länder], Wrocław u.a. 1987 [PISKOZUB, Dziedzictwo].
DERS.: Polska morska. Czyn XX wieku [Das Polen am Meer. Ein Werk des 20. Jahrhunderts], Gdańsk 1986 [PISKOZUB, Polska morska].
PISZCZKOWSKI, TADEUSZ: Odbudowanie Polski 1914-1921. Historia i polityka [Der Wiederaufbau Polens 1914-1921. Geschichte und Politik], London 1969.
POBÓG-MALINOWSKI, WŁADYSŁAW: Narodowa Demokracja 1887-1918. Fakty i dokumenty [Die Nationaldemokratie 1887-1918. Fakten und Dokumente], Warszawa 1933.
POŚPIECH, JERZY – SOCHACKA, STANISŁAWA: Lucjan Malinowski a Śląsk (Działalność śląskoznawcza, teksty ludoznawcze) [Lucjan Malinowski und Schlesien (Schlesienkundliche Tätigkeit, volkskundliche Texte)], Opole 1976.
POTOCKI, STANISŁAW: Położenie mniejszości niemieckiej w Polsce 1918-1938 [Die Lage der deutschen Minderheit in Polen 1918-1938], Gdańsk 1969 (Wydawnictwa Instytutu Bałtyckiego w Gdańsku, Nr. 4 – Seria pomorzoznawcza, Bd. 4).
POWIERSKI, JAN: Wojciech Kętrzyński jako historyk Prus [Wojciech Kętrzyński als Historiker Preußens], in: KMW 1970, Nr. 3 (109), S. 347-380.
PRESCOTT, J. R.V.: Political Frontiers and Boundaries, London 1987.
PRYSZCZEWSKA-KOZOŁUB, ADELA: Działalność Józefa Łepkowskiego na Śląsku [Die Tätigkeit Józef Łepkowskis in Schlesien], in: Kwartalnik Opolski 7 (1961), Nr. 4 (28), S. 45-60.
PUTTKAMER, ELLINOR VON: Die polnische Nationaldemokratie, Krakau 1944 (Schriftenreihe des Instituts für deutsche Ostarbeit Krakau, Sektion Geschichte, Bd. 4).
RADZIWIŁŁOWICZ, DARIUSZ: Rola tradycji grunwaldzkiej w kształtowaniu dążeń niepodległościowych społeczeństwa polskiego na przełomie XIX i XX w. (Zarys problematyki) [Die Rolle der Tradition von Grunwald bei der Ausgestaltung des Unabhängigkeitsstrebens der polnischen Gesellschaft um die Jahrhundertwende (Abriß der Problematik)], in: Tradycja grunwaldzka. Praca zbiorowa, red. von JERZY MATERNICKI, Warszawa 1989 (Prace Sekcji Historii Politycznej Polski Odrodzonej, Bd. 21), S. 110-125.
RATZEL, FRIEDRICH: Das Meer als Quelle der Völkergröße. Eine politisch-geographische Studie, München, Leipzig 1900 [RATZEL, Das Meer].
DERS.: Der Lebensraum. Eine biogeographische Studie, Darmstadt 1961 (Unveränderter reprografischer Nachdruck des Originalaufsatzes von 1901) („Libelli", Bd. 146) [RATZEL, Der Lebensraum].

DERS.: Politische Geographie, München, Leipzig 1897 [RATZEL, Politische Geographie].
RECKE, WALTER: Die historisch-politischen Grundlagen der Genfer Konvention vom 15. Mai 1922, Marburg/Lahn 1969 (Wissenschaftliche Beiträge zur Geschichte und Landeskunde Osteuropas, Nr. 86) [RECKE, Die historisch-politischen Grundlagen].
DERS.: Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik, Berlin 1927 [REKKE, Die polnische Frage].
REITER, NORBERT: Gruppe, Sprache, Nation, Berlin 1984 (Balkanologische Veröffentlichungen, Bd. 9).
RHODE, GOTTHOLD: Kleine Geschichte Polens, Darmstadt 1965.
ROGALL, JOACHIM: Rezension von Marian Mroczko, „Polska myśl zachodnia 1918-1939", in: Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte, neue Folge, Bd. 2 (1993), H. 1, Wendepunkte der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert: 1918-1939-1945-1990, S. 168-174.
ROOS, HANS: Geschichte der polnischen Nation 1916-1960. Von der Staatsgründung im ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Stuttgart 1961.
ROSIN, RYSZARD: Ziemie zachodnie i północne w pismach Joachima Lelewela [Die West- und Nordgebiete in den Schriften Joachim Lelewels], in: Zeszyty naukowe Uniwersytetu Łódzkiego – Nauki humanistyczno-społeczne, Seria 1, H. 27), S. 103-110.
ROTH, PAUL: Die Entstehung des polnischen Staates. Eine völkerrechtlich-politische Untersuchung, Berlin 1926 (Öffentlich-rechtliche Abhandlungen, H. 7).
ROTHFELS, HANS: Die Nationsidee in westlicher und östlicher Sicht, Köln 1956 [ROTHFELS, Die Nationsidee].
DERS.: Grundsätzliches zum Problem der Nationalität, in: Zeitgeschichtliche Betrachtungen, 2. Aufl., Göttingen 1963, S. 89-111 [ROTHFELS, Grundsätzliches].
RUDNICKI, SZYMON: Działalność polityczna polskich konserwatystów 1918-1926 [Die politische Tätgkeit der polnischen Konservativen 1918-1926], Wrocław u.a. 1981.
SCHIEDER, THEODOR: Probleme der Nationalismus-Forschung, in: DERS. (Hrsg.): Sozialstruktur und Organisation europäischer Nationalbewegungen, München, Wien 1971 (Studien zur Geschichte des 19. Jahrhunderts, Bd. 3), S. 9-18.
SCHULTZ, HANS-DIETRICH: Deutschlands „natürliche" Grenzen, in: Deutschlands Grenzen in der Geschichte, hrsg. von ALEXANDER DEMANDT, München 1990, S. 33-88.
SCHUMACHER, BRUNO: Geschichte Ost- und Westpreußens, 5. Aufl., Würzburg 1959.
SCHWIDETZKY, ILSE: Die polnische Wahlbewegung in Oberschlesien, Breslau 1934 (Schriften des Osteuropa-Instituts in Breslau, H. 1).
SEREJSKI, MARIAN H.: Krakowska szkoła historyczna a historiografia europejska [Die Krakauer historische Schule und die europäische Historiographie], in: Spór o historyczną szkolę krakowską. W stulecie katedry historii Polski UJ 1869-1969, red.

von CELINA BOBIŃSKA u.a., Kraków 1969, S. 11-45 [SEREJSKI, Krakowska szkoła historyczna].
DERS.: Naród i państwo w polskiej myśli historycznej [Nation und Staat im polnischen historischen Gedanken], Warszawa 1977 [SEREJSKI, Naród i państwo].
SERWAŃSKI, EDWARD: Syn odzyskanej ziemi (Wojciech Kętrzyński) [Ein Sohn des wiedergewonnenen Landes: Wojciech Kętrzyński], Warszawa 1955.
ŚLIWA, MICHAŁ: Kontrowersje wokół idei niepodległości w polskim ruchu robotniczym na przełomie XIX i XX w. [Kontroversen rund um die Unabhängigkeitsidee innerhalb der polnischen Arbeiterbewegung um die Jahrhundertwende], in: Idea niepodległości i suwerenności narodowej w polskiej myśli politycznej XIX i XX wieku, red. von JERZY MATERNICKI, Warszawa 1989, S. 140-157 [ŚLIWA, Kontrowersje].
DERS.: Polska myśl polityczna w I połowie XX wieku [Der polnische politische Gedanke in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts], Wrocław u.a. 1993 [ŚLIWA, Polska myśl polityczna].
SMITH, ANTHONY D.: Theories of Nationalism, London 1971.
SMOLKA, GEORG: Die deutschen Ostgebiete in der polnischen Historiographie der Zwischenkriegszeit, in: Speculum Historiale. Geschichte im Spiegel von Geschichtsschreibung und Geschichtsdeutung, Festschrift für Heinrich Spörl, hrsg. von CLEMENS BAUER u.a., Freiburg, München 1965, S. 703-719.
SMOLKA, LEONARD: Z badań nad kształtowaniem stereotypów etnicznych na Śląsku w początkach XX wieku [Aus den Forschungen über die Ausgestaltung ethnischer Stereotypen in Schlesien zu Beginn des 20. Jahrhunderts], in: Wokół stereotypów Polaków i Niemców, red. von WOJCIECH WRZESIŃSKI, Wrocław 1991 (AUW Nr. 1136 - Historia LXXIX), S. 119-130.
SPUSTEK, IRENA: Sprawa polska w polityce rosyjskiej w czasie I wojny światowej [Die polnische Frage in der russischen Politik während des Ersten Weltkrieges], in: Problem polsko-niemiecki w traktacie wersalskim. Praca zbiorowa, red. von JANUSZ PAJEWSKI, Poznań 1963 (Dzieje polskiej granicy zachodniej, Nr. 3), S. 115-142 [SPUSTEK, Sprawa polska].
DIES.: Sprawa zachodnich granic Polski w okresie przygotowań do konferencji pokojowej w świetle materiałów „inquiry“ [Die Frage der westlichen Grenzen Polens in der Vorbereitungsphase zur Friedenskonferenz im Lichte der Materialien der „Inquiry“], in: PH 63 (1972), H. 4, S. 651-665 [SPUSTEK, Sprawa zachodnich granic].
STADTMÜLLER, ELŻBIETA: Polskie nurty polityczne wobec Niemiec w latach 1871-1918 [Die polnischen politischen Strömungen gegenüber Deutschland in den Jahren 1871-1918], Wrocław 1994 (AUW Nr. 1657 – Niemcoznawstwo 4).
STAHL, ZDZISŁAW: System Dmowskiego wczoraj i dziś [Das System Dmowskis gestern und heute], London 1953.
STANISZEWSKI, ANDRZEJ: Kształtowanie się wizerunku społeczności Mazur i Warmii na łamach prasy polskiej w latach 1848-1870 [Die Ausgestaltung des Bildes von der Gesellschaft Masurens und des Ermlandes in der polnischen Presse in den Jah-

ren 1848-1870], in: Prusy Wschodnie w polskiej opinii publicznej XIX i XX wieku, Olsztyn 1992 (Wyższa Szkoła Pedagogiczna w Olsztynie: Studia i Materiały, Nr. 42 – Historia), S. 71-96 [STANISZEWSKI, Kształtowanie].
DERS.: Obraz Niemiec i Niemców w korespondencji prasowej Józefa Ignacego Kraszewskiego (1871-1883) [Das Deutschland- und Deutschenbild in der Pressekorrespondenz Józef Ignacy Kraszewskis (1871-1883)], in: Wokół stereotypów Polaków i Niemców, red. von WOJCIECH WRZESIŃSKI, Wrocław 1993 (AUW – Historia CXIV), S. 155-175 [STANISZEWSKI, Obraz Niemiec].
DERS.: Z badań nad kształtowaniem się stereotypu Niemca i Polaka w prasie polskiej w zaborze pruskim na przełomie XIX i XX wieku [Aus den Forschungen über die Ausgestaltung des Deutschen- und Polenstereotyps in der polnischen Presse des preußischen Teilgebiets um die Jahrhundertwende], in: Wokół stereotypów Polaków i Niemców, red. von WOJCIECH WRZESIŃSKI, Wrocław 1991 (AUW, Nr. 1136 – Historia LXXIX), S. 95-117 [STANISZEWSKI, Z badań].
STASZCZAK, ZOFIA: Pogranicze polsko-niemieckie jako pogranicze etnograficzne [Das polnisch-deutsche Grenzgebiet als ethnographisches Grenzgebiet], Poznań 1978 [STASZCZAK, Pogranicze polsko-niemieckie].
DIES.: Zur Methodik der Darstellung von ethnographischen Grenzgebieten und das deutsch-polnische Grenzgebiet, in: Ethnologia Slavica 15 (1983), S. 7-18 [STASZCZAK, Zur Methodik].
STÜTTGEN, DIETER: Die preußische Verwaltung des Regierungsbezirks Gumbinnen 1871-1920, Köln, Berlin 1980 (Studien zur Geschichte Preußens, Bd. 30).
SUKERTOWA-BIEDRAWINA, EMILIA – GRYGIER, TADEUSZ: Walka o społeczne i narodowe wyzwolenie ludności Warmii i Mazur [Der Kampf um die gesellschaftliche und nationale Befreiung der Bevölkerung des Ermlandes und Masurens], Olsztyn 1956.
SULEJA, WŁODZIMIERZ: Władysław Studnicki – w opozycji do myśli zachodniej [Władysław Studnicki – in Opposition zum Westgedanken], in: Twórcy polskiej myśli zachodniej. Praca zbiorowa, red. von WOJCIECH WRZESIŃSKI, Olsztyn 1996 (RiM, Nr. 153), S. 154-164.
SUNDHAUSSEN, HOLM: Der Einfluß der Herderschen Ideen auf die Nationsbildung bei den Völkern der Habsburger Monarchie, München 1973 (Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission, Bd. 27).
SZMAŃDA, JAN: Polska myśl polityczna w zaborze pruskim. Od rozbiorów do roku 1863. Próba syntezy historycznej [Der polnische politische Gedanke im preußischen Teilgebiet. Von den Teilungen bis zum Jahre 1863. Versuch einer historischen Synthese], Poznań 1919.
SZOSTAKOWSKI, STANISŁAW: Prusy Wschodnie w polskim ruchu patriotycznym 1830-1865 [Ostpreußen in den Aktivitäten der polnischen patriotischen Bewegung 1830-1865], Olsztyn 1987 (RiM, Nr. 109).
TARG, ALOJZY: Związki Śląska z Wielkopolską na przełomie XIX i XX wieku [Die Verbindungen Schlesiens mit Großpolen um die Jahrhundertwende], Opole 1967.

TCHÓRZEWSKA-KABATA, HALINA: Artur Gruszecki. Teoria i praktyka pisarska wobec naturalizmu [Artur Gruszecki. Schriftstellerische Theorie und Praxis vor dem Hintergrund des Naturalismus], Kraków 1982.

TEBARTH, HANS-JAKOB: Technischer Fortschritt und sozialer Wandel in deutschen Ostprovinzen. Ostpreußen, Westpreußen und Schlesien im Zeitalter der Industrialisierung, Berlin 1991.

TEREJ, JERZY JANUSZ: Idee, mity, realia. Szkice do dziejów Narodowej Demokracji. [Ideen, Mythen, Realien. Skizzen zur Geschichte der Nationaldemokratie], Warszawa 1971 [TEREJ, Idee, mity, realia].

DERS.: Jan Ludwik Popławski, in: W kręgu twórców myśli politycznej, red. von HENRYK ZIELIŃSKI, Wrocław u.a. 1983 (Polska myśl polityczna XIX i XX wieku, Nr. 5), S. 65-87 [TEREJ, Jan Ludwik Popławski].

TOMASZEWSKI, JERZY: Kresy wschodnie w polskiej myśli politycznej XIX i XX w. [Die östlichen Grenzmarken im polnischen politischen Gedankengut des 19. u. 20. Jhs.], in: Między Polską etniczną a historyczną, red. von WOJCIECH WRZESIŃSKI, Wrocław 1988 (Polska myśl polityczna XIX i XX wieku, Nr. 6), S. 97-118.

TOMCZAK, MARIA: Polska myśl zachodnia [Der polnische Westgedanke], in: Polacy wobec Niemców. Z dziejów kultury politycznej Polski 1945-1989, red. von ANNA WOLFF-POWĘSKA, Poznań 1993 (Prace Instytutu Zachodniego, Nr. 59), S. 161-193.

TOPOROWICZ, WIESŁAWA: Sprawa polska w polityce rosyjskiej 1914-1917 [Die polnische Frage in der russischen Politik 1914-1917], Warszawa 1973.

TRABA, ROBERT: Niemcy – Warmiacy – Polacy 1871-1914. Z dziejów niemieckiego ruchu katolickiego i stosunków polsko-niemieckich w Prusach [Deutsche – Ermländer – Polen 1871-1914. Aus der Geschichte der deutschen katholischen Bewegung und der polnisch-deutschen Beziehungen in Preußen], Olsztyn 1994 (RiM, Nr. 142).

TRZECIAKOWSKI, LECH: Preußische Polenpolitik im Zeitalter der Aufstände (1830-1864), in: Polen und die polnische Frage in der Geschichte der Hohenzollernmonarchie 1701-1871. Referate einer deutsch-polnischen Historiker-Tagung vom 7. bis 10. November 1979 in Berlin-Nikolassee, hrsg. von KLAUS ZERNACK, Berlin 1982 (Einzelveröffentlichung der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 33), S. 96-110 [TRZECIAKOWSKI, Preußische Polenpolitik].

DERS.: Wpływ zaboru pruskiego na świadomość społeczeństwa polskiego [Der Einfluß des preußischen Teilgebiets auf das Bewußtsein der polnischen Gesellschaft], in: DN 9 (1977), H. 4, S. 117-127 [TRZECIAKOWSKI, Wpływ zaboru pruskiego].

UNGERN-STERNBERG, RODERICH VON: Nationalismus und Völkerfriede. Eine politisch-moralische Untersuchung, Offenbach o.J.

VIEFHAUS, ERWIN: Die Minderheitenfrage und die Entstehung der Minderheitenschutzverträge auf der Pariser Friedenskonferenz 1919. Eine Studie zur Geschichte des Nationalitätenproblems im 19. und 20. Jahrhundert, Würzburg 1960 (Marburger Ostforschungen, Bd. 11).

VOGT, DIETRICH: Der Großpolnische Aufstand 1918/19. Berichte, Erinnerungen, Dokumente, Marburg/Lahn 1980.
WAGNER, OSKAR: Konfession und Nation in der Republik Polen, in: Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen (1918-1939). Stärke und Schwäche der neuen Staaten, nationale Minderheiten, hrsg. von HANS LEMBERG, Marburg/Lahn 1997 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 3), S. 239-251.
WAGNER, WOLFGANG: Genèse de la ligne Oder-Neisse au cours des négociations diplomatiques de la Seconde Guerre mondiale, Stuttgart 1960.
WAJDA, KAZIMIERZ: Das Bild der Deutschen in der polnischen Publizistik der Jahre 1871-1914 in ihrer landschaftlichen Zuordnung, in: Historische Grenzlandschaften Ostmitteleuropas im 16.-20. Jh. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik, red. von MIECZYSŁAW WOJCIECHOWSKI u.a., Toruń 1996, S. 39-53 [WAJDA, Das Bild der Deutschen].
DERS.: Obraz Niemców w publicystyce polskiej lat 1871-1914 [Das Bild der Deutschen in der polnischen Publizistik der Jahre 1871-1914], in: Wokół stereotypów Niemców i Polaków, red. von WOJCIECH WRZESIŃSKI, Wrocław 1993 (AUW – Historia CXIV), S. 133-153 [WAJDA, Obraz Niemców].
WAKAR, ANDRZEJ: O polskości Warmii i Mazur w dawnych wiekach [Über das Polentum des Ermlands und Masurens in vergangenen Jahrhunderten], Olsztyn 1969 [WAKAR, O polskości].
WALDENBERG, MAREK: Z problematyki narodu w polskiej myśli socjalistycznej okresu zaborów [Zur Nationsproblematik im polnischen sozialistischen Gedankengut im Zeitalter der Teilungen], in: Idee i koncepcje narodu w polskiej myśli politycznej czasów porozbiorowych, red. von JANUSZ GOĆKOWSKI u.a., Warszawa 1977 (Prace XI powszechnego zjazdu historyków polskich 1974 r., Nr. 7), S. 246-266.
WALICKI, ANDRZEJ: Mesjanistyczne koncepcje narodu i późniejsze losy jej tradycji [Messianische Nationskonzepte und das spätere Schicksal ihrer Tradition], in: Idee i koncepcje narodu w polskiej myśli politycznej czasów porozbiorowych, red. von JANUSZ GOĆKOWSKI u.a., Warszawa 1977 (Prace XI powszechnego zjazdu historyków polskich 1974 r., Nr. 7), S. 84-107 [WALICKI, Mesjanistyczne koncepcje narodu].
DERS.: Philosophy and Romantic Nationalism. The Case of Poland, Oxford 1982 [WALICKI, Philosophy].
DERS.: Trzy patriotyzmy. Trzy tradycje polskiego patriotyzmu i ich znaczenie współczesne [Drei Patriotismen. Drei Traditionen des polnischen Patriotismus und ihre aktuelle Bedeutung], Warszawa 1991 [WALICKI, Trzy patriotyzmy].
WANATOWICZ, MARIA WANDA: Społeczeństwo polskie wobec Górnego Śląska (1795-1914) [Die polnische Gesellschaft gegenüber Oberschlesien (1795-1914)], Katowice 1992 (Prace naukowe Uniwersytetu Śląskiego w Katowicach, Nr. 1303).
WANDYCZ, PIOTR S.: Dmowski's Policy at the Paris Peace Conference: Success or Failure?, in: The Reconstruction of Poland, 1914-1923, hrsg. von PAUL LATAWSKI, London 1992, S. 117-132 [WANDYCZ, Dmowski's Policy].

DERS.: Poland's Place in Europe in the Concepts of Piłsudski and Dmowski, in: EEPS 4 (1990), Nr. 3, S. 451-468 [WANDYCZ, Poland's Place].
DERS.: The Lands of Partitioned Poland, 1795-1918, Seattle u.a. 1974 (A History of East Central Europe, Bd. 7) [WANDYCZ, The Lands].
WAPIŃSKI, ROMAN: Endecja wobec hitleryzmu i III Rzeszy [Die Nationaldemokratie gegenüber dem Hitlerismus und dem Dritten Reich], in: Polska – Niemcy – Europa. Studia z dziejów myśli politycznej i stosunków międzynarodowych, red. von ANTONI CZUBIŃSKI, Poznań 1977 (UAM – Seria Historia, Nr. 75), S. 531-543 [WAPIŃSKI, Endecja wobec hitleryzmu].
DERS.: Endecka koncepcja granic Polski w latach 1918-1921 [Das nationaldemokratische Konzept bezüglich der Grenzen Polens in den Jahren 1918-1921], in: ZH 33 (1968), H. 3, S. 193-216 [WAPIŃSKI, Endecka koncepcja].
DERS.: Idea narodu w myśli społecznej i politycznej endecji przed rokiem 1918 [Die Nationsidee im gesellschaftlichen und politischen Gedankengut der Nationaldemokratie vor 1918], in: Idee i koncepcje narodu w polskiej myśli politycznej czasów porozbiorowych, red. von JANUSZ GOĆKOWSKI u.a., Warszawa 1977 (Prace XI powszechnego zjazdu historyków polskich 1974 r., Nr. 7), S. 220-245 [WAPIŃSKI, Idea narodu].
DERS.: Kresy: Alternatywa czy zależność? [Die Grenzmarken: Alternative oder Zusammenhang?], in: Między Polską etniczną a historyczną, red. von WOJCIECH WRZESIŃSKI, Wrocław u.a. 1988 (Polska myśl polityczna XIX i XX wieku, Nr. 6), S. 9-45 [WAPIŃSKI, Kresy].
DERS.: Między ojczyznami prywatnymi a ideologicznymi [Zwischen den privaten und den ideologischen Vaterländern], in: Zeszyty Naukowe Wydziału Humanistycznego Uniwersytetu Gdańskiego – Prace historycznoliterackie 1986, Nr. 10-11, S. 103-129 [WAPIŃSKI, Między ojczyznami prywatnymi a ideologicznymi].
DERS.: Miejsce ziem wschodnich Rzeczypospolitej przedrozbiorowej w polskiej świadomości politycznej lat 1864-1918 [Der Stellenwert der Ostgebiete der Vorteilungsrepublik im polnischen politischen Bewußtsein der Jahre 1864-1918], in: Polska – Kresy – Polacy. Studia historyczne, Festschrift für Wojciech Wrzesiński, red. von STANISŁAW CIESIELSKI u.a., Wrocław 1994 (AUW, Nr. 1636 – Historia CXVI), S. 53-60 [WAPIŃSKI, Miejsce ziem wschodnich].
DERS.: Mit dawnej Rzeczypospolitej w epoce porozbiorowej [Der Mythos der alten Republik in der Zeit nach den Teilungen], in: Polskie mity polityczne XIX i XX wieku, red. von WOJCIECH WRZESIŃSKI, Wrocław 1994 (Polska myśl polityczna XIX i XX wieku, Nr. 9), S. 77-92 [WAPIŃSKI, Mit dawnej Rzeczypospolitej].
DERS.: Narodowa Demokracja 1893-1939. Ze studiów nad dziejami myśli nacjonalistycznej [Die Nationaldemokratie 1839-1939. Aus den Studien zur Geschichte des nationalistischen Gedankens], Wrocław u.a. 1980 [WAPIŃSKI, Narodowa Demokracja].
DERS.: Obóz narodowodemokratyczny wobec problemu niepodległości Polski [Das nationaldemokratische Lager angesichts des Problems der Unabhängigkeit Polens], in: Idea niepodległości i suwerenności narodowej w polskiej myśli polityczc-

nej XIX i XX wieku, red. von JERZY MATERNICKI, Warszawa 1989, S. 189-206 [WAPIŃSKI, Obóz narodowodemokratyczny].
DERS.: Podstawowe przemiany polskich partii burżuazyjnych od schyłku XIX wieku do roku 1939 [Grundlegende Wandlungen der polnischen bourgeoisen Parteien vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Jahre 1939], in: Historyka – Studia metodologiczne 8 (1978), S. 23-46 [WAPIŃSKI, Podstawowe przemiany].
DERS.: Polska i małe ojczyzny Polaków. Z dziejów kształtowania się świadomości narodowej w XIX i XX wieku po wybuch II wojny światowej [Polen und die kleinen Vaterländer der Polen. Aus der Geschichte der Ausgestaltung des nationalen Bewußtseins im 19. und 20. Jahrhundert bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges], Wrocław u.a. 1994 [WAPIŃSKI, Polska i małe ojczyzny Polaków].
DERS.: Problem państwa w koncepcjach politycznych obozu narodowego [Das Problem des Staates in den politischen Konzepten des nationalen Lagers], in: Państwo w polskiej myśli politycznej, red. von WOJCIECH WRZESIŃSKI, Wrocław 1988 (Polska myśl polityczna XIX i XX wieku, Nr. 7), S. 83-104 [WAPIŃSKI, Problem państwa].
DERS.: „Przegląd Wszechpolski“ (1895-1905, 1922-1926) [Die „Allpolnische Umschau“ (1895-1905, 1922-1926)], in: Na warsztatach historyków polskiej myśli politycznej, red. von HENRYK ZIELIŃSKI, Wrocław 1980 (Polska myśl polityczna XIX i XX wieku, Nr. 4), S. 79-93 [WAPIŃSKI, „Przegląd Wszechpolski“].
DERS.: Roman Dmowski – ideolog polskiego nacjonalizmu [Roman Dmowski, der Ideologe des polnischen Nationalismus], Warszawa 1983 [WAPIŃSKI, Roman Dmowski].
DERS.: W kręgu wyobrażeń o polskim terytorium narodowym w końcu XIX i w pierwszych dziesięcioleciach XX wieku [Rund um die Anschauungen über das polnische nationale Territorium Ende des 19. und in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts], in: PZ 42 (1986), Nr. 5-6, S. 305-323 [WAPIŃSKI, W kręgu wyobrażeń].
WASIUTYŃSKI, WOJCIECH: Zródła niepodległości [Die Quellen der Unabhängigkeit], Londyn 1977.
WĄTOR, ADAM: Nationaldemokraten aus Galizien und die deutsche Frage bis 1914, in: Historische Grenzlandschaften Ostmitteleuropas im 16.-20. Jh. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik, red. von MIECZYSŁAW WOJCIECHOWSKI u.a., Toruń 1996, S. 193-208.
WEBER, PAUL: Die Polen in Oberschlesien. Eine statistische Untersuchung, Diss. Berlin 1913.
WEINREICH, ARTHUR: Bevölkerungsstatistische und siedlungsgeographische Beiträge zur Kunde Ost-Masurens, vornehmlich der Kreise Oletzko und Lyck, Diss. Königsberg 1911.
WEISSMANN, KARLHEINZ: Der nationale Sozialismus. Ideologie und Bewegung 1890 bis 1933, München 1998.
WERESZYCKI, HENRYK: Historia polityczna Polski 1864-1914 [Politische Geschichte Polens 1864-1914], 2. Aufl., Paris 1979.

WIATR, JERZY J.: Naród i Państwo. Socjologiczne problemy kwestii narodowej [Nation und Staat. Soziologische Probleme der nationalen Frage], 2. Aufl., Warszawa 1973.
WINKLER, HEINRICH AUGUST: Der Nationalismus und seine Funktionen, in: DERS. (Hrsg.): Nationalismus, Königstein/Ts. 1978 (Neue wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 100), S. 5-34.
WIPPERMANN, WOLFGANG: Der „deutsche Drang nach Osten": Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagwortes, Darmstadt 1981 (Impulse der Forschung, Bd. 35).
WISŁOCKI, WŁADYSŁAW TADEUSZ: Kongres słowiański w roku 1848 i sprawa polska [Der Slavenkongreß im Jahre 1848 und die polnische Frage], in: Rocznik zakładu narodowego im. Ossolińskich 2 (1928), S. 517-731.
WITTSCHELL, LEO: Die völkischen Verhältnisse in Masuren und dem südlichen Ermland, Hamburg 1926 (Veröffentlichungen des Geographischen Instituts der Albertus-Universität zu Königsberg, H. 5).
WOJCIECHOWSKI, ZYGMUNT: Oswald Balzer, in: KH 47 (1933), H. 1-2, S. 321-446.
WÓJCIK-ŁAGAN, HANNA: Stosunki polsko-krzyżackie i polsko-niemieckie w podręcznikach Tadeusza Korzona i Władysława Smoleńskiego [Die Beziehungen Polens zum Deutschen Orden und die polnisch-deutschen Beziehungen in den Lehrbüchern Tadeusz Korzons und Władysław Smoleńskis], in: Tradycja grunwaldzka. Praca zbiorowa, red. von JERZY MATERNICKI, Warszawa 1989 (Prace Sekcji Historii Politycznej Polski Odrodzonej, Bd. 21), S. 77-109.
WOLFF-POWĘSKA, ANNA: Alfons Parczewski (1849-1933) – w obronie polskości ziem zachodnich i północnych [Alfons Parczewski (1849-1933), Verteidiger des Polentums der West- und Nordgebiete], in: PZ 41 (1985), Nr. 1, S. 24-39.
WRONIAK, ZDZISŁAW: Sprawa polskiej granicy zachodniej w latach 1918-1919 [Die Frage der polnischen Westgrenze in den Jahren 1918-1919], Poznań 1963.
WRZESIŃSKI, WOJCIECH: Kazimierz Jaroszyk a problemy polskiej myśli zachodniej [Kazimierz Jaroszyk und die Probleme des polnischen Westgedankens], in: DERS. (Red.): Twórcy polskiej myśli zachodniej. Praca zbiorowa, Olsztyn 1996 (RiM, Nr. 153), S. 113-152 [WRZESIŃSKI, Kazimierz Jaroszyk].
DERS.: Kresy czy pogranicze? Problem ziem zachodnich i północnych w polskiej myśli politycznej XIX i XX w. [Grenzmarken oder Grenzgebiete? Das Problem der West- und Nordgebiete im polnischen politischen Gedankengut des 19. u. 20. Jhs.], in: DERS. (Red.): Między Polską etniczną a historyczną, Wrocław u.a. 1988 (Polska myśl polityczna XIX i XX wieku, Nr. 6), S. 119-165 [WRZESIŃSKI, Kresy czy pogranicze?].
DERS.: Niemcy w oczach Polaków 1918-1939 [Deutschland in den Augen der Polen 1918-1939], in: Odra 17 (1977), Nr. 9, S. 3-14 [WRZESIŃSKI, Niemcy w oczach Polaków].
DERS.: Niemcy w polskiej myśli politycznej 1864-1914. Główne nurty [Deutschland im polnischen politischen Gedankengut 1864-1914. Die wichtigsten Strömungen], in: Polska i jej sąsiedzi, red. von HENRYK ZIELIŃSKI, Wrocław u.a. 1975 (Polska

myśl polityczna XIX i XX wieku, Nr. 1), S. 67-118 [WRZESIŃSKI, Niemcy w polskiej myśli politycznej].
DERS.: O nurt Odry i brzegi Bałtyku [Über die auf Oder und Ostseeküste fixierte Strömung], in: DERS. (Red.): Twórcy polskiej myśli zachodniej. Praca zbiorowa, Olsztyn 1996 (RiM, Nr. 153), S. 5-19 [WRZESIŃSKI, O nurt Odry].
DERS.: Poglądy polityczne Wojciecha Kętrzyńskiego [Die politischen Ansichten Wojciech Kętrzyńskis], in: KMW 1991, Nr. 1-2, S. 3-14 [WRZESIŃSKI, Poglądy polityczne].
DERS.: Polska mitologia polityczna XIX i XX wieku [Die polnische politische Mythologie des 19. und 20. Jahrhunderts], in: DERS. (Red.): Polskie mity polityczne XIX i XX wieku, Wrocław 1994 (Polska myśl polityczna XIX i XX wieku, Nr. 9), S. 5-22 [WRZESIŃSKI, Polska mitologia polityczna].
DERS.: Prusy Wschodnie w polskiej myśli politycznej w latach 1864-1945 [Ostpreußen im polnischen politischen Gedankengut in den Jahren 1864-1945], Olsztyn 1994 (RiM, Nr. 141) [WRZESIŃSKI, Prusy Wschodnie].
DERS.: Prusy Zachodnie w polskiej myśli politycznej lat 1864-1914 [Westpreußen im polnischen politischen Gedankengut 1864-1914], in: ZH 40 (1975), H. 3-4, S. 45-81 [WRZESIŃSKI, Prusy Zachodnie].
DERS.: Sąsiad. Czy wróg? Ze studiów nad kształtowaniem obrazu Niemca w Polsce w latach 1795-1939 [Nachbar oder Feind? Aus den Studien über die Ausgestaltung des Deutschenbildes in Polen in den Jahren 1795-1939], Wrocław 1992 [WRZESIŃSKI, Sąsiad. Czy wróg?].
DERS.: Trwałość i zmienność. Ze studiów nad stereotypem Niemca w Polsce w okresie porozbiorowych [Stabilität und Wandel. Aus den Studien über das Deutschenstereotyp in Polen während der Teilungszeit], in: DN 18 (1986), Nr. 3-4, S. 21-54 [WRZESIŃSKI, Trwałość i zmienność].
XYDIS, STEPHEN G.: Modern Greek Nationalism, in: Nationalism in Eastern Europe, hrsg. von PETER F. SUGAR u.a., Seattle, London 1969 (Publications on Russia and Eastern Europe, Nr. 1), S. 207-258.
ZAKRZEWSKI, BOGDAN: Sprawy śląskie w „Tygodniku Literackim“ [Schlesische Fragen im „Literarischen Wochenblatt“], in: Rocznik Wrocławski 2 (1958), S. 243-294.
ŻALIŃSKI, HENRYK: Kształt polityczny Polski w ideologii Towarzystwa Demokratycznego Polskiego (1832-1846) [Die politische Gestalt Polens in der Ideologie der Polnischen Demokratischen Gesellschaft (1832-1846)], Wrocław u.a. 1976 (Prace Komisji Nauk Historycznych, Nr. 36) [ŻALIŃSKI, Kształt polityczny].
DERS.: Myśl polityczna Hotelu Lambert wobec sprawy wyzwolenia Polski w przededniu i w czasie rewolucji 1846 roku [Der politische Gedanke des Hotel Lambert am Vorabend und während der Revolution von 1846], in: SDPMP 3 (1990), S. 97-114 [ŻALIŃSKI, Myśl polityczna Hotelu Lambert].
ZERNACK, KLAUS: Das Jahrtausend deutsch-polnischer Beziehungsgeschichte als geschichtswissenschaftliches Problemfeld und Forschungsaufgabe (Grundsatzreferat), in: Grundfragen der geschichtlichen Beziehungen zwischen Deutschen, Pola-

ben und Polen. Referate und Diskussionsbeiträge aus zwei wissenschaftlichen Tagungen, hrsg. von WOLFGANG H. FRITZE u.a., Berlin 1976 (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 18 – Publikationen zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen, Bd. 1), S. 3-46 [ZERNACK, Das Jahrtausend].

DERS.: Deutschlands Ostgrenze, in: Deutschlands Grenzen in der Geschichte, hrsg. von ALEXANDER DEMANDT, München 1990, S. 135-159 [ZERNACK, Deutschlands Ostgrenze].

DERS.: Negative Polenpolitik als Grundlage deutsch-russischer Diplomatie in der Mächtepolitik des 18. Jahrhunderts, in: Preußen – Deutschland – Polen. Aufsätze zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen, hrsg. von WOLFRAM FISCHER u.a., Berlin 1991 (Historische Forschungen, Bd. 44), S. 225-242 [ZERNACK, Negative Polenpolitik].

ZGÓRNIAK, MARIAN: Der Januaraufstand 1863 und seine Einwirkung auf die polnische nationale Befreiungsbewegung, in: Entwicklung der Nationalbewegungen in Europa 1850-1914, hrsg. von HEINER TIMMERMANN, Berlin 1998 (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Bd. 84), S. 69-75.

ZIELIŃSKI, ANDRZEJ: Rozważania o narodzie i narodowości w publicystyce poznańskiego lat czterdziestych XIX w. [Überlegungen über Nation und Nationalität in der Posener Publizistik der 40er Jahre des 19. Jhs.], in: Idee i koncepcje narodu w polskiej myśli politycznej czasów porozbiorowych, red. von JANUSZ GOĆKOWSKI, Warszawa 1977 (Prace XI powszechnego zjazdu historyków 1974 r., Nr. 7), S. 108-135.

ZIELIŃSKI, HENRYK – RABA, JULIAN: Julian Marchlewski jako historyk polskich ziem zachodnich [Julian Marchlewski als Historiker der polnischen Westgebiete], in: KH 1953, Nr. 1, S. 192-202.

ZIELIŃSKI, HENRYK: O potrzebie i trudnościach badania dziejów polskiej myśli politycznej [Über Erfordernis und Schwierigkeiten der Erforschung der Geschichte des polnischen politischen Gedankens], in: DERS. (Red.): Polska i jej sąsiedzi, Wrocław u.a. 1975 (Polska myśl polityczna XIX i XX wieku, Nr. 1), S. 7-26 [H. ZIELIŃSKI, O potrzebie].

DERS.: Poglądy polskich ugrupowań politycznych na sprawę ziem zachodnich i granicy polsko-niemieckiej (1914-1919) [Die Ansichten der polnischen politischen Gruppierungen zur Frage der Westgebiete und der polnisch-deutschen Grenze (1914-1919)], in: Problem polsko-niemiecki w traktacie wersalskim. Praca zbiorowa, red. von JANUSZ PAJEWSKI, Poznań 1963 (Dzieje polskiej granicy zachodniej, Nr. 3), S. 181-216 [H. ZIELIŃSKI, Poglądy].

DERS.: Polska myśl polityczna a sprawa ziem zachodnich (przed rokiem 1914) [Der polnische politische Gedanke und die Frage der Westgebiete vor 1914], in: SKHS 19 (1964), S. 143-160 [H. ZIELIŃSKI, Polska myśl polityczna].

DERS.: Sprawa polskich ziem i granic zachodnich w polskiej myśli politycznej [Die Frage der polnischen Westgebiete und -grenzen im polnischen politischen Gedan-

kengut], in: Naród i państwo. Festschrift für Henryk Jabłoński, Warszawa 1969, S. 407-423 [H. ZIELIŃSKI, Sprawa].
ZIENTARA, BENEDYKT: Schlesien im Piastenstaat bis zur Wende des 13. Jahrhunderts, in: Die Rolle Schlesiens und Pommerns in der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen im Mittelalter. Zwölfte deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker vom 5.-10. Juni 1979 in Allenstein/Olsztyn, hrsg. von der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission, 2. Aufl., Braunschweig 1983 (Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung, Bd. 22,3), S. 44-56.
ZYBAŁA, TADEUSZ: Problem polityki niemieckiej w myśli niepodległościowej Narodowej Demokracji na przełomie XIX i XX wieku [Das Problem der deutschen Politik im Unabhängigkeitsgedanken der Nationaldemokratie um die Jahrhundertwende], in: Polska – Niemcy – Europa. Studia z dziejów myśli politycznej i stosunków międzynarodowych. Praca zbiorowa, red. von ANTONI CZUBIŃSKI, Poznań 1977 (UAM, Seria Historia, Nr. 75), S. 247-259.
ŻYBERTOWICZ, ANDRZEJ: Kategorie do badania polskiej myśli politycznej (rozważania wstępne) [Kategorien zur Erforschung des polnischen politischen Gedankens (einführende Überlegungen)], in: SDPMP 2 (1990), S. 5-27.
ŻYCHOWSKI, MARIAN: Bolesław Limanowski 1835-1935, Warszawa 1971.

Nachschlagewerke und Statistiken

Die Ergebnisse der Reichstagswahl 1903 nach amtlichem Material. Nachtrag zum Handbuch für Reichstagswähler, Dresden o.J. [1903].
Historical Dictionary of Poland 966-1945, bearb. von GEORGE J. LERSKI u.a., London 1996.
Polski Słownik Biograficzny [Polnisches Biographisches Wörterbuch], Bde. 1-35, Kraków u.a. 1935-1996.
Statistik des Deutschen Reichs, hrsg. vom Kaiserlichen Statistischen Amt. Neue Folge, Bde. 150 u. 151, Die Volkszählung am 1. Dezember 1900 im Deutschen Reich, Berlin 1903.

Abkürzungsverzeichnis

AUW	Acta Universitatis Wratislaviensis
CAP	Centralna Agencja Polska [Polnische Zentralagentur]
CKN	Centralny Komitet Narodowy [Zentrales Nationalkomitee]
DN	Dzieje Najnowsze [Zeitgeschichte]
EEPS	East-European Politics and Societies
HDP	Historical Dictionary of Poland
JGMOD	Jahrbücher der Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands
KH	Kwartalnik Historyczny [Historische Quartalsschrift]
KMW	Komunikaty Mazursko-Warmińskie [Masurisch-Ermländische Kommuniqués]
KNP	Komitet Narodowy Polski [Polnisches Nationalkomitee]
LN	Liga Narodowa [Nationale Liga]
ND	Narodowa Demokracja [Nationaldemokratie]
NKN	Naczelny Komitet Narodowy [Oberstes Nationalkomitee]
NRL	Naczelna Rada Ludowa [Oberster Volksrat]
NZCh	Narodowy Związek Chłopski [Nationaler Bauernbund]
OWP	Obóz Wielkiej Polski [Lager für ein großes Polen]
PCKR	Polski Centralny Komitet Ratunkowy [Zentrales Polnisches Rettungskomitee]
POW	Polska Organizacja Wojskowa [Polnische Militärorganisation]
PH	Przegląd Historyczny [Historische Umschau]
PPP	Polska Partia Postępowa [Polnische Fortschrittspartei]
PPS	Polska Partia Socjalistyczna [Polnische Sozialistische Partei]
PPSD	Polska Partia Socjalno-Demokratyczna [Polnische Sozialdemokratische Partei]
PSB	Polski Słownik Biograficzny [Polnisches Biographisches Wörterbuch]
PSL	Polskie Stronnictwo Ludowe [Polnische Bauernpartei]
PZ	Przegląd Zachodni [Westumschau]
PZP	Polskie Zjednoczenie Postępowe [Polnische Fortschrittsvereinigung]
PZZ	Polski Związek Zachodni [Polnischer Westverband]

RiM	Rozprawy i Materiały ośrodka badań naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie [Abhandlungen und Materialien des Wojciech-Kętrzyński-Forschungszentrums in Allenstein]
SDKPiL	Socjaldemokracja Królestwa Polskiego i Litwy [Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens]
SD-N	Stronnictwo Demoratyczno-Narodowe [Demokratisch-Nationale Partei]
SDPMP	Studia z dziejów polskiej myśli politycznej [Studien zur Geschichte des polnischen politischen Gedankens]
SN	Stronnictwo Narodowe [Nationale Partei]
SPR	Stronnictwo Polityki Realnej [Partei für Realpolitik]
SDR	Statistik des Deutschen Reichs
SHSG	Studia Historica Slavo-Germanica
SKHS	Śląski Kwartalnik Historyczny „Sobótka“ [Schlesische Historische Quartalsschrift „Zobten“]
TD-N	Towarzystwo Demokratyczno-Narodowe [Demokratisch-Nationale Gesellschaft]
TDP	Towarzystwo Demokratyczne Polskie [Polnische Demokratische Gesellschaft]
UAM	Uniwersytet im. Adama Mickiewicza w Poznaniu [Adam-Mickiewicz-Universität in Posen]
UJ	Uniwersytet Jagiełłonów w Krakowie [Jagiellonenuniversität inKrakau]
Zet	Związek Młodzieży Polskiej [Polnischer Jugendverband]
ZfO	Zeitschrift für Ostforschung bzw. Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung
ZH	Zapiski Historyczne [Historische Notizen]
ZL-N	Związek Ludowo-Narodowy [Nationaler Volksverband]
ZOKZ	Związek Obrony Kresów Zachodnich [Verband zur Verteidigung der Westmarken]
ZZSP	Związek Zagraniczny Socjalistów Polskich [Auslandsbund Polnischer Sozialisten]

Personenregister